Plenarprotokoll 13/244

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

244. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 24. Juni 1998

Inhalt:

(A) (C)

244. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 24. Juni 1998

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst möchte ich dem Kollegen **Dr. Paul Laufs,** der am 22. Juni seinen 60. Geburtstag beging, und dem Kollegen **Dr. Erich Riedl,** der am 23. Juni seinen 65. Geburtstag feierte, nachträglich sehr herzlich gratulieren und die besten Wünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** um die Ihnen in einer Zusatzpunktliste vorliegenden Zusatzpunkte zu erweitern:

1. Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem **Dritten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes** – Drucksachen 13/10186, 13/10475, 13/10916, 13/11086 –

(B)

2. **Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache**

   (Ergänzung zu TOP 19 und 20)

   a) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Europa-Mittelmeer-Abkommen vom 26. Februar 1996 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits** – Drucksachen 13/10756, 13/10933, 13/11082 –

   b) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten (EMVG)** – Drucksachen 13/10742, 13/11177 –

   c) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz: **Tätigkeitsbericht 1995 und 1996 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz – 16. Tätigkeitsbericht** – Drucksachen 13/7500, 13/11168 –

   d) Zweite und dritte Beratung des von dem Abgeordneten Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)** – Drucksachen 13/9082, 13/11162 –

   e) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Gerald Häfner, Volker Beck (Köln), Kerstin Müller (Köln), weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurf eines **Gesetzes zur Gewährleistung des freien Zugangs zu amtlichen Informationen und zur Änderung anderer Gesetze (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)** – Drucksachen 13/8432, 13/11152 –

   f) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Gerald Häfner, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz** – Drucksachen 13/10261, 13/11170 –

   g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 1996/1997** – Drucksachen 13/9999, 13/10486 Nr. 2, 13/11153 –

   h) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien** – Drucksachen 13/10964, 13/11154 –

   i) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Demokratische, ökologische und entwicklungspolitische Gestaltung der Vergabe von Hermes-Bürgschaften** – Drucksachen 13/8724, 13/11080 –

(D)

3. Beratung des Antrags der Abgeordneten Ursula Schönberger, Gila Altmann (Aurich), Simone Probst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Einsetzung eines „Castor-Untersuchungsausschusses"** – Drucksache 13/11010 –

4. Beratung des Antrags der Gruppe der PDS: **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** – Drucksache 13/10934 –

5. Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Robert Antretter, Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Verstrahlte Atommülltransporte** – Drucksache 13/11078 –

6. Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.: **Transporte abgebrannter Brennelemente – Vertrauensschaden beheben** – Drucksache 13/11132 –

7. Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Kaspereit, Ernst Schwanhold, Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Bekämpfung des Zahlungsverzuges im Handelsverkehr** – Drucksache 13/11144 –

8. Beratung des Antrags der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Gerd Poppe, Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Fortschritte beim Aufbau Ost durch politische Erneuerung** – Drucksache 13/11161 –

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Weiter ist vereinbart worden, die zweite und dritte Beratung des Bundesgrenzschutzgesetzes – das ist Tagesordnungspunkt 5c – erst am Donnerstag um 8.00 Uhr aufzurufen. Desgleichen soll auch die

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth

(A) zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Asylbewerberleistungsgesetzes erst am Donnerstag stattfinden. Statt dessen sollen nach Tagesordnungspunkt 7 bereits die Vorlagen zum Transrapid – Tagesordnungspunkte 14 a bis g – beraten werden.

Tagesordnungspunkt 11 – Strafverfahrensänderungsgesetz – und Tagesordnungspunkt 19 – Grunderwerbsteuergesetz – sollen abgesetzt werden.

Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Wir verfahren so.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat fristgerecht beantragt, die heutige Tagesordnung um die Beratung der Vorlagen zum **Eintritt des hinterbliebenen Haushaltsangehörigen in den Mietvertrag** zu erweitern. Wird zu diesem **Geschäftsordnungsantrag** das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Das Wort hat der Kollege Volker Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion beantragt heute die Abstimmung über unseren Gesetzentwurf zum Eintritt des hinterbliebenen Lebenspartners in den Mietvertrag. Die Frage ist entscheidungsreif. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Frage zweimal in dieser Legislaturperiode beschäftigt; die Beschlußempfehlung liegt dem Haus vor.

Es geht hier um einen ersten Schritt zur **rechtlichen Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften.** Es geht darum, homosexuelle Lebensgemeinschaften wenigstens nicht schlechter als hetero-

(B) sexuelle unverheiratete Paare zu behandeln.

Die Beschlußempfehlung und der Bericht des Ausschusses machen deutlich, daß eine Mehrheit für diese Reform im Hause vorhanden ist. Die Oppositionsfraktionen und die F.D.P. haben im Ausschuß den Gesetzentwurf und das Ziel inhaltlich unterstützt. Die F.D.P. ist dann allerdings bei der Abstimmung im Ausschuß desertiert.

Worum geht es in der Sache? Wenn der Mieter einer Wohnung verstirbt, dann dürfen nach der geltenden Gesetzeslage der Ehegatte und der Familienangehörige in der Wohnung verbleiben. Der Bundesgerichtshof hat 1991 entschieden, dies gelte künftig auch für die heterosexuellen nichtehelichen Lebenspartner, aber eben ausdrücklich nicht für die homosexuellen Lebenspartner. Dies ist wegen Aids ein Problem: Viele schwule Männer setzen sich jahrelang aufopferungsvoll für ihren Partner ein. Nach dem Tode des Partners haben sie dann nicht nur diesen Verlust zu verkraften; vielmehr verlieren sie zugleich auch noch ihre Wohnung. Ich appelliere an Sie auch als Christdemokraten, hier den sozialrechtlichen Schutz für eine Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft zu gewähren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, der Wortlaut des Gesetzentwurfs geht auf eine Formulierungshilfe des Bundesjustizministeriums zurück. In der Sache haben wir eine Mehrheit im Hause. Die Formulierung

(C) stammt von der Bundesregierung. Diese Dinge können weder juristisch noch fachlich und politisch wirklich strittig sein.

Die Koalition hat diese Reform den homosexuellen Bürgerinnen und Bürgern am Anfang der Wahlperiode versprochen. Frau Bundesjustizministerin a.D. Leutheusser-Schnarrenberger war damals noch im Amt und hat gesagt, sie werde in dieser Wahlperiode verwirklicht. Herr Westerwelle, Herr Braun, Herr van Essen haben von diesem Pult aus oft angekündigt, demnächst werde der Gesetzentwurf der Koalition zu diesem Thema und zu dieser Reform vorgelegt.

Der Parlamentarische Staatssekretär Funke hat bei der letzten Lesung eines Gesetzesentwurfes unserer Fraktion in gleicher Sache erklärt, die Bundesregierung werde sich noch 1997 daranmachen, den Gesetzentwurf vorzulegen. Geschehen ist nichts. Sie haben die Zeit versäumt. Wir haben gewartet und gewartet. Nun haben wir Ihren Gesetzentwurf selber eingebracht. Er ist durch den Rechtsausschuß gegangen und ist verabschiedungsreif.

Nutzen Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P., heute die Chance, Ihre Versprechungen wahr zu machen und homosexuellen Lebensgemeinschaften wenigstens diese rechtliche Anerkennung zu geben! Die Mehrheit in diesem Hause ist da. Sorgen Sie durch eine Beschlußfassung über den Gesetzentwurf dafür, daß er realisiert wird und noch am Ende der Wahlperiode ins Bundesgesetzblatt kommt! Daran hängt auch Ihre Glaubwürdigkeit in der Frage der Bürgerrechte für Homosexuelle, zu denen Sie sich öffentlich immer engagiert äußern. Hier sind aber

(D) nicht nur warme Worte gefragt; hier geht es vor allen Dingen um Taten, und die wollen wir heute sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Zum Geschäftsordnungsantrag spricht jetzt Kollege Horst Eylmann.

Horst Eylmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die CDU/CSU-Fraktion beantrage ich, die Aufsetzung abzulehnen. Der Rechtsausschuß hat mehrheitlich empfohlen, den Gesetzesentwurf abzulehnen. Begründet wurde dies mit der zu weiten Fassung. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß alle Personen, die mit dem Mieter einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt führen, kraft Gesetzes nach dem Tode des Mieters in das Mietverhältnis eintreten. Es handelt sich also keineswegs um ein Gesetz, das sich nur auf homosexuelle Lebensgemeinschaften bezieht.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Bei den anderen gilt es ja!)

Ich persönlich stelle nicht in Abrede, daß die Bündnisgrünen mit diesem Gesetzesentwurf eine Problematik aufgegriffen haben, die einer gründlichen Erörterung bedarf. Das ist auch die Meinung der Koalitionsvertreter im Rechtsausschuß. Die vorgeschlagene Lösung des Problems geht allerdings auch mir in der Tat zu weit, da sie faktisch in den meisten Fällen dazu führen würde, daß dem Vermieter Personen

Horst Eylmann

(A) auf Dauer als Mieter aufgenötigt würden, an die er nie vermietet hätte. Auch hier sage ich: Es geht nicht nur um homosexuelle Lebensgemeinschaften.

Nun könnte man über andere Lösungen nachdenken. Gerade im Rechtsausschuß gelingt es uns immer wieder, sinnvolle Kompromisse zu finden. Es sollte aber einleuchten, daß dazu unmittelbar vor Schluß der Wahlperiode die Zeit fehlt. Der Gesetzesentwurf ist uns auch erst Ende April 1998 zur federführenden Beratung überwiesen worden. Wir hatten in den letzten Wochen im Rechtsausschuß gewiß genug zu tun.

Ich will den Bündnisgrünen gern zugestehen, daß sie aus wahltaktischen Erwägungen ein Interesse daran haben, die Ablehnung des Gesetzesentwurfs zu diskutieren. Für die Sache, um die es geht, ist damit aber nichts gewonnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon kürzlich in der Tierschutzdebatte angedeutet: Es gibt auch in der Gesetzgebung für alles eine Zeit. Für den schwierigen Versuch, bei diesem Gesetzesvorschlag zu einem Kompromiß zwischen den Vermieter- und Mieterinteressen zu kommen, sind diese letzten Wochen der Legislaturperiode nicht die rechte Zeit. Wir sehen deshalb keinen Sinn darin, die ohnehin übervolle Tagesordnung des Plenums noch mit diesem Punkt zu belasten, und widersprechen deshalb der Aufsetzung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(B) **Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Frau Kollegin Margot von Renesse.

Margot von Renesse (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden als SPD dem Aufsetzungsantrag der Grünen zustimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Angelika Köster-Loßack [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Eylmann, Sie wissen – das wissen Sie nicht zuletzt auch durch die Verabschiedung gestern –, wie sehr wir Sie schätzen. Aber wir sind es leid, daß Sie in Ihrer Person zum liberalen Aushängeschild einer Koalition werden, die so nicht handelt und so nicht denkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Sie reden davon, daß Kompromisse jetzt nicht mehr gefunden würden, daß die Zeit nicht mehr reiche. Sie hätte gereicht; Sie wissen es sehr genau. Sie selber haben vor längerer Zeit Berichterstattergespräche angeboten, und es ist nicht zu einem einzigen sinnvollen Gespräch darüber gekommen. Jetzt muß gehandelt werden. Denn alles andere wäre treuwidriges Verhalten. Als Juristin darf ich Ihnen sagen: Venire contra factum proprium.

(Widerspruch von der CDU/CSU)

Wer sich nicht um Kompromisse bemüht, kann sich nicht darauf berufen, daß es keinen gegeben hat.

(C) Wenn Sie mich fragen: Ich denke, daß genau das, was Sie bemängeln, ein Vorteil dieses Entwurfs ist, daß er nämlich nicht auf die Frage abstellt, wer wen liebt. Ich habe in meiner Kinderstube gelernt, daß man das nicht zum Thema öffentlicher Erörterungen und auch nicht zum Anknüpfungspunkt für Rechtsfolgen macht. Die Frage, wer mit wem, und vor allem wer mit wem ins Bett geht, kann für Juristen und für Rechtspolitiker nicht die entscheidende Frage sein, an der Rechtsfolgen aufgehängt werden. Wir hätten nämlich sofort folgendes Problem: Was machen wir, wenn zwei gute Freundinnen, die keine sexuellen Beziehungen miteinander haben, eine ähnliche Beziehung wie die des gemeinsamen Lebens haben?

Bei der F.D.P. wollten wir endlich hören, daß sie nicht nur den Mund spitzt, sondern daß sie auch flötet. Es ist an der Zeit – das wissen Sie –, einen Gesetzentwurf, der aus einem von Ihnen verantworteten Hause stammt, nun auch mit dem entsprechenden Ja im Plenum des Bundestages zu versehen. Tun Sie nicht immer so, als wollten Sie, sondern wollen Sie und handeln Sie! Zeigen Sie Flagge! Ziehen Sie endlich einen Schlußstrich unter die ganze Angelegenheit, und machen Sie wenigstens an diesem kleinen Punkt, bei dem es nicht um Ehe oder Nichtehe geht, den Betroffenen das Leben leichter!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Kollege Jörg van Essen.

(D) **Jörg van Essen** (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist wieder einmal typisch: Die Opposition hat eine Gelegenheit verschlafen und will das jetzt durch eine Geschäftsordnungsdebatte mühsam wettmachen. Alle Ihre Worte, Herr Beck und Frau von Renesse, können nämlich über eines nicht hinwegtäuschen: Die Opposition hatte in der vergangenen Woche eine rechnerische Mehrheit im Rechtsausschuß des Bundestages,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten sich mal die Arbeit des Ausschusses anschauen!)

weil die beiden F.D.P.-Mitglieder nicht gegen ihre Überzeugung gestimmt haben und sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben.

(Beifall der Abg. Ina Albowitz [F.D.P.])

Die Opposition hat diese Chance nicht genutzt, und wir belohnen Ihre Schlafmützigkeit nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P und der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Im übrigen ist der Sachverhalt ganz einfach. Die F.D.P. hat in den Verhandlungen zur **Mietrechtsreform** mit der CDU/CSU durchgesetzt, daß es eine Mietrechtsnachfolge bei gleichgeschlechtlichen Partnern geben soll, wie es der Bundesgerichtshof schon bei verschiedengeschlechtlichen Partnern erlaubt hat. Bevor irgend jemand Vorurteile bemüht, möchte

Jörg van Essen

(A) ich darauf hinweisen, daß dies zum Beispiel auch der steigenden Zahl von Witwen, aber auch von leiblichen Schwestern zugute gekommen wäre, die ihren Lebensabend gemeinsam verbringen und füreinander sorgen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat uns davon unterrichtet, daß sie nach dem Scheitern dieser Reform eine isolierte Regelung nicht umsetzen will. Die F.D.P. hat bis hin zum Parteivorsitzenden alles Erdenkliche unternommen, um hier noch zu einer Änderung zu kommen. Wir bedauern es außerordentlich, daß diese Regelung jetzt nicht kommt und die offenkundige Diskriminierung nicht abgeschafft wird.

Herr Kollege Eylmann, die Zeit ist reif, und das bedeutet für uns als F.D.P., daß wir um so mehr zu unserer Position, zu unserer Überzeugung stehen und nicht die geringste Absicht haben, nach einer Debatte – durch den Koalitionsvertrag gezwungen – gegen unsere Überzeugung zu stimmen. Wir lehnen den Antrag der Grünen daher mit Nachdruck ab.

(Beifall bei der F.D.P. – Hans-Peter Kemper [SPD]: Sehr logisch!)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Es folgt jetzt der Abgeordnete Klaus-Jürgen Warnick.

Klaus-Jürgen Warnick (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir unterstützen vehement das Anliegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Thema Verbesserungen im Mietrecht (B) auf die Tagesordnung zu setzen – schon deshalb, weil bei der dann zu beratenden Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses unsere Mietrechtsnovelle mit zu behandeln wäre. Denn die im Antrag der Bündnisgrünen enthaltenen Vorschläge zur Verbesserung der Situation von nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sind Bestandteil auch unserer umfangreichen Gesetzesinitiative, die wir schon im Oktober 1997 eingebracht haben, und zwar rechtzeitig; von „verschlafen" kann also keine Rede sein, Herr Kollege van Essen. Insofern tragen wir das Anliegen gesetzestechnisch und inhaltlich bis hin zum Wortlaut voll mit.

Wir sind der Meinung, daß Mietrechtsvereinfachungen und -verbesserungen in dieser Legislaturperiode zwingend notwendig gewesen wären. Dies wird übrigens sowohl von den Vermieterverbänden als auch vom Mieterbund seit langem gefordert. Auch die Regierungskoalition wollte diesen Forderungen ursprünglich nachkommen und hat die Verabschiedung eines neuen Mietrechts als eine der fünf wohnungspolitischen Schwerpunktaufgaben sogar in der Koalitionsvereinbarung verankert. Da die derzeit noch regierende Koalition – wie auch in vielen anderen Politikfeldern – nicht in der Lage war, wenigstens ihre selbstgestellten Aufgaben zu erfüllen, halten wir es für erforderlich, das Thema Mietrecht noch einmal zu debattieren.

Aber dabei sollten wir nicht beim Problem Eintritt des hinterbliebenen Haushaltsangehörigen in den (C) Mietvertrag stehenbleiben, sondern vielmehr sollten wir weitere Themenbereiche ansprechen, zum Beispiel die von uns vorgeschlagenen Regelungen zur Verbesserung des Kündigungsschutzes, zur Bestimmung der Höhe des Mietzinses, zur Verbesserung der Möglichkeiten des Wohnungstausches und zur Problematik der Mietspiegel.

An uns soll jedenfalls die Aufsetzung dieser wichtigen Themen nicht scheitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt für den Aufsetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Aufsetzungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen des Bündnisses 90/Die Grünen, der SPD und der PDS abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a und b sowie 5 d bis 5 m auf:

Debatte zur inneren Sicherheit

a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung (DNA-Identitätsfeststellungsgesetz)**

– Drucksache 13/10791 –

(Erste Beratung 238. Sitzung) (D)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/11116 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Ronald Pofalla
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Volker Beck (Köln)
Jörg van Essen

b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetzliche Grundlage für Gen-Datei schaffen

– Drucksachen 13/10656, 13/11116 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Ronald Pofalla
Dr. Herta Gäubler-Gmelin
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Volker Beck (Köln)
Jörg van Essen

d) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Mai 1987 zwischen den Mitgliedstaa-**

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth

(A)

ten der Europäischen Gemeinschaften über das Verbot der doppelten Strafverfolgung

– Drucksache 13/8195 –

(Erste Beratung 192. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10968 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Jörg van Essen

e) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. März 1995 über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

– Drucksache 13/10157 –

(Erste Beratung 227. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10969 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

(B)

f) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften **(EU-Bestechungsgesetz – EUBestG)**

– Drucksachen 13/10424, 13/10777 –

(Erste Beratung 230. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10970 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Geis
Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Jörg van Essen

g) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften **(EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG)**

– Drucksachen 13/10425, 13/10767 –

(Erste Beratung 230. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10971 –

(C)

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Geis
Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Jörg van Essen

h) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen**

– Drucksachen 13/10426, 13/10776 –

(Erste Beratung 230. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/11028 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

i) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

– Drucksachen 13/10427, 13/10765 –

(Erste Beratung 230. Sitzung)

(D)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10972 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

j) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr **(Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung – IntBestG)**

– Drucksachen 13/10428, 13/10768 –

(Erste Beratung 230. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10973 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Geis
Peter Altmaier
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Jörg van Essen

k) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth

(A)

durch die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schmier- und Bestechungsgeldern **(Steuerliches Korruptionsbekämpfungsgesetz – StKBG)**

– Drucksache 13/742 –

(Erste Beratung 47. Sitzung)

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

– Drucksache 13/11129 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Friedrich Merz
Frank Hofmann (Volkach)

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 13/11176 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dankward Buwitt
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Karl Diller
Oswald Metzger

l) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Manfred Such, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maßnahmen gegen Korruption

(B)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Frank Hofmann (Volkach), Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Eindämmung der internationalen Korruption

– Drucksachen 13/617, 13/1717, 13/11129 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Friedrich Merz
Frank Hofmann (Volkach)

m) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Rita Grießhaber, Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Öffentliche Sicherheit stärken – Jugendkriminalität verringern

– Drucksachen 13/8968, 13/11143 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckart von Klaeden
Norbert Röttgen
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Volker Beck (Köln)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

(C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther.

Manfred Kanther, Bundesminister des Innern: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! In einer Debatte über die innere Sicherheit, die der Bundestag heute in vielen Punkten führen wird, muß auf die schrecklichen Vorkommnisse anläßlich der **Fußballweltmeisterschaft** in Frankreich eingegangen werden.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir der Debatte folgen können.

Manfred Kanther, Bundesminister des Innern: Als erstes will ich das tiefe Mitgefühl der Bundesregierung mit dem schwerverletzten französischen Polizisten ausdrücken, das der Bundeskanzler auch dem französischen Präsidenten und ich dem französischen Innenminister ausgedrückt haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir hoffen sehr, daß der verletzte Mann genesen kann. Dabei begleiten ihn unsere besten Wünsche.

Wir haben in Deutschland seit Monaten die Sicherheitsfragen aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich vorbedacht. Es gibt in Deutschland seit langem eine gut funktionierende zentrale Dienststelle beim Landeskriminalamt in Düsseldorf, die **Zentrale Informationsstelle Sport,** kurz ZIS genannt, die alle Nachrichten aus dem Sicherheitsbereich des Sports bündelt, weitergibt, Lagebilder erstellt und – insbesondere auch bei der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft – die deutschen und französischen Anstrengungen zusammengeführt hat – selbstverständlich immer unter Beteiligung des Deutschen Fußballbundes. Auch deshalb ist es erfreulich, daß der Präsident des Deutschen Fußballbundes heute noch einmal bestätigt hat, daß die Zusammenarbeit in dieser Dienststelle ohne jede Beanstandung gewesen sei. Selbstverständlich haben wir im Vorgriff auf die Tatsache, daß **deutsche Hooligans** über die Grenze fahren würden, dafür gesorgt, daß Bahn- und Grenzpolizei alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um möglichen Tätern präventiv auf die Spur zu kommen. Dabei ist die Bahn – und noch mehr die Grenzpolizei auf Nachrichten aus dem Inland, aus den Heimatorten der Hooligans – sie liegen in aller Regel im Umfeld der großen Fußballvereine – angewiesen. Solche Nachrichten sind nicht eingegangen.

(D)

Eine zweite Möglichkeit für die Grenzpolizei sind Stichproben, und diese werden natürlich in großem Umfang gemacht. Ich will Ihnen nur eine einzige Zahl nennen: Im Bereich des Grenzschutzpräsidiums Süd sind 1285 Identitätskontrollen durchgeführt worden. In 889 Fällen ist die Gewalttäterdatei Sport abgefragt worden – in allen Fällen ohne Ergebnis, und zwar ganz einfach deshalb, weil das bei dem riesigen Reise-, Sommer- und Wochenendverkehr über unsere westlichen Grenzen natürlich bedeutet, die Nadel im Heuhaufen zu suchen. Diese Schwie-

(A) rigkeit kann auch in Zukunft leider nicht behoben werden.

Natürlich werden die Kontrollen weitergeführt und nach Kräften verstärkt. Aber es ist ja begreiflicherweise ein Merkmal dieser Tätergruppierung, daß sie über die Grenze will und sich deshalb im Zug vor und an der Grenze nicht wie mit einer Axt im Porzellanladen bewegt, wie sie es später am Platz des Geschehens zu tun beabsichtigt. Also ist man bei der Hinfahrt an der Grenze unauffällig. Das ist leider ein Merkmal.

Die Tatsache, daß die französischen Behörden in keinem Falle deutsche Hooligans an der Einreise gehindert haben, also ein Betretensverbot ausgesprochen haben, zeigt, wie außerordentlich schwierig es ist, das Fehlen von Nachrichten aus dem Hinterland an der Grenze auszugleichen. Das kann nur im Ausnahmefall und durch glücklichen Zufall gelingen.

Die Sicherheitsarbeit muß vor Ort geleistet werden, und das wird sie ja auch. Wir brauchen uns nur vorzustellen, die Fußballweltmeisterschaft fände in Deutschland statt. Dann würden wir alle miteinander davon ausgehen, daß hier die Sicherheit der Veranstaltungen gewährleistet werden muß.

Die Franzosen haben viele Tatverdächtige gefaßt und werden die Mehrzahl von ihnen sicherlich nach Deutschland zurückstellen. Wir müssen sie hart bestrafen, und dies schnell.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Angelika Köster-Loßack [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B) Diese Täter sind kaum resozialisierbar, jedenfalls nicht mit den Mitteln von Nachsicht und gutem Zureden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb müssen sich auch unsere Justizbehörden, wenn wir belastbares Beweismaterial übermittelt bekommen, um ein sehr schnelles Verfahren bemühen.

Ich erinnere an meine immerwährende Forderung, in Deutschland das beschleunigte Verfahren so anzuwenden, wie es uns die Franzosen vorgemacht haben. Wir verfügen seit vier Jahren mit dem **Verbrechensbekämpfungsgesetz** über dasselbe Handwerkszeug.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vor einigen Jahren haben es uns in vergleichbarer Situation auch die Italiener gezeigt. Ich glaube, daß das eine ganz wichtige Antwort des entschlossenen Rechtsstaates ist, um solchem Unwesen entgegenzutreten.

Die Ausschreitungen sind gleichzeitig – ohne daß ich dies jetzt an dieser Stelle ausführen will – wieder ein Anlaß, darauf hinzuweisen, daß bei der Anwendung von Gewalt nicht differenziert werden darf. Gewalt ist immer tabu im Rechtsstaat. Es gibt keine Entschuldigung für Gewalt, sei sie linksgetönt oder rechtsgetönt, gleichgültig ob sie von Deutschen oder Ausländern, im Ausland oder im Inland begangen

(C) wird. Es gibt keine Entschuldigungen für Gewalt, die sich irgendwo aus einem Motiv herleiten, sondern es gibt nur das absolute Verbot von Gewalt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer sich nicht daran hält, der muß die volle Schärfe des Gesetzes durch eine entschlossene, stark zugreifende Polizei und eine strafende Justiz spüren. Auch das gehört zum Rechtsstaat.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächster spricht der Kollege Günter Graf.

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in meinem kurzen Redebeitrag auf die **Novellierung des Bundesgrenzschutzgesetzes** beschränken und dazu einige Ausführungen machen. Vorweg will ich aber eines sehr deutlich sagen: Keiner von uns sollte versuchen, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß wir es durch immer neue Gesetze und durch Änderungen bestehender Gesetze schaffen könnten, die Kriminalität zu beseitigen. In der Vergangenheit gab es Kriminalität. Was wir auch immer unternehmen: Sie wird es auch künftig geben. Die Polizei braucht die erforderlichen Instrumente, um handeln zu können. Sie müssen aber mit dem Rechtsstaat zu vereinbaren sein. Insofern ist eines (D) ebenfalls klar – das sage ich, damit auch in dieser Beziehung kein falscher Eindruck entsteht –: Die Polizei wird letztlich trotz all der Instrumente, die man ihr zur Verfügung stellt, dem Verbrechen immer hinterherlaufen. Denn die Verbrecher verfügen über Geld, und den Verbrechern gilt das Recht nichts, wohingegen die Polizei im Bund und in den Ländern an Recht und Gesetz gebunden ist. Dies muß einmal deutlich gesagt werden, weil oftmals mit sehr markigen und populistischen Äußerungen der Öffentlichkeit glauben gemacht werden soll, man könne alles mit Gesetzen oder mit der Polizei regeln. – Dieses wollte ich vorweg gesagt haben.

Bevor ich auf konkrete Einzelheiten der Novellierung des BGS-Gesetzes eingehe, gestatten Sie mir ein Wort zu dem heute auch zur Debatte stehenden Gesetzentwurf zur **Gen-Datei**, zu dem mein Kollege Jürgen Meyer reden wird. Ich komme aus dem Landkreis Cloppenburg. In diesem Landkreis, im Saterland, in Strücklingen, ist der furchtbare Mord, das furchtbare Sexualdelikt, an **Christina Nytsch** geschehen. Die 80 Mann starke Sonderkommission der Polizei hat zehn Wochen lang, Tag und Nacht, unter Zurückstellung persönlicher Belange nur ein Ziel verfolgt: den Täter so schnell wie möglich dingfest zu machen. Dies ist gelungen. Ich habe mit der Sonderkommission „Nelly" während dieser ganzen Zeit sehr häufig Kontakt gehabt. Ich muß sagen, ich war erschüttert, daß es, nachdem die ganze Sache Gott sei Dank glücklich abgeschlossen werden konnte – „glücklich" insoweit, als daß man den Täter gefaßt hat –, Berichte gegeben hat, in denen der Polizei und

der Sonderkommission vorgeworfen wurde, Christina Nytsch wäre noch am Leben, wenn die Polizei nicht Fehler gemacht hätte. Ein Fehler war die mangelnde gesetzliche Grundlage für eine Gen-Datei. Sie wollen wir heute beschließen. Das ist kein Fehler, den man der Sonderkommission vorhalten kann. Ich denke - ich sage das für mich persönlich, aber auch im Namen der SPD-Bundestagsfraktion -, die Arbeit der **Sonderkommission „Nelly"** war hervorragend. Da, wo 80 Leute Tag und Nacht arbeiten, werden Fehler gemacht. Aber es darf in diesem Staat nicht sein, daß die Fehler dann zum Anlaß genommen werden, um alles in Bausch und Bogen schlechtzumachen und in der Luft zu zerreißen. Ich glaube, der Sonderkommission gebührt Dank dafür, daß sie dieses schreckliche Verbrechen hat aufklären können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich möchte jetzt auf mein eigentliches Thema, die Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes, zurückkommen. Uns ist ziemlich überraschend ein Gesetzentwurf zugeleitet worden, in dem der Bundesgrenzschutz mit Befugnissen dahin gehend ausgestattet werden soll, daß BGS-Beamte in einem Bereich von 30 Kilometern zur Grenze, an Bahnanlagen, in Zügen sowie bei internationalen Flughäfen verdachtsunabhängig Kontrollen durchführen könnten. Dies hätte letztlich dazu geführt, daß jeder Bundesgrenzschutzbeamte ohne irgendeinen Bezug zum illegalen Grenzübertritt, zur illegalen Einreise oder zur Schleuserkriminalität hätte kontrollieren können. Dies ist so nicht hinnehmbar. Glücklicherweise konnten wir zu diesem Thema - wenn auch sehr kurzfristig - in der vergangenen Woche eine Anhörung durchführen. Ich darf daran erinnern, daß die Sachverständigen, die sich insbesondere mit verfassungsrechtlichen Fragen beschäftigen, durchgehend gesagt haben, das dürfe so nicht sein.

Dieses wiederum hat uns, die SPD und die Koalitionsfraktionen, gestern im Innenausschuß des Deutschen Bundestages veranlaßt, gemeinsam einen Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf einzubringen, den wir heute verabschieden wollen. Ich denke, daß diese Möglichkeit völlig **verdachtsunabhängiger Kontrollen** durch diesen **Änderungsantrag** gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Koalitionsfraktionen relativiert wird. Die Bedenken, die auch vom Bundesrat geäußert worden sind, der die Länderkompetenz berührt sah, konnte durch den vorgelegten Änderungsantrag weitestgehend ausgeräumt werden.

Auch die Befürchtung, daß durch den ursprünglichen Entwurf das Schengener Durchführungsübereinkommen unterlaufen worden wäre, ist mit diesem Änderungsantrag maßgeblich entschärft worden. Sie werden sich erinnern: Wäre man dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in der ursprünglichen Fassung gefolgt, so hätte dies bedeutet, daß jede Person in den angesprochenen Bereichen - Grenze, Bahn, Flughäfen - hätte angehalten und kontrolliert werden können und daß die Sachen hätten durchsucht werden können.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Graf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Such?

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Herr Kollege Such!

Manfred Such (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Graf, bei aller Wichtigkeit dieses Themas möchte ich Sie doch fragen: Gehe ich richtig in der Annahme, daß wir erst morgen über den BGS-Gesetzentwurf und auch über Ihre Änderungsanträge diskutieren? Insofern sind Sie in der Tagesordnung etwas zu früh, wenn Sie heute über das BGS-Gesetz sprechen. Ich denke, daß wir diese Auseinandersetzung morgen früh führen sollten.

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Herr Kollege Such, das ist ein sehr interessanter Hinweis. Ich muß sagen, daß die Regie dann irgendwo einen Fehler gemacht hat

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

- Entschuldigung, bitte; wir reden offen und ehrlich miteinander -; denn ursprünglich war vorgesehen, die Debatte heute morgen zu führen. Und obwohl geplant war, dies morgen früh zu Beginn der Sitzung zu tun, war dies mein letzter Stand. Wenn das - wie ich nun höre - nicht so ist, dann tut es mir leid. Ich kann meine Rede jetzt natürlich beenden und morgen früh erneut reden. Das ist mir gleich. Da muß das Hohe Haus bzw. die Fraktion entscheiden, wie wir es machen sollen. Dafür ist ein einzelner Abgeordneter nicht zuständig. Er hält sich an das, was ihm vorgegeben wird. Wir alle hier sind sehr hörige Menschen.

(Heinrich-Wilhelm Ronsöhr [CDU/CSU]: Die SPD lebt immer in der falschen Zeit!)

Daher werde ich jetzt fortfahren und werde, wenn es denn sein muß, morgen früh erneut darüber reden.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Graf, es gibt noch eine Zwischenfrage des Kollegen Hörster.

(Heinrich-Wilhelm Ronsöhr [CDU/CSU]: Er klärt dich auf!)

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Ja, bitte.

Joachim Hörster (CDU/CSU): Herr Kollege Graf, ist Ihnen bekannt, daß die Koalitionsfraktionen bereit waren, die Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes im Rahmen dieser Debatte zu behandeln und heute auf die Tagesordnung zu setzen, daß dies aber an der Fristeinrede der Grünen gescheitert ist und Ihre Fraktion nicht bereit war, diese Fristeinrede mit einer Zweidrittelmehrheit zu überstimmen, was der Grund für diese merkwürdige Debattenlage ist?

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Herr Kollege, ich danke Ihnen für den Hinweis. Ich kann das im einzelnen nicht nachvollziehen und will hier nicht irgendwelche Rechtfertigungen abgeben. Daß die Grünen

diesen Antrag gestellt haben, ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Situation war für mich völlig klar.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dieses will ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Aber ich lasse nicht zu, daß ein Schuh daraus gemacht wird, um uns Sozialdemokraten in eine Ecke zu stellen, in die wir nicht hingehören. Wir hatten in der Vergangenheit für einen Rechtsstaat und dafür zu sorgen – das werden wir auch künftig tun –, daß die Polizei mit den erforderlichen Instrumenten ausgestattet wird. Darum geht es mir. Es ist unwichtig, hier eine Debatte über Formalien zu führen. Es geht uns um die Sache, und das interessiert die breite Öffentlichkeit in Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Uns geht es um die Sache!)

Ich hatte zuletzt darauf hingewiesen, was dieser Gesetzentwurf letztlich bewirken würde, nämlich Kontrollen an den genannten Orten: Grenzbereich, Bahnanlagen und Flughäfen. Das ist nach dem Änderungsantrag, den wir gestern im Innenausschuß gemeinsam gefaßt haben, so nicht mehr der Fall. Nunmehr gibt es eine erhebliche Differenzierung und zwei neue Begrifflichkeiten, die es uns ermöglichen, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Was sind diese Begrifflichkeiten und diese Veränderungen? Nach dem vorliegenden geänderten Gesetzentwurf ist es nur noch im Grenzbereich möglich, Kontrollen in der ursprünglich vorgesehenen Form durchzuführen, und zwar einschließlich der Möglichkeit, daß, wenn Personen aufgegriffen werden, auch die mitgeführten Sachen durchsucht werden. Dies war ursprünglich auch für die Bereiche Bahnhof und Flughafen vorgesehen; dies ist aus dem Gesetzentwurf herausgenommen worden. Nunmehr ist es in Bahnhöfen, Flughäfen und Zügen nur noch dann möglich, Personen kurzfristig anzuhalten, wenn – das ist der entscheidende Hinweis – die polizeiliche Lage die Vermutung nahelegt, daß in diesen Bereichen Straftäter, illegal Einreisende oder Schleuserbanden tätig werden. In diesem Fall dürfen zudem die mitgeführten Gegenstände in Augenschein genommen werden, nicht aber durchsucht werden. Dies ist ein qualitativer Unterschied. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Graf, Herr Such hat erneut eine Frage. Möchten Sie sie zulassen?

Günter Graf (Friesoythe) (SPD): Ich möchte jetzt zu Ende reden. Herr Kollege Such, wir haben die Diskussion gestern im Innenausschuß geführt und müssen sie hier nicht in allen Details fortsetzen. Ich bleibe bei dem, was ich Ihnen gestern gesagt habe: Sie reden gegen Ihre Überzeugung. Zusatzfragen: Nein, danke.

Soviel zu den qualitativen Änderungen, die sich im Grunde auf drei Punkte beziehen.

Etwas anderes ist auch wichtig: Oftmals haben wir Gesetze verabschiedet, ohne im nachhinein zu überprüfen, was aus den Regelungen, die wir der Polizei an die Hand gegeben haben, in der Praxis geworden ist. Aus diesem Grunde haben wir in den Entwurf des Änderungsgesetzes eine Befristung des Gesetzes bis zum 31. Dezember 2003 eingeführt.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Ich denke, daß das gut ist. Danach wird darüber nachzudenken sein, ob dieses Gesetz in der gleichen oder in veränderter Form erneut verabschiedet werden soll oder nicht. Wenn es um solche Dinge geht, dann müssen wir als Parlamentarier verstärkt darauf achten, die Ergebnisse eines Gesetzes zu kontrollieren. Es ist von vornherein nicht unbedingt zu erkennen, ob ein Gesetz überflüssig war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Gesetzentwurf ist akzeptabel; denn er führt – möglicherweise – dazu, dem Anliegen, illegales Einreisen und Schleuserkriminalität zu behindern, eher gerecht zu werden. Die Praxis wird zeigen, ob dies gelingt.

Ich möchte einen sicherlich nicht unkritischen Punkt ansprechen. Dieser Gesetzentwurf könnte dazu führen – es handelt sich um Bedenken, die aus allen Bereichen dieses Hauses geäußert wurden –, daß bestimmte Personengruppen, die zwangsläufig mit illegaler Einreise zu tun haben, diskriminiert werden. Bei einer entsprechenden Ausgangslage könnte es sein, daß gerade im Bahnhofsbereich insbesondere Farbige schwerpunktmäßig kontrolliert werden. Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, dies auszuschließen. Letztlich kommt es darauf an, wie der Bundesinnenminister den Bundesgrenzschutz mit diesem Gesetz vertraut macht und ob die Kolleginnen und Kollegen, die dieses Gesetz anwenden müssen, den **Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**, der in unserem Staat Verfassungsrang hat, beachten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Welcher Art Gesetze wir auch immer machen, das ganz Entscheidende ist, daß wir in diesem Staat eine Polizei haben, die gut ausgebildet ist, die gut qualifiziert ist und die sich voll auf dem Boden des Rechtsstaates bewegt. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann wird die Polizei ihr Handeln in erster Linie immer daran ausrichten, die Bürgerrechte in diesem Staat zu schützen. Gesetze allein helfen nicht, wenn das entsprechende Bewußtsein nicht vorhanden ist. **Qualifizierung der Polizei**, auf dem Boden des Rechtsstaates ist insofern die erste Voraussetzung.

Was den Bundesgrenzschutz angeht, möchte ich einen weiteren Punkt ansprechen. Wenn wir dem Bundesgrenzschutz Instrumente an die Hand geben, um mit der Schleuserkriminalität und der illegalen Einreise besser fertig werden zu können, dann kann dies nur gelingen, wenn der Bundesgrenzschutz hochmotiviert ist. Wer sich das Innenleben des Bundesgrenzschutzes anguckt, der muß feststellen, daß diese **Motivation** nicht gegeben ist. Noch nie war die Anzahl der inneren Kündigungen von BGS-Beschäftigten so groß wie gegenwärtig. Für uns Sozialdemokraten heißt das im Klartext: Man muß zunächst ein-

Günter Graf (Friesoythe)

(A) mal dafür Sorge tragen, daß die Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes, was die Logistik angeht, ordentlich untergebracht und versorgt werden. Ich höre hier immer, daß man seitens des Bundesinnenministeriums Kritik übt, indem man mit dem Finger auf die Länder zeigt. Ich sage: Bevor man Kritik an anderen übt, sollte man den eigenen Laden in Ordnung halten.

(Beifall bei der SPD)

Fahren Sie einmal nach Bochum, Gelsenkirchen und Hamburg-Altona, und schauen Sie sich die Verhältnisse auf diesen Bahnhöfen an! Das hat wenig mit einer Förderung der Motivation des Bundesgrenzschutzes zu tun.

Ich will noch einen weiteren Punkt erwähnen. Markige Worte, die innere Sicherheit zu stärken, sind leicht gesprochen. Aber man muß einmal hinterfragen: Was steckt hinter diesen Worten? Wenn es heute dazu kommt, daß die Bahnpolizeiwachen – wie bereits angesprochen – in Bochum, in Gelsenkirchen oder in Hamburg-Altona geschlossen oder tageweise nicht besetzt werden und somit ein entsprechender Dienst dort nicht mehr stattfinden kann, dann frage ich mich: Was nützt das ganze Gerede von Stärkung der Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes, wenn auf der anderen Seite Dienststellen plattgemacht werden? Das kann es nicht sein. Diesen Punkt wollte ich in aller Kürze noch angesprochen haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Wir bleiben bei der geänderten Reihenfolge der Redner. Das Wort hat also jetzt der Kollege Jörg van Essen.

Jörg van Essen (F.D.P.): Wir haben uns verständigt, daß wir die Rednerreihenfolge kurzfristig ändern. Der Kollege Rezzo Schlauch ist nämlich gerade erst eingetroffen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollten heute über die Gen-Datei und über einige Abkommen im internationalen Bereich sprechen. Der Bundesinnenminister hat die Debatte zu Recht in eine andere Richtung gelenkt. Wir müssen uns mit den Vorgängen in Frankreich, mit den Hooligans, befassen.

Innere Sicherheit ist gerade für Liberale ein fundamentales Thema. Auch wenn es Ideologen der 70er Jahre nicht gerne hören wollen: Die **Vorgänge in Frankreich** zeigen, daß das Thema der Zeit nicht in erster Linie die Sicherheit des Bürgers vor dem Staat, sondern die Sicherung seiner Freiheit und seiner Grundrechte durch den Staat, etwa durch die Polizei, ist.

(Beifall des Abg. Walter Hirche [F.D.P.])

Viele der Täter, mit deren Taten wir uns nach den Vorfällen in Frankreich zu befassen haben, sind auch bei uns massiv straffällig. Gerade nach solchen Ereignissen wird vom Bürger zu Recht gefragt, ob die Politik ihre Schulaufgaben gemacht hat. Ich sage eindeutig: Ja. Mit der **Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems** vom Herbst letzten Jahres haben wir ein klares Signal gesetzt. Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit, wie zum Beispiel die von Polizisten im Einsatz, aber auch die von allen anderen Bürgern, können mit deutlich höheren Strafen versehen werden. Wir haben gegen den heftigen und mir immer noch unverständlichen Widerstand der Opposition die Bedingungen für das beschleunigte Verfahren erheblich verbessert. (C)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr van Essen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss?

Jörg van Essen (F.D.P.): Ja, gerne.

Jörg Tauss (SPD): Lieber Kollege van Essen, ich stimme Ihnen zu, daß wir etwas tun müssen

(Norbert Geis (CDU/CSU): Haben wir getan! Sie haben sich nur enthalten!)

und daß schon vieles geleistet worden ist. Weshalb aber hat die Bundesrepublik Deutschland als eines der wenigen Länder in Europa das gegen Gewalt in Fußballstadien gerichtete Abkommen – wie man hört: auf Betreiben von Bayern – nicht unterzeichnet? Würden Sie die Unterzeichnung nach den erschrekkenden Vorfällen in Frankreich jetzt nicht doch näher ins Auge fassen wollen?

Jörg van Essen (F.D.P.): Wir haben bereits vom Bundesinnenminister gehört, daß es ein vielfältiges **Informationssystem über Gewalttäter** in diesem Bereich gibt. Ich bin der Auffassung, daß nach diesen Vorfällen natürlich alles auf den Prüfstand gehört. Ich werde gleich noch auf einen anderen Vorgang eingehen, bei dem nach meiner Auffassung ebenfalls sorgfältig geprüft werden muß, ob unsere bisherigen Haltungen in dieser Form aufrechterhalten werden können. Der Rechtsstaat Frankreich macht uns nämlich deutlich vor, wie schnell auf solche Vorfälle reagiert werden kann. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Der Rechtsausschuß hat in seiner gestrigen Diskussion über die Vorfälle deutlich gemacht – dieser Punkt gehört noch zu der Antwort auf Ihre Frage, Herr Tauss –, daß er sich einen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden wünscht, um Schwachstellen begegnen zu können. Jeder, der einmal wie ich im Bereich der Rechtshilfe tätig war, ahnt, daß es hier erhebliche Beschleunigungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten gibt.

Zwei wichtige Fragen in diesem Zusammenhang werden wir schon heute klären und entscheiden können: Es wird in Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen ein **vereinfachtes Auslieferungsverfahren** geben. Urteile in anderen Staaten der Europäischen Union führen, wie bei inländischen Urteilen, zu dem Verbot einer doppelten Bestrafung.

Internationalen Bezug haben auch die heute zu verabschiedenden wichtigen **Regelungen gegen die**

Jörg van Essen

(A) **internationale Korruption** – ich bin sicher, daß der eine oder andere Kollege noch ausführlicher darauf eingehen wird –, insbesondere im Bereich der Europäischen Union. Das Subventionsgestrüpp in der Europäischen Union erleichtert Betrügereien zu Lasten der EU-Kasse erheblich. Auf sie kann nun auch in Deutschland in angemessener strafrechtlicher Weise reagiert werden.

Wir Liberalen begrüßen das aus zwei Gründen nachdrücklich: Erstens darf es in diesem Bereich keine Rechtslücken geben, und zweitens kann eine effektive Bekämpfung zu einer notwendigen Entlastung des Steuerbürgers führen, der die Subventionen letztendlich aus seiner Tasche zu bezahlen hat.

Zu unseren Schulaufgaben haben in den letzten Monaten wesentliche **Verbesserungen des Schutzes des Opfers von Straftaten,** insbesondere von Sexualstraftaten, gehört. Wir Liberalen danken unserem Parteifreund Edzard Schmidt-Jortzig dafür, daß er als Bundesjustizminister so vielfältige richtige Initiativen ergriffen und für ihre Umsetzung ins Gesetzbuch gesorgt hat.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden heute eine wichtige Ergänzung vornehmen, für die ich persönlich mit anderen in diesem Hause sehr gekämpft habe. Es gibt in Zukunft eine nationale Gen-Datei auf gesicherter gesetzlicher Grundlage. Allen in den Medien, die, von links bis rechts, einhellig die Forderungen der Rechtsstaatspartei F.D.P. nach einer solchen Grundlage unterstützt und für den notwendigen Druck gesorgt haben, gebührt besonderer Dank. (B)

Genetische Proben enthalten ein Füllhorn an Informationen über einen Menschen. Wir sorgen erneut dafür, daß nur die für die Identitätsfeststellung notwendigen Daten erhoben und gespeichert werden dürfen. Ich will nicht verschweigen, daß ich mir baldmöglichst eine Strafvorschrift wünsche, die ein Nichtbeachten dieses Grundsatzes wirkungsvoll ahndet. Hier besteht offenkundig eine Strafbarkeitslücke.

Wir beschränken die Gen-Datei auf Straftaten von erheblicher Bedeutung und haben diesen Grundsatz durch die Übernahme eines Formulierungsvorschlages eines Bundeslandes noch deutlicher hervorgehoben. Der Wahrung des Interesses von Betroffenen gilt auch der grundsätzliche Richtervorbehalt. Alles dies macht deutlich, daß eine rechtsstaatliche und dennoch effektive Grundlage für die Erhebung von Gendaten gewonnen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die **Bedeutung der Gen-Datei** kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden. Sie ermöglicht den Vergleich mit Spuren früherer Straftaten. So konnte auf Grund eines genetischen Fingerabdrucks festgestellt werden, daß in dem Fall, den der Kollege Graf vorhin schon angesprochen hat, der Mörder eines Mädchens in Niedersachsen einige Jahre zuvor ein weiteres schweres Sexualdelikt begangen hatte. Dieses Wissen von Sexualtätern, jederzeit eindeutig überführt werden zu können, kann auch – das ist ganz wichtig – vor weiteren Straftaten abschrecken. (C)

(Beifall des Abg. Dr. Max Stadler [F.D.P.])

Wir begrüßen es nachdrücklich, daß auch eine Regelung für die Straftäter gefunden worden ist, die bereits in der Vergangenheit verurteilt worden sind. Auch sie werden in die Gen-Datei aufgenommen werden können, um den bereits beschriebenen Abschreckungseffekt zusätzlich zu erhöhen.

Der Datenschutzbeauftragte hat seine Zufriedenheit mit den gefundenen Lösungen im Rechtsausschuß zum Ausdruck gebracht. Ich wiederhole deshalb: Wir haben eine rechtsstaatlich einwandfreie, aber auch effektive Lösung gefunden, die dringend notwendig war. Ich freue mich darüber sehr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächster spricht der Kollege Rezzo Schlauch.

Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stehen unter dem Eindruck der entsetzlichen **Vorgänge in Frankreich** und unter dem Eindruck einer durch nichts zu rechtfertigenden Gewaltorgie von deutschen Hooligans. Gleichwohl muß man die Frage stellen, wie es dazu kommen konnte, daß über 100 registrierte Hooligans, von denen man wußte, daß sie nach Frankreich einreisen, vollkommen unangefochten an ihr Ziel gekommen sind und unangefochten ihr blutiges Werk verrichten konnten. (D)

Ich kann allerdings trotzdem nur sagen: Auch unter diesem Eindruck müssen wir immer wieder versuchen, Kriminalpolitik unter Vernunftsgesichtspunkten zu diskutieren. Wenn die Fülle der Vorhaben, die heute hier zur Abstimmung stehen, verabschiedet werden, wird sich die **innere Sicherheit** – so behaupte ich – um keinen Deut verschlechtern oder verbessern. Die Verabschiedung dieser Vorhaben wird sich auch nicht in einer Änderung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung niederschlagen, das, wie wir alle wissen, in den letzten Jahren immer weiter abgenommen hat.

Die Sicherheit hängt nämlich von ganz anderen Faktoren ab als von hektischen Hyperaktivitäten kurz vor Ende der Legislaturperiode.

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [PDS])

Sie lenken damit den Blick von den tatsächlichen Defiziten der inneren Sicherheit auf die Steckenpferde der Koalition, die eine immer stärkere Ausweitung der Befugnisse der Verfolgungsbehörden und eine Verschärfung des Strafrechts im Auge hat.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das haben Sie doch selber verlangt!)

Herr Kollege Geis, weit sind Sie mit dieser Politik nicht gekommen. Im Gegenteil: Im Laufe der letzten 16 Jahre der Regierung von CDU/CSU und F.D.P. stieg in den alten Ländern die Zahl der Straftaten

Rezzo Schlauch

(A) von 4,2 auf jetzt 5,2 Millionen und insgesamt auf 6,6 Millionen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie wissen doch, warum!)

Herr Kollege Geis, dafür mache ich nicht die Bundesregierung verantwortlich. Aber sie ist verantwortlich dafür, daß sie nicht das Richtige zum richtigen Zeitpunkt getan hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS)

Die Defizite liegen auf der Hand: Vor lauter Fummeln an der Repressionsschraube hat man es versäumt, die Energie auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen noch Sicherheitsreserven zu mobilisieren sind, nämlich bei der Prävention. Die Bundesregierung hat sich vom Repressionsdogmatismus leiten lassen, anstatt Vernunft walten zu lassen, wie das Beispiel der **Beschaffungskriminalität** zeigt. Der Großteil an Handtaschendiebstählen, Autoaufbrüchen und schweren Ladendiebstählen wäre leicht zu vermeiden, wenn Sie in der Drogenpolitik endlich Ihre ideologische Blindheit aufgeben und Hilfe vor Strafe stellen würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS)

Genau dies ist für den Schutz der Bevölkerung und für den Schutz der Betroffenen notwendig. Statt dessen sehen Sie untätig zu, wie auch in diesem Jahr die (B) Zahl der Drogentoten wieder sprunghaft ansteigt, und sehen über die Erfolge des Schweizer Modells bezüglich der Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige hinweg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS)

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, hart gegen das Verbrechen zu sein wäre dann okay, wenn Sie genauso hart gegen die Ursache von Verbrechen vorgehen würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Da aber sind Sie weich wie ein zu kurz gekochtes Frühstücksei.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn eine Regierung zuschaut, wie 750 000 Jugendliche unter 25 Jahren keine Ausbildungsplätze haben bzw. nicht in Arbeit sind, dann muß sie sich nicht wundern, wenn die **Jugendkriminalität** steigt. Da besteht ein klarer Zusammenhang. Wer Kriminalität bekämpfen will und gleichzeitig kein konkretes beschäftigungspolitisches Konzept gegen Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet,

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Haben wir doch!)

(C) der verdient nicht das Prädikat, wirksam gegen Verbrechensbekämpfung vorzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie wissen genau: Eine steigende Jugendkriminalität hat unmittelbar mit Jugendarbeitslosigkeit zu tun. Das zeigt das Beispiel unseres Nachbarn Österreich. Dort besteht die geringste Jugendarbeitslosigkeit und die geringste Jugendkriminalität. Es ist jetzt endlich an der Zeit, in dem Bereich Ausbildungsstellen und Arbeit für Jugendliche – wie beispielsweise in Frankreich – konkret etwas zu tun.

Verweisen Sie dabei nicht auf die Länder! Denn die Länder sind von Ihnen auch in diesem Punkt finanziell ausgetrocknet worden.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: O je! Der kennt die Verteilung der Steuern nicht!)

Das hat Konflikte zur Konsequenz, die auf dem Rükken der Polizei ausgetragen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Wenn wir die gegebenen Möglichkeiten des Rechtsstaats ausschöpfen, das heißt Polizei und Justiz vor Ort stärken, an der Wurzel, nämlich bei der Prävention, ansetzen und Vernunft statt Ideologie walten lassen, können wir Kriminalität erfolgreicher bekämpfen, als Sie dies getan haben.

Danke schön. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat die Abgeordnete Ulla Jelpke.

Ulla Jelpke (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Rezzo Schlauch hat recht: Das, was uns heute beim Tagesordnungspunkt „Debatte zur inneren Sicherheit" geboten wird, ist ein Sammelsurium von 13 – wenn ich mich nicht ganz verzählt habe – unterschiedlichen Gesetzentwürfen. Das fängt an mit der Gen-Datei, geht weiter mit Gesetzen zum Auslieferungsverfahren, mit diversen Entwürfen zur Bekämpfung von Korruption; dann kommen wir bei der Jugendkriminalität an. Ich frage Sie in diesem Hause: Wie soll eigentlich das, was hier heute verabschiedet werden soll, ernsthaft diskutiert werden? Das geschieht in Form von Aktionismus – das muß man den Regierungsparteien vorwerfen –, denn das, was hier im Moment stattfindet, ist purer Wahlkampf.

Die Regierung will demonstrieren, wie ernst es ihr mit der sogenannten inneren Sicherheit ist und wie viele schöne Gesetze sie in der Vergangenheit dazu durchgebracht hat.

Meine Damen und Herren, das wird zweifellos den Bedenken und Ängsten von Bürgern und Bürgerin-

Ulla Jelpke

(A) nen überhaupt nicht gerecht. Sie haben zu Recht Angst, Opfer einer Straftat zu werden, und tatsächlich hat das Ausmaß strafbaren Handelns zugenommen, vor allem auch dadurch, daß es in den neuen Bundesländern mittlerweile westdeutsches Niveau erreicht hat.

Wir als PDS nehmen die Sorgen dieser Menschen durchaus ernst. Wir wenden uns aber entschieden gegen die Art und Weise, wie die Bundesregierung versucht, diese Sorgen politisch auszunutzen.

Werfen wir doch einmal einen Blick auf die Tatsachen. Nach der neuesten **Kriminalitätsstatistik des Innenministeriums von 1997** sank die Kriminalitätsquote um 0,9 Prozent; ebenso nahm der von Ihnen immer angeprangerte Anteil ausländischer Straftäter ab.

Nach einem Lagebericht des Bundeskriminalamtes war auch die organisierte Kriminalität 1997 rückläufig. Die Kriminalität wird also geringer. Gleichzeitig werden aber mit dem Schreckensbild des organisierten Verbrechens und vor allem der Verbrechen durch Ausländer immer neue Sicherheitsgesetze durchgepeitscht, wie wir es heute auch erleben werden, die vor allem eines zum Ziel haben, den Abbau von demokratischen Rechten, aber nicht – wie es der Kollege Schlauch schon skizziert hat – an der Lösung von Problemen orientiert sind.

Die Kohl-Regierung nutzt die soziale Unsicherheit der Menschen aus, um von den eigentlichen Bedrohungen, nämlich den Folgen ihrer Politik des sozialen Kahlschlags abzulenken. Kriminalitätsängste werden (B) geschürt und benutzt, um Bürgerrechte abzubauen. Das letzte Beispiel dafür war der große Lauschangriff, der mit tatkräftiger Unterstützung durch die SPD durchgesetzt werden konnte. Morgen früh werden wir ähnliches erleben beim Bundesgrenzschutzgesetz und beim Asylbewerberleistungsgesetz, das Flüchtlinge in diesem Land noch weiter entrechten, kriminalisieren und in die Illegalität treiben soll.

Die **sozialen Ursachen von Kriminalität** spielen in der Politik der Bundesregierung keine Rolle. Offensichtlich hat sie keinerlei Konzept und will die sozialen Ursachen auch gar nicht wirkungsvoll bekämpfen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das ist blanker Unsinn, den Sie da reden!)

Statt dessen stempelt sie jene Menschen zu Hauptverursachern von Kriminalität, die zu den Verlierern und Verliererinnen der neoliberalen Wirtschaftspolitik gehören. Das sind zum Beispiel Arbeitslose, Obdachlose, Punks und Drogenabhängige sowie vor allem Flüchtlinge und Menschen nichtdeutscher Herkunft. Nicht jeder und jede, der oder die arm ist, wird auch kriminell. Aber hohe Arbeitslosigkeit, die Angst um die Wohnung und die zunehmende gesellschaftliche Ausgrenzung sind ein sozialer Boden, auf dem Kriminalität gedeihen kann. Deshalb haben wir immer wieder betont, daß mehr Repression kein geeignetes Mittel gegen Kriminalität ist.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie haben ein sehr schlimmes Weltbild! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(C) Wir sind der Meinung, daß eine gute Sozialpolitik immer noch die beste Kriminalpolitik ist.

(Beifall bei der PDS)

Darüber hinaus haben wir auch ein **Konzept der sozialen Grundsicherung** gefordert, eine Ausbildungsplatzgarantie und eine soziale Ausbildungsförderung sowie vor allem die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Migranten und Migrantinnen, die in diesem Land seit 20, 30 und mehr Jahren leben. Wir lehnen die Konzepte des starken Staates ab, die die Polizei zu politischen Zwecken mißbrauchen, und fordern eine demokratische Polizeireform, die die Polizei gründlich reformiert und entbürokratisiert. Kurz gesagt: Wir teilen die Ziele der hunderttausend Menschen, die am letzten Wochenende in Berlin eine andere Politik gefordert haben, eine Politik, die eben nicht auf mehr Repression setzt, sondern sich gegen Rassismus, soziale Ausgrenzung und zunehmende soziale Ungerechtigkeit richtet.

Noch eines zur SPD: Sie sind offensichtlich nur zu bereit, eine neue Regierung zu stellen. Aber man sieht gegenwärtig nicht, daß Sie auch eine andere Politik durchsetzen wollen, insbesondere was den Bereich der inneren Sicherheit betrifft. Selbst eine SPD-freundliche Tageszeitung, die „Süddeutsche Zeitung", sah sich veranlaßt, die Kungelei zwischen rechten Hardlinern in der Union und der SPD zu kritisieren. Offensichtlich, so schreibt die „Süddeutsche", proben Sie hier schon die große Koalition, und sie kritisiert vor allen Dingen die Zusammenarbeit zwischen Beckstein und Glogowski. Ich zitiere die (D) „Süddeutsche":

> In kleinem Kreis übertrumpfen sich der CSU-Mann und der Sozi mit ihren Bekenntnissen zum starken Staat. Der Niedersachse hat noch ein viel weitergehendes Gesetz zur Schleierfahndung zu bieten als der Bayer, er will die Europolizei schneller stärken als Beckstein, er ist grundsätzlich für den Einsatz von verdeckten Ermittlern gegen das Organisierte Verbrechen, und die Daten von Sexualtätern müßten lebenslang gespeichert werden.

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

> Da muß sich sogar Beckstein bemühen mitzuhalten. „Mit einem konservativen Sozi ist besser zu arbeiten als mit manchem aus unserem Lager", sagt Beckstein gern ...

Ich meine, die SPD sollte sich intensiv mit ihrer Politik auseinandersetzen. Ich halte es dagegen mit der auf der Demonstration am vergangenen Wochenende getroffenen Feststellung, daß vor allen Dingen eine starke außerparlamentarische Bewegung Druck auf diesen Bundestag ausüben muß, damit endlich weniger Repression, mehr soziale Gerechtigkeit und eine andere Politik durchgesetzt werden.

Danke.

(Beifall bei der PDS – Sigfried Hornung [CDU/CSU]: So ein Demokratieverständnis!)

(A)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat der Bundesminister der Justiz, Professor Dr. Schmidt-Jortzig.

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Bundesminister der Justiz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Die Bilanz der Koalition im Bereich innere Sicherheit ist eindrucksvoll. Das lasse ich mir auch nicht von den Damen und Herren Kollegen aus der Grünen-Fraktion bzw. der PDS zerreden, die das eigentlich nur tun, weil sie an den Erfolgen im Bereich der Rechtspolitik überhaupt keinen Anteil haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Gemeinsam und sehr oft unter Einbeziehung und Mittun der sozialdemokratischen Fraktion haben wir dafür gesorgt, daß es jedenfalls im Bereich der Rechtspolitik keinen Reformstau gibt. Fast das gesamte Reformprogramm der Koalition für diese Legislaturperiode findet sich bereits im Bundesgesetzblatt. Natürlich ist dieser Erfolg nicht nur unseren Vorlagen zu danken, denn Tore erzielt man bekanntlich nie allein; man braucht alle möglichen Vorbereiter und auch Vollstrecker dazu. Ohne die beharrliche Regie so bewährter Spieler – ich will sie noch einmal ausdrücklich dankend und mit allen guten Abschiedswünschen erwähnen – wie Horst Eylmann und Detlef Kleinert wären die Vorlagen nie über das Mittelfeld hinausgekommen. Auch ohne die heute leider nicht anwesende Frau Kollegin Däubler-Gmelin hätten wir viele Tore nicht erzielen können. Auch das muß hier deutlich gesagt werden.

(B)

An den Gesetzen liegt es jedenfalls nicht, wenn es um die innere Sicherheit in diesem Land besser bestellt sein könnte. Im Debet stehen vielmehr die **Umsetzung und Anwendung.** Lassen Sie mich dazu nur jene zwei Beispiele herausgreifen, die dazu heute auf unserer Tagesordnung stehen:

Erstens. Mit dem **DNS-Identitätsfeststellungsgesetz** vollenden wir ein zentrales Reformprojekt dieser Legislaturperiode, nämlich den besseren Schutz vor Sexualstraftätern, insbesondere den Schutz von Kindern, die die potentiellen, häufigsten und schwächsten Opfer von Sexualstraftätern sind, und die Verbesserung der Strafaufklärung in solchen Fällen. Seit Januar dieses Jahres ist das **Gesetz zum Schutz vor Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten** in Kraft, das den Schutz vor Rückfalltaten durch Therapie, Führungsaufsicht und Sicherungsverwahrung verbessert. Seit April ist das **Sechste Strafrechtsreformgesetz** in Kraft, das die Strafrahmen für Sexualdelikte insbesondere gegen Kinder merklich angehoben hat. Im Herbst tritt das **Zeugenschutzgesetz** in Kraft, das durch den Einsatz von Videotechnologie den betroffenen, den verletzten Kindern die Konfrontation mit ihrem Peiniger im Gerichtssaal erspart. Und das DNS-Identitätsfeststellungsgesetz enthält nun für die im Aufbau befindliche DNS-Analyse-Datei alle für eine Datenerhebung in sachgerechtem Umfange noch erforderlichen tatbestandlichen Ergänzungen sowie verfahrenssichernden Rahmenbedingungen. Mein Kollege van Essen hat das hier ausführlich dargestellt.

Damit ist in allen kriminalistisch sinnvollen Fallkonstellationen die Untersuchung von Körperzellen zum Zweck der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren unter klar umrissenen Voraussetzungen möglich. Selbstverständlich – bei einem liberalen Minister erwarten Sie das wohl auch – sind die erforderlichen rechtsstaatlichen Sicherungsinstrumente vorhanden, selbst wenn einige dies durch lautes Getöne immer wieder zu verdecken versuchen. Ich nenne hier nur die Stichworte Verhältnismäßigkeit, Datenschutz und Richtervorbehalt. Insofern ist dieses Gesetz ein gutes Gesetz.

(C)

Meine Damen und Herren, das zweite Beispiel für unsere erfolgreiche Arbeit im Bereich der Rechtspolitik sind die Ihnen vorliegenden internationalen Abkommen bzw. die Ratifikationsgesetze zu **internationalen Abkommen zur Korruptionsbekämpfung.** Sie sind ein ganz wichtiger Baustein in unserem Bemühen um eine effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Denn die Korruption, so heißt es zu Recht immer wieder, ist der Brückenkopf des organisierten Verbrechens.

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß wir mit dem Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität gegen die Gewinnschöpfung als dem ökonomischen Fundament des organisierten Verbrechens vorgegangen sind. Mit der Erleichterung des Zugriffs auf verdächtiges Vermögen haben wir in diesem Frühjahr diesen gesetzgeberischen Weg fortgesetzt. Die Einführung der **akustischen Wohnraumüberwachung** zu Beweiszwecken schaffte darüber hinaus ein neues Instrument für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

(D)

Lassen Sie uns heute also einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die Korruption tun! Vor fast genau einem Jahr haben wir für den innerstaatlichen Bereich das **Gesetz zur Bekämpfung der Korruption** verabschiedet. Wer die Presse aufmerksam verfolgt hat, konnte sich vom Erfolg dieses Vorhabens überzeugen. Jetzt geht es um die Bekämpfung der Korruption im internationalen Rahmen.

Dank einer deutsch-französischen Initiative wurde am 17. Dezember letzten Jahres in Paris im Rahmen der OECD das dort ausgehandelte Übereinkommen unterzeichnet, in dem strafrechtliche Mindeststandards für die Bestechung ausländischer Amtsträger festgelegt wurden. Neue Standards setzt auch das **EU-Bestechungsgesetz**, indem es im Hinblick auf Beamte der EG und der anderen EU-Mitgliedstaaten Bestechung und Bestechlichkeit unter Strafe stellt. Und mit dem **EG-Finanzschutzgesetz** wird erstmals ein einheitlicher strafrechtlicher Schutz der EG gegen Subventionsbetrug und Abgabenhinterziehung geschaffen. Dies liegt im besonderen Interesse Deutschlands als einem der Hauptnettozahler.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute diese Gesetzentwürfe verabschieden und der Bundesrat sie noch vor der Sommerpause abschließend behandelt, wird Deutschland als einer der ersten Staaten diese Übereinkommen ratifizieren. Das wäre

(A) ein auch international beachtetes Signal für unseren besonderen Willen zur Korruptionsbekämpfung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Man kann also sehen, daß unsere gesetzgeberischen Hausaufgaben gemacht sind. Diese Hausaufgaben tragen durchaus erste zarte Früchte. Herr Kollege Schlauch, meine Statistik sieht da ein bißchen anders aus. Mit 8 031 Straftaten je 100 000 Einwohner weist die Polizeiliche Kriminalstatistik des letzten Jahres den niedrigsten Stand seit Führung einer gesamtdeutschen Statistik aus. Man sollte die Zahlen, die man verwendet, schon sachbezogen auswählen und auch entsprechend bewerten.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Lage ist also besser als das Bild, das immer wieder diejenigen von der Sache zeichnen, die polemisch draufzusatteln oder/und mit Katastrophenmeldungen oder Maximalforderungen wetteifern wollen. Ich habe jedenfalls wenig Verständnis dafür, daß einige bei jedem neuen Verbrechen nach immer neuen Gesetzen rufen. Schon Montesquieu hat bekanntlich festgestellt: Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.

In Deutschland haben wir, meine Damen und Herren, kein Gesetzesdefizit – das kann man angesichts der Arbeit des Rechtsausschusses in dieser Legislaturperiode mit einigem Selbstbewußtsein sagen –, sondern ein **Vollzugsdefizit.** Hier gilt es dann allerdings auch nüchtern festzustellen – auch das gehört (B) zur politischen Auseinandersetzung –, daß es ganz beachtliche Unterschiede zwischen den für den Vollzug zuständigen Ländern gibt, an denen die politisch Verantwortlichen gemessen werden können. In Baden-Württemberg etwa kommen gerade einmal 5 770 Straftaten auf 100 000 Einwohner, in Niedersachsen dagegen gibt es 7 382 Straftaten je 100 000 Einwohner

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Gehen Sie einmal auf die Steigerungsraten ein! – Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Die Niedersachsen waren immer ein wenig diebisch veranlagt!)

und in Sachsen-Anhalt sogar 10 802 Straftaten. Die jeweils politisch Verantwortlichen kennen Sie.

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Mecklenburg-Vorpommern, bitte! – Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Wie ist das bei den Abgeordneten?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist nicht nur Anlaß, eine erste Bilanz zu ziehen, sondern auch Anlaß, Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Ich denke dabei etwa an die **Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems,** die durch eine von mir eingesetzte Kommission bereits vorbereitet wird. Sie wird zu Beginn der nächsten Legislaturperiode Vorschläge unterbreiten, wie wir zu effektiveren und zielgenaueren Strafen kommen können. In diesem Zusammenhang auch Ihnen, lieber Kollege Meyer, herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung. Mit diesem

(C) Vorhaben werden wir die Reform des Strafrechts vorerst abschließen. Ich hoffe, daß wir dann auch die Früchte ernten können. Mit dem Rückgang der Kriminalität – das muß sicherlich vorsichtig betrachtet werden, eine erste Zahl kann allenfalls eine Tendenz darstellen – haben wir den Trend jedenfalls anscheinend gebrochen. Die Koalition wird sicherlich dafür sorgen, daß sich diese Trendwende fortsetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Professor Jürgen Meyer auf.

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutigen Redebeiträge zu dem Thema innere Sicherheit können auch aus der Sicht der SPD-Fraktion mit einer guten Nachricht eingeleitet werden. In nur vier Wochen seit der ersten Lesung des Koalitionsentwurfes über die Errichtung einer DNA-Analyse-Datei ist es durch intensive Berichterstattergespräche gelungen, einen konsensfähigen Entwurf vorzulegen. Nach unserer Auffassung entspricht der Entwurf sowohl der Forderung, zur Aufklärung schwerer Straftaten auch neue kriminalistische Möglichkeiten zu nutzen, als auch der Forderung, die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens zu garantieren.

Wir werden heute die aus unserer Sicht unverzichtbare **gesetzliche Grundlage der** sogenannten **Gen-Datei** verabschieden. Die Beratungen sind ganz (D) wesentlich dadurch erleichtert worden, daß wir im Frühjahr des vergangenen Jahres auf der Grundlage einer SPD-Initiative aus der letzten Legislaturperiode und eines späteren Koalitionsentwurfes in sachlicher Beratungsatmosphäre Regeln für den genetischen Fingerabdruck verabschiedet haben, auf denen wir aufbauen konnten. Ich erinnere an die Beschränkung des Instruments auf die Feststellung von Identität und Abstammung, den strengen Richtervorbehalt, die Anonymisierung des Spurenmaterials, die oft übersehene Einschaltung von Datenschutzbeauftragten und die Trennung von ermittelnder und analysierender Stelle.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Professor Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Geis?

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Ja. Bitte schön, Herr Kollege Geis.

Norbert Geis (CDU/CSU): Herr Kollege Meyer, stimmen Sie mit mir darin überein, daß für die Errichtung der Gen-Datei nicht das Gesetz, das wir heute verabschieden wollen, sondern das BKA-Gesetz maßgeblich ist und daß es heute um die Frage der Erweiterung der Erhebung von DNA-Analysen geht, die dann in die bereits nach dem BKA-Gesetz errichtete Gen-Datei eingespeichert werden?

(A)

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Herr Kollege Geis, Sie haben teilweise recht. Richtig ist, daß wir heute die Speicherung der DNA-Analysen und die Rechtsregeln dafür beschließen werden. Genauso richtig ist aber, daß die Rechtsstaatlichkeit des Einsatzes dieser kriminalistischen Methode ganz wesentlich davon abhängt, daß die DNA-Analyse selbst mit rechtsstaatlich abgesicherten Verfahren durchgeführt worden ist. Deshalb ist das eine, das wir im vergangenen Jahr verabschiedet haben, ohne das andere, das wir heute verabschieden, nicht zu denken, und umgekehrt. Beides gehört zusammen. Und zum zweiten komme ich jetzt.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Professor Meyer, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage des Kollegen Volker Beck?

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Ja. Herr Beck, bitte schön.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie gerade betont haben, der Gesetzentwurf stelle eine gesetzliche Grundlage für die Gen-Datei dar: Es wurde schon deutlich, daß der Herr Kollege Geis das mit Recht anders sieht, weil es sich juristisch anders verhält. Würden Sie mir zustimmen, daß wir heute nur einen Eingriff legitimieren, um Gendaten von Beschuldigten zu erheben, die schuldunfähig waren, oder bereits Verurteilten, von denen im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nicht nach § 81 e in Verbindung mit § 81 a StPO bereits entsprechende Daten erhoben worden sind? Würden Sie mir ferner zustimmen, daß es in diesem Gesetzentwurf für die Speicherung der nach § 81 e in Verbindung mit § 81 a StPO erhobenen Daten keine gesetzliche Regelung und sie allein auf der Errichtungsanordnung gegenüber dem BKA fußt, die angeblich durch das BKA-Gesetz gedeckt sein soll?

(B)

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Auch dies ist nur teilweise richtig, Herr Kollege Beck. Zunächst einmal ist es überraschend, daß Sie in diesem Punkt mit dem Kollegen Geis übereinstimmen. Richtig ist, daß die Errichtungsanordnung gegenüber dem Bundeskriminalamt ausdrücklich auf die von uns im vergangenen Jahr verabschiedeten Rechtsregeln Bezug nimmt. Was wir heute verabschieden, will ich jetzt erklären. Deshalb bitte ich, Ihre Ungeduld ein wenig zu zügeln.

In den Beratungen über den heute zu verabschiedenden Gesetzentwurf haben wir in den Entwurf einvernehmlich eine Reihe der Forderungen aufgenommen, die mein Kollege Otto Schily im Rahmen der ersten Lesung für die SPD formuliert hat. Ich verweise auf die **Konkretisierung des Deliktkataloges** für Beschuldigte oder bereits Verurteilte, der neben Verbrechen auch ausdrücklich Vergehen gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gefährliche Körperverletzung, schweren Diebstahl und Erpressung nennt. Wir haben im Ausschußbericht klargestellt, Herr Kollege Beck, daß eine Speicherung der Analyseergebnisse von Beschuldigten, die später freigesprochen werden, selbstverständlich nicht in Betracht kommt.

(C)

Und wir haben die Verwendungsregelung dahin gehend präzisiert, daß Auskünfte aus der Datei nur für Zwecke eines Strafverfahrens, der Gefahrenabwehr und der internationalen Rechtshilfe hierfür erteilt werden dürfen.

Die Erfahrung wird zeigen, ob weitere Regelungen, wie wir sie in den Beratungen vorgeschlagen haben, sinnvoll sind. Jedenfalls rechtfertigt das vorliegende Verhandlungsergebnis die Feststellung, daß wir heute einen guten Tag für den Rechtsstaat und einen schlechten Tag für manchen Straftäter in Deutschland haben. Ich hoffe, daß dies auch für potentielle Täter gilt, deren höheres Entdeckungsrisiko sie von ihrem Tatentschluß abbringen könnte. Auch darum geht es.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gegenstand der heutigen Debatte ist auch die **innere Sicherheit in der Europäischen Union.** Wir werden über eine Reihe von Übereinkommen und Ausführungsgesetzen abstimmen, welche die innere Sicherheit in Europa stärken und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in diesem Bereich verbessern sollen. Lassen Sie mich, bevor ich einige kritische Bemerkungen mache, die Gemeinsamkeiten feststellen, die bei den hinter uns liegenden Gesetzesberatungen erneut deutlich geworden sind.

Nur durch eine ständige Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa kann den Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger ausreichend Rechnung getragen werden. Das gilt nicht nur, aber auch für den Bereich der organisierten Kriminalität, die wegen ihrer grenzüberschreitenden Struktur wirkungsvoll nur grenzüberschreitend bekämpft werden kann. Es gilt ebenso und heute ganz besonders für das Vorgehen gegen reisende Gewalttäter, wie sie vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit dem Fußballspiel zwischen den Mannschaften von Deutschland und Jugoslawien in Lens wieder in Erscheinung getreten sind. Derartige Straftaten – ich hoffe, daß wir da einig sind –, die auch dem Ansehen unseres Landes in Europa massiv schaden, müssen ohne jede Verzögerung und mit der gebotenen Härte bestraft werden.

(D)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Genauso wichtig ist es aber auch, durch eine ständige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der betroffenen Länder dazu beizutragen, daß die Taten dieser sogenannten Hooligans möglichst verhindert werden. Die Gewährleistung innerer Sicherheit ist ein elementares Gebot eines jeden Rechtsstaates. Das gilt auch für den erfreulicherweise immer stärker zusammenwachsenden Rechtsraum der Europäischen Union.

Gerade weil dies die übereinstimmende Auffassung aller Fraktionen im Deutschen Bundestag ist, muß die **Europapolitik** dieser Bundesregierung im Bereich der inneren Sicherheit in zweifacher Hinsicht kritisiert werden. Sie ist nämlich häufig viel zu lang-

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

(A) sam und verdient in mehrfacher Hinsicht allenfalls das Attribut „halbherzig".

Als Beispiel für die Langsamkeit nenne ich das heute abschließend zu beratende Übereinkommen über das **Verbot der doppelten Strafverfolgung**, also das grundsätzliche Verbot der Verfolgung und mehrfachen Bestrafung derselben Tat zum Beispiel in mehreren Ländern der Europäischen Union. Dieses Verbot, das bislang nur in den Schengen-Staaten gilt, soll künftig von allen Mitgliedstaaten der EU anerkannt werden. Das entsprechende Übereinkommen stammt aus dem Jahre 1987, ist also inzwischen gut elf Jahre alt. Die Bundesrepublik Deutschland hat es im August 1992 unterzeichnet. Erst fünf Jahre später ist das Ratifizierungsverfahren von der Bundesregierung eingeleitet worden, das heute im Bundestag abgeschlossen werden soll. Eine Reihe anderer Mitgliedstaaten hatte das Übereinkommen schon vor einem Jahr ratifiziert; ich nenne Dänemark, Frankreich, Italien, die Niederlande und Portugal. Weitere Länder haben das Verfahren zeitlich vor uns abgeschlossen.

Das ist nur ein Beispiel dafür, daß die Bundesregierung es mit der Erfüllung ihrer europarechtlichen Verpflichtungen nicht besonders eilig hat. Dieser Vorwurf gilt bekanntlich weit über den Bereich der inneren Sicherheit hinaus. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meinem Manuskript ein ganzes Sündenregister über Säumnisse der Bundesregierung, verspätete Umsetzungen von Richtlinien und unsere mühsamen Versuche im Europaausschuß, die Langsamkeit und Hartleibigkeit der Bundesregierung ein wenig zu überwinden. Wenn das jemand (B) von der Koalition bestreitet, werde ich in einer Kurzintervention dieses Sündenregister vortragen. Ich tue das jetzt nur aus Zeitgründen nicht.

(Michael Teiser [CDU/CSU]: Das ist ja Bedrohung!)

Im Europaausschuß und im Rechtsausschuß haben wir der Bundesregierung vorgeführt, daß es auch anders geht. Das heute zu verabschiedende **EG-Finanzschutzgesetz** haben wir binnen zwei Monaten seit der Einbringung des Gesetzentwurfes abschließend beraten. Durch dieses Gesetz wird nunmehr die Strafvorschrift über Subventionsbetrug dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften angepaßt. Künftig ist nicht nur die Erlangung, sondern auch die zweckwidrige spätere Verwendung von Subventionen mit Strafe bedroht.

Wir fordern heute: Statt schöner Europabekenntnisse sollte die Bundesregierung, solange sie noch im Amt ist, die Erfüllung ihrer europarechtlichen Verpflichtungen gerade im Bereich der inneren Sicherheit ernster nehmen und sich nicht immer wieder auf eine Rolle im hinteren Mittelfeld oder als Schlußlicht zurückziehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine zweite Kritik, die sich aus dem Inhalt einiger der heute vorliegenden Entwürfe ergibt, bezieht sich auf die lediglich halbherzige **Umsetzung europapolitischer Verpflichtungen** im Bereich der inneren Sicherheit. Daß die Bekämpfung der Korruption (C) durch diese Bundesregierung alles andere als überzeugend ist, haben wir mehrfach betont. Es ist grotesk, daß nach wie vor Bestechungsgelder, wenn die Tat im Ausland begangen und nicht abgeurteilt worden ist, steuerlich abgesetzt werden können. Mein Kollege Frank Hofmann wird sich zu diesem trüben Kapitel der Politik dieser Bundesregierung anschließend noch ausführlich äußern.

Ich will statt dessen auf eine Glaubwürdigkeitslücke hinweisen, die sich im Zusammenhang mit den vorliegenden Gesetzentwürfen zur Auslieferung und zum vereinfachten Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der EU ergibt. Die vorgesehene **Erleichterung des Auslieferungsverkehrs** ist überfällig und findet unsere Zustimmung. Aber sie wird in der Praxis weitgehend leerlaufen, weil wir nach Art. 16 Abs. 2 des Grundgesetzes eigene Staatsangehörige nicht ausliefern und deshalb wegen des Grundsatzes der Gegenseitigkeit auch nicht mit Entgegenkommen der anderen Mitgliedsländer der EU bei unseren Auslieferungsersuchen rechnen können.

Ich erinnere an unsere mehr als drei Jahre zurückliegende Debatte über den Jugoslawien-Strafgerichtshof. Der Bundesrat und meine Fraktion hatten damals eine Änderung des Grundgesetzes gefordert, um die Zulieferung auch deutscher Angeklagter an diesen Gerichtshof zu ermöglichen. Lediglich zur Vermeidung weiterer Verzögerungen und auf Drängen der F.D.P. hatten wir diesen Punkt zur gesonderten Beratung zurückgestellt. Seitdem ist gar nichts geschehen.

(D) Wie erklärt eigentlich die Bundesregierung, Herr Justizminister, den anderen Unterzeichnerstaaten, daß wir zwar den Gerichtshof wollen, es aber beharrlich ablehnen, deutsche Söldner, die Vergewaltigungen, Folter, Totschlag und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit im ehemaligen Jugoslawien begangen haben sollen, nach Den Haag zu überstellen?

Zur Groteske wird das Verhalten der Bundesregierung und insbesondere von Außenminister Kinkel auf der gegenwärtig in Rom stattfindenden Regierungskonferenz über die Einrichtung eines Weltstrafgerichtshofes. Wir fordern dort mit viel Pathos die Einrichtung dieses Gerichtshofes, müssen aber auf Rückfrage kleinlaut einräumen, daß wir dem Gericht wegen des Verhaltens der Koalition, insbesondere der F.D.P., nur Ausländer, nicht aber deutsche Beschuldigte überstellen werden. Das ist keine glaubwürdige Kriminalpolitik. Dieses muß sich ändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir bitte eine abschließende Feststellung zur inneren Sicherheit und insbesondere zur **Jugendkriminalität** als Wahlkampfthema. Wir haben im vergangenen November eine gründliche und auf gutem Niveau stehende Debatte zum Thema Jugendkriminalität geführt. Meine Fraktion hatte diese Debatte anläßlich der Beantwortung ihrer Großen Anfrage über „Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien" beantragt und dazu auch einen sehr umfangreichen Antrag gestellt.

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

(A) In jener Debatte haben auch die Redner der Koalition ausdrücklich unserer Betonung der Prävention sowie des Grundsatzes „Erziehung und Strafe" und der Ablehnung einer Herabsetzung der Strafmündigkeit für Kinder zugestimmt. In der vergangenen Woche hat die CDU/CSU-Fraktion unseren Antrag überraschend mit der pauschalen Begründung abgelehnt, es bestehe – ich zitiere aus dem Ausschußbericht – „zu der Frage, mit welchen Mitteln die Jugendkriminalität am effektivsten bekämpft werden könne, noch erheblicher Diskussionsbedarf".

Wir diskutieren gerne weiter mit Ihnen, aber wir hoffen sehr, daß Ihre schönen Ausführungen vom November 1997 nicht deshalb wieder eingesammelt worden sind, weil Sie Ihren Wahlkämpfern den Rükken freihalten wollen.

Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Wer sich durch einseitige Repressionsforderungen gegen Kinder und Jugendliche im Wahlkampf zu profilieren versucht,

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das sagt doch keiner!)

verhält sich nicht verantwortungsvoll. Er lenkt ab von der Verantwortung auch der Politik für Kriminalitätsursachen wie Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Ja, er resigniert vor diesen Ursachen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Aber darauf ist auch nicht alles zurückzuführen!)

(B) Wer das tut, sollte allein deshalb dieses Land nicht mehr regieren dürfen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Schmidt-Jortzig.

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (F.D.P.): Verehrter Herr Kollege Meyer! Sie haben – dafür bringe ich viel Verständnis auf – Ihren schönen und richtigen Gedanken der Beseitigung des **Auslieferungsverbots** für eigene Staatsangehörige hier noch einmal mit Verve vorgetragen.

Dieser schöne und richtige Gedanke sollte uns aber nicht davon abhalten, die Dinge doch mit Vernunft und politischer Ruhe zu betrachten. Es handelt sich bei diesem Prinzip, wie Sie genau wissen, um einen Grundsatz des deutschen Verfassungsrechts, der in unserer Verfassungstradition gewachsen ist und sich bewährt hat. Also werden wir diesen Grundsatz nur dann – im Ziel sind wir, wie Sie wissen, völlig einig – angehen zu beseitigen, wenn es wirklich erforderlich ist. Ich sage Ihnen hier deutlich für die Bundesregierung: Es war bisher beim Internationalen Strafgerichtshof Jugoslawien nicht erforderlich und erst recht nicht für den Internationalen Strafgerichtshof Ruanda.

(C) Gleichwohl haben wir in dem entsprechenden Gesetz die Signale deutlich gestellt, daß wir über diesen Punkt, sobald es mit einem entsprechenden internationalen Schritt ernst wird, nachdenken müssen. Dieser Ernstfall wird kommen, wenn wir das Ratifizierungsgesetz für die Einrichtung des ständigen internationalen Strafgerichtshofs von Rom, Den Haag oder wo immer er hinkommen wird, vorliegen haben. Genau an dem Punkt können Sie sicher sein – deswegen habe ich mich auch hier hingestellt –, daß Sie die Abgeordneten der F.D.P., jedenfalls den Abgeordneten Schmidt-Jortzig, voll an Ihrer Seite haben, wenn Sie dann sagen, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir das Auslieferungsverbot für eigene Staatsangehörige überdenken müssen, aber keinen Moment früher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Kollege Meyer.

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Herr Minister Schmidt-Jortzig, ich habe mit Freude vernommen, daß wir bei der zu treffenden Entscheidung über die Änderung von Art. 16 des Grundgesetzes, so haben Sie formuliert, die F.D.P., jedenfalls den Kollegen Schmidt-Jortzig, auf unserer Seite haben werden. Die Differenzierung ist mir nicht entgangen.

(D) Es ist richtig, daß wir über dieses Thema debattiert haben. Aber ich bin der Meinung: Daß es keine Überstellungsersuchen des Jugoslawien-Strafgerichtshofs gibt, kann sehr wohl damit zusammenhängen, daß man dort weiß, daß die Bundesrepublik Deutschland dem Ersuchen wegen der Verfassungslage nicht entsprechen wird.

Wichtiger ist mir aber der inhaltliche Aspekt, daß bei dem von Ihnen als bewährt bezeichneten Instrument nach unserer Überzeugung und auch der des Bundesrates – deshalb hoffen wir ja, daß die Zweidrittelmehrheit, zu der Sie nicht so viel beitragen können, zustandekommt – die inhaltliche Begründung nicht mehr überzeugt. Die inhaltliche Begründung des Auslieferungsverbotes ist einmal die **Schutzpflicht** des eigenen Staates für die eigenen Staatsangehörigen und letztlich ein **Mißtrauen** gegenüber der Strafrechtspflege anderer Staaten. Letzteres ist unter anderem durch die Verfahrensordnung und -praxis des Jugoslawien-Strafgerichtshofs widerlegt. Das Mißtrauen ist nicht mehr angebracht.

Ich bin der Auffassung, daß Mißtrauen gegenüber der Strafrechtspflege anderer Mitgliedstaaten auch nicht mehr angebracht ist. Denn wie kommen wir dazu, diesen bei der Aufnahme in die Europäische Union das Testat Rechtsstaat zu geben und anschließend zu sagen: Eure Strafverfahren halten wir nicht für hinreichend rechtsstaatlich?

Das heißt, die historische Begründung gilt nicht mehr. Wir sind ein zusammenwachsender Rechtsraum in Europa und sollten deshalb auch unsere Verfassungslage, wie es der Bundesrat, die SPD und nach meinem Eindruck auch eine Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion wollen, endlich anpassen, nicht

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

(A) länger reden und Signale geben, sondern entscheiden.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Jetzt langt's!)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Wir fahren jetzt in der Debatte fort. Das Wort hat der Kollege Professor Rupert Scholz.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte zur inneren Sicherheit mit wichtigen weiteren Bausteinen im System der Politik der inneren Sicherheit steht im Schatten der entsetzlichen Ereignisse in Frankreich. Ich denke, wir sollten, gerade was das Ansteigen von brutaler **Gewaltkriminalität** auch in unserem Lande angeht, schon innehalten, auch im Denken an und im Mitgefühl für die Opfer dieser widerwärtigen Gewalttätigkeit. Sie wurde verübt von Gewaltkriminellen, von Kriminellen, die sich ein großes Fest des Sports mißbräuchlich zunutze machten. Ich glaube, so muß man es sagen. Die ganze Welt schaut auf die **Fußballweltmeisterschaft,** und dann reisen Kriminelle dieser Art an und mißbrauchen dieses Ereignis für ihre Untaten! Ich denke, so etwas muß dieses Haus, müssen wir alle verurteilen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir verbinden das mit unser aller Mitgefühl für die Opfer.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Dann sollte man aber die Fanprojekte nicht einstellen, sondern ausweiten!)

(B)

– Ist das nicht ekelhaft, Herr Fischer, was Sie jetzt tun? In einem solchen Moment, wenn man einen Gedanken dieser Art formuliert, kann es dieser alternde Lümmel nicht lassen, dazwischenzuquatschen und dumme Bemerkungen zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Professor Scholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Keine Zwischenfrage von Herrn Fischer. Ich spreche jetzt weiter.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Ich wollte eine Richtigstellung machen, weil Sie völlig zu Unrecht über mich hergefallen sind! Fanprojekte ausweiten, nicht einstellen!)

– Sie können nachher soviel intervenieren, wie Sie wollen.

(Zuruf von der SPD: Dazwischenrufen gab es in seiner Schulzeit nicht!)

Meine Damen und Herren, das Paket an Gesetzesmaßnahmen, das heute zur Verabschiedung ansteht, rundet – in notwendiger Form, wie ich eingangs bereits gesagt habe – vieles von dem ab, was für eine verantwortliche Politik der inneren Sicherheit notwendig ist: angefangen bei der DNA-Analyse, über

(C) das BGS-Gesetz, das wir morgen verabschieden werden, bis hin zu den Maßnahmen in bezug auf Bestechung, Korruption und das Auslieferungsrecht. Das sind alles notwendige Bausteine im System der Politik der inneren Sicherheit dieser Koalition.

Ich kann nur nachdrücklich das unterstreichen, was Herr Schmidt-Jortzig vorhin gesagt hat: Unsere Bilanz in diesem Bereich ist gut; sie ist erfolgreich. Aber sie ist nur Teil einer wirklich verantwortlichen und erfolgreichen Politik der Kriminalitätsbekämpfung. Die Kriminalitätsstatistik ist heute mehrfach zitiert worden. 6,6 Millionen Straftaten sind nach wie vor 6,6 Millionen Straftaten zuviel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Besonders aufmerksam müssen wir das Anwachsen der **Jugendkriminalität** um 10,1 Prozent betrachten. Herr Meyer, ich habe Ihre Rede mit Interesse und Aufmerksamkeit gehört. Ich empfehle Ihnen, diese Rede einmal nach Hannover zu schicken. Auf der einen Seite sagt Ihr Kanzlerkandidat: „Wer das Wahlrecht hat, der muß auch wie ein Erwachsener bestraft werden.", und er fällt damit undifferenziert über unser Jugendstrafrecht her. Auf der anderen Seite lehnt er aber Änderungen, die seinerzeit im Bundesrat anstanden, ab. Mit so vereinfachten Formeln kann man gerade im Jugendbereich, in diesem sensiblen Feld – ich glaube, Sie werden mir auf der Grundlage dessen, was Sie vorhin gesagt haben, recht geben –, keine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfungspolitik machen. Mit Vergnügen nehme ich Ihren Satz auf, daß jemand, der auf diesem Feld so redet und so denkt, nicht regierungsfähig ist.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Das war ein guter Rückpaß! Das war gut! Der Return saß! – Dr. Jürgen Meyer [Ulm] [SPD]: Wollen Sie also unserem Antrag zustimmen?)

Eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung setzt natürlich rechtsstaatliche Gesetzgebung und Repression voraus, aber sie setzt auch – das ist heute, jedenfalls im Terminus, das einzig richtige Wort von Herrn Schlauch gewesen – eine wirksame und erfolgreiche Präventionspolitik, eine Politik der Vorbeugung und der Vermeidung von Straftaten und eine Politik erfolgreicher Umsetzung dessen, was der Gesetzgeber präpariert hat, voraus. Bei der Umsetzung sieht es in vielen Bundesländern leider nicht gut aus, gerade wenn man an Hauptverhandlungshaft und **beschleunigte Verfahren** denkt. Im übrigen haben die Franzosen uns in bezug auf beschleunigte Verfahren etwas vorgemacht. Davon kann man nur lernen; davon können die Bundesländer nur lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

An dieser Stelle sage ich sehr deutlich: Eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität – also jener 6,6 Millionen Straftaten – und vor allem des Anwachsens der Gewaltkriminalität und des nach wie vor anwachsenden Potentials in der organisierten Kriminalität setzt ein wirklich effektives Zusammenwirken von Polizei, Justiz und Gesetzgebung voraus. Es setzt voraus, daß man im Grunde – so möchte ich es formulieren – die Politik der Kriminalitätsbekämpfung in

Dr. Rupert Scholz

(A) unserem Lande als eine wirkliche Gemeinschaftsaufgabe in diesem föderativen Staat versteht – nicht als Gemeinschaftsaufgabe im technischen Sinne, aber im Sinne der Verantwortlichkeit und der wirklichen Kooperation –, daß man sich nicht hinstellt und mit flachen Sprüchen auf diesen oder jenen mit dem Finger zeigt, sondern das tut, was in der eigenen Zuständigkeit geleistet werden muß.

Was die Gesetzgebung angeht, haben wir unseren Part geleistet.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: So ist es!)

Mit dem, was wir heute und morgen hier verabschieden, vollenden wir ein großes Stück erfolgreicher Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu gehört natürlich auch das, meine Damen und Herren, was im Grunde nicht in unserer bundesrechtlichen Kompetenz, jedenfalls nicht als Schwergewicht, liegt, nämlich die Stärkung einer effektiven Polizeiarbeit. Der Bund hat nur die Zuständigkeit für den Bundesgrenzschutz. Das, was jetzt im **BGS-Gesetz** vorgesehen ist, das wir morgen verabschieden werden, ist ein wichtiger Beitrag zu dem, was vom Bund auf diesem Feld mit geleistet werden kann.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Professor Scholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Such?

(B) **Dr. Rupert Scholz** (CDU/CSU): Ich denke, Herr Such will wie bereits eingangs beim Kollegen Graf wahrscheinlich wieder fragen, weshalb das BGS-Gesetz erst morgen dran ist. Ich sage Ihnen, wir beide sind etwas schneller.

(Christa Nickels [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen doch gar nicht, was er fragen will!)

Deshalb lassen wir das mit der Frage. Herr Such, vergessen Sie die Frage, stellen Sie sie morgen.

(Gerald Häfner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie brauchen Nachhilfestunden in Sachen Demokratie!)

– Herr Häfner, ich würde etwas vorsichtig sein. Ich komme gleich zu einem Thema, das Sie besonders interessieren wird.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Also keine Zwischenfrage.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, wir brauchen insgesamt ein **Polizeirecht** in unserem Lande, das effektiv ist, natürlich im Rahmen des Rechtsstaates; das ist ganz selbstverständlich. Aber es muß effektiv sein. Auch die Länder müssen sich in ihrer Gesamtheit auf Systeme in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, in der Vermeidung von Straftaten verständigen, indem sie das aufnehmen, was zum Beispiel jetzt in unserem kleinen Part, im BGS-Bereich, Realität wird und Realität werden muß, nämlich daß man bestimmte Fahndungsmöglichkeiten hat. (C)

Das niedersächsische Polizeigesetz zum Beispiel ist ein wahres Desaster im Hinblick auf eine verantwortliche effektive Politik in diesem Bereich: keine verdeckten Ermittler, keine Rasterfahndung, keine verdachtsunabhängigen Kontrollen, keine Einsätze der Polizei bei Störung der, wie man so schön sagt, bloßen öffentlichen Ordnung.

Meine Damen und Herren, Polizeirecht hat Schutz der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, zu gewährleisten. Die Konsequenz haben wir bei jenen Hannoveraner Chaostagen auf das allzu schmerzhafteste registrieren müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist eben unverantwortliche Polizeipolitik.

Meine Damen und Herren, zur wirksamen Bekämpfung der Kriminalität auch unter dem Aspekt der Prävention gehört ein klares Bekenntnis, gehört eine klare, konsequente Politik gegenüber der Einstiegskriminalität. Das heißt, man darf nicht – wie es einige nach wie vor versuchen – die sogenannte **Bagatellkriminalität** verharmlosen. Herr Häfner, Ladendiebstahl zum Beispiel, ist etwas außerordentlich Unverantwortliches.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: O nein!)

(D) 50 Prozent der Straftaten bei Jugendlichen – ich habe vorhin darauf hingewiesen, um bedauerliche 10,1 Prozent ist die Jugendkriminalität gestiegen –

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

sind Ladendiebstähle. Das heißt, den Ladendiebstahl darf man nicht bagatellisieren. Er ist Einstiegskriminalität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Man darf nicht den Schritt wie in Niedersachsen tun und sagen: Bis 100 Mark ist das Ganze straffrei. Das ist eine falsche Politik, das ist unverantwortliche Politik

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wirklich das letzte! Vom Ladendiebstahl zum Totschläger! Das ist Ihre Logik! Das ist wirklich daneben! Das Strafrecht macht heute schon einen Unterschied!)

– Haben Sie noch etwas zu sagen, Herr Fischer? – Frau Präsidentin, können Sie diesen Herrn mal abschalten? Ich glaube, es ist sinnvoller.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: So etwas Arrogantes! – Otto Schily [SPD]: Wir sind hier in einem frei gewählten demokratischen Parlament!)

(A) – Aber er ist nicht ein freier demokratischer Zwischenrufer. Herr Schily, Sie halten es ja auch anders in der Sache. Ich will es einmal so sagen: Sein Schreihalskonto hat er für heute aufgebraucht. Dann ist der Rest der Debatte heute in vernünftiger Weise über die Runden zu bringen. Ich glaube, so muß man das sehen.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Kollege Scholz, „alternder Lümmel" ist kein parlamentarischer Sprachgebrauch.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Aber die Wahrheit!)

Dafür muß ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: Frau Präsidentin, hier ist eine Rüge fällig!)

Bei aller Schärfe, ich verstehe, daß Sie sich geärgert haben, aber wir haben Sprachregelungen, die Sie besser kennen als ich. Das wollen wir nicht fortsetzen, damit ich nicht unentwegt eingreifen muß.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Frau Präsidentin, wenn ich Ihnen kurz in aller Ehrerbietung gegenüber dem Hohen Präsidium einen Satz sagen darf?

(B) (Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit der Präsidentin wird hier nicht diskutiert! Wo sind wir denn hier? – Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: Unglaublich!)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Hier nicht; das können wir gleich im Ältestenrat tun.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Ich nehme das gern zur Kenntnis.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Professionaler Quatschkopf! – Unruhe)

– Darf ich den „Quatschkopf" auch inkriminieren?

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Jetzt bekommt als nächster nämlich Joschka Fischer einen Ordnungsruf; denn „Quatschkopf" ist genauso zu rügen

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Professoraler Quatschkopf"!)

und verdient ebenfalls einen Ordnungsruf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Sehr gut.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Wir können das jetzt in Serie fortsetzen.

(C) **Dr. Rupert Scholz** (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Thema zurückkommen.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Diese Schreihälse und Terroristenanwälte!)

Wir haben in diesem Paket, das heute zu verabschieden ist, auch Maßnahmen des Auslieferungsrechts vorgesehen. Damit sind wir bei dem Thema der **Ausländerkriminalität**. Auch dieses Thema muß subtil und sensibel behandelt werden. Ich glaube nicht, daß es richtig ist – gerade was eine verantwortliche Ausländerpolitik angeht –, wenn man in diesen Fragen wiederum allzu pauschal judiziert. Auf der anderen Seite macht es aber auch keinen Sinn – gerade gegenüber der großen Mehrheit der Ausländer in unserem Lande, die rechtstreu ist; ich unterstreiche das: die rechtstreu ist –, daß man jene 28 Prozent Ausländerkriminalität verschweigt. Dabei handelt es sich um vielfältig importierte Kriminalität. Es handelt sich um Kriminalität auch von denen, die auf vielfältige Weise illegal in unser Land kommen. Wer eine verantwortliche Ausländerpolitik, eine verantwortliche Kriminalitätspolitik und Integrationspolitik betreiben will – das ist unsere Aufgabe; das ist unsere Pflicht –, der muß die Dinge natürlich beim Namen nennen, und der muß wirksam dagegen angehen.

(Otto Schily [SPD]: Was ist denn mit der Staatsangehörigkeitsreform?)

Aber es macht keinen Sinn, etwas zu verschweigen. Einer der größten Fehler, die man bei der Kriminalitätsbekämpfung und in der rechtsstaatlichen Politik der inneren Sicherheit begehen kann, ist, Dinge nicht beim Namen zu nennen. Der Bürger hat (D) ein Recht auf innere Sicherheit, ein Recht auf verantwortliche, rechtsstaatliche Sicherheitspolitik; der Bürger hat aber auch ein Recht auf Information. Daß gelegentlich davon gesprochen wird, daß man Täter nicht mehr beim Namen nennen soll, ihre Herkunft nicht mehr benennen soll, ist unverantwortlich. Es schadet den rechtstreuen Ausländern ganz genauso, wie es dem Vertrauen unserer Bürger in einem funktionierenden Rechtsstaat schadet.

Man kann nur mit Nachdruck an jedermann appellieren, in dieser Frage offen zu sprechen, verantwortlich zu handeln – so, wie das für unsere Politik der inneren Sicherheit insgesamt gilt, wie wir hier erfolgreich Gesetzgebung, Politik der inneren Sicherheit für unsere Bürger gestaltet haben und wie wir das in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Joschka Fischer.

Joseph Fischer (Frankfurt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit hier kein falscher Eindruck entsteht

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Joseph Fischer (Frankfurt)

(A) – nein; rüsten Sie ab –: Herr Kollege Scholz, ich streite mich gern mit Ihnen, allerdings nicht immer auf der Ebene, auf der das heute geschah. Weil Sie ganz zu Anfang über mich hergefallen sind, sage ich: Selbstverständlich verurteilen wir alle gemeinsam die schwerkriminellen Ereignisse, die die Fußballweltmeisterschaft überschatten,

(Reiner Krziskewitz [CDU/CSU]: Dann brüllt man nicht dazwischen!)

und bedauern nachdrücklich, daß es sich dabei um Deutsche handelt.

Ich habe dann nur hinzugefügt – ich habe heute einer Zeitung entnommen, daß zum Beispiel ein Fanprojekt eingestellt werden soll –, daß wir uns für eine Ausweitung der **Fanprojekte** und nicht für deren Einstellung einsetzen sollten. Ich weiß nicht, warum man daraus eine solche Kontroverse machen muß.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Ich nehme an, wir sind einer Meinung, daß zumindest auf der kommunalen, auf der Länderebene – ich wüßte nicht, was dagegen spricht – die Kooperation zwischen Sozialarbeitern und Polizeibehörden in diesem Bereich, die überaus erfolgreich ist, und auch die Zusammenarbeit mit den Fußballvereinen und dem Deutschen Fußball-Bund zu unterstützen ist.

In der Tat halte ich es für dringend geboten – das ist eine der Konsequenzen, die wir ziehen müssen –, daß es erst gar nicht zu solchen Zwischenfällen (B) kommt. Fußballgroßereignisse werden auch weiterhin gewaltbereite junge Menschen anziehen – leider, füge ich hinzu. Hier haben sich Fanprojekte, die präventiv wirken sollen, als überaus konstruktiv erwiesen. Ich finde, wir sollten als eine der Konsequenzen daraus, an die Adresse der kommunalen Verantwortlichen, der Länderverantwortlichen, aber auch an unsere Adresse gerichtet – ich meine das parteiübergreifend – sagen, daß wir eine Ausdehnung solcher Fanprojekte nicht nur wünschen, sondern dafür auch die materiellen Mittel bereitstellen. Ich denke, darüber kann es keine Differenz zwischen uns geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Der Kollege Scholz ist an der Reihe. Bitte schön.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Herr Fischer, ich freue mich über das, was Sie eben gesagt haben; denn ich kann das nur unterstreichen. Da bedauere ich richtig ein bißchen, daß ich vorhin eine etwas unziemliche Bezeichnung benutzt habe. Diese können Sie auf einige Ihrer vielen anderen nicht so abgewogenen Zwischenrufe übertragen, die Sie gelegentlich machen.

Aber ich möchte das, Herr Kollege Fischer, was Sie gesagt haben, unterstreichen; nur deshalb habe ich mich noch einmal gemeldet. Ich kann Ihnen nur sehr recht geben: Diese Fanprojekte sind wichtig. Ich (C) sage Ihnen, da ich selbst bei einem deutschen Bundesligisten in Berlin etwas engagiert bin: Wir haben mit solchen Projekten enormen Erfolg gehabt, großen Erfolg genau in dem Sinne, wie Sie es gesagt haben. Ich muß sagen: Ich freue mich richtig, daß ich einmal mit Ihnen übereinstimmen kann.

(Zuruf von der SPD: Entschuldigen können Sie sich auch noch!)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort zu einer zweiten Kurzintervention hat der Kollege Such.

Manfred Such (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kollege Scholz, Sie haben die Arbeit Ihrer Fraktion und Regierung hier so dargestellt, als hätten Sie in den letzten 16 Jahren, was den Bereich der inneren Sicherheit angeht, Ihre Hausaufgaben gemacht. Wollen Sie aber bitte zur Kenntnis nehmen, daß Ihre Regierung für diese 16 Jahre innerer Sicherheit oder vielmehr Unsicherheit die Verantwortung trägt?

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Vergessen Sie die Länder nicht, Herr Such!)

Ich möchte nur drei Beispiele nennen, die zeigen, wo Sie unter anderem Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Wenn Sie die Gewalt in der Gesellschaft beklagen, dann muß ich Sie fragen, wieso Sie es zum Beispiel verhindert haben, einen Gesetzentwurf des Bundesrates zur Novellierung des **Waffengesetzes** hier auch nur auf die Tagesordnung zu setzen, der ein Verbot gefährlicher Wurfsterne, Butterflymesser usw. vorsah. Das hat Ihre Fraktion kürzlich (D) verhindert.

Des weiteren muß ich Sie daran erinnern, daß es bereits seit dem Unglücksfall im Heyselstadion eine Konvention des Europarats gegen **Fußballvandalismus** gibt, der die Bundesregierung bisher leider nicht beigetreten ist.

Ferner muß ich darauf hinweisen, daß Sie sich im Bereich der Korruptionsbekämpfung seit Jahren nicht dazu durchringen können, ein **Korruptionsregister** einzurichten, welches die Möglichkeit schafft, Firmen, die im Bereich der Korruption auffällig werden, von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Auch das gehört zu der traurigen Arbeitsbilanz Ihrer Regierung.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu Stellung nehmen würden, damit der Öffentlichkeit diese Defizite und die Tatsache deutlich werden, wie sehr Ihre Koalition dafür verantwortlich ist, was in den 16 Jahren Ihrer Regierungszeit an innerer Unsicherheit produziert worden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Kollege Scholz, möchten Sie antworten? – Nein.

Dann fahren wir in der Debatte fort. Das Wort hat jetzt der Kollege Volker Beck.

(A)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz komme, lassen Sie mich auf die vorangegangene Debatte eingehen, die bis zum Redebeitrag von Herrn Scholz sehr sachlich war. Ich denke, bei aller Kontroverse sollten wir hier vor allem darum ringen, wie wir Kriminalität wirksam bekämpfen können.

Herr Schmidt-Jortzig, Sie haben in Ihrer Abschiedsrede als Justizminister vorhin davon gesprochen, daß in den letzten vier Jahren 40 Gesetze verabschiedet worden sind, daß Sie die Strafen verschärft und polizeiliche Befugnisse ausgedehnt haben. Was ist das Ergebnis davon? Der erwünschte Rückgang der Kriminalität ist ausgeblieben, weil Sie mit symbolischer Politik von der Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität ablenken und hier den Fokus falsch ausrichten. Ich bin in der Tat der Ansicht, daß wir, was die Kriminalpolitik betrifft, mit neuen Gesetzen keinen Sicherheitsgewinn mehr erreichen können. Wir müssen an die Ursachen heran. Da gibt es bei Ihnen Defizite.

Warum ist es trotz des **Korruptionsbekämpfungsgesetzes**, das Sie hier heute vorlegen, weiterhin steuerlich absetzbar, im Ausland zu korrumpieren? Das kann doch nicht wahr sein. Das ist etwas, was wir aus moralischen Gründen ablehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sind Sie nicht bereit, beim Thema Alltagskriminalität und Bekämpfung des **Drogenhandels** endlich einmal das Drogenproblem in den Griff zu bekommen? Sie haben gesehen, es gibt in der Bevölkerung eine Mehrheit dafür, zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu sagen: Ja, wir behandeln die Drogenabhängigen nicht mehr als Kriminelle, sondern wir behandeln sie wie Kranke und helfen ihnen entsprechend auch mit Originalstoffabgabe. So sollen die organisierten kriminellen Strukturen trockengelegt werden.

(B)

Jeder vierte Handtaschenraub, jeder vierte Raubüberfall in einem Geschäft, jeder sechste Tageswohnungseinbruch und jeder sechste Einbruch in ein Kraftfahrzeug ist nach der polizeilichen Kriminalstatistik der **Beschaffungskriminalität** zuzurechnen. Diese Kriminalität könnten wir durch eine andere Drogenpolitik weitgehend beseitigen, wenn wir das Elend der Drogenabhängigen beenden würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht jetzt darum, die Potentiale im Bereich der Prävention von Kriminalität auszuschöpfen. Das ist unser Ziel. Herr Scholz, niemand will den Ladendiebstahl bagatellisieren. Ladendiebstahl ist eine Straftat, die als solche auch verfolgt werden soll.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das haben Sie aber nicht immer gesagt!)

Wir müssen uns doch fragen: Warum schnellt die Anzahl der Delikte in diesem Bereich in die Höhe? – Dies liegt zum einen daran, daß wir für Kinder und Jugendliche zuwenig tun. Das liegt auch an der Massenarmut. Daß eine Million Kinder von Sozialhilfe leben müssen, ist ein sozialpolitischer Skandal. An diesem Punkt müssen wir ansetzen.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen müssen wir uns fragen, ob wir das Problem Ladendiebstahl nicht bürokratieärmer und effizienter, als dies bisher geschehen ist, sanktionieren können. Ideologische Debatten – von wegen „Bagatellisierung" – sollten wir sein lassen; vielmehr sollten wir uns überlegen, wie wir das Problem tatsächlich in den Griff bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Scholz, wenn Sie hier die Ansicht vertreten, man müsse die **Ausländerkriminalität** dadurch energischer bekämpfen, daß man in Zukunft Straftäter kenntlich macht, die keinen deutschen Paß haben, dann halte ich dem entgegen: Das ist nicht die Lösung des Problems: Vielmehr müssen wir uns überlegen, wie wir die Menschen, die hier geboren sind und seit Jahrzehnten hier leben, endlich auch rechtlich integrieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Geis [CDU/CSU]: Die werden ja nicht straffällig! – Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Der redet so dummes Zeug, da kann man nicht mal dazwischenschreien!)

Durch die Verweigerung der Staatsbürgerschaftsreform haben Sie hierzu keinen Beitrag geleistet, obwohl eine solche Reform überfällig gewesen wäre.

(D)

Zum **DNA-Analyseverfahren.** Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in dieser Sache als erste Fraktion die Initiative ergriffen. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage für eine Gen-Datei, weil eine solche Datei dabei helfen kann, Sexualverbrechen aufzuklären und sie wahrscheinlich sogar zu verhindern, wenn die verurteilten Straftäter wissen, daß ihre Daten gespeichert sind. Ein derartiges Projekt muß man aber sorgfältig und mit einer gesetzlichen Grundlage in die Wege leiten. Darin sind wir uns mit dem Deutschen Richterbund, dem Deutschen Anwaltsverein und mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz einig. Bis vor kurzem waren wir uns darin auch mit dem Bundesjustizminister einig.

Das allerdings, was wir heute auf dem Tisch liegen haben, ist die rechtspolitische Kapitulationsurkunde des Justizministers vor Herrn Kanther. Es ist keine gesetzliche Grundlage für die Gen-Analysedatei; vielmehr ermöglicht dieser Gesetzentwurf zusätzliche Eingriffe bei bereits verurteilten Straftätern und bei Beschuldigten, die nicht verurteilt werden können, weil sie schuldunfähig sind.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Herr Beck, Sie kennen das BKA-Gesetz nicht!)

In bestimmten Fällen ist es wahrscheinlich auch ganz richtig so, das so zu machen; dennoch löst diese Regelung nicht die Fälle, die in den Bereich des § 81 e der Strafprozeßordnung fallen – Herr Geis, darin waren wir uns vorhin einig –, wo bereits in einem straf-

(A) rechtlichen Ermittlungsverfahren ein genetischer Fingerabdruck genommen wird. Genetische Fingerabdrücke könnten nun ohne Rechtsgrundlage abgespeichert werden. Zwar berufen Sie sich auf das BKA-Gesetz; dies reicht aber nicht aus.

(Abg. Norbert Geis [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich bin froh, daß Sie meine Redezeit verlängern wollen. Deshalb lasse ich Ihre Zwischenfrage, Herr Geis, gern zu.

(Heiterkeit)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Geis.

Norbert Geis (CDU/CSU): Herr Beck, können Sie mir sagen, warum Sie meinen, daß § 8 Abs. 6 des BKA-Gesetzes für die Errichtung der Gen-Datei nicht ausreichend sein soll?

(Vorsitz: Vizepräsidentin Michaela Geiger)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es hier um einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte geht, der nicht mit dem Eingriff vergleichbar ist, der ansonsten durch das BKA-Gesetz zugelassen wird.

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Nein, eben nicht!)

(B) Die strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ermöglichen – das ist in den §§ 81 a und e der Strafprozeßordnung eindeutig festgelegt – den genetischen Fingerabdruck. Dieser genetische Fingerabdruck darf zu Zwecken der Strafverfolgung verwendet werden. Wenn wir die Daten dieses genetischen Fingerabdrucks aber abspeichern, dann verwenden wir ihn zu polizeilichen Zwecken. Das ist auch sinnvoll; dennoch ist es eine Zweckentfremdung dieser Daten. Deshalb brauchen wir hierfür eine gesetzliche Grundlage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sagen Ihnen alle Fachleute.

Herr Geis, Sie betreiben hier Populismus. Sie müssen mir einmal erklären, warum zum Beispiel in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf die Verwendung derjenigen Daten, die nach § 81 g der Strafprozeßordnung gewonnen werden, beschränkt wird. Danach dürfen diese Daten nicht zu Forschungszwecken und nicht zu polizeifremden Zwecken eingesetzt werden. In § 29 des BKA-Gesetzes, Herr Geis, ist zum Beispiel geregelt, daß alle Dateien, die auf das BKA-Gesetz gegründet sind, auch zu **Forschungszwecken,** also zu völlig strafverfolgungsfremden Zwecken, eingesetzt werden können.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das hat doch damit nichts zu tun, Herr Beck! – Abg. Norbert Geis [CDU/CSU] nimmt seinen Platz wieder ein)

(C) – Bleiben Sie bitte stehen, Herr Geis, ich möchte Ihre Frage umfassend beantworten. Frau Präsidentin, ich bitte Sie, das nicht auf die Redezeit anzurechnen.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Ich habe den Eindruck, Herr Geis betrachtet seine Frage als ausreichend beantwortet. Im übrigen ist Ihre Redezeit gleich zu Ende.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Herrn Geis überzeugt habe, bin ich schon zufrieden.

Meine Damen und Herren, wir müssen insbesondere deshalb aufpassen, weil diese Gen-Daten in Zukunft im Zuge der technischen Entwicklung die Chance bieten, Gen-Profile zu erschließen und Charaktereigenschaften und Persönlichkeitsmerkmale abzuleiten. Daß in der Kriminalpolitik bereits gefordert wird, dieses zu tun, können Sie der Stellungnahme des Bundes Deutscher Kriminalbeamter für den Innenausschuß entnehmen. Dort wird kritisiert: „Die Ausforschung von Erbanlagen, Charaktereigenschaften, Krankheiten und Krankheitsanlagen, also der Zugriff auf den kodierenden Bereich der DNA, soll ausgeschlossen werden. Das kriminalistische Interesse liegt aber auch hier auf der Hand."

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Kommen Sie bitte zum Schluß. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen solchen Begehrlichkeiten einen klaren Riegel vorschieben. Wir dürfen nicht eine ausufernde Speicherung von Gen-Profilen beim BKA zulassen. Wir müssen das verhindern. (D)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Ihre Redezeit ist jetzt endgültig zu Ende.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anderenfalls verlieren die Bürgerinnen und Bürger zu Recht das Vertrauen in dieses kriminalpolitisch wichtige Instrument.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Ronald Pofalla, CDU/CSU-Fraktion.

Ronald Pofalla (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Kollegen Beck und Schlauch zwar sehr lautstark, aber, wie ich finde, an der Sache völlig vorbei zu begründen versucht haben, ist an der Grenze des Erträglichen.

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Sehr wahr! – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Oberlehrer sind Sie zu jung!)

Vor über einem Jahr haben wir hier die Einführung des **genetischen Fingerabdrucks** in die Strafprozeßordnung über Monate beraten. Wir haben umfangreiche Anhörungen durchgeführt und in zweiter und

Ronald Pofalla

(A) dritter Lesung beraten. Die Grünen, im übrigen auch die PDS, haben damals gegen die Einführung des genetischen Fingerabdrucks in die Strafprozeßordnung mit dem Versuch gestimmt – darauf will ich gleich mit Blick auf Herrn Beck eingehen –, den Eindruck zu erwecken, die Sache sei rechtsstaatlich problematisch.

Nun hat Herr Beck zwar sehr wortreich, aber – wie ich finde – an der Sache vorbei begründet, warum sich die Grünen in einer solch wichtigen Frage wie der Gen-Datei erneut erlauben, dagegen zu stimmen. Ich finde, dies ist ein Vorgang im Rahmen der Verfolgung von Straftätern im Sexualbereich, den die deutsche Öffentlichkeit wissen sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Beck, ich halte auch Ihre juristische Argumentation für falsch. Mit diesem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz schaffen wir keine Rechtsgrundlage zur Errichtung dieser Gen-Datei. Wir schaffen vielmehr eine Grundlage für ihre Erweiterungsmöglichkeiten, wie beispielsweise – das haben Sie selber gesagt – im Falle verurteilter Straftäter und im Falle geständiger oder schuldunfähiger Personen. Diese erweiterten Möglichkeiten hatten wir bisher nach der alten Rechtsgrundlage nicht. Daher widerspreche ich Ihnen in der Sache ausdrücklich, daß erst jetzt die rechtsstaatliche Grundlage geschaffen wird. Die Wahrheit ist: Wir schaffen Erweiterungsmöglichkeiten, um im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung dieses Instrumentarium der Gen-Datei wirkungsvoll und entscheidend einsetzen zu können.

(B) (Norbert Geis [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Grünen erlauben sich aber, dagegen zu stimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Beck?

Ronald Pofalla (CDU/CSU): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie wissen, daß Sie die Unwahrheit sagen!)

weil ich mir gerade anhören mußte, was der Kollege Beck an, wie ich finde, juristisch nicht haltbaren Argumentationsketten vorgetragen hat. Ich möchte versuchen, unsere Argumentation im juristischen Bereich darzustellen.

Das Gesetz zur DNA-Identitätsfeststellung wird die Ermittlungen auch gegen Sexualstraftäter erheblich erleichtern und **schnelle Fahndungserfolge** ermöglichen. Deshalb ist die sogenannte Gen-Datei von der Polizei und den anderen Ermittlungsbehörden immer für sinnvoll gehalten worden.

Wir als Koalition wollen – ich bin dankbar, daß es zu einer Einigung auch mit der sozialdemokratischen Fraktion des Hauses gekommen ist, Herr Kollege Meyer – uneingeschränkt die Einführung der Gen-Datei zur wirksamen Bekämpfung von Straftaten von (C) erheblicher Bedeutung.

Wir haben im Rahmen der Beratungen – Herr Meyer, da danke ich Ihnen auch noch einmal persönlich – verschiedene Vorstellungen, auch des Bundesrates und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, aufgenommen, um zu, wie ich finde, in der Tat guten Lösungen zu kommen, die im übrigen einen Teil der Kritik, die Herr Beck hier vorgetragen hat, gegenstandslos machen. Aber die Grünen schaffen es einfach nicht, im Deutschen Bundestag wirksame Instrumentarien mit Erweiterungsmöglichkeiten zu versehen, durch die straffällige Täter effektiv und schnell überführt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Detlef Kleinert [Hannover] [F.D.P.]

Die Straftaten, für die hier eine Rechtsgrundlage zur Entnahme und Untersuchung von Körperzellen beim Beschuldigten geschaffen wird, müssen mindestens dem **mittleren Kriminalitätsbereich** zuzurechnen sein. Anknüpfungspunkt bzw. Voraussetzung sind demnach Straftaten von erheblicher Bedeutung, die den Rechtsfrieden empfindlich stören und geeignet sind, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.

Ich will schließen mit der Anmerkung: Die Debatte zu diesem Gesetz zeigt wieder einmal, daß die Grünen vollmundig und entschieden versuchen, die Mehrheit des Hauses zu kritisieren, aber selber nicht in der Lage sind, rechtsstaatlich korrekte Grundlagen zur Kriminalitätsbekämpfung auch mit ihren Stim- (D) men einer Verabschiedung zuzuführen – eine Haltung, die wir im Rahmen des Wahlkampfes deutlich herausstellen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Ich erteile das Wort zu einer Kurzintervention dem Abgeordneten Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, da wird mir jetzt ja richtig angst und bang, wenn ich höre, daß Sie uns im Wahlkampf nur angreifen können, indem Sie hier die Unwahrheit vortragen. Unsere Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, hat einen Antrag zur Schaffung der gesetzlichen Grundlage für eine Gen-Datei vorgelegt. Ihr Gesetzentwurf entspricht nicht den Kriterien unseres Antrages. Er enthält viele Mängel, und Sie werden auch noch Probleme damit bekommen. Deshalb stimmen wir diesem Gesetzentwurf nicht zu.

Übrigens ärgert mich an dieser Debatte, daß Rechtsstaatlichkeit und Kriminalitätsbekämpfung als Gegensätze aufgebaut werden. Es kann Ihnen mit Ihrer Politik der fehlenden gesetzlichen Grundlage am Ende passieren, daß ein Straftäter, der ein schweres Sexualverbrechen begangen hat, allein auf Grund der Identitätsfeststellung in der Genanalyse-Datei verurteilt wird und das oberste deutsche Ge-

Volker Beck (Köln)

(A) richt feststellt, daß dieses Beweismittel zu Unrecht gespeichert wurde und deshalb zu einer Verurteilung nicht herangezogen werden kann.

Das würde dazu führen, daß am Ende ein des schweren Sexualverbrechens überführter Täter freigesprochen werden muß, weil unsere Strafprozeßordnung und unser Rechtsstaat das in solchen Fällen vorsehen.

(Zuruf des Abg. Norbert Geis [CDU/CSU])

– Ich habe nur drei Minuten; lassen Sie mich bitte ausreden.

Was Sie hier machen, ist eine Beschädigung unserer Rechtskultur. Gleichzeitig stellt es ein Sicherheitsrisiko dar, weil es zu **ungerechtfertigten Freisprüchen** führen kann.

Zum Thema Genanalyse-Datei, Herr Pofalla. Wir waren uns damals im Ausschuß einig, als wir darüber gesprochen haben – Herr Meyer hat es in seiner Rede damals zum Ausdruck gebracht; ich habe es extra für diese Debatte im Protokoll nachgelesen –, daß die Rechtsgrundlage nach § 81 a und § 81 e StPO nicht ausreicht, um eine Genanalyse-Datei zu errichten.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das ist etwas anderes! Er kapiert es immer noch nicht!)

Nun hat Herr Kanther ein Jahr später einfach das Gegenteil gemacht, obwohl wir uns damals im Rechtsausschuß über die Rechtsposition fraktionsübergreifend einig waren: keine Gen-Datei ohne neues Gesetz.

(B) Wir haben damals – damit Sie sich das noch einmal in Erinnerung rufen können; Sie können das auch im Protokoll nachlesen – gegen den vorliegenden Gesetzentwurf gestimmt, weil wir mehr technische Sicherungsmöglichkeiten bei den Genanalyseverfahren haben wollten. Wir konnten uns aber mit unseren Forderungen nicht durchsetzen. Das Risiko des jetzigen Verfahrens, falsche Testergebnisse zu erhalten, ist zu hoch. Wir wollten auf Nummer Sicher gehen.

Aber, das erlaubt Ihnen, Herr Pofalla, nicht, zu sagen, wir seien gegen den genetischen Fingerabdruck oder gegen die Gen-Datei. Wir sind für sorgfältiges Arbeiten, für Rechtsstaatlichkeit und Kriminalitätsbekämpfung in einer Hand. Da unterscheiden wir uns von Ihnen. Ihnen scheint die Kriminalitätsbekämpfung nur dann richtig gelungen zu sein, wenn der Rechtsstaat dabei Schaden nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort zu einer Antwort erteile ich dem Abgeordneten Pofalla.

Ronald Pofalla (CDU/CSU): Daß, wenn ein Sexualstraftäter ausschließlich auf der Basis der Daten der Gen-Datei verurteilt wird, das Bundesverfassungsgericht dann möglicherweise die Ermächtigungsgrundlage für verfassungswidrig hält, ist nach unserer Überzeugung eine völlig absurde und abwegige

(C) Rechtsauffassung. Der muß hier mit aller Entschiedenheit widersprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Wahrheit, Herr Beck – die müssen Sie zur Kenntnis nehmen –, ist: Wenn die Mehrheit des Hauses Ihrer Auffassung folgen würde und wir die Gen-Datei nicht bekämen, würden wir im Hinblick auf eine wirksame Bekämpfung von Straftaten im Bereich der mittleren und der schweren Kriminalität vor dem Hintergrund der Wahlen und der Zeitdauer bis zur Konstituierung des neuen Deutschen Bundestages vermutlich ein ganzes Jahr verlieren. Das werden wir der Öffentlichkeit sagen und in diesem Zusammenhang auf Ihr Abstimmungsverhalten hinweisen.

Sie können nicht darüber hinwegtäuschen – die Öffentlichkeit wird es gleich sehen –: Sie stimmen gegen den Gesetzentwurf zur Einführung einer Gen-Datei und damit gegen die Möglichkeiten, die dieses Gesetz bei der wirksamen Bekämpfung von Straftätern bietet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Frank Hofmann, SPD-Fraktion.

Frank Hofmann (Volkach) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit dem Bereich **Korruptionsbekämpfung** beschäftigen. In diesem Bereich wird die Bundesregierung ihren selbst gesteckten Zielen nicht gerecht. Es ist kein (D) konsequentes Handeln für mehr Sicherheit im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu sehen.

Ein Beispiel ist das Korruptionsregister. Sie haben im März 1996 angekündigt, es werde ein bundesweites Korruptionsregister eingeführt. Bis heute ist noch nichts auf dem Tisch.

Ein weiteres Beispiel für ein Gesetzesdefizit – daran möchte ich erinnern – ist das **Jahressteuergesetz 1996.** In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, daß die Finanzbehörden bei Verurteilung **Schmier- und Bestechungsgelder** nicht mehr als Betriebsausgaben anerkennen dürfen. Woher soll jedoch die Finanzbehörde von einer Verurteilung wissen? Aus der Zeitung vielleicht? Die Staatsanwaltschaft jedenfalls ist bis heute nicht verpflichtet, den Finanzbehörden eine Verurteilung wegen Bestechung mitzuteilen. Wo hier der besondere Wille zur Korruptionsbekämpfung sein soll, das frage ich die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel: Dieses Jahressteuergesetz hätte die Finanzbehörden eigentlich veranlassen müssen, einen Verdacht auf Korruption an die Staatsanwaltschaften zu melden. Ich habe die Bundesregierung nach diesbezüglichen Fällen gefragt. Ihr ist kein einziger Fall bekannt. Ich habe Herrn Schaupensteiner, den Korruptionsstaatsanwalt für den Bereich Hessen, angerufen. Er sagte mir, ihm sei noch

Frank Hofmann (Volkach)

(A) kein derartiger Fall auf den Tisch gekommen. Also auch hier besteht ein Defizit.

Ein weiteres Beispiel: Seit 1995 liegt ein SPD-Gesetzentwurf vor mit dem Inhalt, daß die Finanzverwaltungen selbständig feststellen sollen, ob es sich bei bestimmten Zahlungsvorgängen um Schmier- und Bestechungsgelder handelt. Denn diese dürfen steuerlich nicht abzugsfähig sein, wie dies zum Beispiel in den USA, in Kanada, Großbritannien und Japan der Fall ist und in Frankreich eingeführt wird.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen verteidigen jedoch vehement den Ansatz, daß die Finanzverwaltung unter anderem aus rechtsstaatlichen Gründen und wegen der Wertneutralität des Steuerrechts nur bei Verurteilung die Abzugsfähigkeit aberkennen darf. Die Bundestagsfraktion der SPD, aber auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft sehen das anders. Die Aussage der Koalitionsfraktionen in der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses ist verräterisch. Ich bitte Sie, diese nachzulesen. Ich zitiere:

> Eine solche Aufgabenverlagerung

– gemeint ist: von den Strafverfolgungsorganen auf die Finanzbehörden –

> sei auch wegen der im Strafverfahren einerseits und im Besteuerungsverfahren andererseits unterschiedlichen Mitwirkungsverweigerungsrechte abzulehnen, denn bei letzterem stünden dem Steuerpflichtigen nur ausnahmsweise

– jetzt kommt wieder dieses schöne Wort –

(B)

> Mitwirkungsverweigerungsrechte zu.

Ich will das einmal auf gut deutsch übersetzen: Während der normale Steuerpflichtige alle Tatsachen vollständig und wahrheitsgemäß bei den Finanzbehörden offenlegen muß, kann der beschuldigte Schmiergeldzahler seine Aussage bei den Strafverfolgungsbehörden verweigern und hat einen Anspruch auf einen Verteidiger. Während der normale Steuerzahler alle Beweismittel angeben muß, muß der beschuldigte Schmiergeldzahler überhaupt nicht mitwirken. Während der normale Steuerpflichtige damit rechnen muß, daß sich seine fehlende Mitwirkung bei der Beweiswürdigung negativ niederschlägt, darf der Richter das Schweigen des beschuldigten Schmiergeldzahlers nicht zu seinem Nachteil auslegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will eine Gleichbehandlung von Schmiergeldzahler und normalem Steuerpflichtigen – nichts anderes – und keine Sonderrechte für Schmiergeldzahler.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es hat bei den Koalitionsfraktionen Methode: Sie gehen einen kleinen Schritt – keinen entscheidenden Schritt – bei der Korruptionsbekämpfung nach vorn, lassen aber genügend Schlupflöcher offen.

Mein Fazit: Konsequentes Handeln für mehr Sicherheit im Bereich der Korruptionsbekämpfung ist bei dieser Regierung nicht in Sicht. Es geht auch nicht ohne Einbeziehung der Finanzbehörden. Markige Worte allein helfen uns da wirklich nicht. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Zeitlmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Endlich einmal ein klarer Redner!)

Wolfgang Zeitlmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren das Thema innere Sicherheit, und natürlich ist in der deutschen Öffentlichkeit das Interesse brennglasartig darauf gerichtet, was in der Nachbarrepublik **Frankreich** aus Anlaß der **Fußballweltmeisterschaft** geschehen ist. Das, was dort von deutschen Radikalen, von Verbrechern begangen worden ist, ist sicherlich unverantwortlich.

Aber, meine Damen und Herren, ich halte es für genauso unverantwortlich, wenn man hier und querbeet in der Republik so tut, als gäbe es dafür wieder andere Schuldige. Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Fußballbund festgestellt, die Polizei hätte doch rechtzeitig handeln können, und er hat vorwurfsvoll gesagt, man müsse dort den Schuldigen irgendwo ausmachen.

(D) Es ist absurd, so zu tun – dies ist auch heute von Kollegen geschehen, die vor mir gesprochen haben –, als gäbe es auch nur den Ansatz einer Entschuldigung für kriminelles Handeln, indem man sagt: „Ihr hättet im Milieu nachforschen müssen, es gibt doch die Arbeitslosigkeit!"

(Zuruf von der SPD: Das ist keine Entschuldigung!)

– Moment einmal! Das ist keine Entschuldigung im rechtlichen Sinn, aber eine Entschuldigung im ethisch-moralischen Sinn, wenn ich in der Diskussion um die Bekämpfung von Kriminalität von den Oppositionspolitikern als zweiten Satz immer höre – mir passiert das in der Öffentlichkeit laufend –: Ursachen sind doch aber auch die Arbeitslosigkeit, das soziale Umfeld, das Herkommen. Da wird heute so argumentiert, als würde der Vorsatz oder – ich sage es einmal so – die kriminelle Energie nicht noch die freie Willensentscheidung voraussetzen. Selbst wenn ich arbeitslos und wenn ich hungrig bin, habe ich doch noch lange nicht die Berechtigung zu sagen: Jetzt nehme ich eine Eisenstange und schlage zu!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin heilfroh – ich sage das jetzt einmal in der Öffentlichkeit –, daß der französische Staat den deutschen Zuschauern öffentlich vermittelt, was man staatlicherseits tun kann.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wolfgang Zeitlmann

(A) Randfiguren des Geschehens, die offensichtlich niemanden verletzt haben, sondern die – so hieß es heute früh im Fernsehen – **Widerstand gegen Polizeibeamte** geleistet haben, innerhalb von Tagen zu einem Jahr Freiheitsstrafe zu verurteilen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

wäre in Deutschland – das behaupte ich, ohne jemanden zu beschimpfen – undenkbar. Ich kenne kaum Verfahren vor einem deutschen Gericht – ich bin jetzt 20 Jahre Anwalt, Herr Schily –, bei denen innerhalb von Tagen ein Urteil gesprochen wurde, und schon gar nicht bei Verfahren, die keine Anklage wegen Körperverletzung, sondern nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt betrafen. Das Urteil lautete: ein Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Viel zuwenig!)

Meine Damen und Herren, laßt die Kirche im Dorf.

(Zuruf des Abg. Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Daß du mit der Kirche nichts mehr am Hut hast, Rezzo Schlauch, kann ich mir schon vorstellen, aber man kann das Bild trotzdem verwenden.

Ich sage ganz offen, daß wir innerhalb der Koalition immer wieder Meinungsunterschiede mit der F.D.P. über die Effektivität der Kriminalitätsbekämpfung haben. Ich sage hier ganz offen, Herr van Essen, daß ich Ihren Satz unterschreibe: Diese Regierung

(B) hat die Aufgaben gemacht, die ihr gestellt wurden. Damit bin ich einverstanden. Aber ich sage auch: Wir hätten ohne die Bedenkenträgerei in Teilen der F.D.P. manches effektiver machen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr van Essen, es ist legitim, das zu sagen. Mit Ihnen hätten wir vielleicht manches effektiver machen können, aber es gab andere in Ihrer Fraktion, mit denen das nicht möglich war.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Aber wenn Sie, Herr van Essen, hier sagen, Sie bejahen die Gen-Datei, weil Sie glauben, daß damit unter anderem ein Abschreckungsmoment verbunden sein kann, frage ich mich, wieso wir uns nicht auch sonst mehr darauf verständigen können, daß auch Strafe, daß die Reaktion auf Verbrechen in Form von Schärfe Abschreckungswirkung haben kann. Das, was Sie gerade in bezug auf die Härte der Urteilsfindung und den Strafvollzug in Deutschland geschildert haben, ist weiß Gott keine Antwort auf die Frage, wie wir die kriminelle Energie bekämpfen, die wir jetzt bei den **Hooligans** feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin nicht ordentliches Mitglied des Rechtsausschusses. Ich befürworte auch nicht das, was an den deutschen Gerichten oder im deutschen Strafvollzug Realität ist. Ich sage nur, daß wir auf Dauer in einem offenen Europa eine Schieflage zu Lasten Deutschlands bekommen werden. Manche mit krimineller

(C) Energie werden sich insgeheim überlegen, ob sie nicht vor einem deutschen Gericht oder im deutschen Strafvollzug im Verhältnis zu manchen anderen Ländern Europas ein bißchen besser und humaner behandelt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kollege Rezzo Schlauch hat sich hier hingestellt und sage und schreibe nicht nur den Vorwurf des DFB diskutiert, sondern auch gefragt: Wie konnte es passieren, daß hundert Hooligans überhaupt dorthin kamen? Damit hat er bereits wieder den stillen Vorwurf gegen die Polizei, den BGS und wen auch immer in der Republik erhoben, daß man das hätte verhindern können. Es soll immer ein anderer ausgemacht werden, den man an den Pranger stellen kann, wenn so etwas passiert.

Sie sagen: Die Regierung hat bei der Kriminalitätsbekämpfung versagt. Dazu nehmen Sie die Zahlen des Jahres 1982 und setzen diese in Relation zum heutigen Tag. Dann erklären Sie: In den 16 Jahren der Regierung Kohl ist die Kriminalitätsrate gestiegen. Dabei verschweigen Sie ganz bewußt, daß in diesen 16 Jahren durch die deutsche Wiedervereinigung und durch die Öffnung der Grenzen nach Osten ein neuer Kriminalitätsaspekt aufgetreten ist. Es kommen rumänische Banden über die Grenze, was vor 1982 überhaupt nicht denkbar war. Hier wird getrickst und versucht, den Eindruck zu erwekken, als sei die Regierung letztlich für alles verantwortlich.

(D) Zum Thema Gewalt: Ich habe in der deutschen Politik vermißt, daß das Novum, daß die Regierung eines europäischen Staates, nämlich in **Österreich,** die **Blockade einer Autobahn** genehmigt, kritisiert wurde.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] Franz Josef Strauß!)

– Einverstanden, Rezzo Schlauch. Das hat mir damals auch nicht gefallen, und das sage ich heute.

(Weitere Zurufe)

– Nein, natürlich nicht. Nicht einmal im Ansatz kann Gewalt toleriert werden. Wenn ich für das staatliche Gewaltmonopol bin, kann ich nicht genehmigen, daß Bürger – auch wenn sie noch so berechtigte Gründe vorschützen – für sich in Anspruch nehmen, Gewalt auszuüben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deswegen glaube ich auch, daß Sie mit Ihrem Ansatz – hier schließt sich der Kreis, den Sie zu ziehen begonnen haben –, nämlich für alle Kriminalitätserscheinungen Schuldige in der Gesellschaft, in den bösen Strukturen und zuletzt in der Bundesregierung zu finden, von dem eigentlichen Problem in unserer Gesellschaft ablenken wollen: Teile der Gesellschaft haben nämlich nicht die Kraft, Gesetze in Härte und in Strenge anzuwenden oder Gesetze zu verschärfen. Sie glauben nämlich wirklich, daß der Mensch durch gutes Zureden auf Dauer besser wird.

Wolfgang Zeitlmann

(A) Das glaube ich nicht. Ich meine, wir brauchen schärfere Gesetze.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Für eine Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Rezzo Schlauch das Wort.

Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Zeitlmann, ich freue mich, daß Sie sich posthum von Ihrem großen Vorsitzenden distanziert haben, der damals eine **Lkw-Blockade** geradezu euphorisch beklatscht hat und zum Zeichen seiner Solidarität auf den **Brenner** und an genau denselben Ort, an dem neulich blockiert wurde, gefahren ist. Damals habe ich von Ihnen – vielleicht kannte ich Sie nur noch nicht – überhaupt nichts gehört.

Nun zu den Gewalttätern in Frankreich. Es ist wirklich die Frage zu stellen, wie hundert nicht unbekannte, sondern registrierte **Hooligans,** von denen bekannt war, daß sie nach Frankreich reisen wollten, dorthin kommen konnten. Was nützen mir denn die Dateien, die angelegt werden, wenn das nicht verhindert wird? Sie haben doch den Glauben an die Dateien, nicht wir.

Nur en passant und zum Schluß noch folgendes. Sie haben gemeint, ich hätte nichts mehr mit der Kirche am Hut. Ich bin Mitglied der protestantischen (B) Kirche und stellvertretendes Mitglied der EKD-Synode. Nicht nur Bayern sind Christen, sondern auch außerhalb des Bayernlandes gibt es noch gläubige Christen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter Zeitlmann, möchten Sie antworten? – Bitte sehr.

Wolfgang Zeitlmann (CDU/CSU): Kollege Rezzo Schlauch, erstens habe ich in keiner Weise Ihre Zugehörigkeit zu einer Religion angezweifelt. Als ich gesagt habe, man solle die Kirche im Dorf lassen, gab es hämische Zurufe von Ihrer Seite. Darauf habe ich gesagt: Ich kann mir aus dem Umgang mit Ihnen im Ausschuß vorstellen, daß das bei Ihnen nicht so hoch im Kurs steht. Ob Sie in der Kirche sind oder nicht, ist mir relativ wurscht.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU/CSU)

Zweiter Punkt. Herr Kollege Schlauch, Sie haben gefragt, wieso hundert Hooligans nach Frankreich kommen konnten. Sie wissen ganz genau, daß die Menschen Dutzende von Möglichkeiten haben, mit Autos über die offenen Grenzen anzureisen, wenn sie raffiniert genug sind – und das scheinen sie gewesen zu sein –, nicht im Pulk anzureisen, sondern mit Pkws, ausgestattet mit Handys. Deswegen können Sie niemandem einen Vorwurf machen. Wir diskutieren es ja gerade: In unserem Staat gibt es ja bis heute (C) nicht die Möglichkeit, verdachtsunabhängig – –

(Zuruf des Abg. Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Durch wen denn gehindert? Kollege Schlauch, es geht halt nicht –

(Erneuter Zuruf des Abg. Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Schreien Sie nicht so laut. Das macht es doch nicht besser.

Zu Franz Josef Strauß: Ich habe mich von nichts distanziert, schon gar nicht von der Person, die ich sehr hoch eingeschätzt habe und heute noch sehr viel höher einschätze. Übrigens hat er auch niemanden beglückwünscht. Ich weiß das genau, weil das in meinem Wahlkreis geschehen ist. Er ist damals, als blokkiert wurde, dorthin gereist und hat sich informiert.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– So ist der Sachverhalt. Wenn nur der Ansatz der Billigung von Blockaden erkennbar gewesen wäre, hätte ich das damals als kleiner Bauernbürgermeister vielleicht schon kritisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen jetzt zu den zahlreichen Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. eingebrachten Ge- (D) setzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung – DNA-Identitätsfeststellungsgesetz – ab. Dies sind die Drucksachen 13/10791 und 13/11116, Buchstabe a.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor angenommen.

Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer gesetzlichen Grundlage für die Gen-Datei auf Drucksache 13/11116 Buchstabe b. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10656 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der SPD angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkom-

Vizepräsidentin Michaela Geiger

men über das Verbot der doppelten Strafverfolgung auf Drucksache 13/8195. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/10968, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen des gesamten Hauses angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf Drucksache 13/10157. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/10969, auch diesen Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der PDS bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften – EU-Bestechungsgesetz – auf den Drucksachen 13/10424 und 13/10970. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P., SPD und PDS bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften – EG-Finanzschutzgesetz – auf den Drucksachen 13/10425 und 13/10971. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, Drucksache 13/10426. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11028, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Drucksache 13/10427. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/10972, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr, Drucksachen 13/10428 und 13/10973. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU, F.D.P., SPD und PDS bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in dritter Beratung zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor angenommen.

Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Bekämpfung der Korruption durch die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schmier- und Bestechungsgeldern, Drucksache 13/742. Der Finanzausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11129 unter Buchstabe a, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der SPD auf Drucksache 13/742 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Maßnahmen gegen Korruption, Drucksache 13/11129 Buchstabe b. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/617 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist die Beschlußempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen

von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD zur Eindämmung der internationalen Korruption, Drucksache 13/11129 Buchstabe c. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/1717 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Verringerung der Jugendkriminalität auf Drucksache 13/11143. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8968 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, liegt mir eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Hörster, CDU/CSU.

Joachim Hörster (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage gemäß § 24 unserer Geschäftsordnung, wegen des Sachzusammenhangs die Tagesordnungspunkte 6a bis c, die mit „Mit Innovationen Massenarbeitslosigkeit überwinden" beginnen, und die Tagesordnungspunkte 7a bis i, die mit „Arbeit ist genug vorhanden – Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung" beginnen, miteinander zu verbinden. Bei beiden Themen geht es um Methoden und neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Deswegen sollten wir beide Tagesordnungspunkte zusammen diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Einverstanden!)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Der Herr Abgeordnete Schmidt sagt, er sei einverstanden. – Frau Dr. Enkelmann hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Dr. Dagmar Enkelmann (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist kaum nachvollziehbar, was hier passiert. Wir haben in den Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer diese Frage vorher beraten und abgewogen. Es ist kaum nachvollziehbar, warum es zunächst getrennt auf der Tagesordnung erscheint und jetzt zusammengelegt werden soll. Wir sind in dieser Frage ziemlich leidenschaftslos. Unseres Erachtens gehören eine moderne Wirtschaftspolitik – wohlgemerkt: eine moderne Wirtschaftspolitik – und eine Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen allerdings auch verdienen muß, sehr wohl zusammen. Nur, worum ging es in diesem Streit zwischen SPD und CDU/CSU? Ich denke, es geht darum, daß sich jeder als das darstellen will, was er im Grunde genommen nicht ist: Die CDU ist so wenig beschäftigungsorientiert wie die SPD innovativ. Wir stimmen dem Antrag, daß die Tagesordnungspunkte zusammengelegt werden, trotzdem zu.

(Beifall bei der PDS – Lachen bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zusammen mit einer Debattenzeit von drei Stunden zu beraten. Ich bitte diejenigen, die dem Geschäftsordnungsantrag zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Geschäftsordnungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 6a bis c sowie 7a bis i auf:

6. a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Anke Fuchs (Köln), Ernst Schwanhold, Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Mit Innovationen Massenarbeitslosigkeit überwinden

– Drucksache 13/10879 –

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jörg Tauss, Edelgard Bulmahn, Doris Odendahl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Förderung von Forschung und Entwicklung für Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Informationszeitalter

– Drucksache 13/10563 –

c) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß) zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Simone Probst und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Simone Probst und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Förderung von Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik

– Drucksachen 13/7225, 13/8636, 13/8857, 13/9763 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Jörg Tauss
Dr. Manuel Kiper
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Wolfgang Bierstedt

Vizepräsidentin Michaela Geiger

(A)

7. a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag des Abgeordneten Ulf Fink und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel und der Fraktion der F.D.P.

Arbeit ist genug vorhanden – Neue Initiative zur Beschäftigungsförderung

– Drucksachen 13/9743, 13/10687 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Adolf Ostertag

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sozialbericht 1997

– Drucksache 13/10142 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend)
Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuß für Gesundheit

c) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Ulf Fink, Eva-Maria Kors, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Uwe Lühr, Dieter Thomae und der Fraktion der F.D.P.

Hilfe zur Arbeit

– Drucksachen 13/8687, 13/10759 –

(B)

d) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Förderung der Teilzeitbeschäftigung**

– Drucksache 13/1888 –

(Erste Beratung 83. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

– Drucksache 13/10463 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Maria Böhmer

e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Abbau von Überstunden und Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, Annelie Buntenbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschäftigungsorientierte Arbeitszeitpolitik: Bonus-Malus-System als Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeiten und zum Abbau von Überstunden

(C)

– Drucksachen 13/7522, 13/7800, 13/10463 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Maria Böhmer

f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Adolf Ostertag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit finanzieren

– Drucksache 13/10850 –

g) Beratung des Antrags der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, Annelie Buntenbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Voraussetzungen für ein Bündnis für Arbeit und Umwelt schaffen

– Drucksache 13/11131 –

h) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Christel Hanewinckel, Ulla Schmidt (Aachen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

(D)

Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen

– Drucksachen 13/5135, 13/10496 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Maria Böhmer

i) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner und der Gruppe der PDS

Überstunden abbauen und die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden begrenzen – Das Arbeitszeitgesetz beschäftigungsorientiert novellieren

– Drucksachen 13/10015, 13/11136 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Adolf Ostertag

Für die Aussprache haben wir soeben drei Stunden beschlossen.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Hans-Peter Repnik, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und

(A) Herren! Der SPD-Antrag auf Drucksache 13/10879, auf den ich mich in dieser Debatte in erster Linie konzentrieren möchte, ist noch keine vier Wochen alt, und er strotzt schon im analytischen Teil nur so von Fehlern.

(Zuruf des Abg. Günter Rixe [SPD])

– Ich werde Punkt für Punkt darauf eingehen, Herr Kollege.

Ich unterstelle, daß auch die Vertreter der SPD gelegentlich Tageszeitungen lesen. Wenn sie dies täten, müßten sie sehen, daß wir in einer völlig anderen Realität leben, als dieser Antrag es wiedergibt. Daraus leite ich nur zwei Möglichkeiten ab: Entweder hat die SPD einen Ladenhüter reanimiert, ohne daß sie sich mit der jetzigen Situation auseinandergesetzt hat, oder die SPD – ich vermute, das zweite liegt vor – will einmal mehr die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse, die bei uns herrschen, täuschen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Taschenspieler! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Wort davon und auch kein Hinweis darauf, daß von Januar bis Mai dieses Jahres die **Arbeitslosenzahlen** in der Bundesrepublik Deutschland um 630 000 zurückgegangen sind. Einen solchen Rückgang hatten wir seit Jahren nicht mehr. Das ist bei allen Problemen, die wir haben, eine positive Botschaft für unsere Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(B) Kein Wort davon, daß auch in den neuen Ländern bei allen Problemen, die es dort gibt und die wir beklagen, die Trendwende erreicht ist. Kein Wort davon, daß wir bei einem ganz anderen wichtigen Faktor, nämlich bei den **offenen Stellen,** eine sensationell positive Entwicklung haben.

(Beifall des Abg. Gunnar Uldall [CDU/CSU] – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ja, ganz toll!)

– Haben Sie etwas dagegen, Frau Kollegin Fuchs, daß wir bei den offenen Stellen ganz hervorragende Zuwächse haben? Das ist doch eine positive, eine ermutigende Botschaft. Auch dies müssen wir den Bürgern sagen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Wenn wir heute in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 500 000 offene Stellen – und zwar mit steigender Tendenz in den letzten Monaten – und in den neuen Bundesländern, was mir ebenfalls ganz beachtenswert zu sein scheint – 100 000 neue offene Stellen haben, dann zeigt dies, daß sich bei uns auf dem Arbeitsmarkt etwas abspielt, daß es vorangeht.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Kollege Repnik, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pinger?

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Ich möchte noch kurz den Gedanken zu Ende führen. Gleich bekommt mein Kollege Pinger das Wort. Er darf gerne (C) eine Frage an mich richten.

(Abg. Ernst Schwanhold [SPD]: Das ist doch bestellt!)

– Das haben wir nicht nötig, Herr Kollege Schwanhold. Für uns sprechen die Fakten; wir brauchen keine Stichwortgeber, das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Wenn wir gleichzeitig wissen, daß nur jede dritte offene Stelle auch der Arbeitsverwaltung gemeldet wird, dann müssen Sie diese 500 000 mit dem Faktor drei multiplizieren, dann haben wir in der Bundesrepublik Deutschland derzeit 1,5 Millionen offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Antrag sprechen Sie davon, daß die **Wachstumsprognosen** falsch seien. Auch in diesem Jahr hat sich einmal mehr gezeigt: Derjenige, der mit seinen Prognosen am weitesten daneben lag, das ist der wirtschaftspolitische Berater Ihres Parteivorsitzenden, Herr Flassbeck, mit dem DIW. Er liegt einmal mehr darunter und ist von der Realität schon längst eingeholt.

Es müßte doch auch Sie, Herr Schwanhold, nicht nur interessieren, sondern erfreuen, daß wir im ersten Quartal 1998 einen Zuwachs des Bruttosozialproduktes von 3,8 Prozent haben und damit den (D) höchsten Zuwachs seit der Wiedervereinigung. Das ist doch eine positive Bilanz. Auch dies widerspricht Ihrem Antrag.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Schwanhold [SPD]: Deswegen haben die Leute in Sachsen-Anhalt Sie auch gewählt!)

Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, daß dies alles nur vom Export getragen ist. Wir freuen uns, daß wir wieder Exportweltmeister sind. Darauf können wir Deutsche stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber nehmen Sie doch bitte seitens der SPD zur Kenntnis, daß dieses vom Export getragene Wachstum längst auf den **Binnenmarkt** übergesprungen ist. Wir haben im ersten Vierteljahr dieses Jahres in der Investitionsgüterindustrie einen Zuwachs von 10,7 Prozent. Das heißt, das Wachstum ist auch im Binnenmarkt verankert. Der private Verbrauch hat um 1,7 Prozent zugenommen. Auch hier ist die Trendwende erreicht. Dies sind doch positive Daten, über die wir sprechen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Weiter so, Deutschland!)

– Ja, weiter so, Deutschland, Frau Kollegin Fuchs. Deshalb werden wir Ihnen und der Öffentlichkeit nicht ersparen, daß wir die Wahrheit unter das Volk

Hans-Peter Repnik

(A) bringen; denn die Wahrheit und die Fakten sprechen für die Politik dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich ein nächstes Beispiel bringen. Sie mahnen in diesem Antrag an: Steuern runter, Lohnnebenkosten runter, weil die Arbeitnehmer zu stark belastet seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben wir einmal bei den **Lohnnebenkosten:** Rentenreform, Gesundheitsreform, AFRG, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz – das sind alles Maßnahmen, die wir gegen Ihren nachhaltigen Widerstand durchgesetzt haben, um die Situation der Arbeitnehmer zu erleichtern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dies ist doch die Realität. Machen Sie doch den Leuten nicht ein X für ein U vor!

Steuerreform: Wir haben in unseren Petersberger Beschlüssen, hier im Deutschen Bundestag verabschiedet, den Eingangssteuersatz für untere Einkommenschichten von 25,9 auf 15 Prozent gesenkt. Wer hat die Erleichterung für den Arbeitnehmer verhindert? Das waren Sie im Bundesrat mit der SPD-Mehrheit,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Schon wieder!)

nicht wir. Wir haben doch die Erleichterungen durchgeführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein zweites Beispiel in dem Zusammenhang: Wir (B) haben gesagt, eine solche Reform zeigt nur Wirkung im Sinne von wachstumssteigernden Kräften, wenn wir den Bürger und die Wirtschaft netto entlasten. 30 Milliarden DM – wir hätten mit einer solchen **Nettoentlastung** den Konsum angeregt und den Unternehmen Spielräume für Investitionen verschafft. Dies hätte bedeutet, Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Sie haben dies mit Ihrer Blockadehaltung im Bundesrat verhindert. Das ist doch die Wahrheit, nichts anderes. Schreiben Sie doch kein so dummes Zeug in Anträge, die Sie hier zur Beratung vorlegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir sprechen über **Innovation.** Ein Unternehmen kann nur dann innovativ tätig sein, wenn es auch die finanziellen Möglichkeiten für Innovationen hat. Wir wollten die **Gewerbekapitalsteuer,** eine Substanzsteuer, abschaffen und den Betrieben in den neuen Bundesländern diese Last ersparen. Sie haben uns lange Zeit daran gehindert. Wir haben zum Schluß die Abschaffung dieser Substanzsteuer durchgesetzt, um den Unternehmen Chancen für Innovation und damit für Arbeitsplätze zu geben. Sie haben noch im Bundesrat – daran gibt es nicht zu deuteln – dafür gestimmt, daß die Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern eingeführt wird.

(Siegmar Mosdorf [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich führe meinen Gedanken jetzt erst einmal zu Ende, Herr Kollege Mosdorf. Nachher können Sie gerne eine Zwischenfrage stellen.

(C) Bei der schwierigen Kapitalausstattung gerade der kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern wäre diese Steuer für die **Wirtschaft in den neuen Bundesländern** und für die Arbeitsplätze Gift gewesen. Gegen Ihren Willen mußten wir auch dies in einem schwierigen Verfahren durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Sie sind zur Wahrheit verpflichtet, Herr Kollege!)

Zur **betrieblichen Vermögensteuer:** Wir haben gesagt, sie muß weg, um die Unternehmen zu entlasten, Freiräume für Innovation, Freiräume für Investitionen und damit Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie haben sich dagegen verwahrt. Ich vermute, Herr Schwanhold und Herr Mosdorf, Sie waren bei der Diskussion, die wohl gestern stattgefunden hat, als Roland Berger und Walter Riester – ich habe die „FAZ" von heute vorliegen – zu diesem Thema gesprochen haben.

Roland Berger sagt auf dem SPD-Forum zum Thema der Wiedereinführung der Vermögensteuer, wie Sie es fordern:

> Hochtechnologieunternehmen, die mit dem hundertfachen Gewinn an der Börse bewertet werden, jagen Sie damit ins Ausland, die Brauereien bleiben im Inland.

Dies wäre die Folge, wenn wir Ihrem Beispiel folgen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Zu kleine Münze, Herr Repnik!) (D)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mosdorf?

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Bitte sehr, Herr Kollege Mosdorf.

Siegmar Mosdorf (SPD): Ich habe erstens die herzliche Bitte, daß Sie die Frage beantworten, ob Sie in Erinnerung haben, daß wir die **Gewerbekapitalsteuer** mit Ihnen zusammen abgeschafft haben.

(Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zweitens möchte ich, daß Sie die Frage beantworten, ob die Verzögerung der Entscheidung nicht daran lag, daß der Deutsche Städtetag – Frau Roth hat sich da sehr engagiert – einen entsprechenden Ersatz für die wegfallenden kommunalen Einnahmen haben wollte. Sie wissen, daß die **Kommunen** ein wichtiger Träger der Investitionen sind und daß man eine Steuer nicht einfach nur abschaffen kann, sondern daß man zu einem sinnvollen Ausgleich kommen mußte. Der Städtetag hat darauf gedrängt, daß ein solcher zustande kommt. Dies ist an Ihnen lange gescheitert. Wir haben uns dann geeinigt.

Die dritte Frage ist: Wollen Sie dem Parlament bitte bestätigen, daß auch wir für die **Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer** waren?

(A)

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Verehrter Herr Kollege Mosdorf, zum ersten kann ich nur sagen: Der Bundesrat hat die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zurückgewiesen und in einem außergewöhnlich langwierigen Vermittlungsverfahren – –

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Weil Frau Roth aus Frankfurt nicht mitmachen wollte!)

– Frau Kollegin Fuchs, ich habe die gesamten Verhandlungen mitgemacht und zum Teil geführt. Ich könnte zitieren, was SPD-Finanzminister aus den neuen Ländern zu unserem Vorhalt gesagt haben, welche Konsequenzen die Einführung der Gewerbekapitalsteuer dort hätte, nämlich: Wir stehen das schon durch. Die wirtschaftliche Situation hatte niemanden interessiert. Wir haben den Kommunen von Anfang an einen fairen Ausgleich angeboten.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Eben nicht! – Siegmar Mosdorf [SPD]: Das hat man nicht so gesehen!)

Das war Gegenstand unseres Gesetzentwurfs.

Wahr ist, daß hier etwas nach oben verbessert wurde, und wahr ist, daß Sie zum Schluß zugestimmt haben.

(Siegmar Mosdorf [SPD]: Aber mit den Verbesserungen!)

Aber wir haben ein halbes Jahr wertvolle Zeit verloren. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, Herr Mosdorf, hätten wir die Gewerbekapitalsteuer nicht abgeschafft, und wir hätten sie heute in den neuen Bundesländern. Das kann doch überhaupt nicht bestritten werden.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Wenn wir schon dabei sind, füge ich noch einen zweiten Punkt hinzu: Wir sprechen über Innovation und den Arbeitsmarkt. Da wir wissen, daß der **Mittelstand** die arbeitsplatzstärkste Sparte unserer Wirtschaft ist, wissen wir auch, daß wir gerade im mittelständischen Bereich sorgfältig darauf achten müssen, daß wir ihm die Chance geben, Eigenkapital zu bilden. Wir haben deshalb gesagt, die Gewerbeertragsteuer wird mittelstandsfreundlich gesenkt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Auf einmal!)

Auch dies haben Sie im Bundesrat mit Ihrer Mehrheit abgelehnt – zum Schaden des Mittelstands und damit, so behaupte ich, auch zum Schaden des Arbeitsmarkts.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige ganz wenige Anmerkungen machen, weil ich gerade auch auf folgendes hinweisen möchte: In einer so schwierigen Zeit, in der wir wissen, daß die Bürger von dem Thema Arbeitsplatz umgetrieben werden, sollten wir nicht nur negative Daten verkünden, sondern dort, wo es aufwärts geht, auch die positiven Daten in den Vordergrund rücken.

(C)

In diesem Sinne noch etwas zum Thema Osten: Reden wir doch darüber, was in den neuen Bundesländern gerade bei **neuen Technologien** gelungen ist, zum Beispiel das Technologietransferzentrum Dresden. Reden wir darüber, was nicht zuletzt auf Grund der Leistung von Lothar Späth in Jena in diesem Umfeld gelungen ist. Dies sind alles neue, zukunftsträchtige Technologien. Reden wir doch über die Wissenschaftscity in Berlin-Adlershof oder auch über das Thema „Schwarze Pumpe" – modernstes Braunkohlekraftwerk der Welt! Da ist neueste Technologie gepaart mit Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit. Das sind Erfolge, die wir nicht verschweigen sollten und auch nicht verschweigen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zum Schluß will ich noch auf einen Punkt hinweisen. Wir wissen ganz genau: Innovation ist nur bei guter **Ausbildung** möglich. Ich betrachte einmal, was in diesem Bereich in den letzten Jahren gelaufen ist. Gute Ausbildung ist in erster Linie eine Aufgabe der Länder. Daher bietet sich natürlich ein Vergleich zwischen den Ländern an.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Jetzt kommen Bayern und Niedersachsen!)

Populistische Lehrerschelte wie die Ihres Kanzlerkandidaten Schröder in Niedersachsen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß **Niedersachsen** in der Lehrerversorgung zum Schlußlicht geworden ist. In Niedersachsen wurden bei 90 000 zusätzlichen Schülern 3000 Vollzeitlehrerstellen gestrichen. In **Baden-Württemberg** ersetzen wir alle Abgänger und schaffen 1600 neue Lehrerstellen. Warum? Weil wir wissen, daß eine gute Schulausbildung die Grundlage für spätere Innovation ist und damit zur Stärkung unseres Standorts Deutschland beiträgt. Auch in diesem Bereich Fehlanzeige bei der SPD und ihrem Kandidaten!

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Lachen Sie doch nicht, Frau Kollegin Fuchs! Das ist ein ganz ernsthaftes Thema. In Niedersachsen soll jetzt eine Einheitsschule eingeführt werden.

(Edelgard Bulmahn [SPD]: Quatsch!)

Wir wissen doch ganz genau, daß sich dieser Ausstieg aus dem dreigliedrigen Schulsystem, das am ehesten begabtengerecht ist, langfristig ebenfalls negativ auf den Standort Deutschland auswirken wird.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das war nichts, Herr Repnik!)

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Jawohl. Verehrte Frau Präsidentin, wenn Sie mir noch zwei Sätze gestatten: Daß das Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, zeigt sich an zwei Daten. Erstens. Die Quote der **Patentanmeldungen** in Niedersachsen liegt bei 35

Hans-Peter Repnik

(A) auf 100000 Einwohner, in Baden-Württemberg bei 95 Anmeldungen auf 100000 Einwohner.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und Nordrhein-Westfalen?)

Zweitens. Schauen wir einmal, wie es bei der **Arbeitslosigkeit** aussieht: Unter den 30 Arbeitsämtern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind 13 aus Baden-Württemberg und 16 aus Bayern. Niedersachsen und das Saarland liegen am Schluß – und das bei gleichen bundespolitischen Voraussetzungen. Es soll also keiner sagen, die Rahmenbedingungen seien nicht gut. Die Landespolitik in den Ländern, in denen Sie Verantwortung tragen, nützt die Rahmenbedingungen nicht aus, sonst könnten wir nicht einen solch eklatanten Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg einerseits und Niedersachsen und dem Saarland andererseits haben.

Ich bedanke mich sehr herzlich, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat die Abgeordnete Edelgard Bulmahn, SPD-Fraktion.

Edelgard Bulmahn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Repnik, ich freue mich über jeden Arbeitslosen, der einen Arbeitsplatz gefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

(B) Weil ich möchte, daß auch die mehr als 4 Millionen Arbeitslosen, die noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben, in Zukunft einen finden werden, ist es notwendig, daß wir heute die Strukturen in dieser Republik so verändern, daß **Innovationen** gefördert und daß **Arbeitsplätze** geschaffen und gesichert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Warum helfen Sie dann nicht mit?)

Eine Innovationspolitik, die dieses Ziel im Auge hat, muß die gesamte Gesellschaft und die Voraussetzungen für Wertschöpfung im Blick haben: Bildung und Ausbildung, Qualifizierung und Forschung sowie die Entwicklung hin bis zur konsequenten Umsetzung in Produkte oder Dienstleistungen. Nur ein breiter Innovationsansatz, in dem Qualifizierung und Technologie, Wirtschaft und Gesellschaft und umwelt- und sozialpolitische Ziele miteinander verknüpft werden, kann die notwendige Bereitschaft und Akzeptanz für Veränderungen erzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Innovation und **soziale Sicherheit** sind daher keine Gegensätze; vielmehr gehören sie zusammen und müssen in der politischen Arbeit zusammengeführt werden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr richtig!)

Im Bereich wichtiger Spitzentechnologien ist Deutschland schwach. Unser Bildungs- und Hochschulsystem muß effektiver und beweglicher werden.

(C) Unser Dienstleistungsbereich entwickelt sich zu langsam.

(Zuruf von der CDU/CSU: Siehe Niedersachsen!)

Erfindungen werden nicht oft genug zur Marktreife gebracht. Es gibt zuwenig Unternehmensgründungen in innovativen Bereichen. Die Unternehmen und vor allem auch der Staat müssen ihre Organisationsstrukturen verbessern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Siehe Niedersachsen!)

Zwar zeigen die Exportüberschüsse vieler deutscher Unternehmen, daß sie gegenwärtig im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sind, doch leben viele Unternehmen von den Innovationen von gestern. Auf Erfolgen von gestern, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man sich aber nicht ausruhen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wie in Niedersachsen!)

Und vor allem kann Politik nicht die Hände in den Schoß legen und einfach sagen: Weiter so!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade das kann Politik nicht. Sie muß vielmehr Zukunftsvisionen formulieren, sie muß Kräfte bündeln und zusammenführen, sie muß Anstöße für Initiativen geben. Politik muß ihre Gestaltungsmöglichkeiten endlich nutzen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Die konservative Innovationspolitik ist gescheitert. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung haben Rekordhöhe erreicht. Durch die verfehlte Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sind die Lohnnebenkosten beträchtlich gestiegen. Gleichzeitig wurde leider die Zukunftsvorsorge vernachlässigt.

Die Bundesausgaben für Bildung und Forschung sind von 233 auf 151 DM pro Kopf der Bevölkerung in realen Preisen zurückgegangen. Das ist die Bundespolitik. Zitat Rüttgers: „Wir leben zunehmend von der Substanz." Das ist richtig – leider richtig, Herr Rüttgers.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das deutsche Innovationsproblem ist nicht in erster Linie ein technisches Problem, obwohl es auch hier Defizite gibt, die ich nicht verschweigen will. Die weichen Standortfaktoren gewinnen an Bedeutung. Innovationspolitik in der Bundesrepublik muß an Strukturen hochentwickelter Industriestaaten anknüpfen, also bei Bildung, Forschung, Entwicklung, Organisation, Kultur sowie Infrastruktur und einem koordinierten Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft, Tarifparteien und Verwaltung.

Das Forschungssystem in der Bundesrepublik ist hochdifferenziert und dezentral. Das wird international als ein wichtiger Vorteil betrachtet. Allerdings muß ein solches System vernetzt werden und eine

Edelgard Bulmahn

(A) ausreichende Flexibilität und Dynamik aufweisen. Das ist gegenwärtig leider nicht in ausreichendem Maße der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Anpassungsfähigkeit und Offenheit für Wandel sowie für Flexibilität in den Forschungsstrukturen sind erforderlich. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Unternehmen müssen in der Lage sein, neue Themen und Fragestellungen frühzeitig aufzunehmen, problemorientiert und interdisziplinär zu bearbeiten. Vernetzung und verstärkte Kooperation sowohl der Unternehmen untereinander als auch zwischen Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen Seite müssen verbessert werden.

Die moderne Form der Wissensgewinnung enthält wesentliche Elemente, nämlich Problemorientierung, Anwendungsorientierung, Vernetzung der Akteure im Innovationssystem und flexible, reaktionsfreudige Systeme. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt im übrigen auch für die Politik, und da haben Sie bisher so gut wie nichts gemacht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Innovationen hängen immer mehr von der Bereitschaft und der Motivation der Beschäftigten ab, sich auf etwas Neues einzulassen. Um diese Bereitschaft und Motivation in den Unternehmen zu erreichen, muß man ihnen Entfaltungs- und Gestaltungsspielräume geben. Darin liegt im übrigen teilweise auch (B) der Schlüssel für viele Strukturprobleme in den neuen Ländern.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig!)

Innovation bedeutet nicht allein die Förderung von Spitzentechnologien – das wäre ein Mißverständnis –, sondern auch die Modernisierung der gesamten Wirtschaft, einschließlich der Klein- und Mittelbetriebe sowie des gesellschaftlichen Umfeldes.

(Beifall bei der SPD)

Die Bedeutung der **kleinen und mittleren Betriebe** für Wachstum, Arbeitsplätze, Ausbildung und Innovation wird jetzt landauf, landab zitiert. Aber die fachprogrammbezogene Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für kleine und mittlere Unternehmen liegt gerade einmal bei 300 Millionen DM.

Deshalb wollen wir den Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen an der Projektförderung deutlich erhöhen. Ein neues, zukunftsgerichtetes Konzept der KMU-Förderung muß eine breite Forschungs- und Dienstleistungsinfrastruktur zur Verfügung stellen, die Engpässe am Arbeitsmarkt für hochqualifiziertes Personal sowie bei der Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals überwinden helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine neue Kultur der **Selbständigkeit**. Dazu gehört der Aufbau einer attraktiven Finanzierungsinfrastruktur. Er muß gezielt gefördert werden. Der Gang an die Börse muß für junge Unternehmen erleichtert werden, und Wagniskapital muß steuerlich begünstigt werden. Die Lockerung des Insolvenzrechtes, die Entschlackung des Unternehmensbeteiligungsgesetzes und Rückkehrzusagen für Existenzgründer, die im öffentlichen Bereich beschäftigt sind, müssen diese Maßnahmen abrunden. All das hätten Sie in den letzten 16 Jahren tun können. Sie haben es nicht gemacht. Wir werden es tun. (C)

(Beifall bei der SPD)

Soziale Innovationen sind für die Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft von ganz besonderer Bedeutung. Die gezielte Förderung sozialer Innovationen muß deshalb in Zukunft ein fester Bestandteil von Förderpolitik werden. Nur wenn Nutzerbedürfnisse frühzeitig artikuliert und in den Prozeß der Technikentwicklung eingebracht werden, sind Gestaltungsoffenheit der Entwicklung wie auch Marktchancen wirklich gewährleistet.

Die Forschungspolitik kann aber auch wesentliche Anstöße durch die Förderung von Pilotprojekten zur Entwicklung von humanzentrierten und wirtschaftlich effizienten Arbeits- und Fertigungskonzepten geben. Die von der Bundesregierung völlig zu Unrecht finanziell ausgebluteten Bereiche Technikgestaltung und Arbeit und Technik müssen deshalb wieder mit Leben erfüllt werden. Neue Innovationskonzepte, die zur Stabilisierung und Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen, müssen erarbeitet und erprobt werden.

(D) Die Verbesserung der administrativen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen für innovative Technologieentwicklung ist eine weitere Aufgabe. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Innovationen effektiv sowie sozial- und umweltverträglich erschlossen werden können. Diese Aufgabe wird allerdings von der Bundesregierung ausschließlich unter der Devise Deregulierung betrieben. Ich sage Ihnen: Ein solches Verständnis greift schlichtweg zu kurz. Wir dürfen nämlich nicht übersehen, daß **Regulierungen und Normsetzungen** technologische Entwicklungen und Innovationen auch fördern und anstoßen können. Es kommt deshalb darauf an, daß man das Instrument der regulativen Politik aktiv dazu nutzt, überflüssige Bürokratie und überflüssige Regulierungen über Bord wirft, den Unternehmen langfristig verläßliche Rahmenbedingungen garantiert, zugleich aber den Stand der technologischen Entwicklung, etwa durch im Zeitablauf steigende Anforderungen im Umweltbereich, voranbringt. Die richtige Norm, der richtig gesetzte Standard sind oft entscheidend für den Markterfolg eines Produktes oder eines Verfahrens und für die Entfaltung einer entsprechenden Marktdynamik.

Die Flexibilitätspotentiale neuer Technologien können nicht in den alten Unternehmensstrukturen entfaltet werden, sondern sie erfordern neue Formen der Ausbildung, der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeit. Das Arbeitsleben wird in Zukunft nicht mehr in der überkommenen starren Abfolge von Ausbildung und Beschäftigung organisiert werden

Edelgard Bulmahn

(A) können; notwendig ist eine stärkere Verknüpfung von Ausbildung, Weiterbildung und Beschäftigung,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

eine Verknüpfung, die tatsächlich mit dem Anspruch auf lebenslanges Lernen Ernst macht. Wir müssen diese Brücken in eine moderne Arbeitsgesellschaft jetzt bauen und nicht wiederum jahrelang warten.

(Beifall bei der SPD)

Innovationspolitik muß sowohl am unmittelbar Machbaren ansetzen, also anwendungsorientierte Forschung und die Umsetzung ihrer Ergebnisse fördern, als auch Freiräume für marktferne Grundlagenforschung, die erst auf längere Sicht zu wirtschaftlichen Erträgen führen kann, schaffen.

Mit der Entwicklung von **Zukunftstechnologien** werden sich – auf den traditionellen deutschen Stärken aufbauend – viele Märkte auftun. In diesen Märkten werden Informationstechnologien, neue Materialien und biotechnologische Erzeugnisse eine entscheidende Rolle spielen. Für die deutsche Industrie, deren Stärken in den Branchen höherwertiger Technologien, im Maschinenbau, in der Automobilindustrie und in der chemischen Industrie, liegen, ist es jedoch von strategischer Bedeutung, die Spitzentechnologie mit den vorhandenen Kompetenzen zu verknüpfen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Herausforderung, vor der die Industrie steht, vor der wir aber als Politikerinnen und Politiker (B) ebenfalls stehen, weil wir diese Zusammenführung, diese Koppelung von Kompetenzen unterstützen, verstärken und fördern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Neue Produkte – das ist eine langjährige Erfahrung – wie zum Beispiel die Solartechnik, aber auch die Brennstoffzelle werden nur dann zur Anwendung gelangen und werden sich nur dann verbreiten, wenn der Staat auch ausreichende Rahmenbedingungen für die Anwendung und die Nutzung dieser Technologien schafft.

(Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk [SPD]: Sehr richtig!)

Die Forschungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik müssen deshalb endlich koordiniert und vernetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen ganz sicher auch in Zukunft wirtschaftliches Wachstum, aber ein Wachstum, das nachhaltig ist, das in der Gesamtbilanz Umwelt erhält und Rohstoffe nicht länger verschwendet. Die ökologische Umsteuerung der Wirtschaft muß deshalb auf der Tagesordnung einer Regierung ganz oben stehen. **Umweltschonende Produkte** werden schon bald ein Exportschlager sein; in einer Reihe von Anwendungsbereichen sind sie es schon.

(Norbert Königshofen [CDU/CSU]: Nun sagen Sie einmal was Neues!)

(C) Das hat auch große Bedeutung für Arbeitsplatzschaffung und Arbeitsplatzsicherung.

Innovationspolitik kann sich nicht auf die Verteilung von finanziellen Mitteln beschränken – das habe ich eben deutlich gemacht –, sondern sie muß Anstöße geben und vor allem Aufbruchstimmung erzeugen. Deshalb brauchen wir neue Köpfe; denn die alten Köpfe können diese Aufbruchstimmung nicht mehr vermitteln.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Leitprojekte, an denen der Fortschritt klar ersichtlich ist. Wir brauchen den Einsatz der Biotechnologie im Dienste der Gesundheit, attraktive und umweltfreundliche Verkehrssysteme sowie moderne Formen dienstleistungsintegrierter Produktion. Dabei kommt es darauf an, die Nachhaltigkeit an sich zum integralen Bestandteil von Forschungs- und Innovationspolitik zu machen und nicht länger immer nur darüber zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Lange Zeit wurde der Begriff **Innovationssystem** nur auf Forschung und Entwicklung bezogen. Die Komplexität des Innovationsprozesses verlangt aber gerade auch die Einbeziehung des Umfeldes. Dies wird im angelsächsischen und skandinavischen Raum schon seit Jahren erkannt, und es wird entsprechend gehandelt. Das gilt in letzter Zeit auch für Organisationen wie die OECD. Nicht zuletzt wegen der zunehmenden Bedeutung des Menschen stellt das **Aus- und Weiterbildungssystem** ein zentrales Element im Innovationssystem dar. Alle neueren Untersuchungen betonen dies besonders. (D)

Die Anzahl qualifizierter Beschäftigter weitet sich erheblich schneller aus als die Beschäftigung insgesamt. Arbeitsplätze mit hohen Anforderungen an das Qualifikationsniveau werden eher zögerlich abgebaut. Insbesondere innovierende Dienstleistungsunternehmen haben weitaus günstigere und – anders als Industrieunternehmen – positive Beschäftigungserwartungen.

Allerdings zeigen viele Untersuchungen auch, daß neue Technologien die Nachfrage nach Geringqualifizierten verringern. Deshalb sind auch hier Innovationen erforderlich; Innovationen in der Beschäftigungsorganisation, wie wir sie zum Beispiel mit der Einrichtung von Dienstleistungsagenturen vorschlagen oder wie das Beispiel Jobrotation in Dänemark zeigt, bei dem Weiterbildung mit der Schaffung von Einstiegsmöglichkeiten für Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt verknüpft wird.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig!)

Also auch hier führt die Innovation zu einer Verstärkung der Bedeutung von Aus- und Weiterbildung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die sinkende Bereitschaft von Unternehmen – das will ich nicht verschweigen –, in Ausbildung zu investieren, stellt eine gefährliche Entwicklung dar. Wir haben deshalb eine Reihe von Reformvorschlägen dazu vorgelegt, wie wir diese sinkende **Ausbildungs-**

Edelgard Bulmahn

(A) **bereitschaft** fördern und verstärken können; denn das lernende Unternehmen – das bitte ich nicht zu vergessen – hat seine Basis in der Berufsausbildung und in der Weiterbildung.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig!)

Deshalb ist die Stärkung der Berufsausbildung, die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen sowohl im Interesse der Wirtschaft und der jungen Menschen als auch im Interesse der gesamten Gesellschaft. Eine verantwortungsvolle Bundesregierung darf hier nicht nur reden, sondern sie muß verbindliche Ergebnisse erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Den **Hochschulen** kommt für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Sie leisten mit der Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und Zukunftssicherung. Die Forschung an den Hochschulen ist das Fundament des deutschen Forschungssystems. Sie schafft die Grundlage für wissenschaftliche, technologische, soziale und wirtschaftliche Innovationen. Lebendige, leistungsfähige Hochschulen sind angesichts dieser Entwicklung ein Gebot zur Selbsterhaltung und Zukunftsvorsorge. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen für die Hochschulen verbessern, und zwar sowohl in organisatorischer und rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht.

Wir sind bereit, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Wandel zu fördern, um die Zukunft zu sichern. (B) Die Gesellschaft wird eine Innovationspolitik dann unterstützen, wenn diese die Lebenssituation von Menschen sichert oder verbessert und Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft gibt. Innovationspolitik muß deshalb die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung überwinden. Sie ist nämlich eine Querschnittsaufgabe, die neue Allianzen sowie neue Handlungs- und Kommunikationsstrukturen erfordert.

Dazu brauchen wir einen politischen Neuanfang. Die SPD ist dazu bereit, und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande sind es auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Manuel Kiper, Bündnis 90/ Die Grünen.

Dr. Manuel Kiper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Innovationen ist kein Zauberwort gegen die Arbeitslosigkeit, auch wenn in diesem Lande manchmal so getan wird. Innovationen sind in diesem Lande bitter nötig. Da sind wir uns einig. Innovationen sollen in der Wahlauseinandersetzung eine Dynamik signalisieren. Die Dynamik ist dieser Regierung, was den (C) wichtigen Bereich der Informationstechnik anbelangt, allerdings abhanden gekommen.

Das neue Rahmenkonzept der Bundesregierung „Innovationen für die Wissensgesellschaft" ist ein Auslaufmodell der 80er Jahre.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Die ganze Regierung ist ein Auslaufmodell!)

Dieses Rahmenkonzept ist die letzte Kopie des überholten „Zukunftsprogramms Informationstechnik". Dieses Rahmenkonzept ist der letzte Beweis dafür, daß in der Forschungs- und Technologiepolitik die Rüttgerssche Frischzellenkur ein Beitrag zum Exitus dieser Regierung geworden ist.

(Parl. Staatssekretär Dr. Heinrich L. Kolb: Na! Na!)

Die **Informationstechnikpolitik** dieser Bundesregierung – sie ist einer der Schwerpunkte ihrer Innovationsbemühungen – leidet vor allem unter der **innenpolitischen Mobilisierung.** In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Ereignisse der letzten Zeit ansprechen.

Zunächst einmal möchte ich etwas zur Pornographiehysterie sagen, die an die Stelle einer Interneteuphorie getreten ist und dazu geführt hat, daß in diesem Jahr der Geschäftsführer von Compuserve, einem Internet-Provider, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Nicht weil er Böses getan hat und verbotenerweise Pornographie ins Netz geladen hat, sondern weil er den Zugang zum Internet international vermittelt hat. Er ist gewissermaßen als (D) Briefträger für Straftaten haftbar gemacht worden, die andere begangen haben. Diese innenpolitische Mobilisierung, diese Mobilisierung unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit, diese Pornographiehysterie machen den Standort Deutschland kaputt und verhindern, daß wir neue Technologien und Innovationen in diesem Lande in einer Art und Weise nutzen, wie es wünschenswert wäre.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der in diesen Tagen ausgesprochen aktuell ist. Es geht um die Überwachungshysterie – statt um eine Sicherheitsphilosophie – bei der Nutzung der Informationstechnik. Die Bundesregierung hat, als sie am 11. Mai den Entwurf zur Telekommunikationsüberwachungsverordnung verschickt hat, bewiesen, daß es ihr darum geht, in diesem Lande die Nutzung der Netze der Informationstechnik geradezu zu blockieren. Es ist beschämend, daß hier unter dem Überwachungsgesichtspunkt „Kampf gegen die Mafia" die Industrie dazu gezwungen werden soll, Überwachungsabhörschnittstellen in einer Größenordnung von ungefähr 40 bis 50 Milliarden DM einzurichten. Die Industrie soll diese Summe zahlen. 400 000 Unternehmen sind betroffen. Das sind völlig überzogene Überwachungsmaßnahmen. Die Technologie- und Innovationspolitik dieser Bundesregierung leidet geradezu unter der Vorherrschaft von Gesichtspunkten innerer Sicherheit.

Ich möchte aber auch am Rahmenkonzept zur Informationstechnik im Detail Kritik üben. Die **Förderung** der Großen der Branche wird von der Bundesre-

Dr. Manuel Kiper

(A) gierung nicht aufgegeben. Von 1990 bis 1996 sind fast 20 Prozent der gesamten Fördersumme aus diesem Bereich an eine einzige Münchener Firma geflossen. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung. Andere Firmen wie SAP, Star Division oder Utimaco, die inzwischen Weltrang haben, haben in der Vergangenheit keinen Pfennig Förderung bekommen und sind trotzdem aufgestiegen. Hier liegt eine Verzerrung in der Technologieförderung durch die Bundesregierung vor.

In der IT-Förderung der Bundesregierung existiert nach wie vor – auch in dem neuen Programm – ein starkes Übergewicht der Hardwareförderung, obwohl Software, was die Wertschöpfung anbelangt, einen Anteil von 90 Prozent besitzt. Die Bundesregierung setzt in ihren Fördermaßnahmen nach wie vor zu zwei Dritteln auf den Hardware-Bereich.

Ich möchte auch den Punkt ansprechen, daß die Bundesregierung immer mehr weg von der Förderung der notwendigen Grundlagenforschung hin zur kurzfristigen Förderung im Anwendungsbereich geht.

Wir haben an Hand von zehn Punkten Änderungen im Bereich der Informationstechnik vorgeschlagen. Leider haben die Koalitionsfraktionen diese Punkte abgelehnt; leider hat sich auch die SPD-Fraktion in diesen Fragen enthalten, obwohl sie nunmehr einen Antrag zum Informationstechnikprogramm der Bundesregierung eingebracht hat. Dort wird in 13 Punkten ähnliches und – teilweise mit unseren Worten – gleiches gesagt: Nötig sind stärkere Gewichtung der Software-Forschung, stärkere Ausrichtung – Kollegin Bulmahn hat es schon gesagt – auf kleine und mittlere Unternehmen, stärkere Ausrichtung auf Sicherheit in der Informationstechnik, stärkere Ausrichtung auf Grundlagenforschung. Wir gehen in vielen Fragen d'accord.

(B)

Innovationen und **Arbeitsplätze:** Die Bundesregierung singt immer wieder das Hohelied von Spitzentechnologien und Millionen von Arbeitsplätzen. Richtig ist: Dieses Land braucht High-Tech, um auf den Exportmärkten bestehen zu können. Richtig ist aber auch: Es muß eine Ehrlichkeit in diesen Fragen geben; die Wahrheit über die High-Tech-Branchen muß gesagt werden. Wir dürfen den Bürgern dieses Landes keinen Sand in die Augen streuen. Die Millionen Arbeitsplätze in der IT-Branche gibt es nicht. Herr Minister Rüttgers, auch die Millionen Arbeitsplätze in der Biotechnologie-Branche, von der Sie noch vor zwei Jahren geträumt haben, gibt es nicht. Die Bundesregierung hat sich letztes Jahr ein Gutachten anfertigen lassen. Demnach gibt es nicht Millionen von Arbeitsplätzen in der Biotechnologie, sondern nur noch 100 000. Wenn wir uns die ganz aktuelle internationale Untersuchung von Ernst Young ansehen, dann können wir feststellen: Zur Zeit gibt es in Deutschland 10 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Das Versprechen von Millionen Arbeitsplätzen im Bereich der High-Tech-Branchen ist unredlich und wird den tatsächlichen Entwicklungen nicht gerecht. Das gleiche gilt auch für die IT-Branche. Herr Bangemann hat für diesen Bereich Millionen von Arbeitsplätzen versprochen. Wir müssen ganz klar sehen: In den letzten 15 Jahren sind in diesem Bereich 100 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Wir liegen heute bei 300 000 Arbeitsplätzen. Leider sinkt durch FuT und durch Innovationen die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Branchen. Die Innovationspolitik sollte sich deshalb im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht selbst überschätzen. Technologische Innovationen sind nicht das Mittel, mit dem die Arbeitslosenzahlen halbiert werden können. (C)

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Wie denn? – Gegenruf der Abg. Edelgard Bulmahn [SPD]: Lesen Sie unser Wahlprogramm!)

– Verehrte Kollegin, Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen, auf die ich dann genauer eingehen werde. Insbesondere durch eine umfassende Innovationspolitik! Diese sollte nicht versuchen, Erfindungen und neue Technologien sozusagen herauszukitzeln; sie sollte den Innovationsbegriff viel umfassender entfalten und statt Technology-push vielmehr Technology-pull entlang von Bedürfnissen und ungelösten Problemen beinhalten. So muß eine technologische Entwicklung vorangetrieben werden, die die Innovationen im Hinblick auf nachhaltiges Wirtschaften unterstützt. Verehrte Kollegin Babel, dies sage ich Ihnen in Kürze. Ich könnte viel mehr zu diesem Thema sagen, wenn ich die Zeit dazu hätte.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu dem **Antrag der SPD-Fraktion machen.** In diesem Antrag wird in vielen Einzelpunkten – angefangen vom nationalen Umweltplan bis hin zur ökologischen Steuerreform; dies wird von unserer Fraktion geteilt – sehr viel Richtiges gesagt. Allerdings kann ich Ihnen an einem Punkt eine Kritik nicht ersparen. Sie sprechen davon, Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung umfassend zu stärken. Das würde eine Verdoppelung der Ausgaben in 5 Jahren bedeuten. Ich weiß nicht, woher Sie die 15 Milliarden DM nehmen wollen. (D)

Es geht nicht nur darum, die Chancen und den Nutzen neuer Technologien zu behandeln, sondern es muß auch eine Thematisierung der Risiken geben. Auch in diesem Punkt sehe ich Schwächen des SPD-Antrags. Aber Sie werden diese Schwächen vielleicht noch korrigieren.

Die Bundesregierung hat viele Versäumnisse auf dem Sektor IT und dem Sektor Forschungs- und Technologiepolitik zu verantworten. Die FuT-Ausgaben aus dem Bundeshaushalt wurden heruntergewirtschaftet. Es findet eine starke Prestigeorientierung an der bemannten Weltraumfahrt statt. Es gibt nur wenige Lichtpunkte; dazu gehört der BioRegio-Wettbewerb, Herr Bundesminister, der insbesondere dazu beigetragen hat, in unserer Wirtschaft eine verbesserte Kommunikation herbeizuführen. Darin besteht ein ganz großes Innovationshemmnis, aber in diesem Punkt ist es wohl gelungen, dieses aus dem Wege zu räumen. Soziale Innovationen müßten in diesem Lande viel ernster genommen werden; da wäre viel mehr Entwicklung möglich.

Ich komme zum Schluß. Die Informationstechnik macht seit Jahren ein Zehntel der Forschungsförde-

(A) rung des Bundeshaushalts aus. Das ist einer der wesentlichen Wachstumsmärkte der Zukunft. Sie ist eine strategische Technologie, die alle gesellschaftlichen Bereiche wie auch andere Technologien durchdringt. Die heutige Innovationsdiskussion hat sich deshalb zu Recht auf diesen Bereich konzentriert.

Die Bundesregierung, der Innovationsrat wie auch der Zukunftsminister sind in den letzten Jahren nicht müde geworden, die Wichtigkeit von Innovationen und Informationstechnik zu unterstreichen. Herr Rüttgers mutierte in dem Zusammenhang bereits vom Zukunftsminister zum Innovationsprediger. Je mehr sich bei Herrn Rüttgers aber die Innovationsprogramme häuften, desto rasender wurde der Stillstand dieser Regierung. Um diese Innovationsprozesse kreativer zu gestalten, halten wir sowohl einen politischen Richtungswechsel als auch einen Managementwechsel für nötig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Siegmar Mosdorf [SPD])

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Paul Friedhoff, F.D.P.-Fraktion.

Paul K. Friedhoff (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch das, was gerade zum Schluß vom Stillstand gesagt wurde, zeigt einmal mehr: Was SPD und Bündnis 90/Die Grünen in dieser Debatte aufführen, ist eine recht dreiste Irreführung der Menschen in diesem Land.

(B)

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Das kann man wohl sagen!)

Sie versuchen, den Wirtschaftsstandort Deutschland in Grund und Boden zu reden.

(Lachen bei der SPD – Edelgard Bulmahn [SPD]: Taub auf beiden Ohren!)

Doch die Wahrheit ist: Wir haben im ersten Quartal dieses Jahres das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung erreicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Seit Anfang des Jahres sind über 600 000 Arbeitslose in Lohn und Brot gekommen. 600 000 Menschen haben in nur fünf Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Im Mai waren über 480 000 offene Stellen registriert, der höchste Wert seit der Wiedervereinigung.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Hört! Hört!)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, daß nur knapp 40 Prozent aller freien Stellen bei den Arbeitsämtern registriert sind. Demzufolge kann man von derzeit weit über 1 Million unbesetzter Arbeitsplätze ausgehen. Wieso gelingt es nicht, die vorhandenen Arbeitsplätze zu besetzen, und zwar schnell?

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Sehr wahr!)

(C) Damit wäre zwar die Zahl der Arbeitslosen nicht bis zum Jahr 2000 halbiert, was nach einer Vereinbarung zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Bundesregierung als Ziel angestrebt werden sollte, aber immerhin wären wir bei einer Reduzierung um ein Viertel angekommen.

Die Wirtschaftsdaten zeigen ganz klar: Die Rezession ist überwunden, die Reformen greifen, die Wirtschaft boomt, und – auch wenn es Ihnen von der Opposition nicht paßt – es geht aufwärts.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Mit wem?)

Der SPD-Kandidat für das Wirtschaftsministerium, Herr **Stollmann,** hat dieser Tage noch einmal ausdrücklich die – so Stollmann wörtlich – „phantastischen Leistungen" des Bundeskanzlers gewürdigt.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Babel [F.D.P.] und des Abg. Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU])

Er hat persönlich allen Grund, der Koalition dankbar zu sein. Die Geschichte seines Unternehmens beginnt in der Regierungszeit dieser Koalition, und auch der Verkauf findet in dieser Zeit statt. Schließlich haben wir gegen den zähen Widerstand der rotgrünen Reformverweigerer die Rahmenbedingungen für Unternehmer wie Herrn Stollmann Schritt für Schritt verbessert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Man kann Herrn Stollmann nur raten, einmal einen Blick in das SPD-Wirtschaftsprogramm zu werfen.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Vielleicht kann er uns dann erklären, worauf er sich da einlassen will.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Soll er das auswendig lernen?)

Was Rotgrün in seine Anträge hineinschreibt, hat mit der Realität in Deutschland nichts zu tun und lenkt häufig von eigener Verantwortung ab. Ich will das an einer Passage des SPD-Antrags auf Drucksache 13/10879 beispielhaft verdeutlichen. Dort heißt es, Deutschland falle bei Forschung, technologischer Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Umsetzung sowie bei Bildung und Ausbildung im internationalen Vergleich der Industrieländer weiter zurück. Die Wahrheit ist, daß Deutschland bei den **Patentanmeldungen** für den Weltmarkt wieder an erster Stelle vor Japan und den Vereinigten Staaten rangiert.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Hört! Hört!)

Die Zahl der Patentanmeldungen ist von 1995 bis 1997 bundesweit um 18,2 Prozent gestiegen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Zahl der Biotech-Unternehmen in Deutschland hat sich in diesem Zeitraum vervierfacht. Das ist bemerkenswert für ein Land, in dem man Versuchsfelder mit gentechnisch verbesserten Produkten bewa-

Paul K. Friedhoff

(A) chen lassen muß, damit sie nicht von Linkschaoten verwüstet werden.

(Dr. Karlheinz Guttmacher [F.D.P.]: So ist es!)

Herr Trittin und seinesgleichen sind die Verantwortlichen dafür, daß diese Zukunftstechnologie in unserem Land derart verteufelt worden ist.

Bei den Patentanmeldungen lassen sich interessante regionale Unterschiede feststellen. Vergleicht man die Anzahl der Patente pro 100 000 Einwohner, so verzeichnet Baden-Württemberg fast fünfmal so viele wie das Saarland und fast dreimal so viele wie das Land Niedersachsen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und Nordrhein-Westfalen?)

Die Ministerpräsidenten der beiden zuletzt genannten Länder heißen bekanntlich Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Wie sind denn die Einwohnerverhältnisse?)

– Sie haben gerade nicht aufgepaßt. Die Zahlen bezogen sich auf 100 000 Einwohner.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Rechnen können Sie auch nicht!)

Herr Schreiner, Sie können sich die Zahlen ja einmal anschauen. Wenn Sie sich damit auseinandersetzen würden – aber anscheinend tun Sie das nicht –, dann kämen Sie zu diesen Ergebnissen.

(B) Schauen wir uns nun die wirtschaftliche Performance der Bundesländer an. In den alten Ländern hatten wir 1997 ein **Wirtschaftswachstum** von durchschnittlich 2,9 Prozent. Lediglich vier der alten Bundesländer sind unter einer Wachstumsmarke von 3 Prozent geblieben. Das Tabellenende lautet von unten nach oben: Niedersachsen, regiert von der SPD: 2,3 Prozent; Nordrhein-Westfalen, regiert von Rotgrün: 2,4 Prozent; Saarland, regiert von der SPD: 2,7 Prozent; Schleswig-Holstein, regiert von Rotgrün: 2,9 Prozent. Das sind Fakten, um die Sie nicht herumkommen. Das ist die Wahrheit, die wir bei aller Wahlkampfprosa der SPD nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Ina Albowitz [F.D.P.]: Das ist ein Trauerspiel!)

Kommen wir zum nächsten Aspekt, den die SPD beklagt, zu den Defiziten in unserem Bildungssystem. Wir Freien Demokraten teilen diese Einschätzung. Deshalb werden wir die **Bildungspolitik** zu einem Eckpunkt unseres Reformprogramms für die kommenden Jahre machen. Aber, wer trägt denn die Verantwortung für die Schulpolitik? Allein die Bundesländer. In allen SPD-regierten Ländern kann man die verhängnisvollen Folgen sozialdemokratischer Schulideologie genau beobachten. Dort sind die Leistungsstandards systematisch gelockert worden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Unglaublich!)

(C) Die Gleichmacherei, die Rotgrün mit den Gesamtschulen betreibt, hat den schwächeren Schülern nicht geholfen und den leistungsfähigeren geschadet.

(Beifall bei der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wer hier Ideologie verbreitet, das sind Sie!)

Schauen Sie sich einmal die Ergebnisse der Vergleichsstudie an, die das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung kürzlich vorgelegt hat. Lassen Sie sich von Handwerksmeistern oder von den Industrie- und Handelskammern einmal berichten, wie vielen Lehrstellenbewerbern einfachste Grundkenntnisse in Mathematik oder in Deutsch fehlen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was folgern wir daraus?)

Die Wahrheit ist auch hier: Die SPD kritisiert und ist doch selbst verantwortlich für die erschreckenden Defizite in unserem Bildungswesen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer Leistungsdenken und Wettbewerb verteufelt, der trägt die eigentliche Verantwortung für arbeitslose Jugendliche.

Da paßt es ins Bild, daß sich die SPD der Novellierung des **Hochschulrahmengesetzes** verweigert hat. Die SPD bleibt die Partei der industriepolitischen Vergangenheit und des bildungspolitischen Stillstands. Mit Ihrer Planstellenfortschrittlichkeit der 70er Jahre kann man Ende der 90er Jahre keine Chancen eröffnen – weder für neue Arbeitsplätze noch für ein leistungsfähiges Bildungssystem. Nur mit Wettbewerb ist dies denkbar.

(D) In welches Bundesland wir auch schauen, die Bilanz der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist verheerend. Dort, wo das Desaster in der Wirtschaftspolitik der SPD auch noch durch grüne Technologiefeindlichkeit garniert wird, geht kaum etwas voran: In der rotgrün geführten Koalition in Nordrhein-Westfalen ist es der Streit um das Braunkohlegebiet Garzweiler II, der nach wie vor nicht entschieden ist. In Schleswig-Holstein ist es der Ausbau der A 20, ein Verkehrsprojekt deutsche Einheit, das sich auf Grund der rotgrünen Streitereien völlig unnötig verzögert hat.

Diese rotgrünen Feldversuche in den Bundesländern lassen erahnen, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland nach dem 27. September droht, zumal die Gemeinsamkeiten von Rotgrün in der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik nicht weniger verheerend sind als ihre Differenzen. Rotgrün will die Rentenreform revidieren, ohne die wir die Lohnzusatzkosten nicht in den Griff bekommen können; Rotgrün will die Reform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurückdrehen, der die Unternehmen in unserem Land eine Kostenentlastung von rund 20 Milliarden DM verdanken; Rotgrün will die Liberalisierung des Kündigungsschutzes zurückdrehen, von der gerade die kleinen Betriebe profitieren; Rotgrün will die Vermögensteuer wiederbeleben und eine Zwangsabgabe für Unternehmen einführen, die nicht ausbilden. Die große Steuersenkungsreform, die der Bundestag mit den Stimmen der Koalition be-

Paul K. Friedhoff

(A) schlossen hat, hätte Bürger und Unternehmen um jährlich 30 Milliarden DM entlastet. Rotgrün hat diese Steuersenkungsreform im Bundesrat verhindert.

Meine Damen und Herren, wir haben immer noch schwer an den Sonderlasten der deutschen Einheit zu tragen, aber – das zeigt sich in den letzten Wochen und Monaten verstärkt – wir werden sie mit den Programmen bewältigen, die wir eingeleitet haben. Es geht am Wirtschaftsstandort Deutschland bergauf – Gott sei Dank –, und auch die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten weiter abnehmen – wie in den Monaten zuvor. Deshalb werden sich die Menschen in unserem Land sicherlich auch sehr genau überlegen, ob sie sich wirklich einer rotgrünen Führung anvertrauen wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat die Abgeordnete Professor Christa Luft, PDS.

Dr. Christa Luft (PDS): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Wort zu Ihnen, Herr Repnik. Sie sagten, es liege sehr wohl an den Landesregierungen, was in bezug auf Forschung, Entwicklung, Bildung, Wissenschaft und damit auch Beschäftigung in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden sei. Als positives Beispiel nannten Sie Bayern. Nun habe ich ganz großen Respekt vor der bayerischen Cleverneß, keine Frage. (B) Aber Sie müssen bitte auch hinzufügen, daß es das Land Bayern war, das in den letzten Jahren am allermeisten an den Bundesforschungsmitteln partizipiert hat.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Die Bayern sind ja auch Investitionslenker!)

Ich nenne beispielhaft Zahlen aus dem Jahr 1995, die hier im Rahmen einer Regierungsbefragung bekanntgegeben worden sind. Bayern hat bei einem Anteil von 15,7 Prozent an den Erwerbstätigen in der Bundesrepublik 21,2 Prozent aller Bundesforschungsmittel bekommen. Demgegenüber hat Sachsen mit einem Anteil von 5,6 Prozent an den Erwerbstätigen mit 5,5 Prozent an den Bundesforschungsmitteln partizipiert. Bei Sachsen-Anhalt war das Verhältnis noch ungünstiger: Einem Anteil von 3,2 Prozent an den Erwerbstätigen in der gesamten Bundesrepublik stand ein Anteil von 2 Prozent an den Forschungsmitteln gegenüber – ich könnte die Zahlenreihe fortsetzen. Das will ich mir aber schenken. Ich meine, man muß in einer solchen Debatte auch einmal die regionale Verteilung von öffentlichen Forschungsmitteln hinterfragen.

(Beifall bei der PDS)

Sie sagten auch, die Opposition solle endlich die Trendwende am Arbeitsmarkt zur Kenntnis nehmen. Nun weiß ich ja nicht, welches Ihre Informationsquellen sind. Aber ich habe auch welche, und dazu gehört das Ifo-Institut aus München. Die Zahlen des **Ifo-Instituts** sind gestern publiziert worden. In einer (C) dpa-Meldung heißt es:

> Die Konjunkturentwicklung in Deutschland zeigt ... noch keinen kräftigen und breiten Aufschwung ... Die Exportchancen werden von den Konzernen nicht mehr so günstig beurteilt. Die ostdeutsche Industrie, die seit Monaten über ein kontinuierlich besseres Geschäftsklima berichtete, legte im vergangenen Monat eine Verschnaufpause ein.
>
> In der westdeutschen Bauwirtschaft bezeichnete die Mehrheit der befragten Firmen ihre Auftragsreserven als zu klein. Das Tempo des Stellenabbaus werde sich in der nächsten Zeit kaum verlangsamen. 39 Prozent ... der Unternehmen wollen ihre Beschäftigtenzahlen verringern ...
>
> Die westdeutschen Einzelhändler äußerten sich im Mai noch unzufriedener über ihre Situation als in den vorangegangenen Monaten ... Etwa 12 Prozent der Einzelhandelsfirmen in Ostdeutschland wollen in der nahen Zukunft ihre Beschäftigtenzahlen abbauen.

Es ist von den vielen offenen Stellen im Osten die Rede; Herr Repnik hat es gesagt, Herr Kollege Friedhoff eben auch. Dabei ist aber das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und der der offenen Stellen nach wie vor unverhältnismäßig hoch; es geht über 10 zu 1 hinaus. Ich glaube, das ist überhaupt nicht zu beklatschen.

Das Thema Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit war in diesem Hohen Haus in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode ein Dauerbrenner. Die (D) Koalition hat das durchgesetzt, was sie für Innovationen gehalten hat. Ich nenne einige Stichworte: Lokkerung des Kündigungsschutzes, Streichung des Schlechtwettergeldes, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen, Aufhebung der Ladenschlußzeiten. Das, was ich eben genannt habe und was Sie feiern, hat nicht mehr Menschen in Arbeit gebracht.

(Beifall bei der PDS)

Beschäftigungspolitisch war das ein Flop. Sozialpolitisch waren das Demütigungen, Zumutungen für die abhängig Beschäftigten. Es waren sogar Provokationen.

Nun hat die Bundesregierung kurz vor der Wahl ein Füllhorn zusätzlicher ABM-Gelder ausgeschüttet, um mit scheinbaren Erfolgen am Arbeitsmarkt aufwarten zu können. Im Osten hat das dennoch nichts bewirkt – ich habe eben die Zahlen genannt –, weil täglich mehr Arbeitsplätze verloren gehen, als neue geschaffen werden. Das läßt sich nicht aus der Welt diskutieren.

Im ersten Quartal 1998 betrug der Zuwachs bei der **Insolvenzrate** gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum 18,4 Prozent. Abgesehen davon, daß das, was Sie machen, durchsichtig ist, ist es auch für die Menschen unzumutbar, daß Sie wenige Monate vor der Wahl einen Köder auslegen, wohl wissend, daß Sie ihn nach der Wahl ganz schnell zurückziehen werden. Wer aus rein wahltaktischen Gründen die

(A) Not verzweifelter, arbeitsloser Menschen nutzt, die bereit sind, nach jedem Strohhalm zu greifen, verdient am 27. September 1998 eine Quittung.

(Beifall bei der PDS)

Die beiden vorliegenden SPD-Anträge beinhalten aus unserer Sicht Schritte in die richtige Richtung. Ich vermisse allerdings einen Hinweis darauf, wie die interessanten arbeitsmarktpolitischen Projekte finanziert werden sollen. Hoffentlich fallen diese nicht auch unter den Finanzierungsvorbehalt Ihres Kanzlerkandidaten.

(Gerd Andres [SPD]: Wir haben überhaupt keine Vorbehalte!)

Ich meine, bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Innovationen müssen unbedingt vier Schwerpunkte ergänzt werden, wenn es tatsächlich zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit kommen soll.

Erstens. Erforderlich ist die Belebung der Binnenwirtschaft insbesondere durch den Ausbau regionaler wirtschaftlicher Kreisläufe. Das einseitige Setzen auf die **Exportwirtschaft** wird die Arbeitsmarktprobleme in diesem Land nicht lösen.

Zweitens. Es geht um die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, damit diese als öffentliche Auftraggeber stärker ins Gewicht fallen können. Ihr Anteil am Steueraufkommen in der Bundesrepublik ist entschieden zu gering. Andere europäische Länder haben das längst geändert. Ich erinnere an Dänemark, (B) wo der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen des Landes fast um das Doppelte höher ist als in der Bundesrepublik.

Drittens geht es um die Bindung der Wirtschaftsförderung an Beschäftigungseffekte. Es muß aufhören, daß ständig weiter Rationalisierungsinvestitionen mit öffentlichen Geldern gefördert werden und auf diese Weise Personalabbau stimuliert wird.

Viertens meine ich, daß die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors als dauerhaftes Segment auf dem Arbeitsmarkt zu den Maßnahmen gehört, die zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit unabdingbar sind. Hier geht es nicht um eine zeitweilige Notmaßnahme, hier geht es um eine ständige, eine dauerhafte Einrichtung.

Diese seit 16 Jahren amtierende Bundesregierung hat nicht nur eine fatale aktuelle Arbeitsmarktlage zu verantworten; sie hat auch kaum etwas auf den Weg gebracht, wovon Impulse für das Entstehen neuer, zukunftsträchtiger und forschungsintensiver Arbeitsplätze ausgehen könnten. Eine der folgenschwersten Erblasten, die diese Regierung hinterläßt, ist der heruntergewirtschaftete **Bildungs- und Forschungshaushalt.** 1982 lag dessen Anteil am Bundesetat bei 4,7 Prozent, 1998 nur noch bei 3,2 Prozent. Diese Bundesregierung war einsame Spitze bei der Weichenstellung für Niedriglohnjobs sowie für Kombilohnmodelle und beim Verteidigen der 520- und 610-DM-Jobs. Als ob damit Zukunft zu gewinnen wäre! Ich weiß nicht, wem man das klarmachen (C) möchte.

(Beifall bei der PDS)

Für das Entstehen von Arbeitsplätzen mit einer hohen Wertschöpfung ist trotz einiger Vorzeigebeispiele, die selbstverständlich nicht zu übersehen sind, nicht viel geschehen. Ich meine zum Beispiel Arbeitsplätze in der Produktion erneuerbarer Energien oder in der Entwicklung von Umwelt- und Informationstechnologien. Ich meine Arbeitsplätze in der Produktion neuer Materialien oder in der Verkehrs- und Schienentechnik, aber auch in der maritimen Industrie.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 2001 soll der Bildungs- und Forschungshaushalt des Bundes auf 14,3 Milliarden DM heruntergefahren werden. Das ist nominal weniger als 1991. Auch das, finde ich, ist ein Grund, dieser Regierung alsbald die rote Karte zu zeigen.

(Beifall bei der PDS)

Bildung, Wissenschaft und Innovation sind zum wichtigsten Produktions- und Wettbewerbsfaktor geworden. Deshalb müssen die Aufwendungen von Staat und Wirtschaft für diese Bereiche steigen statt sinken.

Meine Damen und Herren, auch das **Lehrstellenproblem** muß endlich gelöst werden. Man kann nicht immer nur pausenlos darüber reden.

(D)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Christa Luft (PDS): Lehrstellen mit Perspektive müssen gefördert werden. Dazu hat es hier genügend Finanzierungsvorschläge gegeben.

Ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin. - Nur eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich am Entstehen zukunftssicherer Arbeits- und Ausbildungsplätze messen läßt, orientiert sich an der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist.

Ich danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Ich erteile jetzt dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers, das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ziel dieser Debatte war es ja nach der Planung der Fraktionen, den Zusammenhang zwischen Innovation und Strukturveränderung in unserer Wirtschaft zu diskutieren und auch über die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gemeinsam zu reden.

Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers

Nun hat die Frau Kollegin Bulmahn durch eine Ansammlung von Platitüden und Allgemeinplätzen den Saal fast leergeredet. Das ist schade.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Unverschämter Macho! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie hören nicht zu! – Ernst Schwanhold [SPD]: Schauen Sie doch einmal hier herüber! Schämen Sie sich gar nicht? – Zuruf von der SPD: Dafür sind doch Sie zuständig!)

Liebe Frau Kollegin Bulmahn, warum haben Sie nicht wenigstens ein konkretes Projekt genannt, nicht wenigstens eine neue Idee hier vorgetragen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich habe die ganze Zeit darüber nachgedacht, warum Sie das nicht gemacht haben. Ich vermute, Sie wollten eine Grundsatzrede halten. Das ist aber kräftig in die Hose gegangen.

Nachdem ich gelesen habe, daß im Kabinett der Schatten, in diesem Gruselkabinett,

(Jörg Tauss [SPD]: Reden Sie jetzt von Ihrem Kabinett oder von welchem?)

Herr Stollmann für Forschung und Technologie zuständig ist – nach der Rede zu urteilen, ist das vielleicht klug –, frage ich mich übrigens, wofür Sie, Frau Bulmahn, eigentlich noch zuständig sind.

(Edelgard Bulmahn [SPD]: Diese Frage stellen Sie sich besser selber! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ihre Unverschämtheiten können Sie sich sparen!)

Kommen wir zum Thema. Wer die Situation unserer Volkswirtschaft in diesen Tagen und Wochen betrachtet, kann nur zu einem einzigen Schluß kommen: Der Aufschwung ist da. Da kann man sagen, was man will. Die Fakten sind völlig eindeutig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

122 Milliarden DM **Exportüberschuß** im letzten Jahr bedeuten im Klartext, daß die deutsche Industrie international wieder wettbewerbsfähig ist. Anders läßt sich diese Zahl ja wohl nicht erklären. Das ist ein Erfolg; das ist völlig klar.

3,8 Prozent Wachstum im ersten Quartal – das ist die höchste Wachstumsrate seit der Wiedervereinigung. 1,3 Prozent Inflation im vergangenen Monat – inflationsfreies Wachstum ist der Traum aller Ökonomen und gleichzeitig eine ganz wichtige sozialpolitische Leistung, weil ja die Rentner und Arbeitnehmer darauf angewiesen sind, daß sie für das Geld, das sie bekommen, auch etwas kaufen können.

Ich gebe gerne zu: Bei allem, was wir in den letzten Monaten gemacht haben, bestand das große Problem, wann sich dies auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Jetzt ist die Jobwende da, und zwar sowohl im Westen als auch im Osten. Im Westen ist die Zahl der Arbeitslosen im Mai um 4,3 Prozent gesunken, im Osten sogar um 6,6 Prozent.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Die Zahl der Arbeitsplätze ist nicht gestiegen!)

Das ist mehr als im Vorjahresmonat. Diese Zahlen zeigen, daß die Politik Gott sei Dank richtig war. Jetzt sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neue Arbeitsplätze da.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: ABM-Trickserei!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben darüber im März anläßlich des Jahreswirtschaftsberichtes eine Debatte geführt. Damals habe ich gesagt: Im Sommer werden wir 500 000 Arbeitslose weniger haben als im März. Dafür bin ich von SPD und DGB verprügelt worden. Ich muß zugeben, ich habe mich geirrt: Es sind sogar 600 000 geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hilsberg?

Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Mit allen Mitteln haben SPD und Grüne versucht, den Aufschwung kaputtzureden. Sie haben es in der heutigen Debatte wieder versucht. Sie haben blockiert und verhindert. Das Schicksal der Arbeitslosen war ihnen egal. Sie wollten die Wahl auf dem Rücken der Arbeitslosen gewinnen. Das ist unanständig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das ist fast dümmlich, Herr Kollege! Es ist nicht einmal witzig!)

Gott sei Dank hat es nichts genützt. Die Zahlen sind klar.

Ich sage jetzt noch etwas – ich weiß, daß das mutig ist; wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten darüber unterhalten können –:

(Jörg Tauss [SPD]: Mit Ihnen nicht mehr!)

Ich persönlich glaube daran, daß wir bei den Arbeitslosen noch in diesem Jahr die Vier-Millionen-Grenze unterschreiten werden. Das wird noch einmal beweisen, daß die Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren richtig gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das kann man heute bereits belegen: Die Informationswirtschaft will 90 000 Stellen schaffen, die Elektroindustrie 30 000, die Automobilindustrie 10 000, der Maschinenbau 20 000; drei Viertel der Chemiebetriebe stellen wieder ein; im Bereich Umweltschutz steigt die Zahl der Arbeitsplätze von 680 000 bis zur Jahrtausendwende auf über 1 Million, und in der Biotechnologie werden laut Aussagen von Prognos – das sollten Sie, Herr Kiper, bitte einmal zur Kenntnis nehmen – bis zum Jahre 2000 zwischen 83 000 und 110 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wenn man dann noch die 500 000 Arbeitsplätze, die man eigentlich mit drei multiplizieren und hochrechnen müßte, hinzunimmt, dann haben wir das deutliche Signal,

Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers

(A) daß der Arbeitsmarkt jetzt Gott sei Dank in Bewegung gekommen ist.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wir haben bald gar keine Arbeitslosen mehr!)

Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Ergebnis einer konsequenten **Standortpolitik** gegen alle Widerstände von DGB, SPD, Grünen und PDS.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das ist aber gleichzeitig auch das Ergebnis einer konsequenten Innovationspolitik. Jetzt sind wir beim eigentlichen Punkt. Beides gehört zusammen: eine konsequente Standortpolitik und eine konsequente Innovationspolitik.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das haben Sie nicht geleistet!)

Wer jetzt sagt, er nehme die Reformen zurück, aber gleichzeitig nach Innovationen ruft, der hat das kleine Einmaleins der Ökonomie, Herr Schwanhold, eben nicht verstanden. Wer jetzt zurückrudert, der gefährdet den Aufschwung und die neuen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Ihr rudert überhaupt nicht! Ihr liegt im Sonnenschein und sonnt euch!)

(B) Der Strukturwandel – da beißt die Maus keinen Faden ab – muß auch nach der Bundestagswahl weitergehen.

Lassen Sie uns einmal ein paar Beispiele durchdiskutieren. Ich habe gehört, daß die Software-Industrie in den beiden letzten Jahren 50 000 Personen mehr eingestellt hätte, wenn es nur geeignete Bewerber gegeben hätte. Von anderen Branchen hören wir dasselbe. Meine Antwort darauf lautet: **neue Ausbildungsberufe.** Von 1995 bis 1998 haben wir 34 neue Ausbildungsberufe geschaffen. Das war die größte Anstrengung überhaupt, seitdem es das duale Berufsbildungssystem gibt. Davon wurden 15 in neuen Dienstleistungsbereichen geschaffen. Allein in den vier neuen Medienberufen sind im ersten Jahr 5 000 neue Lehrstellen entstanden.

Da zeigen sich die verschiedenen Politikansätze. Wir versuchen, neue Chancen für junge Leute zu schaffen, während die SPD umverteilen will. Ich nenne das Stichwort Ausbildungsplatzabgabe. Daß das nicht funktioniert, zeigt ja gerade die Bauwirtschaft, wo es sie gibt. Wir haben in der Bauwirtschaft den größten Abbau von Lehrstellen. Das zeigt, daß man mit Umverteilung gar nichts erreichen kann. Deshalb sagen wir: Neue Chancen durch neue Berufe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Jörg Tauss [SPD]: Das ist sogar unter Ihrem Niveau, und das will etwas heißen! – Horst Kubatschka [SPD]: Sie sind nicht zur Analyse fähig!)

(C) Nehmen wir ein anderes Beispiel. 50 Prozent der Arbeitslosen – das ist übrigens eine ganz erschrekkende Zahl – haben keinen beruflichen Abschluß oder haben einen Abschluß unterhalb der Meister- und Technikerebene. Wir wissen, Geringqualifizierte über 50 Jahre haben kaum noch eine Chance, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das zeigt für mich ganz deutlich, daß Bildung die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts sein wird. Wer heute ohne Bildung ist, ist morgen arbeitslos. Deshalb macht es mich unruhig, daß jedes Jahr 100 000 junge Leute keine Ausbildung beginnen oder sie abbrechen. Deshalb brauchen wir – das ist hier eben mit Recht von Herrn Friedhoff gesagt worden – eine umfassende **Bildungsreform** – nicht nur in den Bereichen, in denen wir hier in Bonn Verantwortung tragen, sondern vor allen Dingen auch in den Schulen und den Bereichen, für die die Länder zuständig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es darf nicht dabei bleiben, daß man nicht mehr davon ausgehen kann, daß jeder Absolvent einer deutschen Schule rechnen und schreiben kann. Das muß sich ändern.

Wenn man sich dann die Geschichte der Anstöße zur Bildungsreform in dieser Legislaturperiode ansieht, stellt man fest, daß jede Veränderung im Bildungswesen gegen SPD und Grüne durchgesetzt werden mußte. Die Einführung von zweijährigen Lehrberufen, das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, das neue Meister-BAföG, die Hochschulreform und

(D) (Zurufe von der SPD)

die Reform des dualen Bildungssystems wurden immer gegen die Stimmen von SPD und Grünen beschlossen. Das zeigt, daß es letztlich nicht um Innovationen und um Neuerungen ging, sondern daß nach wie vor nach alten Ideologieschemata gearbeitet wird.

(Franz Thönnes [SPD]: Er lügt!)

Moderne Bildungspolitik verlangt Vielfalt statt Gleichmacherei, Chancengerechtigkeit statt Einheitsbrei, Wettbewerb statt Planwirtschaft. Das sind die Antworten für das 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Peter Dreßen [SPD]: Wer hat denn das Meister-BAföG abgeschafft?)

Deshalb treten wir für mehr Differenzierung nicht nur im Bildungssystem, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das einmal bei mir zu Hause im Erftkreis untersuchen lassen. Ein Bauhelfer, verheiratet, zwei Kinder, kommt zum Beispiel inklusive Kindergeld auf ein Nettoeinkommen von 2 950 DM. Ein Sozialhilfeempfänger, ebenfalls verheiratet, zwei Kinder, bekommt bei mir zu Hause im Erftkreis inklusive Mieterstattung monatlich 2 945 DM. 2 950 DM zu 2 945 DM! Es kann nicht dabei bleiben, daß einer, der arbeitet, unter

Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers

(A) dem Strich genauso viel bekommt wie ein Sozialhilfeempfänger.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wer regiert hier eigentlich?)

Das hat etwas mit der Frage der Innovation auch in unserem Arbeitssystem und mit der Frage zu tun, wie wir diejenigen, die praktisch veranlagt sind und die schwieriger zu vermitteln sind, auch wieder in den Arbeitsprozeß bekommen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Regieren Sie nicht, oder wer regiert?)

Wir haben das in dieser Legislaturperiode versucht. Wir wollten, daß es zwischen Sozialhilfe und Nettolohn einen Abstand von 15 Prozent gibt. Das ist gescheitert an Rotgrün, gescheitert an der SPD, gescheitert an den Grünen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wollen Sie nun die Leute dafür bestrafen, daß sie Kinder haben?)

Wir wollten mit der Steuerreform, vor allen Dingen durch die Absenkung der Eingangstarife, nicht nur eine **Nettoentlastung** von 30 Milliarden DM erreichen, sondern wir wollten gerade auch ein Signal für mehr Arbeitsplätze im unteren Bereich setzen. Darüber werden wir am 27. September bei der Bundestagswahl abzustimmen haben.

Wir haben einen dritten Vorschlag gemacht: **Kombi-Modelle.** Dazu wird der Kollege Fink gleich noch etwas sagen. – Uns treibt folgendes um: Es darf (B) nicht passieren, daß wir einen Teil unserer Bevölkerung der Chancen am Arbeitsmarkt berauben. Deutschland ist nach den Ermittlungen der OECD das Land mit der geringsten Lohnspreizung. Deshalb muß in diesem Bereich etwas passieren. Für mich heißt das – und das ist die Erfahrung dieser Legislaturperiode –: Wer am 27. September Rotgrün wählt, der wählt die Besitzstandswahrer und läßt die Arbeitslosen im Regen stehen. Das ist die Alternative am 27. September.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schwanhold?

Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Nein. Sie rufen so viel dazwischen; das sehe ich überhaupt nicht ein. Jemandem, der da vorne so brüllt, lasse ich keine Zwischenfrage zu.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben vor wenigen Tagen gehört, daß der DGB will, daß in Deutschland nur noch Teilzeitarbeit zulässig ist. Wie soll man sonst den Vorschlag der Einführung der 25-Stunden-Woche verstehen? Das bedeutet doch Teilzeitarbeit für alle. Wenn das Wirklichkeit würde, dann würde – das weiß jeder, der sich mit Ökonomie auseinandersetzt – der **Rationalisierungsdruck** noch einmal erhöht. Das (C) Ergebnis wäre der Abbau weiterer Arbeitsplätze. Vor allen Dingen – das wissen wir aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre – moderne High-tech-Betriebe und Dienstleistungsbetriebe würden aus dem Land getrieben. Es ist nun einmal so, daß Forscher und Entwickler nicht nach Tarifvertrag, sondern manchmal 50, 60 oder 70 Stunden in der Woche arbeiten, wenn sie ihr Projekt durchsetzen wollen.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans-Ulrich Klose)

Wer mit unseren multinationalen Unternehmen redet, der hört heute schon, daß sie darüber klagen, daß sie ihre Entwickler aus dem Ausland nicht zu uns nach Deutschland holen können, um ein gemeinsames Projekt zu machen, weil sich das mit unserer Arbeitszeit in den wenigen Stunden, Wochen und Monaten, die sie hier sind, nicht verbinden läßt. Es darf nicht dabei bleiben, daß die Laboratorien in Deutschland schließen müssen, bloß weil der Hausmeister Feierabend hat. Das muß geändert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Solch ein Unsinn! – Jörg Tauss [SPD]: Dummes Zeug! Das ist eine Miesmacherei des Standortes!)

Wir müssen zukünftig nicht weniger arbeiten, sondern wir müssen anders arbeiten. Wir werden unseren Kunden in Südostasien nicht mehr lange sagen können, daß wir leider nicht lieferfähig sind, weil wir gerade Brückentag haben oder eine Genehmigung nicht besorgen können, weil deutsche Behörden freitags mittags die Schalter dicht machen. Anders arbei- (D) ten, nicht weniger arbeiten, das ist die Devise der Zukunft!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Neue Arbeitsplätze entstehen nicht dort, wo alte verlorengehen. Daß jetzt in Deutschland ganz massiv Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen, ist das Verdienst der Innovationspolitik der letzten vier Jahre.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was war davor?)

Machen wir uns doch einmal die Mühe, die Leistungsdaten zu vergleichen. Der Kollege Friedhoff hat davon gesprochen, andere Kollegen auch. Nehmen wir einmal die **Existenzgründungen.** Ich weiß nicht, wie man den Mut haben kann, sich hier hinzustellen und entgegen allen Fakten zu sagen, es passiere in Sachen Existenzgründungen nichts. Im Bereich Multimedia haben wir pro Jahr eine Verdreifachung der Gründungen,

(Jörg Tauss [SPD]: Ja, von null!)

im Bereich von Biotechnologie innerhalb von zwei Jahren eine Vervierfachung. Schauen Sie sich dagegen die Zahlen von Niedersachsen an: Bei High-tech-Unternehmen steht Niedersachsen absolut am Ende aller Länder. Das passiert leider woanders. Wer das noch nicht einmal zu Hause kann, der hat das Anrecht verloren, das für das ganze Land zu wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers

(A) Zu Patenten ist eben schon etwas gesagt worden. Nehmen wir die **Hochschulen**: Man stellt sich hierhin und sagt: Wir müssen etwas für die Hochschulen tun. Okay, auch ich weiß, daß wir mehr hätten tun müssen. Das war eine Frage der knappen Finanzen, das war eine Frage von Maastricht, das war eine Frage des Rückgangs der Staatsquote.

(Jörg Tauss [SPD]: Nein, das war eine Frage Ihres Desinteresses!)

Die Bundesregierung hat trotz dieser Anstrengungen die Mittel für den Hochschulbau von 1,68 auf 1,8 Milliarden DM erhöht, 2,5 Milliarden DM für Leasingverfahren und 3,6 Milliarden DM für ein neues Hochschulsonderprogramm zur Verfügung gestellt. Bei Ausgaben für den Hochschulbau steht die Schröder-Regierung auf dem vorletzten Platz sämtlicher Bundesländer.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Die steht immer auf dem letzten Platz!)

Ganze 31,28 DM pro Kopf der Bevölkerung sind Herrn Schröder die niedersächsischen Hochschulen wert. Diese Fakten kann man, wie ich glaube, vergleichen. Man kann nehmen, was man will: Wenn man die Leistungen der Regierung in Niedersachsen und der Bundesregierung vergleicht, dann sieht der SPD-Kanzlerkandidat ziemlich alt aus.

(Ottmar Schreiner [SPD]: So ein Quatsch!)

Es wird ein ganz kleines Karo, wenn die Lichteffekte nicht stimmen und die Musik aufgehört hat.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU - Ottmar Schreiner [SPD]: So ein Unfug!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel bleiben Arbeitsplätze für alle. Dafür bauen wir auch in der nächsten Legislaturperiode die Brücke ins 21. Jahrhundert, damit die Menschen auch im nächsten Jahrhundert in Deutschland in Frieden, in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand leben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Schwanhold.

Ernst Schwanhold (SPD): Herr Minister Rüttgers, Sie haben eben das Hohelied auf den Abbau der Arbeitslosigkeit gesungen. Wir würden uns über jeden Arbeitsplatz freuen, der zusätzlich geschaffen wird. Aber schauen Sie sich einmal an, was die Statistik über die zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze sagt. Da haben Sie noch ein Defizit. Ich hoffe jedoch, daß sich dies in den nächsten Monaten ändern wird.

Wenn Sie hier Zahlen vollmundig verkünden, sollten Sie aber wenigstens die Meldungen aus Ihrem eigenen Umfeld, nämlich aus dem Wirtschaftsministerium, zur Kenntnis nehmen. Dort ist heute unter der Überschrift „Wirtschaftsministerium dämpft Hoffnung auf hohes Wirtschaftswachstum" veröffentlicht worden:

> Das Bruttoinlandsprodukt ... werde im zweiten Quartal trotz fortgesetzter konjunktureller Expansion sein entsprechendes Vorjahresniveau (C) weniger stark überschreiten als im ersten Vierteljahr, zitierte das Ministerium am Donnerstag vorab in seinem Juni-Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Konkrete Zahlen nannte es nicht. Der Bundesverband deutscher Banken ... erwartet für das Gesamtjahr ein Wirtschaftswachstum von 2,75 Prozent. Das Wirtschaftsministerium begründete seine gedämpfte Erwartung mit Sonderfaktoren im zweiten Quartal, etwa, daß das Osterfest 1998 anders als im Vorjahr ins zweite Quartal fiel und daß teure Anschaffungen wegen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. April auf das erste Quartal vorgezogen wurden. Das BIP lag im ersten Quartal real um 3,8 Prozent höher als vor Jahresfrist.

Dies haben wir Ihnen hier mehrfach in Debatten gesagt; dies ignorieren Sie. Sie werden also auf ein Normalmaß reduziert. Weiter heißt es:

> Aus heutiger Sicht kann erwartet werden, daß die Zahl der Arbeitslosen Ende dieses Jahres um ca. 300 000 niedriger liegen wird als Ende 1997.

(Paul K. Friedhoff [F.D.P.]: Ist das nichts?)

300 000 Arbeitslose weniger bei einer Ausgangsbasis von 4,6 Millionen bedeuten immer noch weit über 4 Millionen Arbeitslose. Sie sollten sich wenigstens die Zahlen, die von der Bundesregierung veröffentlicht werden, anschauen, bevor Sie hier vollmundige Erklärungen abgeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, wollen Sie erwidern? - Dann hat jetzt die Kollegin Anke Fuchs, SPD, das Wort.

(Gerd Andres [SPD]: Ihm ist die Luft ausgegangen! - Weiterer Zuruf von der SPD: Er hat die Meldung aus dem Wirtschaftsministerium noch nicht!)

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war eben also der scheidende Minister. Es wird auch Zeit, daß diese Regierung abgelöst wird. Man kann es eigentlich auch nicht mehr so recht hören, was sie verkündet.

(Beifall bei der SPD)

Ist Herr Repnik noch da? - Nein. Dann muß ich mich mit ihm auch nicht mehr auseinandersetzen.

Wir machen einen Fehler, meine Damen und Herren, wenn wir eine solche Debatte, die sich mit Innovation, Veränderung und Arbeitsmarkt beschäftigen sollte, wie Wahlkampf behandeln. Ich tue es allerdings jetzt auch, weil mir gar nichts anderes übrigbleibt. Aber wir sollten miteinander feststellen, daß wir alle es sehr begrüßten, wenn endlich jener Aufschwung da wäre, von dem Sie immer sprechen, und wenn wir wirklich endlich von einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt reden könnten; denn dieser Demokratie tun weitere hohe Arbeitslosenzahlen nicht

Anke Fuchs (Köln)

(A) gut. Deswegen müssen wir gemeinsam dafür sorgen, daß es neue Arbeitsplätze gibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fuchs, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Michelbach?

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Bitte sehr.

Hans Michelbach (CDU/CSU): Frau Kollegin Fuchs, Sie haben gerade eine Bewertung eines Ministers vorgenommen.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Er ist ein scheidender Minister; das ist doch richtig.

Hans Michelbach (CDU/CSU): Ihr SPD-Wirtschaftsministerkandidat Stollmann lobt heute die Reformpolitik der Union

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Sie hören richtig – und die „phantastischen Leistungen" von Bundeskanzler Kohl. Ich glaube, das ist lobenswert. Vielleicht sagen Sie dazu noch etwas. Die Frage ist nur, ob er das rotgrüne Gedankengut überhaupt kennt,

(B)

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das kennen Sie ja, Herr Michelbach!)

das in Wirklichkeit die Unternehmer immer wieder als Ausbeuter oder böse Millionäre bezeichnet und mit Neid überzieht.

Wie soll ein Unternehmer bei wirtschafts- und unternehmensfeindlichen Aussagen Ihrerseits überhaupt Risiko- und Innovationsbereitschaft zeigen? Wie, Frau Kollegin Fuchs, sehen Sie es als langjähriges Vorstandsmitglied der IG Metall, daß Ihr – wenn auch uns lobender – Schattenminister in seinem Betrieb meines Wissens nicht einmal einen Betriebsrat hatte? Würden Sie so etwas unterstützen? Was sagen Sie als IG-Metall-Vorstandsmitglied dazu, daß Sie einen Schattenminister unterstützen sollen, der es als Unternehmer noch nicht einmal zu einem Betriebsrat in seinem Betrieb gebracht hat? Sagen Sie mir als Unternehmer dazu etwas?

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Herr Kollege, ich habe ein bißchen Schwierigkeiten, Ihr Gestammele als eine geordnete Gedankenfolge zu verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch wenn Sie mir hier mit albernen Stammeleien Vorhaltungen machen, will ich gerne etwas zu unserem zukünftigen Wirtschaftsminister sagen. Ich finde, er benutzt die richtigen Vokabeln, meine Damen und Herren, wenn er sagt: Als erstes muß die Durchsetzungsgeschwindigkeit von Politik erhöht, müssen die Dialoge verbessert und das Wissen besser gemanagt werden. – Recht hat er, der **Herr Stollmann,** so wollen wir es auch machen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Dann sagt er – was ich sehr hübsch finde –, am Kabinettstisch werde er ein Stück Realität im Gepäck haben. Das finde ich auch in Ordnung. Dann sagt er: Das Wichtigste aber sind Wachstum, Erschließung der Zukunftsmärkte, Aufbruchstimmung und Arbeitsplätze. – Recht hat er, der Herr Stollmann, Herr Kollege. Von daher kann ich mich sehr gut mit ihm identifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Falls er wirklich in seinem Betrieb keinen Betriebsrat haben sollte, werden wir ihm die zuständige Gewerkschaft ins Haus schicken. Dann werden wir auch dort bald einen Betriebsrat bilden, meine Damen und Herren. Da habe ich gar keine Sorge. Sie dürfen also ganz beruhigt sein. Wir werden es so machen.

Es ist doch klar, daß Herr Stollmann mit diesen Vokabeln das in Gang setzt, was wir alle miteinander dringend brauchen:

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Ja, vor allem die SPD!)

weg vom Dahindümpeln, weg vom „Weiter so!".

Der scheidende Bundeskanzler wird ja zu Recht von ihm gelobt. Ich stehe auch nicht an, einiges, was Helmut Kohl zustande gebracht hat, zu loben und ihn dessen auch wirklich zu würdigen. Aber jetzt ist Zeit für den Wechsel, meine Damen und Herren; das Dahindümpeln muß aufhören. Wir Sozialdemokraten wollen den Bundeskanzler stellen. Herr Stollmann soll Wirtschaftsminister werden. Ich finde das eine hervorragende Ausgangsbasis für eine veränderte Politik.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu den **Arbeitsplätzen** zurück. Wir machen ja alle nicht den ersten Wahlkampf. Wir haben auch schon alle Stimmungslagen in unseren jeweiligen Parteien erlebt. Ich finde, unsere Stimmung ist im Moment sehr gut. Ich bin sehr zuversichtlich, daß sie auch trägt. Die Menschen kommen auf uns zu und sagen: Jetzt macht das einmal anders – aber besser –; sorgt dafür, daß sich soziale Verantwortung in unserem Land wieder mit der wirtschaftlichen paart; achtet darauf, daß Menschen mit der Arbeit ihrer Hände oder ihres Kopfes ihren Lebensunterhalt verdienen können, also schafft Arbeitsplätze!

Da nutzt es gar nichts, wenn Herr Rüttgers sagt: Bis Ende des Jahres werden wir weniger als 4 Millionen Arbeitslose haben. Das wäre ja schon ein Erfolg; das würde ich auch als ersten Schritt buchen. Aber wie gehen wir eigentlich mit den 4 Millionen Arbeitslosen um, die in dieser Statistik nicht auftauchen, die keinen Arbeitsplatz haben? Es ist doch zynisch, wenn eine Regierung nach 16 Jahren sagt: Am Ende eines Jahres werden wir nur noch 4 Millionen Arbeitslose haben, meine Damen und Herren. Sie sollten eigentlich jetzt schon zurücktreten, wenn sie den

Anke Fuchs (Köln)

(A) Menschen in diesem Lande solche Frechheiten verkünden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Annelie Buntenbach [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann sammeln Sie Arbeitsplätze. Herr Blüm hat seine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ganz geschickt gepowert. Das ist ja auch in Ordnung; so etwas macht man eben in solch einer Zeit. Aber was Sie wirklich wollen, geht aus einer Anzeige Ihrer Kollegin **Christa Reichard** hervor.

(Zuruf von der SPD: Tolle Anzeige!)

In der Monatsschrift „CDU in Dresden" appelliert sie an unionsnahe Unternehmer, durch Einstellung von Arbeitslosen per Zeitvertrag dazu beizutragen, die Wahlchancen der Koalition zu verbessern. Per Zeitvertrag! Das ist Tagelöhnertum, meine Damen und Herren! Raus aus der Statistik, Statistik bereinigen! Nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern Wahlen gewinnen! Jede Unternehmerin und jeder Unternehmer, der eine Weiterarbeit der bisherigen Regierung wünsche, solle vorfristig und zusätzlich, auch per Zeitvertrag, Leute einstellen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Annelie Buntenbach [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zuruf von der CDU/CSU: Das will ja kaum noch jemand!)

Welcher Zynismus, meine Damen und Herren, welche Entlarvung Ihrer Geisteshaltung! Sie sind nicht in der Lage, durch eine koordinierte Wirtschafts- und Innovationspolitik für genügend Arbeitsplätze zu sorgen. (B) Jetzt versuchen Sie, das Ganze wie der billige Jakob zu verkaufen. Nein, es ist Zeit, daß beides kommt. Meine Kollegin Edelgard Bulmahn hat über die Innovationsbedürfnisse gesprochen. Wir wissen, daß die Menschen im Grunde auf einen Neuanfang lauern.

Ich will aus meinem Konzept noch vortragen, warum ich meine, daß wir uns in den Bereichen **Innovation und Arbeitsplätze** auch auf die Frage konzentrieren müssen, wie wir es schaffen, unsere Volkswirtschaft ökologisch zu modernisieren. Auf diesem Feld gibt es eine große Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir waren auf diesem Feld auch schon einmal sehr viel weiter. Die Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft hängt auch davon ab, wie wir uns zur Ökologie stellen. Ich glaube, wir brauchen eine zukunftsgerichtete und ehrgeizige Umweltpolitik. Dies beginnt bei abgasarmen und energiesparenden Autos und reicht bis zu einer Effizienzrevolution in der Energiepolitik.

Da Sie, Herr Rüttgers, vorhin die verschiedenen Lasten beklagt haben, sage ich Ihnen: Dann machen Sie doch endlich mit uns eine ökologische Steuerreform, die den Faktor Arbeit entlastet und den Faktor Umwelt belastet. Ich bedauere zutiefst, daß wir nicht in der Lage gewesen sind, diesem wichtigen Innovationsgedanken Gesetzeskraft zu geben. Wir müssen die ökologische Steuerreform wieder auf die Tagesordnung setzen, weil sie genau das in die richtige Richtung bringt, was auch Sie angekündigt haben, (C) nämlich Arbeit zu entlasten, die Lohnnebenkosten zu senken und zugleich etwas ökologisch Vernünftiges zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fuchs, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Baumeister?

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Bitte sehr.

Brigitte Baumeister (CDU/CSU): Frau Kollegin Fuchs, stimmen Sie mir zu, daß es unter gewissen Umständen durchaus sinnvoll sein kann, befristete Arbeitsverträge zu schließen?

(Stephan Hilsberg [SPD]: Besonders wenn man Wahlen gewinnen will!)

Ich möchte Ihnen schildern, was ich selbst in meinem Wahlkreis bei Mercedes-Benz erlebt habe, und Sie fragen, ob Sie meiner Auffassung zustimmen können. Für die Ferienarbeit werden aus der gesamten Bundesrepublik Studenten in das Werk Böblingen/Sindelfingen gebracht, und der Betriebsrat hat sich dort bis vor kurzer Zeit vehement dagegen gewehrt, Arbeitslose einzustellen, auch bei befristeten Arbeitsverträgen. Ich persönlich war der Meinung, daß jemand, der eine Arbeit hat, durchaus mehr Chancen der Vermittlung hat.

(Beifall bei der F.D.P. – Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Auch wenn sie befristet ist!)

(D)

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Sie wollen jetzt von dieser ungeheuerlichen Anzeige ablenken,

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Sie ist nicht ungeheuerlich!)

die besagt: Leute, stellt ein und wählt CDU, und schließt gegebenenfalls auch Zeitverträge! Das ist doch eine Infamie gegenüber Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Was befristete Arbeitsverträge anbelangt, kenne ich noch die Lieder von Herrn Blüm: Lieber befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos. Dann ging es mit den Arbeitsrechten bergab. Ich habe überhaupt nichts gegen **Teilzeitarbeit,** aber dann, Frau Kollegin, sollten wir auch folgendes berücksichtigen: Teilzeitarbeit ja, aber nicht Tagelöhnertum; Teilzeitarbeit ja, aber dann bitte weg mit der 620-Mark-Grenze und dafür vernünftige sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze, damit die Menschen auch eine Perspektive haben, wenn sie Teilzeitarbeitsplätze annehmen müssen.

Es muß aufhören, daß die Schleckers und andere Vollzeitarbeitsplätze umfunktionieren, sie zerstükkeln und wir eines Tages nur noch Kleinstarbeitsverhältnisse haben, von denen sich keiner mehr ernähren kann. 5 bis 6 Millionen Menschen sind davon be-

troffen. Dagegen müssen wir als erstes vorgehen, wenn wir Ihren, an sich von mir unterstützten Weg beschreiten wollen, der auch Aushilfstätigkeiten einbezieht.

(Zurufe von der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das ist schrecklich!)

Herr Geißler ist belustigt. Das finde ich ganz in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fuchs, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Fuchtel?

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Bitte sehr, Herr Kollege.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Darf ich bei dieser Gelegenheit an die alte Regel erinnern: Wer eine Zwischenfrage stellen will, meldet sich nicht, sondern steht auf.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU): Frau Kollegin! Nachdem Sie die Initiative der Kollegin Reichard und diese befristeten Arbeitsverhältnisse so geißeln: Schließen Sie aus, daß Ihr Wirtschaftsminister in spe in seinem Betrieb nicht auch solche Verhältnisse gehabt hat? Das dürfte ja nicht der Fall sein angesichts der Tatsache, daß Sie Ihre Auffassung hier so vehement gegen Frau Kollegin Baumeister zum Ausdruck bringen.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Sie haben es nicht verstanden, Herr Kollege. Ich will es Ihnen noch einmal sagen: Es geht nicht um die Frage, ob ich befristete Arbeitsverhältnisse will oder nicht. Es geht darum, daß Teilzeitarbeitsverhältnisse vernünftige Teilzeitarbeitsplätze sein müssen. Aber es kann doch nicht angehen, daß ich Unternehmer ermuntere, Leute mit einer Befristung bis zum Wahltag einzustellen bzw. sie nicht rauszuschmeißen, nur um die Statistik zu frisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch der Punkt, daß Sie sagen: Stellt Leute ein; dann kommt die Statistik in Ordnung; was nach der Wahl mit den Leuten geschieht, das ist uns ganz egal. Die Zeitverträge laufen dann nämlich aus, und die Leute sind wieder arbeitslos. – Nein, das finde ich unmoralisch – das will ich ganz deutlich sagen –, und das spricht nicht für soziale Verantwortung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fuchs, es muß an Ihrem Temperament liegen, daß noch mehr Zwischenfragen kommen. Die Kollegin Hellwig möchte eine stellen.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Das geht ja alles nicht von meiner Redezeit ab. Ich bitte um Nachsicht, wenn meine Rede daher etwas länger dauert. Bitte sehr.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das geht in Ordnung.

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Frau Fuchs, können Sie mir darin zustimmen, daß es unter Umständen sehr berechtigt sein kann, einen befristeten Arbeitsvertrag nur dann in einen unbefristeten umzuändern, wenn man die Chance hat, die Rahmenbedingungen durch eine vorhandene Koalitionsregierung, die fortgesetzt werden soll, zu erhalten und zu verbessern, und es im anderen Falle besser wäre, seinen Betrieb zu sanieren?

(Lachen bei der SPD – Franz Thönnes [SPD]: Ihr setzt noch einen drauf! – Glocke des Präsidenten)

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Sehr verehrte Frau Kollegin, das ist aus Ihrer Sicht die richtige Begründung, wenn Sie das so sehen wollen. Aber es wird nichts mehr nützen. Ich will den entscheidenden Satz noch einmal zitieren:

> Jeder Unternehmer und jeder Personalentscheider, der CDU-Mitglied ist, sollte die Möglichkeit nutzen, durch vorgezogene Einstellungen per Zeitvertrag den Arbeitsmarkt zu entlasten und so die Chancen der Koalition zu verbessern.

Das mögen vielleicht Sie so sehen; ich sehe das anders. Sie mögen das hervorragend finden, aber ich will Ihnen sagen: Ich finde es zynisch, wie Sie sich gegenüber den Leuten benehmen. Da werden Leute „von der Straße geholt", und nach der Wahl werden sie wieder entlassen. Das kann doch auch nicht in Ihrem Sinne sein. Das ist doch eine unanständige Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Jetzt komme ich auf die Frage zurück, wie wir eine andere Wirtschaftspolitik machen wollen. Dazu wird der Kollege Schwanhold nachher noch etwas sagen. Die Fragen, wie man den Arbeitsmarkt steuern will, wie man Innovationen mit der **Schaffung von neuen Beschäftigungsverhältnissen** und mit einer schwunghaften unternehmerischen Wirtschaft kombinieren kann, können nur dann vernünftig beantwortet werden, wenn zugleich die Frage beantwortet wird: Wo entstehen Ersatzarbeitsplätze für diejenigen, die weggefallen sind, und wie kann man verhindern, daß so viele Millionen Menschen ohne Arbeit sind? Ich will noch hinzufügen: Wir wissen alle, daß die Arbeitslosigkeit zu teuer ist, auch weil die sozialen Sicherungssysteme dann keine Beitragszahler mehr haben. Das ist der Teufelskreis, in dem wir stecken.

Wenn wir jetzt von Innovationen reden, will ich doch noch einmal auf die Frage der **ökologischen Er-**

Anke Fuchs (Köln)

(A) **neuerung unserer Industriegesellschaft** zurückkommen. Es muß ja auch um die Frage gehen, wohin das wirtschaftliche Wachstum führen soll. Es gab die Idee des qualitativen Wachstums. Jetzt sprechen wir von einem ökologisch vertretbaren Wachstum. In diesem Zusammenhang muß zuerst die Frage nach der ökologischen Steuerreform beantwortet werden. Es geht um die Verbesserung der Energieeffizienz durch bessere Wärmedämmung an Gebäuden sowie um die Förderung erneuerbarer Energien zur Ressourcenschonung. All das wäre möglich, um exportorientierten Branchen zu helfen. Wenn diese Maßnahmen durch eine Steuerpolitik begleitet werden, die Existenzgründungen erleichtert und den Menschen mehr Geld in der Tasche läßt, dann glaube ich, daß wir es schaffen können, aus der jetzigen Situation herauszukommen, die aus meiner Sicht nach wie vor bedrohlich ist, weil Arbeitslosigkeit die größte Schwierigkeit und das teuerste „Vergnügen" ist, das sich eine Gesellschaft leisten kann.

Vor diesem Hintergrund halte ich alle Ihre schönen Versuche, die jetzt beginnenden Veränderungen schon als Boten für einen Wahlsieg zu nehmen, für sinnlos. Sie werden es mit Ihrer Politik ohnehin nicht mehr schaffen. Es ist an der Zeit, daß ein Wechsel kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Ulf Fink.

(B)

Ulf Fink (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht zu übersehen: In der Bundesrepublik Deutschland haben wir jetzt schon seit Monaten und Jahren positive wirtschaftliche Wachstumsraten zu verzeichnen. Im ersten Quartal dieses Jahres hat sich dieses Wachstum sogar auf 3,8 Prozent erhöht.

(Peter Dreßen [SPD]: Sehr schön!)

Mittlerweile ist der konjunkturelle Aufschwung – das kann doch auch von Ihnen gar nicht bestritten werden – auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Im Mai gab es 223 000 Arbeitslose weniger als im Jahr zuvor. Das ist der größte Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit der Wiedervereinigung.

Auch wenn Sie sagen, das sei durch AB-Maßnahmen, durch befristete Arbeitsverhältnisse und dergleichen mehr geschehen, dann ist das einfach nicht wahr. Wahr ist doch, daß wir hoffen dürfen, in diesem Jahr die magische Grenze von 4 Millionen Arbeitslosen deutlich zu unterschreiten. Es paßt Ihnen nicht, daß das so geschieht.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das stimmt doch nicht! Das habe ich gerade anders gesagt!)

Sie nörgeln an allem herum; Sie versuchen, alles kleinzureden, aber ich sage Ihnen: Ob es Ihnen nun paßt oder nicht, Sie müssen sich mit der Tatsache

(C) auseinandersetzen, daß sich unsere Politik für die Arbeitslosen auszahlt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es gibt nun Faktoren, die man beeinflussen kann, und andere, die man weniger beeinflussen kann.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Sie haben die falschen beeinflußt!)

Wir haben uns mit einem umfassenden **Gesetzespaket zur Förderung des Wachstums und der Beschäftigung** und mit umfassenden Reformen im Gesundheitswesen, betreffend die Arbeitslosen, bei der Sozialhilfe, im Bereich der Renten besonders darum gekümmert, daß wir die Lohnnebenkosten begrenzen und den Arbeitsmarkt flexibler machen.

Warum haben wir uns besonders darauf konzentriert? Nun, es ist doch einfach nicht hinzunehmen, daß wir bei uns Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von zwei, drei Prozent benötigen, damit sich am Arbeitsmarkt etwas tut, während in anderen Ländern, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika, bereits Wachstumsraten von einem Prozent genügen. Da klingelt es in der Kasse, Arbeitsplätze noch und nöcher!

Deshalb ist es so wichtig, daß wir diese Maßnahmen ergriffen haben. Die einzelnen Maßnahmen sind natürlich nicht leichtgefallen. Wem fällt es leicht, Änderungen bei der **Lohnfortzahlung** vorzunehmen?

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Friedhoff fällt es leicht!)

(D)

Wem fällt es leicht, Änderungen beim Kündigungsschutz vorzunehmen?

(Ernst Schwanhold [SPD]: Rexrodt!)

Wir haben umfassende Maßnahmen bei der Sozialversicherung angesetzt, um die Leistungsfähigkeit der Systeme zu erhalten, aber gleichzeitig natürlich auch, um die Beitragssätze stabil zu halten. Wir haben diese Maßnahmen ergriffen, damit die Arbeitslosen wieder in Arbeit kommen. In der Marktwirtschaft geht es nun einmal nicht anders, und Gott sei Dank zahlen sich jetzt diese Maßnahmen für die Arbeitslosen auch aus.

Ich finde, die Sozialdemokraten sollten jetzt auch so ehrlich sein und einräumen, daß sie die Situation falsch eingeschätzt haben.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wo denn das?)

Sie sollten einräumen, daß Sie gegen alle Maßnahmen gestimmt haben, die sich heute segensreich für die Arbeitslosen auswirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Jeder kann einmal Fehler begehen. Aber wer Fehler begeht, sollte dann Manns genug sein, diese Fehler einzugestehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut! Macht das!)

Ulf Fink

(A) Sie von der SPD sollten sich hier hinstellen und sagen: Ja, wir haben die Entwicklung falsch eingeschätzt,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wo denn das?)

und wir wollen es künftig besser machen. Aber davon kann nun leider bei Ihnen überhaupt keine Rede sein.

Die Sozialdemokraten sind ja nicht nur nicht bereit, ihre eigenen Fehleinschätzungen einzugestehen, nein, sie wollen neue Fehler machen. Laut Ihrem Wahlprogramm – der Wähler möge uns davor behüten, daß es je Wirklichkeit wird – wollen Sie auf einen Schelm noch anderthalb draufsetzen. Sie wollen die mühsam erkämpften Maßnahmen zur Konsolidierung der Sozialversicherung zurücknehmen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Unglaublich!)

Sie wollen den Reformkurs bei den Renten zurücknehmen. Sie wollen die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt rückgängig machen. Was soll denn ein Kandidat für das Wirtschaftsministerium bei einer solchen Politik aus der Wirtschaft überhaupt noch machen?

Selbst **Hubertus Schmoldt,** Vorsitzender IG Bergbau, Chemie, Energie, ein sehr vernünftiger Gewerkschafter, sagt, daß Sie dies realistischerweise besser lassen sollten. Aber Sie knüpfen an Ihre gescheiterte Politik der Ausgabenprogramme der sozialliberalen Koalition in den 70er und 80er Jahren wieder an. Sie haben nichts dazugelernt. Deshalb ist es das Beste, was den Arbeitslosen in Deutschland passieren kann, daß die SPD da bleibt, wo sie ist, nämlich in (B) der Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Fink, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss?

Ulf Fink (CDU/CSU): Ja, gerne.

Jörg Tauss (SPD): Lieber Herr Kollege Fink, lassen wir jetzt mal das Brimborium weg. Ich habe hier gerade einen Bericht der deutschen Botschaft in Washington; in dem es heißt „Nach Ende des kalten Krieges stehen die USA auch in wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht nahezu konkurrenzlos da." Wir sind ja früher mal konkurrenzfähig gewesen. In bezug auf die Gründe steht in dem Bericht der deutschen Botschaft – ich möchte Sie fragen, ob Sie das mit dem zum Thema Ausgaben gerade Vorgetragenen vereinbaren können –: Einer der Gründe war, daß man im Gegensatz zu Deutschland parteiübergreifenden Konsens hergestellt hat, den F- und E-Haushalt zu erhöhen. Daraus sind Jobs geworden, während Sie gekürzt haben. Ist das nicht mehr wahr, wenn wir über Ausgabenprogramme reden?

Ulf Fink (CDU/CSU): Herr Kollege, ich kann Ihnen nur eine kurze Antwort darauf geben – Bundesminister Rüttgers hat Ihnen das vorhin ja gesagt –: Es gab gerade einen neuen Rekord bei den deutschen Exporten ins Ausland. Das kann doch kein Anzei- (C) chen dafür sein, daß wir so schlecht sind, sondern das ist doch offenbar ein Kennzeichen dafür, daß wir gut sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Fink, Kollege Tauss möchte eine weitere Zwischenfrage stellen.

Ulf Fink (CDU/CSU): Danke, nein; jetzt möchte ich in meinem Gedankengang einmal fortfahren.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich habe zur Entwicklung gefragt, Herr Kollege!)

Herr Kollege, das einzige, was Sie vorschlagen, ist ein **Bündnis für Arbeit.** Nun hört sich das immer gut an. Aber es darf kein Ersatz für Politik sein. Es ist doch eine naive Vorstellung, davon auszugehen, daß man, ohne daß man etwas mitbringt, sich einfach einmal zusammensetzt und sagt: „Hört einmal her; wir machen das schon" und daß dann die Arbeitslosigkeit weg ist. Man müßte Sie eigentlich einmal fragen: Was wollen Sie denn überhaupt in ein solches Bündnis für Arbeit einbringen? – Das ist doch der entscheidende Punkt. Man könnte sich ja zum Beispiel vorstellen, daß man einen Vorschlag dahin gehend macht, den Bereich einfacher Dienstleistungen durch einen Niedriglohnsektor erschließen

(D) (Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Aha, jetzt kommt es endlich!)

und dann natürlich zu niedrige Löhne durch den Staat subventionieren zu lassen. Das wäre also die **Idee eines Kombilohns,** wie sie besonders von Professor Fritz Scharpf vom Max-Planck-Institut in Köln entwickelt wurde. Wir wissen aber: Dazu braucht man tiefgreifende Veränderungen im Steuer- und im Sozialsystem.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Eben!)

Wir von der Union haben uns mit diesem Ansatz intensiv beschäftigt, zum Beispiel in einem Hearing der Fraktion, an dem alle wichtigen Experten teilgenommen haben. Wir wollen ein entsprechendes Programm in der nächsten Legislaturperiode auflegen. Wir hatten sogar vor, schon jetzt im Rahmen der Sozialhilfe ein erstes Experiment in diesem Sinne zu starten.

(Jörg Tauss [SPD]: Ein erstes? – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was, nach 16 Jahren?)

Wir wollten zum Beispiel erreichen, daß ein Sozialhilfeempfänger, der arbeitet, bessergestellt wird als ein Sozialhilfeempfänger, der nicht arbeitet, und wir wollten ihm wenigstens 10 Prozent von dem belassen, was er mit seiner Hände Arbeit verdient. Das ist doch nun nicht zuviel verlangt. Woran ist denn dieses Experiment gescheitert? Woran denn? – Daran, daß Sie mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat diesen neuen

Ulf Fink

Ansatz erbarmungslos niedergestimmt haben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was soll man denn von Ihrer Ankündigung eines Bündnisses für Arbeit halten,

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr viel!)

wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, auch nur zarte Versuche für einen neuen Ansatz zugunsten der Arbeitslosen zu unterstützen? Nein, mir kommt Ihre Ankündigung für ein neues Bündnis für Arbeit so vor, als ob jemand Leute zu Tisch einlädt und die Gäste, wenn sie kommen, feststellen müssen, daß es gar nichts zu essen und zu trinken gibt, weil der Hausherr offenbar erwartet hat, daß sich alle selber verköstigen. Nicht genug damit: Er möchte von dem Mitgebrachten auch noch etwas abhaben. Das nenne ich keinen runden Tisch für Arbeit; das nenne ich eine Schrödersche Politik der leeren Tische, Tabula rasa.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nein, meine Damen und Herren von der SPD, Sie werden es nicht verhindern können: Wir haben eine außerordentlich positive **Entwicklung am ersten Arbeitsmarkt.** Aber wir müssen sehr genau hinschauen: Wie ist das mit den Menschen, die wegen geringer Qualifikation nicht mithalten können? Was ist mit den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß? Was ist mit denjenigen, die durch die Innovationen ins Abseits zu geraten drohen? – Wir müssen uns um diese Menschen besonders kümmern. Es reicht einfach nicht, diesen Menschen nur Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zu geben. Es ist doch beeindruckend, was seit der großen **Sozialhilfereform von 1996,** die wir leider gegen Ihren Widerstand hier im Bundestag haben durchsetzen müssen, alles in Gang gekommen ist. Mehr als 200 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger werden heute von den Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, und wenn alles gutgeht, dann erreichen wir es noch, daß in diesem Jahr 100 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger mehr beschäftigt werden. Das wären sieben pro Kommune mehr. Wir in Bonn schaffen diese Arbeitsplätze nicht – es sind die Gemeinden –, aber wir waren es, die den Gemeinden ein hervorragendes rechtliches Instrumentarium an die Hand gegeben haben.

Es gibt großartige Beispiele für das Engagement der Gemeinden. Ich nenne Leipzig, Osnabrück-Land, das Emsland, Offenbach und Berlin.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Den Teil kennen wir schon!)

Es ist doch großartig, was da geschieht. Menschen gehen hin und sagen: Wir wollen den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern nicht nur Geld bezahlen, sondern wir bieten ihnen eine Beschäftigung an. – Es wurden **Beschäftigungsgesellschaften** eingerichtet – in Leipzig und Osnabrück-Land auch mit Privaten –, und es wurde gesagt: Wir haben Grünflächen, die nicht gepflegt sind, wir haben Verwaltungsarbeiten, die nicht erledigt sind. Da könnte man diesen Menschen doch eine Beschäftigung geben. Die Menschen erhalten dadurch eine neue Chance, auf Dauer wieder in den ersten Arbeitsmarkt hineinzukommen. – Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage ganz deutlich.

Auch für die Gemeinden rechnet sich das hervorragend. Die Gemeinden, die Sozialhilfeempfänger beschäftigen, zahlen weniger Sozialhilfe. Sie haben einen geringeren Anstieg der Sozialhilfekosten als die Gemeinden, die das nicht tun. Meine Damen und Herren, Sie sollten aufhören, die Sozialhilfe madig zu machen.

(Lachen bei der SPD)

– Hören Sie sich das Argument einmal in Ruhe an!

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist hier wie im Kabarett!)

Sie tun doch immer so, als ob das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe ganz prima wären, die Sozialhilfe hingegen der letzte Dreck wäre. Das ist einfach falsch.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie sollten sich zum Karneval anmelden, Herr Kollege!)

Die Wahrheit ist: In manchen Bereichen sind das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe besser, in anderen Bereichen ist es die Sozialhilfe. Mir liegt der Leitfaden zur Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Sozialämtern vom April dieses Jahres vor. Das ist, wie Sie wissen, die Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesanstalt für Arbeit. Da heißt es auf Seite 1 545 ausdrücklich:

> Die Sozialhilfeträger sind von ihrem gesetzlichen Auftrag her flexibel und können in ihre Dienstleistungen umfassend die soziale Stabilisierung der einzelnen Betroffenen einbeziehen. Bei Maßnahmen für Jugendliche könnte z. B. ergänzend Freizeitgestaltung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ... über die Jugendämter geboten werden, bei Alleinerziehenden könnte die Kinderbetreuung organisiert werden, sofern nicht andere Fördermöglichkeiten bestehen. Ein guter Ansatz ergibt sich für die Sozialhilfeträger auch durch die Förderung des sogenannten „Projektmantels" bei Eingliederungsprojekten für die gemeinsame Klientel. Die freie Förderung ist eine Individualförderung. Evtl. notwendige Projektkosten könnten nur von den Sozialhilfeträgern übernommen werden.

Sie wissen doch, daß der **Kontakt zwischen Arbeitsamt und dem Arbeitslosen,** wenn dieser vermittelt ist, zu Ende ist. Oft kommen dann aber erst die Probleme, weil es unter Umständen mit dem Arbeitgeber nicht so klappt. Er braucht unter Umständen zusätzliche Hilfestellungen. Das können die Arbeitsämter nicht leisten. Das Sozialamt aber kann es. Die Sozialämter dürfen das, und sie machen es auch, und zwar mit segensreichen Auswirkungen.

Beim Arbeitsamt kommen auf einen Sachbearbeiter 800 Menschen, die Arbeit suchen. Auf Grund der Finanzkonzepte Hamburgs mit den Holländern, die eine private Vermittlung vorsehen, kommt auf 80 Arbeitslose ein Vermittler. Da erreicht man viel bessere

Ulf Fink

(A) Quoten. All das können die Arbeitsämter nicht, aber das Sozialamt kann es.

Es stimmt auch nicht, was Sie immer behaupten, nämlich daß die Leistungen des Sozialamtes regelmäßig geringer wären als die Arbeitslosenhilfe oder das Arbeitslosengeld.

(Gerd Andres [SPD]: Norbert Blüm, du tust mir richtig leid, daß du dir diesen Blödsinn anhören mußt!)

170 000 Haushalten mit 235 000 Personen ginge es ganz dreckig, wenn es die Sozialhilfe nicht gäbe. Diese 235 000 Personen beziehen Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld. Aber die Leistungen sind nicht hoch genug, um ein menschenwürdiges Leben garantieren zu können.

(Jörg Tauss [SPD]: Haben Sie gerade Rüttgers zu diesem Thema gehört? Lohnabstandsgebot!)

Deshalb springt in diesen Fällen das Sozialamt ein und stockt das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe auf und sichert so ein menschenwürdiges Leben. Dies zeigt klar, daß Sozialhilfe bedarfsdeckend ist,

(Jörg Tauss [SPD]: Rüttgers hat gerade dagegen polemisiert!)

während das nicht das Ziel von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ist; das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Sie müssen das Verhältnis von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe neu überdenken.

(B) Es ist von großer Bedeutung, daß wir uns entschieden haben, in der nächsten Legislaturperiode ein einheitliches neues Recht in bezug auf die Sozialhilfe für Arbeitslose und die Arbeitslosenhilfe zu schaffen. Dadurch werden enorme Verwaltungskosten eingespart. Ich schätze, daß wir allein dadurch 3 bis 5 Milliarden DM sparen könnten. Und wir könnten noch mehr sparen, wenn wir die Leistungen in eine Hand geben würden, wobei natürlich der Grundsatz gelten muß, daß der Aufgabe auch das Geld folgt.

(Gerd Andres [SPD]: Der Norbert Blüm wird schon ganz blaß!)

Dieses große Reformziel darf nicht an Eifersüchteleien der verschiedenen Ebenen scheitern. Wir sollten dieses Geld lieber den Arbeitslosen zukommen lassen, als damit Verwaltungspersonal zu bezahlen. Das können auch Sie nicht bestreiten. Es ist doch nicht in Ordnung, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland für einen einzigen Tatbestand, nämlich Arbeitslosigkeit, zwei Fürsorgeleistungen haben. Es geht doch gar nicht anders, daß an dieser Stelle die Reform ansetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Einen sehr schönen Erfolg haben wir mit dem sogenannten **Quas-Programm** erzielt. Trotz aller Ihrer Unkereien haben wir auch das Geld dafür besorgt; 40 Millionen DM allein in diesem Jahr. Rund 5 000 Jugendliche ohne Hauptschulabschluß haben jetzt einen sozialversicherungspflichtigen Praktikantenvertrag mit einer berufsbegleitenden Qualifizierung

(C) in Aussicht. Wir könnten aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sogar noch einmal 100 Millionen DM hinzufügen, wenn Länder und Gemeinden für die Komplementärfinanzierung sorgen. Ich fordere an dieser Stelle die Länder und Kommunen auf, dies zu tun; denn sie sparen die ansonsten entstehenden Sozialhilfekosten für die Jugendlichen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Arbeitslosigkeit ist Bundesaufgabe und nicht deren Aufgabe! Wo sind wir denn?)

Jeder Strukturwandel kostet seinen Preis. Wir befinden uns in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der durch einen **Übergang vom Industrie- zum Dienstleistungssektor** gekennzeichnet ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Welches Buch haben Sie gelesen?)

Wir in der Bundesrepublik Deutschland zahlen diesen Preis wegen sehr hoher Produktivität durch Arbeitslosigkeit. Andere Länder, wie die Vereinigten Staaten, haben zwar weniger Arbeitslose, aber auch sie zahlen ihren Preis, nämlich bei niedriger Produktivität durch „working poor", also Menschen, die trotz Arbeit zu wenig verdienen, um davon menschenwürdig leben zu können. Wieder andere Länder haben eine Mischung zwischen diesen beiden Extremen.

Meines Erachtens wird es künftig entscheidend darauf ankommen, klarzumachen, daß wir die Menschen bei uns nicht ausschließen, sondern integrieren wollen. Um dies zu erreichen, sollte man Experimente wagen. Auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Holland, hat nicht alles geklappt. Wenn dies (D) der Fall ist, dann muß man den Mut besitzen, Korrekturen vorzunehmen. Entscheidend ist – das sage ich an die Adresse der Sozialdemokraten –: Man muß bereit sein, Neues zu wagen und nicht alles und jedes zu verhindern. Wir dürfen das große Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, nicht aus den Augen verlieren.

Damit Sie dies wirklich begreifen, nenne ich Ihnen die wichtigsten Punkte unseres Antrages:

Erstens: Jährlich 100 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger mehr in Arbeit und Brot.

Zweitens: Neue Vermittlungsangebote für die 1,3 Millionen Arbeitslosenhilfeempfänger durch Einsatz privater Vermittlungsagenturen. Damit tragen wir dazu bei, daß alle Langzeitarbeitslosen nach längstens zwölf Monaten eine Beschäftigung oder eine Qualifikation haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Haben wir schon vor drei Jahren gehört!)

Drittens: Beschäftigung und Qualifizierung für die jährlich 80 000 Jugendlichen, die ohne Hauptschulabschluß die Schule verlassen. Das ist unser Beitrag dazu, daß alle Jugendlichen nach spätestens sechs Monaten eine Beschäftigung oder eine Qualifizierung haben.

(Franz Thönnes [SPD]: Ganz schöne Torschlußpanik!)

Ulf Fink

(A) Viertens: Ein neues einheitliches Recht der Sozialhilfe für Arbeitslosengeld- und für Arbeitslosenhilfeempfänger mit enormen Einsparungen an Verwaltungskosten. Dieses Geld können wir den Langzeitarbeitslosen zugute kommen lassen.

Fünftens: Kombilohn, der bei uns Beschäftigungspotentiale von drei bis fünf Millionen Arbeitsplätzen im Bereich der einfachen Dienstleistungen erschließen könnte.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten darüber nachdenken, wie es sein kann, daß die Union nach dem Urteil des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, aber auch des Städte- und Gemeindebundes, um nur einige zu nennen, frischere und unverbrauchtere Vorschläge einbringt als die SPD trotz 16jähriger Möglichkeit, sich in der Opposition zu regenerieren.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das ist wahr!)

Ich sage dies nicht mit Häme, sondern mit großer Besorgnis; denn wir sind auch auf Ihre Mitarbeit, zum Beispiel im Bundesrat, angewiesen. Es muß sehr besorgt stimmen, daß wir die Erfolge am Arbeitsmarkt nicht mit Hilfe der SPD, sondern nur gegen ihren Widerstand erringen können. Ich hoffe sehr, daß mit dem 27. September ein Gesinnungswandel eintritt. Der Wähler und die Wählerin haben es in der Hand, durch ein klares Votum zugunsten der Union und der Regierungskoalition diesen Gesinnungswandel zu ermöglichen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Jörg Tauss [SPD]: So etwas Peinliches habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat die Kollegin Annelie Buntenbach, Bündnis 90/Die Grünen.

Annelie Buntenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Fink, ich bin versucht zu sagen: ein Wunder, ein Wunder! Sie und der Kollege Rüttgers versuchen nämlich, Stroh und andere minderwertige Materialien zu Gold zu spinnen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Stroh ist doch kein minderwertiges Material! Ich bitte Sie!)

Ich kann sehr gut verstehen, daß Sie versuchen, sich in Wahlkampfstimmung zu versetzen, um das Ruder herumzureißen und um sich selbst Mut zu machen, damit Sie draußen bestehen können. Aber was Sie gesagt haben, geht doch weit über die Grenzen der Autosuggestion hinaus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Die Menschen draußen stehen doch mit beiden Beinen im Leben. Die Realität sieht doch ganz anders aus als das, was Sie uns als Realität verkaufen wollen.

(C) Nehmen wir doch einmal die Fakten. Jetzt sind gut 200 000 Menschen mehr in Arbeit als im selben Monat des Vorjahres. Dies ist seit Jahren das erste Mal der Fall. Bis dahin hatten wir immer einen Anstieg der Erwerbslosigkeit. Natürlich freue ich mich – das gilt für alle hier im Hause – über jeden Menschen, der einen vernünftigen Job findet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS – Jörg Tauss [SPD]: Da klatschen die anderen nicht!)

Aber damit sind doch unsere Probleme nicht gelöst. Wir erleben doch nur eine kurzfristige Erholung, für die es eine Reihe von Gründen gibt. Über viele Gründe ist vorhin schon gesprochen worden.

(Jörg Tauss [SPD]: Statistik!)

– Natürlich liegt viel auch an der Statistik. – Nach der Rede des Kollegen Friedhoff habe ich gedacht: Jetzt habe ich endlich verstanden, warum die Wahlen nicht mehr im Winter stattfinden. Dann würde nämlich die Verbesserung der Arbeitslosenstatistik auf Grund der Saisonbereinigung möglicherweise nicht mehr auf die Fahnen der Regierung geschrieben werden.

Natürlich gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, die mit der Exportbilanz, mit der Aufwertung des Dollar bzw. mit der faktischen Abwertung der D-Mark und auch mit dem Wirtschaftswachstum zu tun haben, von dem aber noch unklar ist, welche Arbeitsmarktwirkungen es letztendlich entfaltet. Sie wissen genauso gut wie wir, daß das Wachstum in den letzten Jahren am Arbeitsmarkt immer vorbeigegangen ist und eine immer höhere Sockelarbeitslosigkeit zurückgelassen hat. (D)

Von der Frau Kollegin Fuchs ist schon auf den Aufruf zur Wahlhilfe verwiesen worden. Wir müssen uns einmal klarmachen, mit welchen Tricks Sie jetzt versuchen, eine möglichst gute Figur bis zur Wahl abzugeben:

Trick Nummer eins: Niemand soll Ihnen vorwerfen, daß Sie versuchen würden, die berühmte **Trendwende am Arbeitsmarkt** lediglich herbeizureden. Sie lassen sich diese Trendwende etwas kosten. Sie haben die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, die Sie in den letzten Jahren gerade in den fünf neuen Ländern bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen hatten, für dieses Jahr verdoppelt.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Bis zur Unkenntlichkeit? Das sind Milliarden!)

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einer Laufzeit von nur fünf Monaten entlasten aber weder den Arbeitsmarkt noch die Betroffenen, sondern allenfalls die amtierende Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Trick Nummer zwei: Herr Fink, Sie haben gerade vorgeführt, wie man nach bester Hütchenspielermanier die Verantwortung, die der Bund bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit real hat, in Richtung Kommunen abschiebt. Das haben Herr Friedhoff und Herr Repnik schon in Richtung Länder getan. Da-

Annelie Buntenbach

(A) nach hat der Bund in diesem Bereich gar keine Verantwortung mehr.

Erst macht man die Kommunen, um den Waigel-Haushalt zu entlasten – zum Beispiel mit der Kürzung der Arbeitslosenhilfe – zu einer Art Endlagerstätte für die Probleme der Massenerwerbslosigkeit. Dann stellt man sie vor die unlösbare Aufgabe, zirka 700000 Sozialhilfeberechtigte in Arbeit zu bringen. Wir haben überhaupt nichts dagegen, daß die **Arbeitsmarktpolitik** regionalisiert wird. Aber es geht uns um Jobs mit Perspektive, die die Kommunen nur in viel geringerem Umfang bereitstellen können. Außerdem ist bei diesen Jobs die Nachfrage durch die Sozialhilfeberechtigten viel höher als das von den Kommunen bereitgestellte Angebot. Bei Ihrem Vorschlag geht es doch nicht um Perspektiven, sondern faktisch um Arbeitszwang und perspektivlose Tätigkeiten. So viele Parks zum Aufräumen gibt es doch wirklich nicht.

Ich glaube, das Ergebnis wird ein regelrechter Verdrängungswettbewerb sein, so wie es in Leipzig der Fall ist. Gleichzeitig werden öffentliche Mittel mit unglaublich hohem bürokratischen Aufwand ohne Zugewinn an Perspektive verschwendet. Wenn Sie hier als Bundesregierung politisch versagt haben, dann schieben Sie doch nicht den Kommunen die Schuld dafür in die Schuhe!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Trick Nummer drei: Sie machen die Opfer zu Tätern und schieben den Betroffenen die Schuld zu. Ich (B) erinnere mich an eine Aussage von Herrn Kaplan Hintze

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Pastor! – Franz Thönnes [SPD]: Er benimmt sich aber nicht so!)

– Pastor? Okay –, der einmal im Zusammenhang mit einem der sogenannten Sparpakete auf die Frage, was denn die Regierung gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen wolle, geantwortet hat, man wolle jetzt die Zumutbarkeitsregelungen verschärfen. Den Bruch dieses Versprechens kann ich Ihnen leider nicht vorwerfen, aber die Grundhaltung, die darin und in dem ganzen unglaublichen bürokratischen Kontrollapparat, den Sie in den letzten Jahren gegen die Arbeitslosen aufgebaut haben, zum Ausdruck kommt. Denn da heißt es, wenn man die Leute zwinge, dann würde es schon werden. Das finde ich angesichts von mehr als 7 Millionen Arbeitsplätzen, die in der Bundesrepublik zur Zeit fehlen, eine Diffamierung und eine offensichtliche Unverschämtheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS – Dr. Heiner Geißler [CDU/CSU]: Jetzt sind es schon 7 Millionen!)

Ich glaube, mit solchen Tricks und dem Pfeifen im Wald versuchen Sie, von dem abzulenken, was die Politik in den letzten Jahren ganz praktisch hätte tun können und müssen, um die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern und nicht nur kurzfristig die Statistik zu bereinigen. Von der Opposition sind (C) zahllose Vorschläge auf den Tisch gelegt worden – einige davon stehen auch heute wieder zur Abstimmung –, aber die Regierung hat jeden hilfreichen Schritt blockiert.

Erstens. Mit dem **ökologischen Umbau** können wir ein großes Potential an neuen Arbeitsplätzen mobilisieren, und zwar über einen Innovationsschub, den wir mit der Ökosteuer in Gang setzen wollen. Ich glaube, daß hier gerade bei der regenerativen Energie und bei einer neuen Verkehrspolitik viel zu machen ist. Gleichzeitig ist das ein Konzept zur Senkung der Lohnnebenkosten. Sie sagen immer, wir müßten die Lohnnebenkosten senken, legen dafür aber kein Konzept vor.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Na, na, na! Wir haben nicht nur Konzepte, sondern Spargesetze gemacht!)

– Ja, aber nehmen wir einmal das Beispiel Gesundheitsreform, das auch Herr Repnik heute morgen angeführt hat: da käme man gut voran. Sie wissen genau, daß die Arbeitslosigkeit, die Sie über die Beschneidungen im Gesundheitswesen insgesamt, besonders im Bereich der Kuren und der Rehabilitation, gerade bei Frauen herbeigeführt haben, letztlich zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führt, denn auch die Arbeitslosigkeit muß gesellschaftlich bezahlt werden. Das ist genau die Art von Spargesetzen, die von Ihnen gemacht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Neben der ökologischen Steuerreform halte ich (D) zweitens eine Steuerreform, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet, für eine vernünftige Sache. Denn wir haben mit der **Binnennachfrage** offensichtlich ein ganz wichtiges Problem, das sehr viele Menschen betrifft. Da wäre eine vernünftige Steuerreform ein ganz entscheidender Beitrag zu einem sich selbst tragenden Aufschwung. Ich glaube, darum müssen wir uns bemühen.

Dritter Punkt: **Arbeitszeitverkürzung.** Da wäre ein klares Signal überfällig. Was von Ihnen statt dessen gewünscht wird, ist Arbeitszeitverlängerung, und zwar möglichst billig. Ich finde ein Arbeitszeitgesetz, das bis zu 60 Stunden Arbeit in der Woche zuläßt, absolut kontraproduktiv. Herr Rüttgers – wo ist er jetzt? – hat vorhin gesagt, wir bräuchten 60, 70, 80 Stunden für die Forscher und Entwickler. Ich glaube, daß wir das keineswegs brauchen. Die Arbeitszeitverhältnisse sind wirklich schon flexibel genug. Wir reden außerdem nicht nur über Forscher und Entwickler, sondern wir reden unter anderem über die Verkäuferinnen, deren Arbeitszeit sich jetzt schon allzuoft nach dem Wetterbericht des Vortages bestimmt, weil sie dann nämlich angerufen werden, wann sie am nächsten Tag erscheinen sollen. Das ist eine Art von Flexibilität, die dieses Arbeitszeitgesetz zuläßt. Es läßt gleichzeitig Obergrenzen von Arbeitszeit zu, bei denen kein Mensch mehr vernünftig, produktiv, inhaltlich und sinnvoll arbeiten kann, sondern mit denen die Menschen erpreßt werden.

Das Kernstück des **Bündnisses für Arbeit,** das die Bundesregierung mit ihrer Absenkung der Lohnfort-

(A) zahlung im Krankheitsfall zum Scheitern gebracht hat, war der Versuch der Gewerkschaften, Überstunden in Neueinstellungen umzuwandeln. Hier liegt – das liegt leider nach wie vor – ein riesiges Arbeitsplatzpotential. Wenn von den zirka 1,8 Milliarden Überstunden, die im vorigen Jahr in der Bundesrepublik geleistet worden sind, nur die Hälfte abgebaut und von dieser Hälfte nur die Hälfte in Neueinstellungen umgewandelt werden kann, dann entspricht das einem Potential von zwischen 300 000 und 400 000 neuen Arbeitsplätzen. Darauf können wir doch auf gar keinen Fall verzichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch von einem anderen Punkt sprechen, nämlich der **Scheinselbständigkeit** und der **Arbeit unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze,**

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Ach ja! Die alten Hüte!)

wo die Bundesregierung zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen hat.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Es hätte mir sonst auch etwas gefehlt!)

– Ich weiß, daß Ihnen sonst etwas gefehlt hätte, Frau Babel. Das wollte ich Ihnen heute nicht antun. Ich habe leider nicht mehr soviel Zeit. Ich werde aber versuchen, das kurz zu halten, obwohl es mir in der Seele wehtut.

(B) Es geht darum, daß die Zahlen der geringfügigen und der scheinselbständigen Beschäftigungsverhältnisse unglaublich zugenommen haben. Es gibt inzwischen mehr als 1 Million Scheinselbständige. Die Zahl der Menschen, die eine geringfügige Beschäftigung haben, ist inzwischen auf mehr als 5,5 Millionen angewachsen. Man muß sich auch klarmachen, daß mit Zunahme dieser Minijobs die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 2 Millionen abgenommen hat. Auch hierin liegt ein Grund für Arbeitslosigkeit.

Wir brauchen hier dringend eine vernünftige politische Regelung, die jede Beschäftigung sozialversicherungspflichtig macht und die dazu führt, daß nicht mehr der Anreiz besteht, diese Minijobs anzubieten.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Damit sind sie weg!)

– Nein, es geht darum, diese Minijobs zu vernünftigen Beschäftigungsverhältnissen zu bündeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Die SPD hat einen guten Ansatz, wenn es um die Beschäftigungsverhältnisse in Haushalten geht. Ihr diesbezüglicher Antrag beinhaltet nämlich nicht eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Im Gegenteil: Es geht darum, die Beschäftigungsverhältnisse im Haushalt sozial abzusichern und den Zugang dazu über Pools, über vernünftig organisierte Dienstleistungseinrichtungen, zu ermöglichen.

(C) Gleichzeitig benötigen wir eine vernünftige **Arbeitsmarktpolitik.** In diesem Zusammenhang möchte ich etwas zu Herrn Fink sagen. Er hat vorhin gesagt, daß wir die Sozialhilfe madig machten und daß die Arbeitsämter all diese Aufgaben gar nicht leisten könnten. Sie haben doch mit den Gesetzen, die in diesem Bundestag in dieser Legislaturperiode erlassen worden sind, erst einen Verschiebebahnhof zwischen Arbeitsämtern und Kommunen geschaffen, der dazu führt, daß immer mehr Menschen durch die Roste fallen und die Arbeitsämter gar nicht mehr imstande sind, die Menschen vernünftig zu betreuen und zu vermitteln.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Buntenbach, es tut mir leid, aber Sie müssen auf die Zeit achten.

Annelie Buntenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Sie wissen, daß in den Arbeitsämtern pro Sachbearbeiter inzwischen 800 Menschen zu betreuen sind. Wie soll jemand angesichts dieser Tatsache noch irgend jemanden vernünftig vermitteln?

Wir brauchen bei der Arbeitsmarktpolitik eine umfangreichere Finanzierung durch Steuern. Die Logik muß doch sein, nicht möglichst viele Menschen ins Abseits zu stellen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung durchzusetzen, die sich an den Interessen der Menschen orientiert. Es darf keine einzelbetriebliche Kurzfristkalkulation geben, die die Probleme zwischen den verschiedenen Ebenen nur hin- und herschiebt.

(D) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat die Kollegin Dr. Gisela Babel, F.D.P.

Dr. Gisela Babel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Thema Arbeitslosigkeit geht es um Rezepte. Es geht zwar auch um die Analyse der Ursachen, aber doch nur, um die richtigen Rezepte zu finden. Wer die Strategie von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD betrachtet und Ihre Reden sowie das Getöse, das Sie hier veranstalten, hört, hat den Eindruck, als ob es Ihnen um die Schuldfrage gehe, also um die Frage: Wer ist schuld an der Arbeitslosigkeit? Schuld – das ist Ihre schlichte Antwort – ist die Bundesregierung.

(Jochen Feilcke [CDU/CSU]: Immer die anderen!)

Wenn die Bundesregierung in dieser Form nicht mehr bestehe, dann gebe es auch keine Arbeitslosigkeit mehr. Nach diesem wirklich sehr einfallsarmen und einfältigen Muster laufen in den letzten Monaten hier immer wieder die Parlamentsdebatten ab.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wir könnten eigentlich den Beruf der Journalisten mit übernehmen und auch gleich die entsprechenden Schlagzeilen mit formulieren. Sie hießen: „Hefti-

ger Schlagabtausch – Die üblichen Argumente wurden ausgetauscht".

Die **Arbeitslosigkeit** hat eine Reihe von Ursachen. An erster Stelle steht die **Globalisierung der Märkte** infolge der Öffnung des Eisernen Vorhangs. Alle westlichen Industrienationen sind hier vor vergleichbare Probleme gestellt worden.

(Peter Dreßen [SPD]: Warum schaffen es andere besser als wir?)

Geschlossene marktwirtschaftliche Ordnungen gibt es nicht mehr. Nicht nur der europäische Markt, auch der Globalmarkt wächst zusammen. Diese Entwicklung ist schneller gekommen, als uns lieb ist. Man hat überall mit Reformen begonnen – auch um uns herum –, und zwar schneller und mutiger. Es sind auch einige Märkte weggebrochen, zum Beispiel in Mittel- und Osteuropa. Das hatte eine grundlegende Bedeutung für die Arbeitsplätze in Ostdeutschland. Neue Absatzchancen müssen erst wieder gefunden und erschlossen werden. Der Strukturwandel in Deutschland ist in seiner Notwendigkeit lange unterschätzt worden. Wir hatten mit der Wiedervereinigung eine Sonderkonjunktur, die uns vielleicht ein bißchen die Augen davor verschlossen hat, wie notwendig es ist, daß wir umsteuern.

Nachdem es aber klar ist, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit der Verlust von Märkten, die Abwanderung der Industrie zu besseren Standorten, der Rückgang von ausländischen und inländischen Investitionen in Deutschland und ein hoher Grad an Firmenzusammenbrüchen sind, geht es hier doch nur um die Frage: Was ist denn auf Grund dieser Entwicklung zu tun? Wie mußte man handeln, und wie muß man handeln? Wie bewerten wir das, was die Politik gemacht hat?

Nun sage ich Ihnen eines: Die Opposition hat nur Nebel verbreitet.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wir haben viele Anträge gestellt! Das ist doch kein Nebel!)

Meine Damen und Herren, Ihre Rezepte stammen aus den 70er Jahren,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

auch wenn Sie sie mit dem Gewürz „Umwelt" ein bißchen aufpeppen und wenn Sie sie außerordentlich mit dem Wort „Gerechtigkeit" verzuckern. Es wird doch damit kein Programm, von dem Sie einleuchtend sagen können: Damit bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit. Das können Sie nicht behaupten.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Doch! Doch!)

Sie sagen: „Beschäftigungspolitik erfordert Beschäftigungsprogramme", und Sie sagen: „Mehr Geld in AB-Maßnahmen und in Fortbildungsmaßnahmen", und im Grunde sagen Sie auch: „Steuern rauf, damit wir die Sozialversicherungssysteme besser, und zwar ohne schmerzhafte Eingriffe, sanieren können."

Meine Damen und Herren, das ist falsch. Die Arbeitsplätze werden so nicht geschaffen, nicht erhalten; es werden Arbeitslose mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik über Wasser gehalten. Das ist eine Maßnahme, die auch dazu dient, daß Arbeitslose wieder Fuß fassen können. Das haben wir auch immer akzeptiert, aber die Funktion dieser Maßnahme haben wir niemals überschätzt.

Um eine Aussage, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, drückt sich die SPD herum, nämlich um die einzig wichtige Kernaussage: Der Staat muß Abgaben und Steuern senken.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wer hat die denn erhöht? So etwas!)

Der Staat muß alles beseitigen, was Investitionen hemmt. Nur so kehrt man den Trend um.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Edelgard Bulmahn [SPD]: Warum machen Sie dann genau das Gegenteil?)

Dann will ich festhalten: Die Bundesregierung hat den Kurs richtig eingeschlagen. Wir haben Einsparungen in den sozialen Sicherungssystemen vorgenommen, wir haben Lockerungen bei den arbeitsrechtlich einschnürenden Bestimmungen wie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem betrieblichen Kündigungsschutz vorgenommen. – Das waren wichtige Änderungen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Steigende Arbeitslosigkeit, steigende Schulden!)

Wir haben nicht die unbedingt notwendige Steuerreform erreichen können. Hier hat die SPD ihre Mitwirkung versagt und damit ihre Verantwortung für den Standort Deutschland sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Dr. Babel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Peter Dreßen?

Dr. Gisela Babel (F.D.P.): Ja, bitte.

Peter Dreßen (SPD): Frau Kollegin, nachdem hier nun permanent wieder die Steuerfrage aufgetaucht ist, frage ich: Würden Sie zugestehen, daß die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich real am wenigsten Steuern bezahlen – nicht nach den offiziellen Steuersätzen, sondern nach dem, was real gezahlt wird? Sie kennen die Aussage des Herrn Schrempp zu dieser Geschichte, daß Mercedes in den nächsten Jahren überhaupt keine müde Mark an Steuern bezahle. Und warum – vielleicht können Sie mich darüber auch noch aufklären – kommen eigentlich die Vermögensmillionäre aus USA, aus Großbritannien, aus Italien nicht zu uns, nachdem hier überhaupt keine Vermögensteuer mehr gezahlt werden muß und wir schon im Jahr 1993 1,1 Prozent vom Haushalt an Vermögensteuereinnahmen hatten, während die USA damals schon bei 3,4 Prozent und Japan bei 3,1 Prozent lagen? Warum sind die nicht hierhergeflüchtet, nachdem wir schon damals ein Steuerparadies waren und jetzt noch ein größeres

Peter Dreßen

(A) sind? Können Sie mich einmal über diesen Widerspruch aufklären?

(Zuruf von der F.D.P.: Steuerparadies?)

Dr. Gisela Babel (F.D.P.): Lieber Herr Dreßen, die Frage der Steuergerechtigkeit wird zu Recht aufgeworfen. Nur, die SPD hatte doch die Möglichkeit, diesen Tatbestand gemeinsam mit der Koalition zu ändern.

Wir wollten eine umfassende **Steuerreform**, mit der genau diese Ausnahmetatbestände weggefallen wären und mit der eine Senkung über den gesamten Tarif auch für die niedrigen Einkommen, aber eben auch für die Unternehmen und für die höheren Einkommen erreicht worden wäre. Sie haben sich verweigert. Wir haben ein Konzept vorgelegt. Deshalb können Sie uns nun nicht so kommen und hier beklagen, daß wir jetzt einen unhaltbaren Zustand hätten. Daran tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, der Kurs, den die Koalition und die Bundesregierung eingeschlagen haben, ist richtig. Wir können das nicht nur deshalb sagen, weil wir das gleiche an Konsolidierung, an Einsparungen bei den Nachbarländern beobachten, in denen die Erfolge heute schon sichtbarer sind, nein, wir können das durchaus auch an der Entwicklung im Inland beweisen.

Das ist heute schon mehrfach gesagt worden: Der Konjunkturmotor ist angesprungen, und Monat für (B) Monat gibt es weniger Arbeitslose. Wir haben bessere Zahlen im Vergleich zum Vorjahr. Das ist zum erstenmal so. Wir müssen das sehr begrüßen, meine Damen und Herren.

Ich finde, eines ist ganz wichtig: Wir haben gehört, wie viele offene Stellen es gibt – dazu haben Sie sich auch nicht geäußert –; es sind 1,2 Millionen offene Stellen.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Eben waren es noch 1,5 Millionen!)

Auf der anderen Seite haben wir 4,2 oder 4,3 Millionen Arbeitslose. Da faßt sich doch jeder, der die Mathematik beherrscht – plus und minus; hier eine offene Stelle, dort ein Arbeitsloser –, an den Kopf und fragt: Warum gelingt es denn nicht, diese offenen Stellen mit Arbeitslosen zu besetzen?

Meine Damen und Herren, wer heute das Frühstücksfernsehen gesehen hat, hat ein sehr interessantes Gespräch mit einem Vertreter der holländischen Firma Detron mitbekommen. Dort wurde geschildert, wie außerordentlich mühsam und erfolglos es ist, beim Arbeitsamt Arbeitskräfte anzufordern, und zwar nicht nur hochqualifizierte Telekommunikationsfachkräfte, sondern beispielsweise auch Sekretärinnen und Handwerker. Diese waren auf einmal nicht mehr lieferbar.

Wo hakt es denn nun eigentlich? Ist es die Vermittlung, ist es das Qualifikationsprofil? Irgendwie kann es nicht richtig sein, daß es bei einer so riesigen Zahl von Arbeitslosen in Deutschland nicht gelingt, die große Zahl offener Stellen schleunigst zu besetzen. (C) Dann hätten wir zwar keine Halbierung der Zahl der Arbeitslosen, aber wir hätten immerhin ein Viertel der Arbeitslosen weniger.

(Beifall bei der F.D.P. sowie Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte von dieser Stelle eindringlich appellieren, daß hier die Ärmel wirklich hochgekrempelt werden und das geschafft wird, was hier geschafft werden kann.

Daß die Sanierung des Arbeitsmarktes Zeit braucht, weiß ich auch. Wir haben durch aktive Arbeitsmarktinstrumente eine Brücke geschlagen. Aber ich finde es seltsam, daß das ausgerechnet die Kritik der SPD und der Grünen hervorruft. Sie haben von uns nichts anderes verlangt. Sie haben immer gesagt: mehr Geld für AB-Maßnahmen, mehr Geld für Qualifikation. Nun haben wir diese Mittel bereitgestellt, und es ist wieder falsch. Ich habe den Eindruck: Nicht einmal Sie selbst wissen, womit man Sie glücklich machen kann.

(Zuruf des Abg. Ernst Schwanhold [SPD])

– Ich weiß, der 27. September 1998 berauscht und benebelt Ihre Sinne dermaßen, daß Sie nicht mehr argumentieren können. Aber das sollten Sie wenigstens versuchen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Thema **Jugendarbeitslosigkeit:** Die Jugendarbeitslosigkeit ist – obwohl sie mit 10 Prozent im Vergleich nicht so schlecht ist – als gesellschaftliches (D) Problem für uns viel schwerer zu ertragen als alles andere, weil es um Jugendliche geht, deren ganze Zukunft, deren weiteres Leben unter Umständen auf die falsche Bahn gerät und sie keine Perspektive haben. Ich finde es außerordentlich wichtig, daß wir nach wie vor an die Wirtschaft appellieren, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.

Es ist sehr gut, daß es der Bundesregierung gelungen ist, neue Ausbildungsberufe zu schaffen und gesetzlich abzusichern, damit es auch in neuen Branchen möglich ist, Lehrlinge einzustellen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie meinen, auf Papier geschrieben!)

Das halte ich für außerordentlich wichtig.

Ich finde es gut, daß es durch unsere Initiative gelungen ist, Mittel zur Verfügung zu stellen, um im Bereich der Sozialhilfe Jugendlichen zu Praktikantenstellen zu verhelfen, und daß es hierzu eine Bereitschaft der Gemeinden und der Wirtschaft gibt. Ich finde das außerordentlich wichtig. Wir dürfen uns mit der Tatsache, daß ein jugendlicher Sozialhilfeempfänger, der arbeiten könnte, aber keine Arbeit hat, keine Arbeit findet und sie nicht angeboten bekommt, nicht abfinden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich fasse zusammen: Wir sehen an den jetzigen Zahlen, daß die Politik der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen zum Ziel führt. Die Politik der

Dr. Gisela Babel

SPD führt in die Sackgasse. Mit Einlegen des Rückwärtsganges und mit Anziehen der Bremsen werden Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Volkswirtschaft nicht voranbringen. Sie setzen auf Wähler, die Sie wählen sollen in der Hoffnung, daß Sie alles das nicht tun, was in Ihrem Programm steht. Das ist Täuschung.

Die F.D.P. sagt rundheraus: Mehr Arbeitsplätze nur durch Reformen!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Dr. Babel, dies war keine der üblichen Abschiedsreden, aber es war aller Voraussicht nach Ihre letzte Rede hier im Deutschen Bundestag. Da ziemt sich wohl ein – wenn auch kurzes Wort – der Würdigung.

Ich habe eben noch einmal im „Kürschner" nachgelesen: Sie haben ein reiches politisches Leben geführt, auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und auf Bundesebene gearbeitet. Sie waren seit 1992 sozialpolitische Sprecherin der F.D.P. und haben sich in den Diskussionen und Debatten als streitbare Abgeordnete erwiesen. Das ist aus meiner Sicht eine sehr positive Feststellung, denn Demokratie ist – wie wir wissen – geregelter Streit. Das kann auch gar nicht anders sein, weil es in der Politik keine absoluten Wahrheiten gibt, sondern nur mehr oder weniger plausible Lösungen. Um die bestmögliche Lösung zu finden, muß man streiten.

Es mag sein – wenn ich das hamburgisch formulieren darf –, daß der eine oder die andere Ihre Position nicht immer geteilt hat. Aber es wird Ihnen niemand bestreiten, daß Sie für Ihre Position lebhaft und couragiert gestritten haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Deshalb waren Sie, wie ich finde, eine sehr gute Abgeordnete.

Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Wort hat die Kollegin Dr. Heidi Knake-Werner, PDS.

Dr. Heidi Knake-Werner (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn es darum geht, die Politik der Bundesregierung und der Koalition zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu bilanzieren, dann kann man Ihnen nicht vorwerfen, daß Sie nichts getan hätten. Darüber sind wir uns wahrscheinlich zunächst einmal einig. Jedes Ihrer sogenannten Reformwerke der letzten Jahre kam mit dem Anspruch daher, Arbeitsplätze zu schaffen.

Liebe Kollegin Babel, es geht gar nicht darum, die Schuldfrage zu klären, sondern es geht darum festzustellen: Waren es falsche oder richtige Politikentscheidungen? Ich finde, es waren die falschen.

(Beifall bei der PDS)

Vorwerfen muß man Ihnen nämlich, daß Ihre Initiativen alles mögliche bewirkt haben, nur Arbeitsplätze haben sie nicht geschaffen, im Gegenteil. Mit den heute vorgelegten Anträgen und Konzepten kapitulieren Sie meiner Auffassung nach endgültig vor den zu lösenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, und – das ist noch schlimmer – Sie stehlen sich aus Ihrer Verantwortung und schieben sie auf die Kommunen. Der Kollege Fink hat ja hier sehr ausführlich illustriert, wie Sie beabsichtigen, die Kommunen für Ihr eigenes Versagen in die Haftung zu nehmen, und nicht nur die Kommunen, sondern auch die Arbeitslosen selbst. Ich finde das einfach unappetitlich.

Nun reden Sie die gegenwärtige Situation am Arbeitsmarkt auch noch schön. Die Zahlen, die hier teilweise von den Koalitionskollegen vorgetragen worden sind, sind nicht nur abenteuerlich, sondern auch unehrlich. Es ist schon bedrückend, daß eine Regierung, die in der abgelaufenen Legislaturperiode einen Arbeitslosenrekord nach dem anderen eingestellt hat, bereits von einer Trendwende am Arbeitsmarkt schwärmt, wenn die Arbeitslosigkeit erstmals nach drei Jahren nicht mehr steigt, sondern stagniert, was ja nur heißt, daß für diese Bundesregierung Stagnation bereits Fortschritt bedeutet. Das ist mir, ehrlich gesagt, in der Politik zuwenig.

Aber das wird den Hoffnungen und den Ängsten der Menschen, die arbeiten wollen – viele wollen nichts anderes als arbeiten –, nicht gerecht, und es zeigt zudem Ihre Unfähigkeit, mit den neuen Herausforderungen des Arbeitssystems wirklich fertig zu werden.

Mit quantitativem Wachstum allein – das haben die letzten Jahre belegt – wird es für Millionen Arbeitslose keine neue existenzsichernde Arbeit geben, weil mit immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert wird. Diese Prozesse sind unumkehrbar. Das wissen Sie auch.

Deshalb greifen Sie jetzt zu dem einzig sinnvollen Mittel: Sie pumpen endlich zusätzliche Milliarden in den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Diese Forderung – da haben Sie in der Tat recht, Frau Dr. Babel – haben wir seit Jahren erhoben. Mit unserem Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor wollten wir genau diesen Bereich verstetigt wissen. Aber das Entscheidende ist: Sie tun es jetzt einzig und alleine, um die beschäftigungspolitische Totalpleite von Regierung und Koalition rechtzeitig vor den Wahlen zu kaschieren.

Das haben allerdings – das muß ich Ihnen auch sagen – Millionen Arbeitsloser, aber auch diejenigen, die jetzt eine ABM-Stelle ergattern oder das Glück haben, auf Grund einer anderen Fördermaßnahme einen Job zu bekommen, längst begriffen. Sie lassen sich nicht länger von Ihnen Sand in die Augen streuen. Die meisten Betroffenen wissen, daß mit einem beschäftigungspolitischen Strohfeuer der **Massenarbeitslosigkeit** nicht wirksam und vor allen Dingen nicht dauerhaft beizukommen ist.

Aber am meisten empört die Menschen – ich kann das sehr gut nachvollziehen –, daß ihnen in den letz-

(A) ten Jahren Sparmaßnahmen und drastische Mittelkürzungen zuhauf zugemutet worden sind. Die Kürzungen der Mittel für ABM und für F- und U-Maßnahmen haben dazu geführt, daß besonders in Ostdeutschland soziale Netzwerke, Beschäftigungsprojekte und Qualifizierungsgesellschaften wieder zusammengebrochen sind. Auch mit dem plötzlichen Geldsegen der Bundesregierung sind sie so schnell nicht wiederzubeleben.

Arbeitsmarktpolitik mit wahltaktischem Hintergrund bringt die Arbeitsämter in unerträgliche Situationen, und es braucht Sie nicht zu wundern, wenn mancher Arbeitsamtsdirektor in den neuen Ländern von den zusätzlichen Millionen aus Bonn am liebsten verschont bleiben möchte. Was Sie mit den zusätzlichen Mitteln für den Arbeitsmarkt wirklich erreichen wollen, hat ja die bereits zitierte Kollegin Reichard in ihrem Brief deutlich gemacht: Die Chancen der Koalition verbessern und sonst nichts.

Aber auch Sie selber glauben ja nicht an die Trendwende am Arbeitsmarkt. In Ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Bündnisgrünen wird das deutlich: Wenn Sie bis zum Jahre 2002 mit einem lächerlichen Rückgang der Arbeitslosenquote von ganzen 1,9 Prozent rechnen, dann zeigt das doch nur, daß Sie den Menschen zumuten wollen, daß ihnen der Arbeitsmarkt bis weit über die Jahrtausendwende hinaus verschlossen bleibt und sie dort auf Dauer keine Perspektive haben.

Während Ihrer Regierungszeit ist das Arbeitsleben unsicher geworden. Sie haben die Schutzrechte der (B) abhängig Beschäftigten durchlöchert, den Kündigungsschutz eingeschränkt, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle aufgeweicht sowie das Anwachsen von versicherungsfreien 620- bzw. 520-DM-Jobs, von Scheinselbständigkeit und von illegaler Beschäftigung begünstigt.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Da sind Sie ja wieder beim Thema!)

– Man kann es gar nicht oft genug sagen, Frau Dr. Babel; aber leider ist ja immer noch nichts passiert.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Es wird durch Wiederholungen nicht besser!)

– Aber es wird richtiger.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist zur Alltagsangst Nummer eins in diesem Land geworden. Diese Angst haben auch immer mehr junge Menschen, denen Sie Ausbildung und Zukunftschancen vorenthalten. Statt in Ausbildung und Bildung zu investieren, statt Unternehmer, die sich den Ausbildungs- und Qualifizierungserfordernissen entziehen, über eine Umlage an der Ausbildungsfinanzierung zu beteiligen, lassen Sie zu, daß die Suche der Jugendlichen nach einem Ausbildungsplatz Jahr für Jahr einem Lotteriespiel gleichkommt. Was bieten Sie ihnen an? Junge Schulabgänger sollen künftig **Praktikumsplätze** auf 500-DM-Basis annehmen. Das liegt unter dem Sozialhilfesatz. Sie sind wirklich die No-Future-Fraktion der jungen Generation.

(C) Noch vor einigen Jahren haben der Bundeskanzler und der Bundesarbeitsminister gemeinsam beteuert, eine Amerikanisierung des deutschen Arbeitsmarktes werde es mit ihnen nicht geben. Doch was Sie in den letzten Monaten auf den Tisch gelegt haben, geht genau in diese Richtung. Für Sie besteht die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in einer Ausweitung von Niedriglohnsektoren, von gering qualifizierter Beschäftigung und von Tagelöhnerei mit Arbeitszwang. In einem Beitrag des ZDF über **Niedriglöhne** wurde das noch einmal sehr deutlich unterstrichen. In Thüringen arbeiten Wachleute zu einem Stundenlohn von 6 DM; inzwischen werden sie vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden zu einem Bruttostundenlohn von 8 DM angeheuert. Ihre Politik läßt Dumpinglöhne zu, die noch unterhalb des Mindestlohnniveaus liegen, das jetzt in Großbritannien festgelegt worden ist.

Auch wir wollen Arbeit für alle, aber nicht zu allen Bedingungen und schon gar nicht zu jedem Preis. Wir wollen, daß die vorhandene Arbeit auf viele Schultern verteilt wird. Dazu gibt es eine Fülle von Vorschlägen. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, der sich darauf konzentriert, Überstunden zu reduzieren und die Arbeitszeit radikal zu verkürzen. Wir wollen damit einen Beitrag zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit leisten, gerade auch zwischen den Geschlechtern.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Zeit.

(D) **Dr. Heidi Knake-Werner** (PDS): Ich komme zu meinem letzten Abschnitt.

Wir wollen auch neue Arbeit schaffen. Dazu haben wir hier ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor vorgelegt. Wir denken, daß in diesen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht nur Dauerarbeitsplätze mit Zukunft geschaffen werden können, sondern mit ihm auch die Daseinsvorsorge und die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft gesichert werden kann. Das sind Investitionen für die Menschen, nicht für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik, sondern für den Lebensstandort Bundesrepublik. Dazu braucht es aber in der Tat eine neue Regierung und vor allen Dingen eine neue Politik.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Heinrich Kolb.

Dr. Heinrich L. Kolb, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kolleginnen Bulmahn und Fuchs – auf den Kollegen Schwanhold komme ich später noch zu sprechen – haben ja heute morgen vieles zu erklären versucht, dabei auch manches verschleiert. Aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politik der SPD, daß sie erst jetzt, datierend vom 28. Mai, einen Antrag zum Thema Innovationen und

Parl. Staatssekretär Dr. Heinrich L. Kolb

(A) Massenarbeitslosigkeit einbringt. Nur, Herr Schwanhold, Frau Fuchs, wir befinden uns am Ende der Legislaturperiode. Da kann ich nur sagen: Chance vertan!

(Ernst Schwanhold [SPD]: Sie haben wirklich vier Jahre verpennt!)

– Nein, Herr Schwanhold.

Im Gegensatz dazu hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode den Reformprozeß zur Erneuerung des Standortes Deutschland enorm beschleunigt.

(Lachen bei der SPD)

Wir sind hier ja in einer Innovationsdebatte. Man kann sagen, daß die Bundesregierung damit politische Innovation im großen Stil verwirklicht hat.

Daß sich die Opposition dabei gegen so gut wie jede Standortinnovation gestellt hat, muß man der Wahrheit zuliebe immer wieder erwähnen. Sie hat blockiert oder mindestens verzögert, wo es möglich war: bei einer innovativen Steuerpolitik, bei neuen Wegen in der Sozialpolitik, bei der Abschaffung von Monopolen, die dem Fortschritt im Wege stehen, und bei den notwendigen Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes.

Und jetzt, meine Damen und Herren von der SPD, entdecken Sie plötzlich den Zusammenhang zwischen Innovationen und Arbeitsplätzen. Drei Monate (B) vor der Bundestagswahl wollen Sie uns weismachen, Sie hätten den Stein der Weisen gefunden. Ich weiß ja, Herr Schwanhold, daß Sie mittlerweile glauben, daß die Inszenierung den Inhalt ersetzt. Aber das wird Ihnen mit diesem Antrag nicht gelingen. Sie kommen, wenn man es genau besieht, mit einer Sammlung von Fossilien der Wirtschaftspolitik daher.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Sie sind doch eigentlich ein ganz vernünftiger Mann, wenn man mit Ihnen sachlich redet! Das paßt doch gar nicht zu Ihnen!)

Wieder einmal strapazieren Sie die ausgetretenen Pfade der Nachfragepolitik, als ob wir mit rascheren Lohnsteigerungen die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigen könnten. Das Gegenteil ist der Fall: Mit nachfrageorientierter Umverteilungspolitik à la SPD würden wir nur das kreative Potential unserer Wirtschaft an andere Standorte treiben.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Genauso ist es!)

Wieder einmal fordern Sie mehr Subventionen für Forschung und Entwicklung. Keine Frage, Frau Bulmahn, es gibt Bereiche, in denen der Staat Anstöße geben muß. Die Gemeinschaftsforschung, der Technologietransfer für kleine und mittlere Unternehmen sind hierfür wichtige Beispiele. Aber zentral bleibt doch die innovationsfördernde Kraft des **Wettbewerbs.** Hier kann ich nur sagen: Eine Partei wie die SPD, die dem Wettbewerb mißtraut, wird die notwendigen Innovationen für die Märkte des Jahres 2000 (C) nicht in Gang bringen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das sagen Sie seit 15 Jahren! – Ernst Schwanhold [SPD]: Wir mißtrauen höchstens Ihnen!)

Wieder einmal setzen Sie auf Planen und Lenken und nicht auf private Initiative. Mit Ihren Vorstellungen locken Sie aber keinen Pionierunternehmer hinter dem Ofen hervor. Herr Stollmann, der Kandidat von Herrn Schröder für den Posten des Wirtschafts- und Forschungsministers, will sich mit den Gedanken der SPD erst gar nicht auseinandersetzen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Da hat er sehr recht!)

Er hat, sagt er fast entschuldigend, das Programm der SPD noch gar nicht gelesen. Die Psychologen nennen das Verdrängung.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Ein Horror!)

Herr Stollmann weiß, daß ihn eine solche Auseinandersetzung in große Konflikte stürzen müßte. Da ich von Hause aus selbst Unternehmer bin, weiß ich, welche Abgründe sich für einen Unternehmer auftun würden, wenn er sich das geschriebene SPD-Programm ansehen würde.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das sollte er nicht lesen! Sonst habt ihr den Mann verloren!)

An dieser Einschätzung, Herr Schwanhold und meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, (D) ändert sich auch nichts dadurch, daß Sie in Ihren Antrag den einen oder anderen brauchbaren Gedanken eingestreut haben, zum Beispiel zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, für mehr Risikokapital, für mehr Existenzgründungen, für eine neue Unternehmenskultur. Das ist alles richtig. Aber, meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat dies schon seit Jahren zur Leitlinie ihrer Wirtschaftspolitik gemacht, und Sie haben sich verweigert.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Da haben Sie aber „Leidlinien" noch mit d geschrieben!)

Jetzt kommen Sie und wollen gleichsam abkupfern. Nein, die Rechnung wird nicht aufgehen. Die Bevölkerung wird das merken. Die Menschen in Deutschland wissen: Das Original, diese Bundesregierung, ist besser als jede Kopie.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, Innovationen sind Ausdruck wirtschaftlicher Dynamik. Sie entstehen im Wettbewerb. Mit **Prozeßinnovationen** schaffen sich Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten, und mit **Produktinnovationen** werden neue Absatzmärkte erschlossen. So – ich füge hinzu: nur so – können sie kostengünstiger anbieten, Produktivitätszuwächse realisieren, so können sie Gewinne erwirtschaften und investieren, und so schaffen sie Arbeitsplätze. Das sind nicht nur Reden, sondern die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache.

Parl. Staatssekretär Dr. Heinrich L. Kolb

(A) Frau Fuchs hat gefragt: Wo entstehen die Arbeitsplätze? – In der Informationstechnologie in den Jahren 1996 und 1997 rund 100 000 neue Arbeitsplätze, in der Dienstleistungswirtschaft von 1991 bis 1997 rund 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze. Das gilt für viele Branchen: für die Bio- und Gentechnologie – sie ist heute morgen hier schon erwähnt worden –, aber auch für andere Bereiche.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und wo sind die Arbeitslosen?)

Das heißt, die deutsche Wirtschaft hat sich im Strukturwandel behauptet. Sie hat übrigens auch im internationalen Wettbewerb wieder an Terrain gewonnen. Das schlägt sich auch am Arbeitsmarkt nieder.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wo?)

Die Trendwende ist erreicht. Wir werden am Jahresende rund 300 000 Arbeitslose weniger als ein Jahr zuvor haben.

Herr Kollege Schwanhold, ich möchte hier auch auf das Zitat aus einer Presseveröffentlichung des Wirtschaftsministeriums von heute morgen eingehen und sehr deutlich sagen: Entgegen dem Eindruck, den Sie hier zu erwecken versucht haben, muß man doch festhalten – –

(Ernst Schwanhold [SPD]: Habe ich korrekt zitiert oder nicht?)

– Ich lese den Satz noch einmal vor: „Das (B) Bruttoinlandsprodukt" – –

(Ernst Schwanhold [SPD]: Ich wollte nur fragen, ob ich korrekt zitiert habe!)

– Das haben Sie so zitiert.

> Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde im zweiten Quartal trotz fortgesetzter konjunktureller Expansion sein entsprechendes Vorjahresniveau weniger stark überschreiten als im ersten Vierteljahr, ...

Dazu sage ich, Herr Kollege Schwanhold: Erstens. Die **konjunkturelle Expansion** setzt sich weiter fort. Zweitens. Wir werden auch im zweiten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal 1997 ein deutliches Wachstum haben. Drittens, und das ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt: Wir liegen ganz sicher im Rahmen der Wachstumsprognose, die die Bundesregierung im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichtes mit 2,5 bis 3 Prozent hier vor kurzem vorgestellt hat. Diese Wachstumsprognose war auch Grundlage für unsere Prognose, was den Arbeitsmarkt anbelangt. Das heißt, 300 000 Menschen weniger werden in Deutschland am Jahresende arbeitslos sein als zu Beginn dieses Jahres.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Rüttgers hat doch von 600 000 gesprochen!)

Deswegen sage ich: Unsere Politik ist erfolgreich.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Es gibt keine Alternative zu dieser Politik. Schon gar nicht wird sie durch die SPD in diesem Hause repräsentiert. Meine Damen und Herren, wir können auf eine sehr erfolgreiche Bilanz zurückschauen

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

und sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit der SPD sehr ruhig entgegen.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Staatssekretär, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Schwanhold?

Dr. Heinrich L. Kolb, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Ich bin eigentlich am Ende; aber gerne.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Wenn er am Ende ist, dann erspare ich ihm das! Dann will ich die Redezeit nicht verlängern!)

– Ich bin natürlich nicht am Ende, sondern nur am Ende meiner Redezeit. Aber ich hätte Ihnen gern noch geantwortet.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Schwanhold will keine Frage mehr stellen. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für Ihre Bereitschaft.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ottmar Schreiner [SPD]: „Ich habe fertig"!)

Das Wort hat der Kollege Gerd Andres, SPD. (D)

Gerd Andres (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich ausdrücklich mit der Rede von Herrn Fink hier befassen und muß sagen, daß es schon ein merkwürdiger Vorgang ist, wenn eine beschäftigungspolitische Initiative mit dem Schwerpunkt auf **arbeitslosen Sozialhilfeempfängern** nach dem Willen der Koalitionsmehrheit jetzt in einer innovationspolitischen Debatte gewissermaßen versteckt wird. Offenbar haben Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, mittlerweile nicht einmal mehr selbst Vertrauen in die Überzeugungskraft dieser nach ihrem Erfinder benannten Fink-Initiative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Fink, ich muß Ihnen sagen: Nach Ihrer Rede, die ich dünn und peinlich fand, kann ich das auch sehr gut verstehen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Annelie Buntenbach [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ursprünglich war etwas ganz anderes gedacht. Eingeleitet durch einen großen Kongreß in Berlin wollten Sie rechtzeitig zur Bekanntgabe der Rekordarbeitslosigkeit im Januar dieses Jahres Ihre beschäftigungspolitische Handlungsfähigkeit demonstrieren, und das ausgerechnet am Beispiel der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, die Sie natürlich auf Kosten der Kommunen und ohne den Bundeshaushalt zu belasten wieder in Arbeit bringen wollen.

Gerd Andres

(A) Ich muß schon sagen, ich weiß nicht, was ich mehr bewundern soll: Ihren Mut bei dem Versuch, mit bloßen Appellen an die Kommunen, Länder und Sozialpartner von Ihrem eigenen Versagen in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in den letzten Jahren abzulenken, oder Ihre Unverfrorenheit, ausgerechnet auf Kosten der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger und wenige Monate vor der Bundestagswahl die Lufthoheit über den deutschen Stammtischen zu erobern.

(Beifall bei der SPD)

Glücklicherweise sind Ihnen beide Manöver gründlich mißglückt. Es gab und gibt wohl kein Programm dieser Bundesregierung, das in der Öffentlichkeit so wie dieses zerrissen worden wäre. Stellvertretend für die vielen Kritiken zitiere ich mit dem **Deutschen Landkreistag** einen der Hauptadressaten Ihres Programms, dessen Hauptgeschäftsführer am 5. Februar festgestellt hat: Der Bund wolle damit wieder einmal den Kommunen die Verantwortung für eigene Versäumnisse zuschieben. Dabei stehe die Bundesregierung in der Verpflichtung, mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosen von der Straße zu holen. Was hier über mehrere Jahre hinweg versäumt worden sei, könne nun nicht sieben Monate vor der Wahl nachgeholt werden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr wahr!)

Recht hatte der Mann. Man kann nur bestätigen, was er hier ausführt.

(Beifall bei der SPD)

(B) Herr Fink, zu der Debatte gehört auch die Beantwortung einer Großen Anfrage, die Sie zum Thema **Hilfe zur Arbeit** gestellt haben. Ich empfehle Ihnen dringend, die Antworten zu lesen, weil man feststellen kann, daß schon in der Einbringungsdebatte nicht eine einzige Zahl, die Sie in der Debatte genannt haben, gestimmt hat. Ich empfehle Ihnen einmal, die 50000 beschäftigten Menschen in „Hilfe zur Arbeit"-Projekten in Berlin zu suchen. Sie werden in der Berichterstattung andere Angaben finden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Er erträumt sich die Zahlen!)

Die meisten Vorwürfe, die Sie gegen viele Städte und Gemeinden gemacht haben, sind von diesen mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden. Ich will noch einmal zitieren: „NRW-Städte bei Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern Spitze – Angriffe von MdB Ulf Fink unsinnig." Das wird mit dem Datum vom 22. Oktober 1987 geschrieben. Man muß sich einmal die Zahlen anschauen, was alles passiert ist.

(Ulf Fink [CDU/CSU]: Wer hat es denn geschrieben?)

Ich sage Ihnen noch etwas – der **Städtetag Nordrhein-Westfalen** hat das geschrieben –, damit Sie nicht ausweichen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Wer hat es denn diktiert?)

(C) Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände – wo der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und alle versammelt sind – hat Ihnen Ihre eigenen Behauptungen links und rechts um die Ohren gehauen. Der Städtetag hat mitgeteilt, daß die NRW-Städte im Jahresverlauf 1996 mehr als 30000 Sozialhilfeempfänger beschäftigt haben. Er nennt eine ganze Reihe von anderen Positionen. Ich will Ihnen aber die Kernpunkte zitieren.

Erstens. Der Städtetag NRW wendet sich entschieden gegen eine Fokussierung des Problems der Massenarbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe. Die Städte sind weder finanziell, personell noch organisatorisch in der Lage, die dem Bund zu teuer werdenden Arbeitslosenhilfeempfänger in eigene Zuständigkeit zu übernehmen. Die Sozialämter dürfen nicht zu Ersatzarbeitsämtern gemacht werden.

Zweitens. Dem Vorschlag, der von Ihnen auch vorgetragen worden ist, Niedriglöhne durch die Sozialhilfe zu subventionieren, erteilt der Städtetag eine klare Absage. Dies betrifft sowohl den Arbeitgebervorschlag für einen Kombilohn als auch die Überlegungen im Bundesgesundheitsministerium, größere Teile des Arbeitseinkommens von Sozialhilfeempfängern auf die Sozialhilfe anzurechnen.

Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, daß sie nicht zu Ende gedacht sind und keinerlei seriöse Finanzierungsvorschläge enthalten. Den Städten dürfen keine neuen Aufgaben übertragen werden ohne entsprechende Finanzausgleichsregelungen.

(D) Ich will dem gar nichts hinzufügen, weil ich finde, diese Position spricht ausdrücklich und sehr richtig für sich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Andres, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fink?

Gerd Andres (SPD): Bitte schön.

Ulf Fink (CDU/CSU): Herr Kollege Andres, wenn die Städte, die Ihnen politisch näherstehen – die haben Sie ja zitiert, dort regieren regelmäßig SPD-Bürgermeister –, behaupten, es ginge nicht mehr bei der Beschäftigung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern, wie kommt es dann, daß eine Stadt wie Leipzig bei jedem arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, sobald er sich beim Sozialamt meldet, gar nicht erst groß herumredet, sondern gleich sagt: Komm, da ist eine Beschäftigung; nimm die Beschäftigung an. Das kann Leipzig. Osnabrück-Land kann es auch. Warum können es nicht die Städte, die Sie gerade genannt haben?

(Zuruf von der CDU/CSU: Weil sie sozialdemokratisch regiert worden sind!)

Gerd Andres (SPD): Herr Fink, ich will Ihnen noch einmal sagen – ich sage das ausdrücklich so, weil ich die Beratungen in unserem Fachausschuß miterlebt habe –: Viele Dinge, die Sie behaupten, sind an Pein-

Gerd Andres

(A) lichkeit nicht zu überbieten. Wenn Sie sich anschauen, was die Stadt Köln, was die Stadt Essen und was andere Städte in diesem Bereich machen, gibt es gewaltige Kraftanstrengungen der Kommunen, über Sozialhilfeinstrumente Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Auf Ihre zynische Art und Weise zu sagen, der NRW-Städtetag hat nur mit SPD-Bürgermeistern zu tun, kann ich nur entgegnen: Der Geschäftsführer ist ein CDU-Mann. Ich kann Ihnen das noch ein wenig näher erläutern.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja, ja, ja!)

Da gibt es Beschlüsse, die quer durch CDU- und SPD-regierte Kommunen gehen.

Keine der Zahlen, die Sie in der ersten Lesung behauptet haben, stimmt. Ich habe das Benchmarking hier. Ich kann Ihnen die Vergleiche bringen. Deswegen empfehle ich Ihnen ganz dringend: Bevor Sie hier solche Behauptungen aufstellen, sollten Sie sich sachkundig machen. Zu den einzelnen Fakten komme ich noch. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Ulf Fink [CDU/CSU]: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Zutreffender als alle Zitate, die ich vorgetragen habe, kann man Ihr Programm in der Tat nicht beschreiben. Anstatt endlich zu erkennen, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung aller gesellschaftlichen Gruppen möglich ist und dabei der (B) Bundesregierung eine Vorreiterrolle zukommt, beschränken Sie sich auf Appelle an die Kommunen, mehr Arbeitsgelegenheiten für arbeitslose Sozialhilfeempfänger zu schaffen. Anstatt den längst überfälligen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik herbeizuführen, beklagen Sie hilflos, daß die Arbeitsämter 1,3 Millionen Empfänger von Arbeitslosenhilfe nur schwer ins Erwerbsleben reintegrieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit keine Mißverständnisse entstehen: Auch ich halte es für sinnvoll, bei der Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern **Serviceagenturen** wie „Maatwerk" oder andere dazu geeignete Dritte einzuschalten und aus den Einsparungen bei der Arbeitslosenhilfe zu finanzieren. Aber es kann doch nicht wahr sein, daß diese Bundesregierung die Arbeitsämter mit immer mehr Bürokratie wie verschärften Meldekontrollen, Wiederholung der Antragstellung nach drei Monaten und kompliziertesten Vergleichsberechnungen belastet, aber zugleich zuläßt, daß ein Vermittler heute rund 800 Arbeitslose im Arbeitsamt zu betreuen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Annelie Buntenbach [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es grenzt schon an ein Wunder – dafür spreche ich großes Lob aus –, wenn die Arbeitsämter trotz solcher Bedingungen jährlich immer noch mehr als 3,3 Millionen Arbeitslose in freie Stellen vermitteln. Aber natürlich muß man die Frage stellen, was bei einem Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, was bei einfacheren Rechtsvorschriften und mehr Stellen für die (C) Arbeitsämter und was bei weniger Ideologie – ich nenne hier ausdrücklich das Stichwort „Eingliederungsvertrag" – tatsächlich von den Arbeitsämtern geleistet werden könnte. Mit Sicherheit Besseres, als ihnen nur zu empfehlen, Dritte zu beauftragen.

Für uns ist klar, meine Damen und Herren von der Koalition, daß die Diskussion um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls auf die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger oder die Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern verengt werden darf.

(Beifall der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD])

Ihrem Versuch, von Ihrem eigenen Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abzulenken und statt dessen eine Debatte über arbeitslose Sozialhilfeempfänger und die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu führen, widersprechen wir ganz entschieden.

Unsere Konzeptionen werden gleich noch meine Kollegen hier vorstellen, aber ich sage auch: Ebensowenig, wie man Arbeitsmarktpolitik nicht auf „Arbeit statt Sozialhilfe" verkürzen darf, kann man Arbeitsmarktpolitik ohne Einbeziehung der **arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger** machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch wir setzen uns dafür ein, jedem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger eine Arbeit, eine Umschulung oder eine Weiterbildung anzubieten. Auch wir gehen davon aus, daß auf absehbare Zeit die ohnehin (D) schon großen Anstrengungen der Kommunen in der Hilfe zur Arbeit und bei der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht nachlassen dürfen, sondern im Gegenteil noch gesteigert werden müssen. Aber einen durchschlagenden Erfolg auf dem Arbeitsmarkt werden wir nur erzielen, wenn wir endlich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ändern, die Arbeitszeit umverteilen und einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik einleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Rahmen eines solchen Gesamtkonzepts sind auch Verbesserungen der Instrumente der Hilfe zur Arbeit sinnvoll und notwendig. Ich finde es gut, daß es letzte Woche – gut zuhören, Herr Fink! – bei der Verabschiedung des Medizinproduktegesetzes gelungen ist, die Möglichkeit der Sozialhilfeträger zu erweitern, an arbeitslose Sozialhilfeempfänger befristet **ergänzende Einkommenszuschüsse** zu zahlen. Dieses neue Instrument entspricht in der jetzt verabschiedeten Fassung unserem Wahlprogramm und fast wörtlich unserem dazu vorgelegten Formulierungsvorschlag und ist als eng begrenztes Kombieinkommen wesentlich sinnvoller und effektiver als die von Bundesgesundheitsminister Seehofer propagierte Schaffung zusätzlicher Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger über eine geringere Anrechnung von Erwerbseinkommen.

Der Bundestag war bei der Ablehnung der Verordnung des BMG nach § 76 BSHG durch den Bundesrat

(A) nicht beteiligt. Aber ich sage hier in aller Offenheit: Wir unterstützen die Ablehnung Ihres Verordnungsentwurfs, Herr Seehofer, durch die A-Länder ganz ausdrücklich. Wir haben dabei nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, die klare Mehrheit der Länder, das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, sondern auch die überwiegende Mehrheit aller Fachleute auf unserer Seite.

Der jetzt vorgesehene individuelle Einkommenszuschuß bei Arbeitsaufnahme eines arbeitslosen Sozialhilfeempfängers hat nämlich gegenüber dem generellen **Kombilohn,** wie ihn Herr Seehofer nach dem Vorbild der BDA verankern wollte, entscheidende Vorteile: Wir wollen weder eine dauerhafte Subventionierung von Erwerbstätigen durch die Sozialhilfe, noch wollen wir die Zahl der Sozialhilfeempfänger erhöhen. Wir wollen Sozialhilfebezug überwinden und nicht auf weitere Bevölkerungskreise ausdehnen. Deshalb sind die individuellen Einkommenszuschüsse das richtige Instrument. Sie können auf die persönlichen Umstände eines jeden Sozialhilfeempfängers abgestellt werden. Sie können mit anderen Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, zum Beispiel der Arbeitsgewöhnung, kombiniert werden, was in vielen praktischen Fällen auch erforderlich ist.

Nicht zuletzt können Arbeitgeber bei Einkommenszuschüssen mit Unterstützung des Sozialamtes Tariflöhne zahlen und Sozialversicherungsbeiträge darauf entrichten, während bei dem Kombilohn à la Seehofer in Höhe der ergänzenden Sozialhilfe keinerlei Ansprüche auf Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder im Alter gezahlt würden.

(B)

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Ein so konstruiertes Kombieinkommen ist für uns kein Königsweg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie uns das von den Verfechtern des Kombilohns oftmals suggeriert wird. Es ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein kleiner Baustein zur Integration einer Problemgruppe in den Arbeitsmarkt.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß der jetzt beabsichtigte ergänzende Einkommenszuschuß im Vergleich mit einer generell veränderten Einkommensanrechnung zielgerichteter und kostengünstiger ist. Deshalb unterstützen wir ihn. Es ist gut und richtig, daß die von Herrn Seehofer vorgesehene Verordnung nach § 76 BSHG abgelehnt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings kann es nicht bei dieser kurzfristig umsetzbaren Maßnahme bleiben.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Die Zeit, Herr Kollege!

Gerd Andres (SPD): Wenn wir allen arbeitslosen Sozialhilfeempfängern echte neue Chancen auf berufliche Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ernsthaft eröffnen wollen, müssen weitere Maßnahmen folgen. Es wäre dabei nach wie vor am sinnvollsten, **arbeitslose Sozialhilfeempfänger** in die **Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung** einzubeziehen, wie es bereits unser Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes vorgesehen hat. (C)

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Wer zahlt das denn!)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege, ich muß auf die Zeit drängen.

Gerd Andres (SPD): Letzter Satz: Wenn dies aus finanziellen Gründen kurzfristig nicht umsetzbar wäre, dann sollten wenigstens Öffnungsklauseln kurzfristig als Sofortmaßnahmen geschaffen werden. Ich finde das, was wir hier durchgesetzt haben, sehr vernünftig. Herr Fink, ich muß Ihnen sagen: Ihre Initiative ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Herr Bundesminister Dr. Norbert Blüm.

(Zurufe von der CDU/CSU: Jetzt kommt der Löwe! – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Das Tigerle!)

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Es herrscht Aufbruchstimmung. Die deutsche Wirtschaft läßt die Muskeln spielen." (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

So hat sich Schröder gegenüber der „Bild"-Zeitung am 23. April 1998 geäußert. Ich muß Schröder gegen Ihr Gelächter in Schutz nehmen. Das hat Ihr Kanzlerkandidat nicht verdient. Ich wiederhole es gern noch einmal: „Es herrscht Aufbruchstimmung. Die deutsche Wirtschaft läßt die Muskeln spielen." Dazu verhält sich das, was Sie heute hier aufgeführt haben, wie ein Kontrastprogramm. Sie kontrastieren das, was Ihr Kanzlerkandidat öffentlich vorträgt. Wo er recht hat, hat er recht. Allerdings ist er nicht der Grund für den Aufschwung.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Der **Aufschwung** hat den **Arbeitsmarkt** erreicht. Im April dieses Jahres ist die Arbeitslosenzahl um 223 000 zurückgegangen. Das ist der stärkste Rückgang der Arbeitslosenzahl im Westen seit 1976 und in Gesamtdeutschland seit der Wiedervereinigung. Das können Sie, verehrte Frau Kollegin Fuchs, nicht mit Arbeitsmarktmaßnahmen begründen; denn die Zahl der **AB-Maßnahmen** lag im April dieses Jahres um 62 000 unter der des Vorjahres.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Des weiteren können Sie auch mit den AB-Maßnahmen nicht begründen, daß die Zahl der offenen Stellen gestiegen ist. Das hat mit ABM nichts zu tun.

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

(A) Die **Zahl der offenen Stellen** betrug im April 484 000; das sind 123 000 Stellen mehr als im Vorjahr.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Du bist an der Grenze, wo du die Unwahrheit sagst!)

– Ich bin nicht an der Grenze. – Deshalb wiederhole ich es: Es gab im April 223 000 Arbeitslose weniger. Das ist der stärkste Rückgang in Westdeutschland seit 1976 und in Gesamtdeutschland seit der Wiedervereinigung. Lassen Sie uns uns doch einmal darüber freuen! Anschließend können wir uns wieder streiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es herrscht **Preisstabilität.** Das halte ich für einen großen sozialen Fortschritt. Es gab unter der Regierung Schmidt eine Preissteigerung von 7 Prozent. Jetzt ist es nur 1 Prozent, also 6 Prozent weniger. Ich möchte daran erinnern: 1 Prozent Preissteigerung entzieht 18 Milliarden DM an Kaufkraft. Diese 6 Prozent machen also 108 Milliarden DM aus. Das ist ein Betrag, der dreimal höher als die Summe ist, die unsere Steuerreform gebracht hätte. Das ist ein Erfolg unserer Stabilitätspolitik. Klatschen Sie doch einmal, freuen Sie sich darüber, daß diese Entwicklungen den Rentnern und Arbeitnehmern zugute kommen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Reformen beginnen zu wirken – ich betone: endlich. Die höhere Zahl der Einstellungen und die Preisstabilität sind Ergebnisse auch – ich sage ja keineswegs: allein – unserer Anstrengungen. Wir haben (B) also nicht nur gespart.

In ein paar Tagen werden die **Kindererziehungszeiten** im Rahmen der Rentenreform aufgewertet. Das kostet 1,1 Milliarden DM. Das verstehe ich unter Umbau: Dort, wo entlastet werden kann, muß entlastet werden; dort, wo neue Notwendigkeiten entstehen, muß auch erhöht werden. Die Anrechnung der Kindererziehungszeiten bedeutet für eine Mutter mit drei Kindern, die nach 1992 geboren sind, unter den jetzigen Verhältnissen 1 296 Mark Rente im Jahr mehr. Das betrifft 7,7 Millionen Mütter.

Wir haben in dieser Legislaturperiode die zweite Stufe der **Pflegeversicherung** realisiert. Ich will ausdrücklich anerkennen, daß wir das gemeinsam gemacht haben.

Ich lade Sie ein, heute abend im Vermittlungsausschuß über alle Parteigrenzen hinweg für die Arbeitnehmer einen Fortschritt in Sachen Vermögensbeteiligung zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Gisela Babel [F.D.P.])

Ich finde, es tut dem Wahlkampf ganz gut, wenn nicht nur Pluspunkte gesammelt werden, sondern wenn verantwortlich im gemeinsamen Interesse gehandelt wird. Die Reformen sind ein Grund für die verbesserte Lage, und wenn Sie einen Grund wegnehmen, dann nehmen Sie dem Aufschwung den Schub weg. Wer Aufschwung wählt, kann nicht Rot- (C) grün wählen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Wir geben uns mit dem Erreichten keineswegs zufrieden. Unsere Politik reicht nicht nur bis zum 27. September. Auch im nächsten Jahr – betrachten Sie das als Mitteilung – werden die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik genau so hoch sein wie in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Höher!)

– Genau so hoch wie in diesem Jahr. Bei den Programmen für Langzeitarbeitslose, für den Arbeitsmarkt, für ABM, für Fortbildung und Umschulung, für das, was auf dem Arbeitsmarkt für Beschäftigung sorgt, wird es 1999 keine Zurücknahme geben. Auch darüber sollten Sie sich freuen und klatschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Gisela Babel [F.D.P.])

Zu den **Langzeitarbeitslosen:** Das Programm – ich muß der SPD immer sagen, was den Arbeitnehmern guttut, damit sie es merkt und mitklatscht – geht bis 2001, nicht nur bis zum 27. September 1998.

Und das will ich hier auch einmal zu Protokoll geben: Die Länder, die am lautesten schreien, haben die Mittel am stärksten gekürzt. Stark gekürzt bei der Arbeitsmarktpolitik hat Brandenburg: ein Minus gegenüber 1996 von 15 Prozent.

(D) In Sachsen-Anhalt sind es sogar minus 21 Prozent. Nicht jeder, der „Herr, Herr" sagt, kommt in das Himmelreich, und nicht jeder, der „sozial, sozial" sagt, ist wirklich sozial!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Gisela Babel [F.D.P.])

Rückgang der Arbeitslosigkeit: in Nordrhein-Westfalen im April 3,5 Prozent, in Bayern 6,6 Prozent, in Baden-Württemberg 9,4 Prozent.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und Hessen?)

– Hessen, das weiß ich im Moment nicht. Hessen hat nicht den Kanzlerkandidaten, Niedersachsen hat den Kanzlerkandidaten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte hier allerdings nicht nur rückwärtsgewandt sprechen. Ich sehe die große Gefahr auf dem Arbeitsmarkt, daß er dreigespalten wird. Die eine Gruppe bilden diejenigen, die ich die Global players nennen möchte, die mithalten können, die es allein schaffen, die uns nicht brauchen.

(Zurufe von der SPD: Wir auch nicht!)

– Wir zählen auch nicht zu der zweiten und dritten Gruppe.

Dann wird es eine zweite Gruppe geben, die ich die Trittbrettfahrer nenne, die den Sozialstaat ausnutzen. Da heißt es, die Zumutbarkeit der Arbeit wirk-

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

(A) lich einzufordern. Solidarität begründet nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

Und dann gibt es – darauf sollten wir uns konzentrieren – die Zurückgebliebenen, die Deklassierten, die Hoffnungslosen. Es ist zu wenig, wenn man sagt, die werden halt unterstützt durch Sozialhilfe, durch Arbeitslosenhilfe. Wie schaffen wir für die Arbeit? Das ist die Preisfrage, der sich auch der Kollege Fink zuwendet.

Nun macht es doch nicht so kleinkariert! Die werden es nicht allein schaffen, die Älteren, die Kranken, die Behinderten.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Frauen und sonstige!)

Liebe Kollegin Fuchs, können wir darin übereinstimmen: Das ist die Gruppe, auf die wir uns konzentrieren müssen, weil ich fürchte, daß die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt eher härter wird, wenn wir nicht gegensteuern.

Da stellt sich schon die Frage, was wir tun können, um auch Sozialhilfeempfängern Arbeitsmarktchancen zu geben.

Übrigens, Kollege Andres, wir unterstützen von der Bundesanstalt her durch das **Langzeitarbeitslosenprogramm** 20 Prozent Sozialhilfeempfänger, auch wenn sie keinen Beitrag zur Bundesanstalt gezahlt haben. Ihr Wissen ist also etwas hinter der Entwicklung.

(B) Ich sehe ebenfalls, daß wir der Frage nachgehen müssen, die auch der Kollege Fink aufgeworfen hat: **Arbeitslosenhilfe** und **Sozialhilfe** sind zwei unterschiedliche Systeme, die aber den gleichen Personenkreis bedienen und die beide steuerfinanziert sind. Wenn es in diesem Bereich nicht zu einer stärkeren Koordinierung kommt, dann hat das einen Grund: Die Arbeitslosenhilfe wird aus der **Bundeskasse,** die Sozialhilfe aus den **kommunalen Kassen** gezahlt. Wegen der Zuständigkeit unterschiedlicher Kassen gibt es zuwenig Koordination. Die Tatsache, daß unterschiedliche Kassen zuständig sind, darf doch nicht zu Nachteilen für die Menschen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Darauf müssen wir uns konzentrieren: wie man hier irrationale Regelungen beseitigen kann. Ich meine die unterschiedliche Leistungshöhe, die unterschiedlichen Voraussetzungen, die bei der jeweiligen Bedürftigkeitsprüfung abgefragt werden, den unterschiedlichen Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier eine Lösung anzustreben, dem gilt unsere Einladung. Dem dient auch der Kombilohn.

Zum Schluß möchte ich noch ganz versöhnlich folgende Bemerkung machen: Wer ist Stollmann?

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Den werden Sie bald kennenlernen!)

Das ist der Mann, der weiß, was Arbeitnehmer wollen; deshalb braucht er keinen Betriebsrat. „Wenn wir die Bedürfnisse der Mitarbeiter nicht selbst erkennen, machen wir etwas falsch." – Die Unternehmer kenne ich. Sie sagen: Ich bin der beste **Betriebsrat!** Herr Stollmann hat in seinem Betrieb keinen Betriebsrat. Er hat noch hinzugefügt, die traditionellen Formen der Mitbestimmung seien überholt. (C)

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Der Mann ist vernünftig! – Zuruf von der CDU/CSU: Schöner SPD-Mann!)

Er weiß also, was Arbeitnehmer wollen. Das ist der alte Patriarch im neuen Yuppie-Gewand.

Deshalb schlage ich vor: Ottmar Schreiner und Norbert Blüm machen ein Aktionsbündnis: Schützt die Betriebsräte vor Stollmann.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

– Das ist so witzig nicht. Wir haben 220 000 Betriebsräte in 40 000 Betrieben. Dann kommt der Mann her und sagt: Ich weiß, was meine Arbeitnehmer brauchen. – Ich sage: Dieses Aktionsbündnis könnten wir mit einem Teil der 8 Millionen DM finanzieren, die der DGB für den Wahlkampf ausgibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit könnten wir die 220 000 Betriebsräte einmal darüber aufklären, was der neue Wirtschaftsstar der SPD meint. Soll ich es noch einmal vorlesen? –

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Nein, nein!)

„Wenn wir die Bedürfnisse der Mitarbeiter nicht selbst erkennen, machen wir etwas falsch." – Er braucht also keinen Betriebsrat; er weiß, was Arbeitnehmer wollen. Das sind Auffassungen aus der alten Patriarchenzeit, die diesmal im Yuppie-Gewand der Postmoderne daherkommen. (D)

Ich bleibe dabei: Arbeitnehmer, Betrieb, Betriebsrat für den sozialen Ausgleich, für ein Miteinander – nicht für ein Gegeneinander –, für eine Partnerschaft, in der unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden – das ist unsere Mitbestimmungsphilosophie.

Lieber Ottmar Schreiner, wenn noch etwas Stolz in deinem Gewerkschafterherzen ist, dann sprichst du jetzt gegen Stollmann. Das erwarte ich von dir; ich erwarte von dir, daß solche Parolen hier nicht in Umlauf gebracht werden können. Ich fordere den DGB dazu auf, einen Teil seines Wahlkampffonds dazu zu verwenden, die Betriebsräte darüber aufzuklären, was der Kandidat des Herrn Schröder für das Wirtschaftsministerium zu Betriebsräten und zur Mitbestimmung in Unternehmen sagt. Jetzt Butter bei die Fische! Nur Mut, Ottmar Schreiner! Jetzt will ich einmal sehen, ob du auch wirklich für die Arbeitnehmer einstehst.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.])

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat jetzt ebenjener Ottmar Schreiner, SPD.

Ottmar Schreiner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst auf die Schlußfrage des Ministers eingehen und sagen: Ein Unternehmer, der sich für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seines Betriebes in-

(A) teressiert, ist mir zunächst einmal nicht unsympathisch.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Mir auch nicht!)

– Moment! Die Schlußfolgerung des Herrn Ministers Blüm lautet: Also braucht man keinen Betriebsrat.

(Zurufe von der CDU/CSU: Er hat keinen!)

– Das ist zunächst einmal Ihre Schlußfolgerung. Ich sage nochmals: Ein Unternehmer, der sich für die Bedürfnisse seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessiert, ist mir zunächst einmal sehr sympathisch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Bedürfnisse seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst nimmt, folgt naturgemäß, daß man auch die Instrumente des Betriebsverfassungsgesetzes ernst nimmt. Das ist die logische Schlußfolgerung.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Schreiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Blüm?

Ottmar Schreiner (SPD): Ich habe, glaube ich, noch nie eine abgelehnt. Bitte sehr.

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU): Verehrter Herr Kollege Schreiner, darf ich noch einmal zitieren? „Verzicht auf traditionelle Formen der Mitbestimmung". Jetzt gibt es kein Kneifen mehr; jetzt, Ottmar Schrei-
(B) ner, bitte: ja oder nein?

Ottmar Schreiner (SPD): Zitieren Sie das bitte einmal. Ich will erst einmal das Zitat hören.

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU):

> ... positives Denken, Flexibilität und der Verzicht auf traditionelle Formen der Mitbestimmung (es gibt keinen Betriebsrat).

Das ist aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger". Wollen Sie das lesen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Das ist die Zusammenfassung des Gesprächs mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger", das mit dem Zitat endet:

> Wenn wir die Bedürfnisse der Mitarbeiter nicht selbst erkennen, machen wir etwas falsch.

Der Beweis dafür, daß er keinen Betriebsrat will, ist: Er hat keinen. Herr Abgeordneter Schreiner, –

Ottmar Schreiner (SPD): Hier, Meister!

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU): – Ich möchte jetzt einmal ganz klar wissen: Was sagen Sie zu den traditionellen Formen der Mitbestimmung und zu den Aussagen des Herrn Stollmann? Was sagen Sie dazu, daß er keinen Betriebsrat hat? Da wäre ich Ihnen jetzt für eine nicht ausweichende Antwort sehr dankbar.

Ottmar Schreiner (SPD): Herr Kollege Blüm, zu- (C) nächst einmal habe ich immer zu denen gehört, die die **traditionellen Formen der Mitbestimmung** begrüßt haben. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte bin ich der festen Überzeugung, daß sich diese Instrumente sozial und wirtschaftlich bewährt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist, glaube ich, ziemlich klar.

Ich bin des weiteren der Meinung, daß wir auf Grund einer ganzen Reihe von ökonomischen Tendenzen, zum Beispiel einer zunehmenden Zahl von Auslagerungen kleinerer Betriebseinheiten aus den Stammbetrieben, im Bereich der Mitbestimmung für die Zukunft einen **Modernisierungsbedarf** haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre gut gewesen, wenn die Bundesregierung in den letzten Jahren mit eigenen Initiativen hierzu gekommen wäre, statt tatenlos zuzusehen, daß die ökonomische Basis der Mitbestimmung zunehmend erodiert. Das geht mit Ihnen nach Hause, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Zurufe von der CDU/CSU)

Ich komme nun zu der Aussage von Herrn Stollmann. Ich weiche nicht aus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Eiertanz!) (D)

Ich bin hier noch nie vor einer Frage geflohen.

Wenn der Satz: „Ich bemühe mich, die Bedürfnisse meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr präzise zu kennen" so zu ergänzen ist: „also brauchen wir in diesen Betrieben keine Mitbestimmungsorgane", dann – um hier jedes Mißverständnis zu beseitigen – teile ich diese Auffassung ausdrücklich nicht. – Jetzt kann sich der Meister beruhigen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Soviel Beifall von dieser Seite habe ich noch nie gekriegt. Das ist wirklich ein erstaunlicher Vorgang.

Herr Blüm, ich bin sofort bereit, mit Ihnen ein **Aktionsbündnis** zu machen: zum Schutz der Arbeitslosen vor dieser Bundesregierung. Das machen wir beide sofort.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, da kriegen wir eine relativ breite Basis zusammen. Ich komme darauf zurück.

Zunächst einmal möchte ich einige Bemerkungen zu einzelnen Rednern machen. Dabei will ich auch Frau Dr. Babel – bei allem Respekt vor Ihrer letzten Parlamentsrede – nicht ungeschoren davonkommen lassen. Respekt hin, Respekt her – aber das ginge wirklich zu weit.

Ottmar Schreiner

(A) Frau Dr. Babel, Sie haben unter anderem darauf hingewiesen, daß die **Jugendarbeitslosigkeit** 10 Prozent beträgt. Diese Zahlen kenne ich auch vom Bundeskanzler aus der letzten Sitzungswoche. Die Zahlen sind nachweislich falsch. Sie beschönigen eine dramatisch unangenehme Situation. Ich zitiere aus dem Jahreswirtschaftsbericht Ihrer Bundesregierung vom 11. März dieses Jahres. Dort heißt es auf Seite 46:

> Gleichwohl haben die allgemein schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt die Jugendarbeitslosigkeit weiter ansteigen lassen. Rund 500 000 Jugendliche unter 25 Jahren waren 1997 arbeitslos.

Ich wiederhole:

> Rund 500 000 Jugendliche unter 25 Jahren waren 1997 arbeitslos.

Dann kommt nichts mehr. Als sachkundiger Leser hätte man nun eigentlich eine Aussage dazu erwartet, was die Bundesregierung vorschlägt, um diese dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit ernsthaft zu bekämpfen. Es kommt aber nichts mehr. Es kommt nur noch heiße Luft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Edelgard Bulmahn [SPD]: Unglaublich!)

Deshalb denke ich, daß alle Bemerkungen, die zu diesem Thema hier in den letzten Wochen und Monaten gemacht worden sind, nichts anderes sind, als (B) eines der besorgniserregendsten Probleme, nämlich die massenhafte Ausgrenzung von jungen Menschen aus der Erwerbsarbeit, schönzureden, kleinzupredigen und zu negieren. Das löst überhaupt nichts.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Schreiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte?

Ottmar Schreiner (SPD): Ich habe gerade gesehen, daß sich Frau Babel gemeldet hat.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Sie hat sich auch gemeldet.

Ottmar Schreiner (SPD): Von ihm ist nichts Gutes zu erwarten. Aber bitte schön.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Wenn Sie einverstanden sind, erst der Kollege Schauerte und dann die Kollegin Dr. Babel.

Ottmar Schreiner (SPD): Versuchen Sie Ihr Glück! Bitte schön.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Bitte.

Hartmut Schauerte (CDU/CSU): Herr Kollege Schreiner, wir bedauern die Situation im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit wirklich gleichermaßen, –

Ottmar Schreiner (SPD): Das reicht nicht aus. (C)

Hartmut Schauerte (CDU/CSU): – und wir tun auch eine Menge dagegen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit der unter 20jährigen haben wir mit 10 Prozent im Land Nordrhein-Westfalen den höchsten Wert und mit 4,6 bzw. 5,1 Prozent in Bayern und in Baden-Württemberg die niedrigsten Werte. Können Sie in dieser unterschiedlichen Situation eine erhebliche Mitverantwortung der Politik der Landesregierungen erkennen?

Ottmar Schreiner (SPD): Ich halte Ihre Frage bereits im Ansatz für völlig unsinnig. Alle **Ländervergleiche,** die hier bemüht werden, sind pure Demagogie. Auch der Minister selbst hat eben einen derartigen Vergleich angestellt. Er hat darauf hingewiesen, daß in Sachsen-Anhalt oder in Brandenburg die Pro-Kopf-Ausgaben der dortigen Regierungen für Arbeitsmarktmaßnahmen geringer als beispielsweise in Bayern oder in Hessen, seien.

(Dr. Norbert Blüm [CDU/CSU]: Oder in Sachsen!)

Woher sollen die ostdeutschen Bundesländer vor dem Hintergrund ihrer Finanzlage und der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit höhere Pro-Kopf-Ausgaben denn nehmen?

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Es ist doch eine Beleidigung der Menschen und der Regierungen dort, wenn hier in Form unsinniger Vergleiche permanent Äpfel mit Birnen verglichen werden. (D) Im Rahmen der Debatte heute morgen ist darauf hingewiesen worden, daß von den Forschungsgeldern des Bundes pro Kopf weit überproportional mehr Gelder nach Bayern fließen als in die meisten anderen Bundesländer. Und dann beschweren Sie sich, daß die anderen Bundesländer im Rahmen ihrer eigenen Forschungspolitik mit Bayern nicht angemessen mithalten können!

(Dr. Heiner Geißler [CDU/CSU]: Baden-Württemberg!)

Auf Grund der Bundesforschungspolitik verursachen Sie selbst die ungleiche Entwicklung innerhalb der Bundesländer und kommen dann hierher und vergleichen Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine derart blinde, tumbe und blödsinnige Demagogie, die Sie dem Hohen Hause und uns allen wirklich ersparen sollten. – Jetzt können Sie sich setzen und Luft holen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Schreiner, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Babel?

Ottmar Schreiner (SPD): Bitte sehr.

(A)

Dr. Gisela Babel (F.D.P.): Ich ziehe meine Frage zurück. Sie würde nur Geschrei nach sich ziehen.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Dann Herr Abgeordneter Dr. Blüm, bitte.

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU): Sie vergleichen Sachsen-Anhalt mit Bayern. Ich vergleiche die neuen Bundesländer miteinander. Wie erklären Sie, daß Sachsen-Anhalt und Brandenburg einen prozentualen Rückgang der Ausgaben für den Arbeitsmarkt verzeichnen, während Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern keinen Rückgang verzeichnen?

Ottmar Schreiner (SPD): Mir sind die genauen Zahlen so nicht geläufig. Im übrigen, selbst dann, wenn es so wäre, gäbe es wahrscheinlich angesichts der allgemeinen Haushaltsentwicklung dieser Länder vernünftige Gründe dafür.

Der entscheidende Punkt ist ein völlig anderer. Statt jahrelang ein Schwarzer-Peter-Spiel – wer, der Bund, die Länder oder die Kommunen, entlastet sich am wirkungsvollsten von den Kosten der Arbeitsmarktpolitik? – zu betreiben, wäre es schon vor Jahren notwendig gewesen, unter Federführung des Bundes, konkret: des Bundesarbeitsministeriums, einen runden Tisch mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen einzurichten, nach dem Motto: Wer kann am sinnvollsten welchen Beitrag für eine konstruktive Arbeitsmarktpolitik in dieser Republik leisten?

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das wäre das Gebot der Stunde gewesen. Vor diesem Schritt haben Sie sich jahrelang gedrückt.

Zum nächsten Punkt. Frau Babel hat gesagt, die Opposition mache es sich leicht und handele nach dem Motto: Wenn diese Bundesregierung weg ist, dann ist das Problem der Arbeitslosigkeit ebenfalls beseitigt.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Schreiner, es tut mir leid, Ihre Ausführungen führen zu Zwischenfragen. Es gibt schon wieder eine. Sind Sie bereit, auch die anzunehmen?

Ottmar Schreiner (SPD): Zwischenfragen beleben die Debatte. Bitte sehr, Herr Keller. Hoffentlich kommen Sie wieder; ich drücke Ihnen die Daumen.

Peter Keller (CDU/CSU): Herr Kollege Schreiner, nachdem Sie es abgelehnt haben, die Länder untereinander zu vergleichen, frage ich Sie andersherum: Können Sie sich vorstellen, daß die Tatsache der niedrigen Arbeitslosigkeit – insbesondere der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit – in Bayern damit zusammenhängt, daß Bayern als einziges Bundesland in dieser Republik seit mehr als zwei Jahren ein funktionierendes „Bündnis für Arbeit" hat und daß in anderen Ländern, zum Beispiel in solchen wie Niedersachsen oder dem Saarland – Sie selbst kommen daher –, wo die SPD allein regiert, kein „Bündnis für Arbeit" existiert? In Bayern funktioniert es, und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter haben nachweislich festgestellt, daß fast 80 000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen worden sind; dazu sind knapp 20 000 Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitgestellt worden. Warum fordern Sie ein „Bündnis für Arbeit" erst für die Zeit nach der Bundestagswahl? Sie könnten es nach dem Vorbild von Bayern schon jetzt in den SPD-regierten Ländern praktizieren.

(C)

Ottmar Schreiner (SPD): Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen funktioniert die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den dortigen Tarifparteien, wie ich finde, jedenfalls vorzüglich. Insoweit können Sie nicht mit solchen Kamellen kommen.

Wenn Sie auf das Saarland hinweisen, dann muß ich folgendes sagen:

Wir hatten übrigens im Saarland 1985, im Jahr des Regierungswechsels, nicht eine einzige Forschungseinrichtung. Inzwischen haben wir im Saarland etwa 10 unternehmensnahe Forschungseinrichtungen, von der Max-Planck-Gesellschaft bis zu vielen anderen. In diesem Bereich ist sehr viel getan worden, um den strukturellen Wandel, unter dem unsere Region viel stärker als andere Regionen gelitten hat, zu vollziehen. Wir mußten den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlwirtschaft, im Bergbau usw. verkraften. Daß dieser strukturelle Wandel in den letzten Jahren einigermaßen vernünftig flankiert worden ist, ist im wesentlichen auch ein Verdienst der saarländischen Landesregierung.

(D)

(Beifall bei der SPD)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Die Pro-Kopf-Zuwendungen des Bundes im Bereich der Forschung sind in Richtung Bayern wesentlich höher als die Pro-Kopf-Zuwendungen in Richtung Saarland, obwohl wir sie nötiger hätten als die Bayern. Das ist einer der Gründe für die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Bundesländern.

(Beifall der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD])

Sie haben an das **Bündnis für Arbeit** erinnert. Dabei gab es ja nun wirklich eine der blamabelsten Vorstellungen dieser Bundesregierung. In keinem Land Europas ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit ohne ein echtes und intensives Zusammenwirken aller beteiligten Akteure, also ein Bündnis für Arbeit, zurückzuführen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ja!)

Sie haben in Deutschland das Angebot der Gewerkschaften für ein Bündnis für Arbeit mutwillig platzen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Stichwortgeber für die Bundesregierung war der BDI-Präsident, Herr Henkel, der im Jahre 1996 von einer „Konsenssoße" gesprochen hat. Demnach ist also jedes Bemühen, die Arbeitslosigkeit im Konsens der Tarifparteien und des Bundes und der Länder zu-

(A) rückzuführen, als Konsenssoße diskreditiert. Die Bundesregierung hat dann die Gewerkschaften vom runden Tisch davongejagt und hat ihrerseits eine knallharte Konfliktstrategie gefahren,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr wahr!)

indem sie nämlich ausschließlich die Forderungen der Arbeitgeberfunktionäre übernommen hat, massive Eingriffe in soziale Schutzrechte und einen massiven **Abbau von Sozialrechten** vorzunehmen.

(Abg. Peter Keller [CDU/CSU] nimmt seinen Platz wieder ein – Otto Schily [SPD]: Der Kollege muß stehen!)

Mit diesen Maßnahmen sollte die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Das Ergebnis können Sie betrachten: Wir sind das einzige Land in der Europäischen Union, in dem in den letzten Jahren die **Arbeitslosigkeit** von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Wenn irgend etwas am Ende dieser Legislaturperiode resümiert werden kann, dann folgendes: Die beschäftigungspolitische Konzeption dieser Bundesregierung, ausschließlich auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmer zu setzen, ist kläglich gescheitert. Wir haben eine dramatisch hohe Arbeitslosigkeit. Am Ende dieser Legislaturperiode sind fast eine Million Menschen mehr ohne Arbeit als am Ende der letzten Legislaturperiode. In keinem anderen Land Europas ist die beschäftigungspolitische Bilanz derart miserabel wie hier in Deutschland. Die Gründe liegen in Ihrer Politik.

(B) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Annelie Buntenbach [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Schreiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kubatschka?

Ottmar Schreiner (SPD): Eigentlich ungern. Aber wenn er seinen Spaß haben will, bitte.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Aber bitte keine Antwort von fünf Minuten! Ansonsten kommen wir mit der Zeit nicht aus.

Horst Kubatschka (SPD): Herr Kollege, ich hoffe, daß mich Ihre Argumente nicht von den Beinen holen, wie das gerade dem Kollegen Keller widerfahren ist, der sich während der Beantwortung seiner Frage hingesetzt hat.

Meine Frage lautet: Wie beurteilen Sie ein bayerisches Bündnis für Arbeit, das von den Gewerkschaften ganz und von den Arbeitgebern zum Teil eingehalten wird, dessen Defizit aber vor allem in der Erfüllung seitens des Staates liegt? Im Bereich des öffentlichen Dienstes wurden nämlich die Zusagen nicht eingehalten. Und können Sie sich vorstellen, daß sich der Freistaat Bayern, der gerade sein industrielles Tafelsilber teilweise unter Preis verscherbelt, mit der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sehr leicht tut?

(C) **Ottmar Schreiner** (SPD): Ich kann mir alles genauso vorstellen, wie Sie es gerade hier vorgetragen haben, Herr Kollege Kubatschka. Herzlichen Dank für die Frage.

(Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Norbert Blüm [CDU/CSU]: Eine originelle Frage!)

Im Rahmen der Bestandsaufnahme sind von seiten der Regierung, Herr Kollege Blüm, die Erfolgsposaunen heute morgen nur so geblasen worden. Es ist aber nicht so, als ob wir versucht hätten, alles schlechtzureden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die **Binnenkonjunktur** leicht anzieht. Das ist sehr zu begrüßen. Gleichwohl kann von einer **Trendwende** – Ihre Wahlkampfmelodie lautet ja: wir sind jetzt in der Trendwende – beim besten Willen und auch bei gutwilliger Interpretation der Zahlen keine Rede sein.

(Dr. Heiner Geißler [CDU/CSU]: Aber natürlich!)

– Herr Kollege Geißler, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Jagoda,

(Zuruf von der CDU/CSU: Hat es ausdrücklich bestätigt!)

der Ihrem Hemd etwas näher als meiner Jacke steht, hat vor wenigen Wochen ausdrücklich gesagt, es handele sich um Besserungstendenzen; von einer Trendwende könne keine Rede sein.

(D) Jetzt will ich zwei Zitate von Einrichtungen bemühen, die als Zeugen relativ gut geeignet sind. Ich zitiere nochmals den Berliner „Tagesspiegel". Dort heißt es unter der Überschrift „Aus der Statistik herausgekauft":

> Aufschwung am Arbeitsmarkt gleich Rückkehr ins Kanzleramt – damit diese Gleichung aufgeht, hat die Bundesregierung tief in die Tasche gegriffen. Im laufenden Jahr können die Arbeitsämter 11,6 Milliarden DM für sogenannte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgeben, fünf Milliarden mehr als 1997. Die Arbeitslosen werden also gewissermaßen aus der Statistik gekauft, in der sie dann im nächsten Jahr wieder auftauchen. Von einer nachhaltigen Bekämpfung der Beschäftigungskrise kann keine Rede sein.

Soweit der „Tagesspiegel".

Als zweites zitiere ich aus der „Rheinpfalz". Unter der Überschrift „Tricks mit den Arbeitslosenzahlen" – Herr Kollege Blüm, die „Rheinpfalz" beruft sich ausdrücklich auf die Forschungsgruppe der Dresdner Bank – heißt es am 18. Juni dieses Jahres:

> Die Volkswirte der Dresdner Bank führen die jüngste Aufhellung am Arbeitsmarkt in erster Linie auf die Bonner Politik des „stop and go" zurück. 1997 seien die Mittel für Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen drastisch zusammengestrichen worden ... Nun werde mit Hinblick auf die Bundestagswahl das Steuer

– wörtliches Zitat der Dresdner Bank –

> "massiv herumgerissen" ...

Ottmar Schreiner

(A) Das ist in der Tat die Erklärung! Wir werfen Ihnen nicht vor, daß Sie den **Einsatz der Arbeitsmarktinstrumente** verbessern. Das haben wir selbst jahrelang gefordert.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Genau!)

Wir werfen Ihnen allerdings vor, daß Sie den Einsatz der Arbeitsmarktinstrumente ausschließlich mit dem Blick auf den 27. September dieses Jahres verbessern. Das ist unser Vorwurf. Damit treiben Sie Mißbrauch mit diesen Instrumenten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Die Arbeitsämter werden Ihnen sagen können, daß auf Grund Ihrer Abbruchpolitik im Bereich der Arbeitsmarktpolitik die Trägerstrukturen in den letzten Jahren massenhaft zusammengebrochen sind und daß die Arbeitsämter allergrößte Schwierigkeiten haben, den unerwarteten Segen dieses Jahres über den raschen Neuaufbau von vernünftigen Trägerstrukturen einigermaßen sinnvoll einzusetzen. Das meint das Stichwort „stop and go". Das ist der eigentliche Vorwurf.

Im übrigen ist es eine Ironie dieser Bundesregierung. Über Jahre haben die Redner der Koalition,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Frau Babel!)

an der Spitze Frau Dr. Babel,

(B) (Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Ich bin nicht schuld!)

hier vom „Arbeitsbeschaffungssozialismus" geredet. Es war die Rede vom ABM-Sozialismus, den die SPD einführen wolle.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und jetzt machen sie es im Wahlkampf!)

Mit Diffamierungsformeln dieser Art ist hier pausenlos gearbeitet worden. Sie haben also Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung über Jahre öffentlich diffamiert. Jetzt aber entdecken Sie die gleichen Instrumente als Rettungsanker für die Bundestagswahl. Das ist doch eine Ironisierung Ihrer eigenen Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Merken Sie das nicht? Sie greifen jetzt in Ihrer größten Not auf Instrumente zurück, die Sie in diesem Bundeshaus jahrelang diffamiert haben. Das ist in der Tat eine paradoxe Entwicklung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Herr Schreiner, Sie werden immer schlechter!)

– Das ist doch die Lage. Sie haben Jahr für Jahr abgebaut, bei steigender Arbeitslosigkeit. Allein in **Ostdeutschland** ist die Zahl der Arbeitslosen auf Grund Ihrer Abrißpolitik im Bereich der aktiven Arbeitsmarktinstrumente in den letzten Jahren um mehr als (C) 200 000 gestiegen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Norbert Blüm [CDU/CSU]: 40 Milliarden DM, das ist kein Abriß!)

Jetzt entdecken Sie die Arbeitsmarktpolitik aus reinen Wahlkampfüberlegungen wieder. Da muß man sich an Ihrer Stelle doch fast schämen, wenn man das derart brutal betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Um nun auf das eigentliche Problem zurückzukommen, zitiere ich noch einmal die Dresdner Bank; ich habe hier ja für meine Verhältnisse merkwürdige Kronzeugen. Die Dresdner Bank sagt:

> Das wahre Ausmaß des Problems wird noch deutlicher an der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl – zugleich ein Ausdruck des Erfolges der deutschen Wirtschaft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt von 1992 bis 1997 real um 7 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen allerdings um 5,5 Prozent oder zwei Millionen auf 33,88 Millionen zurück. Die Volkswirte der Deutschen Bank bezeichnen deshalb die heimische Industrie als „neuen Produktivitäts-Champion".

Das ist in der Tat eine Problemschere, die Sie politisch wesentlich mit zu verantworten haben. Die **Arbeitsproduktivität** wächst in Deutschland seit vielen Jahren stärker als die Wirtschaft. Das **Wirtschaftswachstum** erreicht nicht einmal mehr die Beschäfti- (D) gungsschwelle des Wachstums. Damit geht die Schere zwischen Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum weiter auseinander, und damit steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Jahren weiter.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Also lieber kein Wachstum?)

Genau diese Konstellation haben Sie wesentlich mit zu verantworten, weil die **Umverteilung** von unten nach oben, die Sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten betrieben haben, eine Ausgangslage herbeigeführt hat, bei der die Nachfrage geschwächt worden ist und steigende Gewinne zu verzeichnen waren. Wenn beides zusammentrifft, fließen die Investitionen im wesentlichen in **Rationalisierungsmaßnahmen.** Also erhöht sich die Arbeitsproduktivität. Die Dresdner Bank spricht vom Produktivitätschampion. Die Nachfrage konnte nicht mithalten. Das ist präzise das Resultat Ihrer Umverteilungspolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Jeder Versuch der SPD-Fraktion hier in diesem Hause, die **Arbeitskosten** bzw. die Lohnnebenkosten zu senken und den Rationalisierungsdruck vom Faktor Arbeit tendenziell auf den Faktor Energie umzusteuern, ist von Ihnen hier mehrheitlich kategorisch abgelehnt worden. Alle Bemühungen in Richtung einer **ökologischen Steuerreform** mit einem moderaten Umsteuern durch die Entlastung beim Faktor Ar-

Ottmar Schreiner

(A) beit und eine verstärkte Besteuerung der Energieverbräuche sind von Ihnen kategorisch abgelehnt worden,

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Zu Recht!)

wiewohl uns die intelligenteren Köpfe bei Ihnen sehr wohl zugestimmt haben, und zwar bis hinein in Teile der F.D.P.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: O nein!)

– Ich könnte Ihnen mengenweise entsprechende Zitate vortragen. Ich will das bleiben lassen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Dann sagen Sie das nicht!)

Ich will zum Schluß noch einmal den Bundeskanzler bemühen, der sagte: Entscheidend ist, was hinten herauskommt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Den scheidenden Bundeskanzler!)

– Genau, den scheidenden Bundeskanzler, der selbst schwierige Sachverhalte immer auf sehr nachvollziehbare Formulierungen bringt. – Niemand in Deutschland hat den notwendigen Wechsel in diesem Land besser und überzeugender begründet als der Bundeskanzler selbst. Er hat in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 folgendes ausgeführt:

> Diese neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, die bisherige Regierung als unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.

(B)

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich nicht nur als völlig unfähig erwiesen, die jährlich steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie haben vielmehr die Staatsfinanzen tief zerrüttet und das soziale Netz in größte Unordnung gebracht. Sie sollten jetzt wirklich Ihren Hut nehmen. Genehmigen Sie sich eine Auszeit! Der Wechsel ist da!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Martin Mayer das Wort.

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schreiner, der Schluß Ihrer Rede war schon ein eigenartiger rhetorischer Purzelbaum. Das muß man klar sagen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das war sehr gut! Schreiner ist einer unserer besten Leute!)

(C) Wir beschäftigen uns ja heute mit dem Thema „Innovationen und Arbeitsplätze". Dabei spielen die modernen **Informations- und Kommunikationstechniken** eine große Rolle. Dazu sind von den Grünen und der SPD Anträge eingebracht worden, zum Beispiel der Antrag der SPD auf Drucksache 13/10563. Es ist wahr, daß die modernen Informations- und Kommunikationstechniken, einerseits über Rationalisierungseffekte zum Teil zu Arbeitsplatzverlusten, andererseits aber weltweit zu vielen neuen Arbeitsplätzen führen; das gilt insbesondere für die neuen Informationsdienste. Es muß unsere Aufgabe sein, von diesen neuen **Arbeitsplätzen,** die in der Welt entstehen, möglichst viele nach Deutschland zu holen.

Der SPD-Antrag, über den ich hier in erster Linie sprechen möchte, enthält neben den üblichen kleinlichen Mäkeleien an der Bundesregierung eine Aufzählung der Problemfelder und Ziele. Trotz der richtigen Benennung dieser Problemfelder und Ziele enthält er einen falschen Ansatz, der sich auch im Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion in den vergangenen vier Jahren wiederfindet. Denn er ist von Programmgläubigkeit und von dem unerschütterlichen sozialistischen Glauben geprägt, daß der Staat möglichst viel steuern und regeln müsse.

Kreativität und Innovationsfähigkeit – Worte, die SPD-Politikern in den letzten Monaten so locker über die Lippen gehen – lassen sich aber nicht staatlich verordnen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie sind nur möglich, wenn alle Beteiligten einen möglichst großen Gestaltungsspielraum erhalten. Diesen Gestaltungsspielraum verweigert die SPD, wie sich an vielen Beispielen zeigen läßt.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Die SPD wird es nicht begreifen!)

Noch ein Wort zum neuen Schattenwirtschaftsminister des Herrn Schröder,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ein Lichtminister!)

dem erfolgreichen Software-Unternehmer **Jost Stollmann.** Nach eigenen Worten versteht er ganz wenig von Parteien.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: O, der arme Junge!)

In bezug auf die SPD-Bundestagsfraktion gehört er offenbar zu den Ahnungslosen; sonst würde er sich auf ein solches Abenteuer nicht einlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In seinem bisherigen Unternehmen arbeitete Herr Stollmann – jetzt zitiere ich – „mit jungen Leuten, die schnell reich und glücklich werden konnten, in einer Fun-Company". Da kann ich nur sagen: Die Fraktionen des Deutschen Bundestages und insbesondere

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

die SPD-Bundestagsfraktion sind keine „Fun-Companies".

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: „Fan" meinen Sie? – Ottmar Schreiner [SPD]: Fun darf schon sein, oder?)

– Bitte?

(Ottmar Schreiner [SPD]: Fun darf doch sein! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was haben Sie gegen Fun?)

– Fun darf schon sein; ja, dafür bin ich auch immer.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Schröder möchte den Bürgern mit dieser Benennung offenbar vorgaukeln, daß mit diesem sehr erfolgreichen Unternehmer Unternehmensgründungen leichter werden. Aber dazu kann ich nur sagen: Vorsicht, Freunde aus der Software-Branche, aus der Branche der neuen Medien und in den neuen Dienstleistungsunternehmen!

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Warum?)

Die auf staatlichen Programmen und auf staatlicher Steuerung fußenden Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion führen zu mehr Bürokratie, zu vielen zusätzlichen Auflagen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn alle diese Vorstellungen realisiert worden wären, gäbe es in Deutschland keine Fun-Companies mehr, sondern Stätten der Unlust, und das kann nicht zu neuen Unternehmensgründungen führen.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Welche Programme macht denn die Bayerische Staatsregierung? – Weitere Zurufe von der SPD)

Nun zu den Beispielen – das wollen Sie nicht gern hören, aber ich sage es Ihnen noch einmal –:

(Ottmar Schreiner [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zur Bayerischen Staatsregierung!)

Da ist erstens der Gesetzentwurf der SPD zur **Ausbildungsabgabe,** der auch den Betrieben der Software-Branche spätestens eineinhalb Jahre nach Gründung zusätzliche bürokratische Lasten und Ausgaben aufbürdet.

Da ist zweitens die Forderung der SPD, neue **Selbständige** in das Sozialversicherungssystem zu zwingen und ihnen aufzuerlegen, Auftraggebern zusätzlich zur Mehrwertsteuer auch noch den Arbeitgeberanteil in Rechnung zu stellen. Das ist ein Programm, um Arbeitsplätze aus Deutschland wegzubringen. Die Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit kann sich jeder selbst ausrechnen.

Weiter ist da die Forderung der SPD, den **Arbeitnehmerbegriff** gesetzlich zu definieren, und zwar so, daß es außer der bisherigen Form der abhängigen Beschäftigung mit voller sozialer Absicherung keine anderen Formen mehr geben darf. Ich kann nur sagen: Damit würde man vielen jungen Menschen Chancen verbauen – das gilt gerade auch für die Software-Branche, die in diesem Antrag besonders angesprochen wird –, den Berufsstart mit Zwischenformen zu beginnen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wieso eigentlich?)

Es ist schon sehr erstaunlich,

(Ottmar Schreiner [SPD]: Das steht so im Manuskript!)

daß die SPD von Innovation und Kreativität redet und im **Arbeits- und Sozialrecht** jede neue Form von vornherein abblockt und ablehnt.

(Zuruf von der SPD: Seit wann denn das?)

Ich meine: Wer so mit Innovation und Kreativität umgeht,

(Ottmar Schreiner [SPD]: Wer hat Ihnen den Quatsch aufgeschrieben?)

der ist unglaubwürdig, und das gilt insbesondere dann, wenn er im Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht vorhandene Strukturen zementieren will.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was heißt das auf deutsch? – Ottmar Schreiner [SPD]: Was will denn Herr Mayer?)

– Sie wollen doch alles rückgängig machen; Sie haben doch alles blockiert, was an sozialen Reformen durchgeführt worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte zeigt, daß sich die modernen Informations- und Kommunikationstechniken vor allem dort entwickeln – das Beispiel USA zeigt es ja –, wo Unternehmen viel Freiraum haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir die Rahmenbedingungen auch in Deutschland entsprechend weiterentwickeln, die wir mit dem Informations- und Kommunikationsdienstegesetz bereits geschaffen haben.

Dazu kommen natürlich innovative Beschaffungen durch EU, Bund, Länder und Gemeinden. Alle haben auch die Pflicht, über ihr Beschaffungswesen innovative Impulse zu geben.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Was heißt das?)

– Wenn Sie es nicht verstehen, erkläre ich es Ihnen nachher.

(Zurufe von der SPD)

Die Ablehnung des **Hochschulrahmengesetzes** mit seinen neuen Möglichkeiten zu mehr Wettbewerb, Leistungsbereitschaft und Berufsnähe unserer Hochschulen durch die SPD ist ein weiterer Beweis dafür, daß die SPD die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Sie begründet diese Blockadehaltung nun mit dem fadenscheinigen Vorwand der Ablehnung von Studiengebühren.

Wenn man die vielen Forderungen im SPD-Antrag zur besonderen und verstärkten **Förderung des Mittelstandes** liest, kann man sich nur wundern, warum Sie die wirksamste Mittelstandsförderung, nämlich eine durchgängige Senkung der Steuersätze durch die große **Steuerreform**, abgelehnt haben. Die Ab-

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

(A) senkung der Steuersätze käme gerade den kleinen und mittleren Unternehmen zugute, weil diese nicht so leicht wie andere die Zahlung von Steuern vermeiden können. Wer die Steuerreform blockiert hat, ist gegenüber dem Mittelstand unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zur Forderung der SPD in diesem Antrag, weniger Geld für alte Strukturen und dafür mehr Geld für die Förderung neuer Unternehmen auszugeben, muß man auch die Frage stellen: Wer ist eigentlich der Bundesregierung in den Rücken gefallen, als es darum ging, die **Kohlesubventionen** abzubauen?

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das war diese moderne SPD! – Ottmar Schreiner [SPD]: Das war Norbert Blüm!)

Wer hat die Stimmung angeheizt,

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Die innovationsfreudige SPD!)

um dieses vernünftige Vorhaben der Bundesregierung zu unterlaufen?

(Ottmar Schreiner [SPD]: Kohle-Blüm!)

Die heutige Debatte ist wichtig, um für die Bürger Klarheit zu schaffen. Die Stärkung von Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft ist als Antwort auf den stärkeren internationalen Wettbewerb dringend notwendig. Es kann nicht angehen, daß sich diejenigen, die wie die SPD Veränderungen blockieren und Strukturen zementieren, in der Öffentlichkeit als Helden der Innovation und Kreativität präsentieren. (B) Wer aus durchsichtigen Gründen dringend notwendige Reformen blockiert und damit der Zukunft Deutschlands schadet, der kann in Deutschland keine Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Adolf Ostertag.

Adolf Ostertag (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen heute die letzte arbeitsmarktpolitische Debatte dieser Legislaturperiode. Nun muß man – das ist heute schon gesagt worden – ein wenig Bilanz ziehen. Darauf möchte ich mich konzentrieren. Die **arbeitsmarktpolitische Bilanz** und die Aussagen der Redner der Regierungskoalition heute in dieser Debatte lassen sich schön zusammenfassen: schöne Worte, schlechte Taten! Das waren die letzten vier Jahre.

(Beifall bei der SPD)

1982 sind Sie bei der vielbeschworenen Wende mit dem Anspruch angetreten, vor allem die **Arbeitslosigkeit** zu bekämpfen. Ottmar Schreiner hat vorhin den Kanzler aus seiner Regierungserklärung von 1982 zitiert. 1994 – wenn man sich diese Regierungserklärung ansieht – wollten Sie mit dieser Ankündigung endlich Ernst machen. Der Kanzler hat in seiner Regierungserklärung eine Stärkung der Arbeitsförderung und eine Verzahnung mit regionaler Strukturpolitik angekündigt. Ernst wurde es auch: Arbeitslosen und Arbeitnehmern haben Sie kräftig ins Portemonnaie gefaßt. (C)

„Sozialabbau ohne neue Arbeitsplätze" hätte diese Bundesregierung ihre Kürzungsprogramme richtigerweise nennen müssen. Statt dessen hat sie sich immer neue wohlklingende Namen ausgedacht. 1994 war es ein „Spar-, Wachstums- und Konsolidierungsprogramm". 1996 gab es ein „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" und 1998 einen „beschäftigungspolitischen Aktionsplan".

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und immer steigende Arbeitslosigkeit!)

Der jüngste Beweis für Ihre schönen Worte liegt heute auf dem Tisch: „Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung" wird diese Luftnummer, über die lange genug diskutiert worden ist, jetzt genannt; als wenn Ihre bisherigen Initiativen nicht schon genügend Arbeitsplätze gekostet hätten.

(Beifall bei der SPD)

Vor zwei Jahren haben Sie vollmundig die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 versprochen. Das Mittel zur Erreichung dieses Ziels, das **Bündnis für Arbeit** mit den Tarifparteien, haben Sie kurz darauf platzen lassen. Statt einer konzertierten Aktion für mehr Beschäftigung bekamen die Gewerkschaften einen Fußtritt. Sie haben lupenreine Unternehmerpolitik gemacht, und eine neue Runde im **Sozialabbau** wurde eingeläutet.

Heute stehen diese Regierung und ihre Koalition vor einem Scherbenhaufen. Traurige Rekorde markieren das Ende der Kohl-Ära. (D) Allein in dieser Legislaturperiode ist die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt von 3,7 Millionen auf 4,4 Millionen hochgeschnellt; die verdeckte Arbeitslosigkeit nicht mitgerechnet. In dieser Legislaturperiode ist die Zahl der jährlichen Unternehmenspleiten von 25 000 auf 33 000 angestiegen. Hinzu kommt, daß wir seit Anfang der 90er Jahre eine doppelt so hohe Staatsverschuldung haben.

Wenn die Regierung Kohl, Kinkel, Blüm und Co. eine Firma wäre, dann hätte sie schon längst Pleite gemacht. Ich glaube, das haben Sie selber nur noch nicht bemerkt. Die Quittung werden Sie am 27. September von den Wählerinnen und Wählern bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der heute zu beratende Antrag dieser Noch-Regierungskoalition ist ein Scheinprogramm. Mein Kollege Gerd Andres hat das in der nötigen Deutlichkeit benannt. Ich kann es mir schenken, darauf einzugehen. Sie wollen Löhne in Niedrigtarifbereiche drücken oder ganz aus dem Tarif herausnehmen und dies auch noch mit öffentlichen Geldern aus der Sozialhilfe subventionieren. Dazu kann man eigentlich nur noch Kurt Tucholsky zitieren, der schon vor Jahrzehnten treffend gesagt hat: „Daß der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muß, ist eine Theorie, die heute allgemein fallengelassen wurde." Eine solche Politik betreiben Sie heutzutage.

Adolf Ostertag

(A) In den vergangenen Jahren hat diese Regierung durch ihre Kürzungspolitik die **aktive Arbeitsmarktpolitik** wirklich verkommen lassen. Gerade in Zeiten hoher und strukturell bedingter Arbeitslosigkeit wäre es für den Arbeitsmarkt auf die Entlastungswirkung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angekommen. Was haben Sie getan? Die Gelder für aktive Maßnahmen der Arbeitsförderung wurden in dieser Legislaturperiode um sage und schreibe 24 Prozent gekürzt, obwohl im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent gestiegen ist. Das bedeutet erheblich weniger Geld für viel mehr Arbeitslose. Diese Rechnung kann nur für den aufgehen, der mehr Armut, mehr Dequalifizierung, mehr Verzweiflung und mehr Hoffnungslosigkeit bei den Menschen in Kauf nimmt. Eine christliche Partei nimmt dies offensichtlich in Kauf.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen Folgen Ihrer Politik sollten Sie sich aber auch bekennen. Heute habe ich das leider vermißt; denn Sie haben nur schöne Weihrauchkerzen im Saal angezündet. Ihre Politik hat die Arbeitslosigkeit vergrößert und die damit verbundenen Probleme erheblich verschärft. Daß sich das in Wahlkampfzeiten nicht gut macht, haben wir heute gehört. Sie wollen nun ein wenig gegensteuern, und das wird schon als die große Trendwende gefeiert. Aber auch wenn Sie Herrn Jagoda in diesem Jahr noch so viele Milliarden geben, sind dies nur Scheinprogramme. Sie werden nichts nützen. Der Wähler wird dies durchschauen. Außerdem können Sie natürlich die neu bewilligten (B) Aktivmaßnahmen jederzeit nach oben fahren, da ja die Tiefststände der letzten Jahre nicht mehr zu unterbieten sind. Ich warne jedoch davor, sich hier auf das Kurzzeitgedächtnis der Menschen zu verlassen. Wenn jetzt in Ostdeutschland 100 000 neue AB-Stellen entstehen, wird damit der Kahlschlag der letzten Jahre nicht vergessen gemacht. Dafür ist die Liste der von dieser Regierung gebrochenen Versprechen gerade im Osten viel zu lang. Auch wenn sie einen Zickzackkurs fährt, hat dies die Regierung noch nicht davon abgehalten, uns weiszumachen, daß dies für die Menschen Wohltaten sind. Ich nehme an, diese merken es.

Die Wende am Arbeitsmarkt kommt nicht über Nacht. Das wissen wir alle. Das wurde heute auch vielfach gesagt. Sie kommt auch nicht, indem die PR-Strategen der Koalition die jüngsten Arbeitsmarktzahlen aus Nürnberg hochjubeln. Berücksichtigt man die Saisoneinflüsse und dieses ABM-Strohfeuer im Osten, bleibt nicht viel übrig. Tatsache ist, daß die **Beschäftigtenzahl** im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 200 000 gesunken ist, und das trotz eines realen Wirtschaftswachstums von über 3 Prozent.

Die **Wende am Arbeitsmarkt** läßt sich nur mit einer umfassenden Strategie schaffen, die Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik umfaßt und miteinander verzahnt. In allen Politikfeldern muß die Beschäftigungswirksamkeit zur Richtschnur staatlichen Handelns werden. Genau dies haben wir in den letzten Jahren schmerzlich vermißt.

Die Vorschläge meiner Partei für mehr Beschäftigung lagen in den vergangenen Jahren hier auf dem Tisch. Ganz gleich, ob es sich um das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz, um eine Arbeitszeitpolitik für mehr Teilzeitarbeit und weniger Überstunden, um ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder um ein Programm handelte, um den Mißbrauch der 620-DM-Jobs und die Scheinselbständigkeit zu bekämpfen, (C)

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Rechtsanspruch auf eine AB-Stelle!)

diese Koalition hat unsere Konzepte niedergestimmt. Die Folgen lassen sich am Arbeitsmarkt ablesen. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich. Bei der Wahl werden Ihnen die Wähler das, was Sie uns heute blumen- und blümchenreich vorgestellt haben, sicherlich nicht gutschreiben.

Wir Sozialdemokraten werden die Arbeitsförderung auf der Grundlage unseres Entwurfs eines **Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes** modernisieren. Nicht umsonst ist dieser Gesetzentwurf zusammen mit Experten, den Bundesländern und den Gewerkschaften entwickelt worden. Meinem Vorredner kann ich nur sagen: Wenn er einmal ein innovatives Gesetz lesen will – das ist auch von der Wissenschaft bestätigt worden –, soll er sich einmal dieses ASFG vornehmen. Dann kann er sehen, wie man den Anspruch dieses Begriffes wirklich einlöst; aber offensichtlich haben Sie Leseverbot.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Rechtsanspruch auf eine ABM-Stelle!) (D)

– Ja, Sie, Frau Babel, sind ja eben schon zitiert worden. Auch Sie haben ja immer vom ABM-Sozialismus geredet.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Ich habe nie davon geredet, sondern es wurde mir herübergeschoben!)

Dieses Gerede hat sich doch schon längst überlebt. Die Anhörungen, die wir zu diesem Gesetz hatten, haben ja nachdrücklich bestätigt, wie gut das Gesetz war.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das Urteil war vernichtend! Sagen Sie die Wahrheit!)

Dieser Entwurf ist also unsere Grundlage. Er bringt eine flexible und wirtschaftsnahe Ausrichtung und Verzahnung arbeitsmarktpolitischer Instrumente und der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik mit sich. Er bringt die längst fällige Umschichtung von der passiven Finanzierung hin zu aktiven Maßnahmen. Wir haben festgeschrieben, daß mindestens die Hälfte der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in die aktiven Maßnahmen fließen soll. Letzten Endes bringt er auch einen Rechtsanspruch für schon längere Zeit Arbeitslose mit sich, an Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen teilnehmen zu dürfen.

Auch wir wissen, daß sich das nach der Bundestagswahl nicht auf einen Schlag umsetzen läßt. 16 „verkohlte" Jahre auf dem Arbeitsmarkt lassen sich

Adolf Ostertag

(A) eben nicht einfach ausradieren, vor allem dann nicht, wenn die Staatsfinanzen so wie in den letzten Jahren heruntergewirtschaftet wurden. Deshalb werden wir die überproportional steigende **Jugendarbeitslosigkeit** mit einem Sofortprogramm bekämpfen. Dazu gehören die Schaffung von Ausbildungsplätzen, besondere Hilfen für benachteiligte Jugendliche, die Förderung des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf sowie ein Rechtsanspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen für längere Zeit arbeitslose Jugendliche. Es wird zunächst darum gehen, die aktiven Instrumente im Arbeitsförderungsrecht wieder zu beleben. Außerdem werden wir ein Bündnis für Arbeit zur Bewältigung der schwersten Beschäftigungskrise aufbauen, das diesen Namen auch wirklich verdient.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Wo kriegen Sie das Geld her?)

– Wir werden sorgfältig einen Kassensturz machen und alle unsere Maßnahmen unter einen Beschäftigungsvorbehalt stellen.

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Milliarden unter dem Sofa!)

– Wir müssen natürlich sehen, was Sie uns nach 16 Jahren Katastrophenpolitik hinterlassen. Das ist richtig. Aber politische Entscheidungen müssen getroffen werden. Die Beschäftigungswirkung der Maßnahmen wird im Mittelpunkt stehen und nicht wie bei Ihnen am Rande, wo sie allenfalls noch eine kleine untergeordnete Rolle spielt.

(B) Eine andere Politik braucht eben – das sollen meine letzten Worte sein – eine andere Mehrheit. Ich glaube, mit unseren Vorstellungen einer integrierten Politik zur Bewältigung der Beschäftigungskrise in den verschiedensten Bereichen werden wir schließlich die Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen. Das haben die Menschen auch begriffen. Auch Sie haben es langsam gemerkt. Wenn man mit Wählerinnen und Wählern spricht, kann man das nachvollziehen. Am 27. September werden Sie für die Versäumnisse in Ihrer Arbeitsmarktpolitik die Quittung bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Heinz Riesenhuber.

Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Diese Debatte steht unter einem eindrucksvollen Obertitel: „Mit Innovationen Massenarbeitslosigkeit überwinden". Im SPD-Antrag finden sich noch ein paar Untertitel von gleicher Faszinationskraft: „Aufbruch für neue Technologien", „Neuer unternehmerischer Geist und unternehmerische Tatkraft", „Chancen der Globalisierung nutzen". Das alles finde ich toll. In dieser Debatte wurde von der Opposition aber nur dröge Mäkelei geboten, von ihr ging keine Faszinationskraft aus, und die angekündigten Fanfarenstöße fehlten.

(C) Gut, Herr Schwanhold wird noch reden. Ich sehe voll Zuversicht Ihrer großartigen Rede entgegen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dies wird der Höhepunkt des Tages werden. Deshalb bin ich voller Mut und Zuversicht.

(Ernst Schwanhold [SPD]: An schauspielerischer Leistung sind Sie nicht zu überbieten! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie haben Frau Bulmahn nicht zugehört!)

Aber bis jetzt war das hier doch eine relativ dröge und auf Moll gestimmte Darstellung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß man immer in Schwierigkeiten ist, wenn man eine gute Politik kritisieren muß. Dann ist die Debatte schwierig, und es mangelt ihr an Feuer. Dann kommen auch so merkwürdige Aussagen heraus.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sie meinen Herrn Rüttgers?! – Weiterer Zuruf des Abg. Adolf Ostertag [SPD])

– Ja, Herr Ostertag, Sie haben es ähnlich gemacht. Ich war ganz traurig. Gerade von Ihnen hatte ich mir viel versprochen.

Es ist doch verblüffend, wenn die Opposition schreibt:

> Die Bundesregierung reagiert nach wie vor kurzatmig und konzeptionslos auf die Beschäftigungs- und Strukturkrise. (D)

Es ist verblüffend, wenn die Opposition sagt, wir brauchen Existenzgründungen und Wachstum mittelständischer Unternehmen. Das sind prächtige Forderungen. Und genau das ist das, was offenkundig läuft, und zwar innerhalb einer langfristig angelegten, stetigen und verläßlichen Politik,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wo, bei wem?)

und diese schlägt sich jetzt nieder.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wo?)

– Dies erläutere ich Ihnen jetzt in einfachen Worten, liebe Frau Kollegin Fuchs; nur keine Ungeduld. Wenn Sie jedoch eine Zwischenfrage stellen, bekomme ich drei Minuten Redezeit zusätzlich. Sie sind willkommen.

Für das, was wir hier jetzt angelegt haben, könnte ich Ihnen Beispiele aus der Vergangenheit bringen, etwa die **Steuerreform** in den 80er Jahren, die der Kollege Stoltenberg gemacht hat. 1986, 1988, 1990 je 20 Milliarden DM, insgesamt eine Entlastung von 60 Milliarden DM. Das ist doch Mittelstandspolitik. Über 90 Prozent der mittelständischen Unternehmen sind einkommensteuerpflichtig. Das Geld bleibt bei den Leuten, die es verdient haben. Sie haben es hart verdient, und sie wissen am besten, wie sie damit umgehen können. Sie haben es eingesetzt, und wir hatten einen Schwung und ein Wirtschaftswachstum, ohne das wir die deutsche Einheit und ihre Kosten,

Dr. Heinz Riesenhuber

(A) die Kosten des alten Sozialismus, nicht hätten bewältigen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich werde Ihnen gern noch mit einigen weiteren Beispielen dienen, auch aus jüngster Vergangenheit; ich wollte aber erst einmal zeigen, was dabei herauskam. Nur daß wir uns da nicht mißverstehen.

Wir haben ein Riesenproblem – das ist völlig unbestritten – mit dem Arbeitsmarkt insbesondere deshalb, weil die großen Unternehmen in einer begrenzten Zahl unter dem Druck der Weltmärkte viele Hunderttausende von Arbeitsplätzen abgebaut haben. Aber was dabei nicht diskutiert und nicht gesehen wird, ist, mit welcher Beharrlichkeit und Stetigkeit kleine und mittlere Unternehmen jenseits aller Prognosen **Arbeitsplätze** aufgebaut haben, wie die Existenzgründungen weitergegangen sind und wie aus Existenzgründungen neue Arbeitsplätze entstanden sind. Der Abbau bei den großen Unternehmen kommt jetzt zum Stillstand. Der Aufstieg aus Neugründungen, aus kleinen und mittleren Unternehmen gewinnt Kraft und Dynamik. Das ist das Entscheidende, was den Arbeitsmarkt tragen wird und Innovationen in der Struktur unserer Gesellschaft durchsetzen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir haben in jedem Jahr mehr Existenzgründungen, von 300 000 Anfang der 80er Jahre bis 530 000 im letzten Jahr. Im letzten Jahr war die Zahl der Unternehmen, die aus dem Markt gegangen sind, rückläufig. Wir haben in jedem Jahr einen höheren Gründungssaldo im Vergleich zu denen, die aus dem Markt gegangen sind; 95 Prozent davon friedlich, 5 Prozent in Konkursen. Die Zahl wurde genannt. Wir haben zum erstenmal seit Anfang der 50er Jahre einen Zuwachs an Unternehmen. Die Zahl der **Selbständigen** war stets gesunken. Seit 15 Jahren steigt sie mit Beständigkeit Jahr für Jahr. Wir hatten 1983 1,8 Millionen Selbständige, wir haben heute 2,7 Millionen Selbständige. Darin liegt die Kraft und Dynamik, die wir in den letzten 15 Jahren freigesetzt haben. Sie trägt unsere Struktur und den Strukturwandel, und sie trägt die künftigen Arbeitsplätze.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wo erfolgen die Gründungen? Ich will es gar nicht im einzelnen nennen. Es sind die klassischen Bereiche der Rechtsanwälte, der Architekten, der Ärzte, der Zahnärzte, der Steuerberater. Das ist aber auch schon der einzige Bereich, in dem die Studenten an Gründungen denken. Die meisten Studenten wollen in den öffentlichen Dienst. Ein grobes Mißverständnis; der baut ab. Von den anderen will mehr als die Hälfte zu großen Unternehmen. Ein großes Mißverständnis; die bauen ab. Hier den Geist der Gründung, der in den letzten Jahren zugenommen hat, und zwar im Bereich der Gründung von neuen Technikunternehmen, zu stärken und zu ermutigen ist die eigentliche Aufgabe. Das machen Sie aber nicht, wenn Sie sagen, wie schrecklich die Welt sei. Die Schönheit und Strahlkraft ihrer Gestaltungsmöglichkeit – mehr Zuversicht, Frau Fuchs! (C)

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wer hat denn den Standort miesgeredet? Sie, nicht wir!)

– Schauen Sie nicht so ängstlich, schauen Sie nicht so ärgerlich, schauen Sie etwas fröhlicher.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie müssen die Menschen gewinnen und ihre Herzen mit Fröhlichkeit erfüllen. Nur dann werden sie Ihnen auch folgen. Für eine Dame müßte das ja möglich sein. Ich weiß, daß Sie ein fröhliches Herz haben, auch wenn Sie es manchmal verbergen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Aber wer hat denn den Standort miesgemacht? Das waren Sie, und nicht wir!)

Es wird gegründet im Handwerk. Das unterstützen wir. Wir können es allerdings nicht direkt machen. Ich weise hin auf das Meister-BAföG, das Jürgen Rüttgers gemacht hat, auf die neue Handwerksrolle, auf die Zusammenführung von Handwerksberufen. Plötzlich nehmen die Möglichkeiten zu.

Über **Dienstleistungen** wissen wir zuwenig. Unsere geniale Statistik weiß alles über die alten Industrien; in der Landwirtschaft kennen wir jedes Huhn mit Vornamen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Aber bei den neuen Dienstleistungen haben wir nur eine allgemeine Idee. Da wird gesagt, 1,1 Millionen Arbeitsplätze seien in den letzten zehn Jahren im Bereich der klassischen Dienstleistungen – Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen – geschaffen worden. Das ist ein Drittel der Arbeitsplätze; zwei Drittel sind „sonstige Dienstleistungen". Wir wüßten gerne genauer, was sich dahinter verbirgt. Aber sie entstehen und wachsen. Die Hälfte der Gründungen sind Dienstleistungen: kleine Softwarehäuser, Berater, Zauberkünstler, die auf Kindergeburtstagen auftreten, (D)

(Lachen bei der PDS)

soziale Dienstleistungen in großer Vielfalt, wo es bisher nur Diakonie und Caritas gab. Die Freundin meines Bäckers hat einen Partyservice und liefert Brötchen. Die Menschen sind glücklich und der Bäcker auch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Das heißt, die zusätzliche Vielfalt entsteht dadurch, daß den Leuten etwas einfällt und sie Freude daran haben.

Es wird aber nicht nur bei den Dienstleistungen, sondern auch bei den neuen Techniken gegründet, und zwar in Fülle und Kräftigkeit. Gut, es hat eine Zeit gedauert. Aber auch hier hat die Bundesregierung eine langfristige und überzeugende Strategie verfolgt. Charakteristisch für die Bundesregierung ist, daß sie mit einer langfristigen Strategie die Be-

Dr. Heinz Riesenhuber

dingungen so schafft, daß sich die Wirklichkeit verwandelt, ohne daß die Menschen überfordert werden. Damit können die Chancen und Bedingungen für das Neue kraftvoll entstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Da kann man nichts direkt tun. Der Staat kann nicht das Neue kreieren. Überhaupt sollte der Staat in der Regel in diesem Sinne nicht kreativ sein. Das verwirrt die Menschen. Der Staat erbringt eine beachtliche Leistung, wenn er die Leute nicht mehr als nötig bei der Arbeit stört.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr wahr!)

Aber die Bedingungen für Kreativität so zu setzen, daß das Neue seine Dynamik entfalten kann, ist das Entscheidende. Das betrifft etwa die Deregulierung.

(Klaus Lennartz [SPD]: Wieso haben Sie das nicht gemacht? Sie regieren doch seit 16 Jahren!)

– Lieber Kollege Lennartz, der Erfolg zeigt ja schon, daß hier etwas geschehen ist;

(Widerspruch bei der SPD)

aber jetzt will ich für Sie auch hier schlichte Beispiele bringen.

Befristete Arbeitsverträge heißt, daß ein kleiner Unternehmer mit fünf Mitarbeitern auch dann jemanden einstellen kann, wenn er nicht sicher ist, ob seine Aufträge noch kommen. Die Genehmigungsverfahren sind schneller geworden; die Genehmigungszeiten haben sich halbiert. Alle Vorschläge der Schlichter-Kommission sind ins Gesetzblatt eingeflossen. Spezialgesetze vom Chemikaliengesetz bis zum Bundes-Immissionsschutzgesetz sind in vielen einzelnen Punkten geändert worden. Der Vollzug macht mit. Selbst in den Ländern, selbst, Kollege Lennartz, in den rotgrün regierten Ländern hat man geschnallt, daß es darauf ankommt, das Neue schnell zu ermöglichen. Ich war gerührt und beeindruckt, als Herr Eichel hier erläutert hat, auch er sei für Gentechnologie

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Ah!)

und würde nie mehr einen solchen Koalitionsvertrag mit den Grünen unterschreiben. So etwas bewegt und freut einen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Zukunft bricht sich Bahn. Das Richtige setzt sich durch. Manchmal ist es etwas zäh. Manchmal leidet es unter dem hinhaltenden Widerstand der Opposition. Ich denke etwa an Ihre beharrliche Weigerung, den Bäckern das Recht zu geben, Brötchen dann zu backen, wenn die Menschen sie essen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auch dies haben wir durch Tatkraft, Dynamik und visionären Unternehmungsgeist überwunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß schon, daß wir noch nicht alle Reformen bei den **Steuern** hinbekommen haben. Die Unternehmensteuerreform und das Einkommensteuerrecht sind bereits genannt worden. Alle Steuerlasten müssen herunter, viele Ausnahmen müssen weg. Der einzelne soll die Chance haben, sich nicht vor allem mit seinem Steuerberater befassen zu müssen, wenn er gut verdient hat.

(Klaus Lennartz [SPD]: Wer regiert denn? Das darf nicht wahr sein!)

– Lieber Herr Lennartz, ihr habt es im Bundesrat abgelehnt. Die Wahrheit ist nicht immer bei der Mehrheit. Im Bundesrat habt ihr die Mehrheit. Aber die Wahrheit bricht sich Bahn, und die Gesetze machen wir dann mit einer größeren Mehrheit nach der Wahl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es war die Ansparabschreibung, es war die Erbschaftsteuer, die für die Betriebsübernahmen wichtig ist, es war die Schenkungsteuer, es war die Gewerbekapitalsteuer, es war die Vermögensteuer, beides Steuern, die auch bezahlt werden müssen, wenn man Verluste macht: Bei einer Fülle von Punkten haben wir die Last zurückgenommen und die Freiräume erweitert. Die Leute haben die Chancen ergriffen. Es hat keinen Zweck, über die Rezepte zu diskutieren, wenn der Kuchen nicht schmeckt. Aber der Kuchen schmeckt den Leuten; sie sind fröhlich und sie essen ihn. Es entsteht das Neue, und es wird vorangebracht.

Jetzt rede ich nicht über die Fülle der Programme, mit denen wir unterstützen: nicht über die ERP-Gründungsdarlehen, nicht über Deutsche Ausgleichsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau. Ich spreche nicht über die prächtigen Programme von diesem hervorragenden Forschungsminister und von einem seiner großartigen Vorgänger, der die Reihe dieser Programme vor längerer Zeit mit dem TOU-Programm begonnen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Ich spreche nicht von all dem, was die Bundesregierung in einer langfristigen Strategie weise angelegt hat, was Mut und Zuversicht im Lande entwickelt, so daß sich das Neue in überzeugender Weise Bahn bricht.

(Otto Schily [SPD]: Da muß er selber lachen!)

Die Zahl der Biotechnologieunternehmen hat sich – Herr Rüttgers hat es mehrfach zitiert – Jahr für Jahr verdoppelt. Dies ist noch nicht ein Ergebnis; da wird es Rückschläge geben. Aber es zeigt die Zuversicht, das Neue anzugehen und sich nicht von einer gepflegten Verzagtheit irritieren zu lassen, von einer Kultivierung der Problematik, die sich in jeder einzelnen Frage durchaus stellen kann.

Dr. Heinz Riesenhuber

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Bereiche – ich habe sie nur stichwortartig genannt – haben wir in prächtiger Weise in Ordnung gebracht. Herr Schwanhold wird dies sicher bestätigen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

– Er ist ein kundiger Kollege aus dem Wirtschaftsausschuß, dessen Meinung ich sehr schätze. Wir waren so oft nahe beisammen, daß ich fast irritiert war.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Er könnte also die gleiche Rede halten, die ich halte. Er müßte nur dazusagen: Das hat diese Bundesregierung so großartig geschaffen. Wollen Sie weitermachen? Wir werden uns bemühen, eine bessere Opposition zu sein. Seien Sie eine tüchtige Bundesregierung. –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Dies wäre ein konkreter Vorschlag zur Güte.

Was wir neben all dem, was der Staat in seiner Weisheit macht, vor allem brauchen, ist, daß der Mut, die Zuversicht und der fröhliche Tatendurst im Lande wachsen, daß wir nicht mit herunterhängender Unterlippe herumlaufen und die Leute enttäuschen, daß wir die Leute nicht mit den Ärgerlichkeiten dieser Welt befassen, daß wir nicht einen Wahlkampf auf (B) der Grundlage „Die Reichen werden immer reicher" führen.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Stimmt aber doch!)

Herr Stollmann soll den jungen Unternehmern, die gründen wollen, die nicht 40-Stunden-Wochen, sondern 70-Stunden-Wochen haben und die diese gern auf sich nehmen, weil sie ein hohes persönliches Risiko eingehen, die Mut und Unternehmungsgeist einbringen, die Arbeit für sich und Arbeit für andere schaffen und damit die Zukunft aufbauen, einmal erklären – er kann es auch Ihnen erklären –,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

daß man den Mut zum Risiko nur dann hat, wenn auch die Chance eines hohen Gewinns und eines großen Erfolgs besteht und der Erfolg nicht beneidet, sondern mit fröhlichem Respekt anerkannt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie stimmen unseren Zielen in einer eindrucksvollen Weise zu. Das zeigt Ihr zukunftsweisender Antrag. Aber Ihre Mittel sind leider falsch. Das ist bereits in früheren Reden gesagt worden. Aber daß wir jetzt auf dieser Grundlage der Gemeinsamkeit der Ziele frohgemut in eine neue Legislaturperiode aufbrechen,

(Lachen bei der SPD)

in der wir das Neue mit Tatkraft gemeinsam voranbringen, in der der Bundesrat uns bei unseren zukunftsweisenden Entscheidungen mit Herzlichkeit (C) unterstützt, in der wir den Menschen im deutschen Land Mut und Zuversicht bringen, das wünsche ich uns nach einem fairen und sachlichen Wahlkampf, in dem die Wahrheit deutlich zutage treten wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Horst Kubatschka [SPD]: Er geht als Clown zum Kindergeburtstag!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ernst Schwanhold.

Ernst Schwanhold (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Riesenhuber, wir haben gelegentlich im Wirtschaftsausschuß das Vergnügen, uns zu streiten. In der Tat: Wir sind mit unseren Meinungen häufiger beieinander, als manche Menschen glauben.

(Jochen Feilcke [CDU/CSU]: Als die Sozialdemokraten glauben!)

Übrigens bin ich auch in diesem Moment – bei Ihrer mit großer schauspielerischer Leistung vorgetragenen Rede – relativ dicht bei Ihnen, weil sie eine Satire auf Ihren Amtsnachfolger Rüttgers war.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Dieser Kollege, Ihr Amtsnachfolger – dazwischen gab es noch einen, der jetzt als Abgeordneter versucht, das nachzuholen, was er in Ostdeutschland nicht geschafft hat –, hat gesagt, in den letzten vier Jahren, seitdem er dieses Geschäft mache, habe er (D) alles bewegt. Ich finde, Herr Bundesforschungsminister a.D. Professor Dr. Riesenhuber, Sie waren ein glänzender Minister und Sie wären eine Zierde für die jetzige Regierung. Dort ist nicht so fürchterlich viel Sachkompetenz vorhanden.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie auch rübergebracht und deutlich gemacht.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist: Haben wir eigentlich inhaltlich mehr Gemeinsamkeiten, als wir das nach außen hin dokumentieren, oder haben wir diese Gemeinsamkeiten nicht? Ich habe in den letzten Monaten 40 bis 45 Mittelstandsforen in dieser Republik durchgeführt. Ich habe etwas weniger mit den Funktionären geredet als Sie, die Ihnen auch ein bißchen mehr nach dem Mund reden als uns. Dafür habe ich mit den **Gründern und Mittelständlern** gesprochen, mit jenen, die in konkreten Schwierigkeiten sind.

Ich habe eine Fülle von Informationen über die Schwierigkeiten bekommen, die sie an der Politik der letzten Jahre festmachen. Sie sind verzweifelt darüber, daß sie zwischenzeitlich nur noch 16 Prozent Eigenkapital haben. Sie haben gute Ideen und bekommen deren Umsetzung nicht mehr finanziert. Das ist aber doch das Ergebnis Ihrer Politik und nicht das Ergebnis der Oppositionspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Sie sind verzweifelt über die Gängelungen, die Sie ihnen im Gesetzgebungsrecht und im Verfahrensrecht auferlegt haben. Sie sind verzweifelt darüber, daß sie ihre guten Ideen noch immer nicht in ausreichendem Maße mit Chancen- und Risikokapital umgesetzt bekommen; ich rede lieber von Chancenkapital. Sie sind verzweifelt darüber, daß es im Hause Rüttgers noch immer keine Kompetenz gibt, um zu sagen: Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung werden so verkoppelt, daß auch mittelständische Unternehmer den Markt testen können, in dem derjenige, der das Risiko eingeht, ein neu entwickeltes Produkt für sich selbst abzunehmen, in die Förderung einbezogen wird.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Und das fordern Sie!)

Das ist die Basis: Wissenschaft, Entwicklung plus Markterschließung. Wenn wir von mittelständischen Unternehmen wollen, daß sie einen neuen Markt eröffnen, dann müssen wir ihnen auch die Chance geben, und dafür müssen Sie die Hilfestellung leisten. Das haben Herr Rüttgers und Ihre Nachfolgertruppen eben nicht getan. Das ist Kritik an deren Verein.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Gröbl [CDU/CSU]: Das ist doch je nach Bundesland unterschiedlich!)

Da gibt es doch eine Fülle von Beispielen. Ich habe heute morgen mit einem Unternehmer zusammengesessen. Er hat ein altes, solides Unternehmen. Die haben nicht über ihren Durst gelebt. Er kam verzweifelt zu mir und sagte: Ich mache jetzt ein erstes mittelständisches Joint-venture in China. Er ist dabei, sich (B) in Süddeutschland anzusiedeln und auszuweiten. Er sagte: Ich bin mit 14 bis 16 Prozent Eigenkapital am Rande dessen, was ich machen kann. Aber er hat Ideen, er verbindet Ökologie mit Zukunftsprodukten, um neue Märkte zu erschließen; denn wir benötigen mehr Ökologie in den Produkten. Da läuft er sich an den Türen des Forschungsministeriums die Füße wund. Sie kriegen es nicht hin, auch solche innovativen Ideen zu fördern. Aber aus eigener Kraft schafft er es nicht. Dahinter stünden Arbeitsplätze. Sie haben den Anschluß verpaßt bei der Innovation und in neuen Technologien. Das ist Chemie im Übergang zum Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Gröbl [CDU/CSU]: Schicken Sie ihn nach Bayern! Da gibt es das!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege Schwanhold, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Wülfing?

Ernst Schwanhold (SPD): Ich gestatte eine Zwischenfrage der Kollegin Wülfing, ja.

Elke Wülfing (CDU/CSU): Herr Kollege Schwanhold, ist Ihnen bekannt – –

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Ernst Schwanhold (SPD): Ja.

Elke Wülfing (CDU/CSU): Offensichtlich nicht, (C) sonst würden Sie nicht solche Dinge sagen, wie Sie sie eben vorgetragen haben.

(Klaus Lennartz [SPD]: Sie wollten eine Frage stellen!)

– Ich habe gefragt: Ist Ihnen bekannt,

(Zurufe von der SPD: Da hat er ja gesagt!)

daß kleine und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 56 Prozent aller Forschungsförderungsmittel, Forschungskooperationsmittel erhalten, obwohl sich nur 14 Prozent an der Forschung beteiligen?

Ernst Schwanhold (SPD): Frau Kollegin Wülfing, mir ist durchaus bekannt, daß bei 99,6 Prozent **kleinen und mittelständischen Unternehmen** in der Bundesrepublik ausschließlich 4 Prozent der Subventionen des Bundeshaushalts ankommen und daß der übrige Teil der Subventionen bei den Großbetrieben ankommt. Dies ist mir sehr wohl bekannt.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist sehr wohl bekannt – um auch dies noch deutlich zu sagen –, daß bei der Erschließung der neuen Märkte die mittelständische Wirtschaft eine Exportquote hat, die deutlich unterhalb jener der Großbetriebe liegt.

(Elke Wülfing [CDU/CSU] begibt sich zur Regierungsbank)

– Ich bestehe schon darauf, daß die Kollegin stehen (D) bleibt. Ich bin nämlich bei der Beantwortung ihrer Frage.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Man muß natürlich dazusagen: Selbstverständlich ist der Zugang der mittelständischen Unternehmen zu den Exportmärkten außerordentlich schwach. Genau in diesem Bereich wird nichts getan.

(Beifall der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD])

Mir ist sehr wohl bekannt, daß es auf Bundes-, Landes- und Europaebene 670 Förderprogramme gibt und daß mittelständische Unternehmer keine Rechtsabteilung haben, um zu schauen, welches Programm auf sie zutrifft. Dazu brauchen sie einen Förderberater. Das ist doch Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Dann reden Sie davon, was Sie Tolles gemacht haben. Dazu haben wir Ihnen Anträge im Deutschen Bundestag vorgelegt; Sie haben diese blockiert und waren noch nicht einmal in bezug auf die Zusammenfassung der Förderprogramme gesprächsbereit. Wir brauchten eigentlich nur fünf Bereiche zu fördern: Finanzierung von Existenzgründungen, Finanzierung des Wachstums, Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des Marktzugangs und eine Absicherung gegen die Eventualitäten des Lebens, das heißt gegen Konkurse.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich glaube, daß sich Frau Wülfing jetzt endlich setzen darf.

Ernst Schwanhold (SPD): Entschuldigung, Frau Kollegin Wülfing. Ich wende mich wieder Herrn Riesenhuber zu.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Darf ich mich jetzt setzen?)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ja.

Ernst Schwanhold (SPD): Ich habe gerade gesagt, daß ich mich Herrn Riesenhuber zuwende.

Herr Riesenhuber, Sie reden von den Neugründungen. Es ist richtig, daß wir viel zu wenige **selbständige Unternehmen** haben. Es sind momentan 9,2 Prozent. Diese Quote liegt im europäischen Ausland zwischen 13 und 16 Prozent. Wenn wir die Dekkungslücke geschlossen hätten, wären in drei Jahren 600000 bis 700000 neue Arbeitsplätze entstanden. Das ist nicht gelungen. Wir haben jetzt eine leicht ansteigende Tendenz zu verzeichnen. Das ist gut. Die größten Zuwachsraten hat übrigens Nordrhein-Westfalen aufzuweisen, obwohl man dabei nicht vergessen darf, daß der Sockel dort wesentlich niedriger war.

Aber im Jahre 1997 sind durch 30000 Konkurse 250000 Arbeitsplätze mehr vernichtet worden, als durch alle Neugründungen zusammen geschaffen wurden. Zur Mittelstands- und Innovationspolitik gehören also sowohl die **Bestandspflege** als auch **Neugründungen.** Zumindest im Bereich der Bestandspflege haben Sie kläglich versagt, wie die Zahlenvergleiche zeigen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Oswald Metzger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und der Abg. Dr. Barbara Höll [PDS])

In diesem Zusammenhang möchte ich auch mit dem Kasperletheater von Herrn Blüm aufräumen. Herr Blüm hat sich ja zu Herrn **Stollmann** geäußert. Daraus muß ich schließen, daß Sie offenbar neidisch sind, daß sich ein so innovativer Unternehmer bereit erklärt hat, unter einer SPD-Regierung das Wirtschaftsministerium zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

Schauen Sie sich doch einmal an, wen Sie bisher alles als Wirtschaftsminister aufgeboten haben: Bangemann, Haussmann und Rexrodt. Wenn ich mir diese Leute anschaue, dann muß ich sagen, daß Stollmann ein anderes Kaliber ist, was innovative und kreative Ideen und Gedanken angeht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Blüm, damit Sie sich keine weiteren Gedanken über die Mitbestimmung machen müssen, rate ich Ihnen: Kaufen Sie morgen die „Zeit"; wenn Sie es nicht tun, stelle ich Ihnen gerne einen Vorabdruck des Interviews zur Verfügung. In diesem Interview antwortet Herr Stollmann auf die Frage, ob dieses auch für die Mitbestimmung gelte:

(C)

> Der Gedanke der Mitbestimmung ist zukunftsweisend. Das müssen wir weiterentwickeln. Ob die Basis des Betriebsverfassungsgesetzes die einzige Lösung ist, das weiß ich nicht.

Ich finde, daß das eine Antwort auf Ihre Frage ist, die Sie aus einem Interview der Vergangenheit abgeleitet haben: Mit Mitbestimmung wird Verantwortung übernommen und die Zukunft der Betriebe gestaltet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege Schwanhold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blüm?

Ernst Schwanhold (SPD): Aber mit Freude.

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU): Herr Kollege, können Sie trotz des Interviews in der „Zeit", das Sie angekündigt haben, –

Ernst Schwanhold (SPD): Ich gebe es Ihnen gleich.

Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU): – erklären, weshalb trotz der Bemühungen der IG Metall und der HBV in dem Betrieb des Herrn Stollmann kein Betriebsrat eingerichtet wurde?

(D)

(Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Weil er von dem nichts hält!)

Ernst Schwanhold (SPD): Ich finde, Herr Minister Blüm, daß Sie in der Vergangenheit schon kreativere Fragen gestellt haben.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

– Ich bin gerade dabei, Ihnen zu antworten. – Der zukünftige Kollege und SPD-Wirtschaftsminister hat ein Beteiligungsmodell in seinem Unternehmen initiiert und hat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens beteiligt. Davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden, was Ihre Vorstellungen über Mitarbeiterbeteiligung betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem kann ich nur dem beipflichten, was der Kollege Schreiner gesagt hat: Zu einem anständigen Großbetrieb gehört auch eine anständige Mitbestimmung, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer natürlich bereit sind, Verantwortung für das Unternehmen im Rahmen der Mitbestimmung zu übernehmen. Auf solche kreativen Kräfte sollte man nicht verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Blüm?

(A) **Ernst Schwanhold** (SPD): Nein, ich möchte jetzt gerne mit Blick auf die nachfolgende namentliche Abstimmung zum Ende kommen.

Ich will gerne, Herr Kollege Riesenhuber, Ihre Idee noch einmal aufgreifen, was die Finanzierung von Existenzgründungen und des Wachstums angeht. Wie schaffen wir es, daß junge Unternehmer privates Vermögen – und nicht öffentliche Gelder – als Chancenkapital zur Verfügung gestellt bekommen? Ich glaube, daß Sie in diesem Zusammenhang ein Element unterschätzen. Wir sind mit dem Universalbankensystem sehr weit gekommen. Aber das Universalbankensystem hat, insbesondere was Neugründungen angeht, die sich in natürlichem Wettbewerb zu schon bestehenden Unternehmen entwickeln, Schwächen. Es ist nicht mehr erkennbar, ob die Banken als Kreditnehmer, als Anteilseigner oder als Inverkehrbringer von Aktienvermögen auftreten.

Deshalb haben wir Ihnen vor langer Zeit einen Antrag vorgelegt – den Sie dann übrigens nicht mitgetragen haben –, der weitergegangen wäre als das **Dritte Finanzmarktförderungsgesetz**, um Kapital zu sammeln für gute Geschäftsideen, gute Diplomarbeiten und gute Diplomanden, die an unseren Universitäten und Fachhochschulen fertig werden. Sie hätten da einen mutigen Schritt mit uns machen können. Wir haben dies angeboten; Sie waren dazu nicht bereit. Dafür gab es auch eine Lobby innerhalb Ihrer Reihen. Ich will das nicht mit Namen verbinden, weil das dann Wahlkampf wäre und unfair gegenüber den Kollegen, die jetzt nicht da sind. Aber Sie wissen (B) doch, von wem ich rede. Er war doch Amtskollege von Ihnen und gehörte dem gleichen Kabinett an. – Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung: Dort, wo wir Modernisierungsbedarf in den Hochschulen haben, sind wir nicht weit genug gekommen. Das ist eine gemeinsame Anstrengung, die alle Mühen wert ist. Ich glaube, daß wir uns wieder mehr zu einem Regelstudiengang hin bewegen müssen. Wir brauchen Wettbewerb in den Hochschulen. Der Wettbewerb kann allerdings nicht so organisiert werden, daß diejenigen, die viel Geld haben, Studienbeiträge bezahlen, und diejenigen, die kein Geld haben, keinen Zugang zu Hochschulen bekommen. Leistungsbereitschaft, Leistungswille und Elite in der Ausbildung zeichnen sich nicht dadurch aus, daß man Elite von Hause aus ist und viel im Portemonnaie hat, sondern daß man Elite in bezug auf die Leistung ist, und diese fördern wir nicht in ausreichendem Maße. Da gibt es Veränderungsnotwendigkeiten. Dort haben wir zusätzlichen Bedarf.

Wir haben auch zusätzlichen Bedarf, was Weiterbildung und ständiges, lebenslanges Lernen angeht. Denn Innovation hat nicht nur etwas mit Wissenschaft zu tun, sondern insbesondere auch mit der Flexibilität innerhalb der Unternehmen. Es macht keinen Sinn, Menschen dafür zu bezahlen, daß sie zu Hause bleiben, und ihnen nicht die Chance zu gewähren, sich gleichzeitig weiterzubilden, damit aus Arbeitslosigkeit Weiterbildung und neue produktive Ideen innerhalb der Betriebe werden.

(C) Diesen Wettstreit lassen Sie uns innerhalb des Wahlkampfes aufnehmen. Ich mache das in vielen Mittelstandsforen. Dazu kommen dann manchmal Kolleginnen und Kollegen, die Ihrer Partei angehören. Ich bin ganz sicher, daß wir diesen Wettbewerb gut bestehen. Wir jedenfalls werden das thematisieren und hier nicht so ein Schauspiel liefern, wie es der Kollege Rüttgers gezeigt hat. Er hat keine substantielle Aussage gemacht. Er hat lediglich der Kollegin Bulmahn vorgeworfen, sie habe keine neuen Ideen vorgetragen. Ich empfehle Rüttgers, wenn er wieder da ist, ihre Rede nachzulesen. Dann sieht er seine Versäumnisse aus erster Hand.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Barbara Höll [PDS])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schwanhold, die Beteiligung der Arbeitnehmer ersetzt doch nicht den Betriebsrat. Da sind wir uns einig.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das habe ich doch gesagt!)

Insofern kann es ja keine Entschuldigung für das sein, was Sie zu Herrn Stollmann gesagt haben. Ich finde, wir haben heute ohnehin zu lange über ihn geredet. (D)

(Ernst Schwanhold [SPD]: Das war Ihr Fehler!)

Aber das hat seinen Grund. Der Bericht im „Kölner Stadt-Anzeiger" ist ja nun wirklich eindeutig: Als Unternehmer setzte Stollmann auf die Selbständigkeit seiner Mitarbeiter

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ich denke, Sie wollten nicht mehr über ihn reden!)

– warten Sie doch mal – und soziale Verantwortung. So ist die Philosophie von CompuNet – das ist seine Firma –: positives Denken, Ordnung, Flexibilität und der Verzicht auf traditionelle Formen der Mitbestimmung. Es gibt keinen Betriebsrat. Zur Begründung das Zitat: „Wenn wir", also die Unternehmer, „die Bedürfnisse der Mitarbeiter nicht selbst erkennen, machen wir etwas falsch."

Ich will Ihnen im folgenden sagen, warum die Äußerung gefährlich ist – verehrter Herr Kollege, vielleicht sollten Sie sich das mal überlegen –:

(Ernst Schwanhold [SPD]: Ich höre zu!)

Ein wesentliches Element zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß es in den **Tarifverträgen** Tariföffnungsklauseln und Arbeitsplatzsicherungsklauseln gibt, wodurch, wenn es der Betrieb aus ökonomischen Gründen für notwendig hält, die Löhne auch einmal um 5 oder 10 Prozent abgesenkt werden können. Dies kann man aber nur machen, wenn es in

Dr. Heiner Geißler

(A) den betreffenden Betrieben einen Betriebsrat gibt. Das ist der Punkt, um den es geht. Wenn Sie eine Wirtschaftsphilosophie verkünden wie Ihr zukünftiger Wirtschaftsminister, der im Grunde genommen Betriebsräte als etwas Antiquiertes ansieht, dann sind Sie nicht in der Lage, eine moderne Tarifpolitik zu betreiben, weil Sie dann den Unternehmen die Instrumente aus der Hand schlagen. Das müssen Sie Ihrem Mann einmal erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, was Herr Stollmann hier gesagt hat, wäre noch nicht einmal bei der F.D.P. - sagen wir einmal - Herrn Möllemann eingefallen. Ich nehme Herrn Möllemann aber gleich wieder in Schutz.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein weiterer Punkt. Wir haben uns heute über die Frage unterhalten: Ist der **Aufschwung** kontinuierlich, oder ist er im Grunde genommen nur eine Eintagsfliege? - Darüber kann man lange debattieren. Fest steht jedenfalls das eine: Wir haben bereits seit geraumer Zeit in Westdeutschland eine Arbeitslosenquote, die unterhalb der des Vorjahresmonats liegt.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Seit geraumer Zeit?)

Bezogen auf ganz Deutschland war das im Mai der Fall.

Ich will folgendes hinzufügen: Wir hatten im letzten Jahr ein Exportvolumen von 520 Milliarden Dollar; die Amerikaner mit 260 Millionen Einwohnern

(B) mehr hatten eines von 580 Milliarden Dollar. Ich komme noch einmal auf das zurück, was vorhin auch vom Forschungsminister gesagt worden ist: Wir sind inzwischen auf den internationalen Märkten wieder wettbewerbsfähig.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Trotz dieser Regierung!)

Die Japaner kommen auf ein Exportvolumen von 410 Milliarden; die Engländer und die Franzosen bewegen sich im 300-Milliarden-Bereich. Das heißt, die Innovationspolitik und die Reformpolitik, die wir betrieben haben, haben dazu geführt, daß wir den Strukturwandel in Deutschland bewältigen konnten, so daß wir zu Recht davon ausgehen können, daß dieser Aufschwung mit seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt Kontinuität hat und nicht irgendwann in sich zusammenfällt.

Natürlich brauchen wir Übergangslösungen. Die **befristeten Arbeitsverträge** spielen eine Rolle; das ist vernünftig. Leute, die sagen, sie stellten gern neue Kräfte ein, aber sie wüßten ja nicht, wie es weitergehe, können Personen befristet einstellen; das haben wir ihnen ermöglicht. Sie hätten sonst angesichts ihrer Angst vor Arbeitsgerichtsprozessen auf Grund des Kündigungsschutzes und vor hohen Abfindungen lieber Überstunden fahren lassen, als daß sie neue Leute eingestellt hätten. Es sind bei uns ja im letzten Jahr 1,7 oder 1,8 Milliarden Überstunden angefallen. Wenn wir mit einer solchen Flexibilität 30 Prozent dieser Überstunden abbauen, dann kön-

(C) nen wir entsprechend viele neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist der Sinn der ganzen Sache - nicht das, was Sie vorgelesen haben. Dabei handelte es sich um eine Abgeordnete; das können Sie nicht auf die gesamte Union übertragen.

Was wir heute ebenfalls brauchen, ist eine Aussage darüber, was mit denjenigen passieren soll, die bei dieser neuen technologischen Entwicklung nicht mehr mitkommen. Das sind die Nicht-Qualifizierten, die Minderqualifizierten, die älteren Langzeitarbeitslosen. Für sie ist das Programm **„Hilfe zur Arbeit"** gedacht. Das sollten wir nicht schlechtmachen. Parteifreunde von Ihnen machen ja ähnliches. Ich freue mich, daß die Stadt Köln oder andere Städte bereits Hilfe zur Arbeit anbieten. Das wird auch in meinem Wahlkreis gemacht. Wenn wir das jetzt etwas systematischer anlegen, wenn wir Programme machen - der Bundesarbeitsminister hat es mit Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen schon längst in die Wege geleitet; ich nenne auch das QUAS-Programm in Hamburg -, dann sollten Sie das doch bitte nicht kritisieren. Vielmehr sollten wir gemeinsam daran arbeiten, daß solche Programme in den Kommunen umgesetzt werden. Wir wollen doch den Menschen helfen und keinen unsinnigen Wahlkampf führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe die Debatte heute vormittag verfolgt. Das, was ich jetzt sage, gilt ein wenig auch für Sie, Frau Fuchs. Das Jahr 2000 rückt ja näher. Es treten merkwürdige Leute auf. Wenn ich das bewerten soll, was Sie, Frau Fuchs, ausgeführt haben, dann muß ich sagen: Sie haben im Grunde genommen alles bedauert;

(D) Sie haben negativ argumentiert. Ich kann ja verstehen, daß das vielleicht nicht mehr in Ihr Wahlkampfkonzept hineinpaßt. Aber wir brauchen heute keine Chiliasten und Eschatologen, keine Untergangsstrategen und Pessimismus-Philosophen, die alles schlechtmachen und negativ bewerten, sondern eine begründete Philosophie, mit der wir den Menschen sagen können, daß wir die Arbeitslosigkeit vermindern. Die Zahlen und Fakten sprechen für uns. Die Menschen können das sehr gut beurteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schließe damit die Aussprache. Wir kommen zu den Abstimmungen und Überweisungen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Mit Innovationen Massenarbeitslosigkeit überwinden" auf Drucksache 13/10879. Wer stimmt dafür? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden; die Gruppe der PDS hat sich enthalten.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Förderung von Forschung und Entwicklung für Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Informationszeitalter". Das ist die Drucksache 13/10563. Wer stimmt dafür? - Gegenstimmen? - Enthal-

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A) tungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition abgelehnt worden.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Großen Anfrage zur Förderung von Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/8857 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung des Ausschusses? – Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS angenommen worden. Es gab keine Enthaltungen. Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. mit dem Titel „Arbeit ist genug vorhanden – Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung". Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9743 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung des Ausschusses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Tagesordnungspunkt 7b: Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 13/10142 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

Tagesordnungspunkt 7d: Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Förderung der Teilzeitbeschäftigung auf Drucksache 13/1888. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt auf Drucksache 13/10463 unter Buchstabe a, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf des Bundesrates abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf des Bundesrates zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition abgelehnt worden. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Abbau von Überstunden und Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen" auf Drucksache 13/10463 Buchstabe b. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/7522 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition angenommen worden.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer beschäftigungsorientierten Arbeitszeitpolitik. Das ist Drucksache 13/10463 Buchstabe c. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/7800 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung des Ausschusses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen angenommen werden. SPD und PDS haben sich enthalten. (C)

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit finanzieren". Das ist die Drucksache 13/10850. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und PDS abgelehnt worden. Bündnis 90/Die Grünen hat sich enthalten.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Voraussetzungen für ein Bündnis für Arbeit und Umwelt. Das ist Drucksache 13/11131. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden. SPD und PDS haben sich enthalten.

Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen". Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/5135 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – (D) Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Gruppe der PDS zum Abbau von Überstunden und zur Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Das ist die Drucksache 13/11136. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10015 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD gegen die Stimmen der PDS bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14a bis 14g auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Helmut Wilhelm (Amberg), Angelika Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mittelsperre für Transrapid

– Drucksache 13/6714 –

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen),

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Kristin Heyne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transrapid-Projekt beenden – Tempo für die Bahn

– Drucksache 13/6823 –

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transrapid-Entscheidung offenhalten

– Drucksache 13/10347 –

d) Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 208 zu Petitionen

(Keine Magnetschwebebahn zwischen Berlin und Hamburg)

– Drucksache 13/7667 –

e) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transrapid – Finanzielle Auswirkungen der Auflagen der Raumordnungsverfahren

– Drucksachen 13/8211, 13/10537 –

(B)

f) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transrapid – Finanzierungs- und Erlöskonzept

– Drucksachen 13/8212, 13/10538 –

g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Kristin Heyne, Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einbeziehung der EU-rechtlich vorgeschriebenen Trassenpreise in das Finanzierungskonzept für den Transrapid

– Drucksachen 13/8631, 13/11098 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Wolfgang Gröbl

Es liegen ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie die Fraktion der SPD haben je einen Entschließungsantrag eingebracht.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieben Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(C)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, daß wir im Anschluß an die Aussprache über einen Antrag namentlich abstimmen werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Gila Altmann.

Gila Altmann (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Legislaturperiode ist am Ende, diese Bundesregierung auch.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der PDS)

Wie ist es sonst zu erklären, daß sie es wagt, so ein Wahnsinnsprojekt wie den Transrapid noch vor der Wahl am Parlament vorbei unter mehr als abenteuerlichen Bedingungen festklopfen zu wollen?

Seit heute morgen wissen wir, daß es um noch mehr geht. Seit heute morgen wissen wir, daß allein der **Fahrweg** um 900 Millionen DM teurer werden wird. Auch die 3,7 Milliarden DM für das **Betriebssystem** sind nicht mehr zu halten. Herr Wissmann, was schließen Sie daraus? Schließen Sie daraus das, was die Koalition fordert? Sie soll laut Antrag – ich zitiere –

> ihre offene und sachorientierte Informationspolitik ... fortführen, um noch bestehende Unsicherheiten und Vorbehalte gegenüber der neuen Verkehrstechnologie auszuräumen.

Da kann ich nur sagen: Frisch voran, wir hören gespannt zu.

(D)

Um Ihnen auf die Sprünge zu helfen: Im Eckpunktepapier von April letzten Jahres steht – Zitat –:

> Vor Beginn der Ausschreibungen im ersten Halbjahr 1998 – also bis zum 30. Juni – wird die endgültige Investitionskostenrechnung erstellt... Sollte die Überprüfung der Betriebs- und Investitionskosten ergeben, daß die Werte deutlich vom Eckpunktepapier abweichen, ist neu über das Projekt zu entscheiden.

900 Millionen DM, also fast 1 Milliarde DM, darf man getrost als „deutlich" bezeichnen.

Herr Wissmann – Sie haben das selbst unterzeichnet, es ist neu zu entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Es kann also heute gar nicht mehr darum gehen, ob Sie unterschreiben oder nicht. Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als um den Abbruch, um das endgültige Aus des Milliardenflops Transrapid und um das politische Ende des Bruchpiloten Wissmann gleich mit.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Vergangenheit hat die Koalition bei solchen Gelegenheiten immer das Lied vom Mehrheitsbeschluß im Parlament angestimmt. Aber auch an die-

sem Punkt sollten Sie sich einmal Ihre eigene Gesetzgebung angucken, zum Beispiel in bezug auf die Verteilung der Investitions- und Betriebslasten. Zitat:

> Diese Vereinbarung muß rechtzeitig vor Baubeginn abgeschlossen werden und die gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen regeln.

Ich frage Sie: Was ist davon übriggeblieben? Wo sind denn die klaren Finanzierungsvereinbarungen? Wo sind denn die Risikoabgrenzungen – zum Beispiel im Fall eines längeren Betriebsausfalls – zwischen Bund, Bahn, Kommunen und Konsortium? Wo ist die aktualisierte Betriebskostenrechnung? Wo ist die Beteiligung der Industrie an den Verlusten, wie dies der Bundesrechnungshof gefordert und wie dem die Bundesregierung zugestimmt hat?

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Fehlanzeige!)

Wohin das Auge blickt, das Ohr auch lauscht, die Antwort weiß nicht einmal der Wind.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wieso tagen Thyssen und die Magnetbahnplaner permanent in Krisensitzungen, wie zum Beispiel zur Zeit in Berlin? Oder wissen Sie gar nichts davon? Vielleicht sollten Sie sich einmal darum kümmern. Dann würden die Anträge der Koalition besser.

(Heiterkeit bei der Abg. Elke Ferner [SPD])

Wir haben Ihnen in der Vergangenheit jedes Ihrer Konzepte zerpflückt und nachgewiesen, daß sie nicht funktionieren können. Sie haben aber alles in den Wind geschlagen. Sie haben über ein Jahr verstreichen lassen, ohne daß es Ihnen gelungen ist, Ihr letztes Konzept auch nur halbwegs hinzubiegen;

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Wir waren der Sachlichkeit verpflichtet!)

ein verlorenes Jahr, Herr Fischer, mit enormen Planungskosten und rausgeschmissenes Geld, das wir woanders dringend gebraucht hätten.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Das sehen wir völlig anders!)

Und da lächeln Sie noch.

Es gibt übrigens noch einen anderen Punkt, der nicht weniger wichtig ist: Seit der Katastrophe von **Eschede** gehen die Uhren anders. Das Eisenbahnbundesamt fordert jetzt zu Recht ein nachgebessertes Sicherheitskonzept für den Transrapid – ein notwendiger Schritt, waren doch der Notfall und die Sicherheit immer das Stiefkind bei den Planern. Die Ingenieure sind auf Grund ihrer Technikgläubigkeit und auf Grund ihres fast schon erotischen Verhältnisses zum Transrapid immer noch von der Unverwundbarkeit ihres Systems überzeugt. Sicher, der Transrapid hat keine Räder. Aber es ist eine Binsenweisheit, daß jede Technologie ihre Risiken hat, die nie hundertprozentig abzusichern sind.

(Horst Friedrich [F.D.P.]: Wir gehen zurück zur Pferdekutsche!)

Was man aber verlangen kann, ist eine größtmögliche Sicherheit, besonders dann, wenn es sich um ein unerprobtes Einzelprojekt handelt.

Was passiert eigentlich, wenn die Strecke gebaut ist und die Betriebszulassung nicht erteilt wird? Als längste Skaterbahn ist sie meiner Ansicht nach zu teuer und zu häßlich; als Mahnmal sollten Kalkar und Mülheim-Kärlich reichen, nämlich als Mahnmal eines fehlgeleiteten Technikwahns.

Liebe SPD, man kann ja darüber streiten, ob diese Technik faszinierend ist oder nicht. Das ist nicht der Punkt. Was wir brauchen, ist eine eindeutige Ablehnung dieses konkreten Projektes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS)

Wir brauchen von euch dazu eine klare, verläßliche Aussage. Das muß auch – besonders jetzt nach der Kostenexplosion – euer Kanzlerkandidat begreifen. Verläßlichkeit darf keine Einbahnstraße sein, auch nicht wenn man Schröder heißt. Es kann nicht sein, daß eure bisher zu Recht kritische Haltung zu diesem Projekt durch euren Spitzenmann ad absurdum geführt wird, nur weil er vielleicht einmal im Geschwindigkeitsrausch die Besinnung verloren hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

Soviel Regierungsfähigkeit muß sein. Ich bin mir sicher, ihr schafft das schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Ihr Lachen können Sie sich sparen. Ich finde, Sie sollten sich erst einmal um Ihren eigenen Kram kümmern und wenigstens einen Hauch von Verantwortung zeigen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Frau Kollegin, Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Koppelin?

Gila Altmann (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, meinetwegen.

Jürgen Koppelin F.D.P.): Vielen Dank, Frau Kollegin. – Sie haben eben gesagt: Das schaffen wir schon. Wollen Sie in diesem Zusammenhang die rotgrüne Landesregierung in Schleswig-Holstein als Beispiel nehmen, die bisher gegen den Transrapid war, deren Wirtschaftsminister, Herr Peer Steinbrück, aber vor kurzem erklärt hat, daß er für den Transrapid ist?

(Elke Ferner [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Gila Altmann (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ich Ihnen jetzt sagen kann, ist, daß ich angesichts der schlagenden Argumente, die gerade auch heute vorgebracht worden sind – da müßte bei Ihnen doch eigentlich ein Ruck durch die Reihen gehen: 900 Milliarden DM mehr; alleine die Trasse soll jetzt 7 Milliarden DM kosten –, darauf vertraue, daß

Gila Altmann (Aurich)

der Kanzlerkandidat im Gegensatz zur Koalition und zur Bundesregierung noch lernfähig ist.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Sie haben nicht geantwortet!)

Von Ihnen, liebe Koalition und liebe Bundesregierung, erwarte ich eine Antwort auf meine Fragen. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie es vor dem Hintergrund dieses finanziellen Abenteuers tatsächlich wagen sollten, Fakten zu schaffen, dann ist das nicht nur verantwortungslos, sondern auch saudumm. Genau das wird sich nach dem 27. September ändern. Dann bekommen Sie die Quittung. Dann machen wir drei Kreuze – und zwei davon an der richtigen Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Frau Kollegin, es möchte noch jemand eine Zwischenfrage stellen. Das wäre dann in diesem Fall eine Nachfrage. Aber ich würde sie zulassen. – Bitte.

Eckart Kuhlwein (SPD): Frau Kollegin Altmann, würden Sie zur Kenntnis nehmen – nachdem Sie mit der Zwischenfrage des Kollegen Koppelin nicht sehr viel anfangen konnten –, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein nach wie vor gegen die Transrapidstrecke Hamburg–Berlin ist, und würden Sie auch zur Kenntnis nehmen, daß die angeblichen Äußerungen des Landeswirtschaftsministers Peer Steinbrück von Herrn Koppelin falsch zitiert worden sind?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gila Altmann (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme das natürlich gerne zur Kenntnis. Ich weiß, wie der Raumordnungsbeschluß in Schleswig-Holstein ausgefallen ist, nämlich negativ. Auf der anderen Seite weiß ich aber auch, daß Herr Schröder mit seiner Haltung nicht ganz alleine ist. Aber ich gehe davon aus und vertraue darauf, daß er, wenn er überzeugt ist, daß dieses Milliardengrab endlich zugeschaufelt werden muß, dann auch den Rest seiner Partei überzeugen kann. Insofern bin ich dankbar für den Hinweis; aber es war mir bekannt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Wolfgang Gröbl.

Wolfgang Gröbl (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Interessant ist das schon: Nach der erfrischenden Rede von Heinz Riesenhuber war das ganze Haus erfüllt von Fröhlichkeit und Zuversicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD hat sich vorgenommen, beim nächsten Mal eine positive Oppositionsrolle zu spielen. Schön war's. Jetzt haben wir gehört – unter Aufbietung Ihres ganzen Charmes –, wie kompetent und fröhlich Verkehrspolitik bei den Grünen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hauptsache, wir sind gesund! Das Geld ist uns wurscht!)

Interessant ist natürlich auch folgendes: Da entwickeln deutsche Ingenieure das modernste und beste Verkehrssystem weltweit, ein Verkehrssystem, das den Benutzern in Hamburg und Berlin einen konkreten Vorteil bringt, ein System, das modernste Arbeitsplätze schaffen kann, das Menschen die Erfüllung ihrer beruflichen Träume ermöglicht, an einem interessanten Arbeitsplatz, nämlich bei der Entwicklung dieses Verkehrssystems, mitzuwirken, und das zur Entlastung der konkurrierenden Systeme Flugzeug und Auto beiträgt. Trotzdem finden wir bei den Grünen heute abweisende Anträge.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es rechnet sich nicht!)

Auch die SPD hat mit ihrem Antrag die Kurve noch nicht gekriegt.

Die Grünen waren immer dagegen und haben das auch heute wieder betont.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil wir rechnen können!)

Damit herrscht Klarheit, und das ist in Ordnung.

Bei der SPD ist das ein bißchen anders. Da gibt es unterschiedliche Äußerungen. Diese unterschiedlichen Äußerungen nimmt der frühere Kollege Klaus-Dieter Feige – er ist ja Bundesvorstandsmitglied bei den Grünen –

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Ein guter Mann!)

zum Anlaß, zu sagen: Die SPD gerät schon weit vor der Bundestagswahl in Gefahr, zum Wahlbetrüger zu werden.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

– Ich muß das zitieren, so gern es mir leid tut.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir werden es Herrn Feige ausrichten! Er wird sich freuen, von Ihnen zitiert worden zu sein, noch dazu richtig!)

Meine Damen und Herren, für die Koalition stelle ich hier klar: Hamburg–Berlin ist für uns die richtige Strecke. Sie ist nach intensiver Untersuchung ausgewählt worden. Das Raumordnungsverfahren ist abgeschlossen, und die Planfeststellungsverfahren sind eingeleitet.

Die Industrie hat sich für diese Aufgabe neu organisiert. Siemens-Chef Dr. von Pierer sieht mit dem Transrapid die Frage nach der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit des Technologiestandortes Deutschland** ganz eng verbunden. Dabei geht es

Wolfgang Gröbl

(A) nicht so sehr um die Frage unserer technologischen Leistungsfähigkeit als vielmehr um die Durchsetzungsfähigkeit dieser Technologie im eigenen Land, die hier auf dem Prüfstand steht. Heinz Dürr hatte als Chef der Deutschen Bahn klar erklärt: Der erste Kunde des Transrapid wird die Deutsche Bahn sein. Sie wird die Strecke Hamburg–Berlin betreiben und vermarkten.

Als potentieller Kunde sind die USA anzusehen. Bill Clinton setzt auf die Magnetschwebebahntechnik. Im Transportation Equity Act sind für diese Technik 1 Milliarde US-Dollar vorgesehen. Frau Molitoris, die Chefin der Federal Railroad Administration, hat dies erst kürzlich in einem Schreiben an eine deutsche Naturschützergruppe dargestellt.

Lassen Sie uns heute mit einer breiten Mehrheit für den Transrapid Hamburg–Berlin stimmen. Interessant wird es natürlich, wie sich die SPD heute verhält. Die gesetzgeberischen Grundlagen haben Sie ja alle im Bundestag und teilweise auch im Bundesrat abgelehnt. Einige von Ihnen erkennen allmählich, daß sie damit für Deutschland nur Schaden anrichten, und beginnen vorsichtig, in den Windschatten des Transrapid zu treten. Springen Sie also auf!

Mit diesem Appell darf ich mich von Ihnen verabschieden. Ich wünsche Ihnen eine gute Gesundheit und ein langes Leben. Ich freue mich darauf, vielen von Ihnen wieder zu begegnen.

Vielen Dank.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Elke Ferner.

Elke Ferner (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Gröbl, da das Ihre letzte Rede hier im Hause war, wünsche ich Ihnen für Ihre weitere Zukunft alles Gute und möchte mich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit sowohl im Ausschuß als auch während Ihrer Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich kann Ihnen allerdings ein paar Bemerkungen – die dann nicht mehr so freundlich sind – zu dem vorliegenden Entschließungsantrag der Koalition nicht ersparen. Denn dieser Entschließungsantrag strotzt wirklich vor peinlicher Selbstbeweihräucherung. Statt einer solchen Selbstbeweihräucherung wäre heute sicherlich Gelegenheit gewesen, das Parlament endlich über den aktuellen Stand des Transrapid-Projekts zu informieren.

Im letzten Jahr wurde angekündigt, daß eine **aktualisierte Kostenrechnung** bezüglich der Strecke Hamburg–Berlin und darauf aufbauend eine aktuelle Betriebskostenrechnung erfolgen solle und diese (C) dem Parlament vorgelegt werde. Doch bis heute liegt uns nichts vor. Dem Parlament liegt nichts vor –

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

nichts über die Vertragsverhandlungen zwischen dem Transrapid-Konsortium, der Bahn AG und dem Verkehrsministerium.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen wir alles aus der Zeitung erfahren!)

Es liegt nichts darüber vor, welche kostenwirksamen Auflagen aus dem Planfeststellungsverfahren zu erwarten sind. Es liegt nichts darüber vor, welche Entwicklungs- und Erprobungsprogramme auf der Versuchsanlage im Emsland noch erfolgen sollen, und es ist auch nichts darüber zu hören, inwieweit nach dem ICE-Unglück von Eschede auch für den Transrapid das Sicherheitskonzept überarbeitet wird, um den besonderen Risiken der Hochgeschwindigkeitstechnologie auch gerecht zu werden.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Herr Wissmann, die Wirtschaftsexperten von morgen machen schon heute ihre Hausarbeiten nicht!)

Ich will das noch einmal – auch für die Kolleginnen und Kollegen der Koalition – klarstellen: Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Transrapid-Technologie. Sie richtet sich gegen die von der Bundesregierung ausgewählte Strecke und gegen das Finanzierungskonzept, das die Risiken voll auf die öffentliche Hand schiebt. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nach wie vor für eine deutlich kürzere Referenzstrecke, um die Chancen dieser Technologie auch nutzen zu können. Deshalb ist Ihre Behauptung, die SPD sei gegen die Magnetschwebebahntechnik, schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Na!)

Auch Ihr Vorwurf, wir und unser Kanzlerkandidat seien in dieser Frage zerstritten, ist falsch. **Gerhard Schröder** hat Anfang Mai in Köln und auch am vergangenen Wochenende in Rostock nicht gesagt, die SPD wolle den Transrapid-Bau forcieren. Das ist nicht gesagt worden. Das ist durch nichts belegbar, und es ist vor allen Dingen auch nicht wörtlich zitiert worden.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir nämlich nachgefragt, was gesagt worden ist, und wir haben erfahren, daß er sowohl in Rostock wie auch in Köln das gleiche gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, die Frage der unzureichenden Klärung der Finanzierung und die Frage der extremen Haushaltsbelastungen haben für uns immer im Vordergrund gestanden, was die ablehnende Haltung zur Strecke Hamburg–Berlin anbelangt. Er hat dann sowohl in Köln als auch in Rostock seine Erwartung ausgedrückt, daß diese zentrale Frage der Finanzierung gelöst scheine.

Elke Ferner

(A) Aber Ihnen kann man ja wirklich noch nicht einmal mehr Finanzierungskonzepte abnehmen. Ich werde darauf nachher noch zurückkommen.

Ob die Finanzierung gelöst ist oder nicht, hängt doch nicht von der SPD ab; das hängt von Ihnen ab, Herr Wissmann, von der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir haben darüber bereits mehrfach debattiert. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht vom 16. Juni 1997 das **Finanzierungskonzept** massiv kritisiert – anders ausgedrückt: auseinandergenommen. Er hat insbesondere auf eine Änderung der künftigen Risikoverteilung zwischen dem Konsortium und der öffentlichen Hand gedrängt.

Sie selbst, Herr Wissmann, haben am 15. Januar des letzten Jahres gesagt, den Transrapid werde es mit Ihnen nicht um jeden Preis geben.

(Detlev von Larcher [SPD]: Hört! Hört!)

Sie haben weiterhin angekündigt, daß erst auf der Basis endgültiger Investitions- und Betriebskosten zwischen allen Beteiligten eine vertragliche Bindung erfolgen kann.

(Detlev von Larcher [SPD]: Hört! Hört!)

Auch die Bahn will noch eine sogenannte **endgültige Wirtschaftlichkeitsrechnung** abwarten, bevor der Aufsichtsrat der Bahn einen definitiven Beschluß faßt.

(B) Da Ihnen aber jetzt die Zeit davonzulaufen scheint, ist es Ihnen offenbar egal, ob Sie eine belastbare Entscheidungsgrundlage haben oder nicht. Ihr Motto heißt: „Augen zu und durch – koste es den Steuerzahler, was es wolle".

(Detlev von Larcher [SPD]: Verantwortungslos! – Weitere Zurufe von der SPD: Leider wahr! – So ist es!)

Aus dem Verkehrshaushalt sollen 6,1 Milliarden DM als zinsloses Darlehen an die Deutsche Bahn AG zur Finanzierung des Fahrweges kommen, und zwar ohne festen Rückzahlungsplan, so wie wir es sonst vom Schienenbau her kennen. Der Bund soll sein Geld erst dann zurückerhalten, wenn die privaten Kapitalgeber in vollem Umfang refinanziert worden sind. Die Risiken für die Bahn sind völlig ungeklärt. Sie soll ein festes Nutzungsentgelt an das Konsortium für Zins und Tilgung zahlen. Das heißt, wenn die Erlöse nicht stimmen, muß die Bahn entweder Geld zuschießen, oder sie muß sich verschulden.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Weiterhin sind folgende Punkte ungeklärt: Wer trägt denn wie lange die Verluste, die gegebenenfalls aus einem Betriebsausfall herrühren könnten? Wer trägt die Kosten für die Reinvestitionen? Was wird den Betriebskosten zugerechnet? Und den Hammer der Woche liefert – die Kollegin Altmann hat das eben gesagt – das „manager magazin". Darin wird morgen stehen, daß es eine betriebsinterne Rechnung der Bahn gibt, die davon ausgeht, daß die Fahrwegkosten um bis zu 900 Millionen DM über den veranschlagten 6,1 Milliarden DM liegen. (C)

(Detlev von Larcher [SPD]: Hört! Hört!)

Dann sind wir schon bei 7 Milliarden DM – am Ende nach oben alles offen.

Auch die **Kosten für das Betriebssystem** von kalkulierten 3,7 Milliarden DM seien nach jüngsten Rechnungen des Konsortiums nicht mehr zu halten. Auch das steht in dem Artikel. Wenn ich noch einmal daran erinnern darf: Die Kosten von 3,7 Milliarden DM beziehen sich nur auf die Hälfte des ursprünglich vorgelegten Betriebskonzepts, das heißt, es ist jetzt schon mehr als doppelt so teuer wie vorher.

Ich frage mich: Nehmen Sie Fakten überhaupt nicht mehr zur Kenntnis, und sind Sie überhaupt nicht mehr bereit, darüber nachzudenken und noch einmal gründlich nachzurechnen, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

So wie wir Ihre Haushaltsführung und Ihre Politik der letzten 16 Jahre kennen, sind Sie dazu nicht mehr imstande. Deshalb gehören Sie nach dem 27. September auf die Oppositionsbänke geschickt.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Wissmann, wollen allen Ernstes trotz dieser offenen Fragen und trotz der steigenden Risiken im August die Verträge unterschreiben?

(D)

(Peter Dreßen [SPD]: Vabanquespiel!)

Das ist kein seriöses Abwägen von Chancen und Risiken. Das ist vor allen Dingen kein seriöser Umgang mit dem Geld der Steuerzahler. Das, Herr Wissmann, ist eine Politik nach dem Motto der verbrannten Erde oder nach dem Motto „Nach mir die Sintflut".

Ich möchte noch kurz unser **Abstimmungsverhalten** erläutern. Die Koalition hat zu einem Antrag der Grünen namentliche Abstimmung beantragt. Wir haben einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht; insofern werden wir den Entschließungsantrag der Koalition ablehnen. Wir werden uns bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Grünen enthalten, weil wir – im Gegensatz zu den Grünen – die Technik befürworten und lediglich bezüglich der Strecke Probleme sehen.

(Zuruf des Abg. Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Nein, bei dem Entschließungsantrag fehlt uns das. Die anderen Punkte sind weitgehend identisch. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung darüber enthalten.

Bei der Abstimmung über den Antrag, der zur namentlichen Abstimmung gestellt ist, werden wir uns ebenfalls enthalten, und zwar aus folgendem Grund: Die Grünen beantragen, das Allgemeine Magnetschwebebahngesetz aufzuheben. Diesem Gesetz haben wir zugestimmt, weil wir auch der Technik zustimmen. Im übrigen ist in dem Antrag noch ein

Elke Ferner

(A) Relikt enthalten, nämlich die Forderung einer Mittelsperre für das Haushaltsjahr 1997. Dieser Haushalt ist längst vollzogen.

Bei den anderen Abstimmungen werden wir teilweise zustimmen und nur den einen Punkt, der das gleiche Thema – Mittelsperre für 1997 – betrifft, ablehnen, weil der Haushalt 1997 vollzogen ist.

Ich stelle für meine Fraktion nochmals fest: Die **Risiken für die Steuerzahler** aufgrund dieser Streckenfestlegung und aufgrund dieses Finanzierungskonzepts sind ausschließlich vom Bundesverkehrsminister, von der Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsparteien zu verantworten. Da Sie Ihre Chancen für die Bundestagswahl schwinden sehen, wollen Sie noch vor dem 27. September vertragliche Bindungen eingehen, deren verheerende Konsequenzen für den Haushalt die künftige SPD-geführte Bundesregierung ausbaden soll.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Erblast!)

Ich sage Ihnen auch: Für eine solch unseriöse Politik lassen sich weder Gerhard Schröder noch die SPD-Bundestagsfraktion vereinnahmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Horst Friedrich.

(B) **Horst Friedrich** (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir bis jetzt erlebt haben, ist eigentlich ein modernes Märchen mit der Überschrift „Zwietracht in Einfalt" mit dem Beginn: Es begab sich einmal zu der Zeit, als die Bürger wieder zu den Wahlurnen gerufen werden sollten, daß eine Sternschnuppe durchs Land schrödert und

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber kein Märchen, das ist biblisch!)

zu jedem Thema einmal das eine und einmal das andere erklärte, ohne eigentlich genau zu wissen, was man erklärt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Insofern kann man den Grünen direkt dankbar sein, daß sie die Debatte heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Dies gibt uns die Gelegenheit, die angeblich behauptete **Übereinstimmung innerhalb der SPD** etwas näher zu beleuchten. Herr Schröder hat erklärt – auch wenn das die Kollegin Ferner nicht wahrhaben will, aber dann frage ich mich, warum der Sturm der Entrüstung so groß war –, daß er für den Fall der Regierungsübernahme dafür sorgen würde, daß das Projekt Transrapid konsequent umgesetzt werden würde, und zwar auf der Strecke von Hamburg nach Berlin. Soweit die bestätigten Aussagen.

(Elke Ferner [SPD]: Mit der Einschränkung: wenn die Finanzierung stimmt!)

(C) Laut den Nachrichten im „Stormarner Tageblatt" vom 15. Juni 1998 schließt sich der Verkehrsminister der Landesregierung Schleswig-Holstein – SPD – dieser Aussage tatsächlich an.

(Roland Kohn [F.D.P.]: Hört! Hört!)

Wenn er es nicht so gesagt haben sollte, frage ich mich allerdings, wie dann die Äußerungen der Kollegen der SPD vor Ort zu werten sind. Ein gewisser Eckart Kuhlwein – den haben wir schon erlebt – sagt: „Für die Profilierung einzelner ist die Transrapid-Strecke kein geeignetes Thema." Nun frage ich mich: Ist Herr Schröder vielleicht ein einzelner in der SPD? Ab und zu könnte man es glauben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein Delegierter namens Uder wird mit der Bemerkung zitiert: „Damit verspielt die SPD ihre Glaubwürdigkeit." Dem ist nichts hinzuzufügen. Ein weiterer Delegierter erklärt: „So geht es in einer Mitgliederpartei nicht." Hervorragend. Nur frage ich mich dann: Wie ist denn dann der designierte Wirtschaftsminister Stollmann zu verstehen, wenn er sagt, für die Besetzungen in seinem Ministerium sei er alleine zuständig, weil er bei Gerhard Schröder im Wort sei? Irgendwie hat er die Spielregeln noch nicht begriffen.

(Zuruf von der SPD: Da ist ein Unterschied zu eurer Minigruppe!)

(D) Nein, meine Damen und Herren, die **Anträge der Grünen,** die hier vorliegen, sind eine Wiederholung des Themas nach dem Motto: Es ist zu jedem Thema schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Man versucht in diesem Zusammenhang deutlich zu machen, daß es noch gelingen könnte, den Transrapid zu stoppen. Das, meine Damen und Herren, wird Ihnen aber nicht gelingen.

Eines ist wieder einmal typisch: Die Zahl, die im „manager magazin" steht, ist noch nicht belastbar. Solange die genannten Zahlen noch nicht geprüft und ausgewertet sind, kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, das sei so. Ich bleibe dabei: Eine belastbare Kalkulations- und Berechnungsgrundlage für die Diskussion über den Preis ist uns noch nicht vorgelegt worden.

(Zuruf von der SPD: Genau das ist der Punkt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden erst über diese Zahlen reden, wenn sie tatsächlich belastbar sind.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege Friedrich, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gila Altmann?

Horst Friedrich (F.D.P.): Nein, ich möchte fortfahren, Frau Präsidentin. Ich habe nicht mehr sehr viel Zeit.

Ich möchte noch auf den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping eingehen, der in einem **Brief an den Betriebsratsvorsitzenden der**

Horst Friedrich

(A) **Thyssen Henschel GmbH,** Gerhard Vetter, geschrieben hat:

> Der Transrapid ist für mich unter technologischen Aspekten eine sehr interessante und anspruchsvolle Entwicklung ... Und du hast mit deiner Feststellung recht, daß man einem derartigen technologischen Sprung nicht mit den Maßstäben oder gar Ideologien von vorgestern gerecht werden kann!

Vielleicht könnte man hinzufügen: Das trifft auf die SPD zu. Denn diese – das haben wir ja gehört – will zwar den Transrapid als Technik, aber am liebsten von Kleinkleckersdorf nach Großkleckersdorf. Damit, meine Damen und Herren, werden wir es aber nicht schaffen, die Welt davon zu überzeugen, daß wir in einer Spitzentechnologie führend sind. Wir brauchen die Anwendungsstrecke von Hamburg nach Berlin.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die SPD beschließt auf ihrem Bundesparteitag am 3. September 1997 in Hannover, das Projekt einer Transrapid-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin abzulehnen. Der Landesparteitag der SPD in Mecklenburg-Vorpommern beschließt mit dem Landesvorsitzenden Ringstorff das gleiche. Und nun kommt Herr Schröder in die neuen Länder und erzählt dort der staunenden Bevölkerung, wenn er Bundeskanzler werden sollte – was ich nicht glaube –,

(Detlef von Larcher [SPD]: Sie zittern doch schon! – Weiterer Zuruf von der SPD: Es ist ja Ihre letzte Rede hier in diesem Hause!)

(B) werde er dieses Projekt umsetzen. Nun frage ich mich: Wem soll man denn tatsächlich glauben?

Im Gegensatz zur SPD bleibt die F.D.P. bei ihrem klaren Kurs bezüglich des Transrapid. Wir begrüßen, daß in Schwerin der erste Planfeststellungsbeschluß eingeleitet worden ist, und gehen davon aus, daß die restlichen im Laufe dieses und des nächsten Jahres eingeleitet und teilweise schon abgeschlossen werden können, und hoffen, daß vielleicht auch innerhalb der SPD die innovativen Kräfte siegen. Bis dahin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, haben Sie reichlich Gelegenheit, von den Oppositionsbänken aus den dahinschwebenden Transrapid zu betrachten. Und denken Sie immer daran: Schon berühmtere Staatsmänner haben gesagt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Wer zu spät rechnet, den bestraft das Leben!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich erteile jetzt dem Herrn Bundesverkehrsminister Wissmann das Wort.

Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin froh, daß wir nach den vielen Jas, Neins und Jeins aus der SPD in der vergangenen Woche wieder einmal eine positive Stimme gehört haben. **Herr Schröder** hat beim „Forum Ostdeutschland" in Rostock erklärt, eine SPD-geführte Bundesregierung wolle das Transrapid-Projekt Hamburg–Berlin vorantreiben. (C)

(Klaus Hasenfratz [SPD]: Wenn die Finanzierung stimmt!)

Er hat einer ADN-Meldung zufolge hinzugefügt, der Transrapid, dessen Finanzierung offenbar gesichert sei, solle gebaut werden.

(Elke Ferner [SPD]: Sie ist aber nicht gesichert!)

Er sei ein technologisch hochinteressantes Projekt.

(Elke Ferner [SPD]: Stimmt!)

An dieser Stelle vermerkt das Protokoll „starker Beifall". Und am Schluß sagt Herr Stolpe, Herr Schröder habe sein Ost-Examen bestanden.

Wenige Tage danach wird hier von der SPD das genaue Gegenteil vorgetragen. Es wird ein Antrag eingebracht, der den Bau des Transrapid nicht beschleunigen, sondern verzögern soll.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt ja nicht!)

Das ist Doppelzüngigkeit. Das ist keine glaubwürdige Wirtschafts- und Technologiepolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Slalomlauf der SPD in Sachen Magnetschwebebahn in den letzten Jahren verfolgt: Die rotgrüne Landesregierung in Hamburg ist dafür, Herr Stolpe dafür, Frau Simonis dagegen und die SPD-Bundestagsfraktion überwiegend dagegen. Aber gleichzeitig flüstern mir viele Kollegen zu: Bleibe bitte in der Frage des Transrapid hart. Meine Damen und Herren, wenn Sie zu großen Technologien eine so unklare Haltung beziehen, sind Sie nicht geeignet, Wirtschafts- und Industriepolitik für Deutschland verantwortlich zu betreiben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Elke Ferner [SPD]: Legen Sie doch einmal die Zahlen auf den Tisch!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Minister Wissmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Altmann?

Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr: Aber gerne.

Gila Altmann (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Wissmann, da Sie nur sechs Minuten Redezeit haben und sich schon so ausführlich über die SPD ausgelassen haben, möchte ich Sie fragen, ob Sie noch vorhaben, auf die von mir gestellten Fragen zu antworten. Mich interessiert – gerade auch nach der Aussage von Herrn Friedrich, daß man überhaupt erst einmal prüfen müsse –, was das ganz konkret für die Terminplanung bedeutet. In dem von Ihnen selbst mit unterschriebenen Betriebskonzept ist in bezug auf die Ausschreibung vom ersten Halb-

Gila Altmann (Aurich)

(A) jahr die Rede. Das erste Halbjahr endet am 30. Juni, dann müßten die Ausschreibungen gelaufen sein.

Was für Folgerungen ziehen Sie daraus, daß jetzt 900 Millionen DM an Mehrkosten alleine für den Fahrweg im Raum stehen? Was für Folgerungen ziehen Sie für die weitere Planung aus der Aussage, daß auch die 3,7 Milliarden DM nicht zu halten sind? Heißt das, daß Sie an dem Termin – erstes Halbjahr 1998 – nicht mehr festhalten und die eventuelle Ausschreibung aufschieben? Wie erfahren wir von den Ergebnissen Ihrer Beratungen? In Ihrem Betriebskonzept steht ja, daß dann, wenn von dem bisherigen Kostenrahmen deutlich abgewichen wird, neu beraten und abgestimmt werden muß.

Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr: Frau Kollegin Altmann, die **Magnetbahn-Planungsgesellschaft** hat auf diese Meldungen, die heute umlaufen – ähnliche Tatarenmeldungen über Kostensteigerungen sind in den letzten Jahren immer umgelaufen –, erklärt: Wir gehen weiterhin davon aus, daß der Kostenrahmen für den Fahrweg in Höhe von 6,1 Milliarden DM, Kostenstand 1996, gehalten werden kann.

(Elke Ferner [SPD]: Davon ausgehen heißt nicht wissen!)

Sie hat völlig zu Recht erklärt – das ist auch meine Auflage –: Selbstverständlich findet bei einem so großen Bauprojekt eine ständige Kostenkontrolle statt. Zwischen den Beteiligten wird ein Modell vereinbart, das Kostenbewußtsein und Kostendruck auch im (B) Falle eventueller Veränderungen der Kosten bei allen Beteiligten aufrechterhält.

(Elke Ferner [SPD]: Dann legen Sie uns das doch einmal vor!)

Meine Damen und Herren, wer je mit der Planung von großen Bauprojekten zu tun gehabt hat, weiß, daß er vom ersten bis zum letzten Tag darauf achten muß, daß die Kosten in Schach gehalten werden und die Proportionen stimmen. Das werden wir tun. Wir wollen dieses Projekt, aber wir werden gleichzeitig auch alles daransetzen, damit dieses Konzept kostenmäßig vor dem Bürger und Steuerzahler verantwortet werden kann. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich gehe noch auf einen zweiten Punkt ein, zu dem hier berechtigte Fragen aufgetaucht sind. Wir tun natürlich alles für das **Sicherheitsmanagement** eines solchen Hochtechnologieprojekts. So wie wir das ICE-System nach diesem schrecklichen Unfall in Sachen Sicherheit auf den Prüfstand stellen müssen, so stellen wir natürlich auch das Transrapid-Projekt unter Sicherheitsgesichtspunkten noch einmal auf den Prüfstand.

Alles spricht für besonders günstige Sicherheitseigenschaften des Transrapid. Ein Entgleisen ist nach menschlichem Ermessen so gut wie ausgeschlossen. Die Anordnung der Statoren unterhalb des Fahrwegs sowie die ohne Motoren leichten Triebköpfe gewährleisten mehr Sicherheit, und dank des berührungs- (C) freien Tragführantriebs- und Bremssystems ist der Verschleiß gering.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans-Ulrich Klose)

Aber nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden kann. Ich finde, wir haben die Verpflichtung, nicht nur auf Kosten, sondern auch auf Sicherheit zu achten. Das werden wir tun, auch bei diesem wichtigen Hochtechnologieprojekt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, eines ist allerdings klar: Weltweit setzt sich die Magnetbahntechnologie zunehmend durch. Der amerikanische Kongreß hat vor wenigen Wochen nach dem Besuch einiger Senatoren auf der Versuchsstrecke in Lathen beschlossen, für ein **Magnetbahnprojekt in den USA** 1 Milliarde Dollar bereitzustellen.

In der Welt steigt die Aufmerksamkeit für deutsche Technologie und bei Ihnen die Kleingläubigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das kann doch wohl keine zukunftsgewandte Technologiepolitik sein, die auf eine verantwortbare wirtschaftspolitische Konzeption schließen läßt.

Meine Damen und Herren, so können Sie nicht weitermachen. Ihr Kanzlerkandidat sagt einmal ja, die Partei sagt ein anderes Mal nein, und zwar bei jeder wichtigen Frage, beim Transrapid, bei der Steuerpolitik, beim Bündnis für Arbeit, beim Betriebsverfassungsgesetz.

(D) (Widerspruch bei der SPD)

Sie müssen sich irgendwann einmal entschließen, eine wirtschaftspolitische Konzeption für dieses Land zu entwickeln, wenn Sie regierungsfähig sein wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Eines werden wir nicht zulassen: daß Sie bis zur Bundestagswahl zwar Talk-Shows besuchen, sich aber in den entscheidenden Debatten um eine klare Antwort drücken. Wir werden Sie stellen. Das wollen wir auch in der Transrapid-Frage in den nächsten Monaten tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Fischer, CDU/CSU.

Dirk Fischer (Hamburg) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich zu einer Intervention auf den Beitrag der Kollegin Ferner hin gemeldet. Ich möchte hier bemängeln, daß die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD als Partei Einlassungen über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion zur Transrapid-Technik machen, die die Bevölkerung in höchstem Maße irritieren.

Dirk Fischer (Hamburg)

(A) Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß im Bundesrat zum Planungs- und Bedarfsgesetz ein Teil der SPD-regierten Länder nein gesagt hat, andere haben ja gesagt, und das dritte Drittel hat sich enthalten. Der SPD-Parteitag am 3. Dezember 1997 in Hannover hat es abgelehnt, diese Strecke zu bauen. Die SPD-Bundestagsfraktion betreibt eine Fundamentalopposition. Gleichzeitig erklärt der Fraktionsvorsitzende Scharping in der Sendung „Talk im Turm", an der auch Bundesminister Wissmann teilgenommen hat, der Transrapid sei eine vernünftige Technologie, und fordert, daß denen, die ein Risiko, ein unternehmerisches Wagnis eingehen, bessere Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Er täuscht also über das wahre Abstimmungsverhalten seiner Fraktion hinweg und suggeriert dem Fernsehpublikum Zustimmung und Unterstützung. Dann erleben wir, daß Herr Schröder sagt: „Ich werde die Sache forcieren und werde es vorantreiben." Frau Ferner sagt dazu, das habe er gar nicht gesagt; sie bezichtigt also die „Süddeutsche Zeitung" einer Falschberichterstattung über dieses Ereignis.

Frau Ferner, Sie haben dann gesagt: „Wir sind für Transrapid, aber gegen die Strecke."

(Elke Ferner [SPD]: Ja, habe ich immer gesagt!)

Sie haben hier Fragen aufgeworfen, die schon hunderttausendmal beantwortet worden sind, soweit sie zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt beantwortbar sind. Finanzielle Risiken auf Grund des Planfeststellungsverfahrens können erst hinterher quantifiziert (B) werden; derartige Fragen können jetzt noch gar nicht beantwortet werden.

Sie betreiben also eine Doppelstrategie.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist den Bürgern nicht zumutbar. Sie sind sowohl ganz dafür als auch ganz dagegen. Sie sagen zur Technik ja, zur Anwendung nein. Das heißt also, es gibt keine intellektuell vorstellbare Position, die die SPD als Partei und Fraktion nicht abdeckt. Der Bürger weiß bei Ihnen überhaupt nicht, woran er ist. Deshalb hat er eine klare Entscheidungsalternative nur in der Koalition, die zur Technik und zur Anwendung gleichermaßen ja sagt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Zur Erwiderung hat die Kollegin Ferner das Wort.

Elke Ferner (SPD): Herr Kollege Fischer, ich zitiere, was Gerhard Schröder in Köln gesagt hat. In dieser Weise hat er sich auch am Rande der Veranstaltung in Rostock geäußert. So, wie es in der „Süddeutschen Zeitung" gestanden hat, hat er es nicht gesagt. Wenn Sie es richtig gelesen hätten, hätten Sie gemerkt, daß er dort auch nicht mit einem Zitat wiedergegeben, (C) sondern interpretiert worden ist. Er hat in Köln gesagt:

> Im Vordergrund der Ablehnung früherer Zeit stand insbesondere die Frage der nicht zureichenden Finanzierung, was Transrapid angeht. Das scheint gelöst zu sein.

Zum zweiten haben Sie die unterschiedliche und differenzierte Haltung der Länder angesprochen, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist. Es gab auch aus CDU-regierten Ländern Widerstände gegen die Transrapid-Strecke, zum Beispiel vom sächsischen Verkehrsminister, von sächsischen Landtagsabgeordneten und anderen. Sie können jetzt nicht so tun, als stünde die CDU geschlossen hinter dem Projekt. Das stimmt nicht,

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Sachsen hat zugestimmt!)

– es ist falsch. Ihre Unterstellungen, die Sie eben vorgetragen haben, sind auch falsch.

Des weiteren haben Sie meinen Fraktionsvorsitzenden zitiert. Mein Fraktionsvorsitzender hat bei dieser Sendung die Position dargestellt, die die Fraktion bisher in den verschiedenen parlamentarischen Initiativen beschrieben hat und die wir auch heute in unserem Entschließungsantrag wieder beschrieben haben. Diese Position hat er stets mit unterstützt und unterschrieben; sie hat er auch in der Sendung „Talk im Turm" dargestellt.

Wenn mancher Mittelständler in dieser Republik eine solche Unterstützung hätte und so risikolos mit öffentlichen Geldern umgehen könnte wie das Trans- (D) rapid-Konsortium, dann stünde es um die wirtschaftliche Situation in dieser Republik wahrlich besser.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Herr Kollege Fischer, ich bedaure, daß Sie Ihr Statement zum Transrapid jetzt in einer Kurzintervention und nicht in einem Redebeitrag abgegeben haben. Das hätte uns vielleicht allen miteinander etwas Zeit erspart.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort zu einer weiteren Kurzintervention hat der Kollege Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Wissmann, so kommen Sie hier nicht davon.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Sie können sich hier nicht ans Pult stellen und vom amerikanischen Kongreß, von Kleingläubigkeit usw. schwadronieren. Sie haben diesem Haus schriftlich zugesagt, Sie würden bis zum Ende des ersten Halbjahres 1998, also bis zum 30. Juni, einen Bericht vorlegen, der eine endgültige **Investitionsrechnung** enthält und aus dem die Kosten und damit auch die Risi-

Albert Schmidt (Hitzhofen)

(A) ken klar hervorgehen, die die Deutsche Bahn AG und indirekt damit auch die Steuerzahler zu tragen haben werden. Diesem Versprechen sind Sie bis heute nicht nachgekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Wie können Sie es wagen, in der Sommerpause und fast am Ende der Legislaturperiode erste Spatenstiche vorzunehmen und Finanzierungsvereinbarungen im Auftrag des Steuerzahlers und dieses Hauses unterzeichnen zu wollen, wenn Sie uns hier bis heute die Zahlen noch nicht auf den Tisch gelegt haben? Das ist ein beispielloser Vorgang und keine Petitesse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Zweiter Punkt. Was von Ihrer ganzen schönen Konstruktion einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit verteiltem Risiko übriggeblieben ist, ist doch folgendes – das ist der Kern der Frage, den Sie heute wieder nicht behandelt haben –: Das **Finanzrisiko** liegt bei der Deutschen Bahn AG und damit bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Das Betreiberkonsortium, die Hersteller, müssen noch nicht einmal die schiere Funktionsfähigkeit ihres Systems garantieren. So ist der aktuelle Verhandlungsstand. Wenn ich heute ins Kaufhaus gehe und mir einen Haarfön kaufe, habe ich ein halbes Jahr Garantie. Das Betreiberkonsortium ist noch nicht einmal bereit, für wenige Wochen Garantie für das Betriebssystem Transrapid zu übernehmen. Angesichts dessen sprechen Sie von Risikoverteilung!

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Dritter und letzter Punkt. Sehenden Auges nehmen Sie in Kauf, in ein absehbares **Finanzdesaster** erster Güte und gigantischer Größenordnung hineinzumanövrieren. Einerseits gerieren Sie sich als wirtschaftspolitische Lichtgestalt der CDU. Andererseits überfordern und überlasten Sie künftige Bundeshaushalte mit einem Schuldenberg, der ohnegleichen sein wird. Die Bahnreform fahren Sie auf diese Weise gegen die Wand.

Da können Sie noch so viele Ihrer CDU-Spezln in einer widerwärtigen Vetternwirtschaft vom Bundesverkehrsministerium in die Deutsche Bahn AG hinüberlotsen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS – Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Ich könnte Ihnen die Namen nennen, um die es geht. Panikflüchtlinge von einem sinkenden Regierungsschiff sind das, und die private Deutsche Bahn AG läßt sich als ein Versorgungsbetrieb, als ein Abstellbahnhof für abgehalfterte Regierungspolitiker mißbrauchen.

Diese Politik lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

(C) **Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Das Wort zur Erwiderung hat der Bundesminister Wissmann.

(Detlef von Larcher [SPD]: Jetzt kommen die Zahlen! – Klaus Lennartz [SPD]: Wo sind die Zahlen?)

Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich will zunächst einmal etwas zum Ton sagen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Jetzt kommt der schriftliche Bericht!)

Meine Erfahrung aus allen Gesprächen und Debatten ist: Wenn jemand laut wird und haßerfüllt schreit, hat er in der Regel unrecht, Herr Kollege Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens will ich Ihnen sagen: Die **Investitionskostenrechnung,** den gesamten Finanzierungsplan Transrapid, abgestimmt zwischen Bundesregierung und Konsortium unter Mitarbeit führender deutscher Banken, liegt Ihnen vor.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nicht mit aktuellen Zahlen! Das ist Makulatur!)

Wir haben Ihnen zugesagt, daß wir Ihnen die endgültige Finanzierungsvereinbarung selbstverständlich rechtzeitig genauso zuleiten werden wie alles andere, was wir Ihnen bisher zugeleitet haben.

(D)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann brauchen wir eine Sondersitzung dieses Hauses!)

Meine Damen und Herren, wir machen beim Transrapid eine hochinteressante Erfahrung. Kolleginnen und Kollegen wie Herr Schmidt, wie Frau Ferner haben über Jahre hinweg verkehrspolitisch gegen den Transrapid argumentiert

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich niemals!)

und gesagt, ein Inselbetrieb mache keinen Sinn. Jetzt haben wir im Raumordnungsverfahren sachgemäß Punkt für Punkt nachgewiesen, daß der Transrapid in die Innenstadt von Berlin und in die Innenstadt von Hamburg führt, von der Bahn optimal gemanagt wird, mit dem übrigen Verkehrssystem vernetzt wird.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den 900 Millionen DM Kostensteigerung?)

Seit diesem Zeitpunkt haben Sie kein verkehrspolitisches Argument gegen den Transrapid mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dann haben Sie beide als nächstes die umweltpolitische Karte gezogen und mit umweltpolitischen Argumenten gegen den Transrapid gewettert, wie man leider sagen muß. Wir haben Ihnen nachgewiesen, daß der Transrapid einen geringeren **Energieverbrauch** als das klassische Schienensystem hat und

Bundesminister Matthias Wissmann

(A) daß die **Lärmemission** bei mittleren Geschwindigkeiten, also bei der Einführung in die Stadt, deutlich geringer ist als bei der klassischen Technologie.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache!)

Seitdem haben Sie kein ernsthaftes umweltpolitisches Argument gegen den Transrapid mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dann haben Sie, was vor allem für Sie beide ganz neu war, angefangen, wirtschaftspolitisch und finanzierungstechnisch zu argumentieren.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Wir haben Ihnen einen Finanzierungsplan vorgelegt.

(Elke Ferner [SPD]: Der nicht stimmt!)

Wir haben Ihnen eine Investitionskostenrechnung vorgelegt,

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die veraltet ist!)

die wir noch durch die endgültige Finanzierungsvereinbarung ergänzen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist sie?)

Auch jetzt haben Sie kein vertretbares Argument mehr.

Meine Damen und Herren, wenn der Hamburger (B) Bürgermeister – rotgrün –, Ministerpräsident Stolpe, SPD, und Herr Schröder für den Transrapid argumentieren

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Kosten?)

und Sie immer noch in Ihrer alten Position verharren,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unsinn!)

muß ich daraus schließen: Erstens: Sie haben keine klare gemeinsame Meinung. Zweitens: Sie haben kein starkes Sachargument.

Deswegen kann ich nur sagen: Unsere Haltung bleibt klar: für den Transrapid, mit einer soliden Finanzierungsrechnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Jetzt hat der Kollege Klaus-Jürgen Warnick, PDS, das Wort.

Klaus-Jürgen Warnick (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als brandenburgischer Abgeordneter, dessen Wahlkreis und die benachbarten Landkreise besonders vom Bau der Transrapidstrecke betroffen sind, habe ich mich mit viel Energie an der Durchführung des **Volksbegehrens** gegen diese „innovative Wunderwaffe" beteiligt,

(Beifall bei der PDS)

(C) und dies, obwohl ich aus einem technischen Beruf komme und zukunftsträchtigen Neuerungen gegenüber grundsätzlich sehr aufgeschlossen bin.

Das Volksbegehren brachte zwar nicht die benötigten 80 000 Unterschriften zusammen, aber wenn ich mir die ungünstigen Öffnungszeiten und langen Wege ansehe, die Brandenburgerinnen und Brandenburger teilweise bewältigen mußten, um ihre demokratische Mitbestimmungsmöglichkeit wahrzunehmen, dann sind ca. 70 000 Stimmen ein deutliches Zeichen gegen diesen Pleitezug. Die Aussagekraft dieses Votums wird noch deutlicher, wenn ich die allgegenwärtige Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit, vor allem in Ostdeutschland, betrachte.

Auch in Berlin haben sich bisher schon wieder ca. 35 000 Menschen gegen den Bau des Transrapids gewandt. Alles nur von PDS und Bündnisgrünen aufgehetzte Maschinenstürmer? Nicht im mindesten. Gehen Sie nach Brandenburg und Berlin, und fragen Sie die Bürgerinnen und Bürger, warum sie dagegen sind! In etlichen brandenburgischen Kommunen kann abends, weil das Geld fehlt, keine Straßenbeleuchtung mehr eingeschaltet werden, aber 10 Milliarden DM Steuergelder werden für ein technisches Spielzeug verschwendet, das ökonomisch ein vorhersehbarer Flop wird.

In Berlin ist für die Bekämpfung von Obdachlosigkeit, für den Erhalt von Turnhallen, Theatern, Sportplätzen – siehe Olympiastadion –, für so einfache Sachen wie den Betrieb von Springbrunnen kaum mehr eine Mark zu bekommen, aber 10 Milliarden DM für den Transrapid sind vorhanden. Vom Wohngeld will (D) ich hier gar nicht reden.

Es bleibt nicht bei dem 10-Milliarden-DM-Subventionsgeschenk. Wer bezahlt denn auf unabsehbare Zeit die jährlichen wirtschaftlichen Ausfälle in Milliardenhöhe, die durch zu geringe Auslastung entstehen? Oder wer bezahlt vielleicht in Zukunft die riesigen Summen für den Abriß, weil ein defizitärer Weiterbetrieb auf Dauer noch teurer wäre? Mit Sicherheit nicht die Wirtschaftsbosse, die sich vorher daran gesundgestoßen haben.

Nach dem furchtbaren **Unglück von Eschede** werden nun Stimmen laut, die davon ausgehen: Beim Transrapid könnte so etwas nicht passieren; der ist absolut sicher. Das haben die Erbauer der „Titanic" auch versprochen.

(Beifall bei der PDS)

Dabei gibt es viele, viele **ungeklärte Fragen.** Zum Beispiel hat, außer in Simulationsversuchen, niemand in der Realität erprobt, wie sich zwei Transrapid-Züge im Begegnungsverkehr verhalten. Was ist mit Bolzenbrüchen an der Versuchsstrecke im Emsland? Wie soll eine Evakuierung im Notfall vonstatten gehen? Was passiert, wenn eine Hochspannungsleitung auf die Strecke fällt? Fachleute zeigen auf, welche Katastrophen bei einer falsch gestellten Weiche oder bei abgesackten Trägern eintreten könnten. Lauter Unbekannte und keine Spur von absoluter Sicherheit.

Klaus-Jürgen Warnick

(A) Weil so viele vernünftige Gründe gegen den Transrapid sprechen, gibt es auch ein breites Bündnis von Verbänden, Bürgerinitiativen, Einzelpersonen und Parteien gegen dieses Projekt. In diesem Zusammenhang muß ich noch etwas zur SPD sagen, denn die Halbopposition SPD nimmt da wieder eine nicht unübliche Sonderrolle ein. Geradlinig wie immer, im Schlängelkurs von einer Bordsteinkante zur anderen. Das kriegen die auch unter 0,5 Promille hin.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Es geht so nach dem Motto: Wir bauen den Transrapid, wir bauen ihn nicht, wir bauen den Transrapid, wir bauen ihn nicht. Soviel Blumen habe ich gar nicht dabei, um das hier vorführen zu können.

(Beifall bei der PDS)

Der SPD-Wahlparteitag in Hannover ist schon erwähnt worden. Schröder sagt wieder etwas völlig anderes. Die SPD-Genossen in Mecklenburg-Vorpommern sind gegen den Bau.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Die Zeit, Herr Kollege.

Klaus-Jürgen Warnick (PDS): Ich bin sofort fertig. Es ist sowieso meine letzte Rede.

Ein großer Teil der Basis in Brandenburg und ein Teil der Unterbezirke ist ebenfalls gegen den Bau. Der brandenburgische Verkehrsminister Meyer ist dagegen ein großer Freund schneller Magnetbahnzüge. (B) Der Streit, ob der Nord- oder Südtrasse der Vorzug gegeben wird, ist noch nicht ausgestanden.

Da lobe ich mir doch die CDU/CSU und die F.D.P. Die halten wenigstens, wie die DDR, konsequent an ihrer Linie fest: Immer weiter so, auf dem bewährten Weg in den Untergang.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Als letzter Redner der Kollege Werner Kuhn, CDU/CSU.

Werner Kuhn (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im norddeutschen Raum zwei große Ballungsgebiete, Hamburg und Berlin, die in einem Verflechtungsbereich liegen, der es einfach wert ist, daß wir im Städteschnellverkehr auch die eigenen Technologien, die wir in Deutschland entwickelt haben, nämlich die Magnetschwebetechnik, anwenden können. Das Finanzierungskonzept ist schlüssig; wir haben es von unserem Minister gehört.

(Widerspruch von der SPD – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben nichts!)

Die Planungen sind hervorragend vorbereitet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Lisa Peters [F.D.P.])

(C) Frau Ferner, ich muß Ihnen einfach sagen: Auch das Einmaleins der Planungspolitik müssen Sie beherrschen lernen, denn ein Raumordnungsverfahren, das eingeleitet wurde, hat eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Aus dieser Umweltverträglichkeitsprüfung leite ich die Linie ab, entlang der der Transrapid laufen wird. Erst dann kann ich den Plan feststellen; und wenn die Planfeststellung durchgeführt ist, dann weiß ich, welche Kosten auf uns zukommen. Die kann ich grob über den Daumen schätzen. Bevor diese Aufgaben nicht gelöst sind, kann ich aber keine Märchen in die Welt setzen und sagen, es würden 900 Millionen DM an Investitionskosten ohne Kontrolle auf uns zukommen. Das ist unverantwortlich. Wir sind hier nicht bei „Talk im Turm", vielmehr geht es um den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich spreche auch als Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern. High-Tech bekämpft Strukturschwäche. Wir haben nur einige wichtige industrielle Kerne. Wir können keine großen weiteren Entwicklungen herausbringen, und deshalb brauchen wir diese neuen Technologien. Zudem brauchen wir den A 3xx und die Gentechnologie. Dahinter steht die CDU/CSU. Nur so werden wir die Zukunft gewinnen und das Tor zum 21. Jahrhundert aufstoßen können. Deutschland wird, wenn Rotgrün an die Regierung kommt, kleinkariert in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Es nützt auch nichts, wenn Ihr Medienstar, Überflieger und Kanzlerkandidat beim SPD-Forum in Rostock ankommt, ohne seinem Counterpart Ringstorff (D) auch nur einen Blick zu schenken, und dann groß verkündet: „Mit uns an der Regierung wird es keine Investitionsruine Transrapid geben." Das war die Schlagzeile in der „Ostsee-Zeitung"; das können Sie nachlesen. Meister Ringstorff war ganz betroffen; er hat gerade vor vier Wochen auf seinem Parteitag in Torgelow beschlossen: „Wenn wir das rotrote Bündnis installieren, dann werden wir beim Transrapid aussteigen." Diese mögliche Regierungspolitik – einmal auf Länder- und einmal auf Bundesebene – wird uns ins Chaos führen. Das müssen die Menschen draußen wissen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Wir als CDU/CSU-Fraktion sind pro Transrapid. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Hände weg von neuen Technologien und auch von der Magnetschwebebahn! Und zu diesem neuaufkeimenden Links-links-Bündnis in Mecklenburg-Vorpommern sage ich: Rote Hände weg von der Magnetschwebebahn, vom Transrapid – für eine gute Zukunft in Deutschland!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zu den Abstimmungen.*)

*) Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Alfred Hartenbach (SPD) siehe Anlage 2

Vizepräsident Hans-Ulirch Klose

Tagesordnungspunkt 14 a, Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Mittelsperre für den Transrapid. Das ist die Drucksache 13/6714. Wer stimmt dafür? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 14 b, Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beendigung des Transrapid-Projektes, Drucksache 13/6823. Die Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben.*) Bitte beachten Sie, daß eine ganze Reihe Abstimmungen, auch strittige Abstimmungen, folgt.

Wir setzen die Beratungen fort. Ich darf alle Kolleginnen und Kollegen bitten, Platz zu nehmen, weil ich sonst das Abstimmungsergebnis nicht überprüfen kann.

Tagesordungspunkt 14 c, Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Offenhaltung der Transrapid-Entscheidung, Drucksache 13/10347. Wer stimmt dafür? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 14 d, Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 13/7667. Das ist die Sammelübersicht 208. Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir zunächst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 13/11150? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt.

Wer stimmt für die Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Sammelübersicht 208 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkte 14 e und 14 f, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/11 181. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

*) Seite 22723 D

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/11182. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/11179. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 14 g, Beschlußempfehlung des Verkehrsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einbeziehung der EU-rechtlich vorgeschriebenen Trassenpreise in das Finanzierungskonzept für den Transrapid; das ist die Drucksache 13/11098. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8631 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem **Dritten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes**

– Drucksachen 13/10186, 13/10475, 13/10916, 13/11086 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Michael Müller (Düsseldorf)

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auch zu weiteren Erklärungen wird das Wort nicht gewünscht. Ich teile dem Hause mit, daß mir eine schriftliche Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung des Kollegen Michael Müller und der Kollegin Ulrike Mehl vorliegt; sie nehmen wir zu Protokoll.*)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Vermittlungsausschuß empfiehlt, unter Aufhebung des Gesetzesbeschlusses vom 24. April 1998 den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drucksache 13/11086? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Überweisungen im vereinfachten Verfahren

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Fünften Geset-**

*) Anlage 3

Vizepräsident Hans-Ulirch Klose

(A)

zes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

– Drucksache 13/11118 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Haushaltsausschuß

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 13/11118 an die in der Tagesordnung genannten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Bitte.

Michaele Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, daß diese Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auch an den Rechtsausschuß überwiesen werden soll. Es handelt sich nämlich hierbei darum, Formulierungen in das Gesetz einzuführen, die im deutschen Verwaltungsrecht nicht üblich sind. Das könnte mit der Gefahr verbunden sein, daß dieses Gesetz wahrscheinlich in der Praxis nicht anwendbar ist.

Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf nicht um einen unwichtigen Punkt, sondern um die Umsetzung einer EU-Richtlinie, der Seveso-II-Richtlinie, bei der es darum geht, schwere Unfälle, zum Beispiel in Chemiebetrieben, zu verhindern. Durch sie soll der Schutz von Arbeitnehmern und der Bevölkerung in der Umgebung gewährleistet werden.

Unsere Juristen sagen uns, daß es den zuständigen Behörden auf Grund der gewählten Formulierungen nicht möglich sein wird, gegen Betreiber von gefährlichen Anlagen vorzugehen, und zwar selbst dann nicht, wenn ein begründeter Verdacht besteht, daß Maßnahmen zur Verhütung von schweren Unfällen oder zur Begrenzung der Auswirkungen schwerer Unfälle unzureichend sind.

(B)

Wenn Sie unserem Antrag, den Gesetzentwurf zur Mitberatung auch an den Rechtsausschuß zu überweisen, damit der Rechtsausschuß diese Formulierung überprüfen kann, nicht zustimmen, dann zeigen Sie damit, daß es gewollt ist, daß dieses Gesetz in der Praxis nicht umsetzbar ist. Dies halten wir für nicht akzeptabel. Es handelt sich hierbei, wie gesagt, nicht um eine Nebensächlichkeit, sondern um den Schutz der Menschen vor schweren Chemieunfällen, wie zum Beispiel Seveso.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Zu diesem Antrag hat der Kollege Hörster das Wort.

Joachim Hörster (CDU/CSU): Herr Präsident! Wir lehnen diesen Antrag ab, weil die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuß, nachdem sie die Materie geprüft haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, daß die vorgeschlagenen Ausschüsse eine sachgerechte Behandlung garantieren, der Auffassung sind, daß eine Mitberatung ihres Ausschusses nicht erforderlich ist.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Schmidt!

(C)

Wilhelm Schmidt (Salzgitter) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen für den Antrag, den Rechtsausschuß in die Beratungen einzubeziehen. Ich wundere mich schon sehr, daß sich die CDU/CSU-Fraktion gegen eine solche Einbeziehung des Rechtsausschusses wendet; denn wir beziehen den Rechtsausschuß bei viel unverfänglicheren und normaleren Gesetzgebungsvorhaben ein. Insofern ist hier eine sehr überraschende Wendung festzustellen.

Angesichts der Bedeutung des Gesetzentwurfs, die eben gerade dargestellt worden ist, plädieren wir ausdrücklich dafür, daß der Rechtsausschuß einbezogen wird.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich zunächst über den Zusatzantrag abstimmen, den Gesetzentwurf zur Mitberatung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Wer diesem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt.

Dann frage ich jetzt, ob es zu dem Überweisungsvorschlag anderweitige Vorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich gebe Ihnen jetzt das **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Antrag der Abgeordneten Gila Altmann, Albert Schmidt und anderer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – das ist die Drucksache 13/6823 – bekannt: Abgegebene Stimmen 592. Mit Ja haben gestimmt 71, mit Nein haben gestimmt 342; Enthaltungen 179. Der Antrag ist abgelehnt.

(D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 591;
davon

ja: 71

nein: 341

enthalten: 179

Ja

SPD

Wolfgang Behrendt
Peter Conradi
Michael Müller (Düsseldorf)

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gila Altmann (Aurich)
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Amke Dietert-Scheuer
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Andrea Fischer (Berlin)
Joseph Fischer (Frankfurt)
Rita Grießhaber
Gerald Häfner
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Ulrike Höfken
Michaele Hustedt
Dr. Manuel Kiper
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Oswald Metzger
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Egbert Nitsch (Rendsburg)
Cem Özdemir
Gerd Poppe
Halo Saibold
Irmingard Schewe-Gerigk
Albert Schmidt (Hitzhofen)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Ursula Schönberger
Waltraud Schoppe
Werner Schulz (Berlin)
Marina Steindor
Christian Sterzing
Manfred Such
Dr. Antje Vollmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

PDS

Wolfgang Bierstedt
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Ludwig Elm
Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Ruth Fuchs
Hanns-Peter Hartmann
Dr. Uwe-Jens Heuer
Dr. Barbara Höll
Dr. Willibald Jacob
Ulla Jelpke
Gerhard Jüttemann
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Köhne
Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Dr. Günther Maleuda
Manfred Müller (Berlin)
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Steffen Tippach
Klaus-Jürgen Warnick
Gerhard Zwerenz

(B)

Fraktionslos

Kurt Neumann (Berlin)

Nein

CDU/CSU

Ulrich Adam
Peter Altmaier
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Dietrich Austermann
Heinz-Günter Bargfrede
Franz Peter Basten
Dr. Wolf Bauer
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Friedrich Bohl
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Rudolf Braun (Auerbach)
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt
Manfred Carstens (Emstek)
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Gertrud Dempwolf
Albert Deß
Renate Diemers
Wilhelm Dietzel
Werner Dörflinger
Hansjürgen Doss
Dr. Alfred Dregger
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Rainer Eppelmann
Heinz Dieter Eßmann
Horst Eylmann
Anke Eymer
Jochen Feilcke
Ulf Fink
Dirk Fischer (Hamburg)
Klaus Francke (Hamburg)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Michaela Geiger
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Wilma Glücklich
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Joachim Gres
Kurt-Dieter Grill
Wolfgang Gröbl
Hermann Gröhe
Claus-Peter Grotz
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Otto Hauser (Esslingen)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Manfred Heise
Detlef Helling
Dr. Renate Hellwig
Peter Hintze
Josef Hollerith
Elke Holzapfel
Siegfried Hornung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Peter Jacoby
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Helmut Jawurek
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Michael Jung (Limburg)
Ulrich Junghanns
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Manfred Kanther
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Peter Keller
Eckart von Klaeden
Dr. Bernd Klaußner
Ulrich Klinkert
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors
Hartmut Koschyk
Manfred Koslowski
Thomas Kossendey
Annegret Kramp-Karrenbauer
Wolfgang Krause (Dessau)
Arnulf Kriedner
Heinz-Jürgen Kronberg
Dr.-Ing. Paul Krüger
Reiner Krziskewitz
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Karl Lamers
Dr. Norbert Lammert
Helmut Johannes Lamp
Armin Laschet
Herbert Lattmann
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Werner Lensing
Christian Lenzer
Peter Letzgus
Editha Limbach
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Sigrun Löwisch
Heinrich Lummer
Dr. Michael Luther
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Rudolf Meinl
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Rudolf Meyer (Winsen)
Hans Michelbach
Dr. Gerd Müller
Elmar Müller (Kirchheim)
Engelbert Nelle
Bernd Neumann (Bremen)
Johannes Nitsch
Claudia Nolte
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Gerhard Päselt
Ulrich Petzold
Angelika Pfeiffer
Dr. Gero Pfennig
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp

(C)

Dr. Winfried Pinger
Ronald Pofalla
Dr. Hermann Pohler
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Dieter Pützhofen
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Rolf Rau
Helmut Rauber
Peter Harald Rauen
Christa Reichard (Dresden)
Klaus Dieter Reichardt (Mannheim)
Dr. Bertold Reinartz
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Roland Richter
Dr. Norbert Rieder
Dr. Erich Riedl (München)
Klaus Riegert
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühe
Roland Sauer (Stuttgart)
Ortrun Schätzle
Dr. Wolfgang Schäuble
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Gerhard Scheu
Norbert Schindler
Ulrich Schmalz
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans-Otto Schmiedeberg
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Wolfgang Schulhoff
Dr. Dieter Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Gerhard Schulz (Leipzig)
Frederick Schulze (Sangerhausen)
Diethard Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Marion Seib
Wilfried Seibel
Heinz-Georg Seiffert
Rudolf Seiters
Johannes Selle
Bernd Siebert
Jürgen Sikora

(D)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Johannes Singhammer
Margarete Späte
Wolfgang Steiger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Dr. Gerhard Stoltenberg
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Michael Stübgen
Egon Susset
Dr. Rita Süssmuth
Michael Teiser
Dr. Susanne Tiemann
Gottfried Tröger
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Gunnar Uldall
Wolfgang Vogt (Düren)
Dr. Horst Waffenschmidt
Dr. Theodor Waigel
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Jürgen Warnke
Kersten Wetzel
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Gert Willner
Bernd Wilz
Willy Wimmer (Neuss)
Matthias Wissmann
Dagmar Wöhrl
Michael Wonneberger
Elke Wülfing
Peter Kurt Würzbach
Cornelia Yzer
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

(B)

SPD

Hans Berger
Iris Follak
Dieter Grasedieck
Hans-Joachim Hacker
Alfred Hartenbach
Jens Heinzig
Gerd Höfer
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Ernst Kastning
Hans-Ulrich Klose
Klaus Lennartz
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Dr. Rolf Niese
Reinhold Robbe
Dieter Schanz
Horst Schild
Dr. Emil Schnell
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Johannes Singer
Jörg-Otto Spiller
Joachim Tappe
Dr. Bodo Teichmann
Dr. Gerald Thalheim
Hans-Eberhard Urbaniak
Gunter Weißgerber
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Peter Zumkley

F.D.P.

Ina Albowitz
Dr. Gisela Babel
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Burkhard Hirsch
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Detlef Kleinert (Hannover)
Roland Kohn
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Uwe Lühr
Jürgen W. Möllemann
Günther Friedrich Nolting
Dr. Rainer Ortleb
Lisa Peters
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Klaus Röhl
Helmut Schäfer (Mainz)
Cornelia Schmalz-Jacobsen
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Dr. Guido Westerwelle

Enthalten

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr
Doris Barnett
Klaus Barthel
Gerd Bauer
Ingrid Becker-Inglau
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Anni Brandt-Elsweier
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Christel Deichmann
Karl Diller
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Dreßen
Rudolf Dreßler
Ludwig Eich
Peter Enders
Gernot Erler
Annette Faße
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Eva Folta
Norbert Formanski
Dagmar Freitag
Katrin Fuchs (Verl)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Dr. Liesel Hartenstein
Klaus Hasenfratz
Dr. Ingomar Hauchler
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Frank Hofmann (Volkach)
Eike Hovermann
Lothar Ibrügger
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Ilse Janz
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Thomas Krüger
Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Helga Kühn-Mengel
Konrad Kunick
Dr. Uwe Küster
Werner Labsch
Brigitte Lange
Detlev von Larcher
Waltraud Lehn
Klaus Lohmann (Witten)
Christa Lörcher
Erika Lotz
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Dorle Marx
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Markus Meckel
Ulrike Mehl

(C)

Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Doris Odendahl
Günter Oesinghaus
Leyla Onur
Manfred Opel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Dr. Eckhart Pick
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Bernd Reuter
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Marlene Rupprecht
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Ottmar Schreiner

(D)

Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Volkmar Schultz (Köln)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Horst Sielaff
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Siegfried Vergin
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hans Wallow
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Jochen Welt
Hildegard Wester

Vizepräsident Hans-Ulirch Klose

Lydia Westrich	Dr. Wolfgang Wodarg
Inge Wettig-Danielmeier	Verena Wohlleben
Dr. Norbert Wieczorek	Hanna Wolf (München)
Heidemarie Wieczorek-Zeul	Heidi Wright
Dieter Wiefelspütz	Uta Zapf
Berthold Wittich	Dr. Christoph Zöpel

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV oder der IPU

Abgeordnete(r)

Antretter, Robert, SPD	Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
Bindig, Rudolf, SPD	Marten, Günter, CDU/CSU
Blunck, Lilo, SPD	Dr. Probst, Albert, CDU/CSU
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU	Schloten, Dieter, SPD
Fischer (Unna), Leni, CDU/CSU	Schluckebier, Günter, SPD
Haack (Extertal), Karl Hermann, SPD	von Schmude, Michael, CDU/CSU
Horn, Erwin, SPD	Terborg, Margitta, SPD
Dr. Lucyga, Christine, SPD	Dr. Wittmann, Fritz, CDU/CSU
	Zierer, Benno, CDU/CSU

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 19b bis 19z. Es handelt sich um die Beschlußfassungen zu Vorlagen, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 19b:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Ausübung der Tätigkeit als Finanzdienstleistungsvermittler und als Versicherungsvermittler sowie zur Einrichtung eines Beirats beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen**

– Drucksache 13/9721 –

(Erste Beratung 220. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

(7. Ausschuß)

– Drucksache 13/10936 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Friedrich Merz
Jörg-Otto Spiller

Der Finanzausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/10936, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf des Bundesrates auf Drucksache 13/9721 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 19c:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes**

– Drucksache 13/8282 –

(Erste Beratung 200. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/10941 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Elke Ferner
Roland Richter

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/10941 unter Buchstabe a, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf des Bundesrates auf der Drucksache 13/8282 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Damit entfällt auch hier nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 19d:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Faße, Elke Ferner, Monika Ganseforth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Die Förderung von Anlagen des kombinierten Verkehrs für Dritte öffnen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Blockade beim kombinierten Verkehr beenden

– Drucksachen 13/8089, 13/7520, 13/10941

Berichterstattung:

Abgeordnete Elke Ferner
Roland Richter

Ich lasse zunächst über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr zum Antrag der Fraktion der SPD zur Förderung von Anlagen des kombinierten Verkehrs, Drucksache 13/10941 Buchstabe b, abstimmen. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8089 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Ich lasse nun über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beendigung der Blockade beim kombinierten Verkehr, Drucksache 13/10941 Buchstabe c, abstimmen. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/7520 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschluß-

Vizepräsident Hans-Ulirch Klose

empfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Tagesordnungspunkt 19e:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften im Eisenbahnbereich**

– Drucksache 13/10867 –

(Erste Beratung 239. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/11105 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Albert Schmidt (Hitzhofen)

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19f:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu der Änderungsvereinbarung vom 8. Mai 1997 zum Abkommen vom 5. Mai 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr**

– Drucksache 13/10432 –

(Erste Beratung 233. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/10956 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Lothar Ibrügger

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/10956, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19g:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Untersuchung von Unfällen und Störungen bei dem Betrieb ziviler Luftfahrzeuge und zur entsprechenden Anpassung anderer luftrechtlicher Vorschriften**

– Drucksache 13/10738 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/11180 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Lothar Ibrügger

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/11180, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19h:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. August 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über den Luftverkehr**

– Drucksache 13/10739 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/11099 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Michael Jung (Limburg)

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/11099, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben.– Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19i:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu den Änderungen vom 24. Februar 1995 und 30. Juli 1997 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind **(Zweites Gesetz zur Änderung des ATP-Übereinkommens)**

– Drucksache 13/10740 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Vizepräsident Hans-Ulirch Klose

(A)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/11102 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/11102, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19j:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 1. März 1991 über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens**

– Drucksache 13/10741 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

– Drucksache 13/11103 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Lothar Ibrügger

Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt auf Drucksache 13/11103, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

(B)

Tagesordnungspunkt 19k:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu der am 17. September 1997 in Montreal beschlossenen Änderung zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

– Drucksachen 13/10901, 13/11123 –

(Erste Beratung 241. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

– Drucksache 13/11155 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Peter Paziorek
Wolfgang Behrendt
Michaele Hustedt
Birgit Homburger

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt auf Drucksache 13/11155, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

(C)

Tagesordnungspunkt 19l:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Protokoll vom 30. Oktober 1997 zum Abkommen über die Zusammenarbeit und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino**

– Drucksache 13/10737 –

(Erste Beratung 241. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

– Drucksache 13/11029 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Hartmut Schauerte

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt auf Drucksache 13/11029, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 19m:

(D)

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" und zu dem Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in dieses Abkommen**

– Drucksache 13/10725 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Post und Telekommunikation (17. Ausschuß)

– Drucksache 13/11164 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Michael Meister
Hans Martin Bury

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation empfiehlt auf Drucksache 13/11164, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Interfraktionell ist vereinbart, die zweite und dritte Beratung des Wahlstatistikaufhebungsgesetzes, Tagesordnungspunkt 19n, auf morgen zu verschieben. Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind. – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Tagesordnungspunkt 19 o:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern und zur Änderung des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung **(Kulturgutsicherungsgesetz – KultgutSiG)**

– Drucksache 13/10789 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses

(4. Ausschuß)

– Drucksache 13/11158 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Michael Stübgen
Gisela Schröter
Rezzo Schlauch
Ina Albowitz
Ulla Jelpke

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11158, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und PDS bei (B) Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist angenommen, Mehrheitsverhältnisse wie zuvor.

Tagesordnungspunkt 19 p:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung der Patentanwaltsordnung**

– Drucksache 13/10764 –

(Erste Beratung 239. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/11171 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Franz Peter Basten
Ludwig Stiegler

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung bei (C) Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist angenommen, Mehrheitsverhältnisse wie zuvor.

Tagesordnungspunkt 19 q:

– Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Christel Hanewinckel, Ingrid Holzhüter, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Beseitigung der Benachteiligung der Prostituierten**

  – Drucksache 13/8049 –

  (Erste Beratung 184. Sitzung)

– Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Volker Beck (Köln), Gila Altmann (Aurich), weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von Prostituierten**

  – Drucksachen 13/6372, 13/7440 –

  (Erste Beratung 169. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuß) (D)

– Drucksachen 13/11174, 13/11183 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Ilse Falk
Ingrid Holzhüter
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Heidemarie Lüth
Irmingard Schewe-Gerigk

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfiehlt auf Drucksache 13/11174 unter Nr. 1, den Gesetzentwurf der SPD auf Drucksache 13/8049 abzulehnen. Ich lasse jetzt über diesen Gesetzentwurf der SPD abstimmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt. Damit entfällt nach der Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt in seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11174 auch eine Empfehlung zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von Prostituierten ab. Ich gehe davon aus, daß wir jetzt auch über diesen Gesetzentwurf abstimmen können. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur rechtlichen Diskriminie-

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

rung von Prostituierten auf Drucksachen 13/6372 und 13/7440. Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfiehlt auf Drucksache 13/11174 Nr. 2, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt. Damit entfällt nach der Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 19r:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Cem Özdemir, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

– Drucksache 13/10866 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 19s:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

– zu dem Antrag des Abgeordneten Claus-Peter Grotz und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Ulrich Irmer, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und der Fraktion der F.D.P.

Neue Herausforderung für die auswärtige Kulturpolitik

– zu dem Antrag der Abgeordneten Freimut Duve, Stephan Hilsberg, Dr. Elke Leonhard, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gefahren abwenden von der auswärtigen Kulturpolitik

– zu dem Antrag der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Uschi Eid, Dr. Angelika Köster-Loßack, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neuordnung der Zuständigkeiten in der auswärtigen Kulturpolitik

– Drucksachen 13/9613, 13/9450, 13/8679, 13/10579 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Alois Graf von Waldburg-Zeil
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Waltraud Schoppe
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. zu neuen Herausforderungen für die auswärtige Kulturpolitik, Drucksache 13/10579 Buchstabe a. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9613 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD zur Abwehr von Gefahren von der auswärtigen Kulturpolitik, Drucksache 13/10579 Buchstabe b. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9450 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei Stimmenthaltung der PDS angenommen.

Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Neuordnung der Zuständigkeiten in der auswärtigen Kulturpolitik, Drucksache 13/10579 Buchstabe c. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8679 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Tagesordnungspunkt 19t:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anerkennung der deutschen Gebärdensprache und der Gehörlosen-Gemeinschaft

– Drucksachen 13/9217, 13/10807 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Birgit Schnieber-Jastram

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/10807 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/10807 Buchstabe b. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9217 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS angenommen.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Tagesordnungspunkt 19 u:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Internationale Kontrolle und Abrüstung von Kleinwaffen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Edelgard Bulmahn, Katrin Fuchs (Verl), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Abrüstung von Kleinwaffen

– Drucksachen 13/10026, 13/9248, 13/10899 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Dirk Bierling
Gernot Erler
Angelika Beer
Dr. Olaf Feldmann

Der Ausschuß empfiehlt, die Anträge auf den Drucksachen 13/10026 und 13/9248 zusammengefaßt in der Ausschußfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS angenommen.

(B) Tagesordnungspunkt 19 v:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (18. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Otto Reschke, Karl Diller, Achim Großmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Soziale Wohnungsfürsorge mit neuem Konzept weiterführen

– Drucksachen 13/7091, 13/11025 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Gert Willner
Otto Reschke

Der Ausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11025 Nr. 1, den Antrag auf Drucksache 13/7091 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und PDS bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11025 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

(C) Tagesordnungspunkt 19 w:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (18. Ausschuß)

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Werner Dörflinger, Wilma Glücklich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Dr. Klaus Röhl und der Fraktion der F.D.P. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Wohngeld- und Mietenbericht 1997

– Drucksachen 13/10384, 13/10620, 13/10622, 13/10623, 13/11115 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Otto (Erfurt)
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Achim Großmann
Wolfgang Spanier

(D) Der Ausschuß empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11115, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10620 in Kenntnis des Berichts auf Drucksache 13/10384 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum genannten Bericht, Drucksache 13/11115 Nr. 2. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10622 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/11115 Nr. 3. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10623 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Tagesordnungspunkt 19x:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (18. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

– Drucksachen 13/10141, 13/11114 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Gabriele Iwersen
Margarethe Späte

Wer stimmt für die Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11114? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist bei magerer Stimmenbeteiligung einstimmig angenommen.

(Heiterkeit)

Tagesordnungspunkt 19y:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuß)

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Franziska Eichstädt-Bohlig, Marieluise Beck (Bremen), (B) weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Heidemarie Lüth, Klaus-Jürgen Warnick und der Gruppe der PDS zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter

und

Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission

– Drucksachen 13/9750, 13/10298, 13/10287, 13/10339, 13/11175 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Erika Reinhardt
Christa Lörcher
Heidemarie Lüth
Irmingard Schewe-Gerigk

Der Ausschuß empfiehlt unter Nr. 1 der Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11175, den Bericht auf Drucksache 13/9750 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 13/11175, Nr. 2. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10298 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen. (C)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 13/11175 Nr. 2. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10287 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 13/11175 Nr. 2. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10339 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der PDS angenommen. – Das waren doch jetzt Gegenstimmen bei der PDS?

(Dr. Barbara Höll [PDS]: Natürlich!) (D)

– Man darf ja noch einmal fragen.

(Dr. Barbara Höll [PDS]: Das ist doch unser Antrag!)

– Das allein beweist noch gar nichts.

(Heiterkeit)

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfiehlt unter Nr. 3 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11175 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und PDS angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19z:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Christa Lörcher, Christel Hanewinckel, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gewalt gegen Ältere – Prävention und Intervention

– zu dem Antrag der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Christa Nickels, Elisa-

(A)

beth Altmann (Pommelsbrunn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen gegen Gewalt in der Familie

– Drucksachen 13/5627, 13/5453, 13/7211 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Christa Lörcher
Rosel Neuhäuser
Irmingard Schewe-Gerigk
Erika Reinhardt

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion der SPD zur Gewalt gegen Ältere – Prävention und Intervention, Drucksache 13/7211. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/5627 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen gegen Gewalt in der Familie, Drucksache 13/7211. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/5453 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

(B)

Meine Damen und Herren, es folgten weitere 32 Seiten Abstimmungen. Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 20 a und 20 x. Es handelt sich um weitere Beschlußfassungen zu Vorlagen, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 20 a:

Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer, Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unterbringung der Lieferung von Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten zur mobilen Grenzüberwachung einschließlich Satellitentelefonen an die Türkei

– Drucksachen 13/8564, 13/11030 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Christian Ruck

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8564 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

(C)

Tagesordnungspunkt 20 b:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Dr. Uschi Eid, Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunftsfähige Mobilität – weltweit

– Drucksachen 13/8654, 13/11055 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Horst Friedrich

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8654 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 c:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

(D)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Bedingungen für den Betrieb von Liniendiensten mit Ro-Ro-Fahrgastfährschiffen und Fahrgasthochgeschwindigkeitsfahrzeugen in der Gemeinschaft

– Drucksachen 13/10361 Nr. 2.17, 13/11056 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Werner Kuhn

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 d:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Gila Altmann (Aurich), Angelika Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Chancengleichheit für die Schiene: Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen Verkehrsträgern

– Drucksachen 13/9665, 13/10981 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Elke Ferner

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9665 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltun-

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

gen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 e:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Karl Lamers, Dr. Erich Riedl (München) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Jörg van Essen, Dr. Helmut Haussmann und der Fraktion der F.D.P.

Angemessene deutsche personelle Repräsentanz in inter- und supranationalen Organisationen

– Drucksachen 13/10793, 13/11151 (neu) –

Berichterstattung:

Abgeordnete Christian Schmidt (Fürth)
Eberhard Brecht
Dr. Helmut Lippelt
Ulrich Irmer

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10793 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der PDS bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 f:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung

Zustimmungsbedürftige Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung – VerpackV)

– Drucksachen 13/10943, 13/11122 Nr. 2.1, 13/11163 (neu) –

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter
Marion Caspers-Merk
Dr. Jürgen Rochlitz
Birgit Homburger

Der Ausschuß empfiehlt, unter Nr. I seiner Empfehlung der Verordnung zuzustimmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Der Umweltausschuß empfiehlt unter Nr. II seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11163 (neu) die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 g:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich, Elke Ferner, Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Verbesserung der Situation von Kindern im Straßenverkehr

– Drucksachen 13/6535, 13/11057 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Werner Kuhn

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/6535 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 h:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- zu dem **Entschließungsantrag** der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997

– Ergebnisse der Waldschadenserhebung

- zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997

– Ergebnisse der Waldschadenserhebung

- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Waldbericht der Bundesregierung

– Drucksachen 13/9442, 13/10535, 13/10554, 13/8493, 13/10374, 13/10539, 13/11076 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Heidi Wright
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu dem Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997, Drucksa-

che 13/11076 Nr. 1: Der Ausschuß empfiehlt, den Bericht auf Drucksache 13/9442 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Beschlußempfehlung des Ernährungsausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zum Waldzustandsbericht 1997, Drucksache 13/11076 Nr. 2: Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10535 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der SPD und der PDS angenommen.

Beschlußempfehlung des Ernährungsausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Waldzustandsbericht 1997 und zum Waldbericht, Drucksache 13/11076 Nr. 3: Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10539 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Waldzustandsbericht 1997, Drucksache 13/11076 Nr. 4: Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10554 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20i:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Oswald Metzger, Christian Sterzing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unterstützung der Schweiz bei den Verhandlungen zum Alpentransit

– Drucksachen 13/8574, 13/10716 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Claus-Peter Grotz

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8574 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Tagesordnungspunkt 20j:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Gila Altmann (Aurich), Annelie Buntenbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Effizienter und EU-konformer Bau der S-Bahn-Linie 9 Haltern–Essen–Wuppertal

– Drucksachen 13/8769, 13/10906 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Norbert Königshofen

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8769 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Tagesordnungspunkt 20k:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Absatzförderung für deutschen Wein

– Drucksachen 13/4230, 13/4469 Nr. 1, 13/11054 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Heidi Wright

Der Ausschuß empfiehlt, den Bericht auf Drucksache 13/4230 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist – wie üblich, wenn es um Wein geht – einstimmig angenommen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11054 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20l:

Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 1998

Außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10 Mio. DM im Haushaltsjahr 1998 bei Kapitel 6004 außerplanmäßiger Titel 686 03 – Nothilfefonds für den Beauftragten der Bundesregierung für Flüchtlingsrückkehr und rückkehrbegleitenden Wiederaufbau in Bosnien und Herzegowina

– Drucksachen 13/10516, 13/10601 Nr 2, 13/10888 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Peter Jacoby
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Ilse Janz
Oswald Metzger

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 m:

Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 1998

Einwilligung in eine außerplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 1112 Titel 893 09 – Sachkostenzuschüsse an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen –

– Drucksachen 13/10359, 13/10486 Nr. 4 13/10889 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Karl Diller
Dr. Hermann Kues
Antje Hermenau
Ino Albowitz

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 n:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu dem Antrag der Präsidentin des Bundesrechnungshofes

(B) **Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 1997**

– Drucksachen 13/10082, 13/10890 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Rudolf Purps
Wilfried Seibel
Oswald Metzger
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 o:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der **Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Stellungnahme Nr. 1/97 des Europäischen Rechnungshofes zu den Bedingungen für die Ausführung der Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**

– Drucksachen 13/9935 Nr. 1.8, 13/10895 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans Georg Wagner
Wilfried Seibel

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

(C) Der Haushaltsausschuß empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/10895 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnung 20 p:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Kommission an den Rat über die Anwendung der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten in den Jahren 1993 bis 1995

– Drucksachen 13/8615 Nr. 2.97, 13/10907 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Roland Richter

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 q:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

(D) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über besondere Vorschriften für Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit mehr als acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates**

– Drucksachen 13/9312 Nr. 1.7, 13/10908 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Horst Friedrich

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 r:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Kommission über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr im Zeitraum 1993–1994

(18. Bericht der Kommission über die Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr)

– Drucksachen 13/10263 Nr. 2.1, 13/10959 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Leyla Onur

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20s:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß) zu dem **Entschließungsantrag** der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim, Anke Fuchs (Köln), Horst Sielaff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Auswirkungen und Zukunft der Garantiemengenregelung Milch (Milchquoten) in Deutschland

– Drucksachen 13/433, 13/1684, 13/3655, 13/10984 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jella Teuchner

Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/3655 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20t:

(B) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Post und Telekommunikation (17. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans Martin Bury, Klaus Barthel, Annette Faße, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Hochwertige Postdienstleistungen flächendeckend sichern

– Drucksachen 13/10210, 13/11107 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Renate Blank

Hans Martin Bury

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10210 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Tagesordnungspunkt 20u:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Christa Nickels, Cem Özdemir und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verweigerungsrecht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Produktion und Verbreitung rechtsextremer Propaganda

– Drucksachen 13/9710, 13/11137 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Helmut Heiderich

(C) Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9710 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Tagesordnungspunkt 20v:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Schoppe, Gerd Poppe, Rita Grießhaber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freiwilliger Verhaltenskodex für deutsche und europäische Unternehmen in China

– Drucksachen 13/9974, 13/11108 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Paul K. Friedhoff

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/9974 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Tagesordnungspunkt 20w:

(D) Beratung der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

Übersicht 10

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

– Drucksache 13/11134 –

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist bei Stimmenthaltung der PDS mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Beschlußempfehlungen des Petitionsausschusses, Tagesordnungspunkt 20x:

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 359 zu Petitionen

– Drucksache 13/11043 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 360 zu Petitionen

– Drucksache 13/11044 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 361 zu Petitionen

– Drucksache 13/11045 –

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 362 zu Petitionen

(Kritik an Nutzungsentgeltverordnung; Verbesserung für die Nutzer)

– Drucksache 13/11046 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 363 zu Petitionen

(Rentenrechtliche Regelungen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes)

– Drucksache 13/11047 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 364 zu Petitionen

– Drucksache 13/11048 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 365 zu Petitionen

– Drucksache 13/11049 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 366 zu Petitionen

– Drucksache 13/11050 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

(B)

Sammelübersicht 367 zu Petitionen

– Drucksache 13/11051 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 368 zu Petitionen

– Drucksache 13/11052 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 369 zu Petitionen

– Drucksache 13/11053 –

Sammelübersicht 359 auf Drucksache 13/11043: Wer stimmt dafür? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sammelübersicht 359 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Sammelübersicht 360 auf Drucksache 13/11044: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 360 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Sammelübersicht 361 auf Drucksache 13/11045: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 361 ist gegen die Stimmen der PDS mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

(C)

Sammelübersicht 362 auf Drucksache 13/11046: Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor, über den wir zunächst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 13/11149? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt. Wer stimmt jetzt für die Empfehlung des Petitionsausschusses? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 362 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Sammelübersicht 363 auf Drucksache 13/11047: Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag auf Drucksache 13/11148? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 363 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Sammelübersicht 364 auf Drucksache 13/11048: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 364 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Sammelübersicht 365 auf Drucksache 13/11049: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 365 ist gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

(D)

Sammelübersicht 366 auf Drucksache 13/11050: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 366 ist gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Sammelübersicht 367 auf Drucksache 13/11051: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 367 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Sammelübersicht 368 auf Drucksache 13/11052: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 368 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS angenommen.

Sammelübersicht 369 auf Drucksache 13/11053: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 369 ist bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und PDS mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Ich rufe jetzt die Zusatzpunkte 2a bis 2i auf. Es handelt sich um Beschlußfassungen zu weiteren Vorlagen, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) Zusatzpunkt 2 a:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Europa-Mittelmeer-Abkommen vom 26. Februar 1996 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits**

– Drucksachen 13/10756, 13/10933 –

(Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

– Drucksache 13/11082 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Rolf Hempelmann

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt auf Drucksache 13/11082, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist bei Stimmenthaltung der PDS mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Zusatzpunkt 2 b:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten (EMVG)**

– Drucksache 13/10742 –

(B) (Erste Beratung 238. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Post und Telekommunikation (17. Ausschuß)

– Drucksache 13/11177 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Elmar Müller (Kirchheim)
Gerd Bauer

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Zusatzpunkt 2 c:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz

Tätigkeitsbericht 1995 und 1996 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz

– 16. Tätigkeitsbericht –

– Drucksachen 13/7500, 13/11168 –

Berichterstattung: (C)

Abgeordnete Wolfgang Bosbach
Dorle Marx
Manfred Such
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der PDS bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Zusatzpunkt 2 d:

Zweite und dritte Beratung des von dem Abgeordneten Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)**

– Drucksache 13/9082 –

(Erste Beratung 213. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 13/11162 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Wolfgang Bosbach
Dorle Marx
Manfred Such
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke (D)

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11162, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/9082 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt. Damit entfällt nach der Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Zusatzpunkt 2 e:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Gerald Häfner, Volker Beck (Köln), Kerstin Müller (Köln), weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Gewährleistung des freien Zugangs zu amtlichen Informationen und zur Änderung anderer Gesetze (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)**

– Drucksache 13/8432 –

(Zweite und dritte Beratung 213. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 13/11152 –

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

Berichterstattung:

Abgeordnete Wolfgang Bosbach
Ute Vogt (Pforzheim)
Rezzo Schlauch
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11152, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/8432 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Zusatzpunkt 2f:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Gerald Häfner, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz**

– Drucksache 13/10261 –

(Erste Beratung 239. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 13/11170 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Erwin Marschewski
Dieter Wiefelspütz
Cem Özdemir
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/11170, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/10261 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Entwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS abgelehnt. Damit entfällt nach der Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Zusatzpunkt 2g:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 1996/1997

– Drucksachen 13/9999, 13/10486 Nr. 2, 13/11153 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Claus-Peter Grotz
Dr. Elke Leonhard
Waltraud Schoppe
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Der Ausschuß empfiehlt, den Bericht auf Drucksache 13/9999 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist bei Stimmenthaltung der PDS mit den Stimmen des Hauses im übrigen angenommen.

Zusatzpunkt 2h:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien

– Drucksachen 13/10964, 13/11154 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Alois Graf von Waldburg-Zeil
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Gerd Poppe
Ulrich Irmer

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10964 in der Ausschußfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Zusatzpunkt 2i:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratische, ökologische und entwicklungspolitische Gestaltung der Vergabe von Hermes-Bürgschaften

– Drucksachen 13/8724, 13/11080 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Erich G. Fritz

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/8724 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS angenommen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 9a bis 9f auf:

a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

(12. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte

Jahresbericht 1997 (39. Bericht)

– Drucksachen 13/10000, 13/11067 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jürgen Augustinowitz
Dieter Heistermann

b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Christian Sterzing, Annelie Buntenbach und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte

Jahresbericht 1996 (38. Bericht)

– Drucksachen 13/7100, 13/8468, 13/8851, 13/10071 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jürgen Augustinowitz
Dieter Heistermann

c) Beratung des **Abschlußberichts des 1. Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses nach Artikel 45a Abs. 2 des Grundgesetzes**

– Drucksache 13/11005 –

d) Erste Beratung des von den Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Andrea Gysi, weiteren Abgeordneten und der Gruppe der PDS eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes**

(B)

– Drucksache 13/10352 –

Überweisungsvorschlag:

Verteidigungsausschuß (federführend)
Rechtsausschuß

e) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Christian Sterzing, Annelie Buntenbach und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Traditionspflege der Bundeswehr

– Drucksachen 13/10279, 13/10940 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Christian Schmidt (Fürth)
Dieter Heistermann

f) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Manfred Müller (Berlin), Heinrich Graf von Einsiedel, Gerhard Zwerenz, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS

Abschaffung der Wehrpflicht

– Drucksachen 13/4461, 13/7033 –

(C)

Berichterstattung:

Abgeordnete Jürgen Augustinowitz
Brigitte Schulte (Hameln)
Dieter Heistermann

Es liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist es so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich mich in Namen des Hauses bei der Wehrbeauftragten Frau Claire Marienfeld und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Vorlage des Jahresberichts 1997 sehr herzlich bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Kurt Rossmanith, CDU/CSU-Fraktion.

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß wir noch in dieser vorerst letzten Sitzungswoche die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses nach Art. 45a Grundgesetz beraten können, wobei ich natürlich dankbar gewesen wäre, wenn wir zu einer etwas günstigeren Tageszeit darüber hätten debattieren können.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Das ist jetzt eine Durchhalteübung!)

– Ja, auch so etwas leisten wir natürlich. Insofern geben wir ein gutes Beispiel.

(D)

Das erfreuliche und für mich wichtigste Ergebnis des Untersuchungsausschusses lautet, daß es in der Bundeswehr keine rechtsextremistischen Strukturen, Netzwerke oder ähnliches gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Untersuchungsverfahren hat ergeben, daß die Bundeswehr bereits frühzeitig **Maßnahmen gegen rechtsextremistische Vorkommnisse** in der Truppe ergriffen hat. Dem Anwachsen des Rechtsextremismus in der Gesellschaft hat sie ihre Maßnahmen nach den jeweiligen aktuellen Erkenntnissen angepaßt. Die dem Abschlußbericht beigefügte Synopse gibt eindeutige Auskunft über die kontinuierlich vom Verteidigungsministerium eingeleiteten Schritte gegen rechtsextremistisches Auftreten in der Bundeswehr. Der Generalinspekteur hat seiner tiefen Sorge vor weiteren rechtsextremistischen Erscheinungen in der Truppe Ausdruck verliehen.

Der **Verteidigungsausschuß** hat sich seit der 1. Wahlperiode insgesamt zwölfmal selbst als **Untersuchungsausschuß** eingesetzt. Ich glaube, keines der bisherigen Untersuchungsverfahren wurde in so kurzer Zeit abgeschlossen, und keines der bisherigen Verfahren hatte ein solch breit angelegtes Untersuchungsthema. Aber auch keines der bisherigen Untersuchungsverfahren hat in solchem Maße die Gefahr in sich geborgen, die Treue der Soldaten der Bundeswehr zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Zweifel zu ziehen.

Kurt J. Rossmanith

(A) Die vor dem Untersuchungsausschuß angehörten Zeugen haben mit ihren Aussagen einen eindrucksvollen Beweis dafür geliefert, daß sie im Bewußtsein ihrer eigenen Leistungen falschen Idealen und falschen Zielen nicht nachlaufen und auch nicht nachzulaufen brauchen. Es ist ein Verdienst des **Konzepts der inneren Führung,** daß die Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr ihre Einbindung in unsere Demokratie verinnerlicht haben und ihr demokratisches Verständnis auch gegen falsches Gedankengut vertreten. Ich glaube deshalb, von einer Schieflage der inneren Führung kann man hier nicht reden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Im Gegenteil: Wer die frei und offen vor dem Untersuchungsausschuß auftretenden Soldaten erlebt hat, hat erfahren, daß innere Führung Selbstbewußtsein schafft und auch die Eigenverantwortung stärkt. Selbst kritische Fragen wurden ohne Vorbehalte beantwortet. Was die Soldaten in ihren Aussagen zur Sachverhaltsaufklärung beigetragen haben, stand meines Erachtens in nichts der Unterstützung durch das Bundesministerium der Verteidigung nach.

Ich möchte – wir haben ja eine verbundene Debatte – in diesem Zusammenhang – Untersuchungsausschuß – der Frau Wehrbeauftragten Marienfeld einen Dank für ihre Feststellungen im Jahresbericht 1997 aussprechen. Ich zitiere:

> Negative Entwicklungen können nur dann aufgehalten und korrigiert werden, wenn sie aufgedeckt und beim Namen genannt werden. Der Soldat ist verpflichtet, Fehlverhaltensweisen zu melden ... Dazu gehört nicht anonymes Denunzieren.

(B) Denn Weghören und Wegschauen bei Verhaltensweisen, die in der Bundeswehr keinen Platz haben dürfen, bedeutet für mich falsch verstandene Kameradschaft. Verschweigen schadet der Bundeswehr insgesamt und unseren Soldatinnen und Soldaten. Ich glaube, daß auch die Soldaten dies erkannt haben und aktiv gegen **falsches Gedankengut** auch in ihrem Kameradenkreis eintreten. Genau das erwarten wir von ihnen; denn ein Einschreiten bei Fehlverhalten von Beginn an, das ist richtig verstandene Kameradschaft.

In zehn öffentlichen Beweisaufnahmesitzungen und fast 115 Stunden lang haben die Mitglieder des Untersuchungsausschusses oftmals bis Mitternacht und darüber hinaus Detailfragen nachgespürt, die häufig Vorgänge betrafen, die teilweise bis zu fünf Jahre zurücklagen. Die Vernehmung von 49 Personen als Zeugen, sachverständige Zeugen oder Sachverständige hat in weiten Teilen die Ermittlungsergebnisse des Bundesministeriums der Verteidigung bestätigt und nur in seltenen Fällen vertieft.

Von der Opposition ist mit Hilfe ihres Minderheitenrechtes ein **Untersuchungsauftrag** durchgesetzt worden, von dem wohl von Anfang an klar war, daß er nur in Teilen aufgearbeitet oder abgearbeitet – wie immer man das sehen will – werden konnte. Der Zeitrahmen war einfach zu klein.

(C) Lassen Sie mich als Vorsitzenden auch dies sagen – ich meine es gar nicht so, wie es vielleicht zum Ausdruck kommt –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht hätte manchmal die Konzentration auf das Wesentliche anstatt der mehrfachen Wiederholung derselben Fragen geholfen, das Verfahren zu beschleunigen.

Ich glaube, daß nach Ende des Untersuchungsverfahrens die kritische Frage an den einen oder anderen erlaubt sein muß, ob nicht gelegentlich die Suche nach der politischen Verantwortung mit staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsarbeit verwechselt wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das war eine rethorische Frage, die keiner Antwort bedarf.

Wir haben am vergangenen Freitag der Präsidentin des Deutschen Bundestages unsere Ergebnisse übergeben. Sie hat anläßlich dieser Übergabe auch dargestellt, daß sie die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses als einen Beweis für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und des Primats der Politik sieht.

(Zustimmung des Abg. Dieter Heistermann [SPD])

(D) Es wurde allerdings auch von einem Zeugen erklärt, daß das Untersuchungsverfahren von den Soldaten als **Aktionismus der Politik im Wahljahr** und als Instrumentalisierung der Soldaten zu Wahlkampfzwecken bewertet wird. Ich habe diese Erfahrung auch bei vielen Truppenbesuchen, die ich durchgeführt habe, leider machen müssen. Denn für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr stellt sich die Frage, ob das Parlament den durch die Bundeswehr selbst ermittelten Erkenntnissen nicht hätte trauen können und müssen. Sie fragen sich mitunter vielleicht auch nicht ganz zu Unrecht, ob die in den politischen Bewertungen des Untersuchungsverfahrens wiederholt gemachte Aussage, die Bundeswehr sei ein Parlamentsheer, mehr als nur ein Lippenbekenntnis von uns ist. Mit Sensibilität und Sachlichkeit sollten wir den Soldaten verständlich machen, daß die Politik immer hinter der Bundeswehr gestanden hat und auch stehen wird.

Mehrere Zeugen haben dem Untersuchungsausschuß dargelegt, daß Soldaten nicht für den politischen Meinungskampf gerüstet sind und hier wegen ihrer Pflicht zur Zurückhaltung besonderen Schutz benötigen. Wir sollten den Soldatinnen und Soldaten, die vor neuen schweren Aufgaben stehen, das Gefühl vermitteln, ein ehrlicher Auftraggeber zu sein. Ich glaube, das sind wir ihrem Einsatz, den sie erforderlichenfalls auch durch Einsatz von Gesundheit und Leben erbringen, aber auch ihren Familien schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In den vergangenen Wochen ist im Untersuchungsausschuß vielfach auch die Frage der Stun-

Kurt J. Rossmanith

(A) denansätze für **politische Bildung** und staatsbürgerlichen Unterricht in der Bundeswehr diskutiert worden. Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang nicht untergehen darf, was der Kommandeur des Zentrums Innere Führung dazu als Zeuge festgestellt hat, nämlich daß entscheidend der Inhalt der politischen Bildung und ihre praktische Umsetzung sei. Ich glaube, er hat uns eindrucksvoll dargestellt, was die Bundeswehr nicht nur theoretisch, sondern vor allem vor Ort in der Truppe zur Unterstützung der Vorgesetzten seit langem unternimmt.

Ich glaube, Gegenstand der politischen Bildung muß jetzt auch die Verdeutlichung der Ziele dieses parlamentarischen Untersuchungsverfahrens und seiner Ergebnisse sein. Unser Anteil daran sollte sein, daß wir den Soldaten der Bundeswehr folgendes vermitteln: Erstens. Die Bundeswehr verdient unser vollstes Vertrauen. Zweitens. Es lastet kein Verdacht von rechtsextremistischem Gedankengut auf ihr. Drittens. Ihr wird auch kein Mißtrauen des Parlaments entgegengebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf hier auch noch auf eines aufmerksam machen: In den politischen Bewertungen aller Fraktionen und der Gruppe ist die Aussage des Bundesministers der Verteidigung unwidersprochen geblieben,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Och!)

die beste vorstellbare politische Bildung sei die Vermittlung von Verhaltenssicherheit im Umgang mit (B) der **Menschenwürde** anderer. Dem kann auch Frau Beer sicher nicht widersprechen.

(Beifall des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Mit besonderem Interesse – lassen Sie mich dies zum Schluß noch sagen – habe ich den Ausführungen des Generalinspekteurs zum Traditionsverständnis und zur **Traditionspflege** der Bundeswehr zugehört. Wenn er sagt, Tradition sei zielorientiert und in die Zukunft weisend, verbinde die Generationen über die Zeit hinweg, dann schließe ich mich dem voll an. Sichere Grundlage des Traditionsverständnisses der Bundeswehr ist die bundeswehreigene Geschichte auf der Basis des Traditionserlasses von 1982.

Die Anhörung von Bundesminister Rühe und Generalinspekteur Bagger hat überzeugend ergeben, daß die Führung der Bundeswehr die Weiterentwicklung der eigenen Tradition der Bundeswehr fördert. Was den jungen Soldaten aber an Geschichtskenntnissen fehlt, bevor sie in die Streitkräfte kommen, kann die Bundeswehr nicht in der verfügbaren knappen Zeit nachholen. Ihr sind nur Anstöße zur eigenen Weiterbildung der Soldaten möglich. Im Vordergrund muß die Einsatzbereitschaft der Soldaten in der Bundeswehr stehen.

Ich will aber noch anmerken, daß natürlich auch aktuelle Ereignisse traditionsbildend wirken können. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders an den Einsatz der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe an der Oder erinnern. (C)

Wer aber fehlende Trennschärfe in der Unterscheidung zwischen Traditionswürdigem und Traditionsunwürdigem kritisiert, ist aufgefordert, seinen eigenen Beitrag zur Positionsbestimmung zu leisten. Bilderstürmerei ist sicher ein Indiz für geschichtliche Orientierungslosigkeit und eine Flucht vor der Verantwortung aus der Geschichte. Ich glaube, dagegen sollten wir uns alle wehren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bei allem politischen Dissens hat sich auch in diesem Untersuchungausschuß des Verteidigungsausschusses gezeigt, daß alle Mitglieder ihre Verantwortung für die Bundeswehr zu tragen bereit sind. Dafür danke ich ihnen ebenso wie für die sachorientierte Arbeit, wie wir sie aus dem Verteidigungsausschuß seit langem kennen. Mein Dank gilt auch meinem Stellvertreter, dem Kollegen Dieter Heistermann. Ebenso gilt er den Damen und Herren Mitarbeitern des Verteidigungsausschuß- und des Untersuchungsausschußsekretariates sowie der Bundestagsverwaltung; hier meine ich insbesondere den Stenographischen Dienst, den Ordnungsdienst und viele andere, die für uns tätig waren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichfalls danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den jeweiligen Ministerien. Letztlich will ich auch den Medien danken, die unsere Arbeit und (D) ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit übermittelt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube sagen zu dürfen, daß wir den uns gestellten Auftrag in der Kürze der Zeit gut erfüllt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Peter Zumkley, SPD.

Peter Zumkley (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundeswehr besteht seit fast 43 Jahren als Streitkräfte und Wehrverwaltung in der Demokratie. In dieser Zeit hat sie sich hinsichtlich der Einordnung in unseren demokratischen Staat und der Loyalität gegenüber allen Bundesregierungen und dem Parlament, hinsichtlich ihres militärischen Leistungsvermögens, aber auch in zivilen Katastrophenfällen ein festes Grundvertrauen erworben. Zu vierzehn – zwölf und zwei, Herr Kollege Rossmanith – den Verteidigungsausschuß berührenden Fällen hat es seit Bestehen des Deutschen Bundestages auf Antrag von Fraktionen bisher Untersuchungsausschüsse gegeben, die je nach Ergebnis der Untersuchung zu Konsequenzen unterschiedlicher Art führten.

Nach unserer Überzeugung konnte das Parlament die in der Öffentlichkeit mehrfach erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe betreffend **rechtsextre-**

Peter Zumkley

mistische, ausländerfeindliche und menschenunwürdige Verhaltensformen in der Bundeswehr – gestützt auf verschiedene Vorkommnisse – auch diesmal nicht ignorieren. Die fast ausnahmslos über die Medien bekanntgewordenen Vorgänge haben das Ansehen der Bundeswehr im In- und Ausland berührt und haben deshalb für das Parlament und speziell für den Verteidigungsausschuß eine besondere Bedeutung. Auch in den Streitkräften selbst, vor allem aber in der Öffentlichkeit haben die Ereignisse eine breite Debatte ausgelöst.

Aus unserer Sicht war der Untersuchungsausschuß, den die SPD unter Inanspruchnahme des Minderheitenrechtes durchgesetzt hat, deshalb nach sorgfältiger Abwägung notwendig. Es kam darauf an, die als Serie aufgetretenen Vorkommnisse unvoreingenommen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen und Ursachen und Hintergründe aufzuklären. Die vom Bundesminister der Verteidigung vorgelegten Berichte – Dau-Bericht und Bericht der Riechmann-Kommission – waren hilfreich, konnten jedoch die Arbeit des Untersuchungsausschusses nicht ersetzen. Insbesondere konnten während der Anhörung von Zeugen und Sachverständigen Erkenntnisse, die über die beiden Berichte hinausgingen, gewonnen werden.

In Ausübung seiner **Kontrollfunktion** bleibt es dem Parlament vorbehalten, im Wege einer öffentlichen Untersuchung den Vorfällen nachzugehen, sie zu bewerten und gegebenenfalls Konsequenzen zu fordern. Die sensible Thematik erfordert eine sorgfältige parlamentarische Untersuchung, Herr Kollege Rossmanith, die das hohe Maß an Transparenz bei der Aufklärung von Mißständen erreicht, das von einer breiten interessierten Öffentlichkeit erwartet werden darf. Umgekehrt kann die Bundeswehr insgesamt nur durch eine derart sorgfältige Überprüfung wirksam und nachhaltig entlastet werden.

Die Koalition hat von Anfang an bis zur Bewertung in ihrem Abschlußbericht gegen den Untersuchungsausschuß polemisiert. Dies wird auch im Bewertungsbericht der Berichterstatter der Koalition sehr deutlich. Die völlig unverständliche Behauptung, die Opposition trage Verantwortung dafür, daß vorübergehend ein Klima der Verdächtigung und Verunsicherung in der Bundeswehr entstanden war, bleibt mir ein Rätsel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Waren nicht die Vorfälle in der Bundeswehr, aufgegriffen durch die Medien, Ursache für die zum Teil heftigen Diskussionen?

Die Bundeswehr ist zum Glück selbstsicher genug und selbstkritisch zugleich. Das Ansehen der SPD hat übrigens, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, nicht gelitten. Da können Sie ganz beruhigt sein. Die Angehörigen der Bundeswehr schätzen es, wenn man ihre Probleme aufgreift, und sie wissen auch, daß Beschönigungen und Verdrängungen dabei nicht hilfreich sind. Sie, die CDU/CSU-Mitglieder des Verteidigungsausschusses, hätten die Vorfälle offensichtlich lieber hinter verschlossenen Türen behandelt, eine angesichts der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Vorgänge völlig unakzeptable Haltung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist falsch!)

In den untersuchten Fällen hat es weitgehend an **Zivilcourage** einzelner Soldaten gemangelt, Meldungen an Vorgesetzte zu erstatten oder Hinweise zu geben. Es gab eine Mauer des Schweigens während der Vorfälle und danach. Die verantwortlichen und betroffenen Vorgesetzten haben nichts gesehen, waren ahnungslos, konnten sich die Vorfälle nicht erklären, obwohl sie von einem offenen Klima in ihren Verantwortungsbereichen überzeugt waren.

Insofern liegt auch eine grobe Fehleinschätzung des Ministers vor, der von einem guten Meldeklima überzeugt war. Nicht die Menge der Meldungen macht es aus, sondern daß Vorfälle von besonderer Bedeutung – wie in den vorliegenden Fällen – rechtzeitig gemeldet werden. Darüber hinaus ist die Überzeugung aller Soldaten, sich im Falle von Mißverständnissen vertrauensvoll an die Vorgesetzten wenden zu können, entscheidend für deren Verhaltensweisen.

(Beifall bei der SPD)

Möglicherweise hat es ein offenes Klima, wie von den betroffenen Vorgesetzten angenommen, in Wirklichkeit gar nicht gegeben.

Im Zusammenhang mit den untersuchten Fällen konnte der Eindruck, daß seit einigen Jahren der Kämpfertyp gegenüber dem Staatsbürger in Uniform als Bild des Soldaten bevorzugt wird, nicht gänzlich beseitigt werden. Nach unserer Auffassung schließt das **Leitbild des Staatsbürgers in Uniform** den fachlich und beruflich für seine Aufgaben qualifizierten Soldaten ein. Die Klarstellung des Generalinspekteurs in diesem Zusammenhang, daß die persönliche, die charakterliche und die geistige Stabilisierung der einzelnen Soldaten genauso wichtig sei wie die handwerkliche Ausbildung der Soldaten, teilen wir.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt Aufgabe aller Vorgesetzten, aber auch der politischen Leitung des Hauses, diesen Grundsatz deutlich zu machen und durchzusetzen.

Die Untersuchungen zum Verlauf der Vortragsveranstaltung des Manfred Roeder vor Angehörigen des Akademiestabes haben ergeben, daß die für die Vorbereitung der Veranstaltung verantwortlichen Offiziere offensichtlich über die Person des Referenten getäuscht wurden, sie selber zu gutgläubig waren und das Thema des Vortrages bei genauerem Hinsehen nicht hätte ausgewählt werden dürfen.

Der Ausschuß hat im übrigen nicht feststellen können, daß die Bundeswehr unter Generalverdacht gestellt worden wäre, sie und der Verteidigungsminister mit Dreck beworfen worden wären, gezielte Kampagnen gegen die Bundeswehr stattgefunden hätten oder daß es Anhaltspunkte für Trittbrettfahrer und Provokateure gegeben hätte. In diesem Zusam-

Peter Zumkley

(A) menhang erschienen Sie, Herr Minister Rühe, mir überempfindlich – völlig unnötig, wie ich meine.

(Beifall bei der SPD)

Leider auch erst durch Presseveröffentlichungen wurden rechtsextremistische Handlungen von einigen Soldaten der Fallschirmjäger-Lehr- und Versuchskompanie 909 in Altenstadt und Landsberg bekannt. Die geschilderten Vorkommnisse haben innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, aber auch international für Aufsehen gesorgt. Von 1993 bis zur Aufdeckung durch die Medien im Dezember 1997 hat ein harter Kern von bis zu sechs Unteroffizieren und Feldwebeln anläßlich von sogenannten privaten Feiern auch im Unterkunftsbereich der Kompanie **nationalsozialistisches Gedankengut** unter Verwendung von Nazisymbolen verherrlicht. Nach der Aufdekkung der Vorfälle hat die Bundeswehr konsequent gehandelt: disziplinare Ahndung, Entfernung aus dem Dienst, Abgabe an Strafverfolgungsbehörden. Dies begrüßen wir.

Dessenungeachtet ist es unverständlich, daß über einen derart langen Zeitraum niemand außerhalb dieser Gruppe etwas bemerkt haben will. Obwohl in der Kompanie bekannt war, daß in einigen Unteroffiziersstuben mehr oder weniger offen Nazisymbole aufbewahrt wurden, ist dies nicht gemeldet worden. Die Vorgesetzten wußten von nichts, haben nichts gehört und zeigten sich von den Vorkommnissen auch hier überrascht.

(Dieter Heistermann [SPD]: Das ist schon erstaunlich!)

(B) Derartige Verhaltensweisen dürfen in einer Einheit im Interesse der anvertrauten Soldaten, insbesondere der Wehrpflichtigen, den Verantwortlichen nicht verborgen bleiben. Besonders schwerwiegend sind die Waffen- und Munitionsfunde bei einem Unteroffizier dieser Kompanie.

Der Ausschuß hat jedoch den Eindruck gewonnen, daß die weit überwiegende Zahl der Kompanieangehörigen mit den zu beklagenden Vorfällen nichts zu tun hat. Auch hier wären die Vorfälle bei etwas mehr Zivilcourage und besserer Dienstaufsicht früher und weit vor der Entdeckung durch die Medien bekanntgeworden. Durch entschlossenes Eingreifen wäre dann Schaden von der Bundeswehr eher abgewendet worden. Dies alles macht deutlich, wie wichtig eine sorgfältige Personalauswahl der Vorgesetzten aller Dienstgrade ist.

Im Zuge der Beweisaufnahme wurde deutlich, daß es in der Bundeswehr noch kein überall gesichertes und allgemein verbindliches Traditionsverständnis gibt. **Tradition** erwächst in der Bundeswehr grundsätzlich allein aus ihrer eigenen, vergleichsweise langen Geschichte. Das Verteidigungsministerium muß verstärkt für Hilfen bei der Dokumentation der eigenständigen Tradition der Bundeswehr Sorge tragen. Bei dem Traditionsverständnis und der Traditionspflege, die am Beispiel der Fallschirmjägertruppe eine besondere Betrachtung im Ausschuß erfuhren, wurde deutlich, daß überholte Formen und Gewohnheiten, wie zum Beispiel der sogenannte Kreta-Tag, in einem anerkennenswerten Prozeß durch zeitgemäßere Veranstaltungen ersetzt wurden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion besteht nach Abschluß des Untersuchungsausschusses kein Zweifel daran, daß die Bundeswehr kein Hort des Rechtsextremismus in unserem Staat ist, die Bundeswehr auch nicht rechtsextremistisch unterwandert ist und es keine rechtsextremen Strukturen in der Bundeswehr gibt, sich jedoch vereinzelt braune Nischen bilden konnten.

Die militärische Führung hat die untersuchten Vorfälle zum Anlaß genommen, der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dem NS-Gewaltregime verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Dies begrüßt die SPD-Fraktion ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Auch außerhalb der Bundeswehr muß reagiert werden. Wir müssen gegenüber dem **Rechtsextremismus** wachsam sein und ihm, wo immer er auftritt, energisch entgegentreten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist festzustellen, daß diese Probleme der Bundeswehr und ihrer politischen Führung offenbar nicht ausreichend bewußt waren. Trotz Kenntnis der auf sie zukommenden Probleme in weiten Bereichen der inneren Führung, der politischen Bildung und der Traditionspflege ist von seiten der politischen Führung nur unvollkommen, teilweise gar nicht auf diese erkennbare Situation reagiert worden.

(D) Wir fordern den Verteidigungsminister auf, seiner politischen Führungsaufgabe in diesen Bereichen mehr als bisher nachzukommen

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Drei Monate hat er noch!)

und sich kontinuierlich mehr um den inneren Zustand der Bundeswehr zu kümmern. – Wenn es nicht mehr dieser Verteidigungsminister ist, dann wird es ein nächster machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein vergeblicher Wunsch!)

Wir unterstützen den oft nicht leichten Dienst in der Bundeswehr und fühlen uns mit ihr bei der Erfüllung ihres verfassungsgemäßen Auftrags verbunden. Die aus dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses gezogenen oder noch zu ziehenden Schlußfolgerungen und Konsequenzen werden die Bundeswehr, aber auch ihr gesellschaftliches Umfeld nicht schwächen, sondern stärken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat die Kollegin Angelika Beer, Bündnis 90/Die Grünen.

Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einmal kurz an die Situation im letzten

Angelika Beer

(A) Jahr erinnern. Die Schlagzeilen über immer neue **Vorfälle mit rechtsextremistischem und ausländerfeindlichem Hintergrund** rissen nicht ab: Videos und Vorfälle in Hammelburg, Schneeberg, Altenstadt, der Angriff auf Ausländer in Detmold, geheime Waffenlager in einer Kaserne, ein Traditionsraum, wie ich ihn in Büchel entdecken mußte, in dem hinter verschlossenen Türen die Wehrmacht verherrlicht wurde.

Dann kamen Roeder und die Lieferungen aus dem Materialamt an sein Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk. Alle Alarmglocken hätten in dieser Sekunde läuten müssen, und zwar nicht nur beim Parlament, sondern vor allem bei Ihnen, Herr Minister Rühe.

Was passierte eigentlich in der Zuspitzung dieser Situation, als niemand mehr wußte, wie es weitergehen sollte? Was wäre fällig gewesen? Sie, Herr Rühe, haben sich geweigert, die notwendigen **Maßnahmen zur Aufklärung der Ursachen** tatsächlich einzuleiten. Sie kreierten Ihre Einzelfallthese. Ursachenforschung bezeichneten Sie als Generalverdacht, Presseveröffentlichungen als Schmutzkampagne und Soldaten, die von weiteren Vorfällen berichteten, als Trittbrettfahrer. Herr Minister Rühe, so schafft man keine Zivilcourage, sondern eine Armee, in der eine Stimmung des Duckmäusertums durchbricht. Genau das ist es, was die Aufklärung so schwierig macht.

Herr Minister, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses war vor allem auch die notwendige Folge Ihrer Weigerung, sich mit den tatsächlichen

(B) Problemen auseinanderzusetzen und die Verantwortung zu übernehmen. Ihre Versuche, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren, sind nicht gelungen. Das zeigt das umfassende Dokument des Untersuchungsausschusses. Das zeigt die positive Rede des Ausschußvorsitzenden Kurt Rossmanith heute. Ich kann nur sagen: Sowohl die Einzelfallthese als auch die These bezüglich des Generalverdachts sind aus unserer Sicht ganz klar widerlegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn der Untersuchungsausschuß seine Aufgaben aus unserer Sicht nur unzureichend erfüllt hat, weil er sich zeitweise eben doch in Einzelfalluntersuchungen verloren hat, hat er dennoch unverzichtbare Erkenntnisse offengelegt. Gemessen an der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit – Herr Rossmanith hat darauf hingewiesen – brachten die Anhörungen und die Einblicke, die wir leider nur stichprobenartig vornehmen konnten, ergiebige Hinweise darauf, daß die Vielzahl der Vorfälle mit rechtsextremistischem und ausländerfeindlichem Hintergrund Symptome sind, Symptome für eine Fehlentwicklung in den Bereichen der inneren Führung, der politischen Bildung und der Traditionspflege.

Diese **Schieflage der Bundeswehr** konnte aber nur entstehen, weil die militärische und die politische Führung zum Teil wissentlich, zum Teil fahrlässig zugelassen haben, daß die klare Orientierung am Leitbild des Bürgers in Uniform und am Reformkonzept der inneren Führung vernachlässigt wurde bzw. teilweise abhanden gekommen ist.

(C) Ich möchte noch einmal auf das Beispiel Varel eingehen, weil es eine Verknüpfung verschiedener Elemente aufzeigt. Dabei geht es um die Frage der Tradition und der **Verletzung der Prinzipien der Menschenführung**. In Varel haben Sie, Herr Rühe, offensichtlich selbst der militärischen Hierarchie mißtrauend, an den unmittelbaren Vorgesetzten vorbei ermitteln lassen und innerhalb kürzester Zeit, nämlich innerhalb von 48 Stunden, das gewünschte Ergebnis bekommen: Die Vorwürfe seien alle haltlos.

Im Verlauf der weiteren Untersuchungen sind 14 Vorfälle offengelegt worden, in denen gegen Vorgesetzte einer Kompanie wegen zum Teil erheblicher Verstöße gegen die Menschenwürde und die Prinzipien der Menschenführung disziplinarisch bzw. disziplinargerichtlich ermittelt wurde.

Ich muß Sie, Herr Verteidigungsminister Rühe, fragen: Waren diese 14 Vorfälle, die dort eine Rolle gespielt haben, alles nur Einzelfälle? Die inzwischen erfolgte Versetzung fast aller Offiziere und eines Großteils der Unteroffiziere aus der betroffenen Kompanie in Varel zeigen aus unserer Sicht, daß Sie und die militärische Führung einen Zusammenhang sehr wohl erkannt haben mußten.

Varel ist nicht nur wegen der Verletzung der Menschenwürde durch die bekanntgewordenen Vorfälle gekennzeichnet. Bereits 1994 sind Sie vom damaligen Wehrbeauftragten Biehle hier auf das Problem der Traditionspflege in Varel aufmerksam gemacht worden. Sie haben jede Frühwarnung ignoriert.

(D) (Jürgen Augustinowitz [CDU/CSU)]: Davon ist nichts wahr!)

Wie sonst ist es denn zu erklären, daß am 19. Dezember 1997 der Kommandeur einen Befehl erteilte – ich zitiere –:

> Sprüche und Parolen, denen man Einpeitschungscharakter unterstellen kann und deren Assoziationen mit der Wehrmacht offensichtlich sind, wie z. B. „Klagt nicht, kämpft!“, „Lerne leiden, ohne zu klagen!“, der „Letzte Tagesbefehl an die Fallschirmjäger der Wehrmacht“ oder die dritte Strophe des Liedes „Rot scheint die Sonne“, sind dort, wo sie aushängen oder an die Wand gemalt sind, unverzüglich zu entfernen.

In Reaktion auf die internationale Empörung über rechsextremistische Vorfälle haben Sie die ganze Zeit nichts gemacht, obwohl die Warnungen vier Jahre auf dem Tisch lagen.

(Jürgen Augustinowitz [CDU/CSU]: Das ist doch wirklich Unsinn!)

Herr Bundesminister, die **Traditionspflege** ist das augenfälligste Beispiel Ihres Versagens. Statt den Warnungen der Wehrbeauftragten zu folgen, zogen Sie sich doppeldeutig und genüßlich auf den ministeriellen Erlaß eines Verteidigungsministers der SPD zurück. Die Wehrbeauftragten haben nicht eingeklagt, daß der Erlaß nicht da sei. Sie haben in jedem Bericht in jedem Jahr darauf hingewiesen, daß dieser

Angelika Beer

(A) Erlaß in der Bundeswehr nicht umgesetzt wird. Daran sind Sie vorbeigegangen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Verteidigungsminister, Ihr Rezept, alles sei in Ordnung, nur weil die Erlaßlage stimme – was ja noch nicht einmal immer der Fall ist –, hat im Bereich der Traditionspflege eine Grauzone geschaffen, die für Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen durchaus attraktiv ist.

(Jürgen Augustinowitz [CDU/CSU]: Eine sehr interessante Rede!)

Frau Wehrbeauftragte, Sie haben in Ihrem jüngsten Bericht trotz Zeiten des Wahlkampfs mutig auf diese Gefahr hingewiesen. Ich darf Sie zitieren:

> Um so mehr beobachte ich mit Sorge, daß innerhalb der Bundeswehr gleichwohl die gebotene Distanz zur deutschen Wehrmacht insgesamt, aber auch zu einzelnen Personen aus der deutschen Wehrmacht nicht immer und überall eingehalten wird.

Sie, Herr Rühe, wischten diese wichtige Aussage, die auch die Arbeit des Untersuchungsausschusses als notwendig bestätigte, als Unsinn vom Tisch.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Ja, das macht der!)

Frau Marienfeld, ich möchte Ihnen für die Zusammenarbeit danken; aber ich möchte Sie auch ausdrücklich ermuntern, Ihr Recht auf unangemeldete Besuche bei Bundeswehreinheiten auf Bereiche hin-(B)ter verschlossenen Türen wie den in Büchel auszudehnen, wo die Verherrlichung der Wehrmacht betrieben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Paul Breuer [CDU/CSU]: Das ist doch derartiger Schwachsinn!)

Die Probleme der Traditionspflege und der Menschenführung sind ebenso wenig nach dem Motto „Augen zu und durch" zu bekämpfen wie die Schieflage der inneren Führung, der politischen Bildung oder die notwendige Eindämmung der **Attraktivität militärischer Strukturen für Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen.** Wer wie Sie, Herr Rühe, wissenschaftliche Studien und vor allen Dingen auch empirische Daten wie der Teufel das Weihwasser meidet, der beraubt sich selbst der Möglichkeit, Frühwarnsysteme einzubauen, zu nutzen und Ursachen zu bekämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen beantragen wir heute noch einmal die Erstellung einer **sozialwissenschaftlichen Studie.** Kommen Sie nicht wieder mit Ihrer These vom unbegründeten Generalverdacht und mit Ihrer These des Einzelfalls! Schließlich haben Sie diesen Verdacht selbst kreiert. Jetzt versuchen Sie, Ihre Verantwortung irgendwie beiseite zu wischen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rühe, Sie wurden 1993 in einer Studie des SOWI darauf hingewiesen, daß Sie vermutlich über-(C)wiegend sogenannte Wohlstandsverlierer unter den Jugendlichen rekrutieren. Die Studie beschreibt zu einem erheblichen Teil **ausländerfeindliche, rechtsradikale bis nationalkonservative Tendenzen.** Ihr Militärischer Abschirmdienst warnte Sie im gleichen Jahr vor den Extremisten unter den Jugendlichen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Michaela Geiger)

Vom Präsidenten des MAD haben wir im Ausschuß gehört, Rechtsextremisten fänden die Bundeswehr vor allem attraktiv, weil sie – ich zitiere – „ausländerfrei" und – mit Bedauern – nicht ganz „frauenfrei" sei, autoritäre Strukturen habe und man zu guter Letzt dort das Waffenhandwerk lernt, um später in rechtsextremistische Wehrsportgruppen zu gehen. Ihre Reaktion auf diese Warnung? Statt weiterzuforschen, wie es SOWI vorschlug, haben Sie gesagt: Nein, wir machen nichts, das ist ein Generalverdacht. Sie merken doch, wie lächerlich das ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliche Probleme gibt es im Bereich der **inneren Führung.** Ich möchte Herrn de Maizière, einen Zeitzeugen der Etablierung der inneren Führung, zitieren:

> Die innere Führung ist kein Zustand, sondern vielmehr aktives Handeln, eine Führungs- und Erziehungsaufgabe, die immer wieder neu mit Leben gefüllt werden muß.

Herr Minister, ich möchte Sie dringend auffordern, in Ihren letzten Monaten diesem Anliegen nachzukom-(D)men, wenngleich ich zugeben muß, daß ich Zweifel habe, ob ein Minister, der im Ausschuß sagt, er habe mit innerer Führung nichts zu tun, weil er Zivilist sei, dazu in der Lage ist.

Abschließend möchte ich noch einmal auf die **politische Verantwortung** zu sprechen kommen. Herr Minister, Sie haben Ihr Amt vor allem dazu verwendet, Nebenaußenpolitik zu betreiben. Sie interessiert die Bundeswehr dort, wo sie in der Öffentlichkeit funktioniert und vordergründige Erfolge zu verzeichnen sind. Der eigentlichen Aufgabe eines Verteidigungsministers, die Binnenstruktur und die geistige Orientierung der Bundeswehr angesichts der gewaltigen sicherheitspolitischen Umgestaltung zu kontrollieren und zu erneuern, sind Sie nicht oder nur rudimentär nachgekommen. Statt dessen haben Sie, Herr Rühe, Ihre Prioritäten auf hektische Betriebsamkeit, den Aufbau der Krisenreaktionskräfte und die sogenannte Gleichberechtigung innerhalb der NATO auch bei Kampfeinsätzen außerhalb des NATO-Gebietes gesetzt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die SPD freut sich über diese Rede!)

Viele haben es bemerkt – nicht nur wir –, daß mit dieser Verhärtung Ihrer Position auch Ihr Führungsstil immer unduldsamer wurde.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Der Koalitionspartner der SPD spricht!)

Angelika Beer

(A) Herr Rühe, Ihre Selbstgefälligkeit und die Beratungsresistenz, die Sie entwickelt haben, sind Bestandteil des Problems, das wir heute diskutieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind dafür verantwortlich, daß keine politischen Leitlinien mehr vermittelt wurden, keine politische Auseinandersetzung mehr stattfand, sogar die Stundenzahlen dafür reduziert wurden. Das führt in der Praxis zu einem Sich-Durchwursteln. Weil der Minister letztlich damit nicht klarkommt, wird dies auch dann noch zur Methode erklärt.

Herr Verteidigungsminister, daß Sie diese Armee im Umbruch von einem außen- und innenpolitischen Abenteuer ins nächste schicken, ist der Teil der persönlichen Verantwortung, die Sie am Verlust einer klaren geistigen Orientierung und parallel dazu einer Vernachlässigung der inneren Führung mitzutragen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kröning [SPD]: Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar!)

Herr Minister Rühe, Sie haben vielleicht erwartet, daß zum Schluß noch die Rücktrittsforderung kommt. Sie kommt nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum nicht?)

Aber wenn wir morgen im „Stern" lesen, daß Sie durchaus geneigt sind, das Kanzleramt zu übernehmen, dann muß ich Ihnen als Parlamentarierin kritisch entgegenhalten, daß ich Zweifel habe, ob je-(B)mand, der den jetzigen Zustand der Bundeswehr mitzuverantworten hat und der sie nicht im Griff hat, der ihr vor allen Dingen nicht hilft, wieder in den Tritt zu kommen, geeignet ist, die Verantwortung für dieses Land zu übernehmen.

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Aber die Kollegin Beer!)

Ich glaube, nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Günther Nolting, F.D.P.-Fraktion.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Beer, statt der Vorwürfe, die Sie hier wieder vorgetragen haben, und der bewußt falschen Darstellung hätte ich erwartet, daß Sie sich bei der Bundeswehr für das entschuldigen, was Sie in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit geäußert haben. Ich werde darauf später noch eingehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich fand es aber schon bemerkenswert, Frau Kollegin Beer, daß Ihre Rede vom potentiellen Koalitionspartner nicht unterstützt wurde, daß Ihre Rede im Gegenteil mit Kopfschütteln begleitet wurde.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Mit steinernen Mienen!)

(C) Insofern kann ich die Kollegen der SPD nur unterstützen. Ich habe dies genauso gesehen. Aber da ich nach Ihnen spreche, wollte ich dies jetzt hier zum Ausdruck bringen.

Im Namen der F.D.P.-Bundestagsfraktion möchte ich mich bei der Frau Wehrbeauftragten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfassende Arbeit bedanken. Ich denke, der Jahresbericht 1997 der Wehrbeauftragten schildert differenziert und kritisch den Zustand der Bundeswehr. Er zeichnet aus unserer Sicht ein insgesamt zutreffendes Bild unserer Streitkräfte.

Der Bericht macht deutlich, daß die Pflicht zum treuen Dienen nach wie vor hervorragend erfüllt wird. Der vorbildliche Einsatz der rund 30 000 Soldaten bei der Eindämmung des Hochwassers im Oderbruch ist hier ebenso hervorzuheben wie das ungebrochen hohe Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der SFOR-Friedensmission. Nicht vergessen sollten wir auch den besonnenen und mutigen Einsatz in Tirana, bei dem Soldaten der Bundeswehr zum erstenmal in ihrer Geschichte in einem bewaffneten Einsatz Menschenleben gerettet haben.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Wie schon gesagt: Die ganz überwältigende Mehrheit der Soldaten hat auch im letzten Jahr in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst geleistet. Ich bedanke mich für die F.D.P.-Fraktion dafür ausdrücklich bei unseren Staatsbürgern in Uniform. (D)

Für die F.D.P. verurteile ich allerdings den Angriff von fünf uniformierten Wehrpflichtigen auf Ausländer im März 1997 in Detmold. Alle Täter sind fristlos aus dem Wehrdienst entlassen und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Scharf zu verurteilen sind auch die 1997 bekanntgewordenen Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund aus dem Zeitraum Ende der 80er Jahre bis zum Jahr 1996. Sie haben das Ansehen der Bundeswehr über Gebühr negativ beeinträchtigt. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß diese vermeintlichen **rechtsextremistischen Vorfälle** der vergangenen Jahre in einem Zeitraum von nur drei Monaten veröffentlicht wurden, dazu zum Teil – auch das will ich sagen – publikumswirksam aufbereitet. Hierdurch konnte fälschlicherweise der Eindruck geballter rechtsextremistischer Vorkommnisse in der Bundeswehr entstehen.

Während die Wehrbeauftragte Ende Mai und Ende September letzten Jahres Sonderberichte zu den Vorfällen in Detmold und Hammelburg vorlegte, beauftragte der Bundesminister der Verteidigung am 11. September 1997 seinen Abteilungsleiter „Recht" mit der Erstellung eines Berichtes über die Aufklärung der Vorkommnisse an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg 1994 und 1995. Dieser Bericht lag dem Verteidigungsausschuß am 13. Januar 1998 vor.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt müssen Sie sich bedanken!)

Günther Friedrich Nolting

(A) Weder der Jahresbericht noch die Sonderberichte der Wehrbeauftragten gaben Anlaß zu der Besorgnis, daß sich „braune Nischen", „braune Netzwerke" oder gar „Subkulturen" in der Bundeswehr gebildet haben. Einzelfälle sind geschildert, bewertet und verurteilt worden. Ausdrücklich konzediert die Wehrbeauftragte dem Bundesministerium der Verteidigung eine umfassende und schnelle Handlungsweise zur Verhinderung zukünftiger rechtsextremistischer Entgleisungen. Ebenso ausdrücklich lobt sie die Bundeswehr dafür, daß sie „offen und konsequent Front gegen derartige Einflüsse macht".

Aber ungeachtet dieser Feststellungen beantragten SPD und Bündnis 90/Die Grünen getrennt voneinander die Konstituierung des Verteidigungsausschusses als **Untersuchungsausschuß** nach Art. 45a Abs. 2 des Grundgesetzes. Die F.D.P. hat der SPD frühzeitig eindringlich empfohlen, von diesem Schritt abzusehen. Unsere Hauptargumente waren: Erstens. Verteidigungsausschuß und BMVg hätten die Vorfälle schneller klären können. Die vorliegenden Berichte des BMVg hätten dazu ausgereicht.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die lagen doch gar nicht vor, als wir uns konstituiert haben!)

Außerdem, Herr Kollege Zumkley, hat es im Untersuchungsausschuß – auch das haben wir festgestellt – keine neuen Erkenntnisse gegeben.

(Peter Zumkley [SPD]: Das sehe ich anders!)

(B) Zweitens. Rechtsextremisten sollte keine Publicityplattform geboten werden. Drittens. Die Bundeswehr sollte nicht zu Wahlkampfzwecken mißbraucht werden.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen Sie Ihrem Minister einmal sagen!)

Und vor allem viertens: Extremismus ist ein gesamtgesellschaftliches und kein bundeswehrspezifisches Problem.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dazu sagt auch die Wehrbeauftragte – ich zitiere:

> Es ist nicht Aufgabe der Bundeswehr – und kann von ihr auch nicht geleistet werden –, das nachzuholen, was in der Erziehung und Bildung junger Menschen versäumt worden ist.

Der Kollege Rossmanith hat schon darauf hingewiesen.

Doch die SPD-Fraktion blieb dabei – in logischer Konsequenz des Lafontaineschen Verständnisses von Oppositionspolitik der Destruktivität – und setzte mit ihrer qualifizierten Minderheit die Konstituierung eines Untersuchungsausschusses am 14. Januar 1998 durch. Herr Kollege Zumkley, es ist schon ganz interessant, daß Sie heute – ich sage einmal: nachträglich – noch eine Rechtfertigung für diesen Untersuchungsausschuß vorlegen.

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist für die Öffentlichkeit wichtig!)

(C) Diese Rechtfertigung war aus meiner Sicht verdächtig lang.

(Beifall des Abg. Paul Breuer [CDU/CSU])

Die Grünen wollten denn auch – ganz im Sinn und Stil ihres Bundesvorsitzenden Trittin – die Bundeswehr durch die Untersuchung von, wie es die Grünen formulierten – ich zitiere –, „...gewalttätigen, rechtsextremen, national autoritären oder fremdenfeindlichen Vorkommnissen, die an Standorten und Einrichtungen der Bundeswehr ... stattgefunden haben" – hier gab es also gleich eine Vorverurteilung –, quasi auf den Kopf stellen.

Das sind aus der Sicht der F.D.P. keine Zufälligkeiten. Die berühmt-berüchtigte Anti-Gelöbnis-Rede des Bundesvorsitzenden der Grünen, **Trittin,** am 10. Juni dieses Jahres in Berlin ist kein Ausreißer gewesen. Der grüne Bundesvorsitzende Trittin bestimmte und bestimmt eindeutig den Kurs der grünen Partei.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der wird sich freuen!)

Hätte es noch eines Beweises bedurft, vorgestern wurde er geliefert: Kein Rücktritt Trittins, keine Maßregelung, keine Rüge und nicht einmal eine Entschuldigung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

Der Untersuchungsausschuß kam den Bündnisgrünen gerade recht.

(D) Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihnen war vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses bekannt, daß die von der Wehrbeauftragten genannte Zahl von Fällen mit vermutlich rechtsextremistischem Hintergrund keineswegs höher als die entsprechende Vergleichszahl in der Gesellschaft ist. Warum sind Sie angesichts dieses Wissens nicht dem Vorschlag der F.D.P. gefolgt, durch den Bundestag eine unabhängige Sachverständigenkommission zur Untersuchung von Gewalt, Radikalismus und Extremismus in der Gesellschaft einzusetzen und damit nicht nur rechtsextremistischen, sondern auch linksextremistischen Tendenzen nachzugehen?

Sie sollten sich von den Bündnisgrünen absetzen, die die gesamte Bundeswehr unverändert unter Generalverdacht stellen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rede der Kollegin Beer hat dies wieder bewiesen. Belegen Sie die Bundeswehr, unsere Streitkräfte, nicht in ungerechtfertigter Weise mit einem Makel!

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wiederholter Quatsch wird auch nicht richtiger!)

Gestehen Sie ein, daß die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ein Fehler war!

(Uta Zapf [SPD]: Nein! So ein Unsinn! – Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Günther Friedrich Nolting

(A) Herr Kollege Zumkley, Sie haben heute festgestellt, daß es in der Bundeswehr keinen Rechtsextremismus gibt. Um das festzustellen, hätte es keines Untersuchungsausschusses bedurft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Peter Zumkley [SPD]: Das ist überhaupt nicht meine Meinung!)

Stimmen Sie uns in unserer Überzeugung zu, daß Gewalt, Radikalismus und Extremismus in unserer Gesellschaft intensiv beleuchtet werden müssen. Noch ist Zeit dazu.

Meine Damen und Herren, ich halte für die F.D.P.-Bundestagsfraktion fest: Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses war überflüssig, führte zu keinen neuen Erkenntnissen und, Herr Kollege Zumkley, schadete der Bundeswehr.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben sich entsprechend verhalten! Sie waren dort völlig überflüssig!)

Die Bundeswehr wurde bei der Beleuchtung eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens ungerechterweise und vorsätzlich alleine herausgestellt. Die Opposition trägt dafür ebenso die Verantwortung wie für das zeitweise bei den Soldaten vorherrschende Klima der Verdächtigung und der Verunsicherung.

(Peter Zumkley [SPD]: Sie unterschätzen die Bundeswehr!)

Die Feststellung der grünen verteidigungspolitischen Sprecherin, Frau Beer, bei der Vorstellung (B) ihres Minderheitenberichts zum Untersuchungsausschuß, es gebe eine breite Fehlentwicklung bei den Streitkräften,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen aber auch!)

ist ebenso abstrus wie ihre Annahme, daß die Bundeswehr eine klare geistige Orientierung verloren habe. Ich frage Sie, Frau Kollegin Beer: Welche Orientierung wünschen Sie sich denn für die Bundeswehr? Etwa die Selbstauflösung, die Sie fordern, oder etwa die des Kommunistischen Bundes? Sie konstruieren hier heute wieder mit falschen Angaben eine, wie Sie es hier bezeichnet haben, vermeintliche Schieflage. Dies kann von uns nur zurückgewiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie halten es ja ohnehin mit Ihrem Bundesvorsitzenden Trittin und spannen auch heute wieder in unverantwortlicher Weise den Bogen zwischen Wehrmacht und Bundeswehr.

(Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Das haben Sie schon einmal erwähnt!)

Es ist klar und deutlich: Der Vorsitzende Trittin bestimmt Weg und Richtung. Andere, wie der Fraktionsvorsitzende Fischer, haben die Aufgabe des Tarnens, des Täuschens und des Verschleierns übernommen. Radikale Parteiziele, wie im Magdeburger Programm verabschiedet und vorige Woche im Bundestag ausdrücklich bestätigt – übrigens auch mit der Stimme von Herrn Fischer –, lassen sich nicht einfach verkaufen. (C) Nach den **Magdeburger Beschlüssen** muß getrickst, getäuscht und verschleiert werden. Die Grünen wollen die Bundeswehr abschaffen. Die Grünen sind gegen die Öffnung der NATO und wollen sie ablösen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch gleich: auflösen!)

Die Grünen sind gegen friedensstiftende Militäreinsätze wie in Bosnien. Aber der grüne Fraktionschef Fischer parliert in staatsmännischer Pose eloquent vor Unternehmern über die sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands im Rahmen der neuen NATO-Strategie.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Nolting, wozu reden Sie hier?)

Gleichzeitig polemisiert der grüne Bundesvorsitzende Trittin in Berlin gegen die Bundeswehr und vergleicht sie mit der NS-Wehrmacht.

Hier hilft weder Tarnen noch Täuschen. Wer seinen Worten keine Taten folgen lassen kann, bleibt unglaubwürdig und ist außen- und sicherheitspolitisch handlungsunfähig und unberechenbar. Die Bundeswehr benötigt genau das Gegenteil davon: Berechenbarkeit, Rückhalt und Vertrauen. Nur so wird sie auch zukünftig in der Lage sein, ihre vielfältigen Aufträge erfüllen zu können.

Meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist seit jeher eine Parlamentsarmee; nie waren deutsche (D) Streitkräfte einer derartigen parlamentarischen Kontrolle unterworfen wie heute. Die Bundeswehr hat sich in den über 40 Jahren ihres Bestehens als absolut verfassungstreu und als Stütze der staatlichen Ordnung erwiesen. Sie hat nie den Primat der Politik in Zweifel gezogen oder gar mißachtet. Den Soldaten der Bundeswehr gebührt Dank für ihre vorbildlichen Leistungen im In- und Ausland.

Ich bedanke mich im Namen der F.D.P.-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat der Abgeordnete Gerhard Zwerenz, PDS.

Gerhard Zwerenz (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin immer sehr dankbar: Wenn ich nach dem Herrn Nolting spreche,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch ein dankbarer Part!)

dann weiß ich immer, wogegen ich bin, falls ich es einmal vergessen sollte.

(Beifall bei der PDS)

Ich habe eigentlich vorgehabt, der Wehrbeauftragten, Frau Marienfeld, für ihre kritische Arbeit zu danken. Ich zögere aber, dies zu tun, weil ich befürchten

Gerhard Zwerenz

muß, daß es ihr nicht unbedingt nützt, wenn von mir und von der PDS ein solches Dankeswort kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS – Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Die wird dann abgesetzt!)

Ich möchte aber darauf verweisen, daß ich es ihr nachfühlen kann, wenn sie jetzt lesen muß, in wie vielen Redaktionen gegen sie geschrieben wird. Es sind vor allen Dingen die gesponserten Veteranenblätter, die sich jetzt gegen die Wehrbeauftragte auf Vordermann bringen lassen. Hierzu muß ich schon sagen – wir kennen das ja, wenn man in Deutschland so angespitzt wird –, das, was Sie da jetzt abkriegen, ist natürlich nur 1 Prozent, liebe Frau Marienfeld. Aber mehr sage ich dazu jetzt nicht. Machen Sie mal weiter so!

(Heiterkeit bei der PDS, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist es ja schon erstaunlich, wie von der Regierung gesponserte Vereine – zum Beispiel das Blatt „Der Heimkehrer" – gegen die Wehrbeauftragte vorgehen. Die Wehrbeauftragte ist ja schließlich auch von der Regierung gesponsert.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nicht? Vom Parlament gesponsert? Na, welch ein großartiger Unterschied. Wir sollten alles vom Parlament sponsern lassen.

Damit komme ich auf die öffentlichen Gelöbnisse zu sprechen, auf die schon angespielt worden ist. Ich muß schon sagen: Was mir bei dieser Bundeswehr fehlt, was mir gefehlt hat und was ich jetzt wieder festgestellt habe, ist folgendes. In einem großen Bereich dieser Bundesrepublik mit vielen Menschen findet etwas überhaupt nicht statt, nämlich ein halbes Jahrhundert antimilitärischer, **pazifistischer Nachkriegsgeschichte.** Ich will damit sagen: Von Andersch bis Zuckmayer, von Wolfgang Borchert, Ludwig Renn, Barbusse, Remarque, Arnold Zweig, Plivier und Brecht, sogar bis zu Konsalik hin, der auch seine antimilitärische Periode gehabt hat,

(Volker Kröning [SPD]: Und Gerhard Zwerenz!)

findet etwas in den Köpfen so gut wie nicht statt. Ich habe mich darum gekümmert. Sie haben hier etwas grundsätzlich vernachlässigt.

Von Konsalik finden Sie bestimmt nicht mehr den Satz, den er nach dem Krieg geschrieben hat: „Jeder Krieg erzeugt bei den Militärs eine Art militärischer Perversion." Diese Variante – jetzt spreche ich aus Nachkriegserfahrungen, als einer aus der älteren Generation, der den Krieg mitgemacht hat – ist unterbelichtet. Das hat sich jetzt in diesem Untersuchungsausschuß nach dem, was wir erfahren haben, wiederum bestätigt.

Statt dessen finden ganz andere Dinge statt. Da preist der Heeresamtschef General Reichardt die **Fallschirmjäger der Wehrmacht als Vorbilder** mit drei Geistern: Der kriegerische Geist wird gelobt, der Korpsgeist wird gelobt, der Geist der Ritterlichkeit – wohlgemerkt: Fallschirmjäger der Wehrmacht! – wird gelobt. Es kommt noch eine vierte Lemurenversammlung dazu, nämlich der „Geist, der seine tiefen Wurzeln in unserer deutschen Militärgeschichte, in unserer abendländischen Kultur und in unserer christlichen Ethik hat". Und das im zweiten Weltkrieg? Sie machen sich doch lächerlich.

Am 10. Juni 1998 ist nun vor dem Roten Rathaus in Berlin dieses öffentliche Gelöbnis gewesen. Ich werde mich nicht weiter darüber auslassen. Es ist bekannt, daß die PDS und auch ich ganz persönlich gegen **öffentliche Gelöbnisse** sind. Es gibt Gründe dafür. Ich muß Ihnen sagen: Wenn Ihnen der Vergleich mit der Wehrmacht nicht mehr paßt, obwohl es viele Gründe dafür gibt – das „Arschloch" habe ich gern entgegengenommen, bitte sehr, ich verzeihe es doch –, dann muß ich mit der NVA vergleichen. Die NVA hat auch öffentliche Gelöbnisse abgehalten. Sie hat aber gegenüber der Bundeswehr den Vorteil, daß es sie nicht mehr gibt.

(Beifall bei der PDS)

Die abgehalfterten Generale der NVA haben in der Zwischenzeit die Gewißheit erlangt, daß sie mit den öffentlichen Gelöbnissen Unsinn gemacht haben.

Diese öffentlichen Gelöbnisse – ich habe es das letzte Mal beobachtet – sind, wenn ich als alter Soldat sprechen würde, würde ich sagen: eine Parodie. Wenn ich nur eine Parodie liefere, würde ich mir doch überhaupt etwas ganz Neues einfallen lassen.

(Beifall bei der PDS)

Diesem Hause liegt ein Gesetzentwurf der PDS zur Änderung des Soldatengesetzes vor. Das heißt entstauben, auf Überforderungen verzichten, Anleihen bei früheren Armeen aufgeben und nur noch ein Versprechen abgeben lassen. Natürlich weiß ich, daß dies in diesem Hause nicht durchkommt. Aber man wird ab und zu doch noch einen guten Vorschlag machen können. In 100 Jahren wird er vielleicht akzeptiert; dann sind Sie soweit.

(Beifall bei der PDS)

Der Bundeswehr geht es ein wenig – bitte entschuldigen Sie, wenn ich dies etwas lustig nehme, aber es ist meine letzte Rede hier – wie der PDS: Sie wird fortwährend an ihren Vorgängern gemessen. Sie ist eine Nachfolgeorganisation. Sie hat also diese ganzen Wehrmachtsritterkreuzgeneräle als Gründerväter gehabt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut, daß Sie es einmal sagen!)

Sie muß und wird damit leben.

Ich komme zum Ausschuß über **Rechtsextremismus** in der Bundeswehr: Ich finde, daß Ihre Polemiken, Ihre Ablehnung dieses Ausschusses grundfalsch gewesen sind. Für mich und für viele andere ist das, was wir im Ausschuß erarbeitet haben, sehr wichtig gewesen. Es haben sich hochinteressante Einblicke in die Bundeswehr ergeben, und zwar aus verschiedenen Blickwinkeln. Ich möchte nicht darauf verzichten. Ich rate Ihnen sehr, mit diesen Materialien zu arbeiten. Ob die Aussagen, die dort gemacht wur-

Gerhard Zwerenz

(A) den, der Wahrheit nahe kamen oder nicht: Man weiß plötzlich etwas mehr vom Geist und vom Zustand dieser Truppe.

Obwohl der Untersuchungsausschuß den Rechtsextremismus zum Gegenstand hatte, wurde natürlich – wie auch jetzt wieder – auch zum Linksextremismus gefragt. Das ist in Deutschland so. Sie kommen nicht darüber hinweg, daß im ersten Weltkrieg die deutsche Rechte, der Generalstab Lenins Revolution finanziert hat. Seitdem haben Sie unbewußt einen Schuldkomplex, so daß Sie dann, wenn es Gefahren von rechts gibt, zuerst einmal nach links schauen.

(Beifall bei der PDS)

Das kennen wir, und damit muß man leben.

Verschiedene Gründe wurden nicht ausreichend deutlich, etwa was hohe Bundeswehroffiziere dann, wenn sie die Bundeswehr verlassen, oft dazu bringt, weit nach rechts zu gehen. Die vielen Verhältnisse zwischen Bundeswehr und Traditionsverbänden sind nicht ausgeleuchtet worden. Es ist nicht alles, was in diese Richtung geht, ausgeleuchtet worden.

Ich muß Ihnen sagen: Viele Formulierungen, die man dort hört, sind Wehrmachtsformulierungen. Wenn ich das Wort Opfertod und ähnliches höre, ist mir zumute, als sei Walter Flex wieder auferstanden und im Verteidigungsministerium Adjutant für kriegsverwendliche Sprachregelung geworden.

(Beifall bei der PDS)

Die drohende Hybris des Militärs braucht ein Gegengewicht. Aber ich befürchte, daß dieses Gegengewicht in diesem Parlament nicht nur klein ist, wie (B) jetzt, sondern verschwinden wird.

Wenn bei der Bundeswehr heute in „Strategie und Taktik" der Ostkrieg durchgenommen wird, darf nie verschwiegen werden, daß es in diesem Krieg außer Strategie und Taktik noch etwas anderes gab, nämlich Vernichtung. Der Soldat und auch der Bundeswehrsoldat haben in den ersten Jahrzehnten durchaus gewußt, wovon die Rede ist. Es gab diesen Ausdruck: „Kameraden gibt es nicht mehr, der letzte starb in Stalingrad."

Ich sage Ihnen: Die **Soldatenehre** – ein ganz besonderes Ehrgefühl –, von der jetzt wieder so viel gesprochen wird, haben besonders die Herren Generäle plötzlich wiederentdeckt. Nach 1945 waren wir uns einig, daß wir diese besondere Ehre nicht mehr akzeptieren können, weil ein deutsches Kriegsjahrhundert hinter uns gelegen hat. Dieses besondere Ehrgefühl, diese besondere Ehre, ist in Stalingrad zuschanden gemacht worden.

Die Bundeswehr ist eine national-konservative Armee. Die notwendige Erneuerung der Bundeswehr hat immerhin begonnen. Dies kann man insbesondere nach den Ergebnissen dieses Ausschusses konzedieren. Eine Minderheit in dieser Bundeswehr ist dazu durchaus bereit. Sie wird aber oft daran gehindert, und die Erneuerung wird zum Teil auch verhindert.

Heute kann Ziel einer Armee nur eine Umwandlung in eine Friedenstruppe sein. Am Ende sollte das Ziel – das ist zugegebenermaßen utopisch, aber es (C) muß verfolgt werden – die Selbstaufhebung aller Militärs sein.

(Beifall bei der PDS)

Schließlich tragen alle deutschen Parteien als Nachfolger der Parteien von 1914 Mitschuld am ersten Weltkrieg. Am zweiten Weltkrieg tragen alle bürgerlichen Parteien Mitschuld, die Hitler durch ihre Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen erst wirklich zum Diktator haben werden lassen. Ich muß darauf verweisen; denn dies ist der eigentliche Ursprung dieser unseligen Geschichte, an der wir leiden.

Die PDS kann sich ein Deutschland ohne Armee durchaus vorstellen.

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Und wir uns eines ohne PDS!)

Im 20. Jahrhundert besaßen wir nacheinander sechs Armeen. Zählen Sie doch einmal mit: Kaiserliches Heer, Freikorps, Reichswehr, Wehrmacht, NVA und Bundeswehr. Und jede Armee – die meisten habe ich erlebt – tritt vor einen hin und behauptet: Wir sind die einzig richtigen. Nachdem ich im letzten Krieg zwei Jahre in Schützenlöchern gelegen habe und nachdem ich erlebt habe, daß es die deutsche Offiziersehre zugelassen hat, diesen Krieg führend mitzuspielen, und daß man erst am 20. Juli 1944 den Mumm gefunden hat, dagegen vorzugehen – und dann wurden noch andere vorgeschickt; es waren nicht die Generäle selbst – habe ich mir gesagt: Das (D) ist die falsche Armee.

Seitdem habe ich mich unter ungeheuren Schwierigkeiten zum Kriegsgegner und Antimilitaristen und endlich zum **Pazifisten** durchgerungen. Das bringt niemandem etwas Gutes ein. Das hat mir in der Wehrmacht nichts eingebracht, das hat mir in der DDR nichts eingebracht. Hier bringt es mir ein, daß ich dabei bleibe: Es muß Pazifisten geben. Ein Land, das keine Pazifisten hat, ist ein armseliges Land.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht umsonst sind als erstes die Pazifisten verurteilt und zu Tode gebracht worden, als man den zweiten Weltkrieg vorhatte.

Ich sage Ihnen: Wenn man sich als Pazifist outet, so hört man sofort als Antwort: Pazifismus ist falsch; Hitler konnte nur durch bewaffnete Armeen bezwungen werden, nicht von Pazifisten.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Auschwitz ist durch Soldaten befreit worden!)

– Ja, das ist ein Argument. – Es ist die denkbar falsche Antwort. Zu den ersten Todesurteilen – ich habe es gerade gesagt – gehörten die gegen Pazifisten. Der militärische Sieg über Hitler wurde nur deshalb notwendig, weil es in Deutschland am Anfang zuwenig pazifistischen Widerstand gegeben hat. Mit ihm

Gerhard Zwerenz

(A) wäre es nicht möglich gewesen, diese Welt mit Krieg zu überziehen.

(Beifall bei der PDS)

Wer zu Waffen greift, dem wird mit Waffen begegnet werden.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Nein, es kommt darauf an, für wen die Waffen eingesetzt werden, für eine Diktatur oder für die Demokratie! Er hat nichts begriffen!)

Ich zitierte anfangs den Satz: „Jeder Krieg erzeugt bei den Militärs eine Art militärische Perversion." Ich fürchte, die Militärs sind in der Zwischenzeit schon ein Stück weiter. Die militärische Perversion liegt als Verführung eher bei den mächtigen Politikern.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter Zwerenz, Ihre Gruppe hat mir mitgeteilt, daß dies Ihre letzte Rede war. Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute und viel Glück.

(Beifall bei der PDS, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Thomas Kossendey, CDU/CSU-Fraktion.

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Bundeswehr erfüllt verfassungsfest ihren Auftrag für unser Land. (B) Dazu gehört die allgemeine Wehrpflicht. Sie hat sich in unserem Land über 40 Jahre lang bewährt." Mit diesen Worten wandte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, anläßlich eines feierlichen Gelöbnisses in Holzminden am 5. Juni 1998 an Grundwehrdienstleistende. Wenn Herr Scharping nur mit dieser Klarheit und Entschiedenheit Ende letzten Jahres vor seine eigene Fraktion getreten wäre, hätten wir uns diesen überflüssigen Untersuchungsausschuß ersparen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Peter Zumkley [SPD]: Das stimmt nicht!)

Als nach Bekanntwerden angeblicher oder tatsächlicher rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr Augenmaß und Vernunft gefragt waren, regierte jedoch bei der SPD nicht der politische Sachverstand, sondern politisch motiviertes Wahlkampfkalkül. Genaue Auskunft darüber geben die damaligen Presseerklärungen der Oppositionsparteien, in denen es zum Beispiel nach dem Auftauchen des zweiten Schneeberg-Videos heißt, daß dies kein Einzelfall mehr sei,

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: War es ja auch nicht!)

sondern daß offensichtlich in der Bundeswehr eine braune Subkultur um sich gegriffen habe. So der verteidigungspolitische Sprecher. In der Bundeswehr, so ergänzte er, hätten sich fallweise braune Nischen aufgetan, in denen sich **rechtsradikale Tendenzen** entwickeln konnten. Lieber Herr Zumkley, bei allem (C) Respekt vor Ihrer Rede: Ist das nicht starker Tobak für Soldaten der Bundeswehr? Ist das nicht eine Verdächtigung, ist das nicht eine Unterstellung?

(Peter Zumkley [SPD]: Nein! Überhaupt nicht! Das kann die Bundeswehr sehr wohl ab!)

Können Sie sich vorstellen, wie das auf 340000 Soldaten wirkt?

Die Frau Kollegin Beer, die bekanntlich nicht weit entfernt ist, wenn es darum geht, die Bundeswehr zu diffamieren, assistierte dann mit der Feststellung, es sei eben nicht die Frage von einigen wenigen und auch nicht die Frage von Wehrpflichtigen, sondern es sei eine Frage der Struktur der Bundeswehr, die rechtsradikal sei und gewaltbereites Gedankengut unterstütze.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist auch nicht die Frage von Wehrpflichtigen!)

Sie hat sogar Dimensionen geortet, die angeblich zeigen, daß Neofaschisten und Rechtsradikale selbst auf dem Gebiet von Bundeswehrkasernen terroristische Anschläge vorbereiteten.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist doch so!)

Frau Beer, Ihnen ging es in diesem Untersuchungsausschuß eigentlich nie um die Menschen oder um die Sache. Sie nutzten den Untersuchungsausschuß mehr als Resonanzboden für Ihre dumpfen Vorurteile (D) gegenüber der Bundeswehr.

Ich will Ihnen eines sagen: Sie haben gesagt, der Bundesminister habe die Bundeswehr nicht im Griff. Mir wäre etwas schwummerig ums Herz, wenn ein Bundesminister von sich behaupten könnte, er habe die Bundeswehr im Griff. Ich glaube nicht, daß das die Hauptaufgabe eines Ministers ist.

(Uta Zapf [SPD]: Was ist mit politischer Kontrolle, Herr Kollege?)

Wenn ein Minister das von sich sagen könnte, würde das den Umgangsstil, die Liberalität und das offene Denken in der Bundeswehr töten. Die Mischung aus Landser-Jargon und Kommunistischem Manifest, die der Kollege Zwerenz uns hier vorgetragen hat, führt uns auch nicht besonders weiter.

(Dr. Barbara Höll [PDS]: Haben Sie schon einmal etwas von ihm gelesen, daß Sie das beurteilen können?)

– Ich kann das sehr gut beurteilen.

Nach 115 Stunden intensiver Arbeit im Ausschuß, nach dem Durcharbeiten von zig Metern Aktenmaterial und nach der Einvernahme von X Zeugen können wir feststellen: Diese Bundeswehr – die Zeitsoldaten, die Wehrpflichtigen, die Berufssoldaten und die Zivilbediensteten – verdient unser volles Vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Thomas Kossendey

(A) Keiner der schwerwiegenden Vorwürfe konnte über das Maß hinaus erhärtet oder bewiesen werden, zu dem die Bundeswehr selbst an Klärung beigetragen hat. Der braune Schleier, mit dem unsere Soldaten bei dieser Diskussion überzogen werden sollten, ist zerrissen worden. Außer einer schädlichen öffentlichen Debatte über die Bundeswehr hat die vereinigte Opposition durch diesen Untersuchungsausschuß so gut wie nichts erreicht.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden vollkommen vorurteilsfrei!)

Alle Erkenntnisse, über die in diesen 115 Stunden gesprochen wurde, hätten auch ohne das Instrumentarium und die Kosten eines Untersuchungsausschusses gewonnen werden können.

Worum ging es denn eigentlich im einzelnen? Von Ende November bis Mitte Dezember 1997 verdichteten sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr. Innerhalb von nur 23 Tagen wurden insgesamt 7 Vorfälle enthüllt, die sich teilweise zwischen 1990 und 1996 abgespielt hatten. Durch die konzentrierte Berichterstattung wurde allerdings der falsche Eindruck einer aktuellen zeitlichen und mengenmäßigen Häufung erweckt. Diesem Irrtum ist auch der Kollege Zumkley unterlegen. Es handelt sich nicht um eine Serie. Vielmehr wurden die Vorfälle durch die Presse zu einer Serie verdichtet. Jeder, der die Daten liest, weiß, daß das falsch war. Viele dieser Vorfälle erwiesen sich schon bald nach ihrer Veröffentlichung als aus der Luft gegriffen. Die Staatsanwaltschaft hat in vielen Fällen die Ermittlungen bald wieder eingestellt. (B)

Ich glaube, das Ergebnis der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuß hat eindrucksvoll deutlich gemacht, daß die Bundeswehrführung und die Truppe selbst geeignete Instrumentarien besitzen, um die bekanntgewordenen, behaupteten und tatsächlichen Einzelfälle zu untersuchen sowie angemessen und wirkungsvoll zu behandeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Ausschuß hat seine Arbeit in vier verschiedene Komplexe gegliedert: Vorgänge an der Führungsakademie, mögliche Materiallieferungen an verfassungsfeindliche Organisationen, rechtsradikale Vorfälle in den Standorten Altenstadt/Schongau, Varel, Hammelburg/Schneeberg sowie den Bereich der Traditionspflege.

Ich möchte etwas zu dem **Bereich der Standorte** sagen. Zu den anderen Bereichen werden die Kollegen noch etwas sagen. In bezug auf **Altenstadt/Landsberg** müssen wir deutlich machen, daß das, was uns von dort bekanntgeworden ist, schwerwiegendes Fehlverhalten von Soldaten darstellt, das überhaupt durch nichts entschuldigt werden kann.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Sehr richtig! Das hat nie jemand bestritten! – Uta Zapf [SPD]: Aha, also doch!)

– Das ist bekanntgeworden, ohne daß der Untersuchungsausschuß etwas dazu beigetragen hätte, Frau Kollegin. Wenn Sie beim Untersuchungsausschuß dabeigewesen wären, hätten Sie das auch mitbekommen. (C)

Diese beiden Vorfälle, die sich unter starkem Alkoholgenuß abgespielt haben, die bereits 1993 stattgefunden haben und die pünktlich zu Beginn der Diskussion im Untersuchungsausschuß veröffentlicht wurden, sind von der Truppe selber aufgegriffen worden, soweit wie möglich aufgeklärt und auch geahndet worden. Die Vorgesetzten in Altenstadt – das haben wir im Ausschuß allerdings zur Kenntnis nehmen müssen – haben diese Vorfälle nicht gekannt.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Sie behaupten, daß sie sie nicht gekannt haben!)

Deswegen haben sie sie weder geduldet, noch konnten sie darüber hinwegsehen. Wer allerdings aus dem offenkundigen Fehlverhalten dieser 14 Soldaten Rückschlüsse auf ungefähr 70000 Soldaten, die seit 1990 in Altenstadt ihren Dienst getan haben, oder auf die ganze Bundeswehr ziehen will, der handelt grob fahrlässig oder böswillig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das unterstellen Sie immer wieder!)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Zapf?

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Stellen Sie die Frage, bitte. (D)

Uta Zapf (SPD): Herr Kollege Kossendey, wären Sie bereit, wenigstens einmal darüber nachzudenken, daß es in der Verantwortung eines Parlamentes liegt, dann, wenn über solche Vorfälle in der Öffentlichkeit vermehrt berichtet wird, auch tatsächlich entsprechende Untersuchungen vorzunehmen, um herauszufinden, was Sache ist? Herr Kollege Kossendey, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß es nicht die Absicht derer, die den Untersuchungsausschuß beantragt haben, war, Schmutz auf irgend jemanden zu werfen – Sie und Ihre Kollegen haben gerade eben Ähnliches suggeriert –, sondern daß die Absicht war, herauszufinden, ob, wann und wo solche Gefahren innerhalb der Bundeswehr bestehen, um auf der Basis der Ergebnisse des Ausschusses mögliche Maßnahmen zu ergreifen und Mißstände zu beheben?

(Volker Kröning [SPD]: Richtig!)

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Verehrte Frau Kollegin Zapf, ich gebe Ihnen gern recht, daß es unsere Aufgabe war, das zu klären. Dazu hätte es des Untersuchungsausschusses nicht bedurft. Wenn wir die Sachen denn klären wollen und wenn Sie meinen, im Untersuchungsausschuß würde die Klärung herbeigeführt, dann finde ich es höchst voreilig, vor Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses solche Presseerklärungen abzugeben, wie wir sie von der SPD gelesen haben. Das ist es, was ich verur-

Thomas Kossendey

(A) teile. Ich will Ihnen ganz frank und frei gestehen: Ich würde Ihnen noch lieber etwas länger antworten, wenn ich wenigstens das Gefühl hätte, daß Sie bei ungefähr 10 Prozent der 115 Stunden dabeigewesen wären. Dann wüßten wir wenigstens beide, worüber wir reden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will das Stichwort „Varel" aufgreifen. In **Varel,** im **Fallschirmjägerbataillon 313** gab es die Vorwürfe eines früheren Grundwehrdienstleistenden. Er hat behauptet, es sei regelmäßig zu ausländerfeindlichen und antisemitischen Äußerungen in diesem Bataillon gekommen. Diese Vorwürfe erwiesen sich im Laufe der Arbeit des Untersuchungsausschusses – ich sage es mal vorsichtig – als krause und haltlos.

(Uta Zapf [SPD]: Krause war es! – Heiterkeit)

Die umfangreichen Ermittlungen des Bundesministeriums der Verteidigung waren angemessen. Die Aufklärung durch ein Ermittlungsteam war sachgerecht, um die Unabhängigkeit der Untersuchung zu dokumentieren. Es wurden 221 Soldaten in 445 Vernehmungen gehört. Bei dieser hohen Zahl ist auszuschließen, daß schwerwiegende Vorfälle unentdeckt blieben oder aus falsch verstandener Kameradschaft verschwiegen wurden. Allerdings sind einige nicht mit Rechtsradikalität zusammenhängende Fehler im Bereich der Menschenführung entdeckt worden, die von der Truppe intern wegen möglicher Ahndung aufgegriffen worden sind.

(B) Gerade der Fall des Fallschirmjägerbataillons in Varel macht sehr deutlich, daß bereits ohne die Arbeit des Untersuchungsausschusses in der Truppe eine starke Sensibilität bezüglich menschenunwürdigen und verfassungsfeindlichen Verhaltens von Soldaten vorhanden war. Schon am 21. Mai 1997 hat der Bataillonskommandeur Oberstleutnant Rieger in einem Bataillonsbefehl sehr deutlich seine Meinung zu menschenunwürdigem und verfassungsfeindlichem Verhalten von Soldaten geäußert. Nach Auftauchen des Videos aus Hammelburg hat er am 8. Juli 1997 zusätzlich deutlich gemacht, daß auch in Zukunft alle Vorgesetzen und Soldaten derartigen Tendenzen vorzubeugen, sie früh zu erkennen, zu melden und im Rahmen ihrer Verantwortung unverzüglich zu unterbinden hätten. Er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß kameradschaftliches Verhalten nicht zum Verschweigen derartiger Vorgänge führen darf.

Allein diese beiden Bataillonsbefehle aus Varel widerlegen offenkundig die Mär, daß es dieses Untersuchungsausschusses bedurft hätte, um die Bundeswehr gegen rechtsradikales Gedankengut zu sensibilisieren.

Zu den Standorten **Hammelburg** und **Schneeberg.** Die beiden dort von Soldaten während des Dienstes auf einem Truppenübungsplatz gedrehten Videos sind menschenverachtend und geschmacklos. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Die Bundeswehr hat intern hart reagiert und die verantwortlichen Soldaten zur Rechenschaft gezogen bzw. aus der Truppe entfernt. All das ist vor der Behandlung im Untersuchungsausschuß geschehen. Die Staatsanwaltschaft hat das eingeleitete Strafverfahren mit (C) einer Einstellungsverfügung beendet. In der Verfügung heißt es wörtlich: "Die Beschuldigten haben insbesondere die Tatbestände der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie der Gewaltdarstellung nicht verwirklicht. Auch rechtsextremistische Tendenzen sind nicht erkennbar. Publik wurde der Film erst durch einen Unbeteiligten, der ihn gegen Geld an SAT 1 weitergab."

Es ist mir wichtig, festzustellen, daß – ohne daß der Untersuchungsausschuß etwas dazu gesagt hätte – die Hardthöhe die Ausbildung für die Auslandseinsätze nachgesteuert und die Dienstaufsicht in diesem Bereich verstärkt hat.

Nun könnte man fragen: Außer Spesen nichts gewesen? – Nein, ich glaube, wir würden die Arbeit dieses Ausschusses zu gering einschätzen, wenn wir sie als gänzlich ergebnislos bezeichnen würden. – Ich meine allerdings Bereiche, die Sie überraschen werden.

(Zuruf von der SPD: Ach nein!)

Das erste wichtige Ergebnis aus meiner Sicht ist, daß die SPD in diesem Untersuchungsausschuß ihre Vorurteile und vorher vorgenommenen Wertungen gegenüber der Bundeswehr auf einen Prüfstand stellen konnte und mußte. Heute besteht für die SPD-Fraktion kein Zweifel daran, daß die Bundeswehr kein Hort des Rechtsextremismus in unserem Staate ist, daß es keine rechtsextremen Strukturen in ihr gibt und daß sie auch nicht rechtsextremistisch unterwandert ist. All das wurde doch vor Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses behauptet; ich kann (D) es Ihnen doch vorlegen.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Es war von Subkulturen die Rede, Herr Kollege!)

Das ist ein gutes und ehrliches Resümee, das wir von der CDU/CSU und F.D.P. gern teilen. Die Frage ist nur, ob es wirklich notwendig war, daß dafür 39 Abgeordnete des Verteidigungsausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschusses, die Hardthöhe und viele Zeuginnen und Zeugen tage- und nächtelang zu beschäftigen waren.

(Peter Zumkley [SPD]: Wir waren uns nicht zu schade!)

– Einige von Ihnen waren sich in der Tat dazu zu schade; Herr Zumkley, drehen Sie sich mal um. Ich sage eindeutig nein.

Meines Erachtens ist noch etwas zurückgeblieben – das trage ich hier sehr ernsthaft vor –, was Sie heute auch nicht wegdiskutieren können: Unsere Streitkräfte haben durch diese Diskussion zumindest vorübergehend Schaden genommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr!)

Blinder Aktionismus und Verdächtigungen von seiten der Opposition haben vor allem im Heer ein Klima von Unsicherheit und Mißtrauen erzeugt.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: So ist es! – Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Der Minister hat das gemacht!)

(A) Dabei sehe ich die Soldaten in ihrem täglichen Dienst, aber auch – das sage ich sehr deutlich, verehrte Frau Schulte – die Familien der Zeit- und Berufssoldaten und die Familien, aus denen die Wehrpflichtigen kommen. Da haben Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ob Sie es nun wollten oder nicht, mancher Soldatenfrau das Gefühl vermittelt, daß ihr Mann in einer rechtsradikalen Einheit diene. Manche Eltern von Soldaten in Varel fragten sich: In welch braunen Sumpf gerät unser Sohn als Wehrpflichtiger hinein?

(Walter Kolbow [SPD]: Das ist doch unter Ihrem Niveau! Eine niveaulose Rede ist das!)

Nicht alle werden damit so leicht fertig wie Sie, die Sie von heute auf morgen das Thema wechseln und sich nur daran erfreuen, wenn Sie den Minister in Schwierigkeiten bringen können.

(Walter Kolbow [SPD]: Der Mann muß untersucht werden!)

Dieses **Klima der Verunsicherung** haben Sie auch in die Truppe hineingetragen. Die Art und Weise, in der der Ausschuß bis hin zum letzten Gefreiten intensiv – oder sollte ich besser „exzessiv" sagen? – sein Untersuchungsrecht wahrgenommen hat, hat in der Truppe das Gefühl vermittelt, die Dienstaufsicht über einzelne Kompanien sei auf das Parlament verlagert worden. Ich habe es damals im Ausschuß gesagt und wiederhole es hier: Das Parlament kann und darf nicht der UvD der gesamten Bundeswehr sein. Ein (B) Zuviel an Kontrolle durch Instanzen, die weit höher als die zunächst zuständige Instanz angesiedelt sind, stört und zerstört schlußendlich das notwendige vertrauensvolle Klima untereinander.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nachtwei?

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Herr Kollege Nachtwei, bitte.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Bitte.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kossendey, Sie haben gerade die Art und Weise der Befragungen durch den Ausschuß angesprochen und zum Teil so getan, als sei der Ausschuß der UvD gewesen. Sie haben behauptet, daß nächtelang Gefreite und Obergefreite befragt worden seien und daß man sich dabei bis unter das Niveau der Dienstaufsicht begeben habe. Ist Ihnen noch bekannt, daß wir im Untersuchungsausschuß überhaupt nur drei Mannschaftsdienstgrade befragt haben, daß also nur dreimal die Sicht von unteren Dienstgraden repräsentiert wurde? Ist Ihnen noch bekannt, wie gerade an dem Abend der Befragung der beiden Soldaten aus Varel die Stimmung im Untersuchungsausschuß war? An jenem Abend waren alle – Sie und die Vertreter des Ministeriums ebenso wie die der Opposition – äußerst bestürzt über das, was man da zu hören (C) bekam.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Was?)

Sie berichteten über eine Realität, die nichts mit dem zu tun hatte, was uns vorher als offenes und gutes Klima dargestellt wurde. Ist Ihnen das nicht in Erinnerung?

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Da kommen wir aber zu einer anderen Bewertung!)

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Doch. Genau deswegen, Herr Kollege Nachtwei, sage ich das; denn Sie verwechseln hier wieder einmal mehr eine Zeugenaussage mit dem, was der Ausschuß unzweifelhaft als Ergebnis herausbekommen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

Auch der Vorwurf der Opposition, der **politischen Bildung in der Bundeswehr** werde nicht die notwendige Bedeutung beigemessen, ist unzutreffend. Es sei daran erinnert, daß zum Beispiel bei den Hammelburger Vorfällen sechs Mannschaftsdienstgrade beteiligt waren, die das Abitur hatten. Angesichts der diesen Soldaten bescheinigten allgemeinen Hochschulreife ist es völlig abwegig, zu behaupten, das Fehlverhalten einzelner Soldaten könne auf unzureichenden politischen Unterricht in der Bundeswehr zurückgeführt werden.

Politische Bildung – das sage ich denen, die da im- (D) mer sehr schnell rechnen – vollzieht sich nicht nur über den Stundenansatz des theoretischen Unterrichts in der Kaserne. Politische Bildung ist zuallererst auch eine Frage der Qualität der Führung innerhalb der Truppe, so wie sie der junge Soldat jeden Tag erlebt. Deswegen ist es ja auch so wichtig, daß die Offiziere und Unteroffiziere durch ihre tägliche Arbeit in der Truppe vorleben, welches Menschenbild in der Bundeswehr maßgebend ist. Die Bundeswehr kann nur dann ihren Auftrag entsprechend dem Grundgesetz erfüllen, wenn das **Prinzip der inneren Führung** täglich vorgelebt wird. Wir brauchen keine Gesinnungsschnüffelei und kein verbessertes Meldewesen in der Truppe über rechtsradikale Vorkommnisse. Nein, was wir brauchen, ist der Vorgesetzte, der durch seine Persönlichkeit und seinen Charakter für die Soldaten richtungsweisend ist. Deswegen bedarf es auch bei der Ausbildung und der Auswahl der Unterführer und der Offiziere allergrößter Aufmerksamkeit.

Abschließend stelle ich fest: Der Alltag in der Bundeswehr wird eben nicht von Skandalen bestimmt, sondern von dem engagierten täglichen Einsatz unserer Soldaten und der zivilen Mitarbeiter, die mit ihren Leistungen an der Oder, für den Frieden in Bosnien und beim Aufbau der Armee der Einheit höchste Anerkennung und im übrigen auch großes Vertrauen in der Bevölkerung und bei unseren Freunden und Partnern erworben haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Thomas Kossendey

(A) Unsere Soldaten leisten einen harten und schwierigen Dienst. Wir müssen uns immer wieder der Verantwortung bewußt sein, daß der Deutsche Bundestag mit seiner Zustimmung zum Beispiel zum Einsatz in Bosnien von unseren Soldaten einen hohen Preis, möglicherweise den Einsatz ihres Lebens, fordert. Die Soldaten hatten und haben es nicht verdient, mit einem solchen Untersuchungsausschuß überzogen zu werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie dann so verläßlich und gut in dem Untersuchungsausschuß mitgearbeitet? Das ist aber sehr inkonsequent! Im Untersuchungsausschuß waren Sie gut, aber das hier war sehr enttäuschend!)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Volker Kröning, SPD-Fraktion.

Volker Kröning (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Rühe, der heutige Tag scheint Ihnen zwar leichtzufallen, aber Sie haben schwere Monate hinter sich. Ich glaube, wir alle können daraus lernen.

Wie titelte die „Frankfurter Allgemeine"? „Das Gesetz der Serie. Verteidigungsminister Rühe steht (B) nicht länger in gewohntem Glanze da". Oder die von Ihnen so geschätzte „Zeit": „Was Volker Rühe tun muß. Helmut Schmidt über die Bundeswehr. Selbsterforschung ist unerläßlich". Doch diese Kritik und diesen Appell hat der Minister, haben aber offenbar vor allem auch, wie die bisherige Debatte gezeigt hat, die ihn tragenden Koalitionsparteien weit hinter sich gelassen.

Der Wahlkampf ist ausgebrochen, und zugleich stehen auf der Tagesordnung – wir können nichts daran ändern; wir haben darauf Rücksicht zu nehmen – wieder die Lieblingsthemen unseres Verteidigungsministers, nämlich die Außen- und Sicherheitspolitik, zum Beispiel die SFOR-Nachfolgeoperation, der Kosovokonflikt, aber auch regional viel weiter entfernte Themen.

Doch die Lektionen der letzten Monate sollten Sie, Herr Rühe, und wir, meine Damen und Herren, nicht vergessen. Die Stationen, die wir ohne den Untersuchungsausschuß nicht passiert hätten, werden uns auch in der nächsten Wahlperiode noch beschäftigen.

Herr Nolting, Ihren Beitrag zur Zukunftsbewältigung fand ich nur peinlich, auch für Ihre Partei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Gerhard Zwerenz [PDS] – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Faul war der! Faul bis zum dorthinaus!)

(C) Herr Kossendey, ich fand Sie während des Untersuchungsverfahrens auch wesentlich besser als bei dieser Bilanzierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse diese Stationen noch einmal zusammen:

Erstens. Noch bevor der Untersuchungsausschuß seine Arbeit aufnahm, haben Sie, Herr Rühe, eingeräumt, daß die rechtsextremistischen Vorfälle dem **Ansehen der Bundeswehr** im In- und Ausland geschadet haben. Das ist wohl das Schärfste, was sich die Bundeswehr sagen lassen kann. Sie werden nicht erwartet haben – niemand im Ministerium und niemand im Parlament –, daß die SPD, die so wesentlich die deutsche Wehrverfassung mitgeprägt hat, untätig bleibt.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Demokratie und Öffentlichkeit bedingen sich, jedenfalls im Regelfall. Was die Ergebnisse des Ausschusses angeht, so sollten Sie, statt hier zu polemisieren, lieber den Sachverhalt und auch die Bewertungen lesen – und zwar in allen Einzelheiten, gerade auch was den Komplex Varel angeht, lieber Herr Kossendey. Im übrigen lassen Sie mich leise anmerken: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Am Tage der Arbeitsaufnahme des Untersuchungsausschusses hat der Inspekteur des Heeres erklärt, er lehne die Wehrmacht als Vorbild ab und strebe eine andere **Traditionspflege** an. Zugegeben: (D) Das haben Sie, Herr Minister Rühe, schon vor Jahren gesagt. Doch es bedurfte offenbar der öffentlichen und parlamentarischen Nachhilfe und auch der Klarstellung durch die militärische Spitze.

Drittens. Parallel zur Beweisaufnahme stellte die Frau Wehrbeauftragte des Bundestages ihren Jahresbericht 1997 vor und erklärte, daß die **Distanz zwischen Bundeswehr und Wehrmacht** nicht groß genug sei. Auch wenn Sie, Herr Minister, die Kritik hart zurückgewiesen haben: Der Generalinspekteur gab als Sachverständiger vor dem Untersuchungsausschuß zu Protokoll, bei der Gestaltung der politischen Bildung, gerade in der Offizier- und Unteroffizierweiterbildung, gebe es Handlungsbedarf – und zwar besonders, was die historische Bildung angeht.

Viertens. Zur **Situation der inneren Führung** folgte wichtigen Hinweisen mehrerer Sachverständiger im Untersuchungsausschuß eine bemerkenswerte Korrektur des Chefs des Heeresamtes durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Der oberste Chef aller Ausbildungseinrichtungen im Heer hatte am Tage nach der Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß öffentlich erklärt innere Führung stütze sich „in ihren wesentlichen Grundlagen auf ungebrochene deutsche Militärtradition".

(Walter Kolbow [SPD]: Hört! Hört!)

Durch den Staatssekretär Klaus Rose mußte er sich sagen lassen, nach diesen Ausführungen „wäre in-

Volker Kröning

(A) nere Führung" – zum Glück ist das nur im Konjunktiv gesagt worden – „keine grundlegende neue Konzeption, sondern eine alte deutsche Militärphilosophie, lediglich mit neuem Namen".

(Walter Kolbow [SPD]: Dazu hätten Sie Stellung nehmen sollen!)

Als Vertreter der Küste muß ich sagen: Wat mutt, dat mutt. Das saß.

Doch im Ernst: Ich hoffe, daß sich so etwas nicht wiederholt, weder was die Form, die geschmacklos war, noch was den Inhalt betrifft, der das Gegenteil von Vorbildfunktion bedeutete.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Fünftens. Auch bei der **Führungsakademie** tut sich etwas. Man braucht es nicht nur in der Gegenwartsform zu sagen; man kann es auch schon für die jüngere Vergangenheit sagen. Am 14. Mai 1998 war unser ehemaliger Fraktions- und Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel zu einem Vortrag vor rund 200 Teilnehmern der beiden Generalstabslehrgänge über das Thema „Zur Notwendigkeit des Erinnerns – Über den Umgang mit der jüngeren Geschichte" eingeladen. Er hat uns anschließend den Eindruck mitgeteilt,

> daß die Führung der Akademie den seinerzeitigen Vorgang in keiner Weise beschönigt, sondern ihn zum Anlaß genommen hat, der Auseinandersetzung mit dem NS-Gewaltregime verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen.

(B) Welch andere – und zwar aktivere – Töne, zu diesem Kapitel unserer Geschichte, als sie von Ihnen, Herr Minister, bisher zu hören waren!

Sechstens. Die **Fähigkeit der Bundeswehr zur Selbstreinigung** ist offenbar weiter entwickelt als Ihre Fähigkeit, Herr Rühe, zur Selbstkritik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In **Altenstadt** und **Varel,** wo schwere Mängel sowohl in der Menschenführung als auch bei der Abgrenzung zum Rechtsextremismus festgestellt wurden, hat man offenbar aufgeräumt, Remedur geschaffen – auf der Ebene der Ausbilder im Unteroffizierkorps und der Vorgesetzten auf Kompanieebene. Doch, wohlgemerkt, erst nach Veröffentlichung der Vorfälle und erst im Zuge der Beweisaufnahme! Das Ergebnis, Herr Kossendey, widerlegt Ihre Schönrednerei.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hätten Sie, Herr Minister – ohne viel Aufwand hätte man dieses wichtige Detail nicht herausfinden können –, und auch Ihre Mitarbeiter auf der Hardthöhe allen Anlaß gehabt, sich um die Fallschirmjägertruppe schon früher und konsequenter zu kümmern. Es wurde schon gesagt: Bereits der Vorgänger von Frau Marienfeld, Alfred Biehle, hatte Sie auf Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht. Wir haben festgestellt, daß zur gleichen Zeit der Präsident des MAD öffentlich derartige Hinweise gegeben hat. Ich frage mich, warum die Probleme zwischen 1993 und 1997 hochgekocht sind. (C)

Es stimmt schon sehr nachdenklich, Herr Kossendey, daß die Befehle des Bataillonskommandeurs in Varel, die nicht ohne Anlaß zustande gekommen sind, leider ohne Wirkung blieben. Sie sind offenbar nicht durchgängig befolgt worden. Der Verteiler stimmte, aber es ist keine Aufsicht über ihre Umsetzung geübt worden.

Siebtens. Was die **Materiallieferungen** angeht, so haben inzwischen, wie zu hören ist, das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtige Amt neue Regelungen getroffen, die eine bessere Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Exekutive als bisher sicherstellen sollen.

Man erinnere sich: Wenn zwei Dinge nicht passiert wären, hätte es keine Affäre um die Führungsakademie gegeben, nämlich der Parfino-Vortrag Anfang 1994, der auf unsensiblen Umgang mit Traditionsverbänden zurückgeht, und die Lieferung von drei Fahrzeugen an das Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk, hinter dem Roeder stand, Ende 1994. Und auch umgekehrt kann man sagen: Wenn zwei Dinge passiert wären, wäre es nicht zu der Affäre gekommen, nämlich wenn die Information des Verfassungsschutzes und des MAD in die Verwaltungen und in die Truppe, in die Köpfe der Verantwortlichen gelangt wäre und wenn durchgehend eine reflektierte und definierte Vorstellung von „humanitärer Hilfe" geherrscht hätte.

(Beifall bei der SPD)

(D) Doch was die Zukunft – auch die Zukunft unserer Wehrstruktur und der Bildungseinrichtungen der Bundeswehr und vor allen Dingen den künftigen Führungsstil auf der Hardthöhe – angeht, so haben wir auf eine Frage noch keine zureichende Antwort gefunden, nämlich auf die Frage, wie verhindert werden kann, daß **Rechtsextremismus** auch über **Wehrdienstleistende** in die Bundeswehr eingeschleppt wird oder daß rechtsextremistisch eingestellte Wehrdienstleistende in die Bundeswehr hineinkommen und sie für ihre Zwecke gebrauchen und mißbrauchen. Diese Antwort gibt auch die eindrucksvolle Liste neuer Befehle, Erlasse und Weisungen nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses, die Sie mir mitgeteilt haben, nicht.

Doch die Feststellungen des Untersuchungsausschusses haben die These widerlegt, die Wehrdienstleistenden seien das größte Problem. Ebensowenig ist eine Kapitulation vor einer Lösung auch durch die Bundeswehr hinzunehmen – etwa nach dem abwiegelnden Motto, die Bundeswehr sei nichts als ein Spiegelbild der Gesellschaft.

Sicherlich ist die Bundeswehr nicht die „Schule der Nation", wie Sie, Herr Rühe, Willy Brandt gerne zitieren. Es gibt aber eine Fürsorgepflicht und eine Aufsichtspflicht der Bundeswehr gegenüber den Wehrdienstleistenden und auch – das sage ich mit aller Behutsamkeit – einen **Erziehungsauftrag** der Bundeswehr gegenüber der Gesellschaft, für den die Politik verantwortlich ist und der nicht zuletzt den außerdienstlichen Bereich betrifft. Der Kultur der

Volker Kröning

(A) Wehrpflichtarmee, für die Sie und wir eintreten, wäre der Boden entzogen, wenn uns nur der dienstliche Bereich interessieren würde. Es kommt nicht nur auf „correctness" an, sondern es kommt wahrhaftig auf den „Geist der Truppe" an. Es kommt darauf an, daß junge Menschen die Bundeswehr nicht weniger, sondern mehr gefestigt verlassen.

Die Erfüllung dieser Aufgabe steht und fällt mit der Bereitschaft, Probleme nicht zu verschweigen, Pluralität zuzulassen und Trennschärfe zwischen dem, worüber man vielleicht politisch hinwegsehen will und auch kann, und dem, was rechtlich nicht hinzunehmen ist, aufzubringen. Die Erfüllung dieser Aufgabe steht und fällt mit der Entschlossenheit, diese Trennschärfe auch bei der Anwendung des Personalrechts oben wie unten gleichmäßig zu praktizieren. Wir haben erhebliche Verbesserungen bei der Zusammenarbeit von MAD und der Truppe aus der unmittelbar zurückliegenden Zeit zur Kenntnis genommen.

Ich will noch eines sagen: Die Erfüllung der Aufgabe, von der ich spreche, setzt nicht nur einen energischen, sondern auch einen **offenen Führungsstil** voraus. Diesen Stil, Herr Rühe, leben Sie nicht. Das hat der Bundeswehr geschadet. Eine kluge Beobachterin hat das „innere Führungsschwäche" genannt. Die, Herr Minister, kennzeichnet neben Ihren unbestreitbaren Leistungen und Verdiensten Ihre Amtszeit.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Vizepräsidentin Michaela Geiger:** Das Wort hat der Abgeordnete Christian Schmidt, CDU/CSU-Fraktion.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ganz am Schluß, Herr Kollege Kröning, haben Sie die Ausgangsthese aufgenommen, die der Anlaß für die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses war, nämlich der Vorwurf, Vorfälle seien nach oben durchgereicht worden, und die Absicht, brandmarken zu wollen, daß der Verteidigungsminister derjenige wäre, der sie durch seine Führung, durch seine Entscheidungen und durch sein politisches Verhalten zu verantworten hätte. Es gab einen Bruch, als wir feststellten, daß das vielleicht damit zu tun hat, daß die Bundeswehr im Jahr 1997 mit gewissen öffentlichkeitswirksamen Aktionen erfolgreich war und Gott sei Dank gut bei der Bevölkerung ankam. Einige Kollegen der SPD – wobei ich die hier anwesenden Kollegen der SPD nicht meine – und insbesondere von den Grünen hatten das Gefühl, daß auf Grund einer auf interessante Weise zustande gekommenen Häufung von Vorfällen, die zwar Jahre auseinander liegen, über die aber – hopp, hopp, hopp – vom einen Montag zum anderen Montag in den Medien berichtet wurde, ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden müsse. Das ist die Problematik, über die wir reden müssen. Die einen belegen das mit dem Wort „Generalverdacht"; die anderen sagen, das sei ein brauner Sumpf. Aber die Frage insgesamt bleibt.

Nehmen wir die Schlagworte weg, worum geht es? Es geht um die Frage: Habe ich gegenüber einer we-

(C) sentlichen staatlichen Institution dieser **Demokratie** ein **Grundvertrauen** oder ein Grundmißtrauen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein bißchen erinnert mich das an ein schönes Gedicht von Joachim Ringelnatz. Der Kollege Zwerenz ist nicht mehr da. Er möge mir verzeihen – ich bitte ihn einmal um Verzeihung –; denn ich bin nicht in der Lage, Ringelnatz im Versmaß zu zitieren, sondern nur dem Sinne nach: Im Café sitzt ein einzelner Gast mit Hut und Tasche. Er geht kurz raus zur Toilette, kommt wieder herein; die Tasche ist weg. Er blickt umher und sieht den und den und den. Innerlich einigt er sich darauf: Der muß es gewesen sein. Nach intensivem Nachsehen stellt er fest, daß die Tasche doch noch da ist. Aber, so sagt er sich, wenn sie gestohlen worden wäre, dann hätte es bestimmt der gemacht.

Das ist manchmal auch der Impetus bei denen, die die **Bundeswehr** für alles und jenes verantwortlich machen wollen. Ich meine, diese hervorragenden **Repräsentanten unseres Volkes** werden manchmal eben auch zu Unrecht für etwas in Anspruch genommen, was sie dann nicht getan haben.

Ich will aber doch auch noch einmal zu dem Vorwurf etwas sagen, man wolle sich die Probleme, die in der Bundeswehr da sind, sozusagen allgemein mit dem Überschwappen der Gesellschaft erklären. Ich glaube, daß man es sich damit nicht einfach macht. Wir haben ja jetzt ein ganz bedrückendes und ernstes Beispiel, mit dem am Sonntag neben dem deutschen Ansehen auch die persönliche körperliche Unversehrheit mehrerer Menschen ganz existentiell betroffen wurden; wir alle hoffen, daß das Opfer, der französische Polizist, am Leben bleibt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schweinereien einer Gruppe – wie auch immer sie bezeichnet wird und wo auch immer genau ihre Wurzeln sind – beschmutzen uns das Bild einer friedlichen Fußballweltmeisterschaft. Wo immer die auch herkommen, es sind Randteile der gesellschaftlichen Realität bei uns und wohl in ganz Europa. Wenn man die französische Presse liest, dann kommt das auch sehr deutlich heraus.

Nur, wenn ich eine Untersuchung machen will, wie ich dem Phänomen entgegentreten kann, muß ich natürlich vor allem das Mittel der Repression nutzen. Ich denke, in der Debatte heute vormittag ist vieles auch über unsere Verantwortung gesagt worden, vor allem für die innere Sicherheit. Aber dennoch wird man dann keine Studie anfertigen lassen über die Besucher eines Fußballspiels, sondern man wird untersuchen lassen, wie in diese speziellen Gruppen hineingewirkt werden kann.

Deswegen ist auch nicht die von Ihnen, Frau Beer, immer wieder geforderte **sozialwissenschaftliche Untersuchung über die Bundeswehr** die Frage.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Christian Schmidt (Fürth)

– Nein. Die ganz entscheidende Frage ist die, wie wir auf die gesamtgesellschaftlichen Phänomene, die wir da bemerken, reagieren können.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben Angst, die Wahrheit zu erfahren. Das ist doch der einzige Grund, warum nein gesagt wird!)

– Das hat mit Angst überhaupt nichts zu tun. Das ist genau dieses Grundmißtrauen, von dem ich gerade gesprochen habe, das wir hier erleben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Frau Beer, es wird den Grünen nicht guttun, wenn Sie bei diesem Verhalten bleiben, wenn man das, was Herr Trittin – jetzt totgeschwiegen von den Grünen – gesagt hat, zu einem Konglomerat von inneren Verdächtigungen zusammenstrickt.

Ich darf nebenbei mal eines bemerken: Auch die Repräsentanten der Sozialwissenschaft, die wir in diesem Untersuchungsausschuß gehört haben, haben mich nicht durchweg davon überzeugt, daß sie wirklich Ursachenforschung betreiben. Der selbsternannte Nestor der Rechtsextremismusforschung Deutschlands, Herr Gessenharter, der gleichzeitig mit Linksextremisten ein Buch herausgibt – –

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch mit dieser dummen Polemik auf!)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nachtwei?

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU): Nein, Entschuldigung, es tut mir leid, dem Kollegen Nachtwei hätte ich gern eine Frage beantwortet, aber „dumme Polemik" lasse ich mir nicht vorwerfen.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Aber das war ja nicht der Kollege Nachtwei.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU): Nein, Frau Präsidentin, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Wenn mir von der linken Seite dieses Hauses vorgeworfen wird, ich hätte keine Ahnung davon, dann mag das in der Tat insoweit richtig sein, als ich von den inneren Strukturen des Linksextremismus relativ wenig Ahnung habe. Das gebe ich ganz offen zu. Aber die erhellenden Worte des Herrn Gessenharter zu diesem Thema waren jedenfalls nicht zielführend.

Ich komme zur Frage des zentralen Einzelfalls, der uns alle vom Faktum her doch sehr stark bewegt hat. Es geht dabei um diesen berühmten **Vortrag des Rechtsterroristen Roeder an der Führungsakademie der Bundeswehr.** Um eines noch einmal ganz klar zu sagen: Die Einladung eines Extremisten mit terroristischer Vergangenheit

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegenwart!)

– Vergangenheit, weil er wegen dieser Gewalttaten verurteilt war; Rechtsextremist ist er nach wie vor, das ist überhaupt keine Frage – durch Bundeswehrangehörige der Führungsakademie kann nur riesengroßer Einfalt entspringen. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Das wollen wir auch nicht tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Untersuchungsausschuß hat allerdings auch zweifellos bestätigt, daß die Einladung der unappetitlichen Figur Roeder zu einem Vortrag im Stab der Führungsakademie nicht im Wissen um Person und Hintergrund geschehen ist.

Ich will noch eines zu dem Wort „unappetitlich" sagen – diejenigen, die im Kalkül dessen, was vernommen werden mußte, den Untersuchungsausschuß mit gewollt haben, müssen sich dies vorhalten lassen –: Angesichts des Medienauftritts, den diese Figur hier in Bonn durch den Untersuchungsausschuß erhalten hat, sollte sich der eine oder andere Journalist – ich sage das, obwohl es im Wahlkampf möglicherweise etwas unpäßlich ist und man sich nicht mit Journalisten anlegen sollte –, der meinte, bestimmte Dinge unbedingt in seine Reportage hineinnehmen zu müssen, einmal im stillen Kämmerlein fragen, ob er da im Sinne seines Informationsauftrages recht getan hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Die Einladung war ein folgenschwerer Fehler, der außerhalb des Lehrbereiches der Akademie stattgefunden hat und auf der Ahnungslosigkeit der handelnden Personen beruhte. Ahnungslosigkeit an sich ist nicht strafbar. Kein Soldat kann eine komplette Datei des Rechts- und Linksextremismus zur Gefahrenabwehr mit sich herumtragen.

(Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS]: Eine zum Linksextremismus wird er schon haben!)

Wir können auch keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor Kontakten der Bundeswehr mit Zivilisten einführen, schon weil die Grünen und vermutlich auch die SPD dann mit allen Mitteln gegen solch einen „Überwachungsstaat" ankämpfen und uns schlimmer Dinge zeihen würden.

Daß der **Verfassungsschutzbericht** nicht gelesen worden war bzw. der aktuelle in der endgültigen Form noch nicht vorgelegen hatte, ist auch kein Vergehen. Dennoch muß das Instrument Verfassungsschutzbericht besser genutzt werden. Aber die Grünen und Teile der SPD sind hier nun wirklich keine guten Ratgeber, da es unter ihnen Bestrebungen gibt, den Verfassungsschutz aufzulösen. Dies zeigt das Beispiel der rotgrünen Regierung in Hessen.

Ich nenne bewußt Hessen; denn ein Finanzamt dieses Bundeslandes hat die vorläufige Gemeinnützigkeitsbescheinigung für die Organisation von Herrn Roeder herausgegeben: das Finanzamt Schwalmstadt. Der Finanzbeamte in Schwalmstadt hatte keinen Landesverfassungsschutzbericht zur Verfügung, um über Herrn Roeder zu lesen; denn

Christian Schmidt (Fürth)

(A) den haben Rotgrün abgeschafft. Den gibt es seit diesem Jahr nicht mehr.

(Uta Zapf [SPD]: Erst seit diesem Jahr nicht mehr!)

– Vielleicht wurde er vorher auch nur in geringer Auflage verteilt.

(Uta Zapf [SPD]: Das ist Quatsch!)

– Nein, so einfach ist das nicht.

Sie gehen über Ihre fundamentalen Probleme hinweg, Frau Zapf. Sie eiern herum! Sie beschimpfen die Soldaten, wenn sie den Verfassungsschutzbericht nicht von vorn bis hinten lesen, aber Sie selbst und Ihre Partei sind in einem Bundesland so weit, den Verfassungsschutz praktisch abzuschaffen. Lesen sie das im Wahlprogramm der Grünen nach; darin steht: Die Geheimdienste sollen abgeschafft werden. Tun Sie doch nicht so, als ob es hier nur um Kavaliers- und Freundlichkeitsfragen ginge. Sie sind in diesen Fragen existentiell gespalten. Sie reden mit doppelter Zunge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Manfred Opel [SPD]: Das ist doch unter Ihrem Niveau!)

– Herr Opel, nehmen Sie doch zur Sache Stellung! – Das ist doch euer Problem: ihr eiert herum; ihr wollt mit den Grünen eine Koalition bilden. Ihr wißt genau, daß die euch überhaupt nichts bieten können, außer eine Chaossituation. Das müßt ihr euch schon anhören.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Euer Schröder spricht heute so, morgen so und übermorgen gar nicht. Hier erscheint er überhaupt nicht. Was soll denn das für ein Kandidat sein? Guildo Horn auf der Ebene der Bundesregierung! Es ist ja wohl nicht mehr auszuhalten, was uns hier zum Teil vorgeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

– Man kann das durchaus auch einmal in dieser Form sagen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist lächerlich!)

– Nein, das ist nicht lächerlich. Das ist die Wahrheit. Das muß einmal gesagt werden.

(Weitere Zurufe von der SPD – Uwe Lühr [F.D.P.]: Getroffene Hunde bellen!)

– Nein, hört euch das nur an. Es ist gut für euch.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Schwachsinn!)

– Von Schwachsinn habe ich in diesem Untersuchungsausschuß relativ wenig gehört.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe Sie gemeint, nicht den Untersuchungsausschuß!)

(C) Mit Rezzo Schlauch hat sich heute früh schon der Kollege Zeitlmann beschäftigt.

Mein persönlicher Rat für die Zukunft, Frau Präsidentin, ist folgender: Nicht leichtgläubig sein, wie auch sonst im Leben nicht; bei unbekannten Referenten schon einmal nachhaken und rückfragen und die Antennen ausfahren. Das ist notwendig. Das kann die Bundeswehr auch vor Schaden an ihrem Ansehen bewahren. Das muß den Betreffenden gesagt werden. Ich glaube, alle anderen, die jetzt in eine solche Situation kommen würden, wären auch in der Lage, darauf zu reagieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch wieder zum parlamentarischen Ton zurückkehren. Wenn wir uns gegenseitig des Schwachsinns bezichtigen, bringt das auch nicht arg viel.

Jetzt hat der Kollege Nachtwei das Wort zu einer Kurzintervention.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Schmidt, ich will dann auch wieder zur Sache zurückkommen. Sie haben einen sehr wichtigen sachlichen Aspekt angesprochen. Dieser betraf die **sozialwissenschaftliche Studie,** im Hinblick auf die Sie behaupten, damit würde der Generalverdacht gegen die Bundeswehr fortgesetzt.

(D) Gucken Sie sich aber einmal Ihre eigene Bewertung an: Da werfen Sie den sozialwissenschaftlichen Experten, die wir am Ende im Untersuchungsausschuß gehört haben, vor, daß sie sich auf Studien bezogen hätten, die zum Teil 15 Jahre alt waren. Woran aber lag das denn?

Die Experten haben ehrlicherweise als Empiriker festgestellt, daß sie keine neueren Daten haben. Sie haben gesagt, sie hätten zu wenig Daten. Wir wissen nicht, was in den Köpfen der Soldaten vorgeht. Empirische Feldforschung wurde nicht gestattet. In alle anderen gesellschaftlichen Bereiche leuchten wir mit verfeinerten Methoden hinein. Aber in den großen gesellschaftlichen Körper der Bundeswehr dürfen wir nicht mit sozialwissenschaftlichen Methoden hineinleuchten. Das ist doch wirklich ein verheerender Widerspruch. Sie scheinen in keiner Weise verstanden zu haben, was empirische Untersuchungen bedeuten, nämlich daß es darum geht, die Wirklichkeit differenziert aufzuklären, und in keiner Weise um Schuldvorwürfe, Unterstellungen und einen Generalverdacht.

Erinnern Sie sich bitte daran, was auch Ihr Kollege Krautscheid in diesem Untersuchungsausschuß festgestellt hat. Er hat festgestellt: Wir wissen nicht, wie viele Anfällige es gibt. Eine Studie wäre interessant. – Bitte nehmen Sie doch auch dazu Stellung. Nach dem, wie ich Ihre sachliche Arbeit in diesem Untersuchungsausschuß mitbekommen habe, glaube ich, daß Sie sich außerhalb des Wahlkampfgefechtes eher zustimmend dazu äußern könnten.

Winfried Nachtwei

Das Problem ist doch offensichtlich nicht das mit den strafrechtlich relevanten rechtsextremen Vorfällen. Da ist die Zahl in der Bundeswehr, verglichen mit der Gesellschaft oder mit Vergleichsgruppen, in der Tat nichts Außergewöhnliches; das ist richtig. Aber wir haben doch das Problem, daß es in unserer Gesellschaft gerade in der Rekrutierungsgruppe für die Bundeswehr, den jungen Männern, einen besonders hohen Anteil an sehr rechts bis rechtsextrem Orientierten gibt.

(Jürgen Augustinowitz [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das denn?)

Wir wissen wohl, daß die sich von militärischen Strukturen überhaupt und deshalb auch von der Bundeswehr angezogen fühlen, woran sie gleichzeitig etwas auszusetzen haben. Aber wir wissen eben nicht – danach hat der Minister selbst im Untersuchungsausschuß einmal gefragt –, wer überhaupt genau zu uns kommt, was das Gedankengut angeht. Dabei geht es nicht um Bespitzelung, das auf keinen Fall. Aber es geht darum, wo der relativ hohe Anteil von rechtsextrem Orientierten in der Bundeswehr bleibt und wie der Ausbildungsbetrieb, die Ausbildung an der Waffe, die politische Bildung, die Traditionspflege usw. nun tatsächlich auf sie wirken.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Kollege Nachtwei, die Zeit ist abgelaufen. Das ist eine Kurzintervention und kein Redebeitrag.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, das Wichtigste habe ich dazu gesagt.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Zur Antwort erteile ich das Wort dem Abgeordneten Schmidt.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU): Herr Kollege Nachtwei, Ihre Unterstellung, meiner Meinung nach sei der Generalverdacht mit der Studie verbunden, trifft nicht zu. Meine Frage lautet: Wo soll man bei einer Studie ansetzen?

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zuhören!)

Beim Eintritt in die Bundeswehr, wenn ein junger Mann die Uniform anzieht, oder in der gesamten gesellschaftlichen Situation?

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber haben wir doch massenhaft Studien! – Gegenruf des Abg. Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Ausreden lassen!)

Auch wenn die Studien alt waren, so haben sie uns durchaus den einen oder anderen Einblick vermittelt.

Gestatten Sie mir, in aller sachlichen Höflichkeit folgendes zu sagen: Ich habe in der Tat einen Grund, gegenüber den Anforderungen solcher Studien mißtrauisch zu sein. Frau Beer, während des Untersuchungsausschusses haben Sie sich mit Ihrer Forderung nach dieser Studie ein paarmal decouvriert. Sie haben nämlich von „konservativ", von „nationalkonservativ" und von „rechtskonservativ" gesprochen. Heute hat ein Redner einer Gruppe ebenfalls von „nationalkonservativer Armee" gesprochen. Ich werde den Grundverdacht nicht los, daß es nicht darum geht, die mit anderen Mitteln durchaus identifizierbaren Entwicklungen des Rechtsextremismus zu überblicken. Ich habe den Verdacht, daß es vielmehr darum geht – um eine politische Auseinandersetzung zu führen –, zu ermitteln, ob es genügend Anhaltspunkte dafür gibt, sagen zu können: In der Bundeswehr sind Konservative drin. „Konservativ" und auch „nationalkonservativ" gehört zum demokratischen Spektrum.

(Jürgen Augustinowitz [CDU/CSU]: Na klar!)

Dennoch würde ich dem Verteidigungsminister natürlich nicht zugestehen – das wäre wohl eine Aufgabe der Wehrbeauftragten –, beim Eintritt zu fragen, ob jemand grün, SPD-orientiert oder konservativ ist.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch!)

– Das ist nicht Quatsch; das ist genau der Punkt. Liebe Frau Beer, Sie müssen sich auch das anhören. Wenn Sie sich selbst prüfen, dann werden Sie feststellen, daß ich recht habe.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dieter Heistermann, SPD-Fraktion.

Dieter Heistermann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es wird für viele Soldaten interessant sein, einmal die einleitenden Reden zu einem Untersuchungsausschußbericht nachzulesen. Die Absichten werden dann sehr schnell erkennbar sein. Wenn ich den guten Rat geben darf – ich bin heute ganz milde gestimmt –: Vielleicht können Sie das eine oder andere von dem, was hier teilweise vorgetragen worden ist, im Text noch korrigieren; denn es wird in der Bundeswehr so interpretiert werden, wie Sie es hier mit vielleicht nicht ganz ehrlicher Absicht gesagt haben, und auf Sie zurückfallen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen den Rat, Ihre Aussagen zu überprüfen.

Wer kennt eigentlich ein öffentliches Dokument, welches ein so genaues Bild über den inneren Zustand unserer Streitkräfte vermittelt wie der Jahresbericht 1997 der Wehrbeauftragten? Nahezu alle Bereiche der Bundeswehr sind präzise angesprochen. Die vielen beschriebenen unbequemen Wahrheiten und der Finger auf so mancher Wunde haben dem Haus auf der Hardthöhe unruhige Arbeitsstunden eingebracht und hoffentlich auch endlich die Augen für die Wirklichkeit geöffnet.

Schauen wir uns den **Bereich der Personalangelegenheiten und der Menschenführung** an. Der größte

Dieter Heistermann

(A) Posten, 40,6 Prozent der Eingaben – so ist es im Jahresbericht 1997 der Frau Wehrbeauftragten belegt, betreffen Personalangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten sowie personelle Fragen der Wehrpflichtigen. Mir stellt sich die Frage, ob die personalführenden Dienststellen bei ihren Personalentscheidungen die Grundsätze der inneren Führung genügend beachten. Gerade Entscheidungen der Personalführung beeinflussen die Berufszufriedenheit der Soldaten und ihre Einstellung zum Dienst. Da ist doch wohl offensichtlich: Hier gibt es Sand im Getriebe, wenn soviel Eingaben vorkommen.

Zu oft stimmt auch die Auswahl der militärischen Führer nicht, sonst wären bestimmte Auswüchse nicht zu erklären. Bei der Auswahl sind die charakterliche Eignung und die Fähigkeit zur Menschenführung vordringlich zu berücksichtigen. Es muß erreicht werden, daß die Qualität der Ausbilder, Führer und Unterführer den Ansprüchen moderner Menschenführung entspricht. Die Bundeswehr muß den Mut haben, ungeeignete Offiziere und Unteroffiziere von solchen Verwendungen auszuschließen.

Der Eintritt in den neuen Lebensabschnitt als Soldat wird den jungen Rekruten oft unnötig und in bedenklicher Weise erschwert. Sie werden nicht wie mündige Staatsbürger in Uniform behandelt. Herablassendes Anreden in Verbindung mit Worten aus der Fäkalsprache und schlechtes Führungsverhalten tragen mit dazu bei, daß sich die Umstellung auf den Wehrdienst sehr negativ auswirkt. Dringend erforderlich ist es, den Grundwehrdienstleistenden den Übergang vom Zivilleben in den militärischen Bereich deutlich zu erleichtern. Sie sind heimatnah in (B) ihre Garnison einzuberufen, wo immer das möglich ist.

Die Grundwehrdienstleistenden müssen so geführt werden, daß sie ihren ersten Heimaturlaub mit guten Eindrücken antreten können. Das ist für die Bundeswehr die bessere Werbung. Es muß ein ungeschriebenes Anliegen aller Verantwortlichen sein, daß den jungen Männern, die ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachkommen, auch die gebührende Anerkennung zuteil wird. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen muß dabei Leitmotiv sein. Auch dies wird die Attraktivität des Wehrdienstes steigern.

Wenn wir an der Wehrpflicht festhalten wollen, muß aber auch der Rahmen dafür stimmen; denn jeder grundwehrdienstleistende Soldat, der die Streitkräfte enttäuscht verläßt, ist auch ein Multiplikator mit Wirkung gegen unsere Bundeswehr.

(Beifall bei der SPD)

Die **materielle Grundsicherung der Wehrpflichtigen** ist schon lange nicht mehr gegeben. Die maßvolle Anhebung des Wehrsoldes um 2 DM – von der SPD beantragt, von der Koalition abgelehnt – wäre ein positives Zeichen gewesen. So wurde ich unlängst gefragt: Kann etwa die Wehrpflicht nicht mehr finanziert werden? Wirkt sich die Unterfinanzierung der Streitkräfte nun auch schon auf die Grundwehrdienstleistenden, ihren Wehrsold, ihre Ausbildung und Übungstätigkeit aus? Über diese Fragen muß man nachdenken. Wenn dem so wäre, sähe ich mit (C) großer Sorge eine Gefahr für die Beibehaltung der Wehrpflicht voraus.

Viele Soldaten leiden unter Perspektivlosigkeit. Hierunter leiden aber nicht nur die dienstlichen Verrichtungen. Wenn jetzt schon auch noch längere Stehzeiten für verschiedene Dienstposten eingeführt werden, weil es keine entsprechenden freien Stellen gibt und dadurch finanzielle Einbußen eintreten, trifft dies auch die Familien der Soldaten. Kann das gewollt sein? Diese Stimmung ist bei den Unteroffizieren deutlich ausgeprägt.

Es muß hellhörig machen, wenn die Frau Wehrbeauftragte eine schleichende **Verschlechterung des Betriebsklimas in den Streitkräften** feststellt. Ein rauher Umgangston sei eingekehrt, steht in ihrem Bericht. Die Brisanz, die in diesem Problem steckt, ist noch nicht richtig erkannt worden. Die Hinweise der Frau Wehrbeauftragten müssen in aller Konsequenz beachtet und, wo die Einsicht fehlt, notfalls auch disziplinarisch gewürdigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zudem gibt es zu viele besondere Vorkommnisse, die den Bereich der Menschenführung betreffen. **Menschenführung** aber ist in den Streitkräften das A und O. Menschen sind einfach ordentlich zu behandeln. Nur dann sind sie bereit, sich für die Einheit, in der sie Dienst leisten, einzusetzen. Mißachtung der Würde junger Soldaten wirkt lange nach. Das hat auch im Untersuchungsausschuß eine Rolle gespielt. Daher ist das Führungsverhalten der Vorgesetzten in der soldatischen Gemeinschaft genau zu beobachten.

(D)

Vorgesetzte, welche die Notwendigkeit der politischen Bildung heute immer noch nicht erkennen, machen deutlich, wie sehr sie selbst der entsprechenden Unterweisung bedürfen. Unabdingbare Voraussetzung für eine Armee in der Demokratie ist es, daß die Angehörigen wissen, was sie zu schützen und warum sie einen militärischen Auftrag zu erfüllen haben. Ohne diese Bindung an die Grundwerte und an die Verfassung kann ich mir keine Armee in der Demokratie vorstellen.

Der **Ausbildung der Unteroffiziere** muß deshalb eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Es sind unsere Unteroffiziere, die in enger Gemeinschaft mit den Grundwehrdienstleistenden den tagtäglichen Dienst gestalten und erleben. Sie erkennen und erleben unmittelbar, welche geistigen Haltungen die jungen Menschen in die Bundeswehr mitbringen. In ihrer Führungs- und Ausbildungsverantwortung sind sie zugleich Garant und Wächter unserer Verfassungsgrundsätze.

Es macht nachdenklich, daß die **Fälle mit rechtsextremem Hintergrund** in alarmierender Weise zugenommen haben. Man hat sich in der Vergangenheit keinen Gefallen damit getan, die Fälle mit rechtsextremem Hintergrund zu verniedlichen oder herunterzuspielen. Wenn es nur um Einzelfälle gegangen wäre, hätte man diese vor Ort klären lassen können. Das massive Eingreifen des Bundesministeriums der Verteidigung zeigt aber, daß man Schwierigkeiten mit der eigenen These der Einzelfälle hatte.

Dieter Heistermann

Die Bundeswehr ist nicht so ungefährdet, wie man immer glauben machen wollte. Wie konnte es sonst geschehen, daß auf Stuben von Grundwehrdienstleistenden tagelang Tonbänder mit NS-Propaganda abgespielt wurden, ohne daß Vorgesetzte eingegriffen haben? Die Erklärung: Die Vorgesetzten hatten nicht erkannt, was da eigentlich vorgegangen ist. Sie waren nicht entsprechend vorbereitet. Es fehlte an entsprechender Schulung und an Methoden der Vorbeugung.

Diese Versäumnisse, Herr Bundesminister, müssen Sie sich anrechnen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundeswehr muß unverwechselbar sein. Nirgendwo darf jemals der Eindruck aufkommen, die Bundeswehr toleriere Fremdenhaß oder nationalistische Einstellungen. Menschen mit solchen Einstellungen haben in der Bundeswehr keinen Platz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das muß die eindeutige Botschaft sein, die von diesem Parlament aus in die Bundeswehr hineingeht.

Es schadet der Bundeswehr nicht, wenn über einen Fall mit rechtsextremistischer Tendenz oder andere extremistische Vorkommnisse in der Bundeswehr berichtet wird. Schaden entsteht nur dann, wenn der unzulässige Versuch unternommen wird zu vertuschen. Deshalb sind alle Fälle zu melden und zu erfassen. Der Bundesminister der Verteidigung ist gehalten, für volle Transparenz zu sorgen und die Präventionsmaßnahmen in diesem hochbrisanten politischen Bereich auf hohem Niveau zu halten. Die Vorschläge der Bagger-Kommission weisen dabei in die richtige Richtung.

Ein Wort zum **Haushalt.** Wo immer man hinschaut, die finanziellen Mittel stimmen nicht mehr mit Auftrag, Struktur, Umfang und Ausrüstung überein. Die Streitkräfte zehren von ihrer Substanz. Die seit Jahren unrealistische Bundeswehrplanung durch den Bundesminister der Verteidigung und dessen leere Versprechungen über Planungs- und Finanzierungssicherheit sind nicht ohne erhebliche negative Auswirkungen auf die Angehörigen der Bundeswehr und deren Familien geblieben. Das Wort Planung kann niemand mehr hören.

Diese besorgniserregende Entwicklung wird durch die schlechte Materiallage und die Mängel im Betrieb der Bundeswehr noch verstärkt. Es gibt zunehmend Engpässe bei wesentlichen Ersatzteilen. Ob mit dem vorhandenen einsatzbereiten Material noch auftragsgerecht ausgebildet werden kann, ist vielerorts zweifelhaft. Das Wort des Kanzlers, wonach die Armee bekommt, was sie benötigt, war lediglich eine Worthülse. Die Realität ist eine andere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich werde dabei immer an die Gründerjahre der Bundeswehr erinnert. In diesen Jahren galt das geflügelte Wort: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister." Um es deutlich zu sagen: Wer den Auftrag der Bundeswehr erweitert, muß auch die Mittel bereitstellen.

Viele Waffensysteme sind über die geplante Lebensdauer in Betrieb gehalten und nicht zeitgerecht ersetzt worden. Die überalterten Systeme bedingen jetzt überdurchschnittlich steigende Betriebskosten. Diese Kostenspirale könnte nur durch Neuanschaffung durchbrochen werden. Dafür fehlt jedoch heute das Geld.

In Anbetracht der für unser Land verbesserten Sicherheitslage und bei gleichzeitiger dramatischer Verknappung der finanziellen Mittel ist es unrealistisch, mittelfristig auf eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes zu hoffen. Mit dem verfügbaren Verteidigungsbudget ist die Bundeswehr in ihrer jetzigen Struktur unterfinanziert. Das Verhältnis von Personal- und Betriebskosten sowie Investitionen entwickelt sich zusehends ungünstiger und bleibt weit hinter dem Erfordernis von wenigstens 30 Prozent Investitionsanteil zurück.

Das bedeutet: Entweder wird die Bundeswehr in bezahlbare moderne Streitkräfte umstrukturiert, oder sie behält ihre jetzige Struktur und wird in ihrer Funktionsfähigkeit nachhaltig geschwächt. Können aber der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, müssen die Aufgaben entsprechend reduziert werden. Sich auf die unendliche Improvisationskunst unserer Soldaten zu verlassen, das kann wohl nicht der politische Maßstab sein, an dem wir uns dabei ausrichten.

Ich will noch eine kurze Anmerkung zur **Wohnungsfürsorge** und zu der **Unterbringung in den Kasernen** machen. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum nach den heutigen aktuellen Bedürfnissen in bezug auf Größe, Zuschnitt, Qualität und Ausstattung ist das, was die Soldaten und ihre Familien benötigen. Das ist leider nicht überall gegeben. Manche Kasernenanlagen, Unterkünfte sowie Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen sind als desolat zu bewerten. Der kasernenpflichtige Soldat muß sich mit seiner Kaserne identifizieren können und sich in ihr wohl fühlen. Veraltete, unsaubere und ungepflegte Unterkünfte laden nicht ein. Sie bewirken die Flucht aus den Kasernen.

Ungerecht ist auch, daß die **Soldaten aus den neuen Bundesländern** nach wie vor unterschiedlich besoldet werden. Die Soldaten müssen aber, anders als im zivilen Bereich, nebeneinander die gleiche Arbeit leisten. Dieser menschlich diskriminierende Zustand bedarf der unverzüglichen Beseitigung. Ich weiß, daß hier die Tarifparteien gefordert sind. Der Zeitpunkt, wann diese Ungleichheit aufhört, muß bald gefunden werden.

Meine Damen und Herren, mit Ablauf der 13. Wahlperiode endet meine parlamentarische Arbeit hier in Bonn. 18 Jahre begleite ich die Jahresberichte der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Daher ist es mir heute ein ganz besonderes Bedürfnis, Ihnen, sehr geehrte Frau Marienfeld, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herz-

Dieter Heistermann

lich für die erbrachten Leistungen und die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit zu danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben mit den vorgelegten präzisen Lageberichten über die Bundeswehr Anerkennung verdient. Halten Sie bitte an Ihren aufgezeigten Schwerpunkten fest, und bewahren Sie auch weiterhin ein gesundes Spannungsverhältnis zum Bundesministerium der Verteidigung!

Mein persönlicher Dank gilt dem Verteidigungsausschuß und an dessen Spitze dem Kollegen Rossmanith, natürlich den Mitgliedern der SPD-Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen sowie allen, die meine Arbeit mitgetragen haben. Danken möchte ich auch allen Soldaten der Bundeswehr, die mir in den zurückliegenden Jahren ihr Vertrauen bewiesen und Hilfestellung gewährt haben.

Ein Zitat zum Schluß:

> Den Vorgesetzten sage ich: Achten Sie die Würde und Eigenständigkeit, achten Sie den persönlichen Freiraum und fördern Sie die Mündigkeit Ihrer Untergebenen. Begegnen Sie ihnen als Kameraden mit Anerkennung, Rücksicht und Toleranz, und zwar nicht mit jener schäbigen Toleranz, so möchte ich in Anlehnung an ein Wort von Carlo Schmid sagen, die den anderen nur hinnimmt, weil er ja nicht viel bedeutet.
>
> Begegnen Sie ihm mit jener noblen und schwierigen Toleranz, die den anderen in seinem Anderssein nicht nur anerkennt, sondern will, die ihn deshalb in seinem Anderssein will, weil man weiß, daß auf Gottes Harfe viele Saiten sind und daß nur alle zusammen den vollen Akkord des Menschseins rein zum Tönen bringen.
>
> Den Untergebenen sage ich: Seien Sie auch in den Streitkräften keine Untertanen, sondern mündige Bürger. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam steht der Mündigkeit und dem Mitbestimmen-Wollen nicht entgegen. Es gibt genügend Freiräume, wo auch in den Streitkräften Teilhabe und Mittun gefordert sind. Lassen Sie sich nicht sofort entmutigen, wenn einmal Ihr Vorschlag abgelehnt oder Ihr Beitrag verworfen wird. Werden Sie nicht konfliktscheu, denn Diskussion und Austragen von Konflikten gehören zur Demokratie.

Das waren Worte von Karl Wilhelm Berkhan, dem unvergessenen fünften Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Diese Grundhaltung wünsche ich der Bundeswehr.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Lieber Herr Kollege Heistermann, Sie gehören dem Deutschen Bundestag seit 1980 an. Dies wird sicherlich Ihre letzte Rede hier gewesen sein. Sie waren der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und der Vorsitzende des Unterausschusses für Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern. Von Anfang an haben Sie sich hier im Parlament für die Belange der Soldaten eingesetzt und waren stets Berichterstatter für das Amt der Wehrbeauftragten. Sie haben immer ein besonderes Herz für den einzelnen Soldaten, für die Mannschaften, für die Wehrpflichtigen bewiesen. Sie haben sich über das normale Maß hinaus sehr stark eingesetzt. Das Parlament dankt Ihnen von ganzem Herzen.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Wort hat jetzt der Bundesverteidigungsminister, Volker Rühe.

Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Untersuchungsausschuß über acht Stunden lang Gelegenheit gehabt, meine Position darzustellen. Deswegen bin ich sehr damit einverstanden, daß ich jetzt nur einige Minuten habe, um noch etwas zu sagen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das reicht auch!)

Ich möchte beginnen mit einem Dank an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, in diesem Fall des Untersuchungsausschusses, unseren Kollegen **Kurt Rossmanith,** für die hervorragende Arbeit, den fairen Umgang dort und die große Leistung, die er für die Bundeswehr in den letzten Monaten erbracht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich füge hinzu: Ich habe nicht vergessen, in welcher Weise er angegriffen worden ist, aber auch in Schutz genommen worden ist von dem Kollegen Kolbow. Ich glaube, daß mancher Anlaß hat, über anständigen Umgang miteinander nachzudenken, wenn man sieht, welche große Leistung der Kurt Rossmanith hier in den letzten Monaten erbracht hat. Ich glaube, dafür sollten wir ihm alle noch einmal sehr, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich möchte mich auch dem Dank – ich bin zwar mit seiner Rede überhaupt nicht einverstanden, aber das wäre auch noch schöner, wenn ich das wäre; das spielt auch überhaupt keine Rolle – an den Kollegen Heistermann anschließen. Man kann der Bundeswehr in mehrfacher Weise dienen. Nicht jeder kann das als Verteidigungsminister. Das müßt ihr einsehen.

(Heiterkeit)

Man kann das auch als Abgeordneter, und das hat nicht weniger Bedeutung. Bei ihm hat man immer gespürt, daß er letztlich der Bundeswehr dienen möchte. Im übrigen habe ich – vielleicht steht es mir als Verteidigungsminister nicht zu, dies zu sagen –, dieses Gefühl, wenn es harte Auseinandersetzungen

Bundesminister Volker Rühe

(A) gibt, bei den allermeisten Abgeordneten des Verteidigungsausschusses. Bei manchen, die hier besonders töricht reden, denkt man, wenn man sie bei Truppenbesuchen sieht, daß auch sie sogar irgendwie ein Verhältnis zur Bundeswehr haben.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU/CSU)

– Ich rede in Andeutungen. –

(Walter Kolbow [SPD]: Sie werden gut verstanden! – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Wer fühlt sich jetzt angesprochen?)

Es ist ein Gegenstand, der niemanden ruhig läßt.

Ich bedanke mich übrigens auch sehr, daß Herr Dr. Wittmann hier ist. Das zeigt, dann, wenn hier über die Bundeswehr gesprochen wird – der macht jetzt etwas ganz anderes – treibt es ihn hierher. Was ich damit sagen will, ist – das wird auch für mich gelten –: Wer einmal der Bundeswehr gedient hat, als Parlamentarier, als Minister, sich in welcher Funktion auch immer mit ihr beschäftigt hat, wird nie wieder gleichgültig gegenüber der Bundeswehr sein. Deswegen möchte ich allen danken, die sich für die Bundeswehr engagieren. Das kann auf verschiedene Weise geschehen.

Letztlich ist es doch ganz einfach, diesen Ausschuß zu würdigen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat der heute Kreide gefressen?)

Die Absicht war sehr schlecht, und ich weiß, Herr Kolbow, daß dieser Untersuchungsausschuß gegen

(B) Ihren Willen eingesetzt worden ist.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Grünen waren schuld, nicht?)

– Nein, in seiner eigenen Fraktion. Sie sind nicht an allem schuld.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schön! Das wollte ich nur einmal gehört haben! Man hat sonst einen ganz anderen Eindruck, wenn man Ihnen heute zuhört!)

Bei Ihnen ist diese schlechte Haltung weiter durchgängig gewesen.

Ich habe auch ein ganz gutes bildliches Gedächtnis. Im Dezember, kurz vor der Einsetzung des Ausschusses, fand hier eine ganz andere Debatte als jetzt statt.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Das ist wohl wahr!)

Da waren die Verteidigungspolitiker – ich werde das nie vergessen – in der Minderheit und sahen mit blassen Gesichtern, welche Leute aus ihren Fraktionen hier mit welcher Emotionalität – ich will jetzt keinen anderen Begriff verwenden – gesprochen haben. Mit ist auch Haß entgegengeschlagen.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Ja, Haß!)

– Ja, es ist so gewesen. – Ich bin da vielleicht ein bißchen sensibel. Aber es war so.

(C) Als ich zum Beispiel beim Traditionsverständnis darauf hingewiesen habe, warum ich ein Geschwader und eine Kaserne in Berlin nach dem General Steinhoff benannt habe, schallte mir ungefähr aus der dritten Reihe – es war kein Verteidigungspolitiker – „Nazigeneral" entgegen. Dabei war er einfach ein tapferer Flieger im Zweiten Weltkrieg, dem wir auch beim Aufbau der Bundeswehr viel zu verdanken haben.

Das war erschreckend zu sehen. Diese Leute sind heute alle nicht mehr da. Das zeigt, warum der Ausschuß für die Bundeswehr nützlich gewesen ist. In diesem Punkt können wir alle übereinstimmen. Die Bundeswehr ist der eigentliche Gewinner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie brauchten eben den Umweg über den Ausschuß, um ihre eigene Partei und ihre Fraktion davon zu überzeugen, daß sie ein falsches Bild von der Bundeswehr hatten.

Ich möchte auch gleich beim Thema „Traditionsverständnis" bleiben. In diesem Zusammenhang kam nämlich auch die Forderung, Rommel-Kasernen umzubenennen.

(Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS): Sehr richtig!)

– Na gut, Sie können wir wirklich außen vor lassen. – Auch davon habe ich nichts mehr gehört.

Ich glaube, daß der Untersuchungsausschuß nicht notwendig war; denn was die Untersuchungen betrifft, haben wir alles Entscheidende selbst vorgelegt. Es gab die Absicht, die Bundeswehr unter General-

(D) verdacht zu stellen und ihr zu schaden, vor allem von seiten der Grünen. Frau Beer, als Sie geredet haben – das war auch aus optischen Gründen so –, habe ich nur einmal in die Gesichter der SPD-Kollegen geschaut.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Versteinert!)

– Genau. – Das sagt alles über die Distanz, die es hier gibt, und auch über die unterschiedlichen Einstellungen.

Letztlich hat es noch nie einen Untersuchungsausschuß gegeben, der sich immer mehr darauf verlegt hat, das Objekt der Untersuchung zu unterstützen. Ich habe es doch immer wieder erlebt: Es ist ein wirklicher „Unterstützungsausschuß" für die Bundeswehr geworden, nicht weil Sie das beabsichtigt hatten, sondern weil die Soldaten der Bundeswehr so überzeugend aufgetreten sind, daß sie sich um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen nicht anders verhalten konnten. Deswegen ist die Bundeswehr der Gewinner.

Die Bundeswehr hat – auch wenn das von Ihnen nicht beabsichtigt war – ein Gütesiegel bekommen. Es wird in Zukunft sehr viel schwerer sein, sie so zu diffamieren, wie es einige Wochen lang im Dezember und Januar der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben!)

(A) Auch wenn es nicht beabsichtigt gewesen war, war es in dieser Weise doch letztlich nützlich. Wenn wir die Soldaten in Einsätze schicken, dann ist es ganz wichtig, daß die Debatten zu Hause zu einem Ende gebracht werden. Mit diesem Gütesiegel ist das auch geschehen.

Eines konnte man auch spüren – auch wenn einige Wochen etwas hektisch waren –: Das **Grundvertrauen in die Streitkräfte** ist nie wirklich erschüttert worden. Das liegt an der Wehrpflicht und daran, daß es 8 Millionen Deutsche gibt, die gesagt haben: „Moment mal, die Bundeswehr, die kenne ich doch." Die schrillen Fehlurteile, die es gegeben hat, haben dieses Vertrauen letztlich nicht erschüttern können.

Ich möchte mich auch bei vielen Stimmen aus dem Ausland bedanken, die es in der kritischen Situation gegeben hat und die ihr Vertrauen zur Bundeswehr bekundet haben, als sich mancher in Deutschland selbst und auch den deutschen Streitkräften mißtraut hat.

Ich richte meinen Dank noch einmal an alle, die sich wirklich sehr stark eingebracht haben. Ich weiß, was das für eine gewaltige Arbeitsbelastung nicht nur für den Vorsitzenden, sondern auch für die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, die dort eine spezifische Funktion gehabt haben, gewesen ist.

Der Ausschuß ist in sein Gegenteil verkehrt worden. Man hat auch versucht, einmal ein bißchen am Minister zu rütteln. Auch das ist in sein Gegenteil verkehrt worden.

(B)

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn? Sie haben zwei starke Auftritte gehabt!)

– Frau Beer, mit Ihrem Urteil kann ich gut leben.

Am Ende steht die Bundeswehr gestärkt da. Das ist auch ganz wichtig in einer Zeit, in der die Politik möglicherweise schwierige Einsätze von ihr verlangt. Wir haben das letzte Woche in Bosnien gesehen. Dort sind die Probleme noch nicht gelöst. Wir haben die ungelösten Probleme im Kosovo. Deswegen möchte ich herzlich darum bitten: Diejenigen, die von Anfang an gesagt haben, daß sie Vertrauen in unsere Streitkräfte hätten, können stolz darauf sein, daß sie den Untersuchungsausschuß nicht brauchten, um dieses Vertrauen zur Bundeswehr zu haben. Die anderen mußten einen Umweg gehen. Einige, Frau Beer, sind überhaupt noch nicht angekommen, werden wahrscheinlich auch nie ankommen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zumindest werden Sie es nicht mehr mitbekommen!)

Durch das Ergebnis des Untersuchungsausschusses ist das Vertrauen in die Bundeswehr noch einmal gestärkt worden. Es gab glänzende Auftritte der Soldaten aller Bereiche der Bundeswehr. Deswegen sehen Sie einen zufriedenen Bundesverteidigungsminister, der dankbar dafür ist, daß es jetzt wieder mehr Konsens gibt und daß es in Zukunft schwerer sein wird, die Streitkräfte zu diffamieren. In diesem Sinne darf ich mich noch einmal bei all denjenigen herzlich bedanken, die dazu beigetragen haben. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Walter Kolbow das Wort.

Walter Kolbow (SPD): Herr Rühe, Sie waren so freundlich, mich in verschiedenen Varianten anzusprechen. Ich darf in einer kurzen Antwort darauf zunächst feststellen, daß sich Ihre heutigen Einlassungen zum Untersuchungsausschuß wohltuend von den Einlassungen der Kollegen Kossendey und Nolting abgehoben haben, die allein von der Absicht getragen, nur die SPD anzugreifen, und ohne die nötige Trennschärfe auch zu den Grünen argumentiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe es auch als wohltuend vermerkt, daß der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, unser Kollege Kurt Rossmanith, im Gegensatz zu Herrn Kossendey und zu Herrn Nolting allen im Untersuchungsausschuß bestätigt hat, daß sie von dem Willen getragen waren, der Bundeswehr zu helfen. „Alle" hat der Kollege Rossmanith gesagt. Auch das, was der Kollege Heistermann aus 18jähriger Erfahrung unter Ihrem Beifall hier eingebracht hat, war eine differenzierte Betrachtung der Bundeswehr, die unser Grundvertrauen verdient.

(D)

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind nach dem Beschluß, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, mit dem Anspruch ihres Grundvertrauens zur institutionellen Einrichtung Bundeswehr an die Arbeit gegangen. Denn warum sollte unsere Bundeswehr in diesem Ausschuß nicht die notwendige und berechtigte Chance bekommen, darzustellen, daß eben kein Rechtsextremismus in ihr ist, daß keine rechtsextremen Strukturen in ihr vorhanden sind? Das haben wir zumindest ursächlich bewirkt.

In der politischen Auseinandersetzung – hier bin ich politisch und auch persönlich ähnlich konziliant wie Sie, Herr Kollege Rühe, in Ihrer Rede – mag es auch bei uns falsche Töne gegeben haben. Die Subkultur will ich hier in aller Form streichen. Aber in Varel, in Altenstadt/Schongau, bei den Vorkommnissen in Schneeberg und in Hammelburg – diese Einzelfälle haben wir untersucht – waren braune Nischen entstanden. Diese haben wir aufgearbeitet. Wir wissen nun, wie wir mit Ihnen, meine Herren der militärischen Führung, und allen Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr dafür sorgen können, daß sie nicht mehr vorkommen.

Sie haben gesagt, ich persönlich sei gegen den Untersuchungsausschuß gewesen. Ich sage in diesem Plenum frank und frei: Ich habe in der entscheidenden Abstimmung in unserer Arbeitsgruppe dafür gestimmt, was nicht alle getan haben, weil die Resonanz insbesondere im Ausland eine ganz schwierige

Walter Kolbow

(A) war, die ein Dau-Bericht und eine Riechmann-Kommission nie hätten beseitigen können. Nur das Parlament, nur wir konnten den Streitkräften ihren guten Ruf wiedergeben, ihn erhalten helfen.

(Lachen bei der F.D.P.)

Heute stellen wir fest: Diese Bundeswehr hat unser Vertrauen, und sie wird es weiterhin haben.

(Beifall bei der SPD - Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Er mußte ja gewaltig rudern!)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Herr Minister, möchten Sie antworten?

Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung: Nein.

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das ist nicht der Fall. - Dann erteile ich jetzt der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, das Wort.

Claire Marienfeld, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Bundeswehr wird als **Parlamentsheer** bezeichnet, und dies geschieht zu Recht. Denn die grundlegenden Entscheidungen über die Soldaten, über den Auftrag und über die Mittel der Streitkräfte werden in diesem Haus getroffen. Parlamentsarmee heißt aber auch, (B) daß sich das Parlament kontinuierlich und eingehend mit dem inneren Zustand der Bundeswehr befaßt. In dieser Perspektive sehe ich meine Arbeit in Ihrem Auftrage, meine Damen und Herren.

Zu den erfreulichsten Erfahrungen meiner bisherigen Amtszeit gehört es, daß ich bei meinen zahlreichen, zumeist unangemeldeten Truppenbesuchen selbstbewußte, aufgeschlossene und kritische Soldaten antreffe, die der Institution wie der Person der Wehrbeauftragten Vertrauen entgegenbringen. Sie erkennen an, daß ich zu kontrollieren habe und gleichzeitig auch helfen möchte.

Der ausführlichen Stellungnahme des Ministeriums zu meinem Jahresbericht habe ich eine weitgehende Übereinstimmung mit meinen Feststellungen entnehmen können. Bei den von mir für das Berichtsjahr 1997 gewählten Schwerpunktthemen Gewalt und Rechtsextremismus, politische Bildung, Zivilcourage der Soldaten, Tradition und Wehrpflicht gibt es keine grundsätzlichen Wertungsdifferenzen.

Die **innere Führung** hat sich seit Bestehen der Bundeswehr im Truppenalltag hervorragend bewährt. Sie prägt unsere Vorstellungen von einer modernen Armee in der Demokratie. Die Grundsätze der inneren Führung dürfen auf Grund einzelner schlimmer Vorfälle, an denen Soldaten der Bundeswehr beteiligt waren, in ihrer Bedeutung nicht relativiert werden. Im Gegenteil: Die speziellen Ausprägungen der inneren Führung in den Bereichen Menschenführung, Ausbildung, politische Bildung, Fürsorge und Handhabung der Disziplinargewalt zeigen (C) den einzig erfolgversprechenden Weg zur Bewältigung aktueller Schwierigkeiten auf. In der Definition des Ziels all dieser Bemühungen besteht weitreichende Einigkeit. Die Soldaten der Bundeswehr sollen sich als freie, aus Überzeugung ihren Dienstpflichten widmende Staatsbürger in Uniform verstehen, leistungsstark und motiviert sein. Die Bundeswehr insgesamt soll sich nahtlos in den demokratischen Rechtsstaat integrieren.

Lassen Sie mich ein tragendes Element der inneren Führung in der Bundeswehr hervorheben: Entscheidungen und Maßnahmen sollen auf der niedrigstmöglichen Ebene getroffen werden, die sachlich sinnvoll ist, so nah bei den betroffenen Soldaten wie möglich. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß mit zunehmender Zentralisierung auch eine Herabsetzung und letztlich eine Demotivierung nachgeordneter Stellen einhergehen. Das Leitbild vom mitdenkenden und sich mit verantwortlich fühlenden Soldaten hat seine traditionelle Entsprechung auch im Führungsprinzip der Auftragstaktik.

(Beifall bei der SPD)

Unverzichtbar ist für die Soldaten das Bewußtsein, daß ihre Vorgesetzten ihnen vertrauen. **Selbständiges und eigenverantwortliches Handeln,** wie es dem Bild des Staatsbürgers in Uniform gemäß ist, bedarf eines entsprechenden Freiraumes. Der Soldat soll wissen, daß die Vorgesetzten ihm richtiges Handeln innerhalb seines Freiraumes zutrauen. Dieses Vertrauen ist das Öl für den Motor Bundeswehr. Ich wünsche mir, daß sich die politische und militärische Führung der Bundeswehr bei aller berechtigten Sorge nicht von diesem bewährten Grundprinzip abbringen läßt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Eine deutliche Ausweitung verdachtsunabhängiger Kontrollen - auch nach Dienstschluß - ist daher meines Erachtens im Moment zwar geboten, sollte aber vorübergehender Natur bleiben.

In meinem Jahresbericht habe ich Bedenken gegen Vorgaben für eine verstärkte **Sprachdisziplin** geäußert. Ich verstehe und begrüße die Zielvorstellung des Bundesministers der Verteidigung, daß hiermit einer Diskriminierung von Minderheiten und sprachlichen Entgleisungen gegenüber Untergebenen wie auch Kameraden entgegengewirkt werden soll. Diese Absicht verdient in der Tat Zustimmung. Und doch frage ich, ob die Umsetzung entsprechender Maßnahmen beim einzelnen Soldaten immer richtig verstanden wird. Im Berichtsjahr habe ich häufig beobachten müssen, daß sogar erfahrene Soldaten durch derartige Vorgaben verunsichert waren.

Es ist natürlich richtig, daß Sprache Ausdruck des Denkens ist. So liegt auch mir an einem sorgsamen Umgang mit der Sprache. Es kommt aber entscheidend darauf an, was in den Köpfen vor sich geht. Deshalb unterstütze ich alle Anstrengungen, die politische und historische Bildung für die Soldaten ansprechender und anspruchsvoller zu gestalten. Auch sollte meines Erachtens dem lebenskundlichen Unterricht für Soldaten mehr Aufmerksamkeit ge-

(A) schenkt werden. Ich halte es für den überzeugenderen Weg, durch Wissensvermittlung, Anregungen zum Nachdenken und Steigerung der Sensibilität letztlich auch den Sprachgebrauch zu beeinflussen. Sonst besteht die Gefahr, daß falsches Denken lediglich überdeckt wird.

Ganz ohne Zweifel bedarf es in der Bundeswehr weiterhin einer besonderen **Wachsamkeit gegenüber** allen Erscheinungsformen von **Gewaltbereitschaft, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die zahlenmäßige Entwicklung bei den einschlägigen sogenannten besonderen Vorkommnissen gibt keinen Anlaß für eine Entwarnung. Nach meinem Eindruck ist sich die Führung der Bundeswehr ihrer besonderen Verantwortung bewußt. Grundsätzlich positiv bewerte ich auch, daß die Sensibilität und das Meldebewußtsein in und zwischen allen Dienstgradgruppen seit Mitte 1997 zugenommen haben. Deshalb bitte ich, diese Entwicklung auch bei der Bemerkung der jüngst bekanntgewordenen Zahlen zu berücksichtigen.

Meine Ausführungen zum **Traditionsverständnis** und zur **Traditionspflege** in der Bundeswehr sind durch die Stellungnahme des Bundesverteidigungsministers bestätigt worden. Die Maßgaben für eine angemessene Traditionspflege sind für mich ein zentrales Thema der inneren Führung. Daher begrüße ich es, daß der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages am 27. Mai 1998 dem Antrag zu-

(B) gestimmt hat, die Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr vom 20. September 1982 in die zentrale Dienstvorschrift 10/1 aufzunehmen. Dabei gehe ich davon aus, daß das Bundesministerium der Verteidigung seine diesbezügliche Ankündigung in naher Zukunft umsetzen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend danke ich allen, die sich unseren Soldaten und der Bundeswehr insgesamt, ihrem Auftrag, ihrer Einordnung in Staat und Gesellschaft sowie dem Schutz der Menschenwürde jedes einzelnen und damit der Freiheit und Sicherheit unseres Landes verbunden und verpflichtet fühlen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Michaela Geiger: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jürgen Augustinowitz, CDU/CSU.

Jürgen Augustinowitz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Wehrbeauftragtenbericht gibt uns eine gute Gelegenheit, der Wehrbeauftragten, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihres Amtes für ihre Arbeit sehr herzlich zu danken. Diese Berichte sind für uns wichtige Entscheidungshilfen

(C) für die Arbeit im Deutschen Bundestag und natürlich insbesondere im Verteidigungsausschuß.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Aber natürlich ist der Wehrbeauftragtenbericht keine Abbildung der Gesamtlage der Bundeswehr. Er ist eher als **Mängelbericht** abgefaßt, damit uns auch deutlich wird, wo insgesamt der Schuh drückt. Die Leistungen der Bundeswehr werden durch andere Begriffe deutlich. Ich erinnere daran, daß jetzt, wo wir miteinander debattieren, knapp 3000 Soldaten der Bundeswehr fern von Deutschland mithelfen, den Frieden in Bosnien zu sichern. Ich erinnere daran, daß über 30 000 Soldaten geholfen haben, der Unwetterkatastrophe an der Oder beizukommen. Ich erinnere aktuell an die Hilfe bei dem Bahnunglück in Eschede. Ich erinnere daran, daß Soldaten der Bundeswehr an der Festnahme von Kriegsverbrechern beteiligt gewesen sind. Ich darf auch an den alltäglichen Dienst unserer Soldaten, über den wir viel zu wenig reden, erinnern.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Mit diesem alltäglichen Dienst tragen sie dazu bei, daß andere diesen Dienst leisten können.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch)

Wir stehen zur **Wehrpflicht,** meine Damen und Herren; das ist wichtig. Wir freuen uns über die Unterstützung der Wehrbeauftragten gerade auch bei diesem Thema. Sie hat in ihrem Bericht deutlich ge-

(D) macht, daß auch sie die Wehrpflicht für wichtig erachtet. Ich will nicht wiederholen – ich habe das neulich schon einmal vorgerechnet; der Kollege Schmidt wird sich daran erinnern –, was die Koalition getan hat, um die Leistungen für die Wehrpflichtigen so deutlich zu erhöhen, daß selbst die SPD sprachlos war.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das war ein bißchen zu dick aufgetragen!)

– Aber es war alles richtig. Man muß bei Ihnen ab und zu etwas deutlicher formulieren, damit es auch ankommt.

Im Zusammenhang mit dem Thema **Gelöbnisse** – wir wissen, daß die Wehrbeauftragte sehr dafür ist, daß sich die Bundeswehr öffentlich darstellt – gab es manches, über das wir hier schon gesprochen haben. Die Verweigerung des Gelöbnisses in Frankfurt/Oder durch SPD und PDS zusammen, wovon sich die SPD-Bundestagsfraktion distanziert hat,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr richtig!)

was zu begrüßen ist und wofür ich dankbar bin, oder das unsägliche Verhalten von Herrn Trittin, über das man gar nicht oft genug reden kann,

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Das gute Verhalten von Herrn Scharping!)

sind Sachverhalte, die in der Tat nicht zu akzeptieren sind.

Jürgen Augustinowitz

(A) Ich möchte aus einem Leserbrief von Hauptmann Dr. Heiner Möllers aus „Bundeswehr aktuell" von Montag zitieren:

> Feierliche Gelöbnisse müssen meines Erachtens öffentlich stattfinden, wenn der Soldat erfahren soll, daß er nicht nur für die Bundeswehr, sondern für das ganze Deutschland und seine Bevölkerung ... da ist, wenn es darauf ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Er schreibt weiter:

> Deswegen handelt es sich bei einem Gelöbnis niemals um „überkommenes Brauchtum", sondern um Sinnstiftung!

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Der Leserbrief endet:

> Der Wehrpflichtige, der Staatsbürger in Uniform, hat einen Anspruch darauf, daß die Gesellschaft seinen Dienst anerkennt und ihn nicht nur duldet ...

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich finde, das ist eine schöne Formulierung, die in Antwort auf das gekommen ist, was Ihr Parteivorsitzender zu diesem Thema gesagt hat.

Meine Damen und Herren, ich muß an dieser Stelle deutlich sagen: Das Auftreten von Trittin und anderen in Berlin, Schulter an Schulter mit „Mörder"-Rufern, PDS-Genossen und Autonomen,

(B) (Widerspruch des Abg. Rolf Köhne [PDS])

war ein schlimmes Bild, aber auch ein wichtiges Bild für die deutsche Öffentlichkeit. Dieses Beispiel macht deutlich, welche Gefahren der Bundeswehr durch Rotgrün drohen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD – Beifall der Abg. Gila Altmann [Aurich] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Daß auch Sie klatschen, begrüße ich sehr, Frau Altmann.

Ich gebe hier zu Protokoll, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie auf zu reden, und geben Sie den Rest zu Protokoll!)

daß die Bundeswehr am meisten unter Rotgrün zu leiden hätte. Das muß deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie einmal etwas vom Primat der Politik gehört?)

Ich möchte noch etwas zum Thema **Tradition** sagen. Wir wollen beim Thema Tradition keine Bilderstürmerei in der Truppe. Mit diesem Thema muß sachlich und vernünftig umgegangen werden. Wir müssen berücksichtigen, daß es auch Soldaten der (C) Wehrmacht waren, die unsere demokratischen Streitkräfte aufgebaut haben. Als Beispiel für viele andere nenne ich an dieser Stelle den ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, General Heusinger. Ich finde, das gehört auch mit zu diesem Thema.

(Rolf Köhne [PDS]: Genau das gehört zum Thema! – Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das doch noch gar nicht erfaßt! Dann können Sie doch nicht sagen, daß das zum Thema gehört!)

Ich komme zum Kollegen Heistermann: Ich möchte mich als Mitberichterstatter für den Bereich der Wehrbeauftragten sehr herzlich bei dir für viele gute Gespräche und gute Ratschläge bedanken. Wir haben in all diesen Fragen immer hervorragend zusammengearbeitet. Ich glaube, man kann insgesamt sagen, daß du wesentlich dazu beigetragen hast, das Verhältnis im Ausschuß sehr konstruktiv zu gestalten.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt wieder die Harmoniesucht!)

Wir werden dich vermissen und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ich klatsche wegen der Heistermann-Äußerung!) (D)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen und Überweisungen, zunächst zur Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Jahresbericht 1997 der Wehrbeauftragten, Drucksachen 13/10000 und 13/11067. Wer der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß die Beschlußempfehlung einmütig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/11147. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt worden ist.

Ich rufe nun die Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftragten auf. Das ist die Drucksache 13/10071. Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/8851 abzulehnen. Wer der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zustimmt, den bitte ich um das

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Dann rufe ich die Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuß gemäß Art. 45a Abs. 2 des Grundgesetzes auf; das ist die Drucksache 13/11005. Wer der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen des Hauses bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS angenommen worden ist.

Dann rufe ich die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Drucksache 13/11146 auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt worden ist.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 13/10352 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist ersichtlich nicht der Fall. Ich sehe und höre im übrigen keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann rufe ich die Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Traditionspflege der Bundeswehr auf; das ist die Drucksache 13/10940. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/10279 abzulehnen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Dann rufe ich die Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Antrag der Gruppe der PDS zur Abschaffung der Wehrpflicht, Drucksache 13/7033, auf. Der Verteidigungsausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/4461 abzulehnen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des größten Teils der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung im übrigen angenommen worden ist.

(Zuruf von der SPD: Stimmenthaltung der Grünen!)

– Der Grünen und eines Mitgliedes der PDS.

Nun rufe ich die Tagesordnungspunkte 10a bis 10g auf:

a) Beratung des Schlußberichts der **Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft"**

zum Thema

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft

– Drucksache 13/11004 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (federführend)
Innenausschuß
Rechtsausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

b) Beratung des Ersten Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 7. Dezember 1995

zum Thema

Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb

Rundfunkbegriff und Regulierungsbedarf bei den neuen Medien

– Drucksachen 13/3219, 13/6000 –

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Post und Telekommunikation
Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

c) Beratung des Dritten Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft"

zum Thema

Kinder- und Jugendschutz im Multimediazeitalter

– Drucksache 13/11001 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (federführend)
Innenausschuß

d) Beratung des Vierten Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft"

zum Thema

Sicherheit und Schutz im Netz

– Drucksache 13/11002 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuß (federführend)
Rechtsausschuß

e) Beratung des Fünften Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

(A)

Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft"

zum Thema
Verbraucherschutz in der Informationsgesellschaft

– Drucksache 13/11003 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Wirtschaft (federführend)
Rechtsausschuß

f) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland 1998

– Medienbericht 1998 –

– Drucksachen 13/10650, 13/10884 Nr. 1.2, 13/11156 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Thomas Krüger
Manfred Such
Dr. Max Stadtler
Ulla Jelpke

g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Joseph Fischer (Frankfurt), Rezzo Schlauch, Christa Nickels, Dr. Antje Vollmer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(B)

Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deutschland-Radio

– Drucksachen 13/1429, 13/9069 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Thomas Krüger
Rezzo Schlauch
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. Es sind, wie ich Ihnen erfreulicherweise mitteilen kann, alle Reden zu Protokoll gegeben worden, und zwar von Dr. Martin Mayer, Wolfgang Börnsen, Michael Meister, Doris Barnett, Rezzo Schlauch, Dr. Max Stadler, Wolfgang Bierstedt und Siegmar Mosdorf. Ich nehme an, daß Einverständnis damit besteht, daß diese Reden zu Protokoll genommen werden.*)

Wir kommen dann zu den Abstimmungen und Überweisungen.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 13/11004 federführend an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Innenausschuß, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zu überweisen.

(C)

Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich sehe und höre im übrigen keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 13/6000 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse und zusätzlich an den Innenausschuß vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen.

Dann komme ich zur Vorlage auf Drucksache 13/11001. Interfraktionell wird vorgeschlagen, diese Vorlage zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und zur Mitberatung an den Innenausschuß zu überweisen. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist ersichtlich nicht der Fall. Ich sehe und höre im übrigen keinen Widerspruch. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen.

Ich komme zur Drucksache 13/11002. Interfraktionell wird vorgeschlagen, diese Vorlage zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen.

(D)

Ich komme zur Drucksache 13/11003. Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich sehe und höre im übrigen keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann komme ich zur Beschlußempfehlung des Innenausschusses zum Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik, Drucksache 13/11156. Der Ausschuß empfiehlt, den Bericht auf Drucksache 13/10650 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Wir nehmen also diesen Bericht zur Kenntnis.

Ich komme nun zur Beschlußempfehlung des Innenausschusses zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deutschland-Radio, Drucksache 13/9069. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/1429 abzulehnen. Wer der Beschlußempfehlung des Innenausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen wurde.

*) Anlage 4

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

(A) Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12a und 12b auf:

a) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Nichterledigung der Arbeiten der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel"

– Drucksache 13/10870 –

b) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel"

– Drucksache 13/11133 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe dem Abgeordneten Peter Keller das Wort.

Peter Keller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst in aller Ruhe mit einer Feststellung beginnen: Ich persönlich bin davon überzeugt, daß es alle Mitglieder der Enquete-Kommission begrüßt hätten, einen **Abschlußbericht** mit konkreten Handlungsempfehlungen auf den Tisch legen zu können.

(B) Aber Sie alle kennen die Bandbreite dieser Thematik – von demographischer Entwicklung, dem Arbeitsmarkt, den sozialen Sicherungssystemen, der Familie, sozialen Diensten bis zu Migration und Integration. Dazu gehörte die Einarbeitung einer Reihe von Sachverständigengutachten, bis hin zum letzten Prognos-Gutachten vom 20. Mai 1998. Wir mußten feststellen, daß dies leider in der verfügbaren Zeit nicht vollständig zu bewältigen war.

Auch dazu noch eine persönliche Anmerkung: In den Gremien unserer Enquete-Kommission habe ich seit Anfang 1997 in Anbetracht dieser komplexen Zusammenhänge immer wieder darauf gedrängt, mit einer breiten politischen Diskussion der einzelnen Themenfelder zu beginnen. Dies ist aber leider nicht rechtzeitig geschehen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, eigentlich sollten Sie sich noch jetzt überlegen, Ihren Antrag zurückzuziehen und unserem Antrag, weil er in die Zukunft weist, zuzustimmen. Warum? Bei unserer Obleute-Besprechung am 28. Mai war es Ihr Vorschlag, Herr Kollege Fuhrmann, den Bericht während der parlamentarischen Sommerpause im Sekretariat fertigstellen zu lassen. Sie waren damit einverstanden, in der ersten Plenarwoche, also am 1. September, eine Kommissionssitzung zum Bericht abzuhalten, weil aus Ihrer Sicht die Monate Juli und August als Termine für die Kommissionsarbeit nicht in Betracht kämen. Deshalb finde ich persönlich es nicht in Ordnung, am gleichen Tag – also am 28. Mai

(C) – diesen polemischen Antrag entgegen unseren einvernehmlichen Vereinbarungen einzureichen.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der denn polemisch? Der entspricht nur der Wahrheit!)

Ich frage Sie einfach einmal: Wo liegt darin die Logik und wo die Ehrlichkeit? Daher kann ich die heutige Debatte über Ihren Antrag nur mit einem Begriff beschreiben: ein Stück Wahlkampfgetöse.

Für mich enthält Ihr Antrag ein weiteres Indiz dafür, daß ich mit meiner Vermutung nicht ganz falschliege. Auf den ersten Blick handelt es sich um einen Antrag zur Geschäftsordnung. Doch in der Begründung gibt es überwiegend nur noch polemische Unterstellungen. Offenbar ist Ihnen keine sachliche Argumentation mehr eingefallen. Das wundert mich nicht. Denn Sie wissen selbst genauso gut wie ich, daß die Mitglieder der Enquete-Kommission und auch die Mitarbeiter des Sekretariats mit großem Engagement gearbeitet haben. Dafür möchte ich dem Sekretariat an dieser Stelle auch einmal öffentlich herzlich Dank sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Was mich wirklich geärgert hat, ist Ihre Behauptung, daß der **demographische Wandel** von den Koalitionsfraktionen und vom Bundeskanzler als Kampfbegriff gegen den Sozialstaat und als Alibi für eine verfehlte Politik der Bundesregierung eingesetzt werde. In einer Enquete-Kommission ist das für mich reine Polemik, die ich ablehne. (D)

Für mich persönlich ist demographischer Wandel ein wertneutraler Begriff. Ich frage Sie einfach einmal: Gibt es bei uns in Deutschland und in Europa demographische Veränderungen oder nicht? Sie alle kennen die Zahlen: Die heute über 60jährigen – 17 Millionen an der Zahl – stellen 21 Prozent der Bevölkerung; jeder fünfte ist also über 60. In 35 Jahren werden das 25 Millionen Menschen sein; dann ist jeder dritte über 60. Das ist doch eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Wirkt sich die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus auf unsere Familien- und Gesellschaftsstruktur etwa nicht aus? Sind die Anpassungen unserer Sozialversicherungssysteme deshalb nötig, oder sind sie nicht nötig?

Ich sehe den demographischen Wandel als Herausforderung, aber mehr noch sehe ich ihn als Chance, die wir nutzen sollten. Deshalb haben wir die Herausforderung durch den demographischen Wandel zum Beispiel für die **Rentenversicherung** angenommen und haben politisch gehandelt. Wenn die Menschen immer älter werden, müssen wir entweder die Beiträge in der Rentenversicherung erhöhen oder aber – das ist unsere Position – die Lasten zwischen den Generationen gerecht verteilen. Nur so können wir Generationskonflikte vermeiden und den sozialen Frieden zwischen den Generationen erhalten. Durch die Einführung eines demographischen Faktors in der Rentenreform 1999 wird es keine Rentenkürzung, sondern nur einen langsameren Anstieg der Rentenerhöhung geben.

Peter Keller

(A) Lassen Sie mich noch auf einen positiven Aspekt unserer bisherigen Arbeit hinweisen. Wir haben erfahren, daß der demographische Wandel, verbunden mit der längeren Lebenserwartung, auch einen Zugewinn an Lebenschancen und Lebensqualität bedeutet. Ich meine, wir müssen der zum Teil bestehenden öffentlichen Meinung entgegentreten, daß Älterwerden mit Krankheit und Hinfälligkeit einhergeht. Denn das Gegenteil ist der Fall. Frau Professor Lehr hat das mit einem treffenden Schlagwort formuliert: Die Älteren von heute haben mehr Kompetenz im Alter als die von früher. Anders ausgedrückt: Der 70jährige von heute hat die gleiche Kompetenz wie ein 60jähriger in der vorhergehenden Generation. Ich meine, das ist eine positive Sache.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Schlußbemerkung. Angesichts der interessanten, aber komplexen Querschnittsaufgaben weisen wir mit unserem Antrag – wie Sie wissen, wenn Sie ihn genau gelesen haben – einen gangbaren und richtigen Weg. Erstens: Der Deutsche Bundestag fordert die Enquete-Kommission auf, unter Einarbeitung des **Prognos-Gutachtens** bis zum Ende der 13. Wahlperiode einen Zwischenbericht vorzulegen. Zweitens: Dem 14. Deutschen Bundestag wird empfohlen, die Enquete-Kommission erneut einzusetzen, um die Arbeiten sachgerecht und solide abschließen zu können.

Wenn es Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD um die sachliche Arbeit geht, müßten Sie diesem Antrag zustimmen. Dazu möchte ich Sie jetzt nochmals auffordern.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Keller, mir ist gesagt worden, daß das heute Ihre letzte Rede im Bundestag war.

Sie haben dem Bundestag seit 1980 mit einer dreijährigen Unterbrechung, also immerhin 15 Jahre, angehört, und Sie waren außerdem Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union. Sie haben sich außerhalb dieses Hauses sehr um die Arbeitnehmerbildung gekümmert und sich Verdienste erworben.

Ich möchte Ihnen den Dank des Hauses für Ihre parlamentarische Arbeit aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Damit gebe ich das Wort der Abgeordneten Gabriele Iwersen.

Gabriele Iwersen (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Jetzt möchte ich Ihnen einmal die Variante, die die SPD erkannt hat, vortragen.

Für die letzte Sitzungswoche der 13. Wahlperiode war schon vor Wochenden – so würden wir sagen, wir haben unsere besondere Art, den Plural zu bilden – festgelegt, daß die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" ihren Schlußbericht vorlegen würde. Das ist absolut normal. Die Enquete-Kommissionen arbeiten in der Regel immer so, daß sie zum (C) Ende der Periode fertig werden. Die Tatsache, daß sie damit praktisch in den Wahlkampf hineinkommen, kann in diesem Falle nicht berücksichtigt werden. Dazu wird ja auch zuviel Neutralität von Enquete-Kommissionen erwartet.

Vor vier Jahren hatte die Kommission gleichen Namens nach nur zwei Jahren Arbeit mit einem **Zwischenbericht** abgeschlossen. Zu umfangreich war das Aufgabengebiet, und eine erneute Konstituierung in der 13. Wahlperiode wurde einvernehmlich angestrebt. Also war der Zwischenbericht völlig klar.

Weitere drei Jahre intensiver Arbeit von zwölf Abgeordneten aller Fraktionen und Gruppen und zwölf sachverständigen Mitgliedern in dieser Periode führten zu zusätzlichen Ausgaben von 4704000 DM für Expertisen, Honorierung der sachverständigen Mitglieder, das Sekretariat und zusätzliche Reisekosten. Eine ganz beachtliche Summe. Das allein rechtfertigt schon einen öffentlich verfügbaren Schlußbericht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Da konnte folgender Beschluß des Koalitionslagers vom 2. Mai 1998 nur Befremden und Erstaunen auslösen. Ich zitiere:

> Die jetzt vorliegenden Entwürfe für Empfehlungen sind keine ausreichende Diskussionsgrundlage. Sie müssen daher grundsätzlich neu bearbeitet werden.

Ein Armutszeugnis für die gesamte Kommission!

(D) Dieses vernichtende Urteil trifft besonders hart die Sachverständigen, die auf ihrem jeweiligen Fachgebiet zu den besten Wissenschaftlern unseres Landes gehören. Es schafft auch kein zusätzliches Ansehen für Politiker, denen dadurch eher Arroganz und Ignoranz nachgesagt werden wird statt der erhofften Kompetenz.

Wie konnte es dazu kommen? Im Januar begann der massive Versuch von seiten der CSU, das Kapitel Migration als politisch nicht ausdiskutiert aus dem halbfertigen Bericht herauszukatapultieren.

Die Diskussion über Deutschlands Rolle als Einwanderungsland, über Erfolge und Mißerfolge bei der Integration von Zugewanderten und ihrer in Deutschland geborenen und hier aufgewachsenen Kinder sollte aus dem anstehenden Wahlkampf herausgehalten werden. Zusätzlich wurden jetzt neue Verhinderungsstrategien – diesmal für den gesamten Schlußbericht – entwickelt:

Das erwartete **Prognos-Gutachten,** von dem Herr Keller schon sprach, das im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger die „Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung" wiedergibt, sollte nun den ganzen Schlußbericht zu Fall bringen.

Leider war das Manöver zu leicht zu durchschauen; denn die Klausurtagung am 2. und 3. Mai, für ganztägige Beratungen aller fertigen Berichtsteile vorgesehen, wurde nicht genutzt, sondern endete

Gabriele Iwersen

(A) im Streit um die Frage, ob man überhaupt beraten könnte, sollte oder, besser gesagt, wollte.

Dabei war klar, daß neue Texte weder von seiten der antragstellenden Politiker, also der Abgeordneten, noch von den Sachverständigen kommen würden, die das Ansinnen nur als schlichte Zumutung einstufen konnten. Sollten vielleicht die Ministerien aushelfen, um eine lupenreine Regierungsmeinung zu Papier zu bringen?

Aber, Kolleginnen und Kollegen, es kann ja nun wirklich nicht die Aufgabe einer Enquete-Kommission sein, so etwas zu akzeptieren. Dazu braucht der Steuerzahler auch nicht extra 4,7 Millionen DM zu investieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Aufgabe dieser Kommission war es, über die aktuellen Parteiprogramme hinaus möglichen Handlungsbedarf für die nächsten Jahrzehnte zu umreißen. Dabei fällt den Experten die Aufgabe zu, die Erkenntnisse über die parteipolitische Betrachtungsweise hinaus zu erweitern. Die Ergebnisse können deshalb auch niemals lupenreine Parteipolitik oder Parteiprogramme widerspiegeln. Sie sind mühsam erarbeitete Kompromisse, und sie werden zusätzlich durch Minderheitsvoten angereichert, die auf besondere Konfliktbereiche aufmerksam machen.

Die Weigerung der Koalition, die vorliegenden Analyseteile und die daraus resultierenden Empfehlungen im Zusammenhang zu diskutieren, zeigt ein (B) merkwürdiges Politikverständnis und eine völlig falsche Auffassung vom Sinn und Zweck einer Enquete-Kommission. Der Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben, belastet aber leider das ganze Parlament.

Deshalb stellt sich wirklich die ernsthafte Frage: Läßt sich da überhaupt noch etwas retten? Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, verlangen jetzt in Ihrem Antrag, statt des Schlußberichtes einen **Zwischenbericht** vorzulegen – in der Hoffnung auf eine dritte Enquete-Kommission, die das Werk dann beenden soll.

Ein Zwischenbericht ist sicher besser als kein Arbeitsergebnis. Aber auch hier gilt: Die Kapitel, die jetzt abgeschlossen werden können, müssen Handlungsempfehlungen enthalten. Denn eine dritte Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" – so sie denn überhaupt zustande kommt – sollte auf keinen Fall noch einmal den gesamten Themenkomplex neu bearbeiten; dann würde sie in der nächsten Legislaturperiode nämlich wieder nicht fertig.

Ich bin ehrlich gespannt, welche Kapitel für den Zwischenbericht, den Sie sicherlich vor dem 27. September vorlegen wollen, Ihren Segen finden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

(C) **Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:** Damit gebe ich das Wort der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk.

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während alle anderen Enquete-Kommissionen entsprechend ihrem Auftrag dem Bundestag ihre Berichte vorgelegt haben, stehen die Mitglieder der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" hier heute mit leeren Händen und können keine Ergebnisse präsentieren. Nicht, daß wir vier Jahre lang nicht gearbeitet hätten: Das Gegenteil ist der Fall. Gerade in den letzten Monaten erfolgten in einer Vielzahl von Sitzungen Detailabstimmungen der Handlungsempfehlungen, um einen möglichst gemeinsam getragenen Bericht vorzulegen.

Es gibt nur einen Grund, weshalb dieser Bericht hier heute nicht diskutiert werden kann oder, besser gesagt: nicht diskutiert werden soll: Die Ergebnisse, die die Sachverständigen und Abgeordneten erarbeitet haben, sind der Regierung unangenehm. Sie belegen die fehlgeleitete Politik und sollen vor der Bundestagswahl nicht nach außen dringen. Vorschläge, wie die Versteuerung der Renten, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder die Absenkung des Nettorentenniveaus, erfreuen die Wählerinnen und Wähler sicherlich ebensowenig wie eine vorgeschlagene Rationierung von Gesundheitsleistungen für ältere Menschen oder eine Erhöhung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge um mehr als 10 Prozent bis zum Jahre 2040.

(D) Aber jetzt darüber zu schweigen und nach der Wahl die Katze aus dem Sack zu lassen, das nenne ich Wählerbetrug.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist genau der Stoff, aus dem Politik- oder, besser gesagt: Politikerverdrossenheit entsteht. Solch ein Verhalten führt gerade dazu, daß sich junge Menschen verdrossen abwenden.

An dieser Stelle muß ich auch ein Wort an die SPD richten: Ich hätte mir von Ihnen in dieser Sache ein rechtzeitiges energischeres Auftreten gewünscht; denn die Fragestellungen und die Ergebnisse der Enquete-Kommission sind ungeheuer wichtig.

(Ulrich Irmer [F.D.P.]: Und mit so was wollen Sie eine Koalition bilden?)

– Das machen wir.

In mehreren Anhörungen haben die Sachverständigen mit großer Eindringlichkeit darauf hingewiesen, die Herausforderungen der sich enorm wandelnden Gesellschaft anzunehmen und schon jetzt zu handeln. Wegducken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU und F.D.P., hilft da überhaupt nicht weiter. Sie haben doch bis Mitte April in allen Arbeitsgruppen mitgearbeitet und Empfehlungen mit formuliert. Warum stehen Sie jetzt nicht mehr zu Ihrer Arbeit? Warum wollen Sie das Ergebnis erst nach der Wahl präsentieren?

Irmingard Schewe-Gerigk

(A) Ist es eine Ironie des Schicksals, daß die Enquete-Kommission Ergebnisse vorlegt, die mit Ihrem Parteiprogramm nicht kompatibel sind? Wer das erwartet hat, hat offensichtlich die Unabhängigkeit der beauftragten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterschätzt.

Auch Ihr Versprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, bis zum 20. Juni eigene Empfehlungen vorzulegen, haben Sie nicht eingehalten. Das hatten Sie offensichtlich auch nicht vor.

Warum fehlt Ihnen eigentlich der Mut, einzugestehen, daß die Regierung vor der Wahl keinen Abschlußbericht wünscht? Ich finde Ihr Verhalten sehr unkollegial, und ich finde es auch unehrlich.

Es ist doch lächerlich, das **Gutachten von Prognos** jetzt dafür verantwortlich zu machen. Die Ergebnisse von Prognos liegen seit dem 20. Mai vor. Nun treten Sie die Flucht nach vorne an und fordern einen Zwischenbericht, natürlich ohne Handlungsempfehlungen; denn die sollen erst nach der Wahl bekanntwerden. Damit haben Sie sich einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde im Wahlkampf nicht darauf verzichten, die Menschen über diesen Sachverhalt aufzuklären. Dem Mißbilligungsantrag der SPD wird meine Fraktion zustimmen.

Schauen Sie sich den zweiten Teil Ihres Antrages an, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen. Sie zeigen da selbst auf, wie die verfahrene Situation beendet werden kann. Sie geben (B) zu, daß Sie das, obwohl Sie sich seit sechs Jahren damit beschäftigen, nicht mehr schaffen, und fordern eine **Neueinsetzung der Enquete-Kommission** in der nächsten Legislaturperiode. Sie wollen die Arbeit in andere Hände geben – nun zitiere ich Sie –, „um sie sachgerecht und solide abschließen zu können". Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Lisa Peters.

Lisa Peters (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich habe eben im „Kürschner" geblättert und festgestellt, daß Christa Lörcher Geburtstag hat. Christa, ganz herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall im ganzen Hause – Christa Lörcher [SPD]: Vielen Dank!)

„Nichterledigung der Arbeiten der Enquete-Kommission ‚Demographischer Wandel'" lautet die Überschrift des SPD-Antrags. Ich gebe zu, in dieser Sitzungswoche – so war unser langfristiger Terminplan – wollten wir den Endbericht hier im Bundestag dis(C)kutieren, und zwar zu einer ordentlichen Zeit, morgens um neun Uhr. Das waren unsere Vorstellungen.

Ich denke, alle Mitglieder der Enquete-Kommission, Wissenschaftler und Abgeordnete, sind der Meinung, daß sowohl in der 12. als auch in der 13. Wahlperiode ordentlich und gut gearbeitet wurde.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ja, es wurde gut und einvernehmlich zusammengearbeitet. Wissenschaftler und Abgeordnete ergänzten sich im Wissen und in den Erfahrungen. Mein ganz besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden. Unser Kollege Walter Link hat mit großer Sachkenntnis, Umsicht und Herzlichkeit diese Kommission geleitet. Es war manchmal sogar sehr harmonisch.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und der PDS)

Damit soll es, wenn ich den SPD-Antrag richtig lese, nun erst einmal ein Ende haben. Der Deutsche Bundestag, also die hier anwesenden Damen und Herren, sollen die ganze Sache mißbilligen. Dieser Antrag – Herr Fuhrmann, Sie sind Obmann der SPD-Fraktion – wurde an dem Tag gestellt – das muß ich auch einmal sagen –, als wir ganz gemütlich beim Obleutegespräch in der Runde zusammensaßen.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, es hat mir nicht so gut gepaßt – wir haben Kollegialität gewahrt; das ist von allen Vorrednern schon betont worden –, daß Sie nichts davon gesagt haben. Ich fand das nicht fair. (D)

(Zuruf von der F.D.P.)

– Ja, es ist so gewesen. – Ihre Begründung in dem Antrag geht auch ein bißchen an der Wahrheit vorbei; denn an ebendiesem Nachmittag – vielleicht war der Antrag schon geschrieben – haben wir ganz klar gesagt – Sie haben dem nicht widersprochen –, daß es einen **Zwischenbericht** gibt, und wir haben die Modalitäten festgelegt.

Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Schewe-Gerigk: Unsere Fraktion scheut keine Diskussion. Wir sprechen seit ganz langer Zeit alle Probleme an, die die Zukunft betreffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Zuruf von der F.D.P.: Wir reden Klartext!)

Wir sprechen sie sehr offen an. Es ist aber immer schwer, Verbündete zu finden. Wenn – wie ich gelesen und gehört habe – die SPD-Fraktion den Antrag zur Rentenreform 1999 zurückziehen will, wenn sie die Wahl gewinnt und die Regierung übernimmt, dann muß ich für mich feststellen, daß die Daten und Fakten der demographischen Entwicklung nicht wahrgenommen worden sind. Das ist so.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich denke, in allen Bereichen unserer Gesellschaft hat es sich längst herumgesprochen, daß, soweit planbar, die Daten der **Geburtenentwicklung,** die zukünftig **längere Lebenserwartung** sowie die **Zahlen**

Lisa Peters

(A) **des Arbeitsmarktes** voll mit einbezogen werden. Das sind die drei Säulen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten klare Aussagen auch von unserer Seite. Wir werden sie geben. Ich glaube, daran hat es auch nicht gemangelt. Wir werden immer gescholten, daß wir einen Schritt zu weit nach vorne gehen.

Es ist zutreffend: Wir wollten einen Endbericht vorlegen. Doch Anfang Mai stand fest, daß dieser Plan nicht mehr eingehalten werden konnte. Das Prognos-Gutachten sollte wesentlich früher – ich meine, im Februar – erscheinen. Es erschien dann im Mai. Eine sorgsame Abstimmung und Einarbeitung, an die auch ich geglaubt habe, konnte nicht mehr stattfinden. Dies war in der Kürze der Zeit wirklich nicht möglich. Ich muß mich bei denjenigen entschuldigen, die mich schon vorher darauf hingewiesen haben.

Auch am Montag haben wir darüber lange diskutiert. Die Rentenversicherungsträger und die Vertreter von Prognos haben für uns das Gutachten analysiert und Fragen beantwortet. Als das geschah, war für mich klar, daß wir noch vieles zu hinterfragen haben. Dieses Gutachten trifft klare Aussagen, die weite Teile unseres Berichtes betreffen.

Meine Fraktion lehnt – wie nicht anders zu erwarten war, Herr Fuhrmann – den SPD-Antrag natürlich ab. Wir stimmen dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. Ich denke, daß wir dafür auch noch eine (B) Mehrheit finden werden. Es kommen ja noch zwei Redner. Wir gehen ganz klar davon aus, daß wir bis zum Ende der Wahlperiode einen Zwischenbericht vorlegen. Einzelne Kapitel können abgeschlossen werden, auch wenn wir die angemessene formale Grundlage dafür noch nicht gefunden haben. Uns wird aus anderen Enquete-Kommissionen berichtet, wo auch das eine oder andere möglich war. Ich glaube, daß wir ebenfalls Möglichkeiten finden werden.

Mir kommt es besonders darauf an, daß wir auch die **Arbeit der Wissenschaftler** und Wissenschaftlerinnen, die der Kommission angehören, würdigen.

(Zuruf der Abg. Gabriele Iwersen [SPD])

– Nein, das ist ganz klar so. Frau Iwersen. Ich habe am Montag feststellen können, daß die von Ihnen benannten Wissenschaftler von Ihrem Antrag noch nicht einmal etwas gewußt haben. Das haben sie uns am Montag offen gesagt.

Unsere Arbeit wurde in den vergangenen Jahren von der guten Zu- und Mitarbeit dieser Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen getragen. Sie haben unendlich viele Fragen beantwortet. Ich hätte mir einen anderen Abgang und auch einen anderen Abschluß gewünscht; aber das war unter diesen Gesichtspunkten nicht möglich.

Ich gehe davon aus, daß alles das, was im Bereich der Demographie, der Integration und Migration, des Wissens über die Familie, der sozialen Netzwerke, (C) der guten Arbeit der sozialen Dienste, der Erkenntnisse um die Gesundheitssysteme, der Pflegeversicherung und ihrer Auswirkungen, der Erkenntnisse über die Sicherung im Alter durch Renten und weitere Altersvorsorgemöglichkeiten erarbeitet wurde, für die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie allen Gruppen und Bevölkerungskreisen schriftlich zur Verfügung gestellt wird. Nach meiner Ansicht wird all das zusammen eine Fundgrube sein. Wir werden für die Zukunft vieles davon nutzen können.

Mein Dank geht an alle. Insgesamt war die Arbeit sehr harmonisch. Ich persönlich habe sehr viel dazugelernt. Ich gehe davon aus, daß wir im Anschluß an diese Debatte beim Gespräch der Obleute zu einer vernünftigen Lösung kommen und daß, Herr Fuhrmann, so etwas Ähnliches wie Versöhnung unsere Enquete-Kommission beflügelt. Ich hoffe, daß die Dinge, die dann festgeklopft werden müssen, auch so eingehalten werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Liebe Frau Peters, wir setzen mit Ihnen den Reigen derjenigen Kolleginnen und Kollegen fort, die mit dem Ende dieser Legislaturperiode aus dem Bundestag ausscheiden. Sie waren acht Jahre Mitglied, Schriftführerin dieses Hauses und zweite verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion. Sie haben sich außerhalb dieses Hauses große Verdienste um die landwirtschaftliche Hausfrauenbildung erworben. Ich muß Ihnen sagen: Wenn wir in der Fraktion auch nicht immer einer (D) Meinung waren – –

(Lisa Peters [F.D.P.]: Das kann man wohl sagen! – Heiterkeit bei der F.D.P.)

– Ich gebe das hiermit ja zu Protokoll.– Wenn Sie in der Fraktion das Wort ergriffen haben, dann war das immer von einem herzerfrischenden Realismus und darum auch von beträchtlicher Wirkung.

Ich möchte Ihnen für Ihre Arbeit in diesem Hause herzlich danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Damit gebe ich das Wort der Abgeordneten Heidi Lüth.

Heidemarie Lüth (PDS): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Gewollt, geschmäht, verteufelt, als Sündenbock mißbraucht, den Menschen zur Last gelegt – der demographische Wandel! So ist es häufig in Presseveröffentlichungen zu lesen. Und nun wird dies eventuell sogar von der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" selbst behauptet.

Hat es nicht mehr als drei Jahre eine intensive Arbeit der Sachverständigen, des Sekretariats und der Abgeordneten gegeben? Liegen nicht Berichte der Arbeitsgruppen mit zum Teil schon abgestimmten Handlungsempfehlungen – die nicht nur an Symptomen laborieren, sondern bis zu den Ursachen vorgedrungen sind – vor?

Heidemarie Lüth

(A) Will nun im Vorfeld der Wahlen vielleicht niemand von den großen Fraktionen den Bericht, vor allem jedoch die Handlungsempfehlungen haben? Will man sich im Vorfeld einer Wahlentscheidung durch weitreichende Empfehlungen nicht binden? Im Ergebnis der Arbeit dieser Enquete-Kommission steht nicht ein prognostischer Altenbericht, wie der Zwischenbericht einer war, sondern ein Bericht, der in seinen Empfehlungen die Grundlage für das **Konzept einer Gesellschaft,** geprägt durch den demographischen Wandel, sein müßte.

Kern der Diskussionen waren zwar die **sozialen Sicherungssysteme,** die jedoch mit der Entwicklung der Arbeitswelt, der Steuerreform und mit der Meisterung der globalen Fragen genauso zusammenhängen wie mit den Entwicklungsmöglichkeiten von Familien, den sozialen Diensten und auch den Fragen der Migration. Dies sind Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert und auf die positive Antworten gebraucht werden, um allen Generationen die Gewißheit auf Zukunftssicherheit, gleichberechtigte Teilhaberechte und Lebenschancen zu vermitteln.

So ist dieser Bericht zuvörderst ein **Zukunftsbericht;** denn der Untersuchungszeitraum erstreckt sich bis in das Jahr 2040: eine Aufgabe – das müßte man hier vielleicht einmal sagen, darum sage ich es auch –, der sich keine andere Kommission zu stellen hatte.

Spätestens mit der Diskussion der vorliegenden Berichte und den Empfehlungen zeichnete sich jedoch ab, daß es einen Bericht im breiten Konsens (B) nicht geben wird. Davon zeugte auch der Wille der Koalition im Mai 1998 anzukündigen, daß eigene Berichtsteile und Empfehlungen zur Diskussion gestellt werden sollen. Aber – es ist schon mehrfach gesagt worden – es hätte auch sein können, daß nur mir als Mitglied der Gruppe der PDS in der Enquete-Kommission diese noch nicht vorliegen, weil wir beratenden Status haben. Aber ich habe heute wahrgenommen, daß noch niemandem diese neuen Berichtsteile zur Kenntnisnahme vorliegen.

Da kam der späte Termin der Vorlage des Prognos-Gutachtens als Mäntelchen aus meiner Sicht gerade recht.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Den Druck, den die SPD macht, kann ich sehr gut verstehen und auch nachvollziehen. Auch ich bin der Auffassung, daß ein Bericht in dieser Woche hätte diskutiert werden können und müssen.

Eine weitere Verschiebung ändert an der Sachlage nichts, da bis Ende der 13. Wahlperiode die Verhältnisse im Bundestag so bleiben, wie sie heute sind. Soll die Arbeit der Enquete-Kommission aber fortgesetzt werden, dann muß der demographische Wandel in all seinen Folgen für alle Altersgruppen der Bevölkerung und in allen Bereichen erfaßt werden, ausgenommen die Kapitel, die bereits mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vorliegen.

(C) Danke.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Andreas Storm das Wort.

Andreas Storm (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ziemlich genau drei Jahre her, daß die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" ihre Arbeit wieder aufgenommen hat. In diesen drei Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Kommission in einer Art und Weise verändert, wie sich dies im Sommer 1995 kaum jemand vorstellen konnte.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Können Sie das näher erläutern?)

– Ja, natürlich.

Bis zur Mitte der 90er Jahre galt es nämlich unter den Experten als ausgemacht, daß der demographische Wandel nach dem Jahr 2015 nahezu automatisch zur **Vollbeschäftigung** führen würde. Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission vom 20. Juni 1994 heißt es deshalb folgerichtig – ich zitiere –:

> Die politischen Handlungsoptionen müssen berücksichtigen, daß im zu untersuchenden Zeitraum bis zum Jahr 2030 die Ungleichgewichtssituation auf dem Arbeitsmarkt von einem Arbeitsplatzmangel zu einem Arbeitskräftemangel wechselt. (D)

Mit anderen Worten: Die massiven Arbeitsmarktprobleme unserer Tage würden sich alleine auf Grund der demographischen Entwicklung sozusagen in Luft auflösen.

Bereits das vom Prognos-Institut im Jahre 1995 für den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger erstellte Langfristgutachten, welches für die Arbeit unserer Kommission eine wesentliche Grundlage war, gelangte zu einem etwas anderen Ergebnis. Demnach wäre auch über das Jahr 2030 hinaus mit einer **anhaltenden Sockelarbeitslosigkeit** zu rechnen, die sich auf ein Niveau zwischen 4 und 6 Prozent einpendeln würde.

Mehrere zwischenzeitlich vorgelegte Langfristprojektionen anderer Institute haben eine zunehmend pessimistischere Einschätzung der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung ergeben. Nunmehr hat auch das Prognos-Institut am 20. Mai sein neuestes Gutachten veröffentlicht. Über dieses Gutachten – Frau Peters hat es bereits erwähnt – hat die Enquete-Kommission erstmals am Montag dieser Woche mit Vertretern des Prognos-Instituts und des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger sprechen können. Dabei kommt Prognos in seinem pessimistischen Szenario nunmehr zu dem Ergebnis, daß für den gesamten Projektionszeitraum bis zum Jahr 2040 eine Arbeitslosenquote von deutlich mehr als 10 Prozent möglich erscheint.

Andreas Storm

(A) Dieses pessimistische Szenario einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit hätte zur Folge, daß der **Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz** von heute 42,1 Prozent auf deutlich über 50 Prozent des Bruttolohns ansteigen müßte. Ferner wäre mit einem spürbaren Anstieg der **gesamtwirtschaftlichen Steuerlast** zu rechnen. Darüber hinaus könnte ein Ausgleich der öffentlichen Haushalte nur durch eine anhaltend hohe Neuverschuldung des Staates ermöglicht werden, die zu einer dramatischen Schulden-Zinslast-Spirale und somit zu einer massiven Erblast für zukünftige Generationen führen würde.

Im Ergebnis hätte eine solche anhaltende Unterbeschäftigungssituation einen Anstieg der **Staatsquote** von heute weniger als 50 Prozent auf rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den nächsten vier Jahrzehnten zur Folge.

Diese wenigen Zahlen verdeutlichen: Seit der Vorlage des Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" vor vier Jahren ist es im Bereich der Wissenschaft zu einem Paradigmenwechsel hinsichtlich der Frage gekommen, ob der demographische Wandel langfristig automatisch zu einer Vollbeschäftigungssituation führt. Während diese Frage 1994 noch eindeutig bejaht werden mußte und somit Fragen nach der Vermeidung eines Arbeitskräftemangels im Vordergrund der Überlegungen standen, stellt sich die Lage heute ganz anders dar. Die Gefahr einer anhaltenden Unterbeschäftigungssituation kann nicht mehr völlig ausgeschlossen werden. Gewiß handelt es sich nur um Szenarien, deren Eintreten durch unser politisches Handeln verhindert werden muß. (B) Deshalb müssen nunmehr politische Strategien im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen, die die Vermeidung einer solchen negativen Entwicklung zum Ziel haben. Diese wirklich beispiellosen Veränderungen der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen muß die Kommission zur Kenntnis nehmen. Dem können sich auch die SPD – ich hoffe, Herr Fuhrmann, daß Sie mir da zustimmen – und die Grünen nicht verschließen.

Es macht auch keinen Sinn, so zu tun, als sei diese mögliche Arbeitsmarktentwicklung ohne Bedeutung für unseren Untersuchungsgegenstand, ganz im Gegenteil. Denken Sie nur an die Wechselwirkungen zwischen den sozialen Sicherungssystemen und der Arbeitsmarktentwicklung.

Wer nun glaubt, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Beurteilung der in dieser Wahlperiode beschlossenen **Sozialreformen** im Bereich der Renten- und Krankenversicherung sowie der Beamtenversorgung könne in den nächsten zwei Monaten noch eine gemeinsame Empfehlung für die in den nächsten Jahren einzuleitenden weiteren Reformschritte erfolgen, der sieht dies sicherlich etwas kurzsichtig.

Deswegen möchte ich Sie noch einmal nachdrücklich auffordern, unserem Vorschlag zuzustimmen, der lautet: Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" legt bis zum Ende der Wahlperiode einen Zwischenbericht vor. Dem neuen Bundestag wird empfohlen, erneut eine Enquete-Kommission (C) einzusetzen. Dabei sollten insbesondere die offenen Fragen der Reform der sozialen Sicherungssysteme im Mittelpunkt stehen.

Mit einer solchen Vorgehensweise können wir zeigen, daß wir in der Lage sind, in einer konzeptionellen Weise Politik zu machen, auch über den Wahltag hinaus, die sich vor den Bürgern sehen lassen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Jetzt gebe ich das Wort dem Abgeordneten Arne Fuhrmann.

Arne Fuhrmann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich muß vorweg erst einmal sagen: Verehrte Frau Peters, seit drei Tagen duzen wir uns, und dann haust du mich hier so in die Pfanne! Das ist, finde ich eine Katastrophe, das finde ich nicht in Ordnung,

(Heiterkeit – Dr. Gisela Babel [F.D.P.]: Das war nicht persönlich gemeint!)

vor allen Dingen, weil mit dem Antrag, den wir gestellt haben, überhaupt niemand in diesem Hause persönlich gemeint sein kann. Wir sind alle Profis genug und lange genug im Geschäft, um zum Beispiel eine solche, ich sage einmal: Albernheit gar nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß der Antrag meiner Fraktion am 28. Mai gestellt wurde, obwohl wir am 28. Mai noch zusammensaßen. (D)

Um das hier auf den Punkt zu bringen und zu verdeutlichen, damit wir untereinander wirklich in Offenheit reden und nicht so tun, als wüßten wir nicht, worüber wir eigentlich reden: Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen aus der Enquete-Kommission an verschiedene Sitzungen, unter anderem an eine Sitzung im Arbeitskreis Familie, in der wir nach vielem Ringen endlich eine Formulierung zu meinem Vorschlag fanden, die wir als Option in den Bericht schreiben wollten, und der Beobachter eines Ministeriums aufstand und wörtlich sagte: Damit kann ich leben.

Um die Sache jetzt noch einmal punktuell zu benennen: Wir alle wissen, daß aus einem Bericht nichts geworden wäre – weder aus einem Zwischenbericht noch aus einem Endbericht –, wenn nicht die SPD diesen Antrag gestellt hätte.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Daß der nicht besonders erfreulich ist und uns allen keinen Spaß macht, muß ich nicht betonen. Ich spreche Walter Link für seine **Leitung der Kommission,** für seine faire, gute Art und Weise, diese Kommission zu führen, ausdrücklich meinen hohen Respekt aus. Ich spreche ebenfalls dem Sekretariat meinen hohen Respekt aus. Ihm gehören lauter fachkundige Frauen und Männer an, die das Ihre getan haben, um einen vernünftigen Bericht vorzulegen.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und der PDS)

Arne Fuhrmann

(A) Die leiden genauso unter der derzeitigen Situation, wie das unsere sachverständigen Mitglieder und zum Teil auch die Kolleginnen und Kollegen hier im Hause tun.

Aber mit den Begründungen – die dann immer wieder nach vorne geschoben werden –, daß noch ein Prognos-Gutachten fehle, daß dies noch nicht eingearbeitet sei und daß wir uns an einer bestimmten Stelle nicht hätten einigen können, die Arbeit am Bericht immer weiter zu verzögern, das konnten und wollten wir in der SPD-Fraktion nicht hinnehmen.

Ich sehe auf Grund der heutigen Debatte und der derzeitigen sachlichen Auseinandersetzung durchaus eine Chance, gemeinsam mit der gesamten Kommission noch einen Schritt weiterzukommen, als wir im Moment glauben erreichen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir gehen davon aus, daß wir nach dieser Diskussion und nach dem Antrag, den die CDU/CSU und die F.D.P. gestellt haben, wirklich einen **Zwischenbericht** abfassen können, in dem zumindest die von uns allen bisher unstrittig erarbeiteten Optionen zur Geltung kommen, wir sie also äußern können. Das gilt für die Bereiche Wirtschaft, Familie und zum Teil Migration. Über all diese Bereiche lassen wir mit uns reden.

Wir unterstützen auch die Absicht, in der kommenden Legislaturperiode entweder eine neue Enquete-Kommission oder meinetwegen auch eine auf Dauer angelegte Einrichtung wie einen **Unterausschuß** einzusetzen, der sich fortlaufend mit den sozialen Siche-(B) rungssystemen befaßt, weil das ein Thema ist, das man heute sicherlich nicht abschließen und in drei oder vier Jahren neu diskutieren kann. Es wird vielmehr eine permanente Diskussion notwendig sein, damit wir in diesen Bereichen Sicherheit für alle – für die Parlamentarier in dem, was sie zu tun haben, und für die betroffenen Menschen, die auf das angewiesen sind, was Parlamentarier verabreden und tun – erreichen können.

Es gab nur wenige Ausrutscher. Lisa, ich bitte um Entschuldigung, ich wollte meine Eingangsbemerkung keineswegs auf dich persönlich münzen. Ich wollte vielmehr anbringen, daß wir uns jetzt endlich zum Ende deiner Zeit als Abgeordnete hier im Parlament duzen. Das ist ja etwas, wenn man über die Fraktionen hinaus miteinander eine ganz andere Art der Kommunikation betreibt. Das haben wir bisher ja auch in der Enquete-Kommission so gehandhabt: Wir haben miteinander über die Fraktions- und Gruppengrenzen hinaus in einer Art und Weise kommuniziert, die es möglich gemacht hat, heute und in den nächsten Tagen und Wochen im Prinzip in der Lage zu sein, einen Zwischenbericht vorzulegen, der sogar Hand und Fuß hat.

Weil ich und wir alle das insgesamt so sehen, ziehen wir, Herr Keller, unseren Antrag zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann doch nicht wahr sein!)

(C) Wir werden uns nicht schwertun, Ihren Antrag zu unterstützen, weil wir davon ausgehen, daß wir durch den Vorschlag, den ich Ihnen soeben gemacht habe, in die Situation kommen, auch die bislang unstrittigen Optionen in einen Zwischenbericht mit einzuarbeiten. Denn das sind wir denjenigen schuldig, die bisher daran gearbeitet haben. Da meine ich in erster Linie unsere sachverständigen Gutachter und sachverständigen Mitglieder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die haben einen Anspruch darauf, daß, mit ihrem Namen verbunden, ein Ergebnis präsentiert wird. Unser Selbstverständnis als Politiker schließt sich da in keiner Weise aus. Auch ich würde es begrüßen, wenn mit meinem Namen ein Ergebnis verbunden wäre. Ich denke, das geht Ihnen allen so. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir im Anschluß an die Debatte eine gute Obleutebesprechung haben werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist der Antrag auf Drucksache 13/10870 zurückgezogen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Jawohl!)

(D) Dann haben wir noch über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" abzustimmen. Das ist die Drucksache 13/11133. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß dieser Antrag angenommen worden ist mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe der PDS.

Damit rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte 13 und die Zusatzpunkte 3 bis 6 auf:

13. Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Gemeinsamen Übereinkommen vom 5. September 1997 über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle **(Gesetz zu dem Übereinkommen über nukleare Entsorgung)**

    – Drucksache 13/10715 –

    (Erste Beratung 238. Sitzung)

    Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

    – Drucksache 13/11027 –

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

(A) Berichterstattung:

Abgeordnete Kurt-Dieter Grill
Wolfgang Behrendt
Ursula Schönberger
Dr. Rainer Ortleb

ZP3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ursula Schönberger, Gila Altmann (Aurich), Simone Probst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung eines „Castor-Untersuchungsausschusses"

– Drucksache 13/11010 –

ZP4 Beratung des Antrags der Gruppe der PDS

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

– Drucksache 13/10934 –

ZP5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Robert Antretter, Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Verstrahlte Atommülltransporte

– Drucksache 13/11078 –

ZP6 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Transporte abgebrannter Brennelemente – Vertrauensschaden beheben

– Drucksache 13/11132 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für (B) die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe dem Parlamentarischen Staatssekretär Ulrich Klinkert das Wort.

Ulrich Klinkert, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen und Wochen beherrschten Berichte über Grenzwertüberschreitungen bei Transporten von Brennelementen die öffentliche Diskussion. Zur Erinnerung: Niemand anders als Frau Bundesministerin Merkel hat, nachdem erstmals diese Überschreitungen dem BMU bekannt wurden, am 24. April, diesen Vorgang öffentlich gemacht und dazu die notwendige öffentliche Diskussion eingeleitet.

Was dann im Zuge der von Frau Bundesministerin angekündigten lückenlosen Aufklärung ans Tageslicht kam, ist schon bemerkenswert.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Lüge! Schlicht und einfach eine Lüge!)

Tatsache ist: zirka 20 Prozent der Transporte mit beladenen und zirka 30 Prozent der Transporte mit unbeladenen Brennelementebehältern wiesen Grenzwertüberschreitungen auf. Ich bleibe dabei – das habe ich schon gestern bei der Anhörung gesagt –: Bei dieser Fülle von Überschreitungen handelt es sich nicht (C) mehr um Einzelfälle, sondern liegt ein systematischer Fehler vor, der **meldepflichtig** gewesen wäre, insbesondere wenn man weiß, daß dies den Energieversorgungsunternehmen seit Jahren bekannt war.

Bis auf wenige Fälle ist den **Länderaufsichtsbehörden** davon auch nichts bekanntgeworden. Aber diese wenigen Fälle gab es. So hat der schleswig-holsteinische Energieminister Möller zugestehen müssen, von zwei Fällen in den Jahren 1994 und 1996 Kenntnis gehabt zu haben, ohne diese Kenntnisse an den Bund weitergeleitet zu haben. Warum der Minister so gehandelt hat,

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meinen Sie Goppel? – Zuruf von der SPD: Thomas Goppel?)

kann ich hier nicht nachvollziehen. Nach seiner Aussage hielt er es für Einzelfälle. Möglicherweise hat es aber auch einen Interessenkonflikt derart bei ihm gegeben,

(Zuruf von der SPD: Schweres Geschütz!)

daß er einerseits als Minister Kontrolleur und andererseits als Mitglied des Aufsichtsrats von Preussenelektra Kontrollierter war.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Sonst habt ihr ihn immer kritisiert, wenn er sofort stillgelegt hat! Unglaublich, Herr Klinkert!)

Aber solches, liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es nicht nur in Schleswig-Holstein – regen Sie sich nicht auf! –, (D)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Goppel?)

solches gab es auch in Niedersachsen. Auch Frau Griefahn war bis zu ihrer Entlassung als Aufsichtsratsmitglied tätig. Sie ließ allerdings geschickterweise erklären, sie sei gar nicht zuständig; das ginge alles nur etwas ihren Staatssekretär an.

Meine Damen und Herren, man muß sich einmal das berechtigte Geschrei der Opposition im Deutschen Bundestag vorstellen, hätte Frau Ministerin Merkel jemals ähnliches erklärt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wohl wahr!)

In der Zwischenzeit ist Frau Griefahn durch Herrn Schröder abgelöst worden, der seine Kompetenz vor allen Dingen durch eines zum Ausdruck bringt, nämlich durch Schweigen zu diesem gesamten Vorgang.

So hat dies alles – durch die gestrige Anhörung bestätigt –,

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit Goppel?)

nicht den leisesten Beweis gebracht, daß der Bund irgend etwas von den Vorgängen vor dem 24. April gewußt hätte. So viel habe ich in der mir durch die Redezeit gebotenen Kürze zu den Vorgängen darstellen können, die in der Vergangenheit geschehen sind.

Wir müssen aber nach vorne schauen. Dabei sind insbesondere zwei Tatsachen wichtig:

(A) Erstens. Nach allen vorliegenden Erkenntnissen ging von den Kontaminationen keine Gefahr für die Öffentlichkeit oder für die Beteiligten aus. Das gilt selbst für den praktisch unmöglichen Fall der Inkorporation der sogenannten hot spots.

Zweitens. Es gilt der von Frau Bundesministerin Merkel ausgesprochene Transportstopp für bestrahlte Brennelemente, der von allen Beteiligten auch nicht in Zweifel gezogen wird.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden wir noch sehen!)

Drittens. In den letzten Tagen – lassen Sie mich das bitte auch noch sagen – gibt es neue Aufregungen um Transporte von Resten aus der MOX-Fertigungsanlage in Hanau in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Dounray. Dabei handelt es sich – um das ganz klar zu sagen – um unbestrahltes Material, das formell nicht unter den Transportstopp fällt. Die Bundesregierung ist trotzdem der Auffassung, daß auf Grund der gegenwärtigen, emotionalisierten Debatte in der Öffentlichkeit nicht ausreichend zwischen Transporten von Brennelementen und Transporten von sonstigem radioaktivem Material differenziert wird. Deswegen soll der für die kommende Woche geplante Transport nicht durchgeführt werden.

(Lachen bei den Grünen)

Ich möchte jetzt zum Thema **Brennelemente** zurückkommen. Es geht überhaupt nicht um die Frage, (B) wann Transporte von Brennelementen wieder durchgeführt werden können. Vielmehr geht es ausschließlich um die Bedingungen, unter denen sie durchgeführt werden können. Genau diese Bedingungen sind im **10-Punkte-Plan** der Ministerin fixiert. Dort steht unter anderem, daß die Ursachen der Kontaminationen aufzuklären seien, daß technische Maßnahmen zu ihrer Vermeidung zu prüfen und umzusetzen seien und daß wir ein funktionierendes Meldesystem bräuchten. Dafür ist übrigens eine internationale Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Großbritannien eingerichtet worden. Weiter steht in dem Plan, daß die Aufgaben- und Verantwortungsstruktur des Transportsystems mit dem Ziel überarbeitet werden soll, es betreiberunabhängiger zu gestalten.

Wir lassen uns bei der Abarbeitung des 10-Punkte-Plans nicht unter Druck setzen, gerade weil wir in Zukunft auf die friedliche Nutzung der Kernenergie weder verzichten wollen, noch verzichten müssen. Dafür muß allerdings wieder Vertrauen hergestellt werden. Man kann eben nach einem derart großen Vertrauensverlust, der durch die Energieversorgungsunternehmen verursacht wurde, nicht ohne weiteres zur Normalität zurückkehren. Jetzt sind die Energieversorgungsunternehmen am Zug. Sie täten besser daran, zunächst an Sicherheitsplänen als an Transportplänen zu arbeiten.

Dies sage ich mit aller Konsequenz. Ich weiß aber, daß die Grenzwerte auch bei Transporten von Brennelementen eingehalten werden können.

(C) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Nun spricht der Abgeordnete Wolfgang Behrendt.

Wolfgang Behrendt (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Rede des Herrn Staatssekretärs war ja sehr eindrucksvoll. Sie war auch deshalb eindrucksvoll, weil er sich sehr intensiv mit dem Splitter im Auge der norddeutschen Minister beschäftigt hat,

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Wenn das so wäre!)

während er den Balken im Auge des bayerischen Ministers geflissentlich übersehen hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, wissen, daß wir mittlerweile wissen, daß **bayerische Regierungsvertreter** schon seit 1986 von erhöhter Strahlung bei Atomtransporten wußten. Das heißt, daß das bayerische Umweltministerium schon vor zwölf Jahren davon gewußt hat. Der Sprecher dieses Ministeriums hat nun erklärt, (D) daß das Ministerium nach eigenen Angaben keine weiteren Schritte unternommen und Nachforschungen nicht angestellt habe. Wie naiv und gutgläubig kann man eigentlich sein?

Im bayerischen Landtag ist zu Recht gefordert worden, daß diese Schlamperei und Kumpanei im Ministerium ein Ende haben müsse. Es ist gesagt worden, daß der Minister die Öffentlichkeit und das Parlament mit falschen Informationen versorgt habe, daß Goppel entweder von den eigenen Leuten für dumm verkauft worden sei oder aber bewußt die Mauer des Schweigens mit aufgebaut habe.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Hört, hört!)

Es ist schon bezeichnend, daß die Wahrheit scheibchenweise ans Licht kommt, Sie aber Ihren Blick immer nur gen Norden richten und glauben, im Süden sei alles von paradiesischer Unschuld.

Dies ist auch bezeichnend für die Haltung der Bundesregierung. Herr Staatssekretär, ich habe in Ihren Ausführungen kaum eine selbstkritische Note gefunden.

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Weshalb auch? Erklären Sie das einmal!)

Ich vermisse zumindest das Eingeständnis, daß diese Bundesregierung im Grunde jahrelang gutgläubig

Wolfgang Behrendt

(A) und naiv Zusicherungen geglaubt hat, ohne eine vernünftige und lückenlose Kontrolle durchzuführen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Sie haben doch wirklich einen Balken vor dem Kopf!)

und daß sie jahrelang von den wirklichen Problemen der nuklearen Entsorgung abgelenkt, die Probleme verharmlost, die Gegner diffamiert hat. Dazu haben Sie, Herr Kollege Grill, im übrigen auch einiges beigetragen.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Allerdings!)

Ich denke, die Vorfälle um die Castor-Transporte haben es noch einmal deutlich gemacht: Die deutsche Entsorgung und damit auch der Betrieb der Kernkraftwerke stehen auf tönernen Füßen.

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Quatsch!)

Es klingt arrogant, wenn die Energiekonzerne jetzt schon wieder davon sprechen, Atommüll erneut durch Deutschland rollen zu lassen. Dann würden sie den Transportstopp als Politikum lächerlich machen.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das klingt nicht nur arrogant, das ist arrogant!)

In der heutigen Ausgabe der „Berliner Zeitung" heißt es hierzu:

(B) Entweder leiden die Konzerne an Realitätsverlust. Oder sie haben aus Bonn versteckt die Botschaft bekommen, daß unter dem Strich alles beim alten bleiben kann. ... Wahrscheinlich ist es eine Mischung aus beidem, ...

– Soweit das Zitat aus der „Berliner Zeitung". Ich denke, es ist bezeichnend, daß auch die Presse die Haltung von Industrie und Bundesregierung so bewertet.

Aber die Uneinsichtigkeit manifestiert sich nicht nur in der Transportfrage. Sie manifestiert sich auch darin, daß immer noch zweifelhafte **Endlagerprojekte** ohne Prüfung von alternativen Standorten nach dem Motto „Augen zu und durch" weiterverfolgt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Zweifel an der Eignung der deutschen Endlagerstandorte sind aber nicht geringer geworden. Die Bundesregierung stützt sich hier auf die gleichen Lobbyisten, die uns jahrelang weisgemacht haben, daß die Castor-Transporte sicher seien, Transporte, die gigantische Kosten verursacht haben. Diese Mittel dafür hätte man besser in die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze in der Solarindustrie investiert.

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Vermischen Sie doch die Sachen nicht!)

Das Vertrauen in die Aussagen der Verantwortlichen der Atomindustrie zur nuklearen Entsorgung und nuklearen Sicherheit ist nicht nur in weiten Teilen des Parlaments auf dem Tiefpunkt angelangt, (C) sondern auch bei der Bevölkerung. Das Vertrauen ist erschüttert. Die Menschen bekommen mit, daß eine sichere nukleare Entsorgung nicht gewährleistet ist. Wer, wie Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, das offenbar tun, heute noch glaubt, daß die völlig überholten Entsorgungsgrundsätze von 1979 und von 1989 politisch durchzusetzen seien, der verkennt die politischen Realitäten in Deutschland. Wir werden das Problem der Entsorgung nur lösen können, wenn wir den **Ausstieg** aus der Kernenergie betreiben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Das ist ein Widerspruch in sich!)

Der Ausstieg ist nicht nur machbar; er ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Wir haben in Deutschland gewaltige Überkapazitäten bei der Stromversorgung. Sie wissen genau, daß neue Kraftwerksbauten allenfalls ab dem Jahre 2010 notwendig sind. Es gibt zusätzliche Energieeinsparmöglichkeiten von annähernd 40 Prozent des heutigen Niveaus. Nutzen wir doch die vor uns liegenden Jahre für eine umweltverträgliche, sparsame und effiziente Energiepolitik. Ich denke, wir haben die Chance, zu einer Neuordnung zu kommen. Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, die Nutzung der Solarenergie und die Begrenzung der radioaktiven Abfälle durch den Ausstieg aus der Kernenergie könnten wirklich die Basis eines Konsenses sein, der auch von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen werden könnte.

(D) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Ohne jede Sachkunde auf Ihrer Seite!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Beim Ausstieg Nummer eins zu sein, wäre ein lohnendes Ziel für unser Land. Dies würde auch die atomare Entsorgung erleichtern und weltweit ein bedeutendes Signal setzen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Substanzlos war das!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Ursula Schönberger.

Ursula Schönberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Eine der vornehmsten Aufgaben aller Parlamente ist die **Kontrolle** der Regierungen. Keine Frage, daß dies in besonderem Maße notwendig ist, wenn eine Regierung wie diese Gefahren für Mensch und Natur ignoriert und statt dessen einseitig die Interessen eines Teils der Wirtschaft vertritt.

Wir verfolgen mit unserem Antrag, einen Untersuchungsausschuß zum Castor-Skandal einzusetzen, zwei Ziele:

Einerseits wollen wir sicherstellen, daß eine tatsächliche, lückenlose **Aufklärung** der Vorgänge und der aufsichtlichen und rechtlichen Versäumnisse vorgenommen wird. Wir haben heute wieder gesehen,

Ursula Schönberger

(A) daß es sich durchaus lohnt, noch weiter nachzuforschen. So müssen Sie, Herr Klinkert, Ihre Liste der informierten Länderaufsichtsbehörden nun um die bayerische erweitern, da sie bereits seit 1986 über das Kontaminationsproblem informiert gewesen ist.

Noch interessanter an dem heutigen Ereignis finde ich, daß Herr Goppel jetzt darauf hinweist, daß die Aufsichtspflicht doch schließlich beim Eisenbahn-Bundesamt gelegen habe. Sieht man einmal davon ab, daß es das Eisenbahn-Bundesamt erst seit der Bahnreform gibt, ist es jedoch immer wieder schön zu sehen, wie sich die Parteifreunde auf der Regierungsseite gegenseitig die Schuld zuschieben. Herr Goppel verweist jetzt auf den Bund, und Frau Merkel hat einmal versucht, Herrn Wissmann die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Das ist ja Quatsch!)

Damit aber nicht über gegenseitige Schuldzuweisungen die tatsächliche Aufklärung auf der Strecke bleibt, brauchen wir einen Untersuchungsausschuß.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits wollen wir sicherstellen, daß die Erarbeitung der notwendigen technischen, rechtlichen und organisatorischen **Konsequenzen** unter öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle geschieht. Glauben Sie denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß ausgerechnet die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, der Haus- und Hof-Gutachter der Bundesumweltministerin und der Atomindustrie, für diese Aufklärung sorgen wird?

(B)

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Das ist ja wohl eine Frechheit!)

Nein, da bleibt alles schön innerhalb des Atom-Klüngels. Da kommt irgendwann im Sommer ein schönes Gutachten heraus, das erklärt: Alles ist nicht so schlimm, jetzt kann wieder transportiert werden.

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Die haben ja wohl mehr Fachwissen als Sie!)

Das Parlament ist in der Zeit im Urlaub. Dann werden Sie, Herr Müller – wir werden Sie dabei sicherlich unterstützen –, wieder eine Sondersitzung des Umweltausschusses fordern, und die Regierungsmehrheit wird diese Sondersitzung ablehnen.

Eine Lehre kann aus den Ereignissen der letzten Wochen jetzt schon gezogen werden: Das eigentliche Ziel der Bundesregierung ist es, die Energieversorger vor tatsächlich einschneidenden Konsequenzen, die man auf Grund ihres jahrelangen Betruges ziehen müßte, zu schützen.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Ihnen muß es ganz schön schlecht gehen, daß Sie zu so falschen Behauptungen greifen!)

Herr Klinkert, als Nachhilfe für Ihr Erinnerungsvermögen: Nicht Frau Merkel, sondern Recherchen von Mycle Schneider aus Paris für einen Beitrag des WDR brachten die Kontaminationen ans Licht der Öffentlichkeit. Wir wissen nicht, ob Frau Merkel am 23. April das erste Mal über die Kontaminationen unterrichtet wurde. Sie wurde aber davon unterrichtet, (C) daß am nächsten Tag der französische Inspekteur ein **Fernsehinterview** im WDR geben würde. Noch zehn Tage, nachdem Frau Merkel offiziell von den Kontaminationen unterrichtet wurde, fuhr ein Transport aus dem Atomkraftwerk Stade mit Billigung des Bundesumweltministeriums nach La Hague.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Und der niedersächsischen Landesregierung!)

Erst als Frankreich jegliche Transporte untersagte und die öffentliche Empörung in Deutschland immer größer wurde, verhängte Frau Merkel den **Transportstopp.**

Nun könnte man sagen: besser spät als nie. Doch es gibt keinen rechtsverbindlichen Akt dieser Bundesumweltministerin gegenüber den Energieversorgern. Im Gegenteil: Wenn das Land Hessen die Nuclear Cargo Service anweisen will, von ihren Genehmigungen keinen Gebrauch mehr zu machen, dann droht Frau Merkel mit Weisungen.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Soll das alles in Hanau liegenbleiben?)

In der Umweltausschußsitzung in der letzten Woche erklärte man uns, es handele sich bei dem Transportstopp von Frau Merkel um ein Gentlemen's Agreement. Wenn frau ein solches trifft, sollte sie sich vorher aber besser vergewissern, ob sie es wirklich mit Gentlemen zu tun hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Dazu muß ich Ihnen sagen: Die Vorstellung, die die Vorstandsvorsitzenden der Energieversorgungsunternehmen gestern in der Ausschußanhörung geliefert haben, zeugt vom Gegenteil. Wer jahrelange Rechtsverstöße als Phantom- und PR-Problem abtut, dem fehlt immer noch das notwendige Unrechtsbewußtsein. Es ist schon eine ungeheuerliche Dreistigkeit, wenn sich Herr Harig von der Preussenelektra hinsetzt und glaubt, jetzt fordern zu können, daß im Juli wieder transportiert werden kann, ohne daß sich materiell irgend etwas geändert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es darf keine Transporte mehr geben, bevor die Ursachen nicht restlos aufgeklärt sind und tatsächliche Abhilfe geschaffen worden ist. Abhilfe heißt, daß es wirklich zu keinen Grenzwertüberschreitungen mehr kommen kann. Keine Abhilfe bedeuten Äußerungen von Frau Merkel in Pressekonferenzen, daß ihr Problem nicht die Grenzwertüberschreitungen seien, sondern, daß die Betreiber keine Sondergenehmigungen dafür beantragt hätten, obwohl sie sie von ihr bekommen hätten. So geht es nicht.

Ein solcher Transportstopp muß natürlich auch für die **Plutoniumtransporte** nach Dounray gelten, und zwar nicht, Herr Klinkert, weil die Menschen nicht zwischen abgebrannten Brennelementen und anderen Stoffen differenzieren können, sondern deswegen, weil im Bericht der Bundesumweltministerin von letzter Woche explizit steht, daß die Firma Sie-

Ursula Schönberger

(A) mens, Hanau, bekanntgegeben hat, daß auch Transportbehälter mit anderen Stoffen Grenzwertüberschreitungen aufgewiesen haben. Wenn Sie jetzt nichts unternehmen, ist das die Fortsetzung der Politik der letzten Jahre, nur dann zu handeln, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Ein letzter Satz: Natürlich kann man sich jetzt in den Wahlkampf verabschieden und sagen: Nach der Wahl muß es eine neue Bundesregierung geben, die den Ausstieg aus der Atomenergie organisiert. D'accord.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Sie wollten nur noch einen Satz sprechen, Frau Kollegin!

Ursula Schönberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht jetzt aber auch darum, akut Abhilfe zu schaffen, um neue Gefährdungen für die Bevölkerung zu verhindern. Da ist es unsere Aufgabe als Parlamentarier, bis zur letzten Minute präsent zu sein. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe nun das Wort dem Abgeordneten Dr. Gerhard Friedrich.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Wenn da nur ein Fünkchen Wahrheit dringewesen wäre, könnte man ja diskutieren!)

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Herr Präsident! (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage zunächst einmal das, was ich eingangs meiner letzten Rede sagen wollte. Dazu bin ich nicht mehr gekommen. Das gilt aber auch heute noch: Frau Ministerin, wir stehen hinter Ihnen. Wir stehen vor Ihnen. Wenn es erforderlich ist, stehen wir auch neben Ihnen. Wir sind überall da, wo Sie uns brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. - Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie stehen auch hinter, vor und neben Goppel!)

Ich begrüße es sehr, daß die Kolleginnen und Kollegen von der SPD vernünftiger sind als die Grünen und sich dafür entschieden haben, nicht mehr den **Rücktritt** von Frau Merkel zu fordern und diesen Untersuchungsausschuß nicht mitzubeantragen.

Ich möchte zunächst auf einige Argumente des Kollegen Behrendt eingehen. Herr Kollege Behrendt, Sie haben gesagt, es gäbe jetzt eine außergewöhnliche Meldung, daß auch die Bayern - irgendein Beamter; ich habe es nicht genau mitbekommen, weil ich heute anderweitig beschäftigt war - Kenntnis hatten. Erkundigen Sie sich doch einmal bei der Frau Kollegin Caspers-Merk. Ich habe mich im Laufe der Tage mit ihr unterhalten.

Ich gehe davon aus, daß fast alle **Länder Kenntnis** von diesen Dingen hatten. Das habe ich schon seit Tagen behauptet, und ich sage Ihnen auch warum. Die Aufsichtsbeamten sind doch ständig in den Kernkraftwerken, über viele Jahre hinweg. Sie haben enge Kontakte zu den Mitarbeitern in den Kraftwerken. (C) Sie haben enge Kontakte zu den Gutachtern. Sie merken doch, wenn man intensiv versucht, solche Behälter zum Transport abgebrannter Brennelemente zu reinigen. Das kann doch nicht verborgen bleiben. Ich gehe davon aus - ich darf das noch zu Ende sagen -, daß die meisten Länder das wußten. Mich interessieren besonders die Länder, die dann noch so scheinheilig sind und den Rücktritt von Frau Merkel verlangen. Das habe ich Ihnen schon das letzte Mal gesagt, und dabei bleibe ich: Der schleswig-holsteinische Energieminister mußte zugeben, daß seine Beamten Kenntnis hatten. Und ich habe letztes Mal behauptet, daß auch die hessische Aufsichtsbehörde Kenntnis hatte.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was? Das muß man bitte wiederholen!)

Ich werde Ihnen dafür in den nächsten Tagen noch die Beweise liefern.

(Zuruf von der SPD: Möller wollte stillegen!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Friedrich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Behrendt?

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Ja.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege.

Wolfgang Behrendt (SPD): Herr Kollege Friedrich, wenn Sie jetzt sagen, Sie gehen davon aus, daß mehr (D) oder minder alle Länder Kenntnis hatten,

(Dr. Gerhard Friedrich [CDU/CSU]: Die Beamten, nicht die Minister!)

dann frage ich Sie: Warum hacken Sie dann einseitig auf einigen Ministern norddeutscher Länder herum und erwecken damit den Anschein, daß Sie von der eigentlichen Problematik ablenken wollen,

(Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Das erzählen wir Ihnen gleich!)

statt endlich einmal auf den Kern des Problems zu kommen und gemeinsam konstruktive Überlegungen anzustellen, wie man die Probleme der Entsorgung und des Transportes in Zukunft lösen kann?

(Zuruf von der F.D.P.: Weil Sie immer auf der anderen Seite herumhacken! - Weitere Zurufe)

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Herr Kollege Behrendt, ich habe es gerade gesagt. Sie haben mich mit Ihrer Frage bloß ein bißchen unterbrochen. Mich interessieren die Minister, die die Scheinheiligkeit aufbringen, den Rücktritt von Frau Merkel zu fordern, obwohl sie näher an den Vorgängen dran waren

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

und das wissen müßten. Erst einmal erfahren es die Aufsichtspersonen der Länder in den Kraftwerken,

Dr. Gerhard Friedrich

(A) und als allerletzte erfahren es die Leute im Bonner Ministerium. Ein Land hat inzwischen dem Bundesumweltministerium mitgeteilt, daß nicht einmal die GRS, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, in den Kernkraftwerken etwas zu suchen habe, weil dort Landeshoheit herrscht.

Herr Kollege Behrendt, hätten Sie sich ein bißchen mit den Dingen befaßt, wüßten Sie, daß bei den Transporten die **Strahlenbelastung** zwischen dem Transportbehälter und dem Boden des Waggons angesiedelt war. Das kann man während des Fahrens eines Eisenbahnwaggons bekanntlich nicht messen. Die einzige Möglichkeit, diese Strahlenbelastung punktuell – da geht es um Teile in der Größe eines Fünfmarkstückes – zu messen, besteht beim Eingang, bei der Entladung, bei der Beladung und beim Auslaufen der Waggons. Dort haben jeweils die Landesbehörden die Aufsicht. Deshalb sage ich, daß die Länder viel näher dran sind. Als ehemaliger grüner Atomminister wie der Herr Kollege Fischer wäre ich sehr viel vorsichtiger, den Rücktritt von Frau Merkel zu fordern. Sonst muß er nämlich – –

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Friedrich, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Köhne?

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Herr Präsident, den Satz würde ich gerne noch zu Ende führen: Sonst muß Herr Kollege Fischer noch einmal zurück ins Ministerium und aus Anstand erneut zurücktreten.

(B) (Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir richten ihm aus, daß Sie sich solche Sorgen machen! – Walter Hirche [F.D.P.]: Da stellen Sie aber hohe Hürden auf!)

Bitte sehr.

Rolf Köhne (PDS): Herr Kollege Friedrich, wäre es nach den Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, nicht konsequent, mit uns zusammen einen Untersuchungsausschuß zu fordern, um genau aufzuklären,

(Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Jetzt kommt der Saubermann der Nation!)

in welchem Maße Landesbehörden von diesen Dingen gewußt haben und sich dabei möglicherweise Pflichtverletzungen oder ähnliches haben zuschulden kommen lassen? Wäre es nicht notwendig, das umfassend aufzuklären, damit die Atomaufsicht zukünftig wieder funktioniert?

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Jetzt müssen Sie beim Beifall vorsichtig sein. Im Gegensatz zum Kollegen Köhne habe ich meinen dritten Untersuchungsausschuß hinter mir. Gerade habe ich als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses meine Rede, die ich heute abend nicht mehr halte, zu Protokoll gegeben. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Kollege: Die Länder können sich auf den Standpunkt stellen, (C) daß sie auf Grund der **föderalen Ordnung** eine Kontrolle durch ein Gremium des Deutschen Bundestages nicht akzeptieren. Ein Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages kann nur das Handeln und die Entscheidungen von Bundesbehörden und der Bundesregierung kontrollieren.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das würde ja schon reichen!)

Es ist allerdings möglich – so war es in dem Untersuchungsausschuß „Plutonium"–, daß sich zum Beispiel meine Freunde in Bayern auf den Standpunkt gestellt haben, das Verfassungsrecht beiseite zu lassen und freiwillig alle Akten zu liefern, weil die Grünen sonst behaupten, wir hätten etwas zu verbergen.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum gibt es dann keinen Untersuchungsausschuß in Bayern?)

– Herr Kollege, wenn Sie von den Ländern etwas wissen wollen, dann fragen Sie dort doch nach. Sie sind ja nur in wenigen Ländern vertreten, aber die Grünen sind in Hessen stark vertreten und sogar in der Regierung. Wenn Sie da Zweifel haben, dann setzen Sie doch einmal in Hessen einen Untersuchungsausschuß ein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Abg. Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Kollege, bevor ich Ihre Zwischenfrage zulasse, möchte ich Ihnen noch sagen, warum die Einsetzung (D) eines solchen **Untersuchungsausschusses in Hessen** dringend erforderlich ist. Ich habe in meinen Akten – sie liegen jetzt an meinem Platz – einen Auftrag des hessischen Umweltministeriums an den TÜV – ich glaube, es war der TÜV Baden –, das Problem der Kontamination von Behältern beim Transport abgebrannter Brennelemente zu untersuchen.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Hört, hört!)

Ihre Parteifreundin behauptet in einem Brief, der auch in der Akte an meinem Platz ist, daß sie und ihr Ministerium davon keine Kenntnis hätten und auch nicht wüßten, was aus dem Auftrag herausgekommen sei. Es ist ganz seltsam, daß ein Ministerium den Auftrag gibt, ein Problem zu untersuchen, zugleich aber behauptet, das Problem gar nicht zu kennen. Wenn man einen Auftrag erteilt, Herr Kollege, dann bekommt man normalerweise einen Bericht.

(Ursula Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus welchem Jahr stammt denn der Brief? Vielleicht ist er noch vom CDU-Minister Weimar!)

Diese hessische Umweltministerin der Grünen behauptet, der Bericht fehle in ihren Akten. Der Bericht ist aber in den Akten des TÜV gefunden worden. Herr Kollege, deshalb besteht Anlaß, in Hessen einen Untersuchungsausschuß einzurichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Eine Riesenschlamperei in Hessen!)

(A)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Schmidt, Sie können jetzt Ihre Frage stellen.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte gern darauf verzichtet, Herr Präsident, aber ich muß jetzt doch fragen.

Erstens. Herr Kollege Friedrich, nachdem Sie so vehement für einen Untersuchungsausschuß in dem jeweiligen Land plädieren, frage ich Sie: Warum um Himmels willen weigert sich dann die CSU bis zum heutigen Tage, im Bayerischen Landtag den Untersuchungsausschuß, den Bündnis 90/Die Grünen wiederholt beantragt haben, endlich einzusetzen? Spätestens heute hat sich doch gezeigt, daß es etwas zu untersuchen gibt.

Zweitens. Warum weigern Sie sich dann, auf das Angebot unseres Fraktionsvorsitzenden, das er hier gemacht hat, einzugehen und zu sagen: Dann machen wir parallel den Bundestagsuntersuchungsausschuß. In den Ländern untersuchen Sie, was unter Fischer und in den Ländern geschehen ist; wir untersuchen, was in Zuständigkeit dieser Bundesregierung passiert ist. Wir sind sehr beruhigt; Sie brauchen sich keine Sorgen um den ehemaligen Umweltminister des Landes Hessen zu machen.

(Dr. Klaus W. Lippold [Offenbach] [CDU/CSU]: Da müssen wir erst die Ergebnisse aus den Ländern abwarten!)

(B)

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Herr Kollege, zum einen darf ich feststellen: Ein Untersuchungsausschuß hat nur dann einen Sinn, wenn man in die Akten schauen will

(Rolf Köhne [PDS]: Ja, genau! Das wollen wir!)

und wenn man Zeugen nach den Regeln der Strafprozeßordnung vernehmen will. Aber Sie behaupten ja nicht einmal, daß es bei Frau Merkel Akten gibt, aus denen sich ergeben könnte, daß Frau Merkel oder einer ihrer Beamten Kenntnis hatte.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Bayern!)

– Moment! Jetzt bin doch ich dran. – Das behaupten Sie nicht einmal. Es hat doch keinen Sinn, nicht vorhandene Akten anzufordern.

(Beifall bei der F.D.P. – Birgit Homburger [F.D.P.]: Doch! Im Wahlkampf schon!)

Zum zweiten befinden wir uns kurz vor einer Wahl. Herr Kollege, da Sie ohnehin davon ausgehen – ich nicht –, daß Sie bald regieren: Warten Sie doch ab, bis Sie dann Akteneinsicht haben!

(Albert Schmidt ([Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein merkwürdiges Verständnis! Es geht um die parlamentarische Kontrolle!)

(C)

– Herr Kollege, wir sollten uns einigen: Immer nur einer von uns beiden redet. Das wäre eine sinnvolle Regelung.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Ist er eigentlich Lehrer?)

Herr Kollege, es dauert immer eine Zeitlang. Wir könnten hier ja nur Akten vom Bundesamt für Strahlenschutz anfordern. Die sind übrigens sehr langweilig, weil darin nämlich nur Unterlagen über die Genehmigungsauflagen und nicht über Messungen enthalten sind; denn für die Kontrollen ist das Bundesamt für Strahlenschutz bekanntlich nicht zuständig. Aber nachdem Sie einen Untersuchungsausschuß eingesetzt hätten, würde es Wochen dauern, bis Akten kommen, und dann ist die Wahl. Das ist doch nicht sinnvoll.

Aber wie gesagt: Sie sollten erst einmal eine Behauptung aufstellen.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern war die Frage! Warum stimmen Sie nicht einem Untersuchungsausschuß in Bayern zu?)

– Da ist doch nichts aufzuklären. Der Minister hat doch heute offensichtlich erklärt, daß einer seiner Beamten Kenntnis hatte.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lang hat er gebraucht!)

Was ist da noch aufzuklären? Ich muß Ihnen einmal sagen: Ein Minister ist darauf angewiesen, daß seine Beamten korrekte sogenannte dienstliche Erklärungen abgeben. Ich habe zuletzt am letzten Freitag mit dem bayerischen Umweltministerium geredet. Man hat mir gesagt: Alle Beamten haben einschlägige Erklärungen abgegeben.

(D)

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bei Frau Merkel! Genau!)

Entsprechend war die Auskunft des Kollegen Goppel. Ich habe heute die Zeitungs- und Rundfunkmeldungen verfolgt; offensichtlich hat er jetzt andere Erkenntnisse und hat das bekanntgegeben. Daran ist nichts mehr zu untersuchen,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumindest nichts, was wir nicht auch in einem normalen Verfahren mit den Ministerien – wenn Sie wollen, notfalls auch in irgendeiner Sitzung des Umweltausschusses, auch im Wahlkampf – klären können.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich teile völlig die Auffassung der grünen Kollegin, daß Transporte erst wieder stattfinden können, wenn genau bekannt ist, welches die technischen, naturwissenschaftlichen Ursachen dieser Überschreitung von Grenzwerten sind, und wenn wir sicher sind, daß wir das Problem technisch im Griff haben. Da sind wir uns einig. Dafür gibt es Gutachter. Das können wir bei Bedarf auch während des Wahlkampfes im Sommer im Umweltausschuß behandeln – aber erst, wenn uns die einschlägigen Gutachten vorliegen.

Dr. Gerhard Friedrich

(A) Was da ein Untersuchungsausschuß außer etwas Wahlkampfgetöse zusätzlich bringen soll, weiß ich wirklich nicht.

Zum Schluß darf ich mir noch eine Anmerkung erlauben. Herr Kollege Behrendt, Sie haben den Eindruck erweckt, als hätten wir **Überkapazitäten** im Bereich der Stromversorgung. Ja, wir haben Überkapazitäten; aber ich fürchte, Sie zählen da auch mit schlechter Rauchgasreinigung ausgestattete, alte, vorübergehend stillgelegte Kraftwerke mit.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Nein! Nein! – Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Zahlen des VDEW!)

Dann haben Sie, Herr Kollege Behrendt, noch gesagt, wir hätten ein **Energiesparpotential** von 40 Prozent, und Sie haben aus Versehen gesagt: beim Strom. Herr Kollege Müller, Sie verstehen davon wirklich etwas. Sie sollten ihm einmal sagen, daß das Energiesparpotential in dieser Größenordnung zwar besteht, aber vor allem im Bereich der Wärmeversorgung unserer Gebäude, der Heizungen. Wir könnten und müßten auch viel im Bereich des Verkehrs tun.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie machen doch nichts!)

Beim Strom besteht nach allen Statistiken ein geringes Einsparpotential. Kollege Müller weiß das, und er wird es Ihnen im Wahlkampf noch erläutern.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wolfgang Behrendt [SPD]: Ich weiß es auch! Oberlehrerhaft! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr arrogant!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Nun gebe ich zu einer Kurzintervention der Abgeordneten Ursula Schönberger das Wort.

Ursula Schönberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, ich will es ganz kurz machen. Wenn Sie hier irgendwelche Dinge nur so halb vortragen, sollten Sie beim nächstenmal Ihre Akten vielleicht lieber doch mit zum Rednerpult nehmen,

(Walter Hirche [F.D.P.]: Das wäre für Sie noch peinlicher geworden!)

denn dann wissen Sie ganz genau, worum es geht.

Sagen Sie doch lieber dazu, daß der Auftrag, der in Hessen an den TÜV vergeben wurde, damals unter dem CDU-Minister Weimar vergeben wurde und es dann keine Übergabe dieser Vorgänge an das neue Ministerium gegeben hat.

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Das ist ja gar nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht! – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Das ist schlicht gelogen! Die Akten sind im Ministerium! Das wissen Sie!)

(C) Ich denke, darüber sollte man durchaus auch sprechen, denn sonst entsteht hier ein falscher Eindruck. Das wollen wir doch alle nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Das war wenig überzeugend, Frau Kollegin!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Dr. Friedrich, bitte.

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Frau Kollegin, zunächst einmal gibt es in einem Ministerium keine freiwillige Übergabe von Akten, sondern ein Minister, der sein Haus verläßt und an einen Nachfolger übergibt, hinterläßt alle Beamten und alle Akten.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha, ha! – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sollte so sein!)

Das Wissen bleibt also erhalten. Es kann sein, daß Grüne manchmal persönliche Akten, weil sie einen unangenehmen Inhalt haben, herausnehmen, aber üblich ist das nicht. Die Akten werden komplett übergeben,

(Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Das ist Cousinenwirtschaft!)

und das Wissen geht auf den Nachfolger über.

Außerdem, meine Damen und Herren, ist es richtig, daß der Auftrag – ich habe ihn hier liegen – im Jahre 1989 erteilt worden ist. Er ist verlängert worden, und deshalb gab es auch später offensichtlich Berichte. Das wollen wir genau wissen. Wir wollen von der hessischen Landesregierung wissen: Warum verschwinden Berichte des TÜV aus den Akten des hessischen Umweltministeriums, und warum existieren diese Unterlagen, wie ich höre, mit Unterschrift beim TÜV?

(D)

RWE wird am kommenden Freitag Akteneinsicht nehmen. Ich hoffe, daß sie dort vollständige Akten vorfinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Rolf Köhne das Wort.

Rolf Köhne (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist auf jeden Fall keine Kleinigkeit, keine läßliche Sünde, wenn bei Atomtransporten seit Jahren Grenzwerte um das Dreitausendfache überschritten werden und wenn dabei auch gefährliche Alphastrahler entdeckt werden.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Haben Sie sich darüber in der DDR auch aufgeregt?)

Die damit verbundenen Risiken sollten nicht verniedlicht werden. Schließlich existieren die einzuhaltenden Grenzwerte nicht aus Jux und Tollerei. Die radioaktiven Partikel können sich durch Wind und Witte-

Rolf Köhne

(A) rung ablösen, durch Einatmen und durch Nahrungsaufnahme in das Innere von Menschen, Tieren und Pflanzen geraten und dort krebserregend wirken.

Wir erwarten deshalb, daß das ausgesprochene **Transportverbot** juristisch untermauert wird. Vor allem erwarten wir, daß es so lange gilt, bis dem Deutschen Bundestag die exakten Ursachen bekanntgegeben worden sind und der Vollzug der Abhilfe berichtet werden kann.

Die genauen technischen Ursachen bedürfen sicherlich noch der näheren Klärung. Fest steht allerdings heute schon zweierlei: Die Atomkraft ist technisch nicht beherrschbar. Das hat sich wieder einmal erwiesen. Und noch viel schlimmer: Die Atomindustrie ist nicht kontrollierbar.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Solange sie sozialistisch war, war das alles ganz anders!)

Herr Kollege Behrendt, die bayerische Landesregierung ist sicherlich nicht naiv, sondern sie ist schlicht und ergreifend über die Viag und Herrn von Waldenfels mit der Atomindustrie verflochten und verquickt. Deswegen gibt es da eine gewisse Interessenidentität.

Aber auch Preussenelektra macht nicht aus Jux und Tollerei oder aus Menschenfreundlichkeit solche Angebote, Ministern der schleswig-holsteinischen und der niedersächsischen Landesregierung ein Aufsichtsratsmandat zur Verfügung zu stellen. Die erwarten doch auch etwas davon; sonst machen sie das (B) normalerweise ja nicht.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß auch die **Aufsichtsbehörden** der Länder teilweise große Schwierigkeiten haben. Im Grunde genommen sind sie sehr stark darauf angewiesen, Informationen aus der Atomindustrie zu bekommen. Das Problem ist die Schwierigkeit, jemanden zu kontrollieren, wenn man auf dessen Informationen angewiesen ist und wenn man teilweise auch noch von dessen Geld lebt. Das muß einmal ganz deutlich betont werden.

Deshalb sind wir der Meinung, daß diese Dinge genau untersucht und aufgeklärt werden müssen und daß geklärt werden muß, ob bei den Atomtransporten gegen Pflichten, Gesetze oder Verordnungen verstoßen wurde, ob sich die Behörden des Bundes oder der Länder bei Genehmigungen, Zulassungen oder der Überwachung von Atomtransporten Pflichtverletzungen schuldig gemacht haben und warum einerseits diese Grenzwertüberschreitungen in den verschiedensten beteiligten Kreisen seit langem bekannt waren, aber andererseits keiner irgendwelche Aktivitäten zur Lösung der Probleme in Gang gesetzt hat.

Wir halten diese Fragen für wichtig, obwohl wir aus der Atomenergie aussteigen wollen. Denn auch für die Abwicklung wird es notwendigerweise Transporte geben. Dazu brauchen wir nicht nur sichere Transport- und Lagerbehälter, dazu brauchen wir auch Bundes- und Landesbehörden, auf die man sich verlassen kann und die ihre Atomaufsicht ernst nehmen. Das scheint mir momentan überhaupt nicht (C) mehr gegeben zu sein.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Thema kurz anreißen. Wir sind dafür, daß unverzüglich ein Verbot der Wiederaufarbeitung ausgesprochen wird. Wir sind des weiteren für ein Verbot der Verbringung von radioaktiven Abfällen ins Ausland. Die notwendigen Schutzvorschriften werden sowohl in La Hague wie auch in Sellafield nachweislich nicht eingehalten. Das Gesetz zum Übereinkommen über die nukleare Entsorgung lehnen wir deshalb ab. Ansonsten hoffe ich, daß wir dem Atomausstieg in der nächsten Legislaturperiode näherkommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe der Abgeordneten Birgit Homburger das Wort.

Birgit Homburger (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns jetzt seit zwei Monaten mit den Kontaminationen der Transportbehälter für die bestrahlten Brennelemente. Durch zwei öffentliche Berichte der Bundesumweltministerin im Umweltausschuß, durch Berichte der Länderminister und auch durch die gestrige öffentliche Anhörung hat das Parlament viel zur Aufklärung der Vorkommnisse beigetragen. Manches hat sich gegenüber der ersten Aufgeregtheit geändert. (D)

Beispielsweise sind die Rufe nach dem Rücktritt von Frau Umweltministerin Merkel leiser geworden. In den Sitzungen ist nämlich zu deutlich geworden, daß nicht nur die Energieversorgungsunternehmen, sondern auch Aufsichtsbehörden der Länder lange Zeit von den Grenzwertüberschreitungen wußten und das als vernachlässigbare Einzelfälle angesehen haben. Es ist dabei völlig unerheblich, ob das alle Länderumweltministerien wußten oder nur einige. Im Laufe der Zeit wird sich – davon gehe ich aus – noch das eine oder andere an Diskussionen ergeben; am Sachverhalt wird das nichts ändern.

Allgemeine wissenschaftliche Hinweise haben die Aufsichtsbehörden nicht zu intensiveren und gezielteren Kontrollen veranlaßt. Das heißt also: Jetzt sind Lernprozesse und Konsequenzen angesagt. Was sich für uns als Kette gleicher Vorkommnisse darstellt, verteilt sich auf die einzelnen Kernkraftwerke und mag dort als Einzelfall bewertet worden sein. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Grenzwertüberschreitungen offenbar als unerheblich eingestuft wurden. Jede Grenzwertüberschreitung muß aber alarmieren.

Frau Kollegin Schönberger, Sie haben vorhin gesagt, die Frau Ministerin habe gesagt, man hätte **Sondergenehmigungen** beantragen müssen, die sie positiv beschieden hätte. Das hat sie nicht gesagt.

(Ursula Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie!)

Birgit Homburger

(A) Es ging darum, daß Streit darüber bestand, ob es eine Meldepflicht für diese Vorkommnisse gab oder nicht. Die Ministerin hat im Ausschuß in diesem Zusammenhang gesagt: Wenn aus Sicht der EVUs schon keine Meldepflicht bestand, dann hätte man wenigstens, sofern man von den Grenzwertüberschreitungen gewußt hat, Sondergenehmigungen beantragen müssen. Ob sie die erteilt hätte oder nicht, das ist dann die Frage. Sie sagt, sie hätte sie nicht erteilt. Aber das ist einer der Punkte, wo es wirklich um Falschdarstellungen geht. Deshalb möchte ich es hier ausdrücklich auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es muß also in den Kernkraftwerken noch mehr sensibilisiert werden, und es ist auch nötig, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, die es erlauben zu erkennen, ob es sich um ein Einzelfallproblem oder um ein systematisches Problem handelt. Die Energieversorgungsunternehmen müssen Vorkehrungen treffen, um die Dimension von Vorfällen besser zu erfassen und zu bewerten. Das gleiche gilt aber auch für die Aufsichtsbehörden.

Es müssen technische Maßnahmen ergriffen werden, um in Zukunft solche Grenzwertüberschreitungen zu vermeiden. Außerdem müssen Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsflusses zwischen den betroffenen Staaten getroffen werden. Ebenso muß sich die Organisation der Transportgesellschaften mit dem Ziel von mehr Transparenz und Kontrolle ändern.

(B) Kurzum, der 10-Punkte-Katalog von Frau Merkel enthält diese Forderungen, und er ist durch unsere Aufklärungsarbeit bestätigt worden.

Wenn Sie vorher wieder behauptet haben, Frau Kollegin Schönberger – Sie haben den Begriff nicht benutzt, aber Sie haben es suggeriert –, daß wir ja nur die „Handlanger" der Energieversorgungskonzerne seien, dann kann ich Ihnen nur sagen:

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist doch war! Das weiß doch jeder! – Gila Altmann [Aurich] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch so!)

Das ist ein unzutreffender Vorwurf. Es ist eine Frechheit, einen solchen Vorwurf überhaupt zu erheben. Wenn Sie dann als Beispiel und als Begründung dafür anfügen, daß der Vertreter von Preußenelektra gestern einfach gesagt hat, er möchte wieder **Transportgenehmigungen** haben, dann kann ich Ihnen nur sagen: Der Mann kann soviel fordern, wie er will, dazu hat er das Recht. Es ist nur die Frage, ob er die Genehmigung dafür bekommt. Das ist die Frage. Die wird er nicht bekommen, solange die Vorfälle nicht aufgeklärt sind. Das hat die Ministerin absolut deutlich und klargemacht. Deswegen ist das, was Sie hier zu unterstellen versuchen, eine absolute Frechheit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Albert Schmidt [Hitzhofen][BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Wir haben nicht „Handlanger" gesagt, sondern „Erfüllungsgehilfen"!)

(C) Außerdem sollte dann geprüft werden, ob über den 10-Punkte-Katalog hinausgehende Maßnahmen im Atom- oder Verkehrsrecht nötig sind, um die Meldepflichten für Kernkraftwerksbetreiber und Transportunternehmen zu verbessern. Jetzt geht es darum, die Maßnahmen, die man erarbeitet hat, umzusetzen, und die Phase der Schuldzuweisungen zu beenden.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Richtig!)

Deshalb sieht die F.D.P. im übrigen auch keinen Anlaß für die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses.** Viel Neues kann er nicht mehr zutage bringen. Das hat auch die Sitzung gestern wieder gezeigt. Über die Möglichkeiten eines Untersuchungsausschusses hat der Kollege Friedrich ja schon hinreichend aufgeklärt. Der Untersuchungsausschuß hätte nur einen Sinn: den Grünen ein Wahlkampfforum zu bieten. Sie greifen nämlich nach diesen Vorfällen, weil sie sich davon Stimmen erhoffen. Das geht nach dem Motto „Ängste schüren statt Aufklärung". Mit der Forderung nach Sofortausstieg aus der Kernenergie wollen sie ein Thema wiederbeleben, weil sie mit neuen Ideen wie 5 DM pro Liter Benzin, NATO-Auflösung und Bundeswehrschelte keinen Erfolg haben. Ein solch durchsichtiges Manöver macht die F.D.P. nicht mit.

(Beifall bei der F.D.P. – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erfreulich ist dann wenigstens, daß wir zum Übereinkommen zur **nuklearen Entsorgung** einen großen Konsens gefunden haben. Weltweit gibt es zirka 480 Kernkraftwerksblöcke. Allein diese Zahl der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" begründet die Notwendigkeit internationaler Spielregeln über den sicheren Umgang mit den dort anfallenden abgebrannten Brennelementen. Dazu kommt dann noch die Menge radioaktiver Abfälle aus Industrie, Gesundheitswesen und Forschung aus aller Welt. Wir brauchen also internationale Regelungen, um ein einheitliches hohes Sicherheitsniveau zu erreichen. (D)

Die F.D.P. begrüßt, daß die Bundesregierung hier aktiv verhandelt und das Übereinkommen geprägt hat. Wir brauchen in allen Ländern, in denen mit radioaktiven Stoffen umgegangen wird, ein verbindliches, strenges Sicherheitsregelwerk, und wir brauchen einen funktionierenden staatlichen Vollzug. Dazu wird dieses Übereinkommen beitragen. Deswegen stimmt die F.D.P. dem Vertragsgesetz zu.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Michael Müller.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Atommüllskandal war ohne Zweifel der größte Schlag gegen die Atomwirtschaft, und sie ist selbst dafür verantwortlich. Das haben wir wohl gemeinsam festgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Michael Müller (Düsseldorf)

(A) Die Atomindustrie hat jahrelang nach dem Motto „Verschweigen, vertuschen, verharmlosen" gehandelt. Es ist schon bezeichnend, daß die Öffentlichkeit erst hergestellt wurde, als am 23. April die ARD in Frankreich um ein Interview über die Verstrahlungen nachgefragt hat, so daß die Sache öffentlich gemacht wurde. Dies ist bezeichnend für einen Komplex, der sich wie ein Geheimhaltungszirkel verhalten hat. Das ist bei dieser Risikotechnologie nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Das ist von niemandem in diesem Hause zu akzeptieren, auch wenn Sie noch so krampfhaft immer wieder versuchen, kleinliche Seiten aufzuziehen, Herr Grill. Das wird Ihnen nichts nützen. Dieser Vorwurf ist eindeutig.

Wir sollten gemeinsam die Hauptverantwortung festmachen. Sie werden mit Ihrer Strategie scheitern. Sie sind sowieso immer nur dann stark, wenn Sie nicht in der direkten Konfrontation mit den von Ihnen Beschuldigten stehen. Auch das ist leider eine Erfahrung mit Ihnen.

Richtig ist: Wir haben nach wie vor große Zweifel,

(Zuruf von der CDU/CSU: Keine begründeten!)

daß das Bundesumweltministerum und die Bundesbehörden nichts gewußt haben. Auf jeden Fall steht für uns fest, daß der Bundesregierung die kritische (B) Distanz zur Atomwirtschaft gefehlt hat.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Klaus W. Lippold [Offenbach] [CDU/CSU]: Möller, Schröder! Verquickung!)

– Machen Sie ruhig so weiter, es wird Ihnen nichts nützen. Die Hauptverantwortung für die Atompolitik haben Sie; denn Sie wollen sie, während wir aussteigen wollen. Diesen entscheidenden Unterschied können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Friedrich?

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Von Herrn Friedrich ja. Bei anderen hätte ich nein gesagt.

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Herr Kollege Müller, eigentlich will ich mit dem, was ich jetzt sage, gar nichts kritisieren. Aber wenn Sie so arbeiten wie soeben, dann muß ich Sie fragen: Ist es ein Ausdruck kritischer Distanz, daß Ihr Kanzlerkandidat, obwohl er angeblich den Ausstieg aus der Kernenergie wünscht – ich glaube es gar nicht –, im Aufsichtsrat eines Energieversorgungsunternehmens (C) sitzt, das Kernkraftwerke betreibt?

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Herr Friedrich, ich möchte Ihnen in allem Ernst einen Satz von Herrn Kanther zitieren, gefallen in der Debatte über die Auseinandersetzung über die Atomtransporte. Da hat er den Demonstranten pauschal vorgeworfen, die Auseinandersetzungen seien das Ergebnis der „Gehässigkeit der langjährigen Anti-Kernkraft-Polemik".

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Stimmt! Das ist absolut zutreffend!)

Meine Damen und Herren, wer so etwas allen Demonstranten vor dem Hintergrund unseres heutigen Wissens, wie die Atomenergie die Öffentlichkeit sozusagen verarscht hat, pauschal vorwirft und nicht einmal relativiert, der hat auch nicht das Recht, hier solche Kritik zu üben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Sie haben hier in der Vergangenheit aus meiner Sicht leider polarisiert, so daß das rationale Klima in der Debatte über die Energiepolitik verlorengegangen ist. Ich bedauere das sehr.

(Lachen bei der CDU/CSU)

(D) Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, in der Energiepolitik zu Rationalität und Vernunft zu kommen, weil es ein sehr schwieriges, kompliziertes und risikoreiches Thema ist.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will hier noch einmal klarmachen: Nicht die SPD ist für die verstrahlten Transporte verantwortlich, sondern es sind immer noch die EVUs.

(Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Natürlich!)

Verwechseln Sie hier also nicht Ursache und Wirkung. Das scheint bei Ihnen wirklich ziemlich durcheinanderzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen das doch bitte noch einmal klarmachen: Vertuscht haben die Transportgesellschaften, vertuscht haben die EVUs, und zwar nicht für eine kurze Zeit und in wenigen Fällen, sondern systematisch seit Anfang der 80er Jahre. Das und nichts anderes ist der Tatbestand.

(Abg. Birgit Homburger [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ihnen, Frau Homburger, antworte ich diesmal nicht. Es tut mir leid. Solange diese Form der Auseinandersetzung läuft, sehe ich darin keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Michael Müller (Düsseldorf)

(A) Ich bleibe bei meiner Aussage, daß es auch fragwürdig war, – –

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Völlig unanständig waren Sie! Unglaublich war das! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Bitte, Herr Kollege Müller, fahren Sie fort. Ich habe die Uhr angehalten.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich sehe das sozusagen auch nur als Ausdruck des Sprichworts: Getroffener Hund bellt. Was soll es?

Ich bleibe dabei: Die Unterscheidung zwischen theoretischem Wissen und konkretem Wissen ist für uns fragwürdig. Offenkundig hat man **Hinweise,** die einem nicht paßten, nicht besonders intensiv verfolgt. Auch das ist wahr.

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Es ist unglaublich! – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Möller!)

Es ist in der Zwischenzeit bekanntgeworden, daß diese Hinweise seit Anfang der 80er Jahre vorhanden waren. Das müssen Sie selbst zugeben.

(Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Das Versagen der Länder ist unübersehbar!)

Trotz all dieser Fakten sage ich: Die Hauptkritik, die wir zu üben haben, ist die Kritik an den EVUs (B) und an den Transportunternehmen.

Ich finde es richtig – damit nehme ich auch Ihren Beitrag auf, den Sie in der Anhörung geleistet haben –, daß wir die Äußerung von Herrn Majewski gemeinsam zurückweisen. Er war der Meinung, es habe keinen Verstoß gegeben. Ich hoffe, daß wir alle gemeinsam daraus die notwendige Konsequenz ziehen.

Was Sie hier gesagt haben, wird von uns ernst genommen. Sie haben gesagt – ich wiederhole das –: Es muß alles geklärt werden. Es muß alles abgestellt werden. Und: Der Transport muß neu organisiert werden. Wir nehmen Sie da beim Wort, obwohl wir weitergehende Forderungen haben.

(Dr. Gerhard Friedrich [CDU/CSU]: Das hat Frau Merkel auch schon gesagt!)

– Ich sage es ja: Das haben wir bei der Anhörung sowohl von den Vertretern aller Fraktionen als auch von Vertretern des Ministeriums gehört. Wir nehmen Sie da beim Wort.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Wir haben leider schon anderes erlebt.

Es ist natürlich klar, daß hinter dem Streit eine Grundsatzauseinandersetzung steht, die weitergeht. Es geht im Kern um die Frage, ob die **Atomenergie** in Deutschland eine **Zukunft** hat oder nicht.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

(C) Wir alle dürfen uns nichts vormachen: Nach diesen Zwischenfällen steht sie an der Grenze ihrer Existenz. Sie kann ein wesentliches Element des Atomgesetzes nicht mehr nachweisen, nämlich die gesicherte Entsorgung. So ist es derzeit. An dem Punkt kommen wir nicht vorbei.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Die Behauptung ist schlicht falsch!)

Lassen Sie mich noch einige Sätze zu dem Vorschlag der Grünen sagen. Nach dem, was wir heute wissen, nach den systematischen Vertuschungsversuchen, nach der fragwürdigen Konstruktion der Transportgesellschaften, bei denen die Ausführung und Kontrolle in merkwürdiger Weise getrennt sind und bei denen die eine Firma – angeblich zumindest – die andere nicht informiert hat,

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Obwohl sie im gleichen Haus ist!)

sagen wir: Wir wissen so viel, daß für uns die Frage der Klärung bis ins letzte jetzt nicht der entscheidende Punkt ist. Wir müssen diese Frage politisch klären. Und politisch heißt: neue Mehrheiten, um aus der Atomenergie auszusteigen. Alles andere ist keine politische Antwort auf das, was wir heute wissen. Machen wir uns nichts vor!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Es ist entlarvend, was Sie jetzt sagen! Das ist genau der Punkt!)

– Entschuldigen Sie, was reden Sie denn? Ich bin seit 1970 für den Ausstieg aus der Atomenergie. Soll ich (D) das hier verschweigen? Ich habe eine kontinuierliche Linie. Bei Ihnen habe ich eine solche noch nicht gesehen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Kurt-Dieter Grill [CDU/CSU]: Aber Sie hatten keine Mehrheit in Ihrer Partei dafür!)

Ich fühle mich in meiner kritischen Grundhaltung eher bestätigt.

Die Atomenergie ist aus den verschiedensten Gründen nicht zu verantworten. Sie ist nicht zukunftsfähig. Deshalb ist eine politische Auseinandersetzung erforderlich. Wir wollen den Ausstieg, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Zu einer Kurzintervention gebe ich der Abgeordneten Homburger das Wort.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Hast du gesehen, bei der F.D.P. strahlen schon welche? – Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Wir strahlen immer! Das macht uns so unwiderstehlich!)

Birgit Homburger (F.D.P.): Herr Kollege Müller, ich möchte auf das, was Sie gesagt haben, noch einmal eingehen, zumal Sie mir nicht gestattet haben, eine Zwischenfrage zu stellen. Sie haben sich hier wider-

Birgit Homburger

(A) sprüchlich geäußert. Sie haben zunächst einmal gefordert, daß alles aufgeklärt wird, daß die aufgetretenen Fehler abgestellt werden. Das sei absolut erforderlich, um überhaupt wieder irgendwelche Transporte zuzulassen.

Anschließend haben Sie aber gesagt, daß Sie die Aufklärung im Detail eigentlich überhaupt nicht mehr interessiert.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Nein!)

– Doch, das haben Sie gerade zum Schluß gesagt. Sie haben gesagt, die Aufklärung im Detail interessiere Sie jetzt nicht mehr; vielmehr wollten Sie das Ganze jetzt politisch klären.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Lesen Sie es im Protokoll nach! –

Das ist eine Art und Weise, die man, denke ich, an dieser Stelle nicht tolerieren kann. Die Vorwürfe, die da erhoben worden sind, bedürfen einer sauberen Aufklärung.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Plädoyer für den Untersuchungsausschuß! Stimmen Sie jetzt für unseren Antrag?)

Wir haben gestern gehört, daß beispielsweise bei der technischen Aufklärung die Gesellschaft für Reaktorsicherheit noch nicht soweit ist, daß uns der Abschlußbericht aber vorgelegt wird. Ich halte es für dringend erforderlich, daß das gemacht wird.

(B) (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Jetzt ist die F.D.P. für den Untersuchungsausschußantrag!)

Zweitens. Daß Sie hier gesagt haben, auf Grund der Art und Weise, in der ich geredet hätte, würden Sie keine Zwischenfragen zulassen, ist entlarvend; denn im Gegensatz zu Ihnen und anderen habe ich hier keine großartigen Schuldzuweisungen gegenüber einzelnen Ministern gemacht, sondern sehr deutlich gesagt, daß das alle treffen kann, daß es so nicht geht, und zwar egal, wen es trifft, und daß diese Aufklärung absolut notwendig ist.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Wollen Sie jetzt einen Untersuchungsausschuß haben?)

Es kann nicht sein, daß das hier so stehenbleibt.

Das dritte, Herr Kollege Müller: Wenn Sie hier im Eifer des Gefechts sagen, nicht die SPD, sondern die EVUs und die Transportunternehmen seien für Grenzwertüberschreitungen verantwortlich, dann kann ich Ihnen nur entgegnen: Jawohl, Sie haben recht. Dies gilt dann aber auch für die andere Seite des Hauses. Wenn man das endlich einmal zur Geschäftsgrundlage machen könnte, dann wäre die Sache sehr viel einfacher zu regeln.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also stimmen Sie jetzt für den Untersuchungsausschuß?)

(C) **Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:** Herr Kollege Müller, Sie können darauf antworten.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Ich möchte folgendes klarstellen: Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, daß alle Fakten aufgeklärt werden müssen.

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Eine Sekunde, Herr Müller. – Wenn die Unruhe so groß wird, daß Sie kein Gehör bekommen, dann verlängere ich die Redezeit. Das gilt für die anderen auch.

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Es war selten so ruhig!)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident.

Um es klarzumachen: Es geht hier um Radioaktivität. Deshalb muß alles aufgeklärt werden, und zwar ganz egal, auf welcher Ebene. Das ist überhaupt keine Frage.

Was wir jedoch nicht mitmachen, ist ein wahltaktisches Geschäft, bei dem es nicht um Aufklärung, sondern um parteipolitische Schuldzuweisungen geht. Das machen wir nicht mit.

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Das habe ich in dieser Rede nicht gemacht! Lesen Sie endlich einmal nach! – Dr. Paul Laufs [CDU/CSU]: Wer hat denn damit begonnen?)

(D) – Manchmal wäre es vielleicht hilfreich, Sie würden erstens das beachten, was der Präsident sagt, und zweitens auch Ihre eigenen Reden mal hören.

Was ich für wichtiger halte, ist folgendes: Die politische Schlußfolgerung aus dem, was wir heute wissen, ist klar, und zwar unbeschadet dessen, was wir an weiteren Informationen bekommen. Wir haben es mit einer Scheidelinie zu tun, die den Umgang mit der Atomenergie betrifft. Das ist der entscheidende Punkt, auch für die politische Antwort auf das Problem. Dabei bleibe ich.

Unabhängig davon gilt natürlich, daß wir alles aufklären wollen. Wir machen uns aber nicht zum plumpen Geschäft von Wahlkampfauseinandersetzungen.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Heinrich (F.D.P.): Na ja, Sie haben einigermaßen die Kurve gekriegt! Aber nur ganz schwach!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit gebe ich das Wort dem Abgeordneten Kurt-Dieter Grill.

Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, in Anbetracht dessen, was Sie in Ihrem Antrag, in dem kein Wort dazu steht, daß es in den Ländern irgend etwas zu regeln gebe, in dem vielmehr allein auf die Bundesregierung verwiesen wird, geschrieben haben und in Anbetracht dessen, was der Kollege

(A) Behrendt und Sie selbst hier vorgetragen haben, möchte ich zunächst einmal kritisieren, daß Sie sich hier hinstellen und sagen, es gehe Ihnen um Sachverhalte, um Rationalität und nicht um Wahlkampf und parteipolitische Vorstellungen. Für wie dumm halten Sie eigentlich diese Regierung, wenn Sie glauben, mit einem solchen Argument diesen Saal überzeugen zu können? Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß Sie das, was Sie draußen verkünden und was Sie an Hetze und Diffamierung gegenüber dieser Bundesregierung äußern, für rational halten. Das können Sie Leuten draußen erzählen, die keine Ahnung von der Sache haben.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Aber Sie hetzen nicht?)

Wenn ich an das denke, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben und heute wiederum zum Ausstieg gesagt haben, dann muß ich auf das zurückgreifen, was Oskar Lafontaine in der „Berliner Zeitung" gesagt hat.

(Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Jetzt wird es ernst!)

Ich bitte Sie, uns von hier aus darzulegen, daß es kein **Klimaproblem** mehr gibt. Oskar Lafontaine verkündet in der „Berliner Zeitung", die CO_2-Frage und die Klimafrage seien eine Erfindung der Atomlobby.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren von der SPD, was glauben Sie eigentlich, den Menschen draußen im Lande noch erzählen zu können, ohne dafür am 27. September abgestraft zu werden? (B)

(Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Das ist ja unglaublich! Der hält uns alle für dumm!)

Es ist doch unglaublich, daß der SPD-Vorsitzende die Klimafrage, Rio und das alles zu einer Erfindung der Atomlobby erklärt. Kommen Sie hierher und erklären Sie uns, wie Sie es schaffen wollen, diese beiden Enden zusammenzufügen!

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Grill, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schönberger?

Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU): Nein, ich möchte meine Rede an einem Stück vortragen.

Das zweite, was ich ansprechen möchte, ist folgendes. Wenn Sie sagen, der **Ausstieg** sei innerhalb von zehn Jahren möglich, dann verweise ich darauf, daß Ihr Kanzlerkandidat, Gerhard Schröder, vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat, es müßten noch mindestens 25 Jahre mit der Kernenergie verbracht werden.

Was die Rationalität angeht, kann ich nur sagen: 1993 ist der Energiekonsens am Parteipräsidium der SPD gescheitert. Was wir Ihnen vorwerfen, ist die Doppelmoral, mit der Sie in dieser Sache vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) Frau Merkel haben Sie heute wieder in die Nähe der Kernkraftwerkbetreiber, der EVUs, gerückt –

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Das ist sie auch!)

und das, obwohl Minister Ihrer Partei in den Aufsichtsräten sitzen. Frau Merkel hat sich dieser Vorwürfe überhaupt nicht zu stellen, weil sie solche Ämter nicht innehat. Frau Griefahn hat acht Jahre lang in Niedersachsen Atomaufsicht und Aufsichtsratsmandat bei der Preussenelektra miteinander verquickt. Der Abteilungsleiter hat gestern gesagt: Es gab im niedersächsischen Umweltministerium keine strikte schriftliche Anweisung, wo die Atomaufsicht von Frau Griefahn endet und wo die Verantwortung des Aufsichtsratsmitgliedes anfängt.

(Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Das hat es vorher mit einer CDU/F.D.P.-Regierung nicht gegeben!)

Sie sollten vor der eigenen Haustüre kehren. Wir werden mit Spannung erwarten, welche Anträge Herr Schröder als Aufsichtsratsmitglied am 2. Juli stellt. Wahrscheinlich sorgt er dafür, daß die Preussenelektra die Verfassungsklage gegen das Stromeinspeisungsgesetz zurücknimmt. Er wird dafür sorgen, daß uns Herr Harig in Zukunft nur noch Briefe schreibt, in denen steht: Wir werden nur noch dann transportieren, wenn Herr Möller und Herr Jüttner das genehmigt haben.

(D) Wie ist es denn eigentlich mit Ihrer Moral und den Ansprüchen, die Sie an die Adresse dieser Regierung erheben, bestellt? Bei Ihnen reicht aus – das gilt auch für die Grünen, Frau Schönberger – was Herr Vogt gestern gemacht hat. Die Tatsache, daß der schleswig-holsteinische Umweltminister zweimal über Kontaminationen informiert war, die Sie uns jetzt hier vorwerfen, hat Herr Vogt mit der Bemerkung abgetan, Herr Möller habe Selbstkritik geübt und damit sei das Thema erledigt.

Hören Sie einmal! Das haben selbst die EVUs gemacht. Sie haben Selbstkritik geübt. Damit soll das Thema erledigt sein? Was glauben Sie eigentlich, was Sie der deutschen Öffentlichkeit an doppelter Moral und an doppeltem Spiel zumuten können, wenn Sie einerseits dort, wo Sie die Verantwortung tragen, sagen, Selbstkritik löse das Problem, und wenn Sie andererseits hier erwarten, daß wir Ihrer Politik der Diffamierung und der Verleumdung, die Frau Schönberger seit Wochen betreibt, auf den Leim gehen?

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Schöne an dem, Frau Schönberger, was Sie hier vortragen, ist, daß es sich durch Fakten gar nicht belegen läßt. Sehen Sie, Herr Vogt hat allen Ernstes in der Anhörung vortragen müssen, daß Schleswig-Holstein erst einmal den TÜV hat fragen müssen, was er alles kontrolliert. Das heißt, das schleswig-holsteinische Umweltministerium hat nicht gewußt, wel-

Kurt-Dieter Grill

(A) che Aufsicht der TÜV in den Kernkraftwerken Schleswig-Holsteins macht.

(Ursula Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch auf, hier herumzulügen! – Gegenruf des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Wahrheit tut weh!)

Mit welcher Berechtigung kommen Sie an dieses Pult und sagen: „Diese Atomaufsicht hat nicht funktioniert?"

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Spielen Sie sich bitte doch nicht so auf!)

– Nein, ich rege mich deswegen auf, weil Sie, Herr Schmidt, und Ihre Mannschaft an diesem Pult so tun, als gäbe es eine unerträgliche Verquickung dieser Bundesregierung und dieser Bundesumweltministerin mit der Atomwirtschaft, während Ihre Leute in den Aufsichtsräten sitzen und die dicken Gelder kassieren, um in Ihrer Sprache zu bleiben. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es doch nicht! – Ulrike Mehl [SPD]: Das ist Verleumdung erster Güte!)

– Wenn das Verleumdung ist, Frau Mehl, dann kommen Sie hier an dieses Pult, und entschuldigen Sie sich für alle Vorwürfe, die Sie gegen Frau Merkel erhoben haben.

(B) (Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ich sagte ja: Sie spielen sich auf!)

– Wollen Sie leugnen, daß Herr Schröder Mitglied des Aufsichtsrates ist?

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie einmal von Stoiber, von Jaumann, von Strauß, von der ganzen Mischpoke der CSU! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, das ist kein Manöver.

Ich schließe damit, daß ich Sie, Herr Behrend, auf folgendes hinweise: Wenn ich Ihren Antrag lese, dann kann ich nur sagen: Ich sehe kein Konzept der SPD für die Probleme, die auch von Ihnen geschaffen worden sind. Wenn Sie unseren Antrag lesen, dann können Sie erfahren, in welcher Zeit und wie wir das Problem der Transporte, der Glaubwürdigkeit, der Überwachung, der neuen Meldepflichten und viele andere Dinge mehr lösen wollen.

Sie haben uns heute jedenfalls kein Konzept angeboten. Vielmehr hat Herr Müller gesagt: Es geht nicht um Fakten, sondern es geht um Parteipolitik für den 27. September.

Wir nehmen diese Herausforderung an, weil wir in der Lage sind, Ihnen zu beweisen, daß es besser ist, Ihre eigene Verantwortung dort wahrzunehmen, wo Sie sie haben, nämlich in den Ländern, und erst dann vor der Tür des Bundes zu kehren. Lassen Sie die Diffamierung von Frau Merkel! Schauen Sie in Ihre eigenen Häuser und in Ihre eigenen Parteien. Dann haben Sie genug mit sich selber zu tun. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur

zweiten Beratung

und Schlußabstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen über nukleare Entsorgung, Drucksache 13/10715. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt auf Drucksache 13/11027, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einsetzung eines „Castor-Untersuchungsausschusses", Drucksache 13/11010. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Antrag mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt worden ist. (D)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe der PDS zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucksache 13/10934. Wer diesem Antrag der Gruppe der PDS zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Antrag mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt worden ist.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD zu den verstrahlten Atommülltransporten, Drucksache 13/11078. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Antrag mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt worden ist.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. „Transporte abgebrannter Brennelemente – Vertrauensschaden beheben", Drucksache 13/11132. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß der Antrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 15 a bis 15 d auf:

a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des **1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes** (Plutonium)

– Drucksache 13/10800 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans-Peter Kemper
Manfred Such
Dr. Max Stadler
Dr. Gregor Gysi

b) Beratung der zweiten Beschlußempfehlung und des zusätzlichen abweichenden Berichts zum Bericht des **1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes** (Plutonium)

– Drucksache 13/10852 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans-Peter Kemper
Manfred Such
Dr. Max Stadler
Dr. Gregor Gysi

c) Beratung der dritten Beschlußempfehlung und des weiteren abweichenden Berichts des **1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes** (Plutonium)

– Drucksache 13/10909 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans-Peter Kemper
Manfred Such
Dr. Max Stadtler
Dr. Gregor Gysi

d) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Michaele Hustedt, Ursula Schönberger, Simone Probst, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Plutoniumtransporte in Flugzeugen

– Drucksachen 13/3670, 13/7468 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Kurt-Dieter Grill
Wolfgang Behrendt
Michaele Hustedt
Dr. Rainer Ortleb

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung war für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß alle Reden zu Protokoll gegeben werden sollen, und zwar die von Dr. Gerhard Friedrich, Andreas Schmidt, Hermann Bachmaier, Erika Simm, Manfred Such, Dr. Max Stadler und Dr. Gregor Gysi.*) – Ich stelle dazu Einverständnis fest.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen, und zwar zunächst über die Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses auf Drucksache 13/10800. Wer der Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß die Beschlußempfehlung einmütig angenommen worden ist.

Dann kommen wir zur zweiten Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses auf Drucksache 13/10852. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch diese Beschlußempfehlung ist einmütig angenommen worden.

Dann kommen wir zur dritten Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses auf Drucksache 13/10909. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch diese Beschlußempfehlung ist einmütig angenommen worden.

Dann kommen wir zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Keine Plutoniumtransporte in Flugzeugen", Drucksache 13/7468. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/3670 abzulehnen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Ruth Fuchs, Heidemarie Lüth und der Gruppe der PDS eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Krankenpflegegesetzes (KrPflÄndG)**

– Drucksache 13/7093 –

(Erste Beratung 197. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuß)

– Drucksache 13/11173 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Ruth Fuchs

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung war für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Auch hier sind alle Reden zu Protokoll gegeben worden, und zwar die Reden der Abgeordneten Sigrun Löwisch, Antje-Marie Steen, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Dieter Thomae, Heidemarie Lüth und der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl.**) – Ich sehe keinen Widerspruch, daß die Reden zu Protokoll gegeben werden.

*) Anlage 5
**) Anlage 6

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

(A) Dann kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Gruppe der PDS zur Änderung des Krankenpflegegesetzes auf Drucksache 13/7093. Der Ausschuß für Gesundheit empfiehlt auf Drucksache 13/11173, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der PDS auf Drucksache 13/7093 abstimmen und bitte diejenigen, die diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt (C) worden ist. Damit entfällt die weitere Beratung.

Wir sind damit am Schluß der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Donnerstag, den 25. Juni 1998, 8 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 23.12 Uhr)

(B) (D)

(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Antretter, Robert	SPD	24. 6. 98 *
Beck (Bremen), Marieluise	Bündnis 90/Die Grünen	24. 6. 98
Behrendt, Wolfgang	SPD	24. 6. 98 *
Bindig, Rudolf	SPD	24. 6. 98 *
Blunck, Lilo	SPD	24. 6. 98 *
Borchert, Jochen	CDU/CSU	24. 6. 98
Bühler (Bruchsal), Klaus	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Carstensen (Nordstrand), Peter Harry	CDU/CSU	24. 6. 98
Dempwolf, Gertrud	CDU/CSU	24. 6. 98
Fischer (Unna), Leni	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Gysi, Andrea	PDS	24. 6. 98
Haack (Extertal), Karl-Hermann	SPD	24. 6. 98 *
Hempelmann, Rolf	SPD	24. 6. 98
Horn, Erwin	SPD	24. 6. 98 *
Jung (Düsseldorf), Volker	SPD	24. 6. 98
Dr. Kohl, Helmut	CDU/CSU	24. 6. 98
Krautscheid, Andreas	CDU/CSU	24. 6. 98
Kriedner, Arnulf	CDU/CSU	24. 6. 98
Leidinger, Robert	SPD	24. 6. 98
Dr. Lucyga, Christine	SPD	24. 6. 98 *
Maaß (Wilhelmshaven), Erich	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Marten, Günter	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Dr. Paziorek, Peter	CDU/CSU	24. 6. 98
Pfeifer, Anton	CDU/CSU	24. 6. 98
Dr. Probst, Albert	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Probst, Simone	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24. 6. 98
Regenspurger, Otto	CDU/CSU	24. 6. 98
Rennebach, Renate	SPD	24. 6. 98
Rübenkönig, Gerhard	SPD	24. 6. 98
Scheel, Christine	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24. 6. 98
Schloten, Dieter	SPD	24. 6. 98 *
von Schmude, Michael	CDU/CSU	24. 6. 98 *
Terborg, Margitta	SPD	24. 6. 98 *
Zierer, Benno	CDU/CSU	24. 6. 98 *

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

(B)

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Alfred Hartenbach (SPD) zur Abstimmung über die in Tagesordnungspunkt 14 Buchstabe a bis f aufgeführten Vorlagen zum Transrapid

Ich erkläre, daß ich bei den Drucksachen 13/6714, 13/6823, 13/10347 sowie den Drucksachen 13/8211, 13/10537, 13/8212 und 13/10538 (Anträge bzw. Beratungen von Großen Anfragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) jeweils gegen die Anträge stimme. Bei der Drucksache 13/7667 werde ich der Ausschußfassung zustimmen.

Begründung:

Ich bin von dem Transrapid als Verkehrsmittel der Zukunft überzeugt. Der Transrapid wird den umweltbelastenden Flugverkehr zunächst zwischen Hamburg und Berlin, später vielleicht auch auf anderen Städteverbindungen erheblich reduzieren. Der Transrapid schafft Arbeitsplätze am Ort seiner Fertigung in Kassel und auch beim Bau der Strecke. Ich kann daher weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gesichtspunkten den Anträgen der Grünen zustimmen.

(D)

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf) und Ulrike Mehl (SPD) zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Dritten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (Zusatztagesordnungspunkt 1)

1. Die Weiterentwicklung des Bundesnaturschutzgesetzes ist dringend erforderlich. Die fortdauernde Zerstörung der Natur und die Vernichtung und das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten muß wirksamer bekämpft werden. Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat zu Recht, aber folgenlos den unzureichenden Naturschutz in Deutschland als „klaffende Wunde" bezeichnet. Wir stellen fest: Die Bundesregierung hat 15 Jahre versäumt, ein wirksames Naturschutzgesetz zu schaffen. Sie ist nicht fähig gewesen, sich gegen fragwürdige Interessen durchzusetzen.

2. Das von den Regierungsfraktionen vorgelegte Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes ist ein Rückschritt und wurde zu Recht vom Vermittlungsausschuß abgelehnt. Statt der dringend erforderlichen Fortentwicklung, insbesondere Schutz der Natur auch um ihrer selbst willen, baut die Bun-

(A) desregierung eine falsche Konfrontation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft auf.

3. Die SPD lehnt die prinzipielle Verpflichtung der Länder zu Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft im Bundesnaturschutzgesetz ab. Wo Ausgleichszahlungen gerechtfertigt sind, werden sie auch gezahlt. Dringend notwendig ist eine Reform der Landwirtschaft und ihrer Finanzierungsregelung auf nationaler und EU-Ebene. Statt hier eine Neuorientierung in Richtung auf naturverträgliche Landwirtschaft, gerechtere Einkommensverhältnisse und Sicherung der Klein- und Mittelbetriebe vorzunehmen, werden die Reformen verschoben und statt dessen der Naturschutz zum Anlaß für neue Subventionszahlungen genommen. Damit wird die über viele Jahrzehnte bewährte Praxis der Sozialbindung nach Art. 14 Grundgesetz ausgehebelt und das Verursacherprinzip unterlaufen.

4. Die von CDU/CSU und F.D.P. vorgelegte Novelle hat mit Naturschutz wenig, mit der Fortschreibung überholter, nicht zukunftsfähiger Strukturen viel zu tun. Hier werden die Weichen falsch gestellt. Schon heute erhalten die nur 20 Prozent Großbetriebe fast 80 Prozent der Subventionen. Deshalb warnt die SPD davor, mit dem Naturschutz Stimmung zu machen. Es soll von dem eigenen Versagen ablenken.

5. Wieder einmal verfährt die Regierungskoalition nach dem Motto: Wir machen die unzureichenden Gesetze, die Länder zahlen. Die Folgen werden auf die Länder und die Allgemeinheit abgewälzt. Statt (B) des Verursacherprinzips wird das Gemeinlastprinzip angewandt, mit Naturschutz hat dies nichts zu tun. Die Umsetzung des Bundesnaturschutzgesetzes ist Länderaufgabe. Trotzdem will die Bundesregierung, obwohl das Dritte Änderungsgesetz nach unserer Auffassung und vom Bundesrat ausführlich begründet ein zustimmungspflichtiges Gesetz ist, die Bundesländer ausschalten. Die Bundesregierung und die Regierungskoalition suchen nicht die vertrauensvolle Zusammenarbeit, sondern setzen auf Konfrontation. Das widerspricht den Grundsätzen des Föderalismus.

6. Die SPD kündigt für die nächste Legislaturperiode ein Bundesnaturschutzgesetz an, das

- die Ziele des Naturschutzes neu faßt, um die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme und die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten um ihrer selbst willen und als Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern;
- im Grundsatz mindestens 10 Prozent der Landesfläche für den Naturschutz sichert;
- die ungerechtfertigten Landwirtschaftsklauseln streicht;
- die Landschaftsplanung stärkt und ausbaut;
- die Eingriffsregelung verbessert;
- den anerkannten Naturschutzverbänden ein Klagerecht einräumt.

Anlage 4 (C)

Zu Protokoll gegebene Reden zu den in Tagesordnungspunkt 10 Buchstabe a bis e aufgeführten Vorlagen (Mediendebatte)

Dr. Martin Mayer *(Siegertsbrunn) (CDU/CSU):* Die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" legt heute ihren Schlußbericht vor. Mit ihm stehen zur Beratung der erste, der dritte, der vierte und der fünfte Zwischenbericht. Die Zwischenberichte wurden mit Ausnahme des ersten Berichts einstimmig verabschiedet. Auch im Schlußbericht ist weitgehende Übereinstimmung festzustellen. Besonders freut mich diese Übereinstimmung in den beiden Kapiteln „Bürger und Staat 21" sowie "Zusammenfassung und Ausblick", die weitgehend meine Handschrift tragen. Unterschiede gibt es im Schlußbericht bei den Empfehlungen, wo es eine Reihe von abweichenden Voten gibt.

Insgesamt hat die Enquete-Kommission Beachtliches geleistet. Sie hatte ein Feld zu bearbeiten, in dem sich die tatsächlichen Verhältnisse rasch verändern. Das hat die Arbeit erschwert. Besonders im ersten Zwischenbericht wäre nach meiner Auffassung wesentlich mehr Übereinstimmung zu erzielen gewesen, wenn sich die Enquete-Kommission mehr Zeit hätte nehmen können. Die Ergebnisse des ersten Zwischenberichtes sind auch in die Beratungen des Informations- und Kommunikationsdienstegesetzes des Bundes eingeflossen. Mit der Verabschie- (D) dung dieses Gesetzes und des Mediendienstestaatsvertrages der Länder ist die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern pragmatisch gelöst. Ein vernünftiger Grund, sich im Schlußbericht erneut ausführlich mit Rundfunkfragen, die eindeutig in die Zuständigkeit der Länder fallen, zu beschäftigen, bestand daher nicht. Da die SPD aber darauf bestand, hat die Mehrheit der Enquete-Kommission zu Grundsatzfragen des Rundfunks nochmals Stellung genommen. Sie hat die Empfehlungen der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion abgelehnt, weil sie verschiedene Aussagen, die sich in die aktuelle Diskussion der zuständigen Länder einmischen, nicht mittragen kann. Das bedeutet keine generelle inhaltliche Ablehnung. Beispielsweise kann ich Punkt 5 des Minderheitenvotums der SPD, der eine Öffnung der 20-Uhr-Wertegrenze in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fordert, nicht mittragen, während ich die Ziffer 6 zur Liberalisierung der Werberegelungen bei den Privaten ohne weiteres unterstützen könnte. Die Haltung der Mehrheit zu diesen Themen ist in den Kapiteln 2.1. „Rundfunk, Teledienste, Mediendienste – Auflösung herkömmlicher Begrifflichkeiten", 2.5. „Jugendschutz und Medienpädagogik" sowie 8. „Gesellschaft 21" dargestellt.

Nach wie vor bin ich überzeugt, daß es dem Schlußbericht gut getan hätte, statt des sinnlosen Streits über Fragen, bei denen ohnehin die Länder zuständig sind, noch etwas mehr Zeit für die mittel- und langfristigen Perspektiven in den 21er-Kapiteln aufzuwenden. Hier hätten in manchen Bereichen

(A) noch mehr Konturen herausgearbeitet werden können.

Auch im Bereich Bildung und in anderen Bereichen war es für mich ein Anliegen, die Länderzuständigkeit zu respektieren. Das sprach dann auch gegen eine Aufnahme des Minderheitenvotums der SPD über die Schulen in den allgemeinen Textteil. Im übrigen wurden eine Reihe von Empfehlungen von Sachverständigen der SPD, der Grünen und der PDS so spät vorgelegt, daß eine Einarbeitung der Anliegen, soweit sie die Mehrheit hätte mittragen können, auch aus Zeitgründen nicht mehr möglich war.

Zum Inhalt des Schlußberichts möchte ich in kurzen Worten wie folgt Stellung nehmen: Internet und Computer verändern die Welt. Die Entwicklung, die viele Menschen als Bedrohung empfinden, bietet gerade für Deutschland mit seinem hohen Bildungsstand und seiner großen Exporterfahrung viele Zukunftschancen. Immer mehr Dienstleistungen können im Netz über Grenzen hinweg erbracht werden. Weltweit werden viele neuartige Dienste und Arbeitsplätze entstehen. In Deutschland wird dies nur dann der Fall sein, wenn die Bereitschaft zu Veränderungen weiter wächst.

Gefordert sind als Antwort auf die beschleunigte Globalisierung die Bereitschaft und Fähigkeit zu lebenslangem Lernen, besonders im Berufsleben, Leistungssteigerung durch mehr Wettbewerb in Bildung und Forschung sowie Förderung von Eliten, mehr Spielraum für Unternehmen und vor allem für Unternehmensgründer, Änderungen im Arbeits- und Tarifrecht, die auch effektive neue Formen der Arbeits- (B) und Unternehmensorganisation ermöglichen, die Stärkung der Selbstverantwortung von Arbeitnehmern auch im Sozialsystem, Verbesserung der Effizienz der Verwaltung und des Services sowie der Information und Beteiligung der Bürger, verstärkte Anstrengungen aller öffentlichen Auftraggeber, Innovationen anzustoßen, Hilfen dort, wo Schwache und Benachteiligte sich nicht selbst helfen können.

Diese Ziele müssen auch in Zukunft konsequent umgesetzt werden. Reine Lippenbekenntnisse mit Blockadehaltung in der Praxis – wie bei der SPD – führen niemals zum Erfolg.

Unverzichtbar für die Entwicklung der neuen Medien sind verläßliche und entwicklungsoffene staatliche Rahmenbedingungen, wie sie im Informations- und Kommunikationsdienstegesetz geschaffen worden sind. Bund und Länder sind auch künftig gefordert, diese so zu gestalten, daß die Entwicklung der neuen Medien vorangetrieben wird.

Der Weg in die Informationsgesellschaft ist mit vielfältigen kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen verbunden. Bei ihrer Bewältigung ist der Deutsche Bundestag auch künftig gefordert. Weitere intensive Beobachtung und intensive Diskussion über neuen Handlungsbedarf bei den Informations- und Kommunikationsanwendungen sind besonders nötig, um die Lern- und Veränderungsbereitschaft ebenso zu fördern, wie die Bereitschaft und die Möglichkeit, die neuen Techniken zu nutzen, Anwendungsfeldern wie zum (C) Beispiel dem elektronischen Handel zum Durchbruch zu verhelfen und damit Deutschland einen Spitzenplatz bei der Anwendung der neuen Techniken zu sichern, die Datensicherheit so zu regeln, daß den berechtigten Sicherheitsinteressen der Nutzer ebenso Rechnung getragen wird wie dem Schutz des Staates vor Bedrohungen von innen und außen, im Datenschutz weiter die Balance zu halten zwischen berechtigten Schutzinteressen aller Nutzer und den Chancen, verfeinerte persönliche Informationsdienste zu entwickeln und zu nutzen, der Schwächung der Staatsmacht bei der Bewältigung seiner Aufgaben und der Durchsetzung von Schutzrechten, besonders für die Jugend und gegenüber Menschenrechtsverletzungen, zu begegnen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele sind vielfach weltweite Übereinkommen nötig. Diese kommen nur auf der Grundlage von gemeinsamen Wertevorstellungen zustande. Deshalb ist ein umfassender internationaler Dialog über Werte, in den alle Kulturen, Religionen und Weltanschauungen einzubeziehen sind, dringender denn je.

Der nächste Deutsche Bundestag muß sich wiederum sehr intensiv mit den Fragen der Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken befassen. Das ist unstrittig. Die Frage, ob eine Enquete-Kommission das geeignete Instrument ist, kann heute offenbleiben.

Zum Abschluß möchte ich den Mitgliedern der Enquete-Kommission, besonders aber den Sachverständigen, sehr herzlich danken für die faire und sachliche, wenn auch teilweise strittige Zusammenarbeit. In meinen Dank schließe ich auch das Sekretariat und im besonderen meine Mitarbeiterin in der (D) Fraktion ein. Ich hoffe, daß unsere gemeinsame Arbeit dazu beiträgt, daß Deutschland die Herausforderungen, die mit dem Weg in die Informationsgesellschaft verbunden sind, annimmt und zu den Gestaltern und Gewinnern der neuen Zeit gehört.

Wolfgang Börnsen *(Bönstrup) (CDU/CSU):* Der Medienbericht der Bundesregierung ist mehr als eine Bestandsaufnahme. Er ist eine Bilanz-, Perspektiv- und Statistikdokumentation zugleich.

Folgende Feststellungen lassen sich treffen:

- Wir sind ein Leseland geblieben mit einer breiten Vielfalt von Publikationen.
- Mit 1 582 Ausgaben von Tageszeitungen und mit einer Verkaufsauflage von 24,6 Millionen Exemplaren gehören wir zur europäischen Spitzenklasse. Diese Aussage wird noch durch die Leserdichte unterstrichen, die bei uns mit 358 Lesern pro 1 000 Einwohnern besteht.

Doch gegenüber den Vergleichsdaten des letzten Medienberichtes von 1994 hat es leichte Rückgänge bei Auflagen, Anzahl der Verlage und der Ausgaben gegeben. Bezogen noch 1990 76 Prozent aller Haushalte eine Tageszeitung, waren es 1995 nur noch 71 Prozent.

Der Trend zum Single-Haushalt führt auch zu einem anderen Zeitungsverhalten. Doch noch nie

(A) war die Umsatzentwicklung im Tageszeitungsgeschäft so hoch wie im vergangenen Jahr mit über 18,2 Milliarden DM, aber der Anteil der Tageszeitungen als Werbeträger ist auf unter 30 Prozent gesunken.

1673 verschiedene Wochenpublikationshefte mit einer Gesamtauflage von zirka 130 Millionen Exemplaren sind bei uns derzeit registriert neben Zehntausenden von Fach- und Anzeigenblättern. Die Titelanzahl hat sich um fast 8 Prozent erhöht, die Verkaufslage um 3,3 Prozent.

Ein Highlight bleibt der Buchmarkt. Die pessimistischen Prognosen, das Buch werde durch die elektronischen Medien vom Markt gefegt, sind nicht eingetroffen. Mit 71515 Titeln liegt Deutschland nach China und Großbritannien auf dem dritten Platz in der Weltproduktion. Die 3215 Verlagsunternehmen erzielten 1996 ein Umsatzvolumen von 17,2 Milliarden Mark, der Vorjahreswert wurde um 4,2 Prozent übertroffen.

52 Prozent aller Bürger in Deutschland gaben im Berichtsjahr 1996 an, in den letzten zwölf Monaten Bücher gekauft zu haben. 42 Prozent sagten, es seien mehr als zwei gewesen.

Der Buchhandel mit allein über 50000 Einzelhändlern versorgt auf Grund seines umfassenden Netzes die Menschen in unserem Lande bis in die Kleinstadt und in ländliche Regionen hinein. Wer diese Struktur, wer Titelvielfalt, Buchqualität und die vorhandene Verlagsbreite bei uns erhalten will, der darf zwei Voraussetzungen nicht aufgeben: die Buchpreisbindung für Verlagserzeugnisse und die Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes.

(B)

Ich begrüße es in diesem Zusammenhang ausdrücklich, daß sich Bundeskanzler Kohl ganz persönlich bei der Kommission für die Beibehaltung der deutsch-österreichischen Buchpreisbindungstradition eingesetzt hat, ein Votum, das von der Mehrzahl der Fraktionen des Deutschen Bundestages mitgetragen wird.

Hervorzuheben ist auch eine neue Entwicklung im Bereich des Pressevertriebs. Die Zahl der Einzelhändler betrug 1997 114242 Unternehmen. Im Vergleich zu 1994 bedeutet dies einen Zuwachs von über 8500 Einzelhändlern. Dabei gab es 1996 mit einem Plus in Höhe von 2150 den größten Anstieg in den neuen Ländern.

Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten hat u. a. mit zu diesem positiven Trend geführt, der noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Wir sind wieder ein Filmland geworden. Trotz Fernsehen, PC und IuK-Dienste: Opas Kino ist nicht tot. Im Gegenteil: Im Berichtszeitraum registrierten wir eine Renaissance des Kinos und des deutschen Films.

Mit 16 bis 20 Prozent Anteil am Filmmarkt war sein Beitrag seit 20 Jahren noch nie so hoch. Mit 133 Millionen Besuchern jährlich gingen seit 30 Jahren noch nie so viele Menschen ins Kino, und mit über 4000 Leinwänden haben wir seit 40 Jahren noch nie eine solche Kinodichte in unserem Land gehabt.

(C) Doch auch auf diesem Kultursektor findet durch Multiplexe eine rasante Konzentration statt, die man ebenso kritisch beobachten muß wie die Entwicklung im Filmverleih und bei der Produktion.

Neben dem Film mit einer deutlichen Umsatzsteigerung hat auch die Videobranche mit 1,8 Milliarden DM einen Rekord zu vermelden. Beide tragen zur Finanzierung der Filmförderung ebenso bei wie das öffentlich-rechtliche und das private Fernsehen.

Wir sind ein Hörfunk- und Fernsehland mit weiter wachsenden Zuwachsraten. Der deutsche Fernsehmarkt hat sich zum größten und wettbewerbsfähigsten in Europa entwickelt. Dazu gehören 20 private, 9 öffentlich-rechtliche und 10 ausländische Anbieter.

Der Produktionswert von Rundfunk und TV betrug 1996 fast 22 Milliarden DM. Dies ist eine Verdreifachung gegenüber dem letzten Berichterstattungszeitraum. Bedeutend verdoppelt haben sich die Werbeeinnahmen auf jetzt fast 7 Milliarden DM. Mit 178 privaten Hörfunkanstalten und 57 öffentlich-rechtlichen Anstalten scheint sich der Angebotsmarkt in diesem Sektor jetzt stabilisiert, spezialisiert und konsolidiert zu haben.

98 Prozent aller Haushalte bei uns verfügen über ein Rundfunk- und ein TV-Gerät. Das Programmangebot liegt zwischen 53 und 55 verschiedenen Möglichkeiten täglich.

Jeder zweite Haushalt verfügt über eine Kabel-, jeder dritte über eine Satellitenempfangsmöglichkeit. Die Anzahl der Haushalte mit Teletext-Empfang hat sich von 3,4 Millionen im Jahr 1988 auf 24,5 Millionen in 1997, also auf das mehr als Siebenfache erhöht.

(D)

Wir sind auf dem Weg, ein erstklassiges Land der IuK-Technik zu werden. Multimedia verwischt die Grenzen zwischen Individual- und Massenkommunikation. Gleichzeitig ist es ein Wachstumsmarkt von überragender Bedeutung.

1,2 Millionen Arbeitsplätze werden durch ihn bei uns gesichert, 210000 neue Arbeitsplätze werden in den kommenden fünf Jahren mehr möglich. Mit Multimedia erfährt der Produktionsfaktor Wissen neben den klassischen Faktoren Boden, Arbeit und Kapital nicht nur an Profil, sondern gewinnt an Bedeutung.

Abgesehen davon sind diese Dienste auch Innovationsauslöser. Die erfolgreiche Kampagne von Bundesminister Jürgen Rüttgers mit dem Programm „Schulen ans Netz" ist ein passendes Beispiel dafür.

Die insgesamt positive und erfreuliche Medien-Entwicklung in unserem Land benötigt ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die die Unabhängigkeit, die Vielfalt und den Wettbewerb gewährleisten.

Hier ist der Zug zur Konzentration eine der größten Gefahren und Herausforderungen. Der im Medienbericht erwähnte Tonträgermarkt mag als Beispiel dafür stehen. Dieser Markt verzeichnet einen Umsatz von zirka 4,6 Milliarden DM. Die CD ist weiter auf dem Vormarsch mit jetzt 83 Prozent Verkaufsanteil. Musikkassette und Langspielplatte verlieren an Boden. Doch besorgniserregend ist der hohe Konzentra-

(A) tionsgrad auf dem Angebotsmarkt. Über 90 Prozent aller Verkäufe entfallen auf die fünf größten Anbieter, vier von ihnen sind Tochtergesellschaften der U.S. Major Companies.

Dr. Michael Meister *(CDU/CSU):* „So viel Schutz wie nötig, so viel Freiheit wie möglich". Mit dieser Leitlinie läßt sich die Arbeit der Enquête-Kommission „Multimedia" zusammenfassen. Die neuen Medien können sich nur rasch und breit durchsetzen, wenn möglichst wenig staatliche Kontrolle und Regulierung im Spiel ist und neue Anwendungen und Dienste ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit am und im Markt unter Beweis stellen.

Mit dem Telekommunikationsgesetz und dem Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz hat der Bundesgesetzgeber weltweit vorbildliche rechtliche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung und die Verbreitung der Neuen Medien geschaffen. Auf dieser Basis kann auch der gesellschaftliche Konsens weiterentwickelt werden, der die Risiken dieser neuen Technologien erkennt und versucht, diese zu minimieren, der vor allem aber darauf gerichtet ist, mit Tatkraft und Energie die den neuen Medien innewohnenden Chancen zu suchen und zu nutzen.

Diese Balance zu finden war eine der Aufgaben der Enquete-Kommission, die sie nach unserer Einschätzung weitestgehend zufriedenstellend erledigt hat. Es ist in der gemeinsamen Arbeit mit zahlreichen Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft deutlich geworden, daß wir die Chancen nutzen

(B) müssen und die Risiken begrenzen können.

In dieser Arbeit hat sich auch bestätigt, daß Deutschland bereits über ein tragfähiges Netz an Schutzrechten verfügt, so daß für die Bewältigung des Zeitensprungs in die Informationsgesellschaft nicht das Rad des Rechts neu erfunden werden muß, sondern daß das geltende Recht behutsam auf die Bedürfnisse und Bedingungen der neuen Medien hin weiterentwickelt werden kann.

Der vorgelegte Zwischenbericht „Sicherheit und Schutz im Netz" befaßt sich vorrangig mit der skizzierten Abwägung. Die EKM hat aufbauend auf der Analyse der notwendigen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung neuer Medien einen breit angelegten Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt, der über den heutigen Tag hinaus bearbeitet werden muß. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu überlegen, wie dieser dynamische Entwicklungsprozeß in geeigneter Weise parlamentarisch weiterbegleitet werden kann.

Im folgenden möchte ich einige der zentralen Handlungsfelder aus diesem Bereich aufführen. Einige Teile, wie der Urheberschutz oder der Kinder- und Jugendschutz, sind bereits an anderer Stelle ausführlich beraten worden, anderen ist beispielsweise im IukD-G bereits vom Gesetzgeber Rechnung getragen worden.

Der besondere Charakter der neuen Medien, insbesondere des Internets, bestimmt die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen regulativen staatlichen

(C) Handelns. Dies bedeutet zum einen, daß auch in diesem Bereich nationalstaatliche Alleingänge von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind. Ein Ansatzpunkt zur Durchsetzung von Schutzrechten liegt deshalb in der Vereinbarung internationaler anerkannter Schutzstandards, wobei aus vielerlei Gründen nur Mindeststandards vereinbart werden können. Weitere Möglichkeiten liegen im Ausbau der Instrumente der freiwilligen Selbstkontrolle, in der Nutzung der technischen Möglichkeiten und im verantwortungsbewußten Umgang mit den neuen Medien und deren Inhalten.

Die Chancen für die Durchsetzung neuer Medien hängen von dem Maß an Vertrauen ab, das die potentiellen Anwender ihnen entgegenbringen können. Dieses Vertrauen kann nur dann entstehen und gewahrt bleiben, wenn die Anwender beispielsweise als Verbraucher ihre Rechte in dem weltweit umspannenden Informationsnetz ebenso sicher gewahrt sehen, wie dies außerhalb dieses Netzes der Fall ist.

Mit der Verordnung zur digitalen Signatur, mit der Anforderungen an die Sicherheit von elektronischen Authentifizierungsmechanismen aufgestellt werden, hat Deutschland hier eine weltweit beachtete Vorreiterfunktion übernommen. Das Teledienstedatenschutzgesetz und der Mediendienste-Staatsvertrag enthalten ihrerseits wichtige Ansätze für den Schutz der Verbraucherdaten. Das wirksamste Mittel, Mißbräuchen von Daten vorzubeugen, ist die Erfüllung der Gebote der Datensparsamkeit und der Datenvermeidung. Deshalb gehört die Förderung der anonymen und pseudonymen Nutzung der neuen Dienste zu den wichtigen Pfeilern der Vertrauensbildung.

(D)

Es besteht Einigkeit darin, daß in der Informationsgesellschaft Sicherheit und Schutz nicht allein durch Gesetze gewährleistet werden können. Weil dies so ist, muß der Staat, um seiner Aufgabe gerecht zu werden, seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten des Selbstschutzes zur Verfügung stellen.

In der Informationsgesellschaft wird die Vorstellung und politische Ideologie, der Staat könne die Bürger an die Hand nehmen und möglichst viele Lebenssachverhalte für sie stellvertretend regeln, immer mehr obsolet. In diesem Sinne kommt die EKM zu dem Schluß, daß eine gesetzliche Beschränkung der Nutzung der Möglichkeiten zum Selbstschutz durch kryptographische Verfahren bei einer Abwägung von Nutzen und Schaden, trotz der erkennbaren Risiken etwa im Bereich der Kriminalität, nach heutigem Erkenntnisstand nicht gerechtfertigt ist. Die uneingeschränkte Nutzung von Verschlüsselungsmethoden sollte aus diesem Grunde auch auf internationaler Ebene gefördert werden.

Es ist demzufolge nur konsequent, wenn wir die Bemühungen zur Einführung eines weltweiten „Key-Recovery-Systems" das den Zugriff von ausländischen Regierungsstellen auf die vertraulichen Informationen auch deutscher Nutzer erlaubt, mit großer Besorgnis betrachten. Die Informationsgesellschaft wird sich durch ein hohes Maß an Dynamik und Innovation auszeichnen. Die Enquête vertritt deshalb die Auffassung, daß die jeweiligen sicherheitspolitischen Anliegen im Zusammenhang mit den Infor-

(A) mationstechnolgien von den jeweiligen Behörden ermittelt werden sollen, um gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu entdecken und die Rechtslage angemessen weiterzuentwickeln.

Gerade im Berichtsteil „Sicherheit und Schutz im Netz" konnte – teilweise nach langwierigen und schwierigen Diskussionen – ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt werden. Dies war und ist insofern nicht unbedingt zu erwarten, da die Oppositionsfraktionen mit einem hohen Maß an Technikfeindlichkeit bzw. -skepsis die Diskussion begonnen haben.

Doris Barnett *(SPD):* Ein hartes Stück Arbeit ist geschafft: Die EK „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" legt heute mit gewissem Stolz einen gemeinsamen Schlußbericht und fünf Zwischenberichte vor. Hinter uns liegt ein Arbeitspensum, das wir vor zweieinhalb Jahren, als wir die Einsetzung der EK durchsetzten, nicht ahnen konnten. Ich darf im Namen der SPD-Fraktion allen Kolleginnen und Kollegen, den Sachverständigen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats danken, daß wir heute dem Bundestag dieses umfangreiche und außerordentlich lesenswerte Werk vorlegen können.

Die Arbeit der EK hat sich aus Sicht der SPD gelohnt. Es gelang uns mit unserer Arbeit, über die unterschiedlichen Ressorts und Ausschüsse hinweg die Komplexität der Informations- und Kommunikations- (B) technologien und deren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche zu beleuchten.

Die EK hat den Blick darauf gelenkt, daß der Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft eine große Chance für Deutschland ist.

Dabei ging und geht es uns Sozialdemokraten vor allem darum, daß möglichst viele Menschen in unserem Land an den Chancen der neuen Technologien teilhaben und keiner ausgegrenzt wird. Wir wollen nicht, daß die Gesellschaft gespalten wird in Informierte und Nicht-Informierte. Dafür müssen wir uns mit aller Kraft einsetzen. Schnellschüsse helfen dabei unserem Land ebensowenig wie das bisherige Hinterhertrotten bei der globalen Entwicklung.

Die Arbeit der EK hat gezeigt, daß die großen Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht zuletzt aufgrund politischer Versäumnisse bisher nicht ausreichend genutzt worden sind. In vielen Bereichen sind Handlungsdefizite erkennbar, die dringend abgebaut werden müssen.

Wir Sozialdemokraten sind im Einzelnen zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Das Rundfunkrecht muß dem Multimedia-Zeitalter angepaßt werden. Im Zuge der Ökonomisierung der Medien wird Rundfunk zunehmend als Dienstleistung und Ware angesehen. Dabei darf die kulturelle Dimension und die werteprägende Funktion der Medien nicht aus dem Blickfeld geraten. Im Gegenteil, beide Aspekte – Wirtschaftsgut und Kulturgut – sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben (C) Medallie. Darum hält die SPD an der vom Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigten Bestands-, Entwicklungs- und Finanzierungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fest. Daß heißt, für uns steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in der Medienlandschaft des 21. Jahrhunderts nicht zur Disposition. Deshalb darf er auch nicht, wie die Regierungskoalition es will, von digitalen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

Die SPD tritt genauso dafür ein, daß wir in Deutschland einen starken privaten Rundfunk haben. Die Stärke und Qualität unserer Rundfunklandschaft liegt gerade in dem ausgewogenen Nebeneinander von starkem öffentlichen und privatem Rundfunk. Und das soll auch künftig so bleiben.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Weitsicht der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion bei der Abfassung des ersten Zwischenberichtes zum Rundfunk und zur Meinungsvielfalt hinweisen. Dort haben wir gefordert, daß sportliche und kulturelle Großereignisse auch in Zukunft live und ohne zusätzliche Gebühren im Fernsehen übertragen werden. Ich bin froh, daß sich zwischenzeitlich die Länderchefs unsere Forderung durch die Aufstellung einer entsprechenden Liste zu eigen gemacht haben. Es darf nicht dazu kommen, daß Fußball und Olympia demnächst nur noch im Bezahlfernsehen gesendet werden.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß die Demokratie am ehesten gesichert ist, wenn wir (D) wirkliche Meinungsvielfalt gewährleisten. Deshalb fordern die SPD-Mitglieder der EK auch im Rahmen einer Überprüfung des jetzt geltenden Rundfunkänderungsstaatsvertrages eine klare Cross-ownership-Regelung, wie es sie zum Beispiel in England seit langem gibt. Nach unserer Auffassung wird es beim privaten Rundfunk neben der allgemeinen Wettbewerbsaufsicht durch das Bundeskartellamt auch weiterhin bei einer besonderen Rundfunkaufsicht durch die Medienbehörden der Länder bleiben müssen. Wir halten eine solche „doppelte Demokratisicherung" weiterhin für notwendig. Dabei werden sich die Medienbehörden der Länder den Anforderungen eines zusammenwachsenden Medien- und Telekommunikationsmarktes anpassen müssen. Wir haben vorgeschlagen, eine gemeinsame „Medienanstalt der Länder" zu gründen. Die heute für die 15 Landesmedienanstalten jährlich verwendeten 200 Millionen DM könnten zum Teil für andere Zwecke besser verwendet werden, ich denke da zum Beispiel an die Filmförderung.

Und weil eine strikte Unterscheidung von Mediendiensten einerseits und Telekommunikationsdiensten andererseits künftig immer weniger möglich ist, wird man auch in der Frage der Zuständigkeiten neue Wege gehen müssen. Wir fordern deshalb die Schaffung eines gemeinsamen Kommunikationsrates von Bund und Ländern. Dieser sollte, ohne Vollzugsaufgaben wahrzunehmen, über Zuständigkeiten hinweg koordinieren, Empfehlungen aussprechen und Zielrichtungen bündeln.

(A) Beschäftigungspolitisches Handeln von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften: Unsere Arbeit hat auch ergeben, daß der Übergang zum Informationszeitalter den Strukturwandel in der Wirtschaft beschleunigen und die Arbeitswelt nachhaltig verändern wird. Das Rationalisierungspotential ist weiterhin ungebrochen. Andererseits ist auch unverkennbar, daß neue Berufs- und Arbeitsfelder entstehen, die für einen kräftigen Arbeitsplatzschub sorgen. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik, dafür zu sorgen, daß die Beschäftigungsbilanz unter dem Strich positiv aussieht.

Wir, die politisch Verantwortlichen, müssen die Rahmenbedingungen so setzen, daß sich kreative und innovative Potentiale entfalten können. Unser Ziel ist, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die bestehende Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Dabei haben wir vor allem darauf zu achten, daß soziale Verwerfungen vermieden werden.

Beim Übergang zur Informationsgesellschaft werden Kreativität, Wissen, technische und soziale Kompetenzen zu entscheidenden Erfolgsfaktoren in der Arbeitswelt. Sie sind ganz wesentliche Voraussetzungen für die „Beschäftigungsfähigkeit" der Menschen. Deshalb werden die Bereitschaft und Fähigkeit zum „lebenslangen Lernen" immer wichtiger. Dafür muß Politik die Voraussetzungen schaffen. Die Weiterbildung muß neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule zur vierten Säule unseres Bildungswesens werden.

(B) Wir brauchen eine bessere Koppelung von arbeitszeit- und qualifizierungspolitischen Initiativen. Arbeitszeitverkürzungen und „Ausstiegszeiten", die der Qualifizierung dienen, müssen stärker als bisher gefördert werden.

Unsere Anstrengungen müssen aber auch denen gelten, die sich mit Bildung und Ausbildung schwer tun. Auch für diese Menschen müssen Arbeitsplätze und Perspektiven geschaffen werden. Wir können nicht akzeptieren, daß diese Menschen von der Politik abgeschrieben werden. Damit genügend Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte entstehen, müssen solche Arbeitsplätze unter anderem bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden. Es geht nicht an, die Löhne immer weiter zu senken, wie die bayerisch-sächsische Zukunftskommission vorschlägt. Schließlich gehen wir nach vorn ins 21. Jahrhundert und nicht zurück ins 19. Jahrhundert!

Normalbeschäftigungsverhältnisse in Vollzeit nehmen ab – das beobachten wir nun seit vielen Jahren. Was als Ersatz kommt, kann uns Sozialdemokraten nicht unbedingt beruhigen: Geringfügige Beschäftigung, Beschäftigung auf Abruf, Scheinselbständigkeit, aber auch Teilzeitbeschäftigung und neue Selbständigkeit werden zunehmend zum Regelfall. Die Konsequenz für uns Sozialdemokraten ist, daß die sozialen Sicherungssysteme angepaßt werden müssen. Alle arbeitenden Menschen, ob und wie selbständig auch immer, müssen, auch unabhängig von der wöchentlichen Arbeitszeit, sozial abgesichert sein! Nur so schaffen wir den Anreiz, Risikobereitschaft zu entwickeln. Die Menschen müssen wissen, daß sie nicht (C) – und zwar jetzt nicht und im Alter nicht – zum Sozialfall werden, weil sie selbständig waren!

Bildungs- und Ausbildungssysteme reformieren: Bei der Sicherstellung von Chancengleichheit gehört der Bildungsbereich zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik. Alle Bildungseinrichtungen – von der Schule bis zu den Universitäten – müssen stärker auf die Nutzung und auf die Entwicklung neuer Informationstechnologien ausgerichtet werden. Nach unserer Überzeugung ist das von Minister Rüttgers unterstützte Programm „Schulen ans Netz" unzureichend. Es ist zu wenig, wenn nur ein Viertel aller Schulen dieses Landes mit multimediafähigen Computern ausgestattet und ans Internet angeschlossen sind. Wir treten dafür ein, daß in absehbarer Zeit *alle* Schulen am Netz sind. Dafür müssen die Mittel im Forschungsetat des Bundes spürbar aufgestockt werden.

Es ist klar, auch die Länder müssen eigene Anstrengungen machen. Lehrpläne und Lernprogramme in den Schulen müssen auf ein chancengleiches Lernen ausgerichtet sein. Medienkompetenz wird einen großen Stellenwert einnehmen. Dazu bedarf es gut ausgebildeter und motivierter Lehrer.

In Zeiten knapper Kassen müssen wir auch neue Wege beschreiten. Durch sogenannte public-private-partnerships, mit denen die Wirtschaft sich finanziell in öffentlichen Projekten engagiert, könnten wir das Ziel schneller erreichen, alle Schulen in Deutschland mit Computern auszustatten. Wir appellieren an die Unternehmen, sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe zu stellen. Denn die Schüler von heute sind die (D) Arbeitnehmer von morgen. Hier dürfen wir ruhig etwas von den USA übernehmen!

Die Informationsgesellschaft ist Chance und Herausforderung zugleich. Auf die Menschen werden große Veränderungen zukommen. Unser Eindruck ist, die Menschen sind zu den notwendigen Veränderungen bereit. Sie wollen aber, daß dabei die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommt. Dafür werden wir uns mit aller Macht einsetzen.

Rezzo Schlauch *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Zwischen der Verabschiedung des ersten Zwischenberichts der Enquete-Kommission zum Thema „Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb und Rundfunkbegriff" und der Fertigstellung des Schlußberichts diese Woche liegen knappe zwei Jahre. „Das erbärmliche Bonner-Pamphlet nannte der Autor Claus Morhart diesen ersten Zwischenbericht von CDU/CSU und F.D.P. Tatsächlich ist er keine Zierde parlamentarischer Arbeit. Die Blockadehaltung der Koalitionsfraktionen verhinderte damals, daß dem Bundestag ein gemeinsamer Zwischenbericht vorgelegt werden konnte, der jenseits von altbekannten parteipolitischen Positionen innovative Szenarien für die Rundfunklandschaft des nächsten Jahrtausends entworfen hätte.

Der Schutz von Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit scheint bedauerlicherweise zu einer ausschließlich ideologischen Frage verkommen zu sein, die keine parteiunabhängige Erörterung und Unter-

(A) suchung – denn nichts anderes bedeutet ja das Wort „Enquete" – mehr zuläßt. Trotz der harschen öffentlichen Kritik, die dieser Zwischenbericht zu Recht ausgelöst hat, fanden sich die Mehrheitsfraktionen auch im Schlußbericht nicht bereit, Empfehlungen darüber anzustellen, wie eine programmlich und ökonomisch vielfältige Rundfunklandschaft zukünftig gestaltet werden kann. Nein, Deregulierung des Rundfunks lautet die alleinige Parole, und vor allem soll dabei der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf der Strecke bleiben.

Es wir niemanden überraschen, daß Bündnis 90/Die Grünen daher einen eigenen Berichtsteil verfaßt haben. Im Gegensatz zum Mehrheitsvotum versuchen wir darzustellen, anhand welcher Kriterien die zukünftig digitale Rundfunkwelt gestaltet werden kann. Zugang für alle Menschen und für möglichst viele unterschiedliche Programmanbieter – das sind die Hauptmerkmale eines pluralistisch und offen strukturierten digitalen Rundfunks. Das ist wahrhaftig keine neue Erkenntnis, sondern eine Aufgabe, die vor wenigen Wochen erst auch der EU-Kommissar Karel van Miert der deutschen Medienpolitik noch einmal gestellt hat. Aber auch seine Ablehnung der geplanten Zusammenarbeit der Medienkonzerne Kirch und Bertelsmann scheint nichts daran geändert zu haben, daß die Medienpolitiker von CDU und SPD ihre demokratische Gestaltungsaufgabe lieber den Konzernzentralen in Gütersloh und München überlassen – und sich daher in der Enquete-Kommission weigerten, das Medienthema der Zukunft überhaupt zu beraten.

(B) Kein Wunder, daß daher auch das Thema „Konzentrationskontrolle" keine Rolle mehr spielt! Das gilt nicht nur für den Rundfunkbereich, sondern auch für den Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Es ist erstaunlich, daß sich die anderen Fraktionen nicht einmal ansatzweise mit den Monopolisierungstendenzen in dieser Branche beschäftigen wollten – das Stichwort „Microsoft" soll hier genügen.

Wer wirklichen Wettbewerb will, darf keine Monopole zulassen. Diese behindern nämlich das erfolgreiche Wirtschaften genau derjenigen, die wirklich neue und innovative Produkte entwickeln und die Arbeitsplätze schaffen, anstatt sie nur abzubauen – die kleinen und mittelständischen Unternehmer. Diese sind der Motor der Informationsgesellschaft, und deshalb müssen ihre Rahmenbedingungen besser gestaltet werden. Öffentliche Forschungsgelder dürfen nicht mehr überwiegend in die Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen wie Siemens gesteckt werden, sondern müssen auch und gerade denjenigen Unternehmern, Tüftlern und Freaks zugute kommen, denen wir die meisten marktfähigen und zukunftsträchtigen informationstechnischen Entwicklungen der letzten Jahre verdanken. Ich erwähne hier nur den Personal Computer und das heutige Internet. Diese Unternehmer haben im Gegensatz zu vielen Großunternehmen und den Koalitionsfraktionen längst erkannt, daß nur diejenigen informationstechnischen Produkte vom Kunden akzeptiert werden, die bezahlbar sind und einen direkten Nutzen für ihn haben. Viele öffentliche Investitionsruinen wie das alte BTX und D2-Mac hätten (C) sich verhindern lassen können, wenn dieser Vorsatz befolgt würde. Leider läßt jedoch das Mehrheitsvotum der Enquete-Kommission die Hoffnung schwinden, daß hier ein Umdenken in Richtung der unabhängigen, kleinen und mittelständischen Unternehmen eingesetzt hat. Wenn das nicht geschieht, meine Damen und Herren, droht die Informationsgesellschaft zu einem gigantischen Arbeitsplatzvernichter zu werden!

Im Rahmen der Enquete-Kommission „Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" gab es auch parteiübergreifenden Konsens in einigen wichtigen Fragen. Wir freuen uns sehr darüber, daß sich beim Thema Datensicherheit auch die Mitglieder der CDU und CSU gegen das Verbot von Verschlüsselungstechniken eingesetzt haben. Innenminister Kanther, in der Computerszene auch schon mal „Spitzel-Manni" genannt, wird sich nicht über diese Treulosigkeit seiner Parteikollegen freuen; für die Entwicklung des Internet für die private wie auch die wirtschaftliche Nutzung ist damit aber eine wesentliche Voraussetzung einstimmig bestätigt worden.

Die Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, daß alle Menschen Zugang erhalten zu den neuen Technologien. Seine Aufgabe ist es absolut nicht, sich in die Inhalte der elektronischen Netze und der Programme im Rundfunk einzumischen.

Dieses haben wir sowohl in unserem Minderheitenvotum zum Schlußbericht der Enquete-Kommission deutlich gemacht wie auch in unserem Antrag (D) zur „Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deuschland-Radio", der heute ebenfalls beraten wird.

Pöstchenhuberei von Regierungs- und Parteienvertretern sowie plumpe Einflußnahme auf Programminhalte verhindern genau das, was wir wollen und fördern wollen: die Bildung einer demokratischen „Kommunikations- und Wissenschaftsgesellschaft".

Dr. Max Stadler *(F.D.P.):* Die F.D.P. stimmt dem Schlußbericht der Medien-Enquete zu. Wir haben den Bericht aber um ein Sondervotum ergänzt, das folgende Themen betrifft: Senkung der Internet-Zugangskosten, Verhinderung ausufernder Regulierung durch die Bundesländer, Straflosigkeit der Service-Provider, Anpassung des Arbeitsrechts an die Bedürfnisse der Informationsgesellschaft sowie Senkung der zu hohen Steuer- und Abgabenlast als Voraussetzung für eine wirtschaftlich erfolgreiche Betätigung des Mittelstandes im Medienbereich.

Ein Erfolg der F.D.P. in der Enquete-Arbeit besteht darin, daß sich die Kommission an keiner Stelle für eine gesetzliche Beschränkung der Nutzung kryptographischer Verfahren ausspricht. In den Berichtsteilen Datenschutz und Datensicherheit wurde festgestellt, daß „nach derzeitigem Kenntnisstand eine Beschränkung kryptographischer Verfahren nicht sinnvoll ist". Ich möchte hinzufügen: Eine Beschränkung ist auch in Zukunft nicht sinnvoll und aus bürgerrechtlichen Erwägungen abzulehnen. Der Staat

(A) muß seinen Bürgern erlauben, selbst für ihren bestmöglichen Schutz durch die freie Verwendung von Verschlüsselungssoftware zu sorgen.

Wir brauchen eine aktive Politik für einen optimalen Nutzerschutz (Stichwort: Zertifizierte Verschlüsselungsprodukte), denn Sicherheitsprobleme im Netz sind der Haupthintergrund für eine freie Entwicklung des Electronic Commerce.

Mit der Verabschiedung des Zwischenberichts „Sicherheit und Schutz im Netz" stellt der Deutsche Bundestag erstmalig klar: Wir weisen ein weltweit eingeführtes „Key Recovery"-System, wie es von den USA gefordert wird, zurück. Die weltweite Hinterlegung von Schlüsseln bei sogenannten Key-Recovery-Agenten würde den Zugriff ausländischer Regierungsstellen auf vertrauliche Informationen auch deutscher Nutzer ermöglichen; der Wirtschaftsspionage wäre Tür und Tor geöffnet. Durch einen entsprechenden Passus im Zwischenbericht stärken wir die internationale Verhandlungsposition der Bundesregierung im Sinne eines klaren Votums gegen die derzeitige US-Kryptopolitik.

Im Berichtsteil Jugendschutz wurde der Akzent zu sehr auf staatliche Regelungen gesetzt. Für einen wirksamen Jugendschutz sind aber auch die Verantwortung der Eltern oder technische Lösungen, wie der Einsatz von Filtersoftware bei Internetangeboten wesentliche Elemente. Bei der Anwendung von Normen des deutschen Strafrechts und Jugendschutzes auf neue Medien sollte der globale Charakter von Telekommunikationsinfrastrukturen beachtet werden. Wenn Provider, die in Deutschland tätig sind, (B) für im Ausland erstellte und im Inland abgerufene Inhalte bestraft werden, führt dies im Ergebnis nur zu einem Export von High-Tech-Arbeitsplätzen, aber nicht zu einem Ausschluß deutscher Internetnutzer von strafbaren Inhalten.

Technische Lösungen für den Jugendschutz sollten auch mehr und mehr bei der Benutzung von Fernsehgeräten verwendet werden. Die USA haben in diesem Jahr den sogenannten V (eng. V)-Chip eingeführt. Dieser ermöglicht es den Eltern, Gewalt- und andere Programminhalte, die sie ihren Kindern nicht zumuten möchten, automatisch und individuell programmiert auszufiltern. Es muß ausreichen, wenn Eltern ein wirksames Instrument in die Hände gegeben wird, das es ihnen in ihrer elterlichen Verantwortung ermöglicht, ihren Kindern das notwendige Maß an Jugendschutz zukommen zu lassen. Der Einwand, daß Eltern angeblich mit der Technik nicht umgehen können, ist keine Rechtfertigung für staatliche Zensur. Niemand würde auf die Idee kommen, jugendgefährdende Schriften generell zu verbieten, nur weil sie durch unachtsame und unsachgemäße Aufbewahrung bei den Eltern zu Hause dem Zugriff der Kinder nicht entzogen werden.

Besonders im Zuge der Einführung des digitalen Fernsehens ist verstärkt auf technische Lösungen zu setzen. Wird der Zuschauer durch zunehmende Angebote aus dem pay-per-view- oder video-on-demand-Bereich zum eigenen Programmdirektor, verändert sich die Qualität des Fernsehens als Medium, das sich an die Allgemeinheit richtet. Fernsehen wird zu einem individuell durch den Zuschauer (C) gestalteten Medienangebot werden. Genauso wie in der Videothek um die Ecke muß der mündige Bürger bei der digitalen Videothek zu Hause eine freie und unbeschränkte Auswahl genießen dürfen. Verbote und Zensur sind abzulehnen.

Heranwachsenden muß durch eine angemessene Ausbildung die Kompetenz vermittelt werden, mit den Medien umzugehen. Die Grundlagen hierfür sind bereits im Vorschulalter zu schaffen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind aufgefordert, an einer konstruktiven Reform des Bildungssystems mitzuwirken, mit dem Ziel, junge Menschen auf den verantwortungsvollen Umfang mit neuen Medien vorzubereiten. Ebenso muß das Bildungssystem junge Menschen auch in beruflicher Hinsicht auf die kompetente Nutzung neuer Medien qualifizieren.

Wir regen dafür eine neue Art von Bildungsgipfel an, an dem sich Wirtschaft, Lehrer-, Elternverbände und vor allen Dingen die Lernenden selbst, Schüler und Studenten beteiligen.

Statt immer neuer nationaler Regelungen und Eingriffe brauchen wir für das Internet mehr internationale Abstimmungen und Initiativen, denn im Zeitalter der weltweiten Informationsnetze lassen sich kaum noch Schutzzäume um einzelne Staaten ziehen.

Die F.D.P. unterstützt deshalb die von Günter Rexrodt und Martin Bangemann initiierte Bonner Erklärung vom 25. Juli 1997, die sich mit den erforderlichen globalen Rahmenbedingungen für Inhalteanbieter in den weltweiten Informationsnetzen befaßt. (D)

Leider ist die derzeitige ordnungspolitische Situation der deutschen Medienlandschaft unbefriedigend. Kaum noch hinnehmbar ist das ungeordnete Mit- und Nebeneinander vieler einschlägiger Gesetzte und Verordnungen in Deutschland, das selbst für Rechtsexperten nur noch schwer zu überblicken ist. Gerade im Bund/Länder-Verhältnis gibt es zahlreiche rechtliche Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten im Medienrecht. Deshalb ist eine umfassende Straffung und Bereinigung aller rechtlichen Regelungen mit Internet-Bezug notwendig, z. B. im Wege der vom Bundestag angeordneten zweijährigen Evaluierung des Informations- und Kommunikationsdienstegesetzes. Die Bundesländer sind dazu aufgerufen, die aus ihrer Zuständigkeit für den Rundfunk resultierende Regulierungskompetenz nicht weiter in den Bereich der neuen Medien auszudehnen. Im Gegenteil: Die F.D.P. plädiert für eine Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für den gesamten Bereich der privaten Medienwirtschaft, inklusive Privatsender.

Die bisherigen Aufgaben der Landesmedienanstalten sollte eine unabhängige Aufsichtsbehörde übernehmen. Angebote öffentlich-rechtlicher Natur sollten indes auch weiterhin Ländersache bleiben. Dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus dem Wettbewerb um die Quote mit den Privaten herauszulösen, werbefrei zu gestalten und wieder hin zu einem vorrangig publilzistischen Wettbewerbsverhältnis

(A) mit den Privaten zu führen. Ich schlage zu diesem Zweck eine ausschließliche Gebührenfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender vor. Den öffentlich-rechtlichen Sendern wäre es dann möglich, ein von den Interessen der Werbewirtschaft völlig unabhängiges Programm zu gestalten. Das Motto muß lauten: Qualität statt Quote.

Die derzeitige Lage der privaten Rundfunkveranstalter ist prekär. Erst in der letzten Ausgabe des „Spiegel" wurde festgestellt, daß private Anbieter zunehmend in finanzielle Bedrängnis geraten. Den privaten Sendern, inklusive den Anbietern digitalen Fernsehens, müssen medienpolitische Stolpersteine aus dem Weg geräumt und eine freie Entfaltung garantiert werden. Insbesondere appellieren wir an die Länderregierungen, bei den Verhandlungen zum nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag darauf zu achten, daß potentiellen Veranstaltern digitalen Fernsehens keine unnötigen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Das derzeitige Instanzengefüge von KEK, Bundeskartellamt und Europäischer Kommission ist Hemmschuh genug.

Die Verbreitung der neuen Techniken darf nicht durch neue finanzielle Belastungen für die Benutzer und Anbieter erschwert werden. Die F.D.P. lehnt eine durch die GEZ erhobene Gebühr für internetfähige PCs ebenso ab wie eine pauschale Gebühr für Internetznutzer. Das gilt insbesondere auch für die datenvolumenabhängige Abgabe.

Eine breite öffentliche Diskussion über die Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft in Deutschland ist notwendig. Auf europäischer Ebene

(B) wird diese Diskussion in dem von EU-Kommissar Dr. Martin Bangemann ins Leben gerufenen European Information Society Forum geführt, in Deutschland in dem vom Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, gegründeten Forum Info 2000, dem inzwischen rund 190 Organisationen aus allen Bereichen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Bundesrepublik angehören. Diese Diskussionen müssen fortgeführt werden. Nur so erreichen wir eine rasche Verbreitung der Techniken in Wirtschaft und Gesellschaft und damit letztendlich eine nachhaltige Stärkung des Zukunftsstandortes Deutschland.

Ich hoffe, daß der von der Enquete-Kommission vorgelegte Bericht einen anregenden Beitrag zu einer guten medienpolitischen Entwicklung in Deutschland leistet.

Wolfgang Bierstedt *(PDS):* Wenn heute die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien" nach reichlich zweieinhalbjähriger Tätigkeit ihren Abschlußbericht vorlegt, kann sie u. a. darauf verweisen, daß sie mit ihren qualitativ hochwertigen Zwischenberichten, die durchaus kontrovers zu diskutieren sind, die öffentliche Auseinandersetzung um den sogenannten Weg Deutschlands in die Informationsgesellschaft maßgeblich befördert und inhaltlich mitbestimmt hat.

Die Arbeit der Enquete-Kommission war einerseits maßgeblich dadurch geprägt, daß über den eigenen respektablen Sachverstand auch externer Sachverstand sich in Anhörungen oder Workshops einbringen konnte. Die Arbeit war aber andererseits auch dadurch geprägt, daß bei einer Vielzahl von behandelten Themen die vorgefaßte politische Auffassung der vertretenen Parteien zum Ausgangs- und Endpunkt der Überlegungen wurde. Der vorliegende Abschlußbericht trägt deshalb in wesentlichen Feldern die politische Handschrift der Ausschußmehrheit. Aus diesem Grunde hat die Gruppe der PDS, auch wenn große Teile in den jeweiligen Berichtsteilen unsere Zustimmung finden, auch unter Beachtung dessen, daß die Gruppe der PDS in der Enquete-Kommission nur beratenden Status hatte, eine abweichende Stellungnahme abgegeben, die ich auszugsweise an den drei Themenbereichen Rundfunk, Veränderungen in der Arbeitswelt sowie Netze, Öffentlichkeit und Demokratie darstellen will: (C)

Wenn der Abschlußbericht darauf verweist, daß bereits im ersten Zwischenbericht umfangreich zum Rundfunkbegriff und zum Regulierungsbedarf Stellung genommen wurde, und daraus abgeleitet wird, daß es deshalb nicht weiter sinnvoll ist, sich damit zu beschäftigen, zumal sich in der Zuständigkeit des Bundes keine grundlegend neuen Entwicklungen ergeben haben, so ist dies nur bedingt richtig. Natürlich ist Rundfunk Ländersache, aber gerade die in jüngster Zeit wieder verstärkt auftretenden Bestrebungen, den Grundversorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks generell in Frage zu stellen, so geschehen durch die Studie des VPRT, bedürfen einer erneuten Stellungnahme der Enquete-Kommission. Anderenfalls greift die seitens der Koalition so gerne verwendete Hintertürformulierung der „Situationsbezogenheit des Bundesverfassungsgerichtsurteils". (D)

Insgesamt sollte eine konsequente demokratische Haltung zur Grundversorgung drei Stoßrichtungen aufweisen:

Erstens. Der Grundversorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muß auf der Basis der weiter aktuellen Begründung des Bundesverfassungsgerichts gegen alle Angriffe verteidigt werden. Und zwar verteidigt nicht schlechthin als Prinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sondern als Anforderung an sein Programm.

Zweitens. Das Prinzip der Grundversorgung muß vom Gesetzgeber – um hier eine Brücke zu einem anderen Handlungsfeld zu schlagen – auf die Netzkommunikation ausgedehnt und für diese strukturell gesichert werden. Das kann sowohl durch die Schaffung eines öffentlich-rechtlich organisierten Netzbereichs geschehen wie durch die rechtliche und materielle Förderung nichtkommerzieller Bürgerkommunikation im Netz.

Drittens. Die Anforderungen an die Grundversorgung sollten angesichts der Erfahrungen damit, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem Auftrag umgeht, durch Qualitätsmaßstäbe untermauert werden. Diese sind unter zwei Aspekten erforderlich:

Erstens. Die Anforderungen an die Orientierung der Bürger in der aktuellen Situation wachsen mit

(A) dem Ausmaß und der Zuspitzung existentieller gesellschaftlicher Widersprüche. Gründlichere Information über objektive Ursachen und Folgen von Ereignissen, über Interessenslagen und Strategien beteiligter Akteure, über Bedingungen für Problemlösungen und deren Alternativen, also über Parameter, die eine aktuelle Situation ausmachen und deren Kenntnis Voraussetzung bewußter Entscheidung und darauf fußenden Handelns ist, ist dringend geboten.

Zweitens. Die Mehrheit der Bürger wird gegenwärtig durch die Massenmedien nur oberflächlich und zumeist nur der Agenda der etablierten Politik folgend mit Stand und Widersprüchen des öffentlichen Diskurses zu wesentlichen gesellschaftlichen Problemen vertraut gemacht – von Informationen über die Kommunikation hinter den Kulissen politischer und wirtschaftlicher Institutionen ganz zu schweigen. Grundversorgung muß bedeuten, daß die Bürger durch jegliche Medien und mittels Informationspflicht von Institutionen weitaus besser als bisher üblich für die Beurteilung des gesellschaftlichen Diskurses und für eigenes Eingreifen in ihn ausgerüstet werden, wie auch direkt Gelegenheit dazu erhalten.

Die PDS teilt die Auffassung, daß die zunehmende Durchdringung unserer Gesellschaft mit den modernen IuK-Technologien insbesondere im Bereich der Arbeitswelt die wohl wesentlichsten Veränderungen hervorruft. Ob nun die Vergleichbarkeit mit dem Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft tatsächlich angebracht erscheint, sei einmal dahingestellt, genauso die Frage, ob denn die sogenannte Informationsgesellschaft nun das Ende des Modernen sei.

(B)

Hinsichtlich der Prognosen, die einen erheblichen Zuwachs an Arbeitsplätzen vorhersagen, ist zumindest Skepsis angebracht. Fakt ist jedoch, es ist mit teilweise einschneidenden Ergebnissen zu rechnen, was Anzahl, Inhalt und rechtliche Stellung der neuen oder veränderten Arbeitsplätze betrifft. Und genau hier ergibt sich ein massiver Handlungsbedarf der Gewerkschaften.

Wenn in der Enquete-Kommission den Interessen der Industrielobby folgend über die Flexibilisierung der sozialen Sicherungssysteme, über die neue Eigenverantwortung des Arbeitnehmers hinsichtlich seiner Qualifizierung, über einen neuartigen Betriebsbegriff und über neue Selbständigkeit diskutiert wird und der sozusagen „virtuelle Wanderarbeiter" mit ausschließlich sozialer und beruflicher Eigenverantwortung als das Idealbild des Arbeitnehmers angestrebt wird, dann müssen die Glocken der Gewerkschaften Sturm läuten. Arbeitskraft wird nur noch eingekauft, wenn sie den gerade gegenwärtigen Anforderungen des Unternehmens entspricht. Kosten jeglicher Art sind ausschließlich Sache des Anbieters von Arbeitskraft, und sozusagen als Sahnehäubchen des Ganzen ist die Arbeitskraft zu haben ohne die lästigen Begleiterscheinungen wie Gewerkschaft und Betriebsrat.

Das ist bei ausschließlich betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweisen ein Idealzustand, unter gesellschaftlicher Betrachtungsweise ein Horrorszenario.

(C) Nun muß ich einschätzen, daß die Enquete-Kommission doch sehr differenziert mit diesem Thema umging. Was allerdings der eine oder andere Vertreter der Wirtschaft in den Anhörungen postulierte, rechtfertigt öffentliche und vor allem gewerkschaftliche Besorgnis.

Bringt nun die sogenannte Informationsgesellschaft tatsächlich einen deutlichen Zugewinn an Demokratie? Oder besser gesagt: Erhöht sie die Partizipationsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger? Die Chancen für den Weg zum informierten Bürger bestehen zweifelsfrei. Die Frage, ob die Möglichkeit, alle vier Jahre nunmehr über den Mausklick wählen zu können, tatsächlich eine Erhöhung der Partizipationsmöglichkeit darstellt, dürften wohl nur die wenigsten positiv beantworten.

Der Anteil der politischen Inhalte am Internet ist nach wie vor gering und bisher wohl mehr auf Selbstdarstellung ausgerichtet. Die Werbeindustrie und die oftmals zweifelhafte Vergnügungsindustrie haben dieses Medium mittlerweile ziemlich fest im Griff. Eigentlich schade, aber wohl vorhersehbar.

***Siegmar Mosdorf** (SPD):* Während die französische Revolution des 18. Jahrhunderts vom Bürgertum getragen wurde und uns die Aufklärung brachte, gingen die Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts von der Arbeiterbewegung aus und schufen eine neue Balance zwischen Freiheit und Gerechtigkeit. Die Revolution des 21. Jahrhunderts wird durch die globalen ökonomisch-technologischen Veränderungen ausgelöst. Sie werden die Transformation vom mechanischen über das elektronische zum Informationszeitalter beschleunigen, der internationalen Arbeitsteilung neue Formen geben, neue Produktivitätspotentiale freilegen und damit alte Typen von Arbeit verdrängen, neue schaffen, und sie werden die Gewichte der Weltwirtschaft neu verteilen.

(D)

Wenn man einmal versucht, durch das Fenster des 21. Jahrhunderts zu schauen, erhält man Anhaltspunkte für die Ökonomie einer Informationsgesellschaft: In der Ökonomie der Informationsgesellschaft wird „Information" zum Produktionsfaktor Nr. 1 und zur Ware zugleich. In ihr gibt es die Mega-Strukturen der Industriegesellschaft – gigantische Fabriken, die den gesamten Weltmarkt von einem Zentrum aus mit Gütern und Dienstleistungen versorgt, nicht mehr. Vielmehr wird dann zentral gesteuert, aber dezentral auf den Absatzmärkten produziert in quasi transnationalen Unternehmen. Das alles kann durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken online passieren: Das heißt, es wird eine Verbundforschung und -produktion über die Zeitzonen hinweg geben. Für Großprojekte der Infrastruktur werden virtuelle Unternehmen in zeitlich befristeten Konsortien gebildet. Aus weltweit agierenden Großkonzernen werden Netzwerke.

Es werden internationale Universitäten entstehen, an deren Lehre und Ausbildung Studenten und Professoren weltweit online teilnehmen. Die Informations- und Kommunikationstechnologien werden es vor allem den Schwellenländern erleichtern, ganze industriegeschichtliche Phasen zu überspringen

(Leapfrogging). Dadurch wird die Arena der Wettbewerber in der Weltwirtschaft nicht nur durch die kleinen Tiger Asiens, sondern auch durch die großen Tiger China, Indien, Brasilien und Indonesien schnell erweitert.

Auch unsere Volkswirtschaft wird sich grundlegend verändern: Schon im Jahr 2000 werden aus den heute 100 000 Telearbeitsplätzen in Deutschland fast 1 Million geworden sein. Das wird die Siedlungs- und Gesellschaftsstrukturen beeinflussen. Pendlerströme in und aus den Ballungszentren werden sich reduzieren lassen. Hierdurch kann auch die Umwelt entlastet werden. In den Städten und Gemeinden wird sich die strikte Trennung zwischen Wohn- und Gewerbegebieten auf diese Weise langsam wieder auflösen.

Es entsteht auch ein neuer Arbeitnehmertyp, der mehr Eigenverantwortung, Flexibilität und Zeitsouveränität in seiner Arbeit sucht. Es könnte gelingen, Beruf und Familie besser aufeinander abzustimmen.

Wir stehen außerdem vor einer Renaissance der Selbständigkeit. Gerade um die neuen Medien entstehen neue kleine Unternehmen mit neuen Dienstleistungen für neue Märkte.

Die Politik hat die Aufgabe, den bestehenden Veränderungsprozeß aktiv mitzugestalten. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" verstand sich deshalb als Denkfabrik, die dabei mithelfen will, die Gesellschaft, Staat und Politik auf diesen fundamentalen Wandel vorzubereiten. Sie hat sich mit Zukunftsdiskursen über Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft an der gesellschaftlichen und ordnungspolitischen Begleitung des grundlegenden Strukturwandels beteiligt. Dazu wurden Forschungs- und Studienvorhaben zur „Wirtschaft im 21. Jahrhundert", „Technik 21", „Arbeit 21", „Gesellschaft 21", „Bildung 21", „Bürger und Staat 21" sowie „Umwelt und Verkehr 21" vergeben und beraten.

Da wir uns aber mitten in diesem Veränderungsprozeß befinden und bereits jetzt Weichen gestellt werden müssen, hat sich die Enquete-Kommission schon an der Beratung der Themen „Die Zukunft des Dualen Rundfunksystems in Deutschland", „Rundfunkdefinition", die „Neuen Dienste der Medien" und die Fragen der „Medienfusions- und Medienkonzentrationskontrolle" beteiligt. Außerdem haben wir uns mit den Themen „Urheberrecht", „Datensicherheit", „Datenschutz", „Jugendschutz", „Verbraucherschutz", „Strafrecht und Datennetze" befaßt. Ein weiteres wichtiges Thema war die „Medienkompetenz". Denn in der globalen Informationsgesellschaft von morgen wird nur die Gesellschaft eine hohe Lebensqualität erreichen, wird nur die Volkswirtschaft wettbewerbsfähig sein, deren Produktionselite über die Fähigkeiten für einen selbstbestimmten, souveränen Umgang mit den neuen Medien und den neuen Informations- und Kommunikationstechniken verfügt. Das Projekt „Schulen ans Netz" ist hier ein wichtiger erster Schritt, um junge Menschen mit den neuen Techniken vertraut zu machen.

Dies muß jedoch ergänzt werden durch eine „Grundversorgung mit neuen Medien", indem über öffentliche Einrichtungen wie Jugendhäuser, Bibliotheken, Rathäuser, Museen, etc. den Interessierten ein kostengünstiger Zugang ermöglicht wird. Durch die zunehmende Innovationsgeschwindigkeit können sich Unternehmen zukünftig nur noch durch kontinuierliches Lernen langfristig auf dem Markt behaupten. In diesem neuen Unternehmenstyp des „lernenden Unternehmens" muß die kontinuierliche betriebliche Qualifizierung gerade auch beim Umgang mit den neuen Techniken einen besonderen Stellenwert haben. Jeder Einzelne wird auch selbst initiativ werden müssen, um sein persönliches Qualifikationsprofil immer wieder zu erneuern. Denn wir können es uns – auch angesichts der demographischen Entwicklung – nicht leisten, daß ganze Altersgruppen von der technischen und folglich auch gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden. Hier bietet das Telelearning für alle neue Möglichkeiten; denn wie Brittain es formulierte: „Lernen ist wie rudern gegen den Strom. Wer aufhört, fällt zurück."

Die Zukunft erfinden, das ist eigentlich die ureigenste Aufgabe der gesellschaftlichen Eliten. Die Politik in Deutschland ist aber stationär geworden und fällt gegenwärtig deshalb bei dieser spezifischen Erfinderaufgabe aus. Sie reagiert zudem leider meist strukturkonservativ, wo eine kreative Modernisierung gefordert wäre. Wer die mit dem Informationszeitalter verbundenen Veränderungen aber nicht rechtzeitig erkennt, die Chancen nicht nutzt, die Risiken nicht begrenzt, den bestrafen nicht nur die Märkte, der wird auch mit Wohlstandsverlusten rechnen müssen. Das Informationszeitalter muß als Herausforderung für gründliche und zügige Innovationen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verstanden werden. Damit der deutsche Gesetzgeber die außerordentlich komplexe Debatte um die künftige Informations- und Wissensgesellschaft weiterhin adäquat begleiten kann, empfiehlt die Enquete-Kommission zu prüfen, ob die Arbeit des Gremiums in der kommenden Legislaturperiode durch seine Neueinsetzung weitergeführt werden kann.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 15 (Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes – Plutonium)

Dr. Gerhard Friedrich *(CDU/CSU):* Nachdem der Untersuchungsausschuß in Erfüllung des Bundestagsauftrages vom Mai 1995 über 300 Stunden getagt hat, haben wir gestern der Präsidentin des Deutschen Bundestages den Abschlußbericht übergeben. Ich möchte mich nochmals bei allen Kolleginnen und

(A) Kollegen, vor allem aber bei meiner Stellvertreterin, Frau Simm, für die kollegiale Zusammenarbeit herzlich bedanken.

In einer Pressekonferenz haben gestern die Sprecher aller Fraktionen und Gruppen die hervorragende Arbeit des Ausschußsekretariats unter der Leitung von Herrn Dr. Heymer gewürdigt. An dem von ihm entworfenen Bericht über das Verfahren und die Ergebnisse der Beweisaufnahme mußten die Berichterstatter kaum etwas ändern. Auch mich hat das Ausschußsekretariat optimal unterstützt.

Da ich gestern eine kurze Zusammenfassung meiner Erkenntnisse verteilt habe, kann ich mich heute darauf konzentrieren, zu einigen Feststellungen von Obleuten in der gestrigen Pressekonferenz Stellung zu nehmen: Frau Kollegin Simm vertrat wieder einmal die Auffassung, daß der Bundesnachrichtendienst in unzulässiger Weise Amtshilfe gewährt hat. Bei der Entscheidung über die Gewährung der Amtshilfe kann ich selbst keine Rechtsverletzung erkennen. Offen ist, ob der Übersetzer und V-Mann-Führer Liesmann aus dem Referat 11 A des BND bei der Amtshilfeleistung alle Spielregeln eingehalten hat. Möglicherweise hat er beim Übersetzen Polizei und Staatsanwaltschaft beeinflußt.

Da die Zeugen aus den Reihen der bayerischen Polizei und Staatsanwaltschaft über die Rolle von Liesmann nur sehr spärlich Auskunft gegeben haben und Liesmann selbst (zulässigerweise) die Aussage verweigert hat, konnte der Untersuchungsausschuß nicht abschließend klären, wer wann welches Wissen über den Lagerort der 400 g Plutonium hatte. Es ist

(B) aber mehr als problematisch, wenn in der Pressekonferenz mehrfach pauschal festgestellt wurde, die in München am Einsatz Beteiligten seien alle davon ausgegangen, daß das Plutonium mit hoher Wahrscheinlichkeit noch nach Deutschland importiert werden müsse. Hier muß doch differenziert werden. Da die Übersetzungen von Liesmann Lücken aufweisen, kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, daß Polizisten und Staatsanwälte das gleiche Wissen hatten wie der vom BND gestellte Dolmetscher.

Herr Kollege Bachmaier hat aus organisatorischen Veränderungen beim BND unter dem neuen Präsidenten Geiger geschlossen, daß man aus Fehlern bei der Bearbeitung des Plutoniumfalls Konsequenzen gezogen hat. Sicher hat es diese zum Beispiel in Form neu formulierter Richtlinien für die Amtshilfe gegeben. Wir wissen aber auch, daß nach dem Zusammenbruch des Ostblocks Aufgaben des BND neu definiert und gewichtet werden. Natürlich sind dann auch organisatorische und personelle Konsequenzen zu ziehen.

Herr Kollege Bachmaier hat weiter behauptet, der Koordinator im Bundeskanzleramt, Staatsminister Schmidbauer, habe von Anfang an alles gewußt. Richtig ist, daß die Bundesregierung berichtet hat, das Kanzleramt sei besonders ausführlich informiert worden. Die uns vorliegenden sogenannten Unterrichtungsvermerke geben aber Anlaß zu fragen, weshalb aus heutiger Sicht wichtige Informationen nur nebenbei erwähnt und Unwichtiges betont wurde. Es ist durch nichts belegt, daß Staatsminister Schmidbauer wußte, daß das Material mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Ausland kommt. Deshalb hatte er auch keinerlei Anlaß, Entscheidungen des BND zu beanstanden. Seit der Vernehmung der Staatsanwälte wissen wir: Diese hätten jeden Versuch einer Einflußnahme empört zurückgewiesen. (C)

Die Kollegen Such und Gysi haben während der Pressekonferenz den Eindruck erweckt, die Bundesregierung habe eventuell Akten zurückgehalten, unzulässigerweise wichtige Passagen geschwärzt und so verhindert, daß der Untersuchungsausschuß alles aufklären konnte. Richtig ist: Wir haben nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß die Bundesregierung ihre Pflicht, Akten vollständig herauszugeben, verletzt hat. Schwärzungen waren notwendig, um zum Beispiel Details der Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten geheimzuhalten. Im übrigen ist es doch selbstverständlich, daß mit der Zeit bei bestimmten Informationen in den Akten, zum Beispiel des Geheimdienstes, die Notwendigkeit entfallen kann, sie geheimzuhalten.

Zum Freistaat Bayern stelle ich fest: Wir haben kein Recht, bayerische Entscheidungen zu überprüfen. Verfassungsrechtlich wäre es der Bayerischen Staatsregierung möglich gewesen, die Herausgabe zumindestens eines Teils der Akten zu verweigern. Sie hat sich darauf nie berufen. Die Minister Beckstein und Leeb haben nicht nur Akten vollständig übermittelt, sondern auch darauf verzichtet, mit dem Hinweis auf unser föderales System die Beantwortung von Fragen zu verweigern.

(D) Der von mir sehr geschätzte Kollege Stadler kritisiert die aus seiner Sicht zu enge Zusammenarbeit zwischen BND und bayerischen Sicherheitsbehörden und hat – sicher nicht als Mitglied des Untersuchungsausschusses, sondern als bayerischer F.D.P.-Vorsitzender – kritisiert, daß weder der bayerische Justizminister Leeb noch Innenminister Beckstein ausreichend über die Einsätze und Entscheidungen vor Ort unterrichtet wurden. Da der BND den Auftrag hat, weltweit den nuklearen Schwarzmarkt zu beobachten, muß er sein Wissen und gegebenenfalls auch seine Mitarbeiter zur Verfügung stellen, wenn es erforderlich wird, in Deutschland Nuklearmaterial sicherzustellen. Ebenfalls als Abgeordneter aus Bayern stelle ich fest: Ein nicht umfassend informierter Innenminister Beckstein konnte den Plutoniumimport auch nicht inszenieren bzw. seine Beamten anweisen, noch rechtzeitig vor der Wahl einen Coup zu landen.

Herrn Kollegen Gysi hat es nicht gefallen, daß die Mitarbeiter des Landeskriminalamtes und die Staatsanwälte angeblich weniger auf die Abwehr von Gefahren als auf die Strafverfolgung Wert gelegt haben. Für Herrn Gysi gibt es nur eine Gefahr: Die mögliche Strahlenbelastung, wenn mit einem Passagierflugzeug der Lufthansa Plutonium transportiert wird. Er verschweigt, daß man mit Plutonium Atombomben herstellen kann. Auch kann man schon mit kleineren Mengen von Plutonium zum Beispiel das Trinkwasser für unzählige Menschen verseuchen. So kann man auch erpressen!

(A) In der Legislaturperiode ab 1987 war ich Mitglied des Untersuchungsausschusses Transnuklear. Damals hatten Grüne und SPDler Angst, daß man aus Fässern mit schwach radioaktiven Abfällen Plutonium für den Bau einer Bombe zusammenkratzen könnte. Jetzt wird die wirkliche Gefahr, die von Plutonium ausgeht, das sich nicht mehr unter staatlicher Kontrolle befindet, plötzlich ignoriert. Polizeibeamte und Staatsanwälte in Bayern haben sich vorrangig darum bemüht, das Plutonium sicherzustellen. Dies war richtig.

Da es nicht möglich war, das Plutonium gemeinsam mit den russischen Sicherheitsbehörden in Moskau unter Kontrolle zu bringen, war es im konkreten Fall auch richtig, einen Import in Kauf zu nehmen.

Als Vorsitzender habe ich immer wieder zur Kenntnis nehmen müssen, was Kolleginnen und Kollegen anläßlich der Vernehmung einzelner Zeugen an Kommentaren abgaben. Im parlamentarischen Bereich ist es üblich, abweichend von der grundsätzlich anzuwendenden Strafprozeßordnung Journalisten schon zu Beginn der Beweiserhebung mitzuteilen, was am Schluß herauskommt. Einige orientieren sich dabei weniger an Fakten als daran, was nützlich erscheint. Es muß aber schon festgehalten werden, daß die SPD-Fraktion ihren Bevollmächtigten beim Bundesverfassungsgericht vortragen ließ, daß bei solchen Kommentaren von Mitgliedern ihrer Fraktion „möglicherweise mehr Sicherheit bekundet wird, als nach den Regeln des Strafprozeßrechts momentan hieb- und stichfest ist". Dies gehöre zur „politischen Argumentationskultur". Mein Fraktionsvorsitzender (B) stellt bei solchen Anlässen immer fest: Abgeordnete sollten aus ihrer Stellung nicht das Recht ableiten, Unsinn zu verkünden. Der Prozeßvertreter der SPD, Herr Professor di Fabio, hat zum Ausdruck gebracht, daß nicht jede Behauptung, z.B. des Sprechers der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß, mit Beweismitteln belegt werden kann. Nach der gestrigen Pressekonferenz kann ich nur feststellen: Er hat recht!

Andreas Schmidt *(Mülheim) (CDU/CSU):* Der 1. Untersuchungsausschuß hat nach dreijähriger Arbeit dem Plenum seinen Schlußbericht vorgelegt. Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses ist nach umfassender Beweisaufnahme eindeutig. Die bayerischen Sicherheitsbehörden und der Bundesnachrichtendienst haben sich rechtsstaatlich völlig korrekt verhalten. Den Behörden ist ein wichtiger Schlag gegen gefährliche kriminelle Plutoniumhändler gelungen. Namens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion danke ich der bayerischen Polizei, den bayerischen Staatsanwälten und dem Bundesnachrichtendienst für ihre erfolgreiche Arbeit im Münchner Plutoniumfall. Sie hat die Sicherstellung von Plutonium und die rechtskräftige Verurteilung von drei Nuklearschmugglern zu hohen Freiheitsstrafen ermöglicht. Der Versuch der Opposition, sich zu Lasten unserer Sicherheitsbehörden zu profilieren, ist kläglich gescheitert. Der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS ging es von Anfang an nur darum, vorrangig den BND, aber auch die bayerischen Sicherheitsbehörden in Verruf zu bringen, statt zielstrebig sachliche Aufklärung zu betreiben. So hat die Opposition (C) während der gesamten Dauer des Untersuchungsverfahrens den unzuständigen BND für etwas verurteilt, was das bayerische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft nach Feststellung des Münchener Landgerichts nach Recht und Gesetz unternommen haben. Ein politisches Fazit kann aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses gezogen werden: Wer unsere Sicherheitsbehörden derart diffamiert, darf keine bundespolitische Verantwortung für die innere Sicherheit in unserem Land übernehmen. Die Aufarbeitung des Münchener Plutoniumfalles beweist exemplarisch, daß Rotgrün verheerende Folgen für die innere Sicherheit in unserem Lande hätte.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme besteht auch nach wie vor Anlaß, die Gefahren des nuklearen Schwarzmarktes sehr ernst zu nehmen. Sei dem Zerfall der früheren Sowjetunion sprechen die Fakten eindeutig für die Existenz zumindest eines Anbieter- und Vermittlermarktes für illegales Nuklearmaterial. Es ist daher zu begrüßen, daß die Bundesregierung das gefährliche Potential des nuklearen Schwarzmarktes frühzeitig erkannt hat, der Bekämpfung der Nuklearkriminalität hohe Priorität einräumt und damit dem Schutz unserer Bevölkerung Rechnung trägt.

Wegen des hohen Gefährdungspotentials durch vagabundierendes Plutonium war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden für eine parlamentarische Untersuchung, die sich mit der Frage des illegalen Marktes für Nuklearmaterial beschäftigt. Nicht der Münchner Plutoniumfall - ein erfolgreich gelöster Kriminalfall -, sondern ungesichertes oder vaga- (D) bundierendes Nuklearmaterial sind das Problem. Deshalb vor allem haben wir uns mit einem eigenen Antrag beteiligt, der dann in einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag eingeflossen ist. Dies alles ist einvernehmlich geschehen. Das Gejammere der SPD über angeblich verletzte Minderheitenrechte geht daher fehl: Dieser Untersuchungsausschuß ist nicht eingesetzt worden, weil ein Viertel der Mitglieder des Bundestages einen entsprechenden Antag nach Art. 44 Abs. 1 Satz 1 zweite Alternative des Grundgesetzes gestellt hätten und der Bundestag dies dann hätte tun müssen. Er ist eingesetzt worden, weil vier Fraktionen entsprechende Anträge gestellt haben, die zu einer gemeinsamen Beschlußempfehlung des GO-Ausschusses geführt haben. Ich sage dies wegen des von der SPD beim Bundesverfassungsgericht anhängig gemachten Verfahrens. Dort hat sich die SPD bereits eine Abfuhr geholt. Aber Herr Kollege Bachmaier: Offensichtlich nehmen Sie einschlägige Vorschriften des Grundgesetzes so wenig zur Kenntnis wie die Tatsachen, die dieser Untersuchungsausschuß ermittelt hat. Ihre Forderungen nach Änderung des Untersuchungsausschußrechtes zugunsten von Minderheitenrechten entbehrt hinsichtlich unseres Untersuchungsverfahrens jeden Grundes. Es handelt sich, wie schon gesagt, nicht um eine parlamentarische Untersuchung, zu der der Bundestag aufgrund der Ausübung eines Minderheitenrechts verpflichtet gewesen wäre.

Der Untersuchungsausschuß hat sich mit Fragen des nuklearen Schwarzmarktes beschäftigt. Diese

(A) sind nach wie vor sehr aktuell. Ich erinnere an die Arbeit des Untersuchungsausschusses „Transnuklear" in der 11. Wahlperiode, in dessen Schlußbericht die Fraktion „Die Grünen" einen Schwarzmarkt für nukleare Spaltstoffe feststellte. Damals spielten Befürchtungen hinsichtlich Pakistan eine Rolle; heute ist Pakistans Atombombe Realität. Wir lesen – ganz aktuell – vom Atomschmuggel der organisierten Kriminalität in Italien.

Dies sind die eigentlichen Probleme; hier liegen die Gefahren. Es ist deshalb gut, daß auf dem Treffen der G-8-Außenminister am 8. und 9. Mai 1998 in London über die weitere Umsetzung des „Programms zur Verhinderung und Bekämpfung des illegalen Handels mit Kernmaterial" beraten wurde. Der Untersuchungsausschuß hat Sachverständige gehört, die auf die Unbeherrschbarkeit des Risikos der Entwendung von Nuklearmaterial im Gebiet der nicht mehr existierenden Sowjetunion hingewiesen haben. Der Schlußbericht des Untersuchungsausschusses enthält eine sehr gute und lesenswerte Darstellung „Umfang, Gefahren und Bekämpfung des illegalen Nuklearhandels".

Bei dieser Gelegenheit danke ich den Mitarbeitern des Sekretariats des 1. Untersuchungsausschusses für die hervorragende Arbeit bei der nicht einfachen Erstellung des Berichtsentwurfs.

Nun konkret zum Münchner Plutoniumfall: Was war geschehen? Der Sachverhalt ist aus heutiger Sicht einfach und klar. In München suchten zwei Spanier und ein Kolumbianer mit Beziehungen nach Rußland Plutoniumkäufer. Diese potentiellen Plutoniumverkäufer standen in Verbindung mit V-Leuten (B) deutscher Behörden in Spanien und waren möglicherweise aufgrund dieser Verbindung ohne Vorwissen deutscher Behörden nach München gelockt worden. Dort verhandelte ein Scheinaufkäufer der bayerischen Polizei mit Hilfe eines vom BND gestellten Sprachmittlers, der zugleich den mit den Tätern in Verbindung stehenden V-Mann betreute. Es wurde bereits im frühen Stadium eine in München vorhandene Plutoniumprobe dem Scheinaufkäufer übergeben. Später wurden rd. 500 g Plutonium aus Moskau in einem Passagierflugzeug der Lufthansa von einem der Nuklearschmuggler nach München gebracht. Die Täter wurden festgenommen und im Juli 1995 vom Landgericht München I zu 3 Jahren, 3 Jahren und 9 Monaten bzw. 4 Jahren und 10 Monaten wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz rechtskräftig verurteilt. Die bayerische Polizei war durch den BND auf den Fall aufmerksam gemacht worden. Der BND hat Amtshilfe geleistet. Jeder vernünftige Mensch fragt sich: Was kann an alledem problematisch sein und einer parlamentarischen Untersuchung bedürfen? Die Antwort ist recht einfach: Nichts.

Aber die rotgrüne Opposition meint einige schwerwiegende Probleme, skandalträchtig oder skandalgleich entdeckt zu haben.

So soll die ganze Geschichte 1994 inszeniert worden sein, damit der bayerische Wähler durch den Erfolg der bayerischen Polizei veranlaßt wird, erneut in der wenige Monate später stattfindenden Landtagswahl CSU zu wählen. Zum einen wissen die Bayern (C) in ihrer großen Mehrheit, daß sie eine gute Polizei und eine gute Landesregierung haben und deswegen gut daran tun, durch Wählen der CSU dafür zu sorgen, daß es so bleibt. Zum anderen ist es eine Ungeheuerlichkeit zu unterstellen, der damalige BND-Präsident Porzner, langjähriger SPD-Bundespolitiker und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, mißbrauche sein Amt, um mit Hilfe des BND einen Plutoniumschmuggel von Moskau nach München zu inszenieren. Wie muß es um die Gedankenwelt von Oppositionspolitikern bestellt sein, die sich solche Vorwürfe ausdenken. Die Unterstellung und Verdächtigungen der Oppositionsparteien sind an Absurdität kaum zu überbieten.

Zu den rotgrünen Erfindungen gehört sodann, der BND habe nicht zulässige Amtshilfe geleistet, sondern das Handeln der bayerischen Polizei und Staatsanwaltschaft so bestimmt, daß der BND selbst Polizeiarbeit geleistet habe. Auch dies geht völlig an der Wirklichkeit vorbei. Die Bayerische Staatsregierung hat dazu erklärt: „Der BND, der mit mehreren Beamten während des Einsatzes an den wichtigsten Einsatzbesprechungen teilgenommen hat, und ‚Rafa' haben die von Staatsanwaltschaft und BLKA eigenständig geplanten und durchgeführten Maßnahmen nicht beeinflußt."

Die SPD glaubt ihre Behauptung, die Tätigkeit des BND sei keine zulässige Amtshilfe gewesen, damit belegen zu können, daß der BND vom Freistaat Bayern keinen Kostenersatz für seine Hilfe verlangt habe, wo dies doch angeblich vorgeschrieben sei. Ein toller Beleg! Nun mag es dem bürokratischen (D) Denken der SPD entsprechen, daß die ohnehin bezahlten BND-Leute dafür, daß sie in München der bayerischen Polizei halfen und herumfuhren, Kostenersatz verlangen und somit für einige Zeit Personal beschäftigen, diese Kosten zu errechnen. Solange der Liter Benzin nicht auf 5 DM durch Rotgrün verteuert ist, wird der BND seine Bezinkosten in einem solchen Fall aus dem eigenen Haushalt bezahlen können. Man wundert sich, zu welchen absurden Gedankenkonstruktionen die Opposition fähig ist.

Schließlich behauptet die SPD, der BND-Dolmetscher habe nicht nur gedolmetscht bzw. falsch gedolmetscht, sondern das Geschehen gesteuert. Letzteres ist bereits durch die klare Erklärung der Bayerischen Staatsregierung widerlegt. Die Frage, ob unvollständig übersetzt wurde in den Verhandlungen zwischen Plutoniumschmuggler und Scheinaufkäufer, ist letztlich unerheblich. In jedem Fall ist mir völlig unverständlich, wie man als parlamentarische Opposition einen Amtmann des BND zur zentralen Figur erklären kann und im Rahmen der parlamentarischen Untersuchung versucht, unentwegt auf ihn einzuschlagen. Damit gesteht die Opposition indirekt ein: An den aufgebauschten Vorwürfen war nichts dran und deshalb muß in den Krümeln gesucht werden, um dringend etwas zu finden, und gefunden hat die Opposition nicht auszuschließende – aber im Ergebnis unerhebliche – Übersetzungsmängel des BND-Dolmetschers. Wiederum drängt sich die Frage auf, ob es Sinn parlamentarischer Kontrolle ist, sich mit so etwas überhaupt zu beschäftigen.

(A) Insgesamt ist festzustellen, daß es den Oppositionsparteien in diesem Untersuchungsausschuß nicht um Aufklärung, sondern um Desinformation der Öffentlichkeit und Diffamierung unserer Sicherheitsorgane ging. Auch die Vernehmung des Zeugen Scharping in diesem Untersuchungsverfahren hat unterstrichen, daß die SPD an der Sacharbeit zur Aufklärung des Münchner Plutoniumfalles von Anfang an kein Interesse hatte. Entgegen früheren Verlautbarungen mußte der Zeuge Scharping vor dem Untersuchungsausschuß einräumen, daß er zu keiner Zeit Anlaß zur Annahme hatte, der damalige BND-Präsident Porzner habe ihn am 28. August 1994 über die Abläufe im Münchner Plutoniumfall falsch informiert. Befragt zu seinem Wissen zum Münchner Plutoniumfall mußte er zugestehen, daß er keine Erkenntnisse hat, die den Vorwurf der Inszenierung im Münchner Plutoniumfall belegen. Statt seine Vorurteile gegenüber unseren Sicherheitsbehörden, zu deren Schaden zu kultivieren, hätte er besser daran getan, im Münchner Plutoniumfall den Erfolg der Behörden im Kampf gegen den Nuklearschmuggel ausdrücklich und in vollem Umfang anzuerkennen.

Hermann Bachmaier *(SPD):* Die Arbeit im „Plutonium-Untersuchungsausschuß" hat sich als außerordentlich schwierig erwiesen, weil das Aufklärungsinteresse der Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die der Regierungskoalition angehören, weitgehend nicht gegeben war. Dennoch konnten in mühsamer Arbeit wichtige Fakten zutage gefördert werden, die wir in unserem Minderheitenbericht dokumentiert und belegt haben: Ein Grunddissens (B) zwischen Koalition und SPD besteht in der Frage des möglichen Lagerortes des Plutoniums. Die Annahme, daß bis zur Sicherstellung des Plutoniums am 10. August 1994 auf dem Flughafen München nicht klar gewesen sei, daß das Plutonium aus Rußland herbeigeschafft werden mußte, durchzieht den gesamten Koalitionsbericht. Die Ausschußmehrheit von CDU/CSU und F.D.P. geht in ihrem Bericht darüber hinaus sogar davon aus, die Bediensteten aller beteiligten Sicherheitsbehörden hätten geglaubt, das sicherzustellende Plutonium befinde sich auf deutschem Boden. Dem stehen nach mehr als 250 Sitzungsstunden, 67 vernommenen Zeugen, 10 angehörten Sachverständigen und ca. 100 000 ausgewerteten Blatt Akten sowie den Gerichtsakten des Landgerichts München folgende Feststellungen entgegen:

Bereits seit Ende 1993 hatten die V-Leute des BND und des BKA in Spanien Kontakte zu Plutoniumhändlern. Diese Gespräche intensivierten sich im Mai/Juni 1994 unter der Federführung der V-Leute „Rafa" und „Roberto". Von geheimnisvoller Hand gelenkt kamen die später verurteilten Anbieter Torres, Oroz und Bengoechea, die zum Teil lange in Rußland lebten und dort ihre Geschäfte betrieben, mit einer Plutoniumprobe nach München. Dort wurden sie vom BND-V-Mann „Rafa" mit dem Scheinaufkäufer mit dem Tarnnamen „Walter Boeden" vom Bay. LKA und dem BND-Agenten „Adrian" alias „Liesmann", der als Partner des Kaufinteressenten „Boeden" auftrat, zusammengebracht. Im Hintergrund agierte eine ganze Gruppe von BND-Beamten in enger und ständiger Kooperation mit den zuständigen (C) Beamten in enger und ständiger Kooperation mit den zuständigen Beamten des Bay. LKA. Von Anfang an war klar, daß das angebotene waffenfähige Plutonium aus Rußland herbeigeschafft werden mußte. In einem Lauschangriffsprotokoll sagte einer der Anbieter wörtlich: „Wenn sie wollen, dann fahren wir nach Moskau und ich übergebe es ihnen dort." In den Verhandlungen ging es um eine Menge von bis zu 11 Kilogramm waffenfähigen Plutoniums, wobei 400 Gramm kurzfristig beschafft werden könnten. Alle Behauptungen, man hätte auch davon ausgehen können, das Plutonium lagere schon in der Bundesrepublik, sind nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme eindeutig widerlegt. Bereits vor dem 10. August 1994 wußten die eng miteinander kooperierenden Verantwortlichen des BND und des Bay. LKA ganz genau, daß dieser höchstgefährliche Stoff auf dem Luftweg nach München gebracht werden sollte. Dies ergaben alle aufgezeichneten Gespräche und die ereignisnah gefertigten Vermerke.

Auch war allen Beteiligten und Verantwortlichen schon vor dem Start der Lufthansa-Maschine in Moskau bekannt, daß die nukleare Fracht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in die Maschine geschmuggelt werden würde.

Polizei und BND hatten zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal Kenntnis davon, wie das Material verpackt war. Dennoch hielten sie es nicht für nötig, die russischen Sicherheitsorgane oder die Deutsche Lufthansa über die gefährliche Fracht an Bord der Boeing 737 zu informieren. Die Beteiligten hatten nur ein Ziel: Sie wollten offenbar den „Fahndungserfolg (D) von München" – fast um jeden Preis. Dort wurde schließlich die Maschine am Spätnachmittag des 10. August 1994 von rund 100 Polizei- und Sicherheitsbeamten erwartet, die Täter festgenommen und der „Fahndungserfolg" einige Tage später medienwirksam präsentiert.

Im August und September 1994 feierte der BND diesen „Fahndungserfolg" und wertete seinen Beitrag hierzu als von entscheidender Bedeutung. Der BND-Dolmetscher mit dem Decknamen „Liesmann" agierte weit über seine ihm zugewiesene Rolle hinaus. Selbst der zuständige Oberstaatsanwalt sah sich Anfang August 1994 genötigt, schriftlich festzuhalten, daß er „Liesmann" angewiesen habe, sich auf seine Dolmetscherrolle zurückzuziehen. „Liesmann" steuerte nicht nur die Quelle „Rafa". Seine Ermittlungstätigkeit bildete die Grundlage für alle Einzelmaßnahmen bei den fortlaufenden Verhandlungsgesprächen. Darüber hinaus wurden gerade auch von ihm die Anbieter nachhaltig gedrängt, Plutonium nach Deutschland, respektive nach München, zu schmuggeln. Schon das Landgericht München I stellte im Urteil vom 17. Juli 1995 fest, die Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden hätten in tatprovozierender Weise darauf gedrängt, daß Plutonium nach Deutschland geschafft wurde. Dieser Vorwurf trifft nicht nur das Bay. LKA, sondern ganz entscheidend auch den außerhalb seiner Kompetenzen als Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik agierenden BND: Der BND hat das verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst verletzt

(A) und sich in diesem hochbrisanten Fall tatprovozierend wie eine Polizei eigener Art im Inland aufgeführt.

Die politische Verantwortung trug der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Schmidbauer. Er selbst hat vor dem 1. Untersuchungsausschuß eingeräumt, daß er „bis zum 3. August 1994 in ähnlicher Weise wie die Strafverfolgungsbehörden informiert war". Die Akten belegen zahlreiche, fernmündliche Unterrichtungen durch den Leitungsstab des BND. Ganz offensichtlich hatte die gesamte Aktion den Segen des Kanzleramtes!

Am 25. Juli 1994 wurde ein sogenannter Leitungsvermerk erstellt, der Staatsminister Schmidbauer am 26. Juli 1994 durch den damaligen BND-Präsidenten Porzner vorgelegt wurde. In diesem Leitungsvermerk steht zum Beispiel neben der Tatsache, daß die Täter bis zu 11 Kilogramm Plutonium anbieten, auch wörtlich: „Bei den Anbietern handelt es sich um eine ukrainisch/russische Gruppe, die Beziehungen in höchste Regierungskreise der Ukraine haben und über Kontaktlinien zur russischen Botschaft in Madrid und zur spanischen Vertretung in Kiew verfügen soll. Der Operateur der Gruppe sei ein aktiver russischer Geheimdienstgeneral."

Wie ernst diese Verstrickung höchster Geheimdienstkreise Rußlands genommen wurde, zeigt auch die Tatsache, daß man noch am 10. August 1994 mit einem Täterschutz durch russische Geheimdienstbeamte rechnete.

(B) Aus diesem Vermerk ergibt sich aber auch bereits die enge Zusammenarbeit zwischen Bay. LKA und dem BND. Es wurde sogar von einem „Pilotprojekt" gesprochen.

In der dem 1. Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellten Chronolgie des Kanzleramtes ist von einem bzw. mehreren Telefonaten zwischen Schmidbauer und dem am Wolfgangsee im Urlaub weilenden Bundeskanzler Dr. Kohl die Rede. Dort heißt es wörtlich:

> „27/28. 7. 1994 Der Bundeskanzler wird im Rahmen der täglichen telefonischen Rücksprache an seinem Urlaubsort in allgemeiner Form von Staatsminister Schmidbauer auch über die Probleme des illegalen Nuklearhandels unterrichtet."

Es ist schwer vorstellbar, daß Staatsminister Schmidbauer, der in vollem Umfang über den Plutoniumdeal informiert war und die dortigen Abläufe zumindest stillschweigend billigte, ausgerechnet seinem Bundeskanzler über die ihm mitgeteilten Fakten nichts gesagt haben soll. Und dies, obwohl der Kanzler noch wenige Tage zuvor, am 19. 7. 1994, an seinen Freund Jelzin mit der Anrede „Lieber Boris" einen höchst besorgten Brief über die Zunahme nuklearkrimineller Umtriebe geschrieben hat. In seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß hat Schmidbauer eingeräumt, man könne davon ausgehen, daß dem Bundeskanzler „auch etwas über Kilogrammengen von irgend jemandem gesagt worden ist".

(C) Für die Zukunft muß sichergestellt sein, daß sich ein derartiger Vorgang mit einem so unabsehbaren Gefahrenpotential nicht wiederholen kann. Außerdem haben die Beweisaufnahme und die Vernehmung der Zeugen aus dem Bereich des Bundesnachrichtendienstes geradezu zwingend ergeben, daß die parlamentarische Kontrolle des Nachrichtendienstes in Pullach wesentlich verbessert werden muß: Entweder müssen die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission gestärkt werden. Besser wäre es meines Erachtens allerdings, die Position eines mit umfassenden Rechten ausgestatteten und vom Parlament zu wählenden Geheimdienstbeauftragten zu schaffen, der dem Bundestag und seinen Gremien laufend über seine Erkenntnisse zu berichten hätte.

Erika Simm *(SPD):* Einer der bemerkenswerten Aspekte an dem Münchener „Plutoniumdeal" ist die intensive, andauernde Zusammenarbeit zwischen den bayerischen Strafverfolgungsbehörden und dem Bundesnachrichtendienst, die dabei stattfand. Bemerkenswert deswegen, weil es in unserem Rechtssystem ein Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei gibt, das in § 2 BND-Gesetz ausdrücklich statuiert ist. Dem Untersuchungsauftrag folgend hatten wir auch der Frage nachzugehen, wie es zu dieser Zusammenarbeit, die in der Vergangenheit ohne Beispiel ist, kam und ob sie rechtlich zulässig war.

(D) Nach § 2 Abs. 3 BND-Gesetz stehen dem BND polizeiliche Befugnisse nicht zu. Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist. Auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden steht nicht in deren Belieben. Auch sie unterliegt als „Amtshilfe" rechtlichen Regeln, die in Art. 35 GG und den §§ 4 bis 8 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) festgelegt sind. Hiernach ist eine Amtshilfe nur zulässig, wenn es sich bei der Unterstützung, die erbeten wird, um eine ergänzende untergeordnete Hilfe handelt. Die Verfahrensherrschaft muß stets bei der Behörde bleiben, die das Ersuchen um Amtshilfe gestellt hat. Des weiteren darf eine Behörde nur dann einer anderen Behörde Amtshilfe leisten, wenn diese ein ausdrückliches diesbezügliches Ersuchen gestellt hat.

Für die Amtshilfe des BND galten zur fraglichen Zeit zudem umfangreiche interne Richtlinien vom August 1992, in denen die diesbezüglichen Rechtsvorschriften erläutert und präzisiert wurden. In diesen Richtlinien wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Amtshilfe eine gewissenhafte und sorgfältige Prüfung aller Umstände des Einzelfalles voraussetze und daß an der Verpflichtung, Amtshilfe leisten zu müssen, sowie an der Rechtmäßigkeit der verlangten Hilfeleistung kein berechtigter Zweifel bestehen dürfe. Des weiteren gaben diese Richtlinien einen Informations- und Prüfungsweg vor, den das Referat, bei dem das Amtshilfe-Ersuchen einging, einzuhalten hatte.

Gemessen an den gesetzlichen Vorgaben und den BND-internen Richtlinien muß aufgrund des Ergebnisses der Untersuchungen im Ausschuß festgestellt

werden, daß bei der Zusammenarbeit zwischen BND und Bayerischen Strafverfolgungsbehörden, die für die rechtmäßige Amtshilfe geltenden Regeln nicht beachtet wurden, es für diese Zusammenarbeit keine Rechtsgrundlage gab, mehr noch, daß dabei gegen das für BND und Polizei geltende Trennungsgebot verstoßen wurde.

Es mag dahingestellt bleiben, ob dies bewußt geschah oder ob man sich auf seiten der BND-Mitarbeiter nicht hinreichend Gedanken dazu machte, weil der Wunsch, aktiv an einem spektakulären Ermittlungserfolg beteiligt sein und diesen sich an die eigenen Fahnen heften zu können, Bedenken gar nicht erst aufkommen ließ. Für letzteres spricht, daß anfänglich die Zeugen, die ich nach der rechtlichen Einordnung dieser Zusammenarbeit zwischen BND und BLKA fragte, gar nicht darauf kamen, dies als „Amtshilfe" zu bezeichnen. Abgesehen von einem Zeugen, der die Beteiligung des BND als „eine Art Amtshilfe" qualifizierte, verwandten die Zeugen immer nur untechnische Begriffe wie Hilfeleistung, Unterstützung und dergleichen. Die Zulässigkeit einer solchen Zusammenarbeit unterstellten sie mehr oder weniger als Selbstverständlichkeit. Erst im weiteren Fortgang der Untersuchungen des Ausschusses, insbesondere nach dem Vorliegen einer im BND gefertigten Ausarbeitung dazu, waren bzw. wurden Zeugen zunehmend besser auf diese Frage vorbereitet. Im Brustton der Überzeugung erklärten sie nun, daß der BND (nur) Amtshilfe geleistet habe.

Fest steht jedenfalls, daß bei der Entscheidung, dem Bayerischen Landeskriminalamt durch die Überlassung der nachrichtendienstlichen Verbindung „Rafa" und durch die Zurverfügungstellung des Dolmetschers Liesmann sowie einer Führungsperson für „Rafa" bei seinen Ermittlungen Hilfe zu leisten, schon der nach den BND-internen Richtlinien vorgesehene Informations- und Prüfungsweg nicht eingehalten wurde. Hieraus kann man schließen, daß die im BND aktiv Handelnden die damit verbundene Problematik durchaus sahen, aber „keine schlafenden Hunde wecken" wollten.

Fest steht für die Vertreter der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß aber auch, daß die im Mehrheitsbericht vertretene Auffassung, der BND habe den bayerischen Strafverfolgungsbehörden zulässigerweise Amtshilfe geleistet, nicht haltbar ist. Für seine rechtmäßige Amtshilfe fehlte es schon an dem nach § 4 Abs. 1 VwVfG notwendigen „Ersuchen" um Amtshilfe, das vom BLKA und/oder der Staatsanwaltschaft München hätte gestellt werden müssen. Richtig ist, daß ein solches Ersuchen nicht notwendigerweise schriftlich gestellt werden muß, was aber üblich ist und angesichts der Brisanz dieser Zusammenarbeit im konkreten Fall sicherlich auch angebracht gewesen wäre. Auf jeden Fall aber muß die ersuchende Behörde deutlich erklären, daß und in welchem Umfang sie um Unterstützung nachsucht. Die ersuchende Behörde bestimmt Art und Umfang der Hilfeleistung.

Im vorliegenden Fall war das nicht so. Es gab ein Angebot des BND (Rafa, Liesmann, Kulp), das vom BLKA angenommen wurde. Sonst bestimmte nicht die angeblich ersuchende Behörde Art und Umfang der Hilfeleistung. Es war vielmehr der BND, welcher bestimmte, daß und womit er die polizeilichen Ermittlungen unterstützen wollte. Diese Mittel (Personen) waren auch so gewählt, daß der BND im weiteren Verlauf der Polizeiaktion eine beherrschende Rolle einnehmen konnte. Nachdem auf seiten der Polizeibeamten niemand Spanisch sprach, erreichten alle Informationen aus den Kontakten mit den Anbietern die Strafverfolger nur gefiltert durch den sogenannten Sprachmittler Liesmann, der gelegentlich sogar zum ersten Abhören von Aufzeichnungen aus den Lauschangriffen herangezogen wurde. Den Zugang zu den Anbietern vermittelte als deren Vertrauensperson „Rafa", die nachrichtendienstliche Verbindung des BND, die wiederum von dem BND-Mann Kulp geführt wurde. BND-Beamte waren bei den Einsatzbesprechungen zugegen und gaben ihre Einschätzung zum aktuellen Geschehen ab. Kulp und Liesmann erstatteten regelmäßig Bericht an ihre Vorgesetzten im BND. Der BND war hier in die gesamten Abläufe in einem solchen Maße bestimmend und aktiv agierend eingebunden, daß man keinesfalls mehr von einer nur unterstützenden unselbständigen Hilfeleistung, die im Rahmen von Amtshilfe nur zulässig gewesen wäre, sprechen kann.

Daß das BLKA seinerseits den BND auch nicht nur als hilfeleistende Behörde betrachtet hat, beweist ein kleines, aber um so aufschlußreicheres Detail: Das BLKA hat nämlich, weil der Scheinaufkäufer Boeden nicht sofort verfügbar war, den BND um einen Aufschub der Aktion um 5 Tage gebeten (!). So verhält man sich gegenüber Partnern, nicht aber gegenüber einer ersuchten Behörde, der gegenüber man die Abläufe vorgeben kann.

Im Ergebnis bleibt somit festzuhalten, daß es für die Zusammenarbeit zwischen BND und den bayerischen Strafverfolgungsbehörden im vorliegenden Fall keine Rechtsgrundlage gab. Insbesondere lag keine rechtlich zulässige Amtshilfe vor. Der BND hat durch seine aktive Mitwirkung an der Polizeiaktion zum Münchener Plutoniumfall gegen das gesetzliche Trennungsgebot verstoßen.

Manfred Such *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Zunächst möchte ich dem Ausschußsekretariat und allen seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und hervorragende Zusammenarbeit herzlich danken. Sodann möchte ich feststellen, daß wir die im Abschlußbericht getroffenen Feststellungen im wesentlichen teilen. Lediglich in einigen Teilbereichen ergeben sich jedoch Divergenzen, so daß wir einen Minderheitenbericht erstellt haben.

Das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung des Münchener Plutoniumfalles zeigt in erschreckender Deutlichkeit, zu welchen Fehlleistungen geldgierige V-Leute und Mitarbeiter von Geheimdiensten wie dem BND in der Lage sind. Aber auch die beteiligten Ermittlungsbehörden haben den in seinem Gefährdungspotential unkalkulierbaren Plutoniumtransport im Koffer von Moskau nach München bewußt in Kauf genommen, statt ihn durch rechtzeitige Information der russischen Behörden zu

(A) verhindern. Diese unverantwortliche Vorgehensweise wurde von den verantwortlichen Politikern als großer Erfolg gefeiert und auch im nachhinein noch politisch unterstützt.

Die Münchener Aktion war das Ergebnis einer gezielten Provokation von V-Leuten wie der „nachrichtendienstlichen Verbindung" des BND, „Rafa", der in seinem Handeln vom BND-Beamten Willi Weitzl (alias Liesmann/Adrian) sowie dem Bayerischen LKA-Beamten Walter „Boeden" tatkräftig unterstützt wurde. Weder die 3-Gramm-Plutoniumprobe noch die später aus Moskau per Lufthansa-Passagiermaschine eingeflogenen 363-Gramm Plutonium wären ohne die Provokation von V-Leuten und ohne finanzielle und logistische Hilfeleistung der beteiligten Behördenvertreter nach München transportiert worden.

Auch die Sicherstellung von 189 Uranpellets auf dem Autobahnrastplatz Fürholzen am 4. Juli 1994 (allgemein als „Fall Landshut" bezeichnet) und der damit im Zusammenhang stehende Aufgriff von 3,6 kg hochangereichertem Uran im Dezember 1994 in Prag durch die tschechische Polizei war den Akten zufolge das Ergebnis einer Provokation, an er auch der bayerische LKA-Beamte Walter „Boeden" beteiligt war. Auch im Urteil zum Münchener Plutoniumprozeß findet sich ein deutlicher Hinweis auf der Tatprovokation. Dort heißt es: „... Auch insofern ist also jedenfalls zugunsten der Angeklagten – von einer Tatprovokation im Sinne einer Bestärkung der nicht unwilligen, sondern tatbereiten Täter auszugehen. Es handelt sich bei dem Vorgehen der Ermittlungsbe-(B)hörden zwar um ein intensives, aber noch zulässiges Einwirken auf den Täterwillen."

Als eine notwendige Konsequenz auch aus diesem wie bereits aus früheren BND-Skandalen fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die schrittweise Auflösung des Bundesnachrichtendienstes (vergl. unseren Antrag BT-Drs 13/4374). Die Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses Plutonium zeigte erneut, wie dringend der Deutsche Bundestag ein eigenes Gesetz über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen benötigt. Die gegenwärtige Praxis wird dem Anspruch an Untersuchungsausschüsse nicht gerecht. So litt auch dieser Untersuchungsausschuß „Plutonium" unter der Tatsache, daß die Koalitionsmehrheit nicht im wünschenswerten Maße an einer tatsächlichen Aufklärung der zu untersuchenden Sachverhalte interessiert war. Zwar wurden im 1. Untersuchungsausschuß Plutonium die meisten Beweisanträge der Opposition einvernehmlich beschlossen – über die Reihenfolge der Zeugenvernehmungen bestimmte die Regierungskoalition jedoch eher willkürlich und nicht unbedingt im Sinne einer systematischen und zügigen Aufklärung.

Deutlich wird dies im Ablauf der Vernehmung des Geheimdienstkoordinators Bernd Schmidbauer. Die Vernehmung dieses Zeugen wurde zwar gleich mit dem ersten Beweisantrag im Juni 1995 beschlossen – bis zum Beginn seiner Vernehmung am 19. Januar 1996 sollten jedoch sieben Monate und bis zu ihrem Abschluß am 30. Januar 1997 ein weiteres Jahr vergehen. Alle vorherigen Terminierungsanträge der Opposition wurden mit wechselnder Begründung (C) seitens der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Der Terminierung zum 19. Januar war die von einem breiten Medieninteresse begleitete Zeugenaussage des vom BND in Spanien angeworbenen V-Mannes „Rafa" am 7./8. Dezember 1995 vorausgegangen. „Rafa" hatte im Zusammenhang mit der Anbahnung des Münchener Plutoniumschmuggels schwerwiegende Vorwürfe gegen den BND erhoben. Eine von der Opposition beantragte zeitnahe Sondersitzung des Untersuchungsausschusses, in der der damalige BND-Präsident Konrad Porzner und Staatsminister Bernd Schmidbauer auf die von „Rafa" gegen den BND erhobenen Vorwürfe direkt hätten reagieren können, wurde von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Statt also dem zuständigen Bundestagsgremium Rede und Antwort zu stehen, veranstaltete Bernd Schmidbauer am 15. Dezember 1995 lieber eine Pressekonferenz. Zum Zwecke ihrer Verwendung als Pressemitteilung ließ Schmidbauer tags zuvor bestimmte, bis dahin geheime bzw. als VS-vertraulich eingestufte Akten vom BND entsperren. Auch wenn Bündnis 90/Die Grünen diese ungewöhnliche Offenheit im Bundeskanzleramt ausdrücklich begrüßen, bleibt doch festzustellen, daß die Einstufung von Unterlagen als Geheim- oder Verschlußsache durch die Bundesregierung und dem ihr nachgeordneten BND willkürlich geschah und viel mit Tagespolitik, aber sehr wenig mit übergeordnetem Staatsinteresse zu tun hatte.

Erst nachdem Kanzleramtsminister Friedrich Bohl in einem Brief an den Vorsitzenden des 1. Untersu-(D)chungsausschusses eine baldige Anhörung des Zeugen Schmidbauers verlangte – und damit als Regierungsvertreter direkt auf die Terminplanung und Arbeit des Ausschusses Einfluß nahm –, gewährte die Koalitionsmehrheit endlich eine Terminierung der Zeugenvernehmungen des Geheimdienstkoordinators Bernd Schmidbauer. Auch deshalb – und natürlich aus den Erfahrungen der beiden anderen Untersuchungsausschüsse dieser Wahlperiode – haben wir den Entwurf eines Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Bundestages vorgelegt, der in der kommenden Wahlperiode zügig eingebracht und beraten werden soll.

In diesem Untersuchungsausschuß sind wichtige Fragen offen geblieben. Der Untersuchungsausschuß konnte nicht klären:

- von wem genau die Initiative zu dem Münchener Plutoniumschmuggel ausging;
- wer genau die in Spanien bzw. in Rußland lebenden und agierenden Schmuggler zur Verlagerung des Übergabeortes von Spanien bzw. Rußland nach Deutschland und speziell nach München veranlaßt hat; einer der wichtigsten Zeugen für diese „Madrider Vorgeschichte", Karsten Uwe Erich Schnell (alias „Roberto"), verbüßt derzeit in Spanien eine langjährige Haftstrafe und stand dem Ausschuß als Zeuge nicht zur Verfügung;
- wieso Fernandez Martinez zwar noch mit nach München fuhr, jedoch vor Abschluß der Schmug-

(A) gelaktion und trotz des erhofften hohen finanziellen Gewinns angeblich fast mittellos per Bus nach Frankreich reiste; auch diese Person stand dem Ausschuß als Zeuge nicht zur Verfügung;

- was genau zwischen dem Ermittlungsführer in München, Oberstaatsanwalt Helmut Meier-Staude, und dem Staatsminister im Bundeskanzleramt Bernd Schmidbauer telefonisch besprochen wurde; der Zeuge Staatsanwalt Meier-Staude konnte sich an den Inhalt eines seiner Telefonate mit dem Staatsminister angeblich nicht erinnern;
- inwieweit Staatsminister Schmidbauer direkt auf die Münchener Ermittlungen und den Fortgang des Plutoniumfalles Einfluß genommen hat;
- was genau dem Bundeskanzler vor dem 10. August 1994 über den damaligen Sachstand des Plutoniumfalles mitgeteilt wurde;
- woher genau das in München beschlagnahmte Plutonium, das in Landshut beschlagnahmte Uran sowie das zuvor in der Garage des Herrn Jäckle in Tengen angeblich „zufällig" gefundene Plutonium stammten.

Auch das Ergebnis der in Rußland durchgeführten Untersuchungen einer Probe des von Moskau nach München geschmuggelten Plutoniums ist dem Untersuchungsausschuß nicht bekannt.

Ich hoffe, daß die noch laufenden Untersuchungen der Hanauer Staatsanwaltschaft zumindest den Beweis dafür liefern, daß dieses Plutonium tatsächlich nicht aus bundesdeutschen Anlagen oder aus dem (B) Euratom-Lager in Karlsruhe stammt. Jede Untersuchung die geeignet erscheint, hier Klarheit zu schaffen, sollte meines Erachtens durchgeführt werde. Ich finde es bedauerlich, daß die russischen Stellen uns bis heute keine Ergebnisse ihrer Untersuchungen mitgeteilt haben – zumindest wurden dem Untersuchungsausschuß keine Ergebnisse mitgeteilt. Ich hoffe, daß die Bundesregierung mögliche weitere Erkenntnisse dem Bundestag auch unaufgefordert übermitteln wird.

Dr. Max Stadler *(F.D.P.)*: Ausgangspunkt des Untersuchungsausschusses war der in der Öffentlichkeit erhobene Vorwurf, der Münchner Plutoniumfall sei inszeniert worden, um im Hinblick auf die bayerische Landtagswahl von 1994 einen polizeilichen Fahndungserfolg vorweisen zu können. Dieser Vorwurf der Inszenierung ist im Plutoniumausschuß nicht bewiesen worden. Allerdings hat der Inszenierungsvorwurf dazu beigetragen, daß in der öffentlichen Diskussion der Blick abgelenkt worden ist von den tatsächlichen Problemen, die der gesamte Vorgang aufgeworfen hat:

1. Die F.D.P. ist der Meinung, daß sich ein derartiger unkontrollierter Transport eines hochgiftigen Materials wie Plutonium nicht mehr wiederholen darf.

Die damals am Entscheidungsvorgang beteiligten Institutionen der bayerischen Justiz und der bayerischen Polizei standen vor der Situation, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit von Straftätern Plutonium per Flugzeug von Moskau nach München verbracht wer- (C) den würde. Sie haben sich dafür entschieden, dieses Material im Münchner Flughafen nach Ankunft der Lufthansa-Maschine zu beschlagnahmen.

Unabhängig von der rechtlichen Bewertung dieser Entscheidung und unabhängig davon, daß es damals aus tatsächlichen Gründen schwierig gewesen sein dürfte, das Plutonium bereits in Moskau in behördliche Verwahrung zu bringen, bleibt doch die Tatsache unbestreitbar, daß ein solcher Plutonium-Transport ein hohes Schadensrisiko mit sich gebracht hat. Daher darf sich ein solcher Transport in dieser Weise nicht wieder wiederholen.

Die F.D.P. bewertet es als positiv, daß die Bundesregierung unmittelbar nach dem Münchner Vorfall Verhandlungen mit Rußland mit der Zielsetzung einer intensiven Zusammenarbeit in derartigen Fällen geführt hat.

2. Es drängt sich der Eindruck auf, daß seinerzeit nicht allen Beteiligten die Brisanz eines solchen Plutonium-Transports bewußt gewesen ist. Anders wäre es nicht zu erklären, daß die zuständigen Bayerischen Staatsminister des Innern und der Justiz vor der Entscheidung, diesen Plutonium-Transport in Kauf zu nehmen, nicht informiert worden sind. Es gibt sowohl bei der Justiz als auch bei den Innenbehörden eine umfassende Berichtspflicht gegenüber den Ministerien, die sich auch auf weniger bedeutsame Vorgänge bezieht. Daher ist es nahezu unerklärlich, daß die Bayerischen Staatsminister Beckstein und Leeb nicht für eine laufende Unterrichtung während des Münchner Plutoniumvorgangs gesorgt haben. (D)

3. Der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages hatte sich auftragsgemäß mit dem Verhalten des BND zu befassen. Es ist eindeutig festzustellen, daß der BND in dem Münchner Plutonium-Fall den bayerischen Sicherheitsbehörden prinzipiell Amtshilfe leisten durfte. Aus dem Vorgang sind jedoch folgende Lehren für den BND zu ziehen:

a) Die Grenzen der Amtshilfe müssen strikt eingehalten werden. Dies gebietet auch der Grundsatz der strikten Trennung von polizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgabenstellung. Somit muß der BND laufend prüfen, ob eine einmal begonnene, prinzipiell zulässige Amtshilfe weiterhin rechtmäßig bleibt. Es muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß der BND seine Amtshilfe dann beendet, wenn sich die Maßnahme, zu der er Hilfe leistet, als rechtswidrig darstellt.

b) Hierzu bedarf es einer laufenden internen Information über das Geschehen, damit die Einhaltung der Grenzen der Amtshilfe ständig gesichert ist.

c) Schließlich muß auch Vorsorge getroffen werden, daß nicht einzelne an einer solchen Aktion beteiligten Mitarbeiter des BND die Grenzen ihrer Tätigkeit überschreiten (Mitarbeiter-Exzeß). Wird zum Beispiel ein Sprachmittler zur Verfügung gestellt, so darf dieser nicht die Rolle eines aktiv Beteiligten einnehmen.

d) Positiv bewertet die F.D.P.-Fraktion, daß die Führung des BND auf die Erfahrungen aus dem

(A) Münchner Plutonium-Fall bereits reagiert hat. So sind zum Beispiel die internen Richtlinien für die Gewährung von Amtshilfe bereits in dem oben vorgeschlagenen Sinne präzisiert worden.

Der Plutonium-Untersuchungsausschuß hat in seiner Arbeit beispielhaft die grundlegende Problematik dieser Ausschüsse verdeutlicht. Sie sind einerseits ein Untersuchungsorgan, andererseits aber unbestreitbar auch ein „Kampfmittel" in der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung bzw. Regierungsfraktionen. Die beteiligten Parlamentarier nehmen zugleich die Rolle von „Anklägern" oder „Verteidigern" und diejenige von neutralen „Richtern" ein.

Diese Interessenkonflikte konnten auch in der Arbeit des Plutonium-Untersuchungsausschusses nicht verborgen werden. Um so mehr verdient die Verhandlungsführung des Vorsitzenden Dr. Friedrich und seiner Stellvertreterin Erika Simm hohe Anerkennung. Dagegen dürfte es nicht dem Idealbild der Arbeit von Untersuchungsausschüssen entsprochen haben, wenn pauschale Vorwürfe („Inszenierungsverdacht") von Mitgliedern des Ausschusses ständig ohne Rücksicht auf die Beweislage weiterhin in der Öffentlichkeit erhoben worden sind. Umgekehrt muß man selbstkritisch sagen, daß einige Verfahrensentscheidungen der Ausschußmehrheit zwar ohne Zweifel rechtmäßig gewesen sind, daß jedoch die eine oder andere Verfahrensfrage auch großzügiger hätte entschieden werden können.

(B) ***Dr. Gregor Gysi*** *(PDS):* Der Bericht und die Minderheitenvoten werfen im Zusammenhang mit dem sogenannten „Münchner Plutonium-Deal" mehrere Fragen auf. Ich will mich in diesem Beitrag auf drei Fragen konzentrieren.

Durch den Untersuchungsausschuß konnte festgestellt werden, daß es bisher keinen Fall von Plutoniumhandel gab, bei dem der Scheinaufkäufer nicht der Staat selbst gewesen wäre. Für die Zukunft ist deshalb zu sichern, daß diese Art staatlicher Tätigkeit unterbleibt, denn sie animiert Anbieter und provoziert zum Plutoniumhandel.

Während des Verfahrens wurden auch die Grenzen des Untersuchungsausschußrechtes deutlich. Besonders problematisch ist, daß es keine Möglichkeit der parlamentarischen Nachprüfung dahingehend gibt, ob die zu kontrollierende Exekutive Akten tatsächlich vollständig zur Verfügung stellt. Bedenklich ist auch, daß die Exekutive entscheidet, in welchem Umfang Zeuginnen und Zeugen eine Aussagegenehmigung erteilt wird. Die Behörde, die parlamentarisch kontrolliert werden soll, bestimmt also, worüber Zeuginnen und Zeugen Aussagen treffen dürfen und worüber nicht.

Aus den Vernehmungen der Zeugen ergab sich eine Unsicherheit, die nicht länger bestehen darf. Die staatlichen Behörden hatten einen Transport des Plutoniums mit einer zivilen Lufthansa-Maschine von Moskau nach München in Kauf genommen, bestenfalls weil sie befürchteten, daß das Plutonium andernfalls unkontrolliert im Umlauf bleiben könnte. (C) Außerdem wäre die Strafverfolgung der Täter erschwert worden. Abgesehen davon, daß das Mißtrauen gegenüber russischen Behörden, das in dieser Entscheidung zum Ausdruck kommt, arrogant und nicht belegt ist, halte ich den Ansatz für falsch. Selbst, wenn man unterstellen würde, daß die Gefahr bestanden hätte, daß bei einer Information der russischen Behörden das Plutonium nicht sichergestellt und die Täter nicht festgenommen worden wären, rechtfertigt das nicht, einen Transport des Plutoniums von Rußland nach Deutschland – und dann noch in einer zivilen Lufthansa-Maschine – in Kauf zu nehmen. Dabei ist zusätzlich darauf hinzuweisen, daß die staatlichen Behörden nicht im geringsten einschätzen konnten, in welchen Behältnissen das Plutonium transportiert werden würde und welche Gefahren für Besatzung und Passagiere bestehen würden.

Sowohl der Bundeskanzler als auch weitere Vertreter der Bundesregierung und der Staatsregierung in Bayern haben erklärt, daß es sich um eine schwierige Güterabwägung gehandelt habe. Meines Erachtens muß klargestellt werden, daß es sich nicht um eine schwierige Güterabwägung gehandelt hat. Die Gefahrenabwehr hätte den absoluten Vorrang haben müssen. Deshalb wäre es zwingend erforderlich gewesen, die russischen Behörden einzuschalten, unabhängig davon, wie dann der weitere Verlauf gewesen wäre. Auf jeden Fall hätte man dadurch einen Transport des Plutoniums mit der zivilen Lufthansa-Maschine ausschließen können.

Meines Erachtens ist die gesetzliche Lage diesbezüglich auch klar. Sollte sie tatsächlich unklar sein, (D) wäre hier ein Gesetzgebungsakt erforderlich, der für die Zukunft die Gefahrenabwehr klar in den Vordergrund stellt.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 16 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenpflegegesetzes)

Sigrun Löwisch *(CDU/CSU):* Bei den Beratungen des Gesundheitsausschusses über den vorgelegten Gesetzentwurf hat sich ein breites Einvernehmen darüber gezeigt, daß Krankenpflegegesetz insgesamt zu überarbeiten. Wir sind uns darin einig, daß die Voraussetzungen für den Zugang zum Beruf der Krankenpflege so gestaltet sein müssen, daß Hauptschulabsolventen auch weiterhin die Möglichkeit haben, diesen Beruf zu ergreifen. In diesem Zusammenhang mag auch die Herabsetzung des Mindestalters zur Aufnahme der Ausbildung zum Krankenpfleger oder zur Krankenpflegerin von 17 auf 16 Jahre in Betracht kommen. Wir meinen aber, daß diese Änderung einer gründlichen Überlegung bedarf und wollen keinen gesetzgeberischen Schnellschuß. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf daher ab.

(A) Wir müssen uns bewußt machen, daß die Herabsetzung des Mindestalters nicht bloß eine technische Maßnahme ist. Die Patienten haben einen Anspruch darauf, daß die Pflege-Schüler mit der nötigen Reife an ihre verantwortungsvolle Aufgabe herangehen.

Es gilt auch zu berücksichtigen, daß – im Interesse der Krankenpflege-Schüler selbst – ihre Persönlichkeit soweit gefestigt sein muß, daß sie den psychischen Belastungen gewachsen sind, die durch die Begegnung mit Krankheit und Leid auf sie zukommen können.

Ich meine, diese Aspekte verdienen eine eingehende Abwägung.

Deshalb sollte man die Frage der Absenkung des Mindestalters in einem weiteren Kontext erörtern – auch mit Blick auf andere medizinische Berufe – und im Rahmen einer Novelle des Krankenpflegegesetzes lösen.

Dabei gilt es, festzustellen, daß das geltende Krankenpflegegesetz sich insgesamt bewährt hat. Wünschenswert wären einige Verbesserungen, etwa die Einführung der Teilzeitausbildung, die Möglichkeit der gegenseitigen Anerkennung von Altenpflege- und Krankenpflegeausbildung, wo dies sinnvoll ist, und auch die Aktualisierung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein leider immer noch aktuelles Problem im Bereich der Krankenpflegeausbildung hinweisen. Obwohl das Krankenpflegegesetz seit mehr als zwölf Jahren in Kraft ist, gibt es immer noch staatlich anerkannte

(B) Krankenpflegeschulen, die nicht EU-Richtlinien-konform ausbilden. Leidtragende sind die Absolventen dieser Schulen, wenn sie sich um die Anerkennung ihrer Diplome im Ausland bemühen. Eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes wird an diesem Mißstand freilich nichts ändern. Vielmehr ist es eine fortbestehende Herausforderung für die zuständigen Landesbehörden und für die Berufsverbände, diesem Ärgernis entgegenzutreten.

Zum Schluß: In den Inhalten der Krankenpflegeausbildung soll sich der Sinn des Pflegens – daß der Mensch im Mittelpunkt steht – ausdrücken. Eine Akademisierung und zu starke Technisierung bringt uns hier nicht weiter.

Antje-Marie Steen *(SPD):* Die Stimmen mehren sich, die eine Änderung des nunmehr seit 13 Jahren bestehenden Krankenpflegegesetzes fordern. Dies zu Recht; denn auch die Regierung Kohl kann nicht leugnen, daß sich in diesen 13 Jahren die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben. Als das Krankenpflegegesetz Mitte der 80er Jahre institutionalisiert wurde, war die Ausgangssituation geprägt von einer Gesellschaft, die nicht dem verschärften demographischen Problem gegenüberstand. Das bedeutet: Vor 13 Jahren war die Zahl derjenigen Menschen erheblich geringer, die eine pflegerische Betreuung benötigten. Auch der Umstand der deutschen Einheit, der zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl und gleichzeitig natürlich auch zu einer Erweiterung des pflegebedürftigen Personenkreises

(C) führte, fordert von unserem Gesundheitssystem moderne und notwendige Antworten, denen wir uns nicht länger verschließen können.

Wer darüber hinaus vor dem Hintergrund der Einführung der Pflegeversicherung, aber auch mit Blick auf die zahlreichen Versuche einer Gesundheitsreform, deren beschämende Auswirkungen wir ja noch in der letzten Sitzungswoche diskutierten, immer noch behauptet, es gebe keinen Bedarf für eine Novellierung des Gesetzes für die Pflegeberufe, der muß sich zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, auf notwendige Strukturwandlungen keine sachgerechte Antworten geben zu können. Die derzeitige Situation in der Ausbildung der Pflegeberufe auf der einen und die tatsächlichen Anforderungen am Pflegefachpersonal auf der anderen Seite stimmen seit Jahren nicht mehr überein. Der Strukturwandel in der Gesellschaft und die sich verändernden Versorgungsstrukturen in unseren sozialen Sicherungssystemen lassen also mit Sicherheit eine Neuordnung und Neuorientierung des Krankenpflegeberufes notwendig erscheinen, aber eben nicht nur dieses Berufs, sondern auch der Berufe der Kinderkranken- und Altenpflege. Dies wird seit der Einführung der Pflegeversicherung um so deutlicher, da die Übergänge zwischen den verschiedenen gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen immer fließender geworden sind. Die SPD vertritt diese Auffassung seit etlichen Jahren und hat mit der Bildung einer entsprechenden Arbeitsgruppe die Diskussion der Novellierung im gesamten Bereich der gesundheits- und sozialpflegerischen Berufe vorangetrieben. Angesichts der vielfältigen Überschneidungen in den Tätigkeitsfeldern und Anforderungsprofilen sind wir zur Ansicht gelangt, daß es notwendig ist,

(D) die verschiedenen Neuordnungsverfahren zusammenzuführen, um einen in der Grundausbildung einheitlichen Pflegefachberuf zu schaffen, der die Qualifikationen der bisherigen Pflegeberufe in der Altenpflege, der Kinderkrankenpflege und der Krankenpflege vereinheitlicht.

Wir berufen uns mit unserem Vorschlag auf empirische Untersuchungen. Hier wird berichtet, daß inhaltliche Gemeinsamkeiten in den Ausbildungsgängen und in den Tätigkeiten vorhanden sind, die eine strikte Trennung in verschiedene Berufsbildungszweige nicht rechtfertigen. Es schließt sich die Forderung nach einer gemeinsamen Ausbildung der Pflegeberufe an, die mit zusätzlicher Vermittlung spezifischer Schwerpunkte für die einzelnen Berufssparten wünschenswert sei. Ein zweiter, wesentlicher Vorteil einer einheitlichen Grundausbildung ist die Tatsache, daß die Fachkräfte bessere Chancen haben, sich auf die sich ständig verändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt ein- und umzustellen. Benötigen wir beispielsweise mehr Kranken- als Altenpfleger, kann mit einer relativ kurzfristigen Zusatzausbildung der Sprung von der Kranken- zur Altenpflege bewältigt werden. Fühlt sich die Altenpflegerin nicht mehr in ihrem Arbeitsbereich wohl, kann sie mit relativ geringem Aufwand den Beruf der Kinderkrankenpflegerin erlernen. Damit geben wir den Pflegepersonen die notwendige Flexibilität, mit der sie sich aus der bisherigen berufsständischen Abschottung befreien können. Mit einer wirklichen Neuordnung der

(A) Gesundheitsfachberufe in unserem Sinne kann man also das Ziel verfolgen, dem Pflegeberuf eine gemeinsame Grundausbildung zu geben, um auf die Entwicklungen eines sich wandelnden Gesundheitssystems besser reagieren zu können.

Vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europa werden damit auch die Voraussetzungen geschaffen, die Grundrechte der Freizügigkeit und des Niederlassungsrechts in der Europäischen Union besser nutzen zu können. Ich denke, die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die letztlich auch mehr soziales Europa für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten, machen den Trend zur staatenübergreifenden Vernetzung des Gesundheitswesens deutlich. Auch wenn der Bundesgesundheitsminister nun Bedenken erheben wird und ein bißchen Europa, aber nicht zu viel predigt, können wir uns dieser unausweichlichen Entwicklung nicht entziehen. Einheitliche Kriterien für die Ausbildung der Pflegeberufe und deren Zertifizierung erleichtern somit nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa die allgemeine Anerkennung des Ausbildungsabschlusses sowie die Qualifikationsanforderungen bei einer Weiterbildung. Deutschland hat hier eine Vorbildfunktion für viele andere Mitgliedstaaten, und ich denke, dies muß auch in Zukunft so bleiben. Wir müssen begreifen, Europa nicht nur zu predigen, sondern auch zu leben.

Diese Fakten sind Grundlagen unserer Vorstellung für eine umfassende Neuausrichtung der Pflegeausbildung. Auch die Bundesländer haben den Reformbedarf im Sinne einer notwendigen Weiterentwicklung dieses Ausbildungszweiges erkannt und unterstützen unsere Forderung nachdrücklich. (B) Die Gesundheitsministerkonferenz bittet in ihrem Beschluß zur „Qualitätssicherung in der Pflege" vom November 1997 unter anderem die zuständigen Ressorts des Bundes, Rahmenbedingungen und Eckwerte für eine integrierte Grundausbildung in den Pflegeberufen in Form einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu prüfen. Hierbei empfiehlt die GMK eine modellhafte Erprobung gemeinsamer Ausbildungselemente der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege.

Wir vertreten zudem die Ansicht, daß es notwendig ist, die Gesundheitsfachberufe in das Sytem der beruflichen Bildung zu integrieren, sie auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes bundeseinheitlich zu regeln. Damit wären neben der Berufsbezeichnung und der Ausbildungsdauer auch das Ausbildungsberufsbild, die Ausbildungsrahmenplanung und die Prüfungsanforderungen festgelegt. Auch der soziale und rechtliche Status der Auszubildenden würde damit gesichert, und die Grundlage für eine qualifizierte Ausbildung im praktischen und theoretischen Bereich würde festgelegt. Unumgängliche Novellierungserfordernisse betreffen jedoch nicht nur unmittelbar die Auszubildenden. Unserer Meinung nach gehört zu einer umfangreichen Reform auch die Forderung nach fachlich und pädagogisch definierter Professionalisierung der Ausbilderinnen und Ausbilder. Der Stellenwert der Pflegeberufe insgesamt, aber auch die Sicherung der Qualität in der Pflege würden damit einen erheblichen Vorwärtsschub erhalten. Die derzeitige mangelnde gesellschaftliche Anerkennung der Pflegeberufe könnte mit ihrer Professionalisierung, zu der meines Erachtens auch die (C) Möglichkeit einer akademischen Ausbildung im Rahmen einer „Pflegewissenschaft" an wissenschaftlichen Hochschulen gehören sollte, relativiert bzw. ganz beseitigt werden.

Trotz dringendem Reformbedarf aller gesundheits- und sozialpflegerischen Berufe zeigt diese „Noch-Bundesregierung" kein ernsthaftes Interesse, ganz im Gegenteil: Sie versuchte noch vor nicht allzu langer Zeit dem Stellenwert der Pflegeberufe einen schweren Schaden zuzufügen, indem sie die Fachpersonalquote in Pflegeheimen auszuhebeln versuchte. Damit wäre den ungeschützten, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen in der Pflege Tür und Tor geöffnet. Die Antwort der Bundesregierung auf die dringend benötigte Verbesserung der Pflegefachberufe ist also deren offensichtliche Schlechterstellung. Obwohl wir in einer Zeit leben, in der wir zunehmend auf mehr qualifiziertes Pflegepersonal angewiesen sind, setzt diese Regierung auf die Ausdünnung der Fachberufe und den Einsatz von ungelernten Studenten und Aushilfskräften.

Der uns nun vorliegende Gesetzentwurf der PDS weist auf einen verbesserungswürdigen Punkt im Bereich der Krankenpflege hin, er greift aber eindeutig zu kurz. Hier, in diesem umfangreichen Bereich, mit einer Einzelmaßnahme anzusetzen ist nicht nur unangebracht,sondern zeugt vor allem von einem mangelnden Verständnis bei der Lösung komplexer Sachzusammenhänge. Es ist also das Fazit zu ziehen, daß nur eine SPD-geführte Bundesregierung mit einer entsprechenden sozialdemokratischen Mehrheit in der Länderkammer dafür sorgen kann, daß im (D) Rahmen einer umfassenden Strukturreform, den Erfordernissen eines modernen Pflegeberufes entsprochen wird.

Marieluise Beck *(Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Die Herabsetzung des Mindestalters zur Aufnahme einer Krankenpflegeausbildung von 17 auf 16 Jahre ist durchaus begrüßenswert. Allerdings kommt dieser Gesetzesentwurf zu einem Zeitpunkt, der momentan niemand mehr etwas nützt. Hier hätte die Bundesregierung – gerade auch angesichts der aktuellen Ausbildungsmisere – schon längst aktiv werden müssen. Aber dies lag wohl nicht in ihrer Absicht.

Für die Jugendlichen, die nach der geplanten Herabsetzung die Ausbildung mit 16 Jahren unmittelbar nach dem Schulabschluß beginnen könnten, kommt dieser Gesetzesentwurf für dieses Jahr zu spät. Der Vorschlag hat für all diejenigen, die sich für den Herbst an den Krankenpflegeschulen bereits eingeschrieben haben, keinen Nutzen mehr. Dies soll nun aber nicht heißen, daß überhaupt nichts getan werden muß. Ganz das Gegenteil ist der Fall.

Wir brauchen dringend eine grundlegende Reform der Pflegeausbildung. Die Trennung der Ausbildungsgänge von Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflege ist nicht mehr zeitgerecht und entspricht nicht den Anforderungen an einen gutausgebildeten und qualifizierten Pflegeberuf. Der enge Bezug der Ausbildung auf spezifische Lebensaltersgruppen verhindert berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

(A) Vielmehr bedarf es einer bundeseinheitlichen dreijährigen Ausbildung mit einem breiten Berufsprofil. Das ist ein ganzheitlicher Ansatz, der gerade auch bei den Pflegenden viel Unterstützung findet.

Die berufliche Bildung muß breite Grundqualifikationen in der Pflegearbeit vermitteln. In der Ausbildung muß der Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung stärker in den Vordergrund rücken. Die berufliche Ausbildung muß überdies ein breites Feld an berufsbezogenem Wissen vermitteln. Eine stärkere Patientinnen- und Patientenorientierung gehört als Schlüsselqualifikation dazu. Die systematische Stärkung beruflicher Reflexions- und Handlungskompetenzen muß ausgebaut werden.

Einheitliche Qualitätsstandards für Ausbildungspersonal und Lehrstätten an Pflegeschulen müssen gesichert werden. Ausbildungsinhalte und Organisationsformen müssen festgelegt werden, die die theoretische und praktische Ausbildung in ihren Anteilen gleich gewichtet. Die Qualitätsstandards der Ausbildung müssen sich ebenso auf die Festlegung von Ausbildungsinhalten und Organisationsformen beziehen. Dazu sind bundesweit einheitliche Rahmenlehrpläne für die schulische Ausbildung sowie Ausbildungsrahmenpläne für die praktische Ausbildung zu entwickeln. Des weiteren müssen differenzierte Prüfungsanforderungen, die bundeseinheitlich gelten, geschaffen werden.

Die neugeordneten Pflegeberufe müssen in das Regelsystem der beruflichen Bildung eingebunden werden. Das Berufsbildungsgesetz bietet hierfür ein bundesweit vergleichbares Qualifikations- und Qualitätsniveau für eine einheitliche Ausbildungsqualität. Auch die Sicherstellung der Ausbildungsvergütung ist geboten.

(B)

Notwendig ist die Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten, die die Durchlässigkeit im Berufsfeld und damit berufliche Perspektiven ermöglichen. Zur Professionalisierung der Pflege sind Fort- und Weiterbildung unverzichtbar. Es müssen umfassende Weiterbildungslehrgänge sowohl im Bereich der fach- als auch funktionsbezogenen Weiterbildung entwickelt werden. Hierfür muß die Weiterbildung in staatlich anerkannten betrieblichen oder überbetrieblichen Aus- bzw. Weiterbildungsstätten und Fachschulen durchgeführt werden. Die Rahmenbedingungen für alle abschlußbezogenen Weiterbildungslehrgänge sind bundeseinheitlich zu regeln.

Ein durchlässiges Berufsbildungssystem von der Berufsausbildung bis zum Hochschulabschluß ist geboten. Grundsätzlich muß das Prinzip der Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeinbildenden Bildungsabschlüssen verfolgt werden. Mit dem erfolgreichen Abschluß einer dreijährigen Berufsausbildung wird die Berechtigung zur Aufnahme eines fachgebundenen Hochschulstudiums erworben. Die Einrichtung und der Ausbau von pflegewissenschaftlichen Studiengängen muß vorangetrieben werden.

Ein neues Ausbildungsmodell für die pflegerischen Berufe führt zu einem attraktiveren Berufsbild, verdeutlicht das eigenständige Aufgabenspektrum und den Verantwortungsbereich, erhöht somit die Qualität der Pflege und schafft mehr Zufriedenheit bei den Beschäftigten. Dies kommt gerade auch Frauen zugute. Über 80 Prozent aller Arbeitskräfte in der Pflege sind weiblich. (C)

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode mit dem Antrag „Ausbildungsreform in den Pflegeberufen" (Drucksache 13/7418) den Veränderungen und neuen Anforderungen im Pflegebereich gestellt und konstruktive Vorschläge gemacht. Die Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung hat leider eine seriöse und sachgerechte Beratung nicht möglich gemacht. Wir werden dies in der neuen Legislaturperiode erneut aufgreifen und zügig umsetzen.

Dr. Dieter Thomae *(F.D.P.):* Der Gesundheitsausschuß hat Anfang diesen Jahres eingehend über den uns vorgelegten Antrag zur Änderung des Krankenpflegegesetzes diskutiert. Wir waren damals der Auffassung und sind es noch heute, daß eine isolierte Novellierung des Krankenpflegegesetzes nicht sinnvoll ist. Es gibt einige Heilberufegesetze, die in der nächsten Legislaturperiode überprüft und eventuell geändert werden müssen. Dabei wird es unter anderem auch darum gehen, welche Zulassungsvoraussetzungen erforderlich sind, um eine Berufsausbildung in diesen medizinischen Berufen zu beginnen. Es wird also nicht nur um die Frage gehen, ab welchem Alter Auszubildende in der Lage sind, eine qualifizierte Ausbildung zu beginnen, sondern auch darum, welcher Schulabschluß hierfür zugrunde zu legen ist. Eine isolierte Änderung für den Bereich der Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern lehnen wir aus diesem Grund ab.

Heidemarie Lüth *(PDS):* Es sind vor allem 3 Gründe, die die Gruppe der PDS bewogen haben, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Krankenpflegegesetzes dem Parlament zur Entscheidung vorzulegen. (D)

Erstens halten wir es für unbedingt erforderlich, eine qualifizierte Krankenschwestern- und Krankenpflegerausbildung zu garantieren, die jungen Menschen die Chance gibt, sich engagiert und sehr zielstrebig auf diesen Beruf vorzubereiten – und dies nicht irgendwann, sondern jetzt, weil der gesellschaftliche Bedarf unumstritten vorhanden ist.

Zweitens ist angesichts der Lehrstellensituation, der Lebenslage zahlloser Jugendlicher nicht hinnehmbar, daß junge Menschen, die sich für einen Beruf, der sie fordert, herausfordert, aber auch befriedigen wird, entschieden haben und die Voraussetzungen erfüllen, nach dem Realschulabschluß ein Jahr gewissermaßen in eine Warteschleife gehen müssen. Für nicht wenige ist dies Anlaß, von diesem Berufswunsch wieder Abstand zu nehmen. Oder sie reihen sich 1998 in die – nach Aussagen des DGB – 700 000 Jugendlichen ein, für die es mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Lehrstelle geben wird. Psychologen, Jugendforscher und erfahrene Krankenschwestern und Krankenpfleger werden es Ihnen gern bestätigen, daß es keinerlei Gründe gibt, diese Lücke zwischen Schulabschluß und Aufnahme der Ausbildung überhaupt zu lassen. In diesem einen Jahr gibt es keine gravierenden Sprünge in der Persönlichkeitsentwicklung, die dies begründen würden.

Drittens ist, dank der von der Koalition betriebenen Sparpolitik, die auch die Länder zu Entscheidun-

(A) gen zwingt, die Existenz von Krankenpflegevorschulen stark gefährdet – in Berlin sind es allein zehn. Wenn dies eintritt, geht es zum Beispiel in Thüringen um 600 Lehrstellen, die dann gefährdet sind. Die Katze beißt sich in den Schwanz. Bedarf – ja; Bewerberinnen und Bewerber – ja; Lehrstellenmisere – ja; zur Zeit notwendige Vorbedingungen – nein oder unvollständig oder in Liquidation.

Fazit: Es besteht aus vielerlei Gründen Handlungsbedarf. Ich muß auch annehmen, daß dies in den Ländern auch so erkannt ist. Wie anders muß man die Tatsache werten, daß im November 1995 im Bundesministerium für Gesundheit eine Beratung mit den Referenten der Länder stattfand, die eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes ankündigten. Was bis heute ausblieb, war eine konkrete Aktivität.

Übrigens ist es auch unsere Meinung, daß eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes genauso dringend erforderlich ist wie zum Beispiel die bundeseinheitliche Gestaltung der Ausbildung in den Pflegeberufen. Auch hierüber wird seit Jahren debattiert; konkrete parlamentarische Aktivitäten, zunächst von der PDS, dann auch von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, werden durch die Koalition wegen ungeheuren und zeitlich nicht bestimmbaren Beratungsbedarfs blockiert. Deshalb wird es auch in der 13. Wahlperiode, wie schon in vorherigen, keine Entscheidung geben. Frei nach J. Ringelnatz: „Was nicht sein kann, das nicht sein darf."

Mit der positiven Verabschiedung des vorgelegten Gesetzentwurfs könnte ein Schritt in die richtige Richtung gegangen werden: zur Novellierung des Kran-(B)kenpflegegesetzes und von Gesetzen, die andere Heilberufe betreffen. Gesetzt würde ein Zeichen, wie ernst dieses Haus die Berufsausbildung junger Menschen nimmt. Das ist aber offensichtlich nicht gewollt. So zumindest muß ich die Beschlußfassung des federführenden Gesundheitsausschusses verstehen. Weil man die „Gesamtsache" im Auge hat – ich kenne diese Gedankenakrobatik aus anderen Zeiten –, kann man doch nicht im „Detail" entscheiden.

Eindeutig ist die Position der Koalition – Zitat aus der Beschlußempfehlung des Gesundheitsausschusses –: „Dabei sollten die Zugangsvoraussetzungen nicht unnötig hoch angesetzt werden, auch für Absolventen der Hauptschule sollte der Zugang nach Möglichkeit offen gestaltet werden." Liegt dem vielleicht die gleiche Überlegung zugrunde wie beim unrühmlichen, im ersten Anlauf gescheiterten Versuch, die Heimpersonalverordnung zu kippen?

Betroffene – wie Jugendliche, die gern sofort eine Ausbildung aufnehmen würden; Eltern, denen Kinder nicht ein weiteres Jahr auf der Tasche liegen werden; Beschäftigte in Gesundheitseinrichtungen, die auf qualifizierten Nachwuchs warten und Patientinnen und Patienten, die gut versorgt und betreut werden wollen – werden, so hoffe ich, auch aus dem Umgang mit diesem Gesetzentwurf sich mit ihrem Wahl- (C) verhalen im September äußern.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, *Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:* Die Pflege kranker Menschen ist nicht nur eine Aufgabe, die viel soziales und menschliches Engagement erfordert, sondern auch eine qualifizierte Ausbildung. Diese ist mit dem Krankenpflegegesetz gesichert.

Das Krankenpflegegesetz sieht auch eine Altersgrenze von 17 Jahren als Zugangsvoraussetzung für den Eintritt in die Berufsausbildung vor. Diese Vorschrift soll vor allem dem Schutz der jungen Menschen dienen. Für die Ausbildung ist eine bestimmte geistige und sittliche Reife der Krankenpflegeschüler erforderlich, denn der medizinische Alltag stellt die größten Anforderungen an die Krankenpflegekräfte. Häufig werden sie mit Situationen konfrontiert, die für uns unvorstellbar sind. Es ist nicht leicht zu verkraften, jeden Tag Menschen zu sehen, die zwischen Leben und Tod stehen und ihnen vielleicht nicht helfen zu können.

Der vorliegende Gesetzentwurf der PDS hat zum Ziel, die Altersgrenze von 17 auf 16 Jahre zu senken. Begründet wird dies damit, daß potentielle Interessenten an einer Krankenpflegeausbildung die Schule zum Teil mit 16 Jahren abschließen und daher Wartezeiten in Kauf nehmen müßten, bevor sie die Ausbildung beginnen können.

Dieses Problem ist bekannt. Daher ist das Bundesministerium für Gesundheit im Rahmen der laufenden Erörterungen zu einer Novelle des Krankenpflegege- (D) setzes mit den Ländern übereingekommen, eine modifizierte Mindestalterregelung einzuführen, vergleichbar der, die im Masseur- und Physiotherapeutengesetz von 1994 getroffen wurde. Danach bleibt es bei dem Grundsatz der Vollendung des 17. Lebensjahres als Zugangsvoraussetzung zur Ausbildung aus den bereits genannten Gründen. Von diesem Grundsatz sollen auf Antrag jedoch Ausnahmen möglich sein, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr in dem Jahr vollendet, in dem die Ausbildung begonnen wurde. Voraussetzung ist, daß die Durchführung der Ausbildung und die Erreichung des Ausbildungszieles hierdurch nicht gefährdet sind.

Da derzeit kein dringender Handlungsbedarf besteht – die vorhandenen Ausbildungsplätze sind bei weiterhin guter Ausbildungsnachfrage besetzt, teilweise werden sogar schon Absagen von Krankenpflegeschulen gemeldet –, sollte von einer isolierten Änderung des Krankenpflegegesetzes abgesehen werden. Eine Änderung der Altersgrenze sollte in die Überlegungen zur geplanten partiellen Novellierung des Krankenpflegegesetzes einbezogen werden.

Ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf der PDS abzulehnen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0720-7980